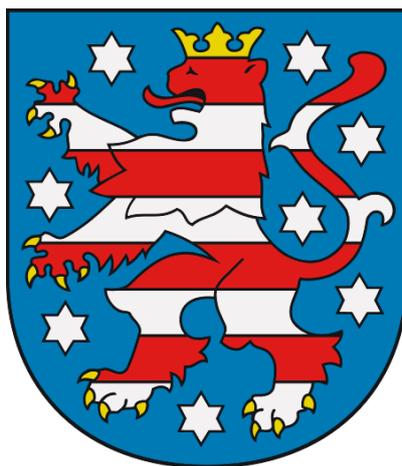


POLITISCHE KULTUR IM FREISTAAT THÜRINGEN



Thüringens ambivalente Mitte: Soziale Lagen und politische Einstellungen

Ergebnisse des THÜRINGEN-MONITORS 2017

Prof. Dr. Heinrich Best (wissenschaftliche Leitung)
Steffen Niehoff
Dr. Axel Salheiser
Dr. Lars Vogel

Friedrich-Schiller-Universität Jena
KomRex – Zentrum für Rechtsextremismusforschung,
Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration

Vorwort	11
I. Einleitung	12
II. Leben in Thüringen: sozioökonomische und demographische Entwicklung	21
III. Vermessung der Mitte: Soziale Lagen, Zufriedenheit und gesellschaftliche Wertorientierungen	38
1. Einkommen	38
2. Bildung und Bildungsmobilität	49
3. Berufstätigkeit	56
4. Objektive Schichteinordnung	61
5. Subjektive Schichteinordnung	70
6. Zufriedenheit mit verschiedenen Lebensaspekten und Sicherheit	73
7. Zukunftserwartungen und Beurteilung von Chancen	82
8. Gerechtigkeitswahrnehmung und gesellschaftliche Wertorientierungen	88
9. Sorgen	96
IV. Demokratie: Einstellungen und Engagement	102
1. Politische Einstellungen und Institutionenvertrauen	102
2. Einstellungen zur Wirtschafts- und Sozialordnung	110
3. Politische Beteiligung und Parteibindung	113
4. Illegale politische Partizipation und Gewaltbereitschaft	117
5. Schichtfolgen der politischen Kultur in Thüringen	121
6. Autoritarismus und soziale Dominanzorientierung	129
7. Rechtsextremismus und Rechtspopulismus: Phänomene der Mitte?	134
8. Aussagen über ethnische, kulturelle und soziale Minderheiten	160
V. Fazit	197
Literatur	203
Methoden-Glossar	216
Anhang 1: Einkommensverteilung und soziale Schichten	219
Anhang 2: Subjektive Schichteinordnung	223
Anhang 3: Tabellarische Übersichten	225

Verzeichnis der Abbildungen

Abb. 1: Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage in Thüringen und der individuellen finanziellen Lage, 2000–2017.....	21
Abb. 2: Einschätzung Thüringens im Vergleich mit west- und ostdeutschen Bundesländern, 2000–2017	22
Abb. 3: Wachstumsraten des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts für Thüringen und Deutschland insgesamt 1992–2016.....	23
Abb. 4: Erwerbslosenquote von Thüringen im Vergleich mit den west- und ostdeutschen Ländern 1991–2016	24
Abb. 5: Struktur der atypischen Beschäftigung nach Kreisen 2016	25
Abb. 6: Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitsstunde im Ländervergleich 2016.....	26
Abb. 7: Gini-Koeffizient der Nettoäquivalenzeinkommen im Ländervergleich 2016.....	27
Abb. 8: Armutsgefährdungsquote gemessen am Bundesmedian in Thüringen im Vergleich mit west- und ostdeutschen Bundesländern 2005–2016	28
Abb. 9: Familien nach Familientyp in Thüringen 2005–2016.....	29
Abb. 10: Absolvent_innen allgemeinbildender Schulen in Thüringen, Jahrgänge 1995–2016.....	30
Abb. 11: Ausbildungsstellenangebot und -nachfrage in Thüringen, Jahrgänge 1998–2016.....	31
Abb. 12: Bevölkerungsstruktur in Thüringen 1991, 2005 und 2015	32
Abb. 13: Personen mit Migrationshintergrund nach Bundesländern 2016	33
Abb. 14: Verteilung der Asylerstanträge nach Bundesländern 2015, 2016 und Januar–August 2017	35
Abb. 15: Entwicklung der Asylentscheidungsquoten in Deutschland 2007–2017	36
Abb. 16: Einkommen (monatl. Nettoäquivalenzeinkommens-Obergrenzen).....	40
Abb. 17: Einkommensverteilung nach Bildung	42
Abb. 18: Einkommensverteilung nach Erwerbstätigkeit und Berufsgruppe.....	43
Abb. 19: Monatliche Nettoäquivalenzeinkommen nach SOEP (2015)	44
Abb. 20: Bewertung der finanziellen Situation und Zufriedenheit mit Lebensstandard nach Einkommensgruppe	45
Abb. 21: Individuelle finanzielle Situation nach Bildung, Alter und Geschlecht.....	46
Abb. 22: Beurteilung der sozialen Lage nach Einkommensgruppe.....	47
Abb. 23: Erwartung an die Entwicklung der eigenen finanziellen Lage in Abhängigkeit von der Bewertung der derzeitigen eigenen finanziellen Lage	48
Abb. 24: Bildung nach Alter	49
Abb. 25: Anteil der Befragten mit Abitur oder höherer Bildung nach Geschlecht.....	50
Abb. 26: Bildung der Befragten und ihrer Eltern.....	51
Abb. 27: Intergenerationale Bildungsmobilität nach Alterskohorten	52
Abb. 28: Bisher erreichte Bildungsabschlüsse der Auszubildenden und ihrer Eltern	53
Abb. 29: Intergenerationale Bildungsmobilität nach erreichtem Bildungsabschluss, Berufsgruppe und Geschlecht.....	54
Abb. 30: Beurteilung des Einflusses von Bildung auf Aufstiegschancen nach eigener Bildung.....	55

Abb. 31: Erwerbstätigkeit und Berufsgruppen	56
Abb. 32: Erwerbstätigkeitsgruppen: Bildungsprofil und Geschlechterverhältnis	57
Abb. 33: Erwerbstätigkeitsgruppen: Altersprofil	57
Abb. 34: Berufsgruppen: Bildungsprofil und Geschlechterverhältnis	59
Abb. 35: Berufsgruppen: Altersprofil.....	59
Abb. 36: Subjektive Einschätzung des Berufsprestiges nach Berufsgruppe: „Mein Beruf wird in der Gesellschaft wertgeschätzt und respektiert.“	61
Abb. 37: Einfaches Schichtmodell nach Tätigkeit, Bildung und Einkommen.....	62
Abb. 38: Geschlecht nach Schichtzugehörigkeit (1–6).....	64
Abb. 39: Bewertung der finanziellen Situation und Zufriedenheit mit Lebensstandard nach Schichtzugehörigkeit (1–6).....	65
Abb. 40: Beurteilung der sozialen Lage nach Schichtzugehörigkeit (1–6).....	67
Abb. 41: Aspekte subjektiver materieller Deprivation (THÜRINGEN-MONITOR 2017)	68
Abb. 42: Deprivation (nach Berechnung bisheriger THÜRINGEN-MONITORE) 2003–2017.....	69
Abb. 43: Subjektive Deprivation nach Schichtzugehörigkeit (1–6)	69
Abb. 44: Subjektive Schichteinordnung („Welcher Schicht rechnen Sie sich selbst eher zu?) nach Schichtzugehörigkeit (1–6).....	71
Abb. 45: Wordcloud: „Was verbinden Sie mit dem Begriff ‚Mittelschicht‘?“ (nur Befragte, die sich selbst der „Mittelschicht“ zuordnen)	72
Abb. 46: Wordcloud: „Was verbinden Sie mit dem Begriff ‚Unterschicht‘?“ (nur Befragte, die sich selbst der „Mittelschicht“ zuordnen)	73
Abb. 47: Lebenszufriedenheit 2013, 2017: „Ich bin mit meinem Leben insgesamt zufrieden.“	74
Abb. 48: Allgemeine Lebenszufriedenheit nach Schichtzugehörigkeit (1–6)	75
Abb. 49: Lebenszufriedenheit nach Bildung, Alter und Geschlecht	75
Abb. 50: Lebenszufriedenheit nach Erwerbstätigkeit und Berufsgruppe	76
Abb. 51: Einflüsse auf die allgemeine Lebenszufriedenheit.....	77
Abb. 52: Zufriedenheit mit verschiedenen Lebensaspekten.....	78
Abb. 53: Institutionen, die Sicherheit bieten	79
Abb. 54: Religion als Institution, die Sicherheit bietet, nach Konfessionszugehörigkeit, Alter, Geschlecht und Bildung	81
Abb. 55: Persönliche Zukunftserwartungen nach Alter, Geschlecht und Bildung.....	82
Abb. 56: Beurteilung der Zukunftschancen der nächsten Generation nach Alter, Geschlecht, Bildung und Elternschaft.....	83
Abb. 57: Einflüsse auf eine positivere Zukunftserwartung.....	84
Abb. 58: Beurteilung der Chancen für einen sozialen Aufstieg nach Schichtzugehörigkeit (1–6)	85
Abb. 59: Beurteilung der Chancen für einen sozialen Aufstieg nach subjektiver Schichteinordnung....	86
Abb. 60: Wie stark hängen heutzutage die Chancen für einen sozialen Aufstieg ab von ...?	87
Abb. 61: Beurteilung der Chancen für einen sozialen Aufstieg nach Beurteilung des Einflusses der sozialen Herkunft.....	87

Abb. 62: Beurteilung des Einflusses verschiedener Faktoren für einen sozialen Aufstieg nach Schichtzugehörigkeit (1–6).....	88
Abb. 63: Einschätzung der Gerechtigkeit in Deutschland, 2003–2008, 2013 und 2017	89
Abb. 64: Einschätzung der Gerechtigkeit in Thüringen, 2013 und 2017.....	89
Abb. 65: Einschätzung der Gerechtigkeit in Deutschland / Thüringen nach Bewertung der eigenen finanziellen Situation	90
Abb. 66: Einschätzung der Gerechtigkeit in Deutschland in Abhängigkeit der Beurteilung der Chancen für einen sozialen Aufstieg	90
Abb. 67: Einschätzung der Gerechtigkeit in Deutschland, der Aufstiegschancen und des Einflusses verschiedener Faktoren für einen sozialen Aufstieg nach subjektiver Schichteinordnung (nach ALLBUS-Frage)	91
Abb. 68: Einschätzung der Gerechtigkeit in Deutschland nach Schichtzugehörigkeit (1–6).....	92
Abb. 69: Vorstellungen von einer „gerechten Gesellschaft, ...“ nach Erwerbstätigkeit.....	93
Abb. 70: Vorstellungen von einer „gerechten Gesellschaft, ...“ nach Berufsgruppe	93
Abb. 71: Freiheit – Sicherheit – Gleichheit nach Alter.....	95
Abb. 72: „Ich bin bereit, höhere Preise für Lebensmittel zu bezahlen, wenn bei der Produktion besser auf den Tierschutz geachtet wird.“	96
Abb. 73: Sorgen angesichts der derzeitigen gesellschaftlichen Entwicklung.....	97
Abb. 74: Sorge, „dass Alterssicherung nicht ausreicht“ nach Schichtzugehörigkeit (1–6).....	99
Abb. 75: Empfindung von Sorgen nach Schichtzugehörigkeit (1–6).....	100
Abb. 76: Einflüsse auf die Empfindung von Sorgen	100
Abb. 77: Demokratieunterstützung und -zufriedenheit 2001–2017.....	103
Abb. 78: Demokratietypen 2001–2017.....	104
Abb. 79: Bewertung der Demokratie nach eigener finanzieller Situation 2017	105
Abb. 80: Bewertung der Demokratie nach eigener finanzieller Situation 2016	105
Abb. 81: Institutionenvertrauen 2000–2017	106
Abb. 82: Bewertung historischer Diktaturen, Diktatur- und Sozialismusaffinität 2016 und 2017	107
Abb. 83: „In unserer Demokratie werden die Anliegen der Menschen nicht mehr wirksam vertreten“ in Abhängigkeit von der Zufriedenheit mit der demokratischen Praxis	108
Abb. 84: Trilemma Freiheit – Sicherheit – Gleichheit 2004–2017.....	110
Abb. 85: Institutionenvertrauen 2017	111
Abb. 86: Vertrauen in Thüringer Unternehmer_innen nach Ablehnung des Kapitalismus	112
Abb. 87: „Der Kapitalismus muss beseitigt werden, um endlich echte Gerechtigkeit herzustellen“ nach Gerechtigkeitswahrnehmung	113
Abb. 88: Formen legaler politischer Partizipation 2001–2017	114
Abb. 89: Längerfristige Parteineigung 2000–2017.....	115
Abb. 90: Politische Partizipation 2017	116
Abb. 91: Einflüsse auf die Anerkennung der Wahlnorm.....	117
Abb. 92: Gewaltbereitschaft 2001–2017: „... für meine Ziele kämpfen, auch wenn dafür Gewalt notwendig ist“	118

Abb. 93: Einflüsse auf die Gewaltbereitschaft	119
Abb. 94: Gewaltbereitschaft: „... für meine Ziele kämpfen, auch wenn dazu Gewalt notwendig ist.“ nach Links-Rechts-Selbsteinordnung 2001–2017.....	120
Abb. 95: Links-Rechts-Selbsteinordnung nach Gewaltbereitschaft 2001–2017, 2012–2017	121
Abb. 96: Demokratieunterstützung und Demokratiezufriedenheit nach Schichtzugehörigkeit (1–6)...	122
Abb. 97: Demokratiekritik, Parteiverdrossenheit, Diktaturaffinität, politische Selbstwirksamkeitsüberzeugung, Institutionenvertrauen und Partizipation nach Schichtzugehörigkeit (1–6).....	123
Abb. 98: Demokratiekritik, Parteiverdrossenheit, Diktaturaffinität, politische Selbstwirksamkeitsüberzeugung, Institutionenvertrauen und Partizipation nach subjektiver Schichteinordnung.....	126
Abb. 99: Selbsteinordnung auf einer politischen Links-Rechts-Skala 2000–2017	127
Abb. 100: Selbsteinordnung auf einer polit. Links-Rechts-Skala nach Schichtzugehörigkeit (1–6)....	127
Abb. 101: Selbsteinordnung auf einer polit. Links-Rechts-Skala nach subjektiver Schichteinordnung	128
Abb. 102: Autoritarismus und soziale Dominanzorientierung (2017).....	129
Abb. 103: Autoritarismus und soziale Dominanzorientierung nach Bildung	130
Abb. 104: Autoritarismus und soziale Dominanzorientierung nach Alter.....	132
Abb. 105: Autoritarismus und soziale Dominanzorientierung nach Links-Rechts-Selbsteinordnung ..	133
Abb. 106: Zustimmung zu den Aussagen zur Erfassung rechtsextremer Einstellungen.....	135
Abb. 107: Rechtsextreme, ethnozentrische und neo-nationalsozialistische Einstellungen 2001–2017.	137
Abb. 108: Rechtsextreme, ethnozentrische und neo-nationalsozialistische Einstellungen 2017 nach Schichtzugehörigkeit.....	141
Abb. 109: Rechtsextreme, ethnozentrische und neo-nationalsozialistische Einstellungen 2017 nach politischer Selbsteinordnung.....	143
Abb. 110: Selbsteinordnung rechtsextrem Eingestellter auf einer politischen Links-Rechts-Skala 2001–2017	144
Abb. 111: Politische Positionen und Konfliktlinien in Thüringen 2017.....	146
Abb. 112: Politische Milieus in Thüringen und ihre Positionierung auf Konfliktlinien 1 und 2.....	149
Abb. 113: Politische Milieus in Thüringen und ihre Positionierung auf Konfliktlinien 3 und 4.....	149
Abb. 114: Rechtsextremismus in den politischen Milieus Thüringens.....	151
Abb. 115: Politische Milieus 1–6 in Thüringen und ihre soziale Schichtung (1)–(6)	151
Abb. 116: Politische Milieus 1–6 in Thüringen und ihre Selbsteinordnung auf einer politischen Links-Rechts-Skala 2017	152
Abb. 117: Einflussfaktoren rechtsextremer Einstellungen 2017.....	156
Abb. 118: Aussagen zu rechtsorientiertem Populismus 2017.....	158
Abb. 119: Rechtspopulistische Aussagen, Rechtsextremismus und Gewaltbereitschaft.....	159
Abb. 120: Aussagen über ethnische, kulturelle und soziale Minderheiten	161
Abb. 121: Aussagen über ethnische, kulturelle u. soziale Minderheiten (Zusammenfassung).....	162
Abb. 122: Statistische Zusammenhänge zwischen Aussagen über ethnische, kulturelle u. soziale Minderheiten	164

Abb. 123: Aussagen über ethnische, kulturelle u. soziale Minderheiten (Zusammenfassung) nach generalisierter Einstellung zur Minderheitenpolitik, Autoritarismus, sozialer Dominanzorientierung und Gewaltbereitschaft.....	165
Abb. 124: „Es sollte wieder mehr für die Mehrheit der Leute in unserem Land getan werden als sich um Minderheiten zu kümmern.“ nach sozialer Dominanzorientierung.....	166
Abb. 125: Aussagen über ethnische, kulturelle u. soziale Minderheiten (Zusammenfassung) nach Schichtzugehörigkeit (1–6)	167
Abb. 126: Aussagen über ethnische, kulturelle u. soziale Minderheiten (Zusammenfassung) nach subjektiver Schichteinordnung (auf einer Skala von 0 = ganz unten bis 10 = ganz oben)	167
Abb. 127: Zustimmung zu fremdenfeindlichen Aussagen nach Links-Rechts-Selbsteinordnung	169
Abb. 128: „Bei der Prüfung von Asylanträgen sollte der Staat großzügig sein.“ in Abhängigkeit von der Sorge um Zahl der Asylsuchenden und Migrant_innen	172
Abb. 129: „Bei der Prüfung von Asylanträgen sollte der Staat großzügig sein.“ in Abhängigkeit von der wahrgenommenen Legitimität der Asylgesuche	173
Abb. 130: Zustimmung zu fremdenfeindlichen Aussagen in Abhängigkeit von der Sorge um Zahl der Asylsuchenden und Migrant_innen	173
Abb. 131: Einflüsse auf Fremdenfeindlichkeit, Vorurteile gegenüber Muslim_innen, Ablehnung von Asylbewerber_innen.....	174
Abb. 132: Primärer, sekundärer und israelbezogener Antisemitismus nach Links-Rechts-Selbsteinordnung	179
Abb. 133: Einflüsse auf den Antisemitismus	180
Abb. 134: Abwertung von Langzeitarbeitslosen nach Schichtzugehörigkeit (1–6).....	182
Abb. 135: Einflüsse auf die Abwertung von Langzeitarbeitslosen	182
Abb. 136: Rechtliche Gleichstellung der Eingetragenen Lebenspartnerschaft / Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare.....	187
Abb. 137: Politik für „die Mehrheit“ statt mehr Rechte für Homo-, Bi- und Transsexuelle?.....	188
Abb. 138: Einstellungen gegenüber Homo-, Bi- und Transsexuellen und Konservatismus	189
Abb. 139: Einflüsse auf das Antwortverhalten: Abwertung bzw. Vorurteile gegenüber Homo- und Bisexuellen / keine Akzeptanz einer Geschlechtsänderung	190
Abb. 140: Einflüsse auf das Antwortverhalten: Keine rechtliche Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften / kein Adoptionsrecht.....	193

Vorwort

Der THÜRINGEN-MONITOR 2017 schreibt die Dauerbeobachtung der politischen Kultur im Freistaat Thüringen fort, die 2000 begonnen wurde und seither jährlich empirische Befunde zur Entwicklung der Demokratiezufriedenheit, der Demokratieunterstützung und den politischen Einstellungen der Thüringer Bevölkerung generiert.

Im vorliegenden Gutachten stehen die Zusammenhänge zwischen der *sozialstrukturellen* und *politischen* Verortung der Befragten, ihrer Selbstzuschreibung politischer und sozialer Positionen, ihren subjektiven Wahrnehmungen und Einstellungen im Fokus. Besonders widmen wir uns dabei der „Mitte“.

Der Mitte-Begriff weckt vielfältige Assoziationen und bedarf deshalb genauer Definitionen und Analysen: Was macht die „Mitte“ aus? Was unterscheidet sie von anderen Teilen oder Formationen in der Gesellschaft? Handelt es sich um eine „soziale Mitte“ auf der vertikalen Ungleichheitsachse der sozialen Statusordnung zwischen Arm und Reich? Handelt es sich um eine „politische Mitte“ der moderaten Mehrheitspositionen zwischen linken und rechten Extrempolen? Inwieweit fallen „soziale“ und „politische Mitte“ in Eins? Und: wer gehört dazu, wer nicht?

Der von der Thüringer Staatskanzlei in Auftrag gegebenen Untersuchung liegt eine repräsentative telefonische Befragung mit den folgenden Eckdaten zugrunde:

- Befragungszeitraum: 29. Mai bis 26. Juni 2017
- Stichprobenziehung: Zufallsauswahl unter Thüringer_innen, die zu Bundestagswahlen wahlberechtigt sind (Auswahlgrundlage von Festnetzanschlüssen nach dem Gabler-Häder-Design)
- Stichprobengröße: 1.032 Befragte
- Erhebungsverfahren: Computerunterstützte Telefoninterviews (CATI)
- Gewichtung: nach Alter, Geschlecht, Bildung, Haushaltsgröße (IPF-Gewichtung)
- Fehlertoleranz: ca. anderthalb Prozentpunkte (bei einem Anteilswert von fünf Prozent), ca. drei Prozentpunkte (bei einem Anteilswert von 50 Prozent)

Über Grundlagen der Befragungsforschung und der statistischen Auswertungsverfahren informiert das Methoden-Glossar im Anhang. Die konkreten Frageformulierungen und die Häufigkeitsverteilungen nach ausgewählten sozialstrukturellen Merkmalen der Befragten sind im Tabellenteil dokumentiert. Bei den gerundeten Prozentangaben im Text handelt es sich, wenn nicht anders angegeben, um gültige Prozente.

Ich danke Herrn Thomas Ritter und seinem Team im CATI-Labor am Institut für Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena, in deren Händen auch in diesem Jahr die Durchführung der telefonischen Befragung lag. Dank gilt auch Frau Dr. Franziska Schmidtke, Herrn Dan-Esra Gloe, Herrn Ekkehard Lux und Herrn Dr. Ronald Gebauer.

Jena, im September 2017

Heinrich Best

I. Einleitung

Seit mehr als anderthalb Jahrzehnten untersucht der THÜRINGEN-MONITOR mit seinen Gutachten zur politischen Kultur im Freistaat Thüringen die Zusammenhänge zwischen den politischen Einstellungen, der Bewertung politischer Ziele, der Wahrnehmung und Beurteilung ihrer sozialen Lage und den soziodemographischen Merkmalen der Befragten. Aufgrund der Ergebnisse unserer repräsentativen Bevölkerungsbefragungen konnte das Meinungsklima zu einem breiten Spektrum politischer Themen und die mittel- und langfristige Entwicklung von Einstellungsdifferenzialen in der Thüringer Bevölkerung nachgezeichnet werden.

Der jährliche Wechsel des Schwerpunktthemas des THÜRINGEN-MONITORS hat uns 2017 die empirische Vermessung der „Mitte“ als Aufgabe gestellt. Wir stehen damit vor einer besonderen konzeptuellen und methodischen Herausforderung, denn die „Mitte“ ist zwar einerseits ein Sehnsuchtsort politischer und wissenschaftlicher Diskurse, aber andererseits empirisch und theoretisch uneindeutig bestimmt. Für den Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Andreas Voßkuhle, gilt die „Idee der Mitte“ als „DNA des Grundgesetzes“ und ist damit ein Hauptbestandteil des Bauplans unserer Demokratie (vgl. Voßkuhle 2015). Für eine lange Reihe von Sozialtheoretikern, die bis tief in das 18. Jahrhundert zurückreicht, ist die „Mitte“ die wichtigste Klammer gesellschaftlichen Zusammenhalts. Dabei wird ein Zusammenhang zwischen der Moderation gesellschaftlicher Spannungen und der Befriedung politischer Prozesse hergestellt. Die Dämpfung sozialer Polarisierung durch eine breite Mitte gilt auch als Voraussetzung für eine Dämpfung politischer Konflikte. „Die Mitte? Aber wo liegt sie?“ – So lässt sich in Anlehnung an Goethes und Schillers Xenien fragen. Wir werden in unserer Untersuchung eine Antwort geben, die berücksichtigt, dass sowohl die politische als auch die soziale Mitte in widersprüchlichen Konstellationen auftritt und ihr Verhältnis einer Klärung bedarf.

Das vorliegende Gutachten unterscheidet systematisch zwischen einer *sozialstrukturellen* und einer *politischen* Bestimmung der „Mitte“ und stellt den Zusammenhang zwischen beiden Mittellagen in den Fokus der Analysen. Dabei wird auf *objektive* Kriterien zur Bestimmung einer Mitte (nach sozioökonomischen Merkmalen bzw. politischen Einstellungen) und *subjektive* Kriterien der sozialen und politischen Selbsteinordnung eingegangen.

Die Suche nach einer politischen Mitte ist im THÜRINGEN-MONITOR durch die Messung rechtsextremer Einstellungen kontextualisiert (s.u.). In vorherigen Gutachten wurde herausgearbeitet, dass die Zustimmung zu rechtsextremen Aussagen oftmals mit einer Selbsteinordnung der Befragten in der Mitte oder auf dem linken Flügel des politischen Links-Rechts-Spektrums einhergeht (TM 2016: 106 f.). Insgesamt rechneten sich mit 40 Prozent eine relative Mehrheit der Befragten der THÜRINGEN-MONITORE 2013–2017 selbst der politischen Mitte zu. Andererseits ist bekannt, dass diese Selbsteinordnung in der Mitte typischerweise mit der Ablehnung von Extremen, einer neutralen Haltung, dem Streben nach Ausgleich, zum Teil aber auch mit politischem Desinteresse assoziiert sein kann (Salheiser 2014: 51 f.). Der Umstand, dass Befragte dieser „Mitte“ darüber hinaus ganz *unterschiedliche* politische Einstellungen, Wertorientierungen und Handlungsdispositionen haben, verdeutlicht die Unbestimmtheit des politischen Mitte-Begriffs und öffnet ihn der ideologischen Verwertung in der politischen Kommunikation.

Soziale Ungleichheit und soziale Schichtung

Die systematische Unterscheidung und Untersuchung von Statusgruppen in der Gesellschaft hat in der Soziologie zahlreiche Theorien sozialer Schichtung hervorgebracht und eine lange Tradition der empirischen Sozialstrukturanalyse begründet (vgl. Peuckert 2010, ausführlich Geißler 2014: 93 ff., Groß 2008). Der Grundgedanke, Menschen nach relevanten Statuskriterien wie *Einkommen, Beruf und Bildung* zu klassifizieren, wird zunächst der Notwendigkeit gerecht, für Vergleiche Gruppen von Personen mit ähnlichen Merkmalsausprägungen zu bilden. Darüber hinaus kommt aber auch die Vorstellung zum Ausdruck, dass zwischen den identifizierten sozialen Gruppen nicht nur *graduelle* quantitative Unterschiede in den beobachteten Merkmalen bestehen, sondern dass sich auch von einander *abgrenzbare*, klassen- oder schichtspezifische Denk- und Verhaltensweisen sowie typische Lebenschancen, Lebensrisiken, Bedürfnisse und Lebensstile zeigen (vgl. Peuckert 2010). Das Verhältnis der Schichten zueinander entspricht einem hierarchischen Gefüge, einer vertikal *strukturierten sozialen Ungleichheit*. Historische und traditionellere Gesellschaften, in denen soziale Mobilität stark eingeschränkt war bzw. ist, zeichneten sich durch ausgeprägte Schichtung (in Kasten, Stände, Klassen...) mit großen Gegensätzen (nicht nur der Kapital- und Machtkonzentration, sondern auch der Normen und Verhaltensweisen) aus. Für moderne Industriegesellschaften seit der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts wurde bzw. wird hingegen angenommen, dass Klassenunterschiede zwar prinzipiell fortbestehen, diese zunehmend aber ihre Alltagsrelevanz verlieren, dass sich Schichten angenähert haben, dass Statusgrenzen durchlässiger wurden und dass – in der „Postmoderne“ – ein paradoxer Prozess der Angleichung von Lebensverhältnissen bei gleichzeitiger Diversifizierung und Pluralisierung stattfindet.

Prägend war Helmut Schelskys (1953) These von der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“, nach der aufgrund einer Wohlstandsentwicklung zugunsten der armen Bevölkerungsteile und einem Abstieg der Oberschichten (des Groß-, Besitz- und Bildungsbürgertums) vor allem die Bundesrepublik eine relativ einheitliche, *kleinbürgerlich-mittelständige* Gesellschaft sei (vgl. Peuckert 2010). Schelskys These war nicht unumstritten. So wurde z.B. durch Ralf Dahrendorf auf eine fortwährende ungleiche Verteilung von Besitz, Einkommen, Macht und Einfluss sowie erhebliche schichttypische Mentalitäts- und Verhaltensdifferenzierungen in der deutschen Gesellschaft verwiesen (vgl. Geißler 2014: 97). Die Beobachtung einer *Ausdehnung der Mittelschicht* und eines Anstiegs des Wohlstandsniveaus blieb aber Orientierungspunkt für spätere Schichtungstheoretiker. Beispielsweise wurde vermutet, dass sich das Schichtgefüge infolge des gesamtgesellschaftlichen Wohlstandswachstums wie in einem Fahrstuhl nach oben bewegt habe. In diesem Zusammenhang lieferte Ulrich Beck (1986) den bekanntesten Beitrag zur neueren Schichtungstheorie. Seiner These nach verliere eine vertikale Strukturierung durch Klasse und Schicht zunehmend „ihre Relevanz für die Einstellungen, die Identität und das soziale Handeln der Akteure“ (Rössel 2009: 145). Horizontale Differenzierungsmuster nach Milieus und Lebensstilen gewannen hingegen im Zeichen postmoderner *Individualisierung* an Bedeutung. Becks These wurde jedoch heftig kritisiert. So müsse „festgestellt werden, dass insgesamt die empirischen Studien nicht für eine Existenz des Fahrstuhleffekts sprechen. Es ist keineswegs so, dass in wohlhabenderen Gesellschaften die Relevanz der Klassenzugehörigkeit abnimmt“ (Rössel 2009: 146). Gerade angesichts der Krisendynamik kapitalistischer Gegenwartsgesellschaften, in denen wohlfahrtsstaatliche Arrangements unter Druck geraten und *erhebliche soziale Unterschiede* fortbestehen oder sich tendenziell

sogar ausweiten, wurde auf die andauernde gesellschaftliche Wirkungsmächtigkeit vertikal strukturierter sozialer Ungleichheit verwiesen. Vor allem die ungleiche Vermögensverteilung in Deutschland wird in jüngster Zeit wieder verstärkt diskutiert (vgl. u.a. ARB 2017).

Schichtmodelle gehen in aller Regel von einer mehrdimensionalen Bestimmung der sozialen Positionierung aus. So schlug Erwin K. Scheuch (1970) vor, vor allem *Einkommen, berufliche Stellung und Bildung* als Kategorien einer Schichteinordnung zu behandeln; er bezeichnete diese als Indikatoren für „differenzielles Sozialprestige“ (vgl. Winkler/Stolzenberg 1999: 178). Für die Gesellschaft der Bundesrepublik wurden seit den 1960er verschiedene Schichtmodelle konstruiert und in der Folge modifiziert (vgl. Geißler 2014: 98 ff.). Bekannt wurde Dahrendorfs Haus-Modell, bei dem die gesellschaftlichen Besitz- und Machteliten das Dach bildeten. Im darunter befindlichen Obergeschoss residierten die Dienstklasse (die höheren Verwaltungsangestellten) und der „alte Mittelstand“ (die Selbständigen), darunter im Erdgeschoss die Arbeiterschicht und der sogenannte „falsche Mittelstand“ (Angestellte, deren soziale Stellung denen der Arbeiterschaft entsprach, die sich aber dennoch zur Mittelschicht zählten). „Auf halber Treppe“ zum Obergeschoss platzierte Dahrendorf die „Arbeiterelite“ (Meister usw.); unter dem Erdgeschoss die sozial stark Benachteiligten und Ausgegrenzten (z.B. Dauererwerbslose). Auch Rainer Geißlers modifiziertes Modell von 2009 besitzt noch eine ähnliche Grundstruktur, allerdings wurde hier noch stärker (vertikal) zwischen Arbeiter_innen und Dienstleistenden differenziert sowie die migrantisch geprägten („ausländischen“) Bevölkerungsteile in einem Art „Anbau“ des Schicht-Hauses integriert (vgl. Geißler 2014: 101 ff.). Decken und Wände des Hauses, so Geißler, seien durchlässiger geworden, Übergänge im Sinne *sozialer Mobilität* häufiger. Allerdings ist auch Geißlers Schichtmodell stark vereinfachend.

Der empirische Facettenreichtum strukturierter sozialer Ungleichheit geht über die in Schichtmodellen erfassten Dimensionen der Erwerbs- bzw. Berufstätigkeit, der Qualifikation und des Einkommens deutlich hinaus. Eine Betrachtung **sozialer Lagen** bezieht weitere Ungleichheitsdimensionen (z.B. Alter und Geschlecht), die Verfügung über verschiedene Ressourcen, aber auch die materielle Zufriedenheit und andere subjektive Bewertungen ein (Geißler 2014: 107 ff.). Ziel ist es, auch die Auswirkungen ungleicher Lebensverhältnisse zu erfassen. Beispielsweise ließ sich nachweisen, dass Personen mit geringem sozioökonomischen Status auch in Deutschland signifikant höheren Gesundheitsrisiken ausgesetzt sind und eine signifikant niedrigere Lebenserwartung haben als sozioökonomisch bessergestellte bzw. privilegierte Personen (vgl. Lampert / Kroll 2014).

Das Konzept sozialer Lagen ist für das vorliegende Gutachten angemessen und titelgebend, da der THÜRINGEN-MONITOR grundsätzlich neben den soziodemographischen Merkmalen der Befragten auch ihre subjektiven Bewertungen fokussiert (z.B. die Zufriedenheit mit der eigenen finanziellen Situation, die gefühlte relative Benachteiligung (*subjektive Deprivation*) usw.). Eine Analyse von sozialen Milieus und Lebensstilen beachtet in noch stärkerem Maße Wertorientierungen und die Praxis der Lebensführung, könnte also der bestehenden horizontalen sozialen Ungleichheit und kulturellen Vielfalt besser gerecht werden (Geißler 2014: 110 ff.). Im Rahmen des THÜRINGEN-MONITORS ist jedoch eine elaborierte Lebensstil- bzw. Milieuanalyse nicht realisierbar.

Bleibt man bei der Betrachtung sozialer Ungleichheit in der vertikalen Dimension, ist neben den objektiven Faktoren der Schichteinordnung auch die subjektive Einschätzung einer Schichtzugehörigkeit bzw. das „Schichtbewusstsein“ relevant. Bezeichnend ist, dass Befragte diese Einschätzung i.d.R. ebenfalls aufgrund ihres Einkommens, ihrer Berufstätigkeit und ihrer formalen Qualifikation vornehmen (Noll / Weick 2011). Während sich in Westdeutschland 2010 ca. 60 Prozent der Westdeutschen selbst einer Mittelschicht und 22 Prozent der Arbeiterschicht zurechneten, sahen sich nur 51 Prozent der Ostdeutschen als Angehörige der Mittelschicht, aber 39 Prozent als Angehörige der „Arbeiterschicht“ (Geißler 2014: 105). Im THÜRINGEN-MONITOR 2017 rechnen sich 53 Prozent der Befragten der „Mittelschicht“ und 37 Prozent der Befragten der „Arbeiterschicht“ zu (vgl. Kapitel III.6). Dies verweist nicht nur auf historisch unterschiedlich gewachsene Mentalitäten und Selbstverständnisse in Ost und West, sondern auch darauf, dass die Spuren der DDR-Sozialstrukturentwicklung in der ostdeutschen Post-Transformationsgesellschaft nur langsam verblasen.

Ostdeutsche Besonderheiten

In der DDR hatte der ideologische Anspruch bestanden, soziale Gegensätze zu beseitigen und damit soziale Gerechtigkeit herzustellen. Im Übergang von der kapitalistischen Klassengesellschaft zum kommunistischen Ideal einer „klassenlosen Gesellschaft“ sollte eine sozialistische Sozialstruktur bestehen, in der neben zwei Klassen (der Arbeiter und der Genossenschaftsbauern) und einer Schicht (der sozialistischen Intelligenz¹) allenfalls noch abschmelzende „bürgerliche Restklassen“ existierten.² Tatsächlich konnte die Sozialstruktur des „Arbeiter- und Bauernstaates“ als „nivelliert“ beschrieben werden (vgl. Jaraus 1999). Die bürgerlichen Oberschichten und der alte Mittelstand waren fast gänzlich beseitigt worden; insbesondere in der Anfangsphase der DDR hatte eine massive „Gegenprivilegierung“ von Personen mit Arbeiter- und Bauernherkunft beim Zugang zu höherer Bildung und gesellschaftlichen Leitungsfunktionen gegeben, mit der das vormalige „bürgerliche Bildungsmonopol“ gebrochen werden sollte. Auch die Lebensverhältnisse hatten sich – nicht zuletzt in Folge der ungünstigen Versorgungslage – weitgehend angepasst und galten insgesamt (im Vergleich zur Bundesrepublik) als „bescheiden“. Herausgehoben gegenüber der großen Masse der Facharbeiter_innen, Genossenschaftsbäuer_innen und einfachen Angestellten war allerdings die *sozialistische Dienstklasse* mit den Angehörigen der Intelligenz und den *Kadern* (dem Leitungspersonal) der staatlichen Verwaltung und der volkseigenen Wirtschaft (vgl. Solga 1995, Salheiser 2009). Trotz erheblicher Nivellierungstendenzen muss die DDR-Gesellschaft deshalb als Ungleichheitsordnung charakterisiert werden (Best et al. 2012). Macht-, Bildungs-, Berufs- und Lebenschancen waren ungleich verteilt und konnten infolge allmählicher „sozialer Schließungsprozesse“ von Angehörigen privilegierter Schichten wieder verstärkt an ihre Nachkommen vererbt werden.

Nach 1989 hat sich die Sozialstruktur Ostdeutschlands markant verändert und *vertikal redifferenziert* (vgl. Geißler 2014: 465 ff.). Auch die Abhängigkeit sozialer Aufstiege von

¹ Zur „Intelligenz“ zählten akademisch Qualifizierte, u.a. wissenschaftlich-technische Fachkräfte, Wissenschaftler_innen, Ärzt_innen, Jurist_innen, Journalist_innen, Künstler_innen usw.

² Die Sozialstruktur im „realexistierenden“ Sozialismus und die „Annäherung der Klassen und Schichten“ waren nicht nur Gegenstand staatlicher Propaganda, sondern stellten auch das wichtigste Forschungsfeld der DDR-Soziologie dar (vgl. z.B. Wörterbuch 1977). Einen Überblick über die Paradigmen der Schichtungstheorie und Befunde der Sozialstrukturanalyse in der DDR bietet Geißler (1996).

der sozialen Herkunft hat in Ostdeutschland wieder zugenommen, während sie in Westdeutschland in den letzten Jahren gesunken ist (vgl. Datenreport 2016: 217). Trotz der fortschreitenden Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West in den letzten 27 Jahren sind die Mittel- und Oberschichten in Ostdeutschland jedoch immer noch schwächer ausgeprägt als in Westdeutschland. Auch was *Armut* und *Armutgefährdung* anbetrifft, konzentrieren sich strukturell bedingt in Ostdeutschland verschiedene Problemlagen (vgl. ARB 2017, Sozialbericht 2017). Als Hauptursachen werden die ungünstige Wirtschaftsentwicklung in Ostdeutschland und die daran gekoppelte Entwicklung der Löhne, Gehälter, Renten und Vermögen genannt.

Während die soziale Ungleichheit in Ostdeutschland nach wie vor nicht so groß ist wie in Westdeutschland, besitzen Ostdeutsche allgemein eine höhere Sensibilität für soziale Ungleichheit und nehmen in stärkerem Maße Gerechtigkeitsdefizite wahr als Westdeutsche (vgl. Holtmann et al. 2015). Dies ist ein nur scheinbar widersprüchlicher Befund. Im THÜRINGEN-MONITOR 2015 wurde ausführlich diskutiert, inwieweit die ambivalenten Bewertungen des deutschen Vereinigungsprozesses mit einer retrospektiven Beurteilung des Lebens in der DDR verknüpft sind. Außerdem wurde erörtert, inwieweit diese Bewertungen solche Einstellungen beeinflussen, die sich auf die politische Kultur und die gesellschaftlichen Entwicklungen der Gegenwart beziehen. Besonders relevant ist in diesem Zusammenhang eine negative persönliche Bilanz der deutschen Vereinigung bei *gleichzeitiger* Empfindung, als Ostdeutsche von Westdeutschen als „Bürger zweiter Klasse“ behandelt zu werden. Dieses Einstellungs-Phänomen wird im THÜRINGEN-MONITOR als *Ostdeprivation* bezeichnet. Ostdeprivation liegt bei ca. einem Zehntel der Befragten vor und ist neben der subjektiv empfundenen sozioökonomischen Benachteiligung (Deprivation) ein wichtiger Erklärungsfaktor für verschiedene Einstellungen, die auch in diesem Jahr untersucht werden.

Soziale und politische Mitte

Die Diskussion in der Wissenschaft, in der Politik und in der Öffentlichkeit kreist (vor allem seit den 2000er Jahren) um das *Abschmelzen und die zunehmende Verunsicherung der Mittelschicht* in Deutschland. In Zeiten der Globalisierung und eines neoliberalen Turbo-Kapitalismus seien *vormalige Wohlstands- und Stabilitätsgarantien* verloren gegangen; wachsender Konkurrenzdruck, Flexibilisierung und Prekarisierung in der Arbeitswelt stellten zunehmend soziale und berufsbiographische Sicherheiten etablierter Bevölkerungsteile in Frage (Beck 2008, Castell 2009, Heinze 2011). Es drohe der Statusverlust; die Furcht vor dem Abstieg nehme zu (Lengfeld / Ordemann 2016, 2017; Schimank 2015, Bude 2014, Mau 2012). Bei anhaltend hoher Vermögensungleichheit sei das reale Nettovermögen der Privathaushalte geschrumpft (Grabka/Westermeier 2014, 2015), seit 2000 sei ein Abwärtstrend der Einkommensmittelwerte zu verzeichnen (Grabka et al. 2016). Die Mitte erodiere, d.h. immer mehr Personen mit vormalig mittleren Einkommen steigen in untere Einkommensschichten ab. Allerdings sind diese Befunde alles andere als unumstritten, teilweise wird sogar von einer „Mär von der bröckelnden Mittelschicht“ gesprochen (Wagner 2016). Zum einen habe sich nämlich die günstige konjunkturelle und Arbeitsmarktentwicklung der letzten Jahre (re-)stabilisierend ausgewirkt. Zum anderen sei die These von *der schrumpfenden und verunsicherten Mittelschicht* angesichts der tatsächlichen *Heterogenität sozialer Schichten und Lagen* viel zu verallgemeinernd. Viele Expert_innen können deshalb keine „Erosion“ der Mitte erkennen (vgl. auch Niehues 2014). Doch auch eine neuere Studie des Zentrums für

Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) warnt vor einer zunehmend ungleichen Verteilung der Einkommen und einer steigenden Armutsgefährdungsquote, nach der immer weniger Personen am Wirtschaftswachstum und dem gesamtgesellschaftlichen Wohlstand teilhaben könnten (vgl. ZEW 2017).

Wie in Längsschnittanalysen gezeigt werden konnte, war die Angst der Mittelschicht (auch in Ostdeutschland) vor sozialem Abstieg („Statusverunsicherung“) zwar bis 2005 gestiegen, fiel danach jedoch kontinuierlich ab. Trotz der Finanz- und Wirtschaftskrise von 2009 erreichte die Abstiegsangst in allen sozialen Schichten sogar wieder die niedrigen Werte von 1991. „Dabei sank das Ausmaß der Sorgen in der mittleren Mittelschicht im Schichtvergleich am stärksten ab“ (vgl. Lengfeld / Ordemann 2016: 2). Am größten ist Abstiegsangst demnach in der Schicht der Niedrigeinkommensbezieher (ungelernte Arbeiter_innen, einfache Dienstleister_innen) sowie in der *unteren Mittelschicht* (qualifizierte Facharbeiter_innen) verbreitet. Trotz widersprüchlicher Befundlage ist die Tatsache unumstritten, dass nach wie vor wesentliche Teile der Bevölkerung Furcht vor dem Statusverlust haben.

Zentral für eine Untersuchung der Auswirkungen jener sozialstrukturellen Entwicklungen auf die politische Kultur ist die These, dass eine *stabile Mitte* – mit dem Wertefundament und dem Sozialkapital ihrer Angehörigen – die ideale *Trägerin und Garantin einer gelingenden demokratischen Ordnung und Zivilgesellschaft* sei (vgl. Mau 2014). Soziale Gerechtigkeit, Wohlstand, Sicherheit und Teilhabe für möglichst große Bevölkerungsteile befrieden und *entpolarisieren* eine Gesellschaft. Die politische Kultur Deutschlands, so der Historiker Herfried Münkler (2014), sei bis heute von jenem „Paradigma der Mitte“ getragen. Statusverlust, Statusverunsicherung sowie die Unzufriedenheit mit der sozialen, materiellen und politischen Situation lassen allerdings die Demokratieunterstützung und das Vertrauen in demokratische Institutionen erodieren; sie tragen nach Ansicht vieler Expert_innen zu einer *politischen Radikalisierung der Mitte* und einer Entfremdung von der Demokratie bei (vgl. Decker/Kiess/Brähler 2016, Zick/Küpper/Krause 2016).

Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und Demokratiegefährdung

Spätestens seit den Wahl- und Mobilisierungserfolgen rechtspopulistischer Parteien und Bewegungen in Deutschland wird wieder verstärkt diskutiert, inwieweit auch die „Mitte“ bzw. „bürgerliche Kreise“ für radikale, antidemokratische, fremdenfeindliche und rassistische Ideologeme empfänglich seien und inwieweit dies die politische Kultur der Berliner Republik nachhaltig verändere. Seit geraumer Zeit nehmen sowohl politische Beobachter_innen und Journalist_innen als auch Teile der Sozial- und Politikwissenschaften eine Zuspitzung von Diskursen und politischen Auseinandersetzungen wahr, auf die bereits im letzten THÜRINGEN-MONITOR verwiesen wurde (TM 2016: 11 f.). Anlass zur Sorge bietet vor allem der Vormarsch der sogenannten „Neuen Rechten“, die mittels oberflächlicher Mäßigung, begrifflicher Kosmetik und der Besetzung populärer Themen erfolgreich die vormalige Distanz „bürgerlicher“ Milieus unterlaufe. War der bewegungsförmige *Rechtsextremismus* und dessen Ideologie (vgl. Virchow/Langebach/Häusler 2016) in der Bundesrepublik aus historischen Gründen bis vor wenigen Jahren politisch isoliert und wenig erfolgreich, würden alte und neue Exponent_innen des (mittlerweile europaweiten) *Rechtspopulismus* eine *Mainstreaming*-Strategie verfolgen, um auch in Deutschland akzeptabel und wählbar zu erscheinen (Hensel et al. 2014, Hillebrand 2015; Priester 2016). Rechtspopulismus – so seine Kritiker_innen – greife dabei vor allem nationalistische,

euroskeptische Stimmungen sowie (fremdenfeindliche) Abwehrhaltungen gegenüber Zuwanderung auf und fördere diese (vgl. Mirbach 2013). Außerdem besetze die „Neue Rechte“ zunehmend auch *sozialpolitische* Themen, die traditionell mit der Mitte oder dem linken Flügel des politischen Spektrums assoziiert wurden. Nicht zuletzt eigneten sich EU-kritische, kapitalismuskritische oder „antiimperialistische“ (antiamerikanische und antizionistische) Positionen zur „Abwerbung“ „linker“ Anhängerschaften – und zur Bildung sogenannter „Querfront“-Bündnisse, beispielsweise mit Teilen der „Friedensbewegung“ oder Sympathisant_innen des „palästinensischen Befreiungskampfes“.

Populismus im Allgemeinen kann als politischer *Stil* charakterisiert werden, der „eine rationalistische Einengung des Politischen auf die Ebene sachlich fundierter Argumentationen“ (Mirbach 2013) durchbricht, um anschlussfähig an breite Wählerschichten zu werden. Mittels vereinfachender Rhetorik werden dabei vor allem affektive Muster der politischen Willensbildung und der Versicherung gemeinsamer kollektiver Identität aktiviert. Der Vorwurf des Populismus ist jedoch ein häufig genutztes Mittel zur Diskreditierung politischer Gegner_innen.³ Deswegen ist es wichtig, nach programmatischen Inhalten und Zielen zu differenzieren und deren Problematik herauszuarbeiten.

Vom *Rechtsextremismus*, dessen Wesenskern aus politikwissenschaftlicher und verfassungsrechtlicher Perspektive in der Feindschaft zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bzw. in dem Ziel der Überwindung des demokratischen Staates und seiner Institutionen besteht, unterscheidet sich der *Rechtspopulismus* (Beyme 2010) in der Regel durch sein ostentatives Bekenntnis zur Verfassungstreue und seine dezidiert nicht-militanten Erscheinungsformen. In einem Spannungsverhältnis dazu stehen allerdings die Qualität jener „Fundamentalopposition“, die rechtspopulistische Akteur_innen, Parteien und Bewegungen für sich reklamieren, sowie die provokante Darstellung ihres politischen Selbstverständnisses. So werden die etablierten politischen Eliten einer korruptiven, desaströsen und verfassungsbrüchigen Politik bezichtigt; ihre Herrschaftspraxis hätte – nach historischen Vorbildern – totalitären Charakter. Allen Orts seien Phänomene gesellschaftlicher Gleichschaltung und der gewalthaften Unterdrückung nonkonformistischer „Andersdenkender“ durch „das System“ zu beobachten: Dessen Handlanger_innen und Profiteur_innen in den Medien, in den Kirchen, in den Gewerkschaften, in Bildung und Forschung und anderen Teilen der Zivilgesellschaft – hätten sich gegen „das Volk“ verschworen. Durch die assoziative Gleichsetzung der Berliner Republik mit einer „Diktatur“, gegen die „Widerstand“ zu leisten Pflicht sei, verschwimmt die Grenze zwischen einem „grundlegenden Richtungswechsel in der Politik“ als Leitgedanke rechtspopulistischer Programmatik und dem Systemumsturz als Ziel eines verfassungsfeindlichen Rechtsextremismus. Folgerichtig wurden bereits solche Teile der „Neuen Rechten“ (z.B. die sogenannte „Identitäre Bewegung“) unter Beobachtung durch den Verfassungsschutz gestellt, bei denen auch unkonventionelle politische Partizipations- und Aktionsformen im Übergang zur Militanz registriert wurden oder bei denen personale Überschneidungen mit eindeutig rechtsextremen Organisationen und Netzwerken bestehen.

³ „Allerdings ist die Rede über Populismus – wie Kodalle [2012] betont – aufgrund ihrer fast unbegrenzten Beliebtheit belastet; durchgehend disqualifizierend und zugleich inflationär verwendet, wird das Prädikat populistisch nicht nur linken wie rechten Strömungen zugeschrieben, sondern auch Akteuren von Mehrheitsparteien.“ (Mirbach 2013).

Außerdem erregen fremdenfeindliche, nationalistische, geschichtsrevisionistische, antisemitische und homo- bzw. trans*phobe Aussagen⁴ von mehr oder weniger prominenten, rechtspopulistisch argumentierenden Politiker_innen großes Aufsehen. Da rechtspopulistische Propaganda ein solches „Durchbrechen von Denk- und Sprachverboten“ zu Akten demokratischer Courage stilisiert, fänden fremdenfeindliche, rassistische und völkische Positionen wieder zunehmende Verbreitung in der Öffentlichkeit (Zick/Küpper 2015, Decker / Henningsen / Jakobsen 2015). Die „Grenzen des Sagbaren“ würden sukzessive ausgeweitet; die Abwertung von Fremdgruppen und Minderheiten biete einen Nährboden für rechtspopulistische und rechtsextreme Einstellungen (vgl. Zick/Küpper 2016).

Der Rechtspopulismus instrumentalisieren gezielt die (materielle und politische) Unzufriedenheit, die Abstiegsängste und den Sozialneid seines Wahlklientels.⁵ Minderheiten würden zu „Sündenböcken“ erklärt; Demagog_innen und Agitator_innen riefen zum Umsturz der politischen und sozialen Verhältnisse auf und versprächen radikal einfache Lösungen für komplexe gesellschaftliche Problemlagen. Dabei sei der „Rechtsruck“ selbst *Folge und Symptom* gesellschaftlicher Krisendynamik: Autoritarismus, Sozialdarwinismus und Chauvinismus seien nicht einfach nur kulturell verankert, sondern in hohem Maße auch reaktionäre *Antwortmuster* auf zunehmende gesellschaftliche Komplexität angesichts einer fortschreitenden Individualisierung, Enttraditionalisierung und Internationalisierung. „Kapitalistische Zustände“ produzierten soziale Kälte, förderten „marktförmigen Extremismus“ mit verbreitetem autoritärem Leistungsdenken. Ein neuer, zunehmend entpersonalisierter Autoritarismus bräche sich als Selbstunterwerfung gegenüber der postmodernen Wirtschafts- und Sozialordnung Bahn (vgl. Zick/Küpper/Krause 2016, Decker/Kiess/Brähler 2016). Damit einher gingen die Aggression gegen (vermeintlich) *Abweichende und Unangepasste*, die Abwertung von sozialen Außenseitern sowie „wohlstandschauvinistische“ Reflexe gegen Fremdgruppen, die (vermeintlich) mit der Eigengruppe um materielle und symbolische Ressourcen konkurrieren oder als *illegitime Nutznießer* derselben angesehen werden (v.a. Migrant_innen und Asylsuchende).

Die zunehmende Spaltung der Gesellschaft, so die Kritiker_innen, zeige sich als ein Riss in der *Mitte*. Demokratiegefährdung geht nach diesem Verständnis nicht nur von extremistischen „Rändern“ aus, sondern zeigt sich in den Einstellungen und Handlungsdispositionen *breiter Bevölkerungsschichten*, z.B. in Ungleichwertigkeitsvorstellungen und diskriminierenden Meinungen zu ethnischen, kulturellen und sozialen Minderheiten, die dem Phänomen der „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ (Wilhelm Heitmeyer) zugerechnet werden. Auch die THÜRINGEN-MONITORE haben wiederholt gezeigt, dass die Zustimmung zu Aussagen, die als *rechtsextrem* klassifiziert werden oder vorurteilsgeleitete bzw. abwertende Haltungen gegenüber Minderheiten zum Ausdruck bringen, keinesfalls auf Personen in sozialen Randlagen beschränkt ist oder deckungsgleich mit einer extremen Selbsteinordnung im *politischen Links-Rechts-Spektrum* ist (vgl. TM 2015, 2016). Inwieweit politische Einstellungen, Einschätzungen, Normen und Werte tatsächlich sozialstrukturell fundiert und differenziert sind, wird nachfolgend zu klären sein.

4 Kritische Analysen dazu hat u.a. Andreas Kemper (2014, 2015) vorgelegt. Zahlreiche (auch aktuellere) Beiträge dazu finden sich auch auf Kempers Website: <https://andreakemper.org>

5 Zur umstrittenen These, die Wähler_innen der „Neuen Rechten“ seien vor allem „Modernisierungsverlierer“, vgl. jüngst Lengfeld (2017).

Zum vorliegenden Gutachten

Der facettenreiche Mitte-Begriff, wie er bisher skizziert wurde, ist *ein* zentraler gedanklicher Ausgangspunkt unserer diesjährigen Untersuchung zur politischen Kultur im Freistaat Thüringen und ihrer Entwicklungstendenzen. Wie immer gilt das Erkenntnisinteresse des THÜRINGEN-MONITORS jedoch nicht nur den Einstellungen derer, „die sich selbst der Mitte zuordnen oder anhand objektiver Kriterien von Einkommen, Bildung und Beruf [in der Mitte] verortet werden können“ (Zick/Küpper/Krause 2016: 15). Vielmehr wird im vorliegenden Gutachten ein möglichst umfassendes Bild von der sozialen Lage *aller Befragten*, ihrer Selbstverortung bzw. Selbstwahrnehmung und ihrer subjektiven Bewertungen entworfen, um anschließend die politischen Einstellungen und Wertorientierungen – gemäß einem erweiterten Fragenprogramm des THÜRINGEN-MONITORS – zu untersuchen.

Wie gewohnt gibt Kapitel II („Leben in Thüringen“) zunächst einen Überblick über die soziodemographische Entwicklung im Freistaat anhand ausgewählter statistischer Kennzahlen. Kapitel III widmet sich der sozialen Schichtung der Befragten nach Einkommen, Bildung und Beruf, ihrer subjektiven Wahrnehmung, ihrer Zufriedenheit mit verschiedenen Lebensaspekten, ihren Gerechtigkeitsvorstellungen und -wahrnehmungen, ihren Positionen zu gesellschaftlichen Werten und Zielen, ihren Zukunftsaussichten und Sorgen. Bei der Fragenauswahl haben wir uns u.a. am THÜRINGEN-MONITOR 2013 orientiert, der den Titel „Wie leben wir? Wie wollen wir leben?“ – Zufriedenheit, Werte und gesellschaftliche Orientierungen der Thüringer Bevölkerung“ trug. Das im Kapitel III vorgestellte Schichtmodell dient als Grundlage für die nachfolgenden Analysen zur Bewertung des politischen Systems und den politischen Einstellungen der Befragten.

Im Kapitel IV werden zunächst Demokratiezufriedenheit und Demokratieunterstützung, Institutionenvertrauen und politische Partizipation diskutiert. Auch die Selbsteinordnung der Befragten im Links-Rechts-Spektrum wird in diesem Kapitel behandelt. Des Weiteren untersuchen wir **die Entwicklung und die Einflussfaktoren rechtsextremer Einstellungen** nach dem Messkonzept des THÜRINGEN-MONITORS. Nach der in der Forschung etablierten Konsens-Definition verstehen wir Rechtsextremismus als „ein *Einstellungsmuster*, dessen verbindendes Kennzeichen Ungleichwertigkeitsvorstellungen darstellen. Diese äußern sich im politischen Bereich in der Affinität zu diktatorischen Regierungsformen, chauvinistischen Einstellungen und einer Verharmlosung bzw. Rechtfertigung des Nationalsozialismus. Im sozialen Bereich sind sie gekennzeichnet durch antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen.“ (Kreis 2007: 13). Wie unsere eigenen Vorarbeiten gezeigt haben, ist es dabei aus messanalytischen und inhaltlichen Gründen unerlässlich, die beiden Hauptdimensionen *Ethnozentrismus* und *neonationalsozialistische Ideologie* auch einzeln zu beobachten und zu analysieren (vgl. Best/Salomo 2014: 55 ff., Best et al. 2016: 94 ff.). Ergänzend werden – ähnlich wie in den Vorjahren – die Verbreitung ausgewählter (rechts-)populistischer und anderer politischer Meinungen in der Thüringer Bevölkerung sowie die Zustimmung zu **Aussagen über ethnische, kulturelle und soziale Minderheiten** untersucht. Im Kapitel IV schließen wir außerdem an die Untersuchungen zu „politischen Milieus“ in Thüringen an, die im Rahmen des THÜRINGEN-MONITORS 2014 begonnen wurden (vgl. TM 2014: 82 ff.).

II. Leben in Thüringen: sozioökonomische und demographische Entwicklung

Wie in jedem Jahr stellen die ökonomischen und demographischen Bedingungen, unter denen die Thüringer_innen leben, den Ausgangspunkt des THÜRINGEN-MONITORS dar. Dabei werden der subjektiven Sicht der Thüringer_innen auf den Freistaat ausgewählte objektive Strukturdaten zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung in den letzten Jahren bzw. Jahrzehnten zur Seite gestellt.

Abb. 1: Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage in Thüringen und der individuellen finanziellen Lage, 2000–2017

(Mittelwerte auf einer Skala von 1 = schlecht/ab 2012: sehr schlecht bis 4 = sehr gut)

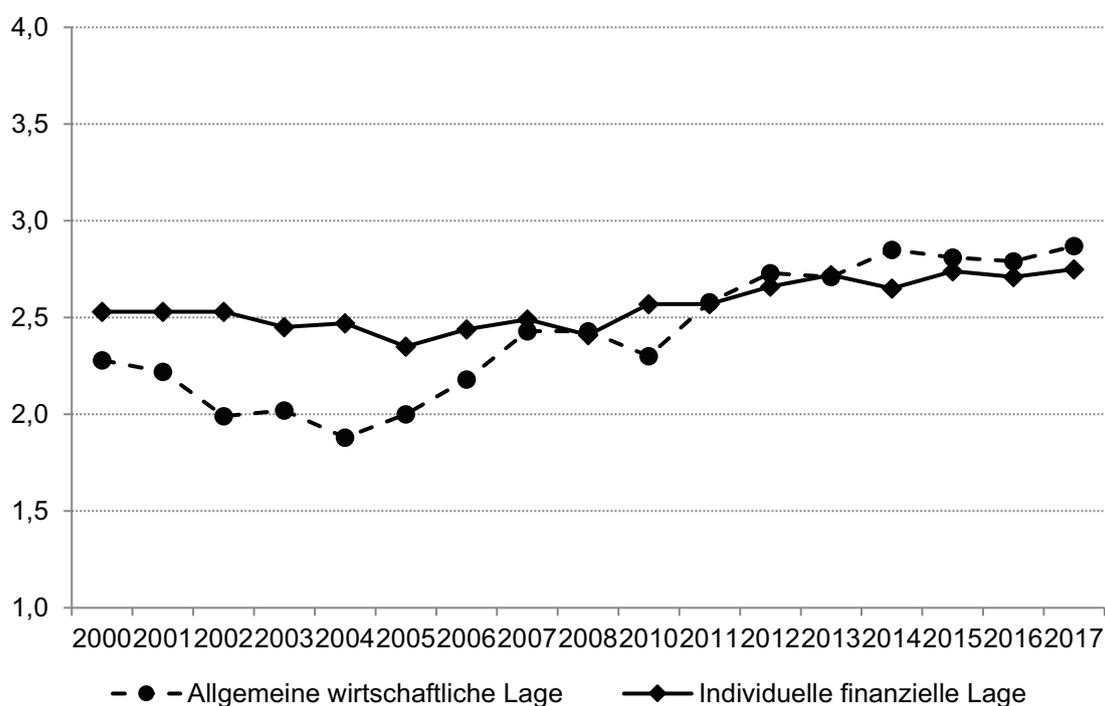
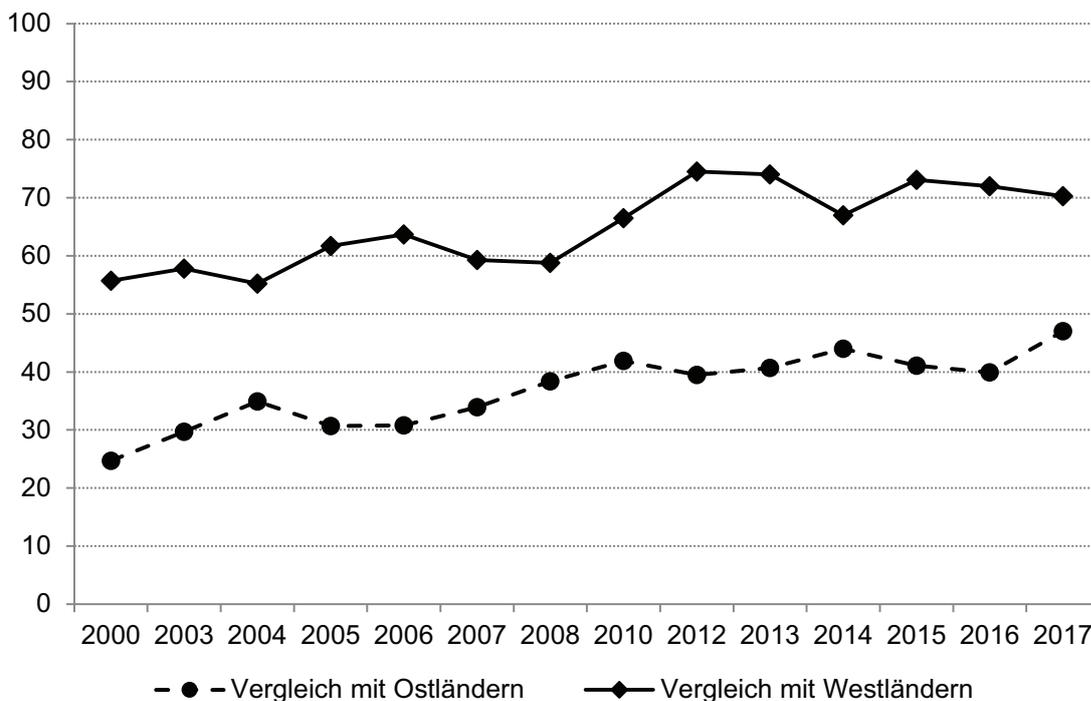


Abb. 1 zeigt, wie positiv die Thüringer_innen die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Freistaat mittlerweile einschätzen. In diesem Jahr wird die wirtschaftliche Lage von 77 Prozent der Befragten als eher gut eingestuft, von weiteren sechs Prozent als sehr gut. Demgegenüber beurteilen 14 Prozent die Lage als eher schlecht, weitere zwei Prozent als sehr schlecht. Gegenüber dem Vorjahr fällt die Einschätzung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nochmal deutlich besser aus: Kamen im letztjährigen THÜRINGEN-MONITOR 76 Prozent der Befragten zu einer positiven Bewertung, wird diese Einschätzung 2017 von 83 Prozent der Befragten geteilt. In den Zeitreihen seit 2000 liegt dieser Wert auf der eingesetzten 4er Skala (von 1 „sehr schlecht“ bis 4 „sehr gut“) leicht über dem bisher höchsten Durchschnittswert aus dem Jahr 2014, nachdem in den beiden letzten Jahren leichte Rückgänge zu verzeichnen waren. Diese deutlich positive Bewertung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zeigt sich über sämtliche Sozialkategorien hinweg. Einzig bei Befragten, die angeben, dass ihr Arbeitsplatz gefährdet ist, zeigt sich eine Eintrübung in der Bewertung: Nur noch 55 Prozent dieser Befragten bewerten die wirtschaftliche Lage in Thüringen positiv, im Vorjahr waren es noch 81 Prozent.

Auch die eigene finanzielle Situation wird gegenüber dem Vorjahr insgesamt leicht positiver gesehen. So schätzen insgesamt 67 Prozent der Befragten ihre eigene Lage als gut ein, weitere sieben Prozent als sehr gut. Dagegen stehen 21 bzw. fünf Prozent der Befragten, die ihre finanzielle Situation als eher schlecht bzw. als sehr schlecht einstufen. Die Beurteilung der eigenen Lage ist dabei in hohem Maße von der Erwerbssituation abhängig (vgl. auch Kapitel III): So sehen sich Vollzeit-Erwerbstätige mit 82 Prozent der Befragten finanziell gut aufgestellt, unter leitenden Angestellten oder Beamten kann diese Einschätzung nahezu ungebrochen geteilt werden. Demgegenüber kommen Befragte, die derzeit arbeitslos sind oder sich von Arbeitsplatzverlust bedroht sehen, zu einer kritischeren Sicht und schätzen ihre finanzielle Situation nur zu 40 bzw. 47 Prozent als gut ein. Insgesamt kann allerdings auch für die Beurteilung der individuellen finanziellen Situation in diesem Jahr der höchste Durchschnittswert in der Zeitreihe registriert werden.

Abb. 2: Einschätzung Thüringens im Vergleich mit west- und ostdeutschen Bundesländern, 2000–2017

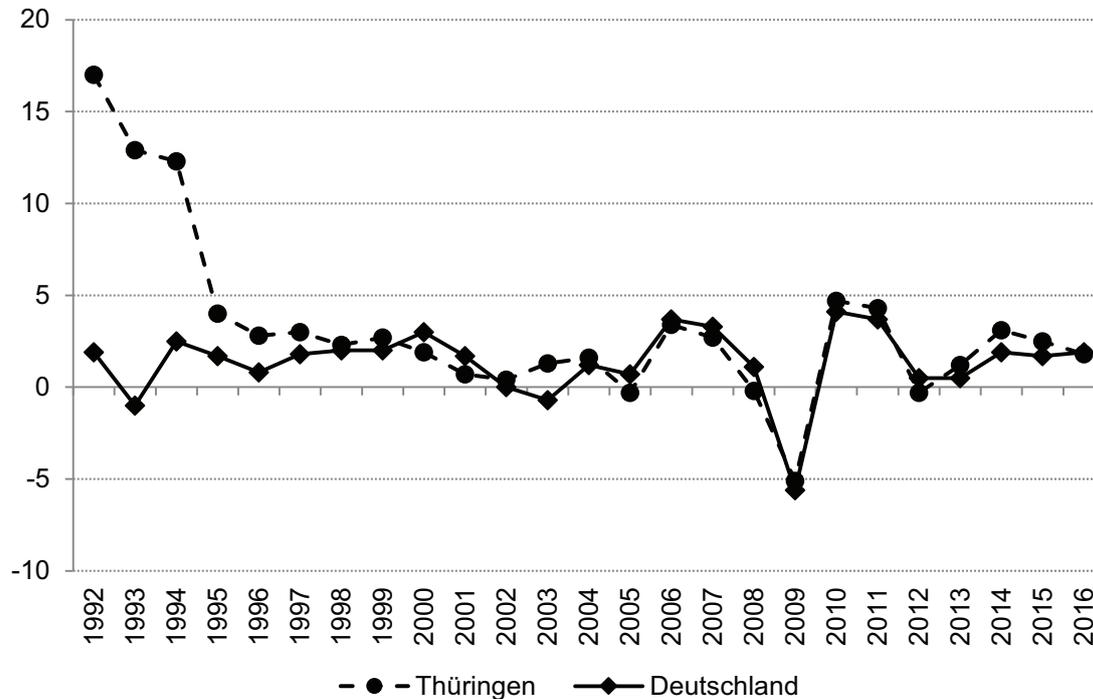
(nur Zustimmung: „Die wirtschaftliche Lage in Thüringen ist besser als in anderen ostdeutschen Bundesländern.“ und „Thüringen braucht den Vergleich mit vielen westdeutschen Bundesländern nicht zu scheuen.“)



Die positiven Einschätzungen sowohl der allgemeinen als auch der individuellen Lage spiegeln sich in der Beurteilung der Lage Thüringens im Vergleich mit den ost- und westdeutschen Bundesländern (Abb. 2). So meinen 47 Prozent der Befragten, dass die wirtschaftliche Lage in Thüringen besser sei als in den übrigen ostdeutschen Bundesländern, weitere 33 Prozent können dem zumindest teilweise zustimmen. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet das eine deutlich bessere Bewertung und markiert in der Zeitreihe einen Höchstwert. Mit 70 Prozent trifft auch eine überwiegende Mehrheit der Thüringer_innen weiterhin die Einschätzung, dass der Freistaat den Vergleich mit den westdeutschen Bundesländern nicht zu scheuen brauche. Lediglich zwölf Prozent der Befragten verneinen diese Meinung explizit. Gegenüber den beiden Vorjahren ist hier ein leichter, aber statistisch nicht signifikanter Rückgang zu verzeichnen.

Insgesamt zeigen die bisher präsentierten Befunde, dass die Befragten größtenteils weiterhin zufrieden mit den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Freistaat und auch mit ihrer eigenen finanziellen Situation sind. Im Folgenden werden diesen subjektiven Einschätzungen einige zentrale Strukturdaten gegenübergestellt.

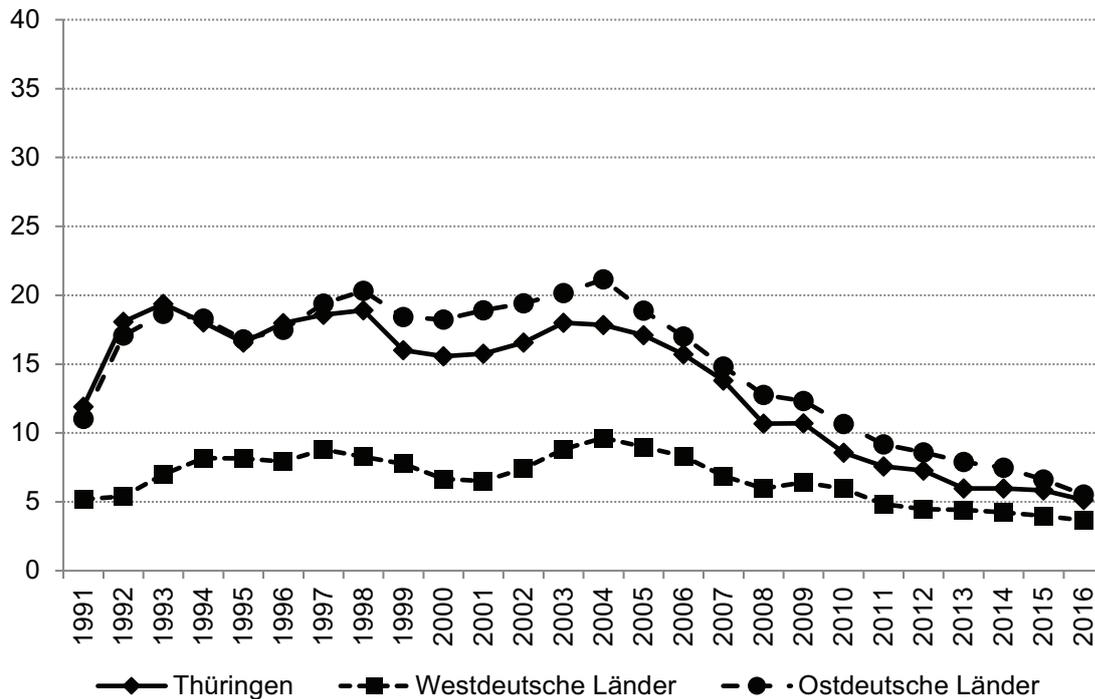
Abb. 3: Wachstumsraten des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts für Thüringen und Deutschland insgesamt 1992–2016
(in Prozent)



Quelle: Statistisches Bundesamt; Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder

Zunächst kann mit der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts – dem Wert der produzierten Güter und erbrachten Dienstleistungen im Inland – ein zentraler Indikator für die wirtschaftliche Leistung Thüringens betrachtet werden (Abb. 3). Das Bruttoinlandsprodukt in Thüringen ist im vergangenen Jahr nominell um 3,5 Prozent auf 60,8 Millionen Euro gestiegen. Preisbereinigt liegt das Wachstum bei 1,8 Prozent gegenüber 2015 und damit nur leicht unterhalb des Bundesdurchschnitts (1,9 Prozent). Die Zeitreihen belegen, dass sich die positive Entwicklung der Wirtschaftskraft im Freistaat seit 2012 fortsetzt, wenngleich das Wachstum seit 2012 erstmals leicht hinter das Wachstum in Gesamtdeutschland zurückfällt. Im Vergleich der Bundesländer liegt Thüringen damit im Mittelfeld. Das höchste Wachstum konnten Berlin und Sachsen mit jeweils 2,7 Prozent verzeichnen, während das Wachstum in Sachsen-Anhalt und im Saarland mit 1,0 bzw. 0,0 Prozent im vergangenen Jahr am geringsten war. Bei der Entwicklung der Wirtschaftskraft in Thüringen gab es allerdings Branchenunterschiede: Das produzierende Gewerbe (+3,4 Prozent) sowie der Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation (+2,5 Prozent) trugen überdurchschnittlich zum Wachstum bei, doch im Baugewerbe war ein Rückgang der Bruttowertschöpfung um -0,8 Prozent zu verzeichnen.

Abb. 4: Erwerbslosenquote von Thüringen im Vergleich mit den west- und ostdeutschen Ländern 1991–2016
(in Prozent)

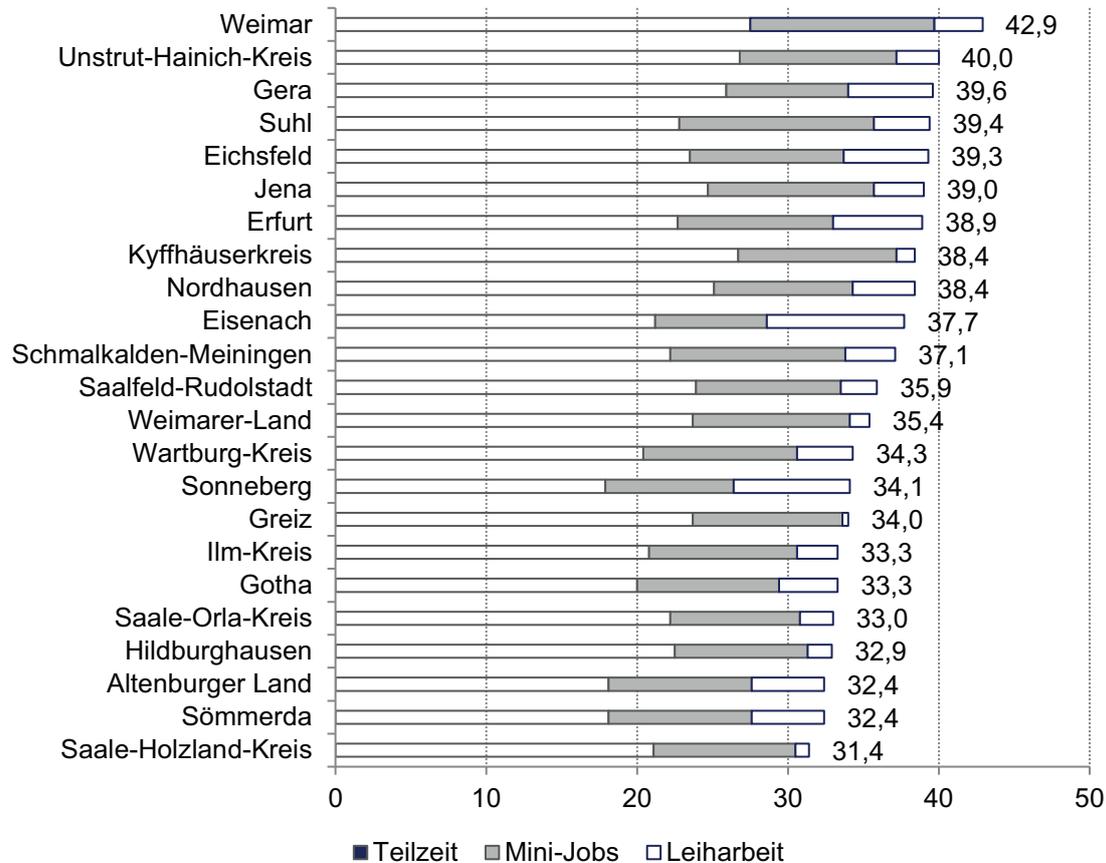


Quelle: Statistisches Bundesamt

Diese positive Entwicklung der Wirtschaftskraft korrespondiert mit einer guten Lage auf dem Arbeitsmarkt. Anders als Makroindikatoren wie das Wirtschaftswachstum haben Arbeitsmarktindikatoren einen direkten Bezug zur Lebenssituation der Bürger_innen, denn die Integration in die Arbeitswelt hat unmittelbare Auswirkungen auf ihre Lebenschancen und gesellschaftliche Teilhabe. Auch in 2016 war die Erwerbslosenquote⁶ in Thüringen weiterhin rückläufig und lag bei 5,1 Prozent (Abb. 4). Seit 2003 war sie kontinuierlich von 18,0 Prozent gesunken. Mittlerweile zeigt sich der Thüringer Arbeitsmarkt sehr robust. Die Arbeitslosenquote im Freistaat lag weiterhin unter der in den übrigen ostdeutschen Bundesländern, auch der Abstand zu den westdeutschen Bundesländern war 2016 weiter rückläufig. Zwischen den ostdeutschen und westdeutschen Bundesländern bestand aber nach wie vor eine bemerkenswerte Differenz. So betrug die Erwerbslosenquote in Bayern 2016 nur 2,5 Prozent, hingegen in Sachsen-Anhalt 7,3 Prozent. Die Arbeitslosenquote in den Thüringer Kreisen war im Referenzmonat Mai 2017 weiterhin sehr unterschiedlich. Am niedrigsten war sie im Kreis Sonneberg (3,6 Prozent) und im Kreis Hildburghausen (3,8 Prozent), am höchsten in Gera (9,9 Prozent).

⁶ Die Erwerbslosenquote ist der Anteil der Erwerbslosen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren an allen Erwerbspersonen in der entsprechenden Altersgruppe. Erwerbslose sind Personen ohne Arbeitsverhältnis, die sich um eine Arbeitsstelle bemühen, unabhängig davon, ob sie bei der Agentur für Arbeit als Arbeitslose gemeldet sind. Insofern ist der Begriff der Erwerbslosen umfassender als der Begriff der Arbeitslosen. Andererseits zählen Arbeitslose, die vorübergehend geringfügige Tätigkeiten ausüben, nach dem Erwerbskonzept nicht zu den Erwerbslosen, sondern zu den Erwerbstätigen.

Abb. 5: Struktur der atypischen Beschäftigung nach Kreisen 2016
(in Prozent)



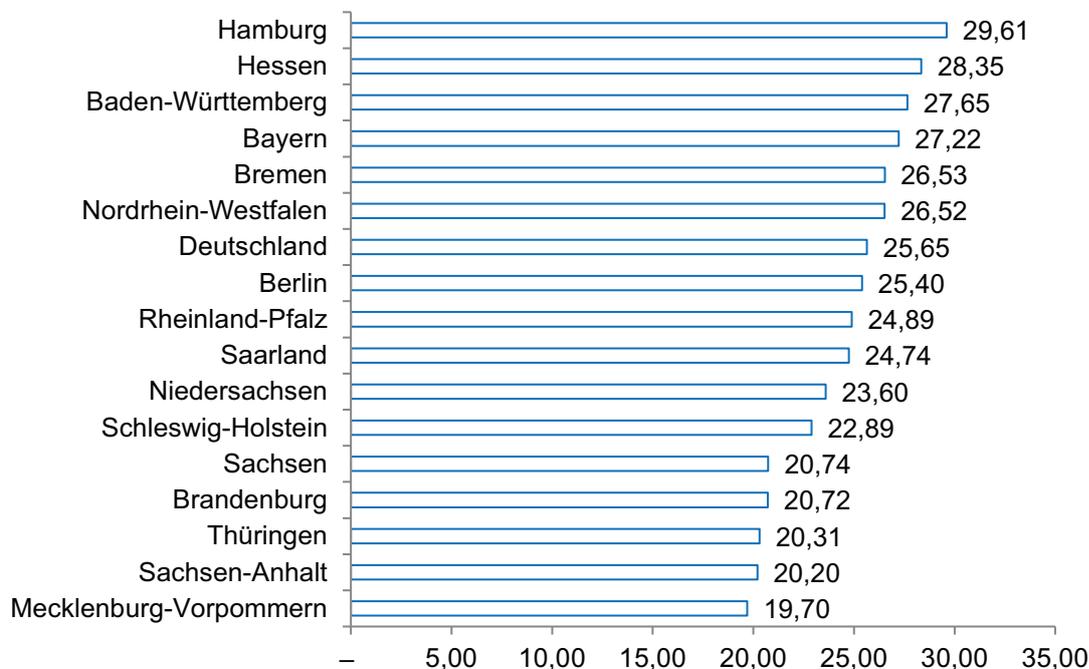
Quelle: Datenbank „Atypische Beschäftigung“ der Hans-Böckler-Stiftung

Vor dem Hintergrund der seit Jahren rückläufigen Arbeitslosenzahlen verlagert sich die Arbeitsmarkt-Debatte unter dem Stichwort „prekäre Beschäftigung“ zunehmend auf die Art und Ausgestaltung der Beschäftigungsverhältnisse. Sogenannte *atypische Beschäftigungsverhältnisse* unterscheiden sich in wesentlichen Merkmalen von den sogenannten Normalarbeitsverhältnissen. Unter einem Normalarbeitsverhältnis wird i.d.R. eine stabile, sozial abgesicherte, abhängige Vollzeitbeschäftigung verstanden (vgl. Bosch 2013: 376). Die Quote atypischer Beschäftigung, also des Anteils von Teilzeit, Leiharbeit und Mini-Jobs als Haupterwerb an allen abhängig Beschäftigten, lag in Thüringen im Jahr 2016 bei 36,8 Prozent.⁷ Damit war die Thüringer Quote niedriger als die in den neuen und der alten Bundesländern mit (38,6 bzw. 39,9 Prozent). Den größten Anteil an atypischen Beschäftigungsverhältnissen hatte die Teilzeitbeschäftigung mit 25,7 Prozent, gefolgt von den *Mini-Jobs* als Haupterwerb mit 10,7 Prozent und der Leiharbeit mit 2,5 Prozent. Wichtig ist dabei, dass nicht jede Teilzeitbeschäftigung als *prekär* im Sinne einer geringfügigen Entlohnung oder eines höheren Risikos des Arbeitsplatzverlustes einzustufen ist. Mit Blick

⁷ Für Informationen über atypische Beschäftigungsverhältnisse in Thüringen und ihre regionale Verbreitung kann auf die Datenbank „Atypische Beschäftigung“ der Hans-Böckler-Stiftung zurückgegriffen werden. In der Datenbank werden Daten der Bundesagentur für Arbeit sowie des Statistischen Bundesamtes aufbereitet und es wird die Systematik der Bundesagentur für Arbeit bei der Berechnung der Quote der atypischen Beschäftigung angewendet. Allerdings erlauben die verwendeten Daten keine Abbildung der Verteilung befristeter Beschäftigungsverhältnisse auf Kreisebene. Bei *Teilzeitbeschäftigung* ist darauf hinzuweisen, dass das Statistische Bundesamt nur Teilzeittätigkeiten mit weniger als 21 Stunden pro Woche berücksichtigt.

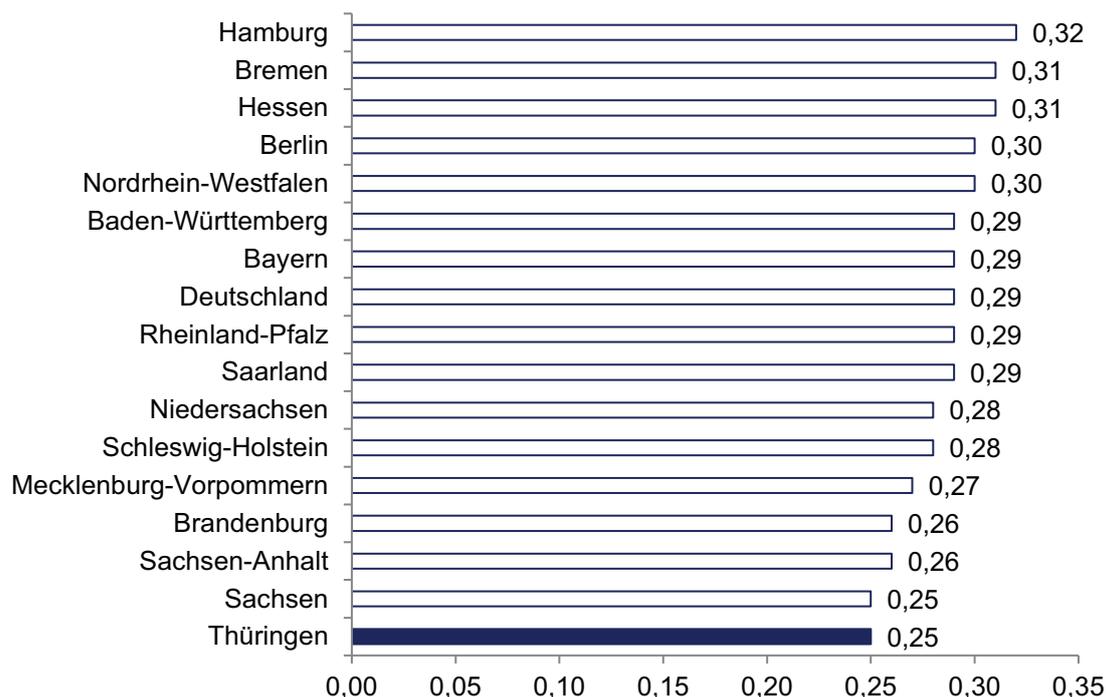
auf die Thüringer Kreise zeigen sich bemerkenswerte Differenzen in der Verbreitung atypischer Beschäftigungsverhältnisse. Besonders die kreisfreien Städte weisen in Thüringen überdurchschnittliche Quoten auf, so ist die Quote in Weimar mit 42,9 Prozent am höchsten, hingegen im Saale-Holzland-Kreis mit 31,4 Prozent am geringsten (Abb. 5).

Abb. 6: Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitsstunde im Ländervergleich 2016
(in Euro)



Quelle: Statistisches Bundesamt; Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder

Die anhaltend positive wirtschaftliche Entwicklung in Thüringen äußerte sich 2016 in einem erneuten Wachstum der Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer_in um 3,6 Prozent auf 27.965 Euro. Damit lag Thüringen weiterhin im Durchschnitt der neuen Bundesländer, zugleich blieb die Lohn disparität zu den alten Bundesländern mit durchschnittlichen Bruttolöhnen und -gehältern von 34.176 Euro weiterhin erhalten. Bei einem Stundensatz von 20,31 Euro nahm Thüringen den 14. Platz unter den Bundesländern ein, nur in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern waren die Bruttolöhne und -gehälter noch niedriger (Abb. 6). Die Lohn disparität zwischen den alten und neuen Bundesländern wird ersichtlich im Unterschied zwischen Sachsen, dem neuen Bundesland mit dem höchsten Bruttolohn (20,74 Euro/Arbeitsstunde) und Schleswig-Holstein, dem alten Bundesland mit dem geringsten Bruttolohn (22,89 Euro/Arbeitsstunde). Die Gründe für die anhaltende Lohn disparität sind komplex: Häufig wird auf die geringere Produktivität in den neuen Bundesländern hingewiesen, wie sie sich bei der Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes gezeigt haben (Statistisches Bundesamt 2017a: 24). Darüber hinaus muss aber auch die ungleiche Verteilung von Betrieben verschiedener Größenklassen in Ost und West betrachtet werden. In Thüringen arbeiten beispielsweise nur 36 Prozent der Erwerbstätigen in Betrieben mit mehr als 250 Beschäftigten, in denen nämlich höhere Verdienste erzielt werden als in kleineren Betrieben, während es in Rheinland-Pfalz 48 Prozent der Erwerbstätigen sind (ebd.). Auch die Quote der *Tarifbindung*, die höhere Verdienste begünstigt, liegt in den neuen Bundesländern mit 38 Prozent deutlich unterhalb der Quote in den alten Bundesländern von 48 Prozent (ebd.).

Abb. 7: Gini-Koeffizient der Nettoäquivalenzeinkommen im Ländervergleich 2016

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Daten des Mikrozensus)

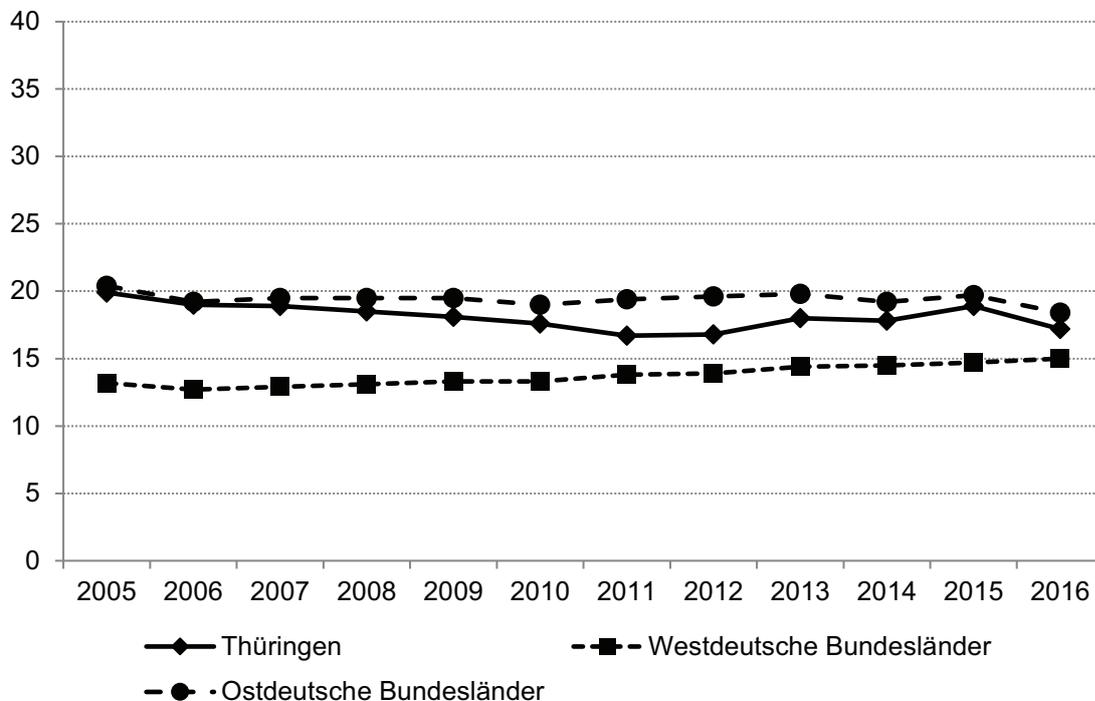
Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) kam 2014 in einer international vergleichenden Studie zu dem Ergebnis, dass **Einkommensungleichheit** das wirtschaftliche Wachstum bremsen könne (OECD 2014). Deutschland liegt dabei im Vergleich der OECD-Länder mit Blick auf die Einkommensungleichheit konstant unterhalb des OECD-Durchschnitts. Zur Messung der Einkommensungleichheit gibt es eine Reihe von Indikatoren, zu den wichtigsten gehört der *Gini-Koeffizient*. Der Gini-Koeffizient ist ein Maß für die Ungleichverteilung und nimmt Werte zwischen 0 (perfekte Gleichverteilung der Einkommen) und 1 an (Verteilung des Einkommens auf eine Person).⁸ Um die Vergleichbarkeit zu gewährleisten wird dabei nicht auf das Bruttoeinkommen, sondern auf das *Nettoäquivalenzeinkommen* zurückgegriffen, das auf Basis des Haushaltsnettoeinkommens berechnete, bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen je Haushaltsmitglied (vgl. Kapitel III.1). Im Jahr 2016 lag der Gini-Koeffizient der Nettoäquivalenzeinkommen für Deutschland bei 0,29 und war damit in den letzten zehn Jahren nur marginal gestiegen. Unter den 35 OECD-Mitgliedsstaaten belegte Deutschland den 23. Platz: Die Einkommensungleichheit lag in Deutschland unter dem OECD-Durchschnitt von 0,31, war aber höher als in zwölf anderen europäischen Ländern, darunter Österreich (0,27), Schweden (0,27) und Dänemark (0,26).⁹ Innerhalb Deutschlands (Abb. 7) war die Einkommensungleichheit in den westdeutschen Stadtstaaten Hamburg und Bremen am höchsten, gefolgt vom Flächenland Hessen, der Bundeshauptstadt Berlin und den anderen westdeutschen Bundesländern. Die fünf ostdeutschen Bundesländer belegten die letzten fünf Plätze im Ranking, hier war die Einkommensungleichheit also am geringsten (Abb. 7). Thüringen war mit einem Gini-Koeffizienten von 0,25 das deutsche Bundesland mit den *homogensten Einkommen*. Auffällig ist die geringere Einkommensungleichheit gegenüber Sachsen, wo im

⁸ Vgl. http://www.lai.fu-berlin.de/e-learning/projekte/vwl_basiswissen/Umverteilung/Gini_Koeffizient/index.html

⁹ Vgl. <http://www.oecd.org/social/income-distribution-database.htm>

Durchschnitt höhere Bruttolöhne als in Thüringen erzielt wurden, aber auch gegenüber Sachsen-Anhalt, wo die Bruttolöhne geringer waren (vgl. Abb. 6).¹⁰

Abb. 8: Armutsgefährdungsquote gemessen am Bundesmedian in Thüringen im Vergleich mit west- und ostdeutschen Bundesländern 2005–2016 (in Prozent)

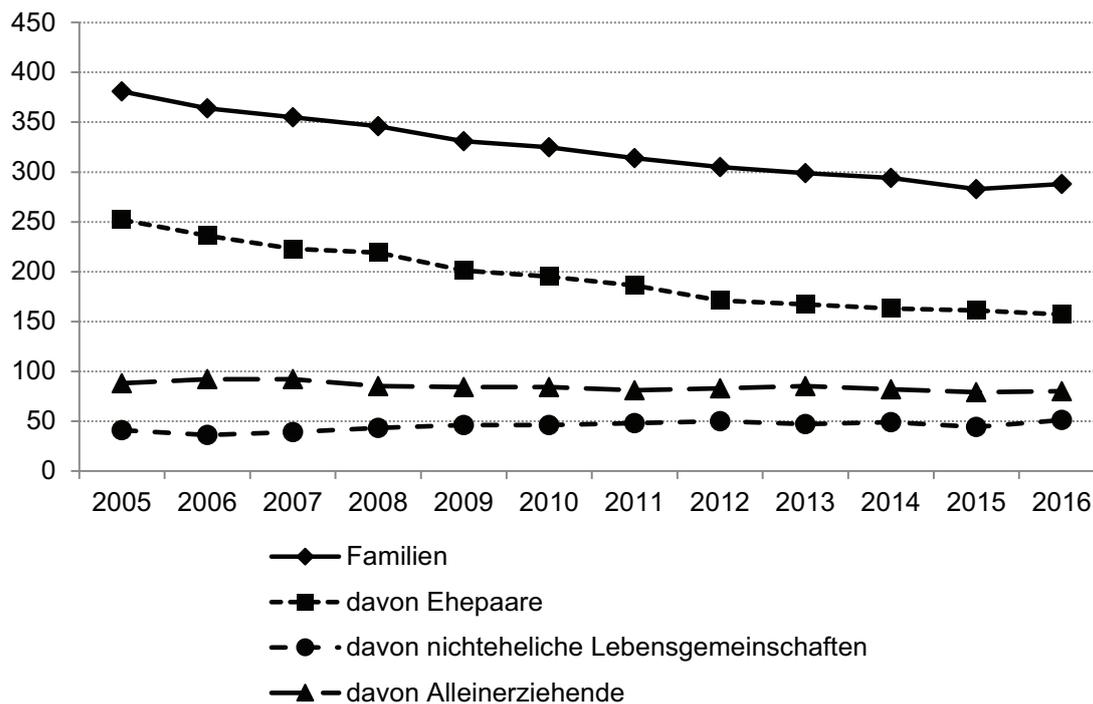


Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Daten des Mikrozensus)

Die *Armutsgefährdungsquote* (vgl. Kapitel III.1; ARB 2017: 598) ist ein weiterer wichtiger Indikator für Einkommensungleichheit. Die Armutsgefährdungsquote bildet *relative Einkommensarmut* ab: Gemäß EU-Standard liegt sie bei 60 Prozent des Medians der Netto-Äquivalenzeinkommen.¹¹ Für die hier berichtete Armutsgefährdungsquote wird dabei auf den Bundes-Median, also dem Mittelpunkt der Verteilung der Nettoäquivalenzeinkommen der gesamten Bevölkerung in Deutschland, zurückgegriffen. Die Armutsgefährdungsschwelle ist hier also bundesweit dieselbe; die unterschiedlichen Einkommensverteilungen in den Bundesländern finden keine Berücksichtigung. 2016 betrug die Armutsgefährdungsquote in Thüringen 17,2 Prozent (Abb. 8). Zwischen 2005 und 2011 war sie von 20,4 Prozent auf 16,7 Prozent gesunken und stieg danach bis 2015 wieder auf 19,7 %; ein klarer Trend ist derzeit also nicht erkennbar. Thüringen hatte nach diesen Berechnungen unter den neuen Bundesländern die *geringste Armutsgefährdungsquote*, Sachsen-Anhalt mit 21,4 Prozent die höchste. Gemessen am Bundesmedian lag das Armutsrisiko im Freistaat allerdings weiterhin über der Quote in den alten Bundesländern (15 Prozent), wenngleich die Differenz deutlich rückläufig war.

¹⁰ Die Diskrepanz ergibt sich dadurch, dass bei der Berechnung von Einkommensungleichheit auch die (nach Bundesland unterschiedlich häufigen) *sozialen Transferleistungen* als Äquivalenzeinkommen berücksichtigt werden, was vermutlich in Thüringen die Einkommensverteilung stärker homogenisiert als in Sachsen und Sachsen-Anhalt.

¹¹ Armut: 50 Prozent, „strenge Armut“: 40 Prozent des Medianwertes.

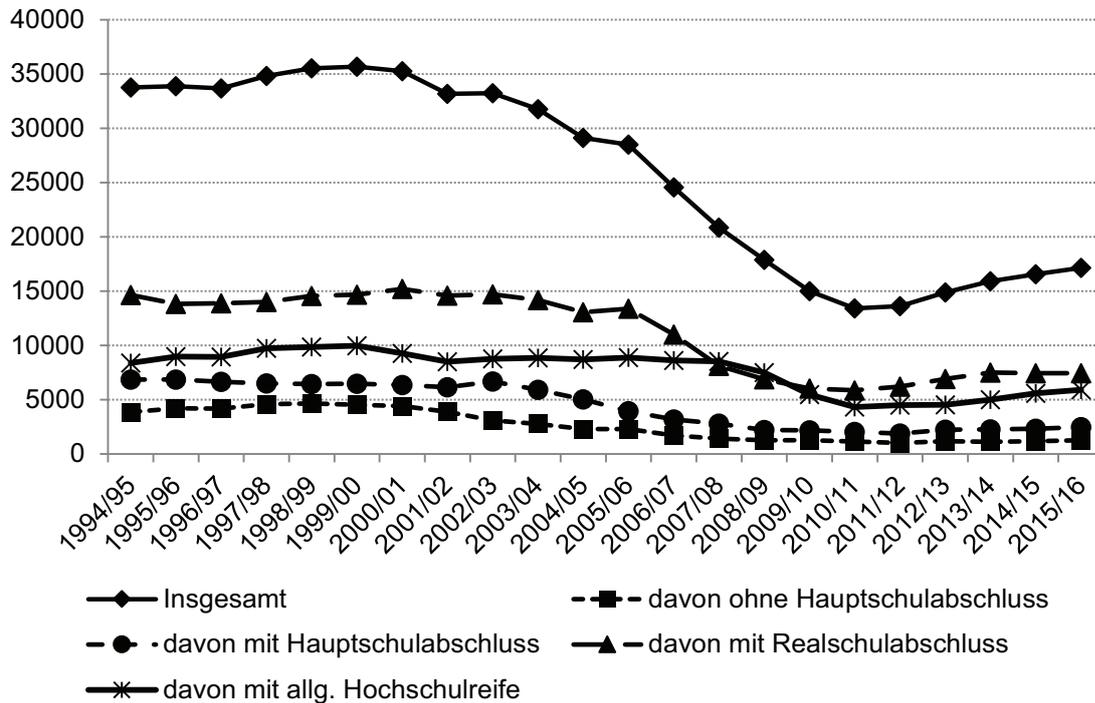
Abb. 9: Familien nach Familientyp in Thüringen 2005–2016

Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik

Die Familienkonstellationen der Thüringer_innen und die Struktur der Privathaushalte haben sich in den vergangenen Jahrzehnten deutlich verändert. So lebten 2016 im Freistaat etwa 458.000 Personen in Einpersonenhaushalten, was einem Anteil von 41 Prozent entspricht. Dieser Anteil ist in den letzten 20 Jahren um zehn Prozentpunkte gestiegen; eine ähnliche Entwicklung war auch für Gesamtdeutschland zu konstatieren. Besonders in den kreisfreien Städten ist der Anteil der Einpersonenhaushalte mit knapp 50 Prozent erhöht (gegenüber 38 Prozent in den Landkreisen). Bei den Mehrpersonenhaushalten zeigt sich eine Tendenz zu kleineren Haushalten. Familien definiert das Thüringer Landesamt für Statistik als Eltern-Kind-Gemeinschaften, bei denen mindestens ein lediges Kind im Haushalt wohnt. 2016 werden in Thüringen so etwa 288.000 Familien gezählt. Diese Zahl war analog zur Bevölkerungsentwicklung im betrachteten Zeitraum deutlich rückläufig, wurden doch 2005 noch knapp 381.000 Familien berichtet (Abb. 9). Kinderlose Ehen oder Lebensgemeinschaften werden an dieser Stelle nicht betrachtet. Die Ehe mit Kindern ist weiterhin die dominante Familienkonstellation, wenngleich ihr Anteil seit 2005 um zwölf Prozentpunkte auf 55 Prozent gesunken ist. Dagegen sind der Anteil der Alleinerziehenden (um fünf Prozentpunkte auf einen Anteil von 28 Prozent) und der Anteil der nichtehelichen Lebensgemeinschaften (um sieben Prozentpunkte auf einen Anteil von 18 Prozent) gestiegen. Im Freistaat wurden zuletzt 51.000 nichteheliche Lebensgemeinschaften mit Kindern registriert.

Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung kommt der schulischen und beruflichen Ausbildung eine besondere Bedeutung zu. Auf individueller Ebene ist die Ausbildung eng mit gesellschaftlicher Integration und der Zuweisung von Lebenschancen verbunden. Ein erster Indikator dazu ist die Absolvent_innenstatistik der allgemeinbildenden Schulen in Thüringen (Abb. 10).

Abb. 10: Absolvent_innen allgemeinbildender Schulen in Thüringen, Jahrgänge 1995–2016
(in Prozent)

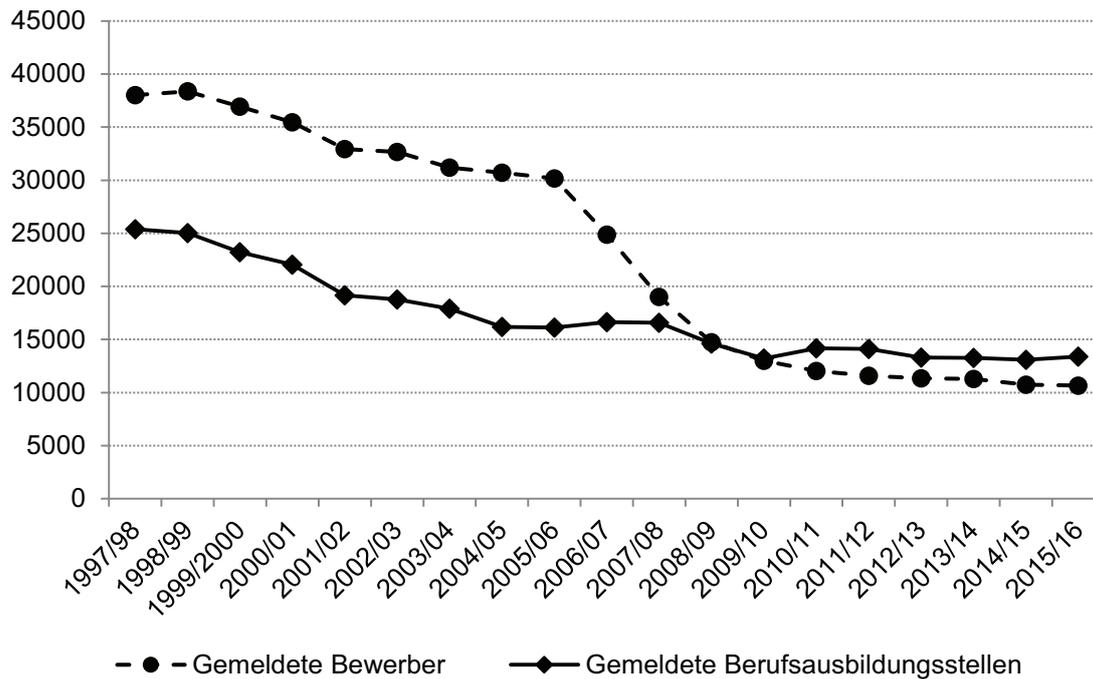


Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik

An den Absolvent_innenzahlen ist auch die Thüringer Bevölkerungsentwicklung erkennbar: Seit 2000/01 waren der einbrechenden Geburtenrate in den 1990er Jahren folgend auch die Zahlen der Absolvent_innen rückläufig und erreichten mit 13.410 Absolvent_innen 2010/11 einen Tiefstand. Seit 2011/12 verließen wieder mehr Schüler_innen im Freistaat die Schule – im Schuljahr 2015/16 waren es bereits 17.145 Absolvent_innen. Der Anteil der Realschulabschlüsse ist im selben Zeitraum nahezu konstant bei 43 Prozent geblieben. Demgegenüber ist der Anteil der Hauptschulabschlüsse um sechs Prozentpunkte auf 14 Prozent gesunken, während der Anteil des Abiturs um knapp zehn Prozentpunkte gestiegen ist. Im Schuljahr 2015/16 erlangte ungefähr jede_r dritte Absolvent_in die allgemeine Hochschulreife. Erfreulicherweise ist zugleich auch der Anteil der Schulabgänger_innen ohne Abschluss leicht zurückgegangen (von elf Prozent auf knapp acht Prozent). In anderen Bundesländern wie Baden-Württemberg, Bayern oder Hessen liegt dieser Anteil jedoch nur bei ca. vier Prozent.

Das Bildungsniveau der Thüringer Bevölkerung ist vergleichsweise hoch: So haben 95 Prozent der Personen im Alter zwischen 25 und 64 Jahren mindestens einen Bildungsabschluss des Sekundarbereichs II (Hochschulzugangsberechtigung, Abschluss einer Lehrausbildung, einer Berufsfachschule oder Abschluss des Vorbereitungsdienstes für den mittleren Dienst in der öffentlichen Verwaltung). Im Bundesländervergleich liegt Thüringen damit zusammen mit Sachsen an erster Stelle und mit neun Prozent deutlich über dem Bundesdurchschnitt (TLS 2017).

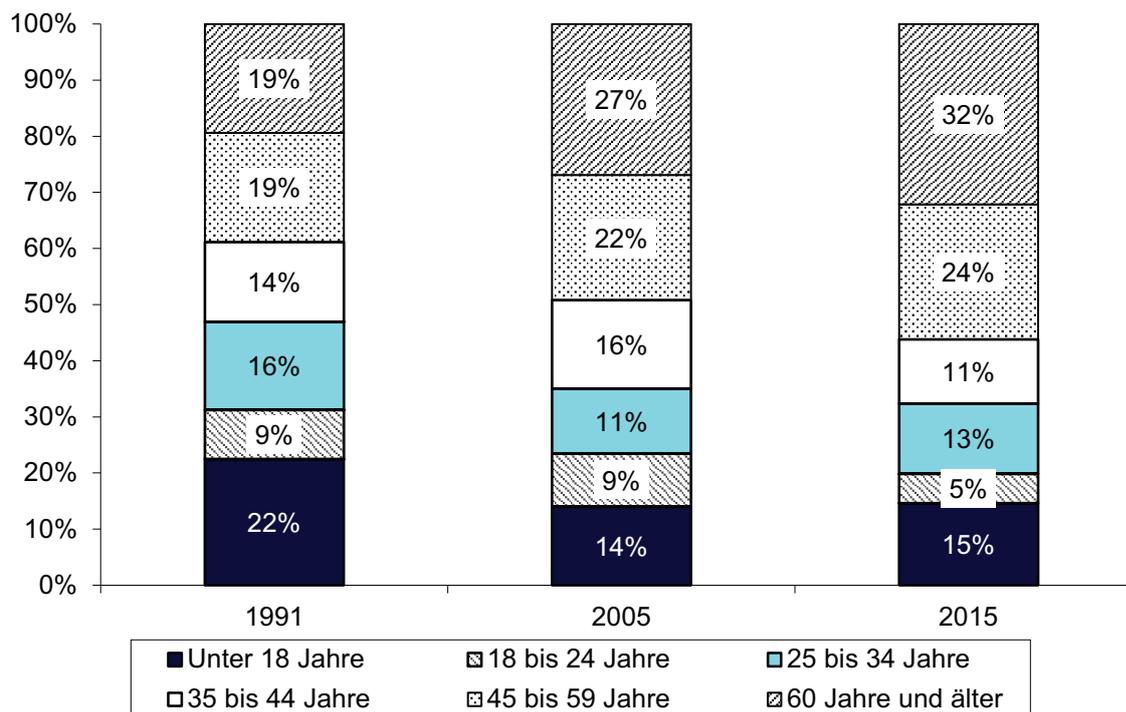
Abb. 11: Ausbildungsstellenangebot und -nachfrage in Thüringen, Jahrgänge 1998–2016 (in Prozent)



Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik

Vor dem Hintergrund eines stetigen Beschäftigungsaufbaus seit zehn Jahren sowie des steigenden Fachkräftebedarfs in Thüringen hat das *betriebliche Ausbildungssystem* die Aufgabe, zukünftige Mitarbeiter_innen passgenau auf die spezifischen Bedarfe der Unternehmen zu qualifizieren (vgl. IAB-Betriebspanel Ostdeutschland 2016). Der Ausbildungsmarkt ist über den gesamten Betrachtungszeitraum seit dem Ausbildungsjahr 1997/98 von einem deutlichen Rückgang sowohl auf der Angebots- wie der Nachfrageseite geprägt (Abb. 11). Die Zahl der gemeldeten Berufsausbildungsstellen hat sich dabei um knapp 13.400 Stellen halbiert. Allerdings war der Rückgang der gemeldeten Bewerber_innen deutlich stärker: Wurden im Ausbildungsjahr 1997/98 noch 38.000 Bewerber_innen gemeldet, waren es zuletzt noch etwa 10.700, was einem Rückgang von über 70 Prozent entspricht. Mit einem nominellen Ausbildungsstellenüberschuss bleibt die Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt im Freistaat insofern angespannt, dass die Unternehmen nicht genug Nachwuchs gewinnen können. Daten des IAB-Betriebspanels zeigen für Ostdeutschland, dass 2006 noch 100 Bewerber_innen auf 49 offene Stellen kamen und dieses Verhältnis heute praktisch ausgeglichen ist. Der Anteil unter den Bewerber_innen in einem Ausbildungsjahr, die keine Stelle bekommen, ist über den kompletten Betrachtungszeitraum konstant bei drei Prozent geblieben. Andererseits verbleibt der Anteil der unbesetzt gebliebenen Ausbildungsstellen in Ostdeutschland (mit fast einem Drittel) auf hohem Niveau und damit deutlich höher als der Anteil in Westdeutschland (18 Prozent). Die Übernahmequote für Absolvent_innen in ihren Ausbildungsbetrieben ist in den letzten Jahren weiter gestiegen: Sie lag für das Ausbildungsjahr 2015/16 bei 68 Prozent – erstmals knapp über der Quote in Westdeutschland. Der steigende Fachkräftebedarf infolge des demographischen Wandels hat auch in Thüringen zu einer Verbesserung der Erwerbchancen und der Beschäftigungssicherheit junger Arbeitnehmer_innen geführt.

Abb. 12: Bevölkerungsstruktur in Thüringen 1991, 2005 und 2015
(in Prozent)

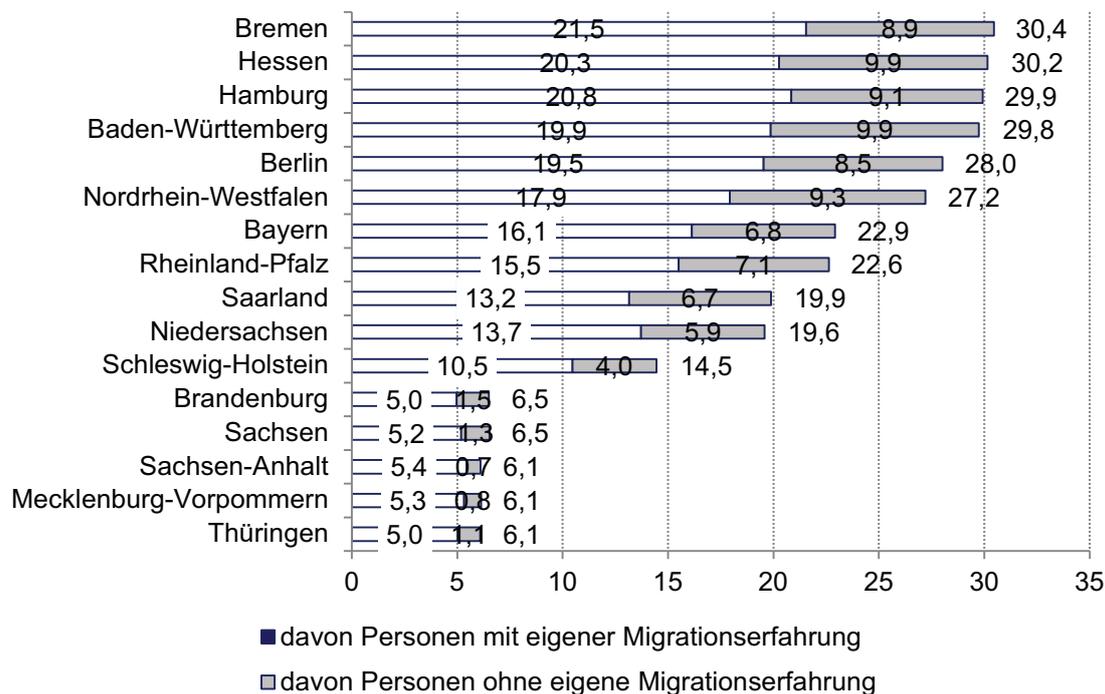


Quelle: Statistisches Bundesamt

An dieser Stelle wurde in den vergangenen THÜRINGEN-MONITOREN vertieft auf die Bevölkerungsentwicklung eingegangen, um die Herausforderung des demographischen Wandels für den Freistaat zu veranschaulichen. Diese besteht vor allem im starken Bevölkerungsrückgang und einer zunehmenden Überalterung der Gesellschaft. In Thüringen leben heute über 400.000 Personen weniger als noch 1990. Dies entspricht einem Bevölkerungsrückgang von 14 Prozent (vgl. auch TM 2016: 22 ff).

Da für das letzte Jahr aufgrund von Umstellungen in der technischen Aufbereitung von den statischen Ämtern zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des THÜRINGEN-MONITORS noch keine aktualisierten Daten für die Bevölkerungsfortschreibung, natürliche Bevölkerungsbewegungen und Wanderungen vorlagen, kann an dieser Stelle nur die Problematik der anhaltenden Überalterung der Gesellschaft anhand der Daten von 2015 diskutiert werden. Deutlich erkennbar ist die Veränderung der Bevölkerungsstruktur in Thüringen in den letzten 25 Jahren (Abb. 12): Zählte die Altersgruppe der Unter-18-Jährigen 1991 noch 577.503 Personen, waren es 2015 nur noch 316.747. Ihr Anteil ist in dieser Zeit von 22 auf 15 Prozent gesunken. Dagegen ist die Zahl der Über-65-Jährigen von 498.945 im Jahr 1991 um knapp 200.000 Personen auf 697.682 im Jahr 2015 gestiegen. Der Anteil dieser Altersgruppe lag 1991 mit 19 Prozent noch unterhalb des Anteils der Unter-18-Jährigen und ist im Jahr 2015 bereits doppelt so hoch: Fast jede_r dritte Thüringer_in ist heute über 65 Jahre alt. Die Hauptgründe für diese Entwicklung liegen in der steigenden Lebenserwartung und in einer Geburtenziffer, die sich in den letzten Jahren zwar deutlich erholt hat und 2015 im Freistaat bei 1,56 Kindern je Frau lag, aber damit nicht ausreichte, um den Trend der Überalterung zu stoppen.

Abb. 13: Personen mit Migrationshintergrund nach Bundesländern 2016
(in Prozent)



Quelle: Statistisches Bundesamt

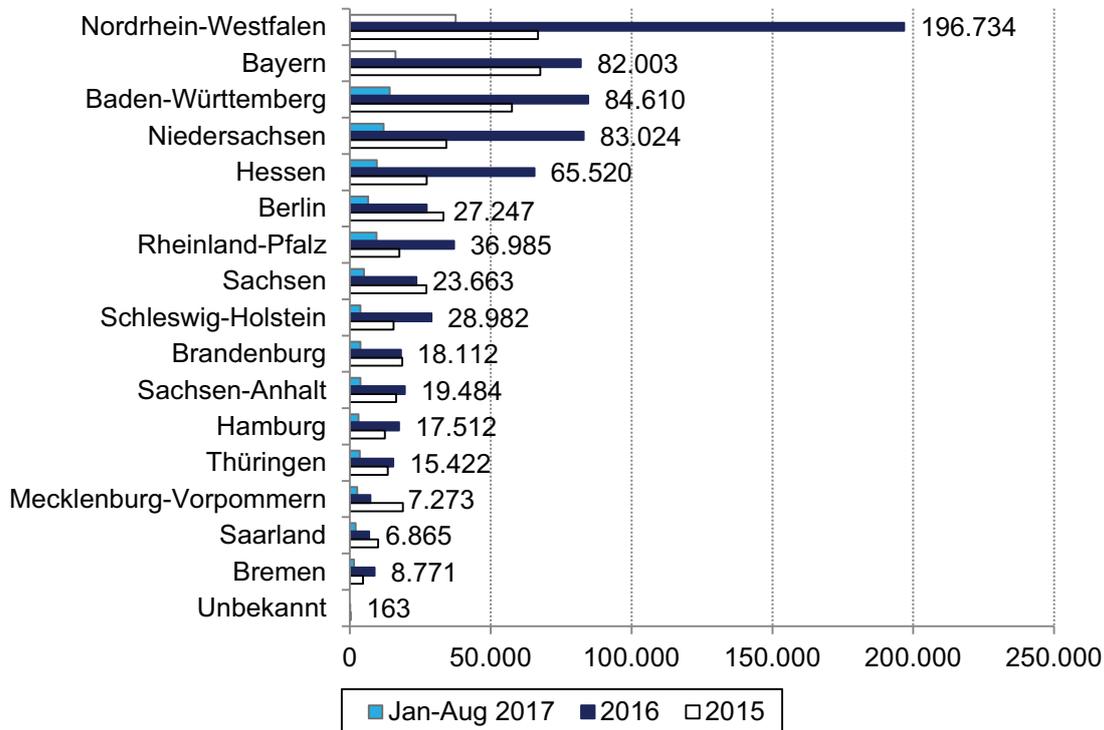
Für die Bevölkerungsentwicklung spielen neben natürlichen Bevölkerungsbewegungen, also dem Saldo aus Geburten und Sterbefällen, auch *räumliche Bevölkerungsbewegungen* in Form von Wanderungen eine wichtige Rolle. Die Wanderungen umfassen dabei sowohl Wanderungsbewegungen zwischen den Bundesländern als auch dem Ausland. Während im Zeitraum der jährliche Saldo aus Zu- und Fortzügen mit den anderen Bundesländern in Zeitreihen seit 2000 durchgehend negativ ausfiel, war für Thüringen kontinuierlich ein leicht positiver Saldo gegenüber dem Ausland zu verzeichnen. Mit Daten des Statistischen Bundesamts auf Basis des *Mikrozensus 2016* lassen sich Aussagen über die Zusammensetzung der Bevölkerung in Bezug auf Migrationserfahrungen bzw. -hintergrund treffen. Als Personen mit Migrationshintergrund gelten solche, die die deutsche Staatsangehörigkeit *nicht* von Geburt an besitzen oder mindestens ein Elternteil haben, für die dasselbe gilt. Aufgrund der Konstruktion des Mikrozensus als Haushaltsbefragung kann der Migrationshintergrund der Elternteile nur erfasst werden, wenn diese im Haushalt einer Person, die selbst die deutsche Staatsangehörigkeit von Geburt an besitzt, leben. Man spricht dabei von Migrationshintergrund im engeren Sinne. Im Jahr 2016 lebten in Deutschland 18,5 Millionen Personen mit einem Migrationshintergrund im engeren Sinne, was einem Anteil in der Bevölkerung von 22,5 Prozent entspricht. Der Großteil dieser Gruppe, nämlich 15,4 Prozent der Gesamtbevölkerung, ist selber nach Deutschland zugewandert und hat damit eigene Migrationserfahrungen gemacht. Die übrigen 7,1 Prozent sind in Deutschland geboren und weisen somit keine eigene Migrationserfahrung auf, sie haben aber entweder selbst nicht die deutsche Staatsangehörigkeit oder mindestens ein Elternteil ist Ausländer_in. Die Zahl der Personen mit eigener Migrationserfahrung ist dabei in den letzten zwei Jahren durch den starken Zuzug Schutzsuchender um 17 Prozent angestiegen. Allerdings zeigt sich bei dem Anteil der Personen mit Migrationshintergrund ein deutlicher Unterschied zwischen

den alten (25,5 Prozent) und den neuen Bundesländern (6,4 Prozent) (Abb. 13). *Thüringen verzeichnet mit 6,1 Prozent den geringsten Anteil von Personen mit Migrationshintergrund unter allen Bundesländern.* Im Freistaat lebten 2016 etwa 131.000 Personen mit Migrationshintergrund.

Gemäß des Mikrozensus hatte der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund an der Thüringer Bevölkerung im Jahr 2011 noch 3,5 Prozent betragen (vgl. TLS 2014). Nach nur mäßigen Zuwächsen im gesamten Zeitraum seit der Wiedervereinigung 1990 hat sich der Anteil also allein in den letzten sechs Jahren *nahezu verdoppelt*. Infolge diverser transnationaler Migrationsbewegungen gab es auch Veränderungen bei der Zusammensetzung dieser Personengruppe: 2011 stammten 65,5 Prozent der Personen mit Migrationshintergrund in Thüringen aus Europa, die größte einzelne Bevölkerungsgruppe mit einem Anteil von ca. 17 Prozent aus der Russischen Föderation, von denen wiederum 75,5 Prozent die deutsche Staatsbürgerschaft besaßen (vgl. Horn 2015: 16f.). Der Anteil von Personen aus Asien (inkl. des Nahen Ostens und Afghanistan) betrug 25,2 Prozent. Ca. 18 Prozent aller Personen mit Migrationshintergrund in Thüringen (2011) waren bereits vor 1989 nach Deutschland zugezogen (ebd.: 19). 2016 stammten laut Mikrozensus noch 57 Prozent der Personen mit Migrationshintergrund im Freistaat aus Europa. Ca. 34 Prozent stammten aus Asien, allein ca. 24 Prozent aus dem Nahen Osten oder Afghanistan (Statistisches Bundesamt 2017b: 131). Hier deutet sich u.a. eine Auswirkung der Aufnahme zahlreicher Geflüchteter und Asylsuchender an. Nach Angaben des *Ausländerzentralregisters* hielten sich zum Stichtag 31.12.2016 in Thüringen 13.415 syrische, 4.120 irakische und 6.945 afghanische Staatsbürger_innen auf, ihr Anteil an Personen mit nicht-deutscher Staatsbürgerschaft im Freistaat (91.300) betrug aber nur 12,1 Prozent (vgl. Statistisches Bundesamt 2017c: 103 ff.). Des Weiteren wurden 4.450 Afrikaner_innen, hauptsächlich aus Ostafrika und Nordafrika, registriert (4,9 Prozent). Ende 2016 blieb die stärkste Personengruppe mit ausländischer Staatsbürgerschaft in Thüringen diejenige der Europäer_innen (46.850; das sind 51,3 Prozent), über zwei Drittel von ihnen hatten die Staatsbürgerschaft eines EU-Mitgliedstaats (ebd.). Diese Zahlen widersprechen der Vermutung, dass der starke Anstieg des Gesamtanteils von Personen mit Migrationshintergrund im Freistaat zwischen 2011 und 2016 vorrangig der massiven Fluchtbewegung aus dem Nahen Osten seit 2015 zuzuschreiben sei.

Seit im Sommer 2015 die Zahl der Geflüchteten sprunghaft anstieg und die Aufnahme, Unterbringung und Registrierung von Asylsuchenden sowie die Bearbeitung der Asylanträge bis dahin unbekannt Dimensionen erreichte, hat die Flucht- und Asylthematik die politischen und gesellschaftlichen Diskurse in Deutschland bestimmt. Es wurden seitdem enorme behördliche und zivilgesellschaftliche Anstrengungen unternommen, um die mit der massenhaften Ankunft von Geflüchteten verbundenen Herausforderungen zu bewältigen. Aktualisierte Zahlen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) bieten einen Überblick, wie sich die Asylsituation 2016 und in den ersten acht Monaten des Jahres 2017 dargestellt hat (BAMF 2017).

Abb. 14: Verteilung der Asylerstanträge nach Bundesländern 2015, 2016 und Januar–August 2017
(angegebene Erstantragszahlen für 2016)

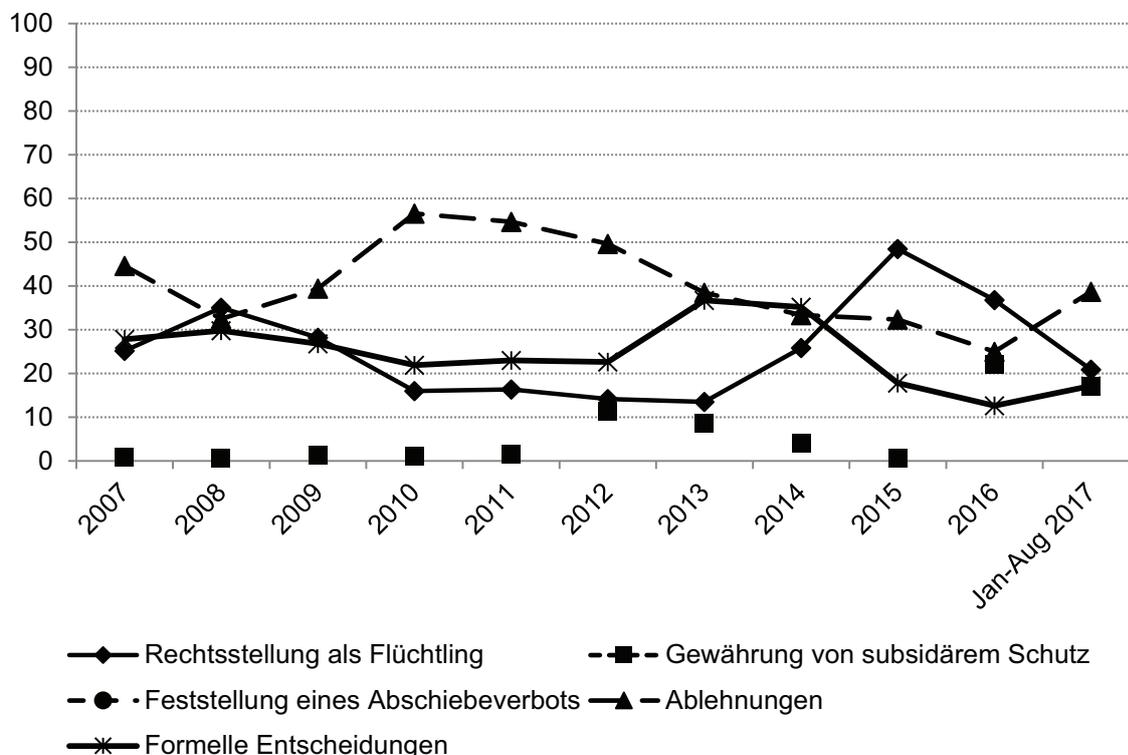


Quelle: Bundesministerium für Migration und Flüchtlinge

Im Jahr 2016 wurden in Deutschland insgesamt 745.545 Asylerstanträge gestellt, ein Rekordwert, der nochmal deutlich über dem des Vorjahres 2015 lag (476.649 Asylerstanträge). 2016 kamen die meisten Asylsuchenden aus Syrien (36,9 Prozent), Afghanistan (17,6 Prozent) und dem Irak (13,3 Prozent). Der Zugang von Asylsuchenden aus Albanien und dem Kosovo, die 2015 noch unter den drei zugangsstärksten Staatsangehörigkeiten gehörten, hat 2016 deutlich abgenommen und liegt für beide Staaten zusammengenommen bei unter drei Prozent. Bei den Asylzahlen ist die Dynamik der Zugänge zu beachten: Stiegen die Registrierungen im Sommer 2015 sprunghaft an, erreichten sie im November 2015 den Spitzenwert von 206.101 registrierten Schutzsuchenden, bis sie ab April 2016 unter 20.000 Registrierungen im Monat sanken. Gerade in den ersten Monaten nach den starken Zugängen lag eine Lücke zwischen Registrierung sowie der Verteilung auf die Erstaufnahmeeinrichtungen und dem Antrag auf Asyl, sodass die Asylstatistik für diese Zeit die Entwicklungen erst mit einer zeitlichen Verzögerung abbilden konnte. Die tatsächliche Zahl der eingereisten Asylsuchenden nach Deutschland lag nach Berechnungen des BAMF bei ca. 280.000 Personen. Die Verteilung der registrierten Asylsuchenden auf die Erstaufnahmeeinrichtungen in den Bundesländern, wo die Asylanträge gestellt werden, folgt dem Königsteiner Schlüssel, der abhängig von Steueraufkommen und Bevölkerungszahl der Bundesländer ist. In Thüringen wurden 2016 mit 15.422 Anträgen auf Asyl noch einmal mehr Anträge gestellt als 2015 (13.455). Dies entspricht einem Anteil von 2,1 Prozent aller Personen, die 2016 in Deutschland einen Antrag auf Asyl gestellt haben (2015: 3,0 Prozent). Zahlen des BAMF für Januar bis August 2017 zeigen, dass die Asylantragszahlen gegenüber den Rekordjahren 2015 und 2016 stark rückläufig sind und bis August bei 149.880 gestellten Anträgen lagen. Die monatlichen Antragszahlen lagen aber immer noch über den entsprechenden Zahlen in den Jahren 2013

und 2014. In Thüringen wurden im Zeitraum Januar bis August 2017 insgesamt 3.507 Anträge auf Asyl gestellt, was einem Anteil von 2,6 Prozent an allen gestellten Asylersanträgen in Deutschland entsprach.

Abb. 15: Entwicklung der Asylentscheidungsquoten in Deutschland 2007–2017
(in Prozent)



Quelle: Bundesministerium für Migration und Flüchtlinge

Mit zeitlicher Verzögerung steigt analog zu der Zahl registrierter Asylsuchender und der tatsächlich gestellten Anträge auf Asyl auch die Zahl der Asylentscheide. Wurden 2015 bereits in 282.726 Asylverfahren vom Bundesamt entschieden, erreichen die Asylentscheide 2016 mit 695.733 einen Höchststand in der Geschichte des BAMF. Für das Jahr 2016 wurde dabei in knapp 37 Prozent der Verfahren die Rechtsstellung der Antragsstellenden als Flüchtling nach den Genfer Flüchtlingskonventionen entschieden. Weiteren 22 Prozent wurde subsidiärer, also eingeschränkter, Schutz gewährt, während bei etwa vier Prozent der Antragstellenden ein Abschiebeverbot erlassen wurde, weil konkrete Gefahren für Leben oder Freiheit der Abzuschiebenden drohen. Damit lag die Gesamtschutzquote (der Anteil von Positiventscheiden zugunsten der Asylbewerber_innen) im Jahr 2016 bei etwa 62 Prozent und stellte einen markanten Höchstwert in den letzten zehn Jahren dar. Gegenüber dem Vorjahr 2015 hatte sich die Gesamtschutzquote verdoppelt. Allerdings liegen zwischen den Schutzquoten nach Herkunftsländern der Asylsuchenden beträchtliche Unterschiede, weil die politische Situation im Herkunftsland einen der wichtigsten Faktoren für den eigentlichen Asylentscheid darstellt. 2016 lag die Schutzquote von Personen mit syrischer oder eritreischer Staatsangehörigkeit bei etwa 97 bzw. 92 Prozent, während sie für albanische bzw. pakistanische Asylsuchende weniger als ein bzw. zwei Prozent betrug. In Thüringen lag bis Ende November 2016 bei etwa 20.000 Asylentscheidungen die Gesamtschutzquote ähnlich hoch wie in Deutschland, dabei wurden etwa 41 Prozent der Bewerber_innen ihr Asylstatus anerkannt und 18 weiteren Prozent subsidiärer Schutz

gewährt (Thüringer Allgemeine vom 16.12.2016). Die Zahl der freiwilligen Ausreisen stieg im selben Zeitraum auf 1.955 an (gegenüber 1.157 im Vorjahr 2015), die Zahl der Abschiebungen für das gesamte Jahr 2016 auf 608 (2015: 461) (Thüringer Landtag, Drucksache 6/3779). Die Zahl der Ausreisepflichtigen, bei denen es sich mehrheitlich um abgelehnte Asylbewerber_innen handelte, lag am Stichtag 30.09.2016 nach Daten des Ausländerzentralregisters in Thüringen bei 3.225 Personen (Thüringer Landtag, Drucksache 6/3064).

Zusammenfassend lassen sich auf Basis der in diesem Kapitel diskutierten Strukturdaten zur wirtschaftlichen und demographischen Entwicklung in Thüringen die folgenden Punkte festhalten:

- eine weiterhin positive Beurteilung der eigenen finanziellen Situation und der wirtschaftlichen Lage Thüringens allgemein wie auch im Ländervergleich,
- eine anhaltend positive Wirtschaftsentwicklung Thüringens, die sich in einem moderaten Wirtschaftswachstum, einem sich stabilisierenden Arbeitsmarkt und moderaten Lohnsteigerungen ausdrückt,
- ein vergleichsweise geringes Niveau der Löhne und Gehälter in Thüringen im Bundesländervergleich bei relativ geringer Einkommensungleichheit,
- eine schwierige demographische Entwicklung infolge anhaltender Überalterung der Gesellschaft sowie eines natürlichen Bevölkerungsrückgangs, der trotz zuletzt gestiegener Geburtenziffern erst in den letzten beiden Jahren durch die gestiegenen Zuzüge aus dem Ausland ausgeglichen wurde,
- ein hoher Bildungsstand der Thüringer Bevölkerung sowohl im Länder- als auch internationalem Vergleich, sowie
- eine gegenüber den Vorjahren 2015 und 2016 stark rückläufige Zahl von Asylerstanträgen, die aber im langen Zeitvergleich weiterhin auf hohem Niveau liegt,
- ein Anteil von Personen mit Migrationshintergrund an der Thüringer Bevölkerung von ca. sechs Prozent, der der geringste von allen deutschen Bundesländern ist und dessen starker Anstieg seit 2011 sich nur unzureichend durch den Zuzug von Geflüchteten und Asylsuchenden erklären lässt.

III. Vermessung der Mitte: Soziale Lagen, Zufriedenheit und gesellschaftliche Wertorientierungen

Der THÜRINGEN-MONITOR ist ein Instrument zur Beobachtung politischer Kultur und sieht deshalb in seinem regulären Fragenprogramm neben soziodemographischen Angaben (z.B. Alter, Geschlecht, Bildung, Erwerbstätigkeit, Berufsgruppe) nur wenige Angaben vor, die Auskunft über die sozioökonomische Situation der Befragten geben können. Dazu gehören die Angabe des monatlichen Haushaltseinkommens „nach Abzug aller Steuern und Abgaben“, die einen Maßstab zur *objektiven* Beurteilung der finanziellen Situation liefert, die *subjektive* Bewertung dieser finanziellen Situation durch die Befragten sowie die ebenso *subjektive* Einschätzung, ob Befragte im Vergleich zu anderen in der Gesellschaft weniger als gerechten Anteil, den gerechten Anteil oder mehr als den gerechten Anteil erhielten. Aus diesen Angaben wurde in zurückliegenden THÜRINGEN-MONITOREN auch der Prozentsatz von Befragten ermittelt, die sich als depriviert, also sozioökonomisch benachteiligt, einschätzen. Wenn die Zufriedenheit der Befragten unter verschiedenen Aspekten, ihre Meinung zu gesellschaftlichen Themen oder ihre politischen Einstellungen untersucht wurden, dienten soziodemographische Angaben, Haushaltsnettoeinkommen und subjektive Deprivation als Auswertungskategorien und als *erklärende* Variablen. Da die sozialen Lagen und die sozioökonomischen Unterschiede zwischen den Befragten dieses Jahr besonderes Gewicht haben, sind vor allem solche Fragen zusätzlich in den THÜRINGEN-MONITOR aufgenommen worden, bei denen die Befragten subjektive Beurteilungen und Bewertungen vornehmen konnten. In diesem Kapitel werden objektive Befragtenmerkmale zum Ausgangspunkt vergleichender Analysen dieser subjektiven Bewertungen gemacht. Dabei sind einige Erläuterungen zur Einkommensdifferenzierung, zu Bildung (bzw. Bildungsmobilität) und zur Berufstätigkeit notwendig, die in vorherigen THÜRINGEN-MONITOREN vergleichsweise knapp ausfielen. In der Kombination der Dimensionen Einkommen, Bildung und Berufstätigkeit wird im Anschluss ein Schichtenmodell entwickelt, auf dem weitere Analysen – u.a. zur Beurteilung von Sicherheit, Gerechtigkeit, sozialen Chancen und Sorgen – basieren.

1. Einkommen

Im THÜRINGEN-MONITOR wird das monatliche Haushaltsnettoeinkommen nicht offen abgefragt, es können also keine exakten Beträge genannt werden. Stattdessen sind feste Einkommensintervalle vorgegeben, die die Befragten auswählen können.¹² Anders als Haushaltsbefragungen, die als spezielle Instrumente der Sozialstrukturanalyse konzipiert wurden (z.B. dem Sozio-oekonomischen Panel, s.u.) sieht der THÜRINGEN-MONITOR keine detaillierten Erhebungen zur Höhe und Art von Einkünften bzw. Verdiensten, Sozialleistungen, Vermögen, Verbrauchs- und Konsumausgaben oder Bedarfen vor.¹³ Aus

¹² Auf diese Weise soll die Antwortbereitschaft erhöht werden, weil zu vermuten ist, dass in der telefonischen Befragung viele Personen ihr genaues Einkommen nicht angeben wollen oder spontan nicht angeben können. Die Antwortkategorien bei der Abfrage des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens sind folgende: (1) „unter 500 Euro“, (2) „501 bis 1.000 Euro“, (3) „1.001 bis 2.000 Euro“, (4) „2.001 bis 3.000 Euro“, (5) „3.001 bis 4.000 Euro“, (6) „4.001 bis 5.000 Euro“, (7) „5.001 Euro oder mehr“.

¹³ Außerdem basieren die meisten Datenquellen der Sozialstrukturanalyse auf *erheblich* umfangreicheren Stichproben als der THÜRINGEN-MONITOR.

der Angabe des *maximalen* Haushaltsnettoeinkommens und der Anzahl der Personen im Haushalt kann allerdings die Obergrenze des sogenannten *Nettoäquivalenzeinkommens* ermittelt werden. Das Nettoäquivalenzeinkommen (vgl. Kapitel II) bietet einen in der Sozialstrukturforschung üblichen Vergleichswert, der die Haushaltsnettoeinkommen in Bezug zur Haushaltsgröße setzt. Es muss nämlich beachtet werden, dass Haushalte mit mehreren Bezieher_innen von niedrigen Individualeinkommen *höhere* Haushaltseinkommen haben können als z.B. Single-Haushalte von Personen mit hohen Individual-einkommen. Die *realen Einkommensunterschiede* würden somit verdeckt werden. Im THÜRINGEN-MONITOR können die maximalen monatlichen Nettoäquivalenzeinkommen¹⁴ nur geschätzt werden (Abb. 16).

Ca. 15 Prozent der Befragten haben keine Angabe zum Haushaltseinkommen gemacht, für 104 Personen konnte aufgrund anderer Angaben aber das Haushaltseinkommen aufgrund statistischer Berechnungen geschätzt werden, so dass sich für insgesamt 95 Prozent der Befragten maximale monatliche Nettoäquivalenzeinkommen berichten lassen. 41 Prozent der Befragten leben in Einpersonenhaushalten¹⁵, 38 Prozent der Befragten in Zweipersonenhaushalten, die restlichen 21 Prozent in Haushalten mit drei oder mehr Personen. Die durchschnittliche Obergrenze des monatlichen Nettoäquivalenzeinkommens liegt bei ca. 1.800 Euro. Das heißt, im Mittel stehen den Haushalten der Befragten bei Beachtung der Haushaltsgrößen monatlich nicht mehr als ca. 1.800 Euro zur Verfügung. Dieser Schätzbetrag erscheint im Vergleich zu anderen Modellrechnungen (s.u.) relativ hoch zu sein, der Sinn unserer Schätzungen offenbart sich allerdings in der Analyse von Einkommensunterschieden zwischen verschiedenen Befragtengruppen. So kann gezeigt werden, dass für Erwerbstätige signifikant höhere (Haushalts-)Einkommensmittelwerte anzunehmen sind als für Auszubildende¹⁶ und Nicht-Erwerbstätige (i.d.R. Rentner_innen). Markant ist auch der Unterschied zwischen Vollzeit- und Teilzeit-Erwerbstätigen, wobei letztere praktisch keine höheren Haushaltseinkommen als Nicht-Erwerbstätige erzielen können. Die deutlich niedrigsten Haushaltseinkommen sind bei arbeitslosen Befragten festzustellen; gegenüber dem Durchschnitt sind ihre Einkommenswerte fast halbiert. Auch zwischen erwerbstätigen Befragten verschiedener Berufsgruppen bestehen Haushaltseinkommensunterschiede.

14 Das (monatliche) **Nettoäquivalenzeinkommen** wird wie folgt berechnet (vgl. Geißler 2014: 72, Datenreport 2016: 170, ARB 2017): Das Haushaltsnettoeinkommen wird durch die gewichtete Anzahl im Haushalt lebenden Personen geteilt, wobei für die befragte Person der Gewichtungsfaktor 1, für jede weitere erwachsene Person der Gewichtungsfaktor 0,5 und für jedes Kind (bis 14 Jahre) der Gewichtungsfaktor 0,3 gilt. Da (im Unterschied zu in der Sozialstatistik üblichen Einkommensstichproben bzw. im Mikrozensus oder im Sozio-oekonomischen Panel) das Haushaltsnettoeinkommen im THÜRINGEN-MONITOR nur in Klassen abgefragt werden, handelt es sich hier um die Obergrenzen der Nettoäquivalenzeinkommen, also um die maximal erzielten monatlichen Nettoeinkommen pro Befragte_r. Die Höhe und Anteile unterer Einkommen werden dadurch tendenziell überschätzt, die Höhe der oberen Einkommen hingegen unterschätzt, da bei letzteren zur Berechnung eine Obergrenze von 6000 Euro festgelegt wurde. Des Weiteren wird im THÜRINGEN-MONITOR zwar die Zahl der Kinder unter 18 abgefragt, es ist aber nicht erkennbar, ob diese Kinder tatsächlich im eigenen Haushalt wohnen (z.B. im Falle von getrenntlebenden Eltern) und inwieweit es sich auch um Kinder unter 15 Jahren handelt. Um jedoch zu verhindern, dass Nettoäquivalenzeinkommen von Befragten mit Kindern stark unterschätzt werden, wurde der Gewichtungsfaktor für Kinder auf 0,3 festgelegt. Informationen darüber, ob die befragte Person Allein- oder Hauptverdiener_in ist bzw. wie viele Personen im Haushalt eigene Einkommen erzielen, liegen nicht vor. Die Haushaltseinkommensangaben für Befragte des THÜRINGEN-MONITORS in den folgenden Darstellungen verstehen sich folglich als **Schätzungen**.

15 Dazu zählen auch Befragte in Wohngemeinschaften oder Alters- und Pflegeeinrichtungen.

16 Zu beachten ist, dass ein Teil der Auszubildenden vermutlich noch im Elternhaus wohnt, ihre Angaben zum Haushaltseinkommen aber besonders ungenau sein könnten.

Abb. 16: Einkommen (monatl. Nettoäquivalenzeinkommens-Obergrenzen)
(in Euro)

aufgrund vorhandener oder regressionsanalytisch imputierter Angabe ¹⁷ zum monatl. Haushalts-Nettoeinkommen (gruppiert)		arithm. Mittelwert	95%-KI low	95%-KI high	Median
Gesamt (n=984)		1838,23	1789,12	1887,33	2000,00
Erwerbstätigkeit	erwerbstätig	2110,07	2034,41	2185,71	2000,00
	– in Vollzeit	2217,38	2132,52	2302,23	2000,00
	– in Teilzeit	1689,79	1550,72	1828,87	1701,39
	in Ausbildung	1526,59	1343,94	1709,25	1439,19
	arbeitslos	973,26	819,23	1127,28	955,78
	übrige Nicht-Erwerbstät.	1650,47	1588,51	1712,43	2000,00
Berufsgruppe	Arbeiter	1807,06	1710,75	1903,36	2000,00
	einf.-mittl. Angest./Beamte	1966,90	1853,37	2080,43	2000,00
	höh.-leit. Angest./Beamte	2717,55	2399,09	3036,02	2666,67
	Landw./Selbst./Freib.	2599,45	2307,75	2891,14	2176,19
Bildung	unter 10. Klasse	1539,49	1464,66	1614,33	2000,00
	10. Klasse	1853,50	1789,67	1917,32	2000,00
	Abitur	1955,85	1771,72	2139,97	2000,00
	(Fach-)Hochschulabschluss	2328,52	2166,66	2490,38	2000,00
Alter	18-24 Jahre	1636,88	1469,00	1804,77	1600,00
	25-34 Jahre	1901,09	1766,94	2035,24	2000,00
	35-44 Jahre	1677,34	1503,77	1850,90	1585,53
	45-59 Jahre	2059,03	1961,78	2156,28	2000,00
	60 Jahre und älter	1751,98	1686,23	1817,73	2000,00
Geschlecht	männlich	1875,41	1797,62	1953,20	2000,00
	weiblich	1800,68	1740,82	1860,54	2000,00
Geschlecht: nur Erwerbstätige	männlich	2295,48	2180,22	2410,75	2000,00
	weiblich	1926,03	1833,08	2018,97	2000,00

Zwar verdienen einfache und mittlere Angestellte/Beamt_innen im Schnitt nur wenig mehr als Arbeiter_innen, demgegenüber sind die mittleren Haushaltseinkommen bei Befragten in höheren und leitenden Funktionen wie bei Selbständigen bzw. Freiberufler_innen aber signifikant erhöht. Dass höhere und leitende Angestellte/Beamt_innen sogar geringfügig

¹⁷ Bei 151 Befragten fehlte im THÜRINGEN-MONITOR eine gültige Angabe zum monatlichen Nettohaushaltseinkommen (gruppiert). Für 104 dieser Befragten konnten die Nettohaushaltseinkommens-Obergrenzen jedoch *geschätzt* werden, und zwar aufgrund anderer Merkmale und ihrem bekannten statistischen Zusammenhängen mit den Nettohaushaltseinkommens-Angaben. Das Verfahren ist als **Imputation fehlender Werte** bekannt. Im vorliegenden Fall wurde auf der Basis gültiger Einkommensangaben ein *multiple lineares Regressionsmodell* berechnet, das unter Aufnahme vieler, präziser Informationen über die Befragten die Aufstellung einer Berechnungsformel (Regressionsgleichung) ermöglichte, auf deren Grundlage wiederum (fehlende) Einkommensangaben „vorhergesagt“ bzw. geschätzt werden konnten. Wie bei jeder Schätzung oder Simulation besteht auch bei der Imputation fehlender Werte eine Fehlertoleranz. Merkmal einer relativ robusten Schätzung ist jedoch, dass es bei den Befragten mit vorhandener Einkommensangabe eine sehr hohe Übereinstimmung zwischen angegebenem und geschätzten Einkommens-Obergrenzen gibt (Rangkorrelationskoeffizient Spearman's rho = .707); mathematisch bedingt werden dabei niedrige Einkommen tendenziell überschätzt, hohe dagegen leicht unterschätzt. Der Einschluss von Befragten mit geschätzten Einkommen vergrößert die Fallzahlen in den nachfolgenden Auswertungen deutlich, in der grundsätzlichen Einkommens- und Schichtenverteilung (bzw. den darauf bezogenen Bewertungs- und Einstellungsdifferenzialen) treten jedoch nur geringfügige Änderungen ein. Dies kann als ein weiterer Beleg für eine relativ robuste Schätzung gewertet werden. Statistiken zu den geschätzten Nettoäquivalenzeinkommen, die nur auf den gültigen Einkommensangaben basieren, finden sich im **Anhang**.

(aber statistisch nicht signifikant) erhöhte Einkommensmittelwerte als Selbständige und Freiberufler_innen aufweisen, deutet auf die Anteile von Gewerbetreibenden, Dienstleistenden und selbständigen Handwerker_innen hin, die – anders als z.B. Ärzt_innen oder Rechtsanwält_innen – mit ihrer Berufstätigkeit nur kleine und mittlere Einkommen (auf dem Niveau der Arbeiter_innen und Angestellten) erwirtschaften können. Des Weiteren ist erkennbar, dass niedrige Bildung mit signifikant geringeren Haushaltseinkommen assoziiert ist, während Befragte mit Abschlüssen der 10. Klasse und solche mit Abitur ähnliche Haushaltseinkommen erzielen. Von ihnen setzen sich Befragte mit Hochschulabschluss nach oben ab, schließlich handelt es sich bei jenen auch häufiger um höhere und leitende Angestellte/Beamte_innen. Keinen linearen Zusammenhang gibt es zwischen dem Alter der Befragten und den Nettoäquivalenzeinkommen: Befragte im Alter zwischen 18 und 24 Jahren sowie Befragte zwischen 35 und 44 Jahren haben die niedrigsten Nettoäquivalenzeinkommen – erstere Befragtengruppe aufgrund des hohen Anteils Auszubildender; letztere aufgrund ihrer Qualifikation, ihrer Stellung im Berufsleben und vor allem aufgrund des Umstands, dass sie die Befragtengruppe mit überdurchschnittlichen Haushaltsgrößen sind. Befragte mittleren Alters erziehen häufiger Kinder, was nach der Berechnungslogik das Nettoäquivalenzeinkommen senkt (zur Frage, inwieweit Kinder ein „Armutrisiko“ darstellen, s.u.). Kein signifikanter Unterschied der Nettoäquivalenzeinkommen besteht zwischen weiblichen und männlichen Befragten insgesamt. Erwerbstätige Männer erzielen allerdings signifikant höhere Einkommen als erwerbstätige Frauen (mit gleicher Qualifikation). Genauer gesagt ist der Geschlechtsunterschied allerdings nur bei Vollzeit-Erwerbstätigen signifikant, nicht bei Teilzeit-Erwerbstätigen. Geschlechtsspezifische Einkommensunterschiede bestehen also u.a. aufgrund der Tatsache, dass Frauen 1. in anderen Berufsbildern bzw. Beschäftigungsfeldern arbeiten und 2. dabei (auch bei gleichem Qualifikationsniveau) schlechter bezahlt werden als Männer („gender pay gap“) – und *nicht* etwa, weil Frauen einfach öfter in Teilzeit arbeiten als Männer.¹⁸

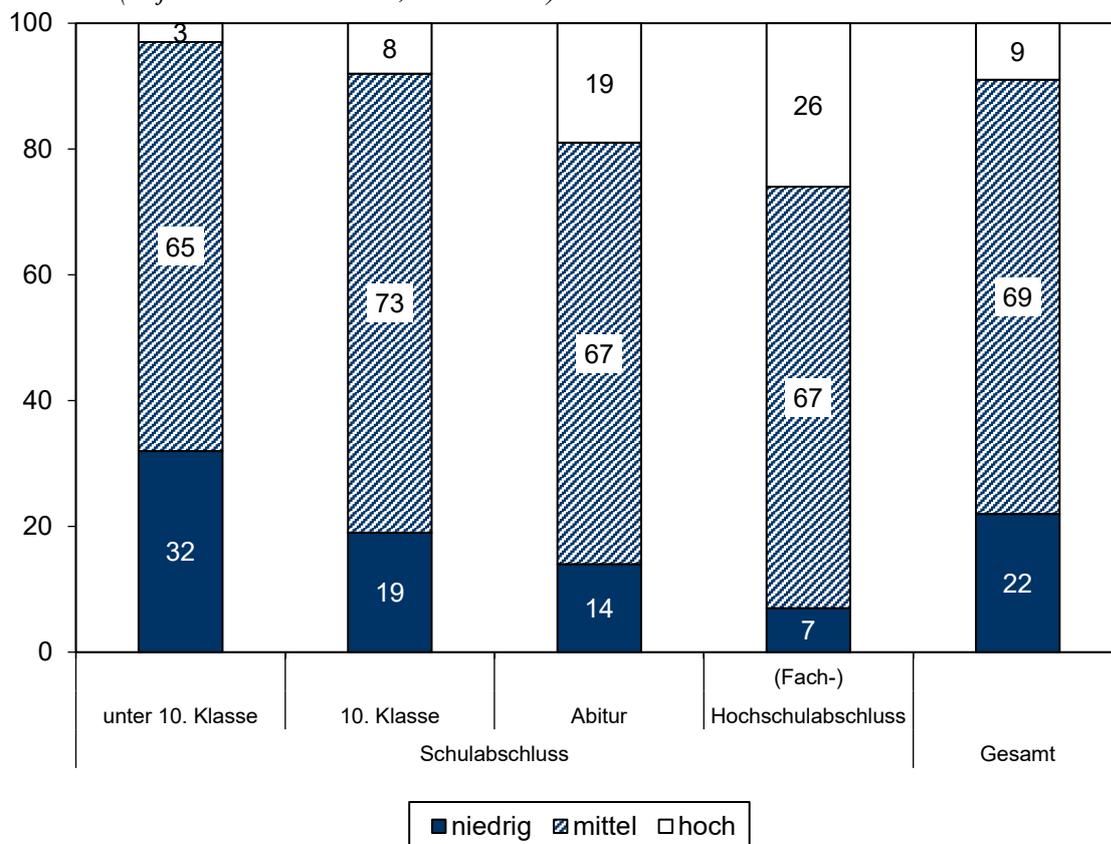
In der Sozialstrukturanalyse ist es üblich, **Einkommensgruppen** zu bilden, also untere, mittlere und obere Einkommen zu ermitteln, und deren *Verteilung* zu beobachten. Diese Gruppierung wird i.d.R. anhand des Medians der Nettoäquivalenzeinkommen vorgenommen, um ausgehend von dieser „Einkommensmitte“ Schwellenwerte (Armut- und Reichtumsgrenzen) berechnen zu können.¹⁹ 60 Prozent des Medians gelten als „Armutgefährdungsschwelle“, Einkommen darunter als gering. Darüber liegen die

¹⁸ Der „gender pay gap“ bei Teilzeitbeschäftigten (mit gleicher Qualifikation) kann im THÜRINGEN-MONITOR vermutlich aufgrund zu kleiner Fallzahlen in den entsprechenden Befragtengruppen nicht nachgewiesen werden.

¹⁹ Der *Median* ist der Wert auf dem mittleren Rangplatz der (aufsteigend) geordneten Werte. Anders als der arithmetische Mittelwert ist der Median gegenüber einer Verzerrung durch Extremwerte *robust*: Angenommen, man betrachtete neun Gering- und „Normal“-Verdiener_innen und eine *n* Einkommensmillionär_in. Dann gäbe der Median Auskunft darüber, wieviel die Person verdient, die das „mittlere“ Einkommen hat; das arithmetische Mittel läge indessen weit höher und würde „durchschnittlichen Wohlstand“ suggerieren, der aber in Wahrheit der Wohlstand einer *s* Einzelnen wäre. Auch gegenüber einer Veränderung der Einkommensbeträge ist der Median robust: Wenn die neun Gering- und „Normal“-Verdiener_innen keine Einkommensveränderung erzielen könnten, aber sich das Millionäreinkommen verzehnfachte, würde der Median gleich bleiben – das arithmetische Mittel würde allerdings suggerieren, dass „im Durchschnitt alle zehn Personen Millionär_innen“ seien. Wenn alle zehn Personen ihr Einkommen um 100 Euro steigern könnten, würde zwar der Median um 100 Euro ansteigen, aber immer noch die Mitte der Einkommen markieren. Personen, die viel weniger als das Medianeinkommen erzielen, wären immer noch *relativ* einkommensschwach. „Relative Armut“ entsprechend verschiedenen Schwellenwerten (40, 50 oder 60 Prozent des Einkommens-Medians) wird vor allem in westlichen Industriegesellschaften untersucht, wo die international üblichen, festen Schwellenwerte für „absolute Armut“ (1 – 2 US-\$ zum Überleben in Ländern der sogen. „Dritten Welt“) wenig sinnvoll sind.

mittleren Einkommen. Einkommen oberhalb von 150 Prozent des Medians werden im THÜRINGEN-MONITORS als hoch betrachtet.²⁰ Der Median der Nettoäquivalenzeinkommens-Obergrenze der Befragten beträgt 2000 Euro. **Demnach haben 22 Prozent der Befragten niedrige Einkommen, 69 Prozent mittlere Einkommen und neun Prozent hohe Einkommen.** Analog zu den o.g. Mittelwertunterschieden nach ausgewählten soziodemographischen Merkmalen gibt es deutliche Zusammenhänge zwischen Einkommensgruppe und Bildung (Abb. 17), Erwerbstätigkeit sowie Berufsgruppe (Abb. 18).

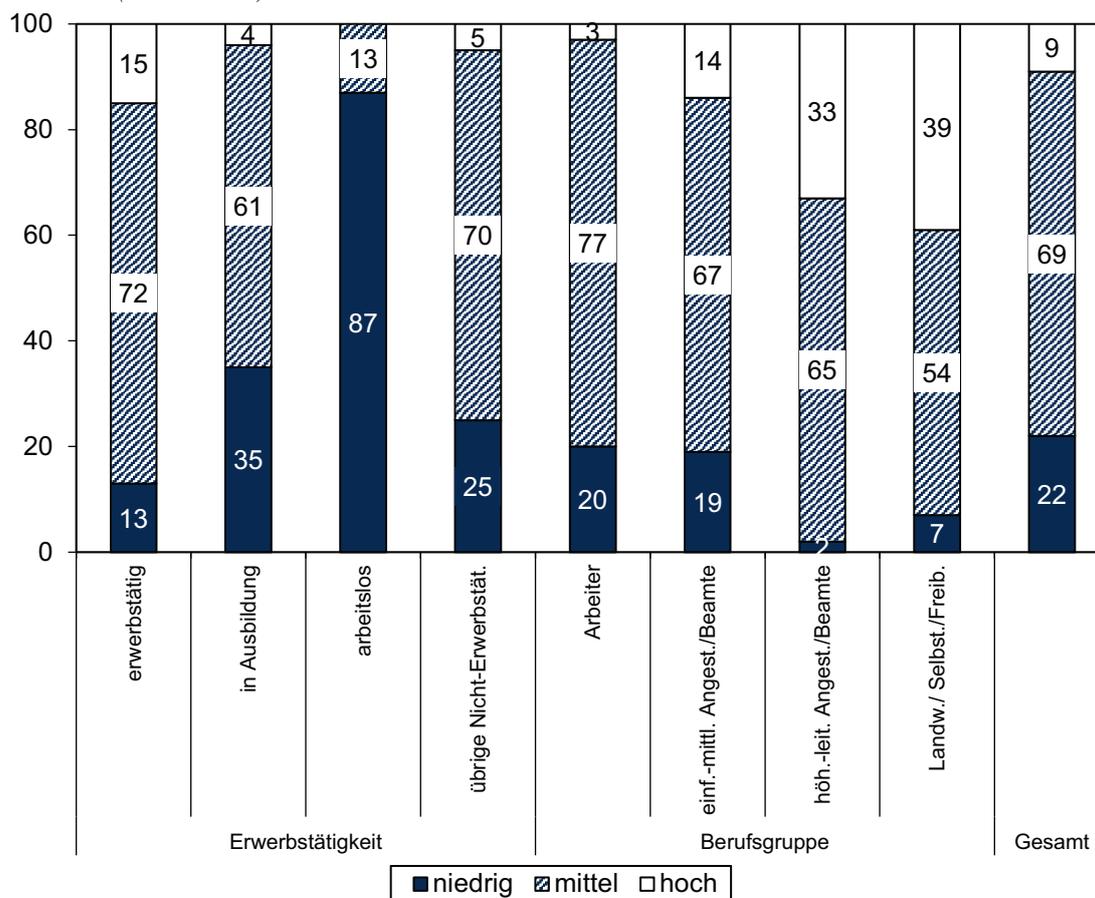
Abb. 17: Einkommensverteilung²¹ nach Bildung
(außer Auszubildende, in Prozent)



²⁰ Aufgrund der Angabe von Einkommensobergrenzen und aufgrund der Einkommensverteilung in der Stichprobe des THÜRINGEN-MONITORS ist es nicht sinnvoll, „Wohlstand“ oder „Reichtum“ gemäß des 200-fachen des 300-fachen usw. des Medians zu klassifizieren.

²¹ Geschätzte Nettoäquivalenzeinkommens-Obergrenzen (s.o.), gruppiert. Diese Einkommensgruppen wurden wie folgt gebildet: Der Median (Wert am mittleren Rangplatz) des geschätzten monatlichen Nettoäquivalenzeinkommens der Befragten im THÜRINGEN-MONITOR beträgt 2000 Euro. 60 Prozent des Medians (hier: 1200 Euro) gelten üblicherweise als „Armutgefährdungsschwelle“; Einkommen darunter gelten als gering. Einkommen oberhalb 150 Prozent des Medians (hier: 3000 Euro) gelten als hoch. Die Einkommen zwischen 60 Prozent und 150 Prozent des Medians gelten als mittlere Einkommen.

Abb. 18: Einkommensverteilung nach Erwerbstätigkeit und Berufsgruppe
(in Prozent)



Zusammenfassend lässt sich hier konstatieren, dass vor allem (Voll-)Erwerbstätigkeit und höhere Bildung vor Einkommensarmut schützen, während Geringqualifizierte und Rentner_innen signifikant häufiger armutsgefährdet sind als andere Befragtengruppen.²² Arbeitslosigkeit jedoch ist der Armutsrisikofaktor Nr.1 (vgl. ARB 2017). Auch ein Ausbildungsstatus ist signifikant häufiger mit geringem Einkommen verbunden, allerdings handelt es sich – entsprechend den angestrebten hohen Bildungsabschlüssen und späteren Einkommensaussichten – um eine „Armut auf Zeit“. Die geringsten Anteile niedriger Einkommen haben höhere und leitende Angestellte/Beamte_innen sowie Selbständige und Freiberufler_innen. Hohe Einkommen werden am häufigsten von Befragten mit Hochschulabschluss, von höheren und leitenden Angestellten/Beamte_innen sowie von Selbständigen und Freiberufler_innen erzielt, am seltensten von Arbeiter_innen und Personen mit geringer Bildung. Mittlere Einkommen werden von absoluten Mehrheiten in allen Befragtengruppen mit Ausnahme der deutlich benachteiligten Arbeitslosen erzielt. Relevant sind auch Befunde zu weiteren soziodemographischen Merkmalen der Befragten: Im Vergleich zwischen Altersgruppen haben Befragte im Alter von 35 bis 44 Jahren mit 36

²² Zu beachten ist außerdem, dass noch erwerbstätige Frauen infolge ihrer geringeren Einkommen gegenüber erwerbstätigen Männern deutlich geminderte Rentenansprüche erwerben. Hier zeichnet sich eine *zukünftige Steigerung des Anteils armutsgefährdeter Seniorinnen* ab. Derzeitige ostdeutsche Rentenbezieher_innen profitieren in erheblichem Umfang noch von frauentypischer Vollerwerbstätigkeit in der DDR und den damit erworbenen Rentenansprüchen. Demgegenüber sind weibliche Erwerbsbiographien seit der Nachwendezeit stärker durch Phasen der Arbeitslosigkeit und der Teilzeitbeschäftigung geprägt, wodurch Altersrenten gemindert werden.

Prozent den höchsten Anteil niedriger Einkommen, Befragte im Alter von 45 bis 59 Jahren mit 15 Prozent den geringsten. Letztgenannte Altersgruppe besitzt auch den höchsten Anteil von hohem Einkommen (16 Prozent), die Gruppe der 18- bis 24-Jährigen hingegen den geringsten Anteil (drei Prozent). Befragte mit Kindern bzw. vielen Kindern haben zwar nicht auffällig häufig niedrige Einkommen, aber sowohl Alleinerziehende als auch Paare mit Kind können signifikant seltener als Singles oder kinderlose Paare hohe Einkommen erzielen. Heirat schützt vor Armut, das Ledigsein (Junge Erwachsene) und eine Scheidung erhöhen hingegen das Armutsrisiko, auch verwitwete Seniorinnen sind öfter arm als verwitwete Senioren oder verheiratete Seniorinnen.

Ein Vergleich zwischen den Nettoäquivalenzeinkommens-Obergrenzen im THÜRINGEN-MONITOR und einer Berechnung von Nettoäquivalenzeinkommen für Thüringen auf Basis des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) (Abb. 19) zeigt zunächst, dass die „Obergrenzenlogik“ im THÜRINGEN-MONITOR notwendigerweise zu einer beträchtlichen Überschätzung der Beträgen in Euro führt. In Bezug auf die Eingruppierung in untere, mittlere und obere Einkommen wird für Thüringen eine Einkommensverteilung ermittelt, die zwar einen etwas geringeren Anteil niedrigerer Einkommen als im THÜRINGEN-MONITOR, aber einen nahezu identischen Anteil mittlerer Einkommen aufweist.²³ Wesentlich ist das signifikante Einkommensgefälle zwischen West- und Ostdeutschland, allerdings liegt das Nettoäquivalenzeinkommen der Thüringer Haushalte im SOEP noch signifikant unter dem ostdeutscher Haushalte – Thüringen (Platz 15) und Sachsen-Anhalt (Platz 16) sind offenbar die Bundesländer mit den geringsten Haushaltsnettoeinkommen.

Abb. 19: Monatliche Nettoäquivalenzeinkommen nach SOEP (2015)
(eigene Berechnungen / Schätzung²⁴)

Nettoäquivalenzeinkommen (in Euro)	Deutschland		Westdeutschland		Ostdeutschland		THÜRINGEN	
	pro Jahr	pro Monat	pro Jahr	pro Monat	pro Jahr	pro Monat	pro Jahr	pro Monat
arithm. Mittelwert	19905,70	1659,07	20505,16	1709,05	16966,26	1414,00	16392,19	1366,02
95%-KI low	19902,54	1658,81	20501,49	1708,75	16961,76	1413,63	16379,96	1365,00
95%-KI high	19908,85	1659,33	20508,83	1709,36	16970,76	1414,38	16404,43	1367,04
Median	17242,00	1436,83	17660,00	1471,67	15463,53	1288,63	14873,33	1239,44
Verteilung der gruppierten monatlichen Nettoäquivalenzeinkommen (in Prozent)								
niedrige Einkommen (bis 60% des jeweiligen Medians)		16 %		16 %		13 %		12 %
mittlere Einkommen		63 %		63 %		70 %		70 %
hohe Einkommen (ab 150% des jeweiligen Medians)		21 %		21 %		17 %		18 %
gesamt		100 %		100 %		100 %		100 %

23 Vgl. Kapitel I: Ca. 17 Prozent der Thüringer unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle; allerdings bemessen am *Bundes-Median* (nach Angaben des Statistischen Bundesamtes; Daten des *Mikrozensus*).

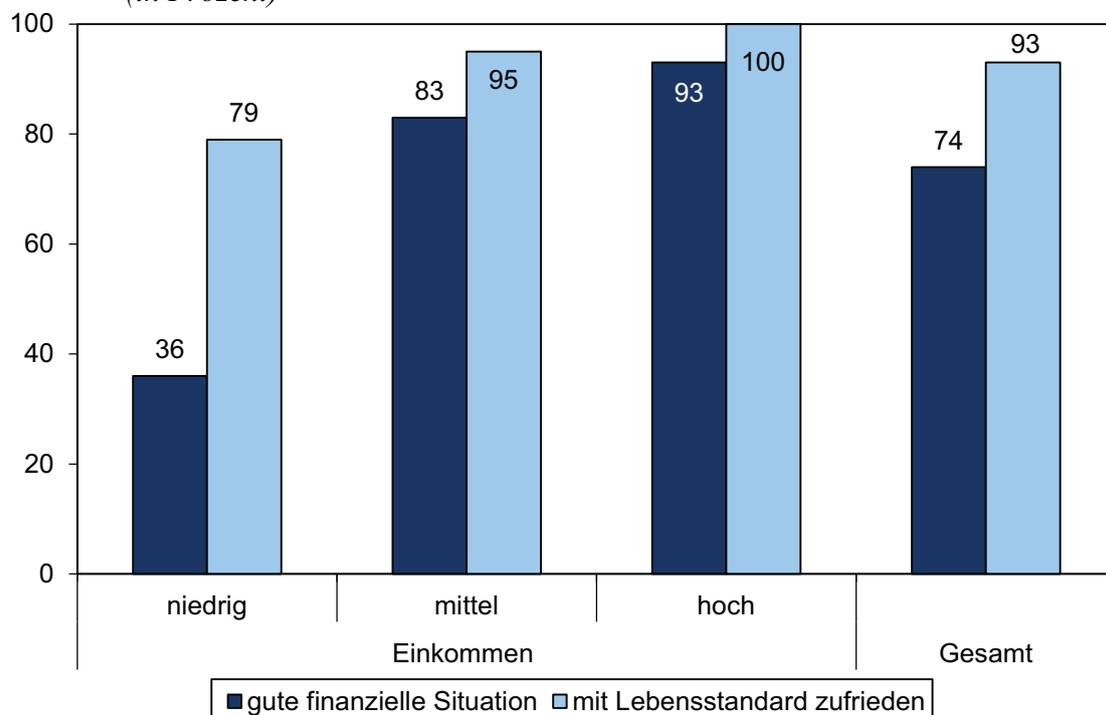
24 Das Sozio-oekonomische Panel (vgl. Britzke / Schupp 2016, Wagner et al. 2008) ist eine repräsentative Längsschnittbefragung deutscher Privathaushalte des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW). <http://www.diw.de/soep>

Verwendung für diese Berechnungen fand die Version SOEP v32.1, Haushalte/Befragte der Befragungswelle 2015 im Teil-Datensatz pequiv.sav (vgl. Grabka 2015). Die Daten wurden mit den Variablen W11101 (Individuals Cross-sectional Weight) und W11102 (Household Weight) gewichtet. Variable zur *Schätzung* des jährlichen Netto-Haushaltseinkommens: I11102 (Household Post-Government Income). Die Berechnung des Nettoäquivalenzeinkommens mit Hilfe der Skala „Modified OECD Equivalence Weights“ vorgenommen ($= (1.0 + 0.5 * (D11106\$ - H11101\$ - 1) + 0.3 * H11101\$)$), analog zur oben erklärten Berechnung des Personengewichtes im THÜRINGEN-MONITOR.

Bezüglich der Einkommensverteilung, die sich an den *jeweiligen Medianwerten in den Untersuchungsgebieten* bemisst, besteht allerdings kein signifikanter Unterschied zwischen Thüringen und der Gesamtheit der ostdeutschen Bundesländer. In Ostdeutschland sind nach diesen Berechnungen mittlere Einkommen stärker ausgeprägt als in Westdeutschland, sowohl niedrige als auch hohe Einkommen sind also seltener (vgl. Kapitel I, II). Thüringen kann demnach als ein Bundesland der *nach unten nivellierten Nettoäquivalenzeinkommen* charakterisiert werden. Die bisher diskutierten Daten der Befragten des THÜRINGEN-MONITORS stützen diese Interpretation.

Relevant ist allerdings, wie die Befragten ihre finanzielle Situation bewerten. Insgesamt geben nur sieben Prozent an, diese sei „sehr gut“, doch weitere 67 Prozent meinen, ihre finanzielle Situation sei „eher gut“. 21 Prozent beschreiben ihre finanzielle Situation als „eher schlecht“, fünf Prozent als „sehr schlecht“ (Abb. 20). Eine große Mehrheit der Befragten mit niedrigen Einkommen nimmt eine negative Bewertung vor, aber nur kleine bzw. sehr kleine Minderheiten der Befragten mit mittleren bzw. hohen Einkommen. Bemerkenswert ist, dass der ebenfalls signifikante Zusammenhang zwischen Einkommen und der Zufriedenheit mit dem Lebensstandard nicht so stark ausgeprägt ist: Immerhin sind auch 79 Prozent der Bezieher_innen niedriger Einkommen mit dem Lebensstandard zufrieden, auch wenn der Anteil der „sehr“ Zufriedenen mit 26 Prozent auffällig kleiner ist als in den höheren Einkommensgruppen (insgesamt liegt er bei 40 Prozent der Befragten).

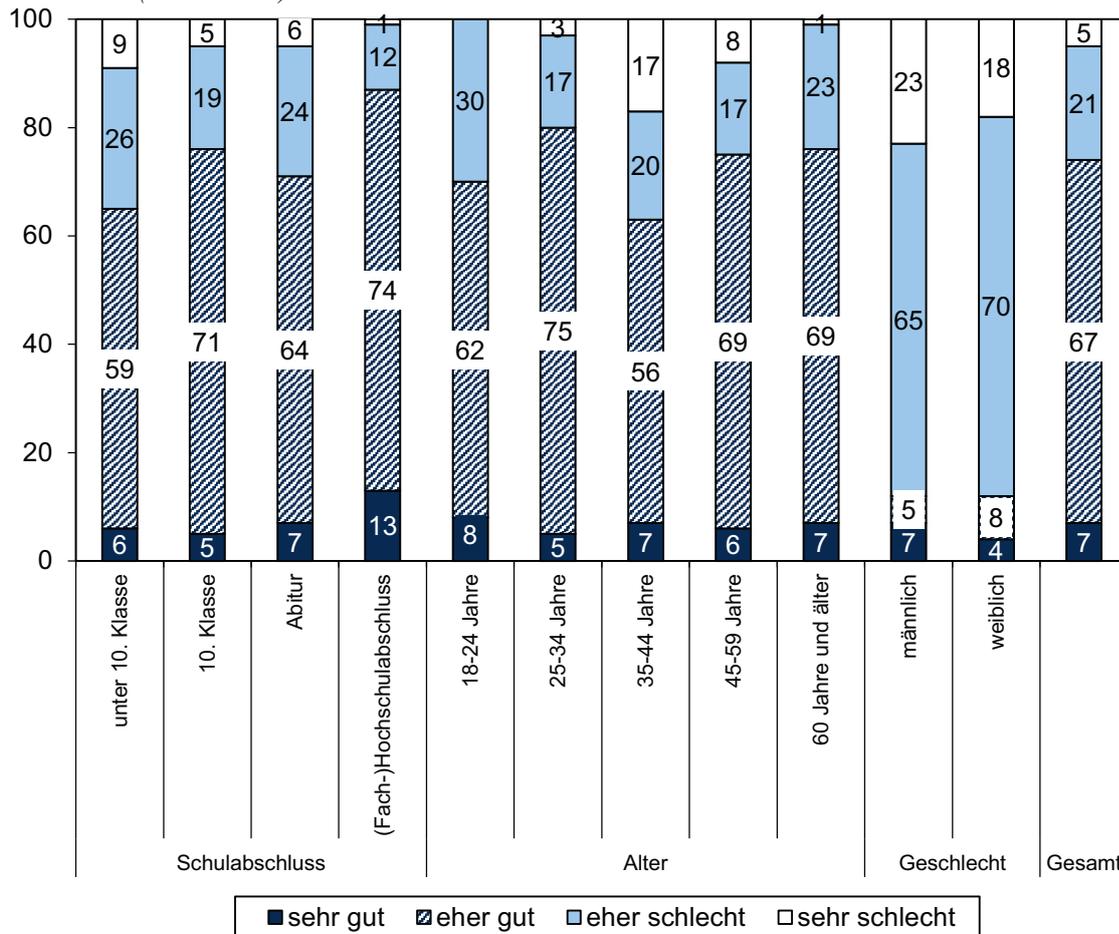
Abb. 20: Bewertung der finanziellen Situation und Zufriedenheit mit Lebensstandard nach Einkommensgruppe
(in Prozent)



Wie in der Einleitung (Kapitel I) dargestellt, ist die Identifikation einer „Einkommensmitte“ in einem Großteil der Sozialstrukturdebatte zentral. Die Einteilung in die entsprechenden Einkommensgruppen wird bisweilen so verallgemeinernd zum Ausgangspunkt einer Diskussion über soziale Ungleichheit bzw. soziale Verwerfungen, über die „Mitte“ und deren subjektive Bewertung und evtl. Statusängste gemacht (vgl. u.a. Mau 2012), dass

andere wichtige Variablen (z.B. Bildung und Berufstätigkeit, aber auch gesellschaftliche Werte) keine oder nur sehr wenig Beachtung finden. Dennoch ist es sinnvoll, bereits auf der alleinigen Grundlage der Einkommensgruppen einige subjektive Bewertungen der Befragten miteinander zu vergleichen, die über die Bewertung der finanziellen Situation (vgl. auch Abb. 20) und die Zufriedenheit mit dem Lebensstandard hinausgehen, insbesondere wenn sie sich unmittelbar auf die sozioökonomische Situation beziehen bzw. darüber genauere Auskunft geben (Abb. 21).

Abb. 21: Individuelle finanzielle Situation nach Bildung, Alter und Geschlecht
(in Prozent)



Die Befragten wurden beispielsweise gebeten, anzugeben, ob ihre Einkünfte es ihnen erlauben, etwas anzusparen. Bei 52 Prozent der Befragten ist das insgesamt der Fall, aber nur bei 20 Prozent der Befragten mit niedrigen Einkommen. Demgegenüber gaben 87 Prozent der relativ einkommensstarken Befragten an, Rücklagen bilden zu können. Im THÜRINGEN-MONITOR konnte nicht weiter nach Vermögenswerten gefragt werden, deren Verteilung bekanntlich einen enormen Beitrag zur Wahrnehmung sozialer Ungleichheit in Deutschland haben (vgl. ARB 2017). Erhoben wurde allerdings, ob eigenes Wohneigentum genutzt wird oder zur Miete gewohnt wird. Dies ist freilich nicht allein eine Frage finanzieller Möglichkeiten, sondern auch der Präferenz, des Lebensstils oder diverser Kontextbedingungen. 50 Prozent der Befragten gaben an, im (familieneigenen) Haus bzw. einer Eigentumswohnung zu wohnen, aber nur 36 Prozent der Befragten mit niedrigen Einkommen. Bei Befragten mit hohem Einkommen steigt der Anteil der Nutzer_innen von Wohneigentum auf 63 Prozent an. Dass allerdings überhaupt ein Drittel der Befragten mit

niedrigen Einkommen (familieneigenes) Wohneigentum nutzen, ist nicht nur auf Auszubildende zurückzuführen, die noch im Elternhaus wohnen. Auch der relativ hohe Anteil von Befragten mit Wohneigentum in der mittleren Einkommensgruppe zeigt, dass es gewisse Freiheitsgrade zwischen Einkommen und Vermögen (z.B. *ererbten* Immobilienbesitz) gibt, die auch mit den spezifischen Kontexten der Siedlungsstruktur Thüringens korrespondiert. Nur 26 Prozent der Befragten aus Orten mit bis zu 5.000 Einwohner_innen wohnen zur Miete; in den wenigen Städten mit mehr als 50.000 Einwohner_innen sind es jedoch 76 Prozent.

Abb. 22: Beurteilung der sozialen Lage nach Einkommensgruppe

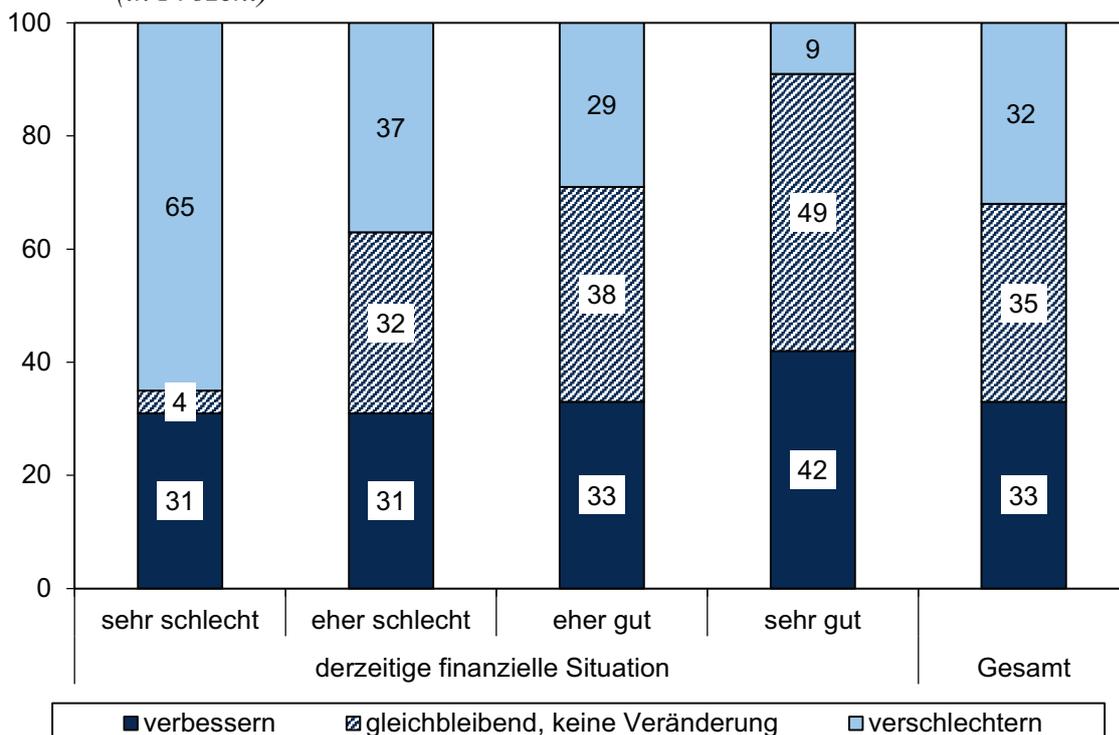
	Einkommen			gesamt
	niedrig	mittel	hoch	
Einkünfte ermöglichen Bildung v. Spareinlagen				
nein	80 %	42 %	13 %	48 %
ja	20 %	58 %	87 %	52 %
gesamt	100 %	100 %	100 %	100 %
Gerechter Anteil zum Leben				
weniger	67 %	53 %	30 %	53 %
gerechter Anteil und mehr	33 %	47 %	70 %	47 %
gesamt	100 %	100 %	100 %	100 %
„Es ärgert mich, dass es anderen in der Gesellschaft besser geht als mir.“				
Ablehnung	64 %	80 %	85 %	77 %
Zustimmung	36 %	20 %	15 %	23 %
gesamt	100 %	100 %	100 %	100 %
„Es macht mir Sorgen, durch die gesellschaftliche Entwicklung immer mehr auf die Verliererseite des Lebens zu geraten.“				
Ablehnung	34 %	68 %	78 %	62 %
Zustimmung	66 %	32 %	22 %	38 %
gesamt	100 %	100 %	100 %	100 %
„Ich fühle mich zunehmend von der Gesellschaft ausgeschlossen.“				
Ablehnung	68 %	91 %	92 %	86 %
Zustimmung	32 %	9 %	8 %	14 %
gesamt	100 %	100 %	100 %	100 %
Erwartete zukünftige finanzielle Situation				
schlechter	39 %	30 %	28 %	32 %
gleich	29 %	37 %	34 %	35 %
besser	32 %	33 %	38 %	33 %
gesamt	100 %	100 %	100 %	100 %
Erwartete zukünftige Situation der nächsten Generation				
schlechter	60 %	57 %	66 %	58 %
gleich	15 %	13 %	10 %	14 %
besser	25 %	30 %	24 %	28 %
gesamt	100 %	100 %	100 %	100 %

Wichtig sind solche Bewertungen der Befragten, in denen Vergleiche mit anderen vorgenommen werden oder in denen die Stabilität der eigenen sozialen Lage zum Ausdruck kommt. Mit diesen Variablen lässt sich auch die relative *subjektive* Benachteiligung (Deprivation) in den unterschiedlichen Befragtengruppen beurteilen (Abb. 22). Subjektive Deprivation kann nach Voruntersuchungen in zurückliegenden THÜRINGEN-MONITOREN ausschlaggebender für politische Einstellungen sein als beispielsweise die objektive finanzielle Situation (v.a. Einkommenshöhe). 53 Prozent der Befragten geben an, im Vergleich zu anderen in der Gesellschaft „weniger als den gerechten Anteil“ zu erhalten. Bei Befragten mit niedrigen Einkommen ist dieser Anteil mit 67 Prozent signifikant erhöht, bei Befragten mit hohen Einkommen beträgt er allerdings noch 30 Prozent. Letztgenannte Befragte geben auch signifikant seltener an, sich zu „ärgern“, „dass es anderen in der Gesellschaft besser geht“ als ihnen. Da 36 Prozent der Befragten mit geringen Einkommen mit der Zustimmung zu dieser Aussage ihrer Frustration über eine objektiv ungünstige finanzielle Situation zum Ausdruck bringen, wäre es aber verfehlt, die Aussage pauschal als Indikator für „Sozialneid“ zu interpretieren. Relevant sind auch die signifikant erhöhten Zustimmungswerte von Befragten mit niedrigen Einkommen zu den folgenden zwei Fragen;

„Es macht mir Sorgen, durch die gesellschaftliche Entwicklung immer mehr auf die Verliererseite des Lebens zu geraten“ (66 Prozent) und „Ich fühle mich zunehmend von der Gesellschaft ausgeschlossen“ (33 Prozent). Diese Zustimmungstendenz signalisiert die Furcht vor sozialem Abstieg und die Wahrnehmung sozialer Exklusion und sollte angemessene Aufmerksamkeit erhalten, allzumal „Abstiegsangst“ – unserer Messung nach – auch von ca. einem Drittel der Befragten mit *mittleren* Einkommen verspürt wird. Der zukünftigen finanziellen Situation sehen Befragte der unterschiedlichen Einkommensgruppen ungefähr gleich optimistisch oder pessimistisch entgegen, eine Verschlechterung erwarten aber Befragte mit geringen Einkommen etwas häufiger, während Befragte mit relativ hohen Einkommen (vor allem höhere/leitende Angestellte oder Beam_t_innen) etwas öfters eine Verbesserung für sich selbst prognostizieren. Diese Prognose ist nachvollziehbar stark von der Beurteilung der derzeitigen finanziellen Situation abhängig (Abb. 23). Bezüglich der zukünftigen Situation der nächsten Generation sind Befragte mit hohen Einkommen am pessimistischsten, solche mit mittleren Einkommen jedoch vergleichsweise optimistischer als die anderen Befragtengruppen. Mit 58 Prozent aller Befragten nimmt eine deutliche Mehrheit an, der nächsten Generation werde es schlechter gehen. Befragte, die selbst Kinder haben, sind allerdings signifikant optimistischer als kinderlose Befragte (vgl. auch Kapitel III.7).

In der großen Befragtengruppe mit mittleren Einkommen (69 Prozent aller Befragten) überwiegt insgesamt die Einschätzung relativer sozioökonomischer Zufriedenheit bzw. weitgehender Statussicherung, während etwa zwei Drittel der Befragten mit niedrigen Einkommen als *relativ depriviert* gelten müssen. Allerdings zeigt auch ungefähr ein Viertel von Befragten mit mittleren Einkommen eine Zustimmungstendenz zu den hier diskutierten Aussagen, die auf Furcht vor sozialem Abstieg bzw. die Verunsicherung sozioökonomischen Status hindeutet.

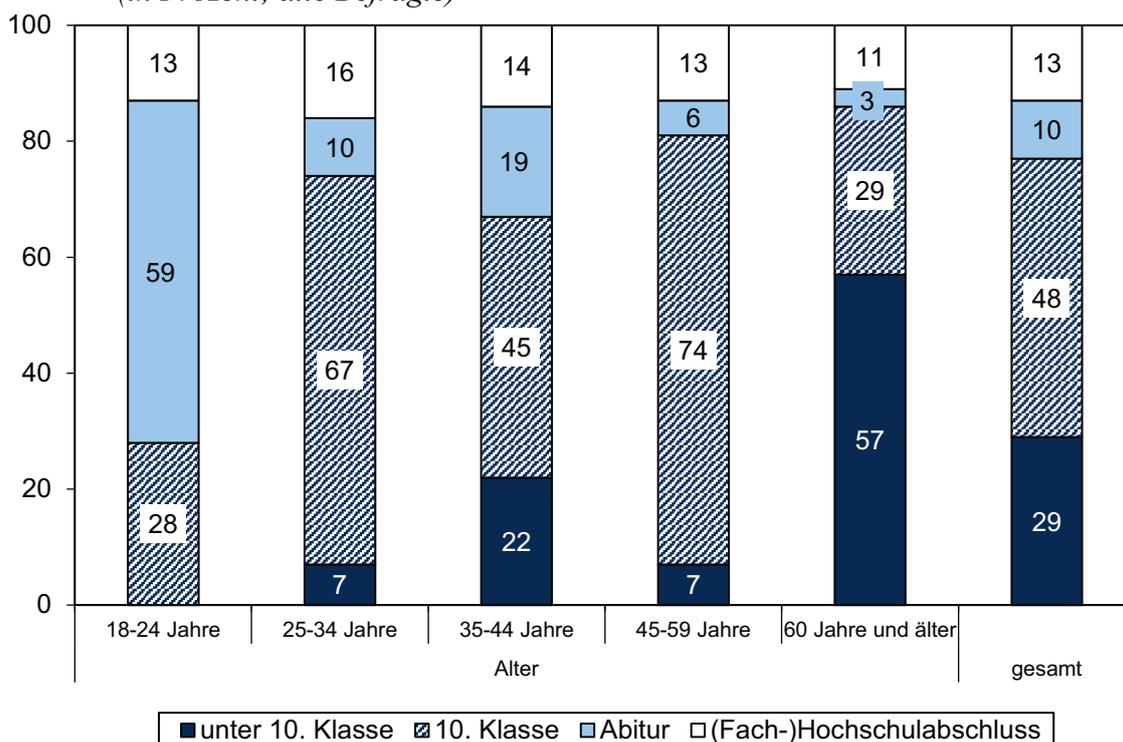
Abb. 23: Erwartung an die Entwicklung der eigenen finanziellen Lage in Abhängigkeit von der Bewertung der derzeitigen eigenen finanziellen Lage (in Prozent)



2. Bildung und Bildungsmobilität

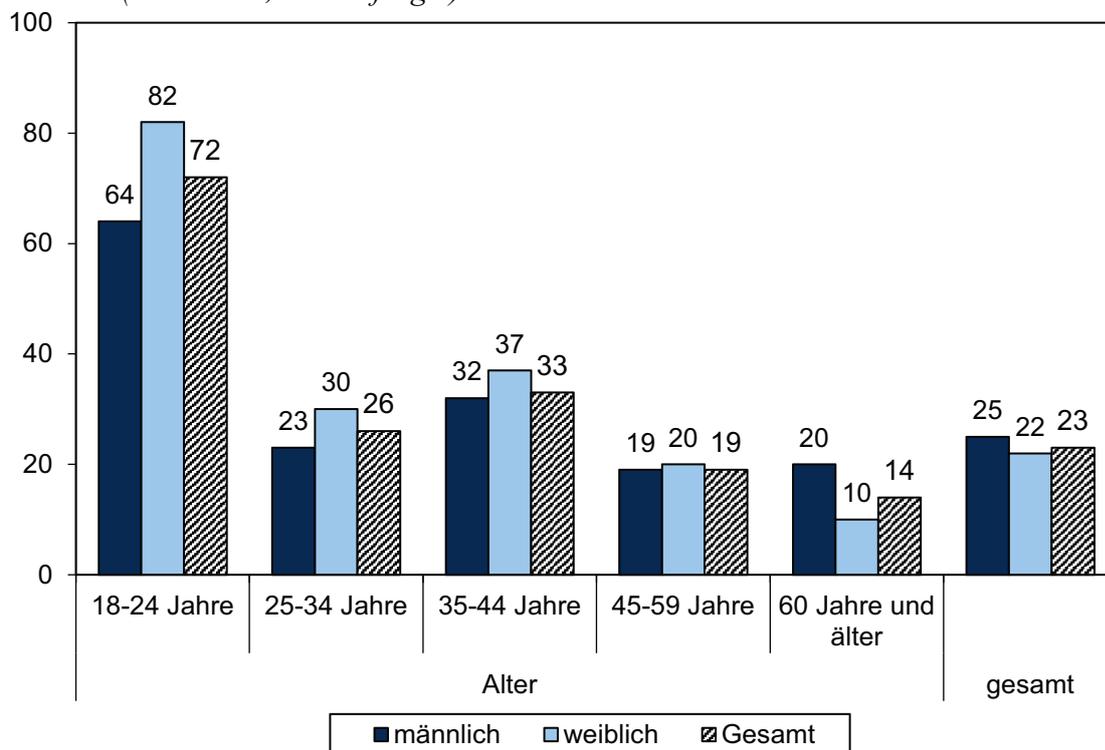
Bildung ist eine Schlüsselkategorie für die Positionierung im Berufsleben und damit für die Zuweisung sozialen Status. In Anlehnung an die Theorie des französischen Soziologen Pierre Bourdieu (1983) kann Bildung als inkorporiertes *kulturelles Kapital*, also als eine immaterielle Ressource, verstanden werden. Ähnlich wie *ökonomisches Kapital* kann kulturelles Kapital akkumuliert, verwertet und auch vererbt werden. Es ist in der Gesellschaft ungleich verteilt, mit Prestige verbunden und lässt sich in soziales Kapital (Macht, Einfluss, sozialer Status, Beziehungen) transformieren. Kein überraschender Befund des diesjährigen THÜRINGEN-MONITORS ist, dass jüngere Befragte insgesamt ein höheres Bildungsniveau haben als ältere (Abb. 24). Der Anteil von 29 Prozent der Befragten mit Abschluss der 8. Klasse oder ohne Schulabschluss erklärt sich vor allem durch die große Häufigkeit von Senioren mit diesem Bildungsniveau. Nur in der mittleren Altersgruppe der 35- bis 44-Jährigen hat bemerkenswerterweise ungefähr jede_r fünfte Befragte keine mittlere Reife (bzw. keinen Abschluss der 10.Klasse). Es handelt sich dabei um 30 Befragte, die überwiegend männlich sind und zudem einfache Dienstleistungstätigkeiten (z.B. Hausmeister, Zimmermädchen) ausüben; der Anteil Arbeitsloser ist trotz der kleinen Fallzahl statistisch signifikant erhöht (24 Prozent gegenüber gerade einmal zwei Prozent Arbeitslosenanteil an allen Befragten). Vermutlich handelt es sich hier jedoch nur um eine geringfügige Stichprobenverzerrung, z.B. einen Selbstselektionseffekt unserer Befragungsteilnehmenden. Ein Vergleich mit den Bildungsangaben aus den Befragungen der Vorjahre deutet jedenfalls nicht daraufhin, dass niedrige Abschlüsse in der Altersgruppe der 35- bis 44-Jährigen signifikant häufiger wären. Die Hypothese, dass sich in den Daten eine verstärkte bildungsbiographische Verunsicherung männlicher Jugendlicher in der Nachwendezeit abbilde, ist haltlos.

Abb. 24: Bildung nach Alter
(in Prozent; alle Befragte)



Die Resultate der Bildungsexpansion (auch der realsozialistischen) lassen sich an den in jüngeren Alterskohorten (<60 J.) erhöhten Anteilen mittlerer und höherer Schulabschlüsse ablesen, wobei der Anteil von Hochschulabschlüssen nicht signifikant gestiegen ist. Allerdings hat die absolute Mehrheit der 18- bis 24-jährigen Befragten Abitur; viele von ihnen sind Studierende. Bei 25- bis 34-jährigen Befragten ist der Anteil von Abschlüssen der 10.Klasse signifikant größer und der Anteil höherer Bildungsabschlüsse kleiner als der jeweils entsprechende Anteil bei 35- bis 44-jährigen Befragten. Auch dieses Differenzial zeigt sich nicht in den Bildungsangaben der Befragten früherer THÜRINGEN-MONITORE; eine leichte Stichprobenverzerrung erscheint also wahrscheinlicher als ein inhaltlich bemerkenswerter Befund.²⁵

Abb. 25: Anteil der Befragten mit Abitur oder höherer Bildung nach Geschlecht
(in Prozent; alle Befragte)



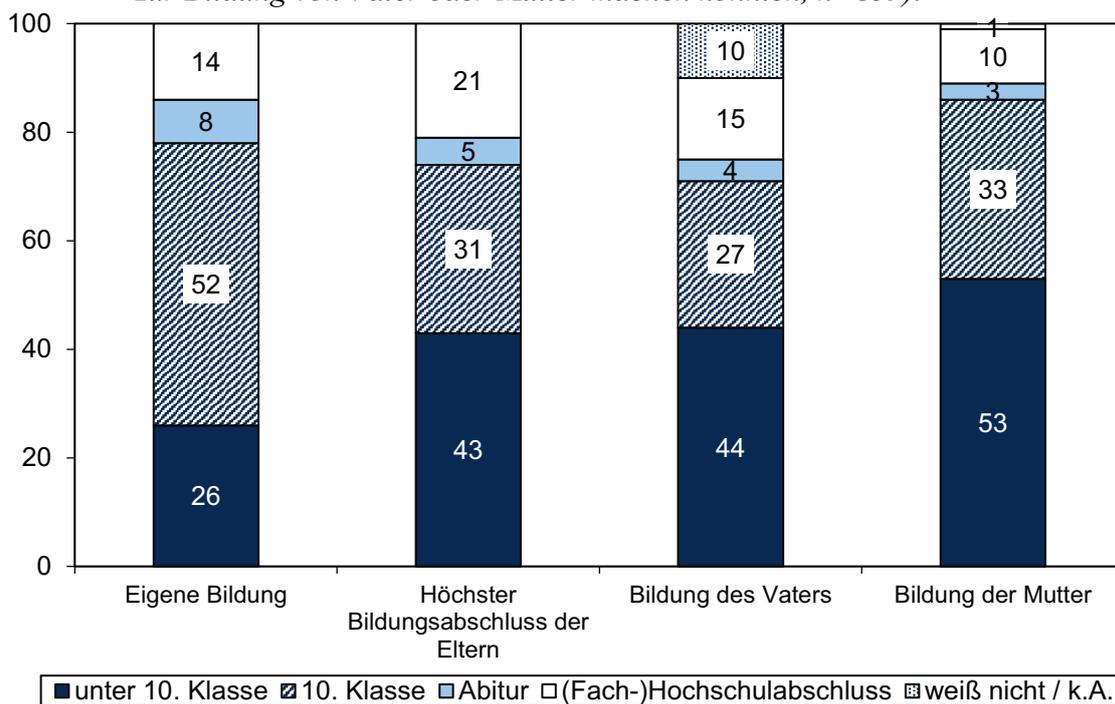
Männer haben insgesamt etwas häufiger höhere Bildungsabschlüsse als Frauen. Markant sind die Bildungsunterschiede zwischen weiblichen und männlichen Befragten jedoch im Alterskohortenvergleich (Abb. 25). Männer, die 60 Jahre oder älter sind, verfügen doppelt so häufig über Abitur oder sogar einen Hochschulabschluss wie Frauen derselben Alterskohorten. Bei 45- bis 59-jährigen Befragten gibt es jedoch keinen signifikanten

²⁵ Es ist jedenfalls nicht plausibel anzunehmen, dass die mittlere Reife für die 25- bis 34-jährigen zum Zeitpunkt anstehender Bildungsentscheidungen besonders attraktiv gewesen wäre. Denn das Lehrstellenangebot für Realschulabgänger_innen war um die Jahrtausendwende nicht gut und hatte sich auch bis zum Ende des letzten Jahrzehnts noch nicht spürbar verbessert. Der Facharbeiter_innen- bzw. Nachwuchsmangel infolge des demographischen Wandels hat sich erst in diesem Jahrzehnt begünstigend auf das Lehrstellenangebot in Ostdeutschland ausgewirkt; d.h. das Angebot von Lehrstellen konnte nach 2010 immer schlechter durch die Nachfrage von Bewerber_innen gedeckt werden (vgl. Berufsbildungsbericht 2016: 19). Ein erhöhter Anteil von Realschulabschlüssen bei 25- bis 34-jährigen Thüringer_innen könnte u.U. auch auf ein *verstärktes* Sicherheitsdenken infolge der Krisenstimmung im letzten Jahrzehnt hindeuten, demzufolge ein Realschulabschluss mit „solider“ Berufsausbildung weniger risikoreich erschien als ein Abitur und Studium. Wegen des unwahrscheinlichen Befundes im THÜRINGEN-MONITOR sollte von solchen Interpretationen jedoch Abstand genommen werden.

Geschlechtsunterschied: Hier zeigt sich, wie vor allem Frauen von der Bildungsexpansion in der DDR profitiert haben. Befragte, die jünger als 44 Jahre sind, deren Bildungsbiographien also größtenteils oder komplett in den Kontext des wiedervereinigten Deutschland eingebettet sind, haben nicht nur deutlich höhere Anteile von Abiturient_innen bzw. Hochschulabsolvent_innen. Das Geschlechterverhältnis hat sich dabei auch immer mehr zugunsten der Frauen verschoben. Die signifikanten Anteilsunterschiede in den jüngeren Altersgruppen gipfeln in einer sehr deutlichen Mehrheit von Frauen unter den jüngsten Befragten mit höherer Bildung.

Abb. 26: Bildung der Befragten und ihrer Eltern

(in Prozent; nur Befragte, die sich nicht in Ausbildung befinden und die Angaben zur Bildung von Vater oder Mutter machen konnten, n=859).²⁶

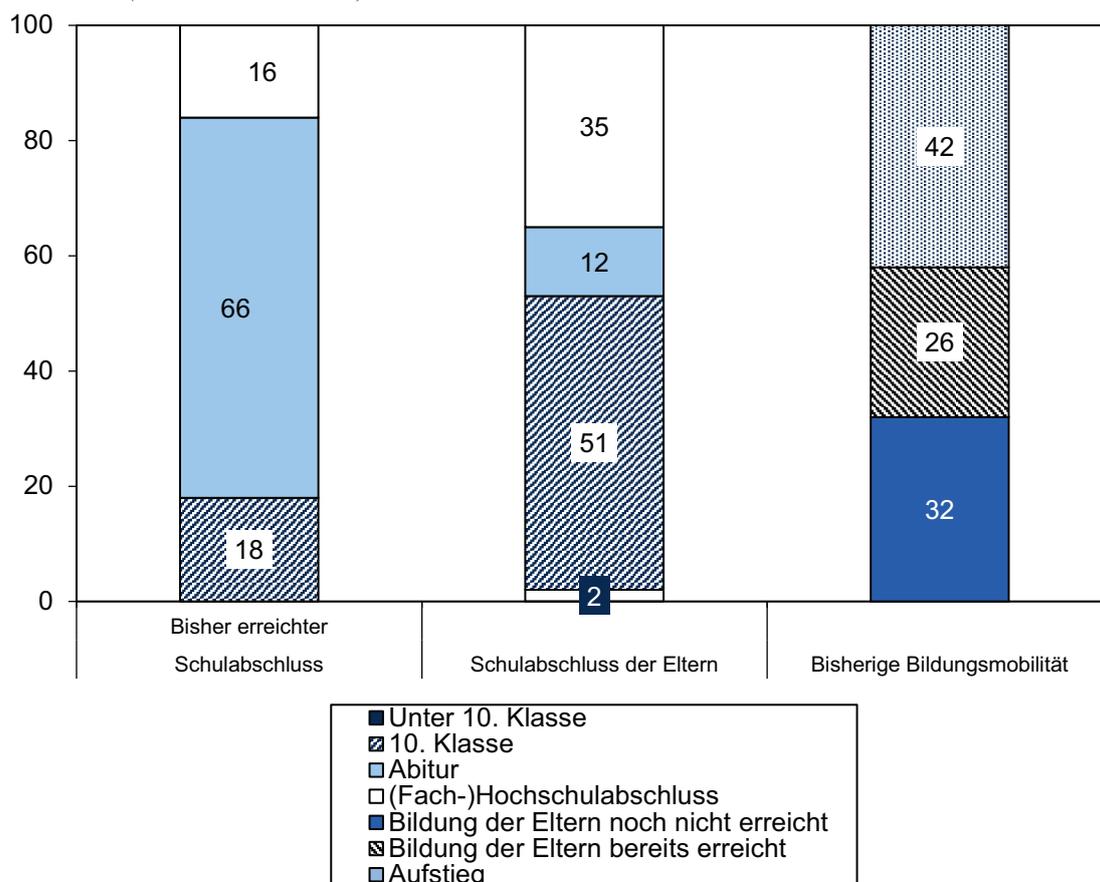


So wie Bildung gemeinhin als Schlüsselkategorie für die Positionierung im Berufsleben und damit für die Zuweisung sozialen Status‘ gilt, rückt auch die sogenannte *Bildungsmobilität* in den Mittelpunkt einer Sozialstrukturanalyse. Sozialer Status bzw. Schichtzugehörigkeit wird in wesentlichem Umfang von Eltern an ihre Kinder vererbt (vgl. Datenreport 2016: 209 ff.). Dabei muss beachtet werden, dass es vor allem die ungleichen Zugänge zu Bildung bzw. ungleichen Bildungschancen sind, die vererbt werden und ausschlaggebend sind. Im THÜRINGEN-MONITOR wurde deshalb zur Vereinfachung nicht der soziale Status der Eltern, sondern die Bildung von Vater und Mutter der Befragten abgefragt. Dabei ist erkennbar, dass Schulabschlüsse unter der 10. Klasse in der Generationenfolge zugunsten von Abschlüssen der 10. Klasse signifikant zurückgegangen sind (Abb. 26). Die Befragten sind durchschnittlich höher gebildet als ihre Eltern (Vater oder Mutter). Die Väter der Befragten hatten insgesamt ein höheres Bildungsniveau als die Mütter; dass der Bildungsunterschied zwischen männlichen und weiblichen Befragten selbst insgesamt nicht mehr signifikant ist und jüngere Frauen sogar besser gebildet sind als Männer, zeigt wieder die Resultate einer

²⁶ Von insgesamt 1032 Befragten sind 53 Personen (ca. 5 Prozent) Auszubildende, von zwei Personen liegen keine Bildungsinformationen vor. Von den verbleibenden 977 Befragten machten 118 (12 Prozent) keine Angaben zur Bildung des Vaters oder der Mutter (weiß nicht bzw. Antwortverweigerung).

Im THÜRINGEN-MONITOR besteht ein moderater, höchst signifikanter Zusammenhang zwischen dem höchsten Bildungsabschluss der Eltern und der Bildung der Befragten.²⁷ Bildung wurde also in nicht unerheblichem Maße vererbt. Allerdings haben nur 32 Prozent der Befragten mit Eltern, die einen Hochschulabschluss besitzen bzw. besaßen, selbst einen Hochschulabschluss. Andererseits haben 46 Prozent der Befragten mit Hochschulabschluss ihren Bildungsstatus von Vater oder Mutter ererbt; die Mehrheit (54 Prozent) sind Bildungsaufsteiger_innen. Nur 21 Prozent der Befragten, deren Mütter oder Väter höchstens Realschulabschluss besaßen, haben selbst Abitur oder einen Hochschulabschluss. 60 Prozent der Befragten mit Eltern, die höchstens einen Abschluss der 10. Klasse hatten, haben höhere Abschlüsse als ihre Eltern. Die Gruppe der 45- bis 59-jährigen Befragte hat am häufigsten Bildungsaufstiege realisiert, in jüngeren Befragtengruppen sind die Anteile von „Abstiegen“ häufiger (vgl. Abb. 27); in der Gruppe der 18- bis 24-Jährigen haben zumindest viele den Bildungsstatus der Eltern *noch* nicht erreicht. Insgesamt scheint die Bildungsmobilität nach oben zunehmend eingeschränkt. Beachtet werden muss aber, dass die aus der Statistik ausgeschlossenen Auszubildenden die einen Großteil der jüngsten Befragten im THÜRINGEN-MONITOR ausmachen, eine vergleichsweise günstige Mobilitätsprognose haben (Abb. 28).

Abb. 28: Bisher erreichte Bildungsabschlüsse der Auszubildenden und ihrer Eltern
(in Prozent; n=53)

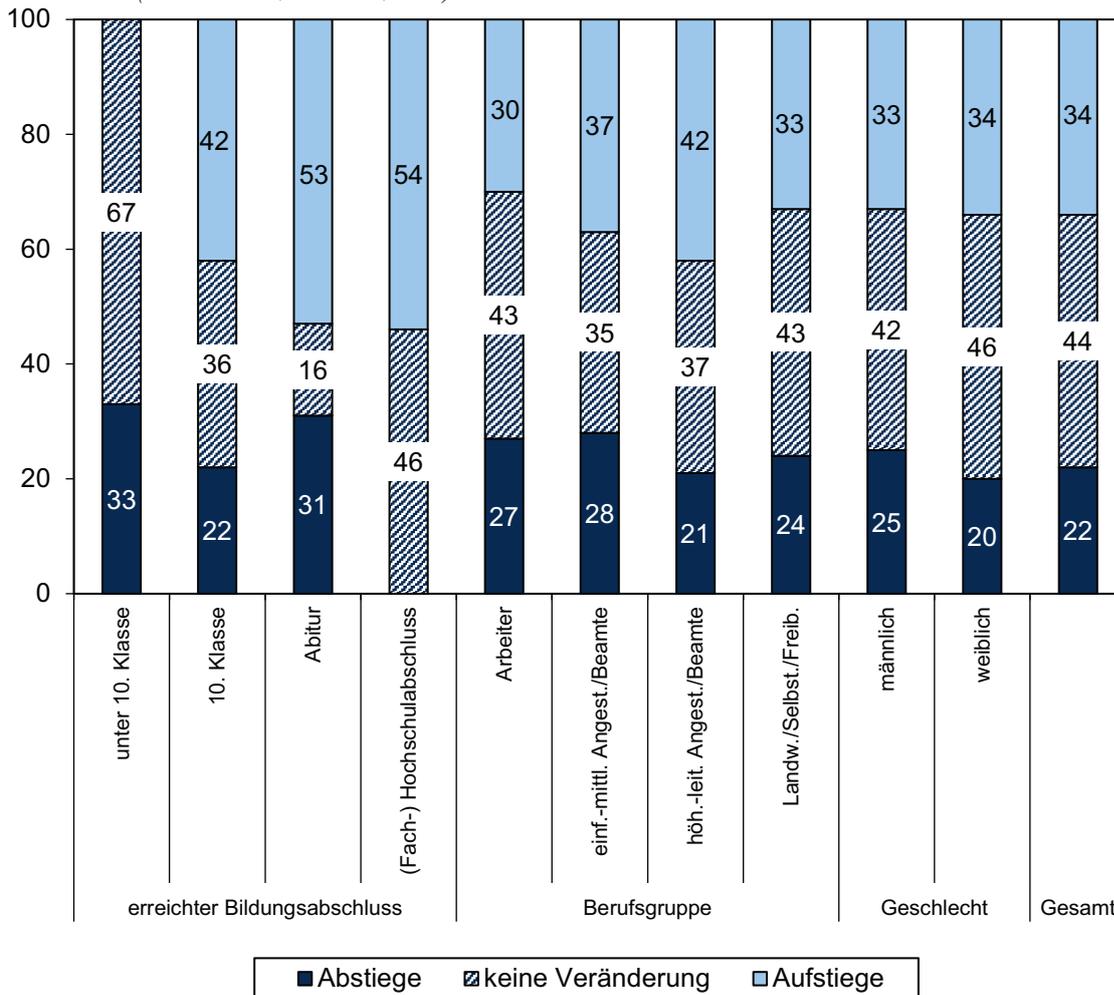


27 Somer's d (Bildung d. Befragten=AV) = 0.311***

Für weibliche und männliche Befragte lässt sich ein ungefähr gleiches Ausmaß an intergenerationaler Bildungsmobilität konstatieren; Männer sind ganz leicht aufstiegsmobiler (Abb. 29). Bei weiblichen Befragten besteht allerdings ein deutlicher Zusammenhang zwischen dem Bildungsabschluss der Mütter und dem eigenen Bildungsabschluss, der bei Männern in dieser Stärke nicht existiert. Demnach profitierten Frauen stärker als Männer von dem Umstand, dass die Mutter und nicht (nur) der Vater einen hohen Bildungsabschluss besaß. Hier kann eine Wirkung geschlechtsspezifischer Rollenvorbilder vermutet werden.

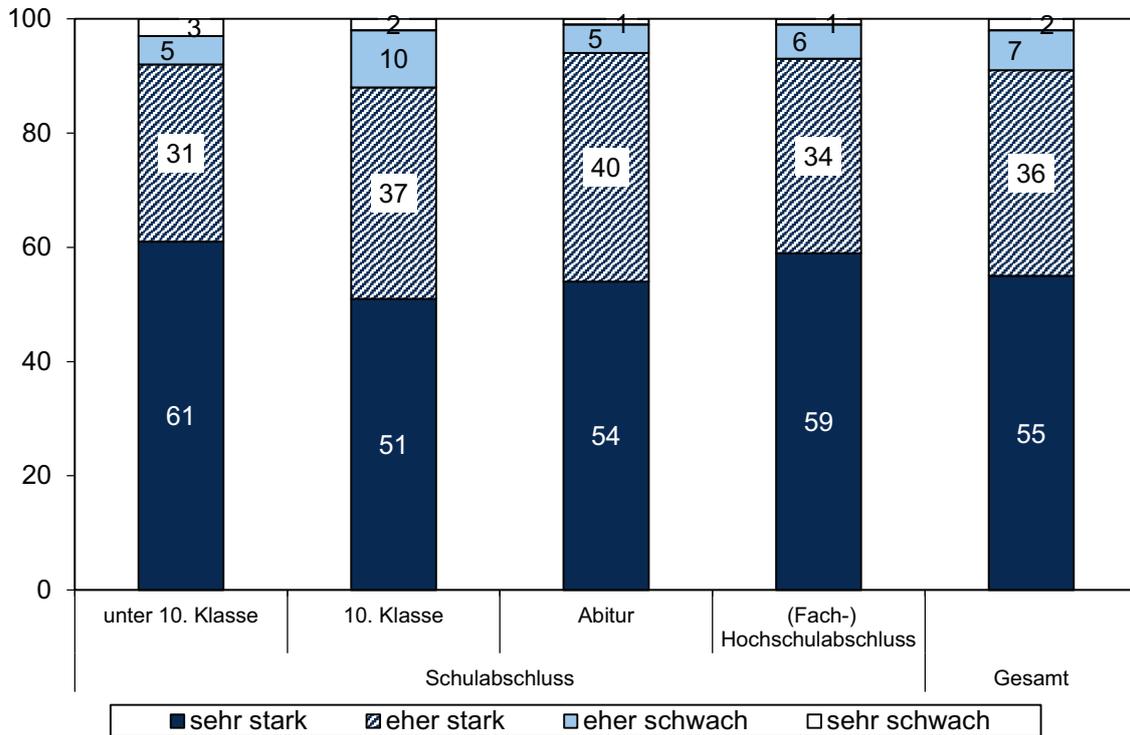
Bemerkenswert ist außerdem, dass Arbeiter_innen im Vergleich der Berufsgruppen einen geringeren Anteil an Bildungsaufsteigern aufweisen als einfache/mittlere Angestellte/Beamte_innen und vor allem als höhere/leitende Angestellte Beamte_innen; bei letzteren ist auch der Anteil der Bildungsabsteiger_innen am niedrigsten. (Abb. 29). Selbständige und Freiberufler_innen weisen hingegen einen ähnlich hohen Anteil eines vererbten Bildungsstatus wie Arbeiter_innen auf. Dabei kommt die traditionelle Weitergabe von Berufsbildern zum Tragen: sowohl in Handwerkerfamilien als auch bei selbständigen Akademiker_innen (klassische Professionen wie z.B. Ärzt_innen, Jurist_innen).²⁸

Abb. 29: Intergenerationale Bildungsmobilität nach erreichtem Bildungsabschluss, Berufsgruppe und Geschlecht
(in Prozent; n=859, s.o.)



28 Nur ein Befragter gab an, Landwirt zu sein.

Abb. 30: *Beurteilung des Einflusses von Bildung auf Aufstiegschancen nach eigener Bildung (in Prozent)*



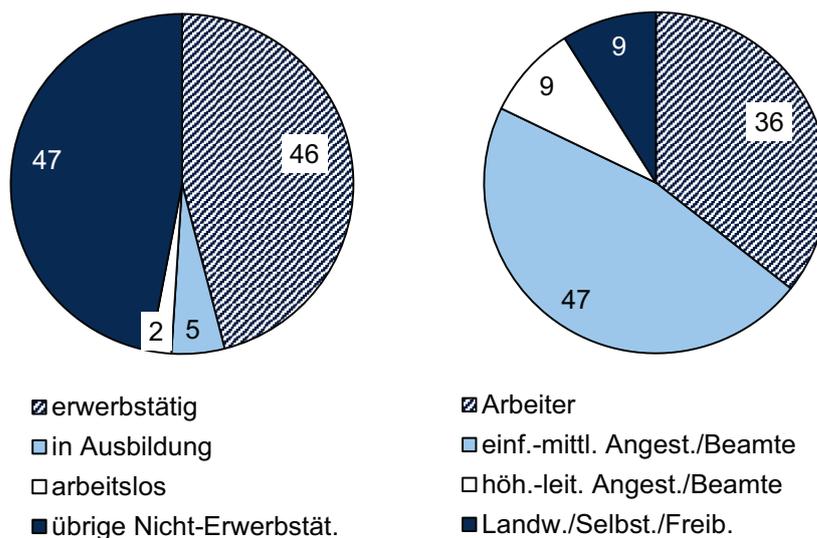
Die Befragten sollten in diesem Jahr u.a. angeben, wie stark ihrer Einschätzung nach der Einfluss von Bildung auf die *Chancen für einen sozialen Aufstieg* ist (vgl. Kapitel III.7). Diese Einschätzung steht in keinem statistisch signifikanten Zusammenhang zur Bildung der Befragten (Abb. 30), auch ist sie nicht abhängig von Alter, Geschlecht, Erwerbstätigkeit oder Berufsgruppe der Befragten. Ein sehr starker bzw. eher starker Einfluss der Bildung ist also Konsens. Bemerkenswert ist aber, dass Bildungsabsteiger_innen noch signifikant häufiger einen starken Einfluss der Bildung erkennen als Bildungsaufsteiger_innen. Dies korrespondiert mit leicht erhöhten Deprivationswerten bei Bildungsabsteiger_innen; signifikant häufiger nehmen sie eine negative Bewertung der individuellen wirtschaftlichen Lage vor und meinen, „weniger als den gerechter Anteil“ zu erhalten.

3. Berufstätigkeit

Mit 46 Prozent ist fast die Hälfte der Befragten des THÜRINGEN-MONITORS erwerbstätig (Abb. 31), davon zehn Prozent in Teilzeit. Die überwiegende Mehrheit dieser in Teilzeit Erwerbstätigen wiederum ist weiblich (89 Prozent). Arbeitslose sind mit einem Anteil von nur zwei Prozent der Befragten etwas unterrepräsentiert; im Juni 2017 lag die Arbeitslosenquote in Thüringen bei ca. sechs Prozent (vgl. Kapitel I).²⁹ Fünf weitere Prozent der Befragten sind Auszubildende, die größte Befragtengruppe sind mit 47 Prozent allerdings die Nichterwerbstätigen (mehrheitlich Rentner_innen). Zwei Drittel der erwerbstätigen Befragten verfügen über einen Schulabschluss der 10. Klasse, 28 Prozent von ihnen haben Abitur oder einen (Fach-)Hochschulabschluss, nur vier Prozent einen Abschluss unter der 10. Klasse bzw. keinen Schulabschluss (Abb. 32). Demgegenüber haben die arbeitslosen Befragten ein signifikant niedrigeres und die Auszubildenden ein signifikant höheres Qualifikationsniveau. Ihrem Altersprofil gemäß ist bei nichterwerbstätigen Befragten der Anteil von Personen mit niedrigen Schulabschlüssen am höchsten.³⁰

Das Geschlechterverhältnis ist in fast allen Erwerbstätigkeitsgruppen ausgeglichen, nur Auszubildende sind zu mehr als zwei Dritteln weiblich. 79 Prozent der Auszubildenden sind jünger als 25 Jahre, bei erwerbstätigen Befragten ist die Altersgruppe der 45- bis 59-Jährigen mit 47 Prozent am stärksten besetzt und nur ca. jede_r vierte Erwerbstätige ist jünger als 35 Jahre (Abb. 33). Ungefähr ein Drittel der Erwerbstätigen bezeichnet sich als Arbeiter_innen, 47 Prozent geben an, einfache/mittlere Angestellte oder Beamt_innen zu sein. Jeweils neun Prozent der Erwerbstätigen sind höhere/leitende Angestellte bzw. Beamt_innen oder Selbständige und Freiberufler_innen (Abb. 34).

Abb. 31: Erwerbstätigkeit und Berufsgruppen
(in Prozent)



²⁹ Vgl. <https://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Regionen/Politische-Gebietsstruktur/Thueringen-Nav.html>

³⁰ Zusätzlich wurde in diesem Jahr erhoben, ob Befragte eine Berufsausbildung absolviert haben, u.a. um Nichtqualifizierte zu identifizieren. Ca. vier Prozent derjenigen Befragten, die sich nicht in Ausbildung befinden, haben keinen Berufsabschluss. Mehrheitlich handelt es sich dabei um verrentete weibliche Befragte.

Abb. 32: Erwerbstätigkeitsgruppen: Bildungsprofil und Geschlechterverhältnis
(in Prozent)

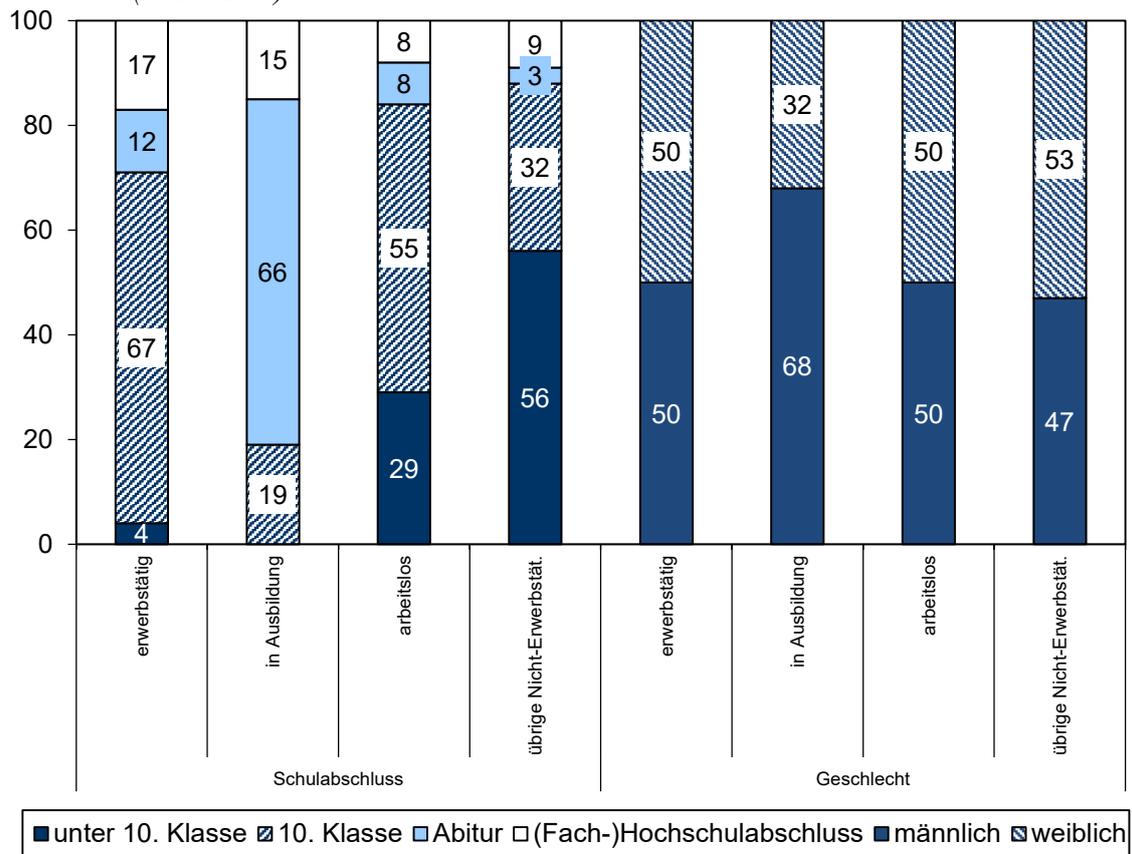
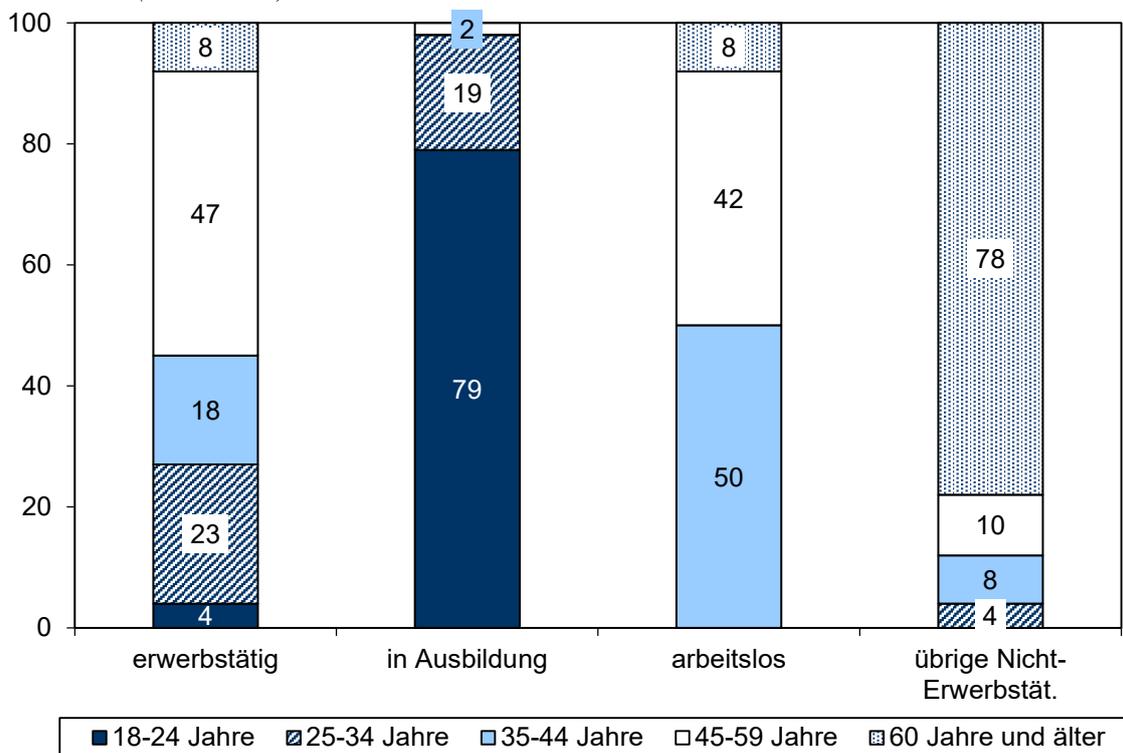


Abb. 33: Erwerbstätigkeitsgruppen: Altersprofil
(in Prozent)



83 Prozent der Arbeiter_innen haben einen Schulabschluss der 10. Klasse, nur sieben Prozent eine höhere Bildung. Auch unter den einfachen/mittleren Angestellten/Beamten_innen und den Selbständigen sind Personen mit einem Schulabschluss der 10. Klasse in der absoluten Mehrheit (Abb. 34), jeweils zehn Prozent in beiden Berufsgruppen haben höchstens Haupt- bzw. Volksschulabschlüsse. Demgegenüber haben 55 Prozent der höheren bzw. leitenden Angestellten oder Beamten_innen einen (Fach-)Hochschulabschluss, Personen mit Abschlüssen unterhalb der 10. Klasse gibt es gar nicht. Die Bedeutung von Bildung (kulturellem Kapital) für die Zuweisung beruflichen Status‘ ist also klar erkennbar. Markant ist der Geschlechtsunterschied zwischen den Berufsgruppen: Arbeitertätigkeiten (engl.: „blue collar“; vgl. die typische Berufsbekleidung „Blaumann“) werden zu 60 Prozent von Männern, einfache Angestelltentätigkeiten (engl. „white collar“, dt. „weißer Kragen“) zu 57 Prozent von Frauen ausgeübt. Bei höheren und leitenden Angestellten oder Beamten sind aber Männer mit 52 Prozent knapp in der Mehrheit. Auch wenn die Stellung in der Hierarchie hier nicht angemessen analysiert werden kann, zeichnen sich hier noch immer gewisse, nur langsam abgebaute Gleichstellungsdefizite an. Nach Robert D. Putnams (1976) *Law of Growing Disproportion* (frei übersetzt. „Gesetz der steigenden Unverhältnismäßigkeit“) nimmt die Repräsentation benachteiligter Gruppen mit steigender Positionshöhe ab. In der Berufs- und Geschlechterforschung wird eine „glass ceiling“ („Glasdecke“) diskutiert, an die Frauen nach wie vor im Berufsleben stoßen, wenn sie versuchen, die Karriereleiter zu erklimmen (vgl. Christmas 2002). Fast drei Viertel der Selbständigen sind männlich, hier muss allerdings der relativ große Anteil einfacher Dienstleistender bedacht werden. Einfache/mittlere Angestellte/Beamten_innen haben ein signifikant niedrigeres Durchschnittsalter als Arbeiter_innen oder Selbständige (Abb. 35). Ihnen gegenüber haben höhere/leitende Angestellte/Beamten_innen ein nur leicht (und statistisch nicht signifikant) erhöhtes Durchschnittsalter, signifikant geringer ist aber der Anteil von Personen in höherer und Leitungstätigkeit, die jünger als 35 Jahre sind. 60 Prozent der Selbständigen sind zwischen 45 und 59 Jahren alt. Nicht zu vernachlässigen ist hier der Umstand, dass die Selbstständigkeit für Viele auch eine Alternative angesichts der ungünstigen Situation am Arbeitsmarkt gewesen ist.

Ein wichtiger Faktor der Stabilität des sozioökonomischen Status zeigt sich in der Einschätzung der erwerbstätigen Befragten, ob ihr Arbeitsplatz sicher ist. 13 Prozent der Erwerbstätigen geben an, ihr Arbeitsplatz sei gefährdet. Höhere/leitende Beamte kennen diese Unsicherheit nicht, aber fünf Prozent der einfachen bis mittleren Beamten gehen von einer Gefährdung aus. Elf Prozent der einfachen/mittleren Angestellten und acht Prozent der höheren/leitenden Angestellten sagen, ihr Arbeitsplatz sei gefährdet; signifikant erhöht sind die Anteilswerte von Personen mit gefährdeten Arbeitsplätzen jedoch unter Arbeiter_innen (17 Prozent) und Selbständigen (23 Prozent). Das Risiko der Arbeitsplatzgefährdung betrifft demnach vor allem Berufstätige in einfachen Tätigkeiten mit relativ niedrigem Qualifikationsniveau, Berufstätige in höher qualifizierten bzw. leitenden Funktionen hingegen nur sehr selten. Wichtig ist, dass Befragte, die ihren Arbeitsplatz als gefährdet wahrnehmen, weit überwiegend subjektiv depriviert sind: 71 Prozent von ihnen bewerten ihre individuelle finanzielle Lage negativ, fühlen sich übervorteilt und haben Furcht vor dem sozialen Abstieg (zur Deprivation vgl. Kapitel III.1 und III.4). Nur jede_r vierte Befragte, die den Arbeitsplatz als sicher einschätzen, muss als subjektiv depriviert gelten.

Abb. 34: Berufsgruppen: Bildungsprofil und Geschlechterverhältnis

(in Prozent)

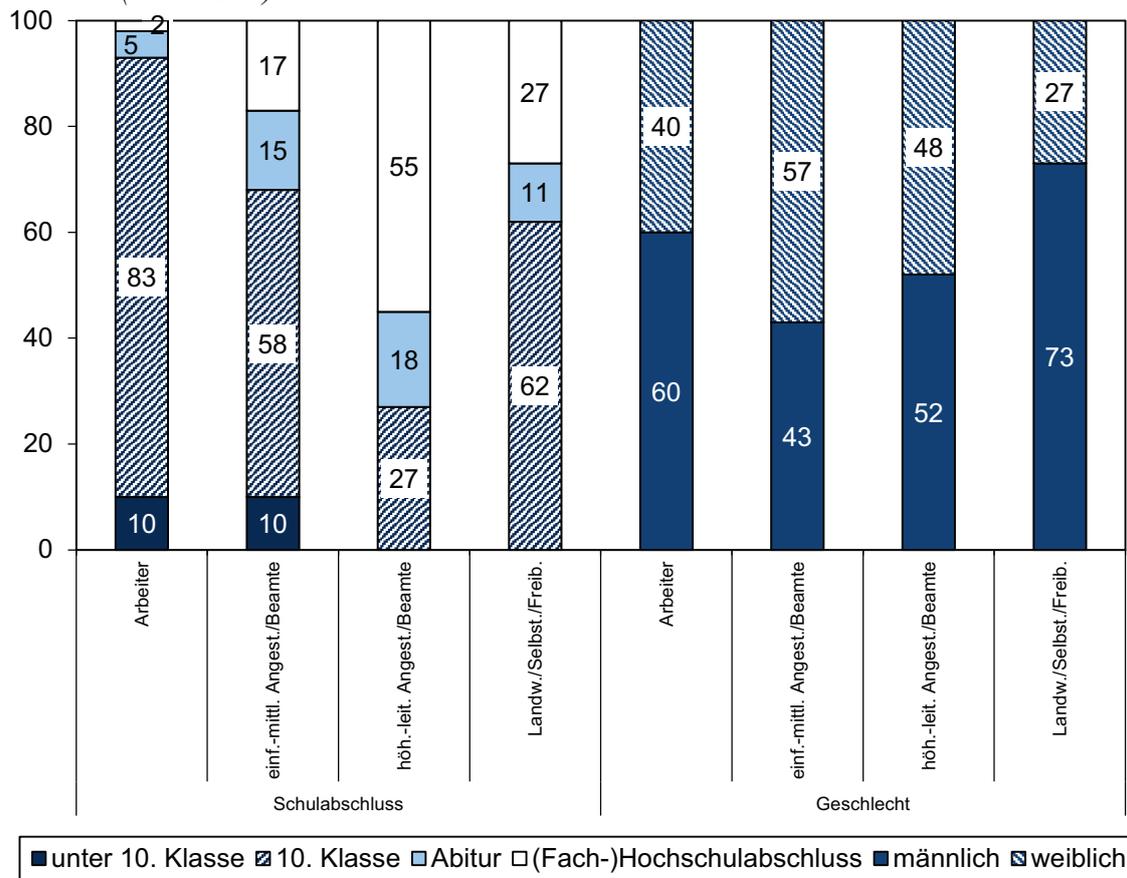
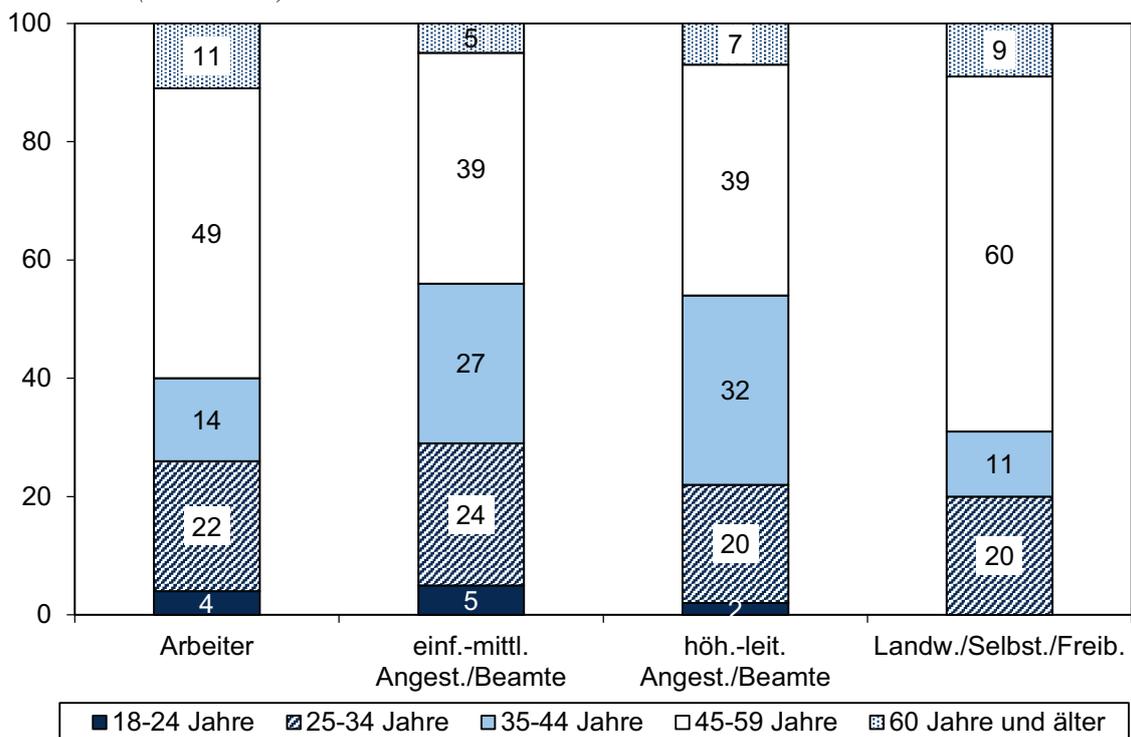


Abb. 35: Berufsgruppen: Altersprofil

(in Prozent)



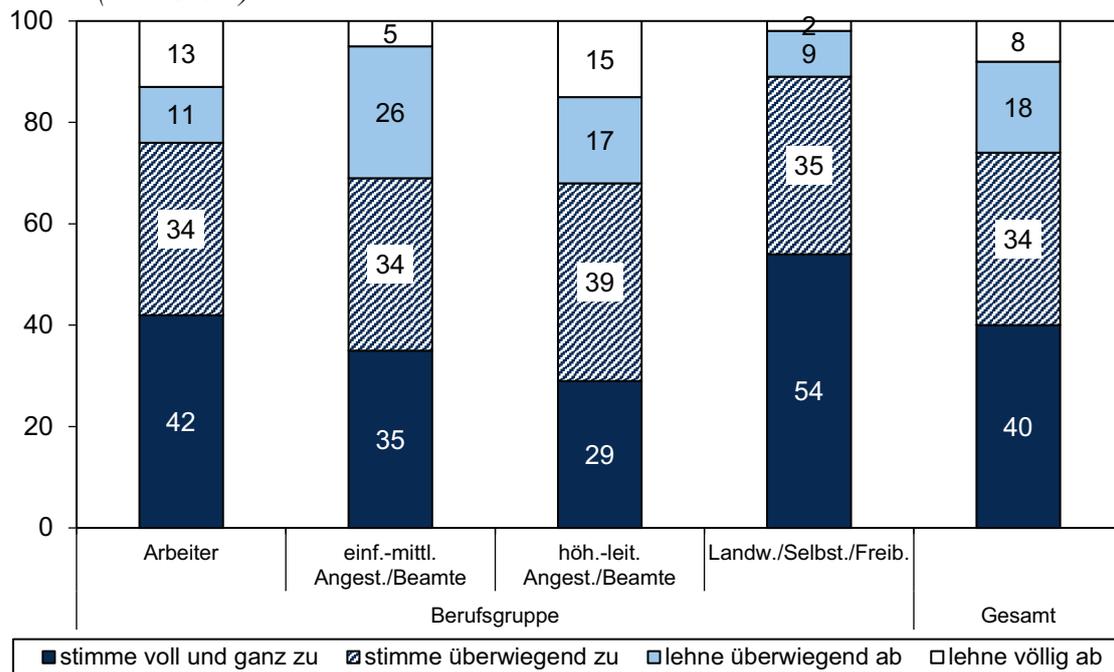
Um die Selbsteinordnung in Berufsgruppen überprüfen zu können, aber auch für Analysen zum sozialen Status bzw. zu den sozialen Lagen, wurden die Befragten im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR um eine offene Angabe ihres Berufes gebeten.³¹ Dies erst ermöglicht z.B. Aussagen darüber, was unter Selbständigen oder Freiberufler_innen verstanden werden muss.³² Zunächst fiel auf, dass nicht in allen Fällen die Selbsteinordnung der Befragten in eine der vier vorgegebenen und hier diskutierten Berufsgruppen geglückt war. So sind beispielsweise weder Altenpflegerin noch Sozialarbeiter im eigentlichen Sinne Arbeiterberufe. Der Erwartung nach haben sich aber die (nichtselbständigen) Handwerker_innen der Arbeiterkategorie zugeordnet. Die Unterscheidung zwischen *einfachen/mittleren* und *höheren/leitenden* Angestellten- oder Beamten-tätigkeiten und die Angabe einer Selbständigkeit muss freilich größtenteils den Befragten überlassen werden. Um **offene Berufsangaben** für die Konstruktion einer Schichtvariablen (vgl. Kapitel III.4) nach inhaltlichen Tätigkeiten (z.B. Weisungsbefugnis) und dem *erwartbaren Qualifikationsniveau* neu zu gruppieren, musste eine Vereinfachung erfolgen. Ungeachtet einer angenommenen „Arbeiter“- , „Angestellten“- oder „Selbständigen“-Charakteristik wird zwischen einfachen und gehobenen/leitenden Tätigkeiten entschieden werden, die Beispiele für einfache Tätigkeiten wären Lieferantin, Altenpfleger, Arbeiter einer Metallfabrik, Schneiderin oder medizinisch-technische Assistenz. Beispiele für gehobene/leitende Tätigkeiten sind Abteilungsleiterin, Zahnärztin, Filialleiterin, Lehrerin, Ingenieur, Hochschullehrerin, Anwalt oder Serviceleiter. Für eine Schichtvariable müssen die Bildungsangaben kontrolliert werden, doch soll an dieser Stelle nicht unerwähnt bleiben, dass ca. 23 Prozent der erwerbstätigen Befragten eine gehobene/leitende Tätigkeit ausüben.

Im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR wurde auch versucht, nicht nur den sozio-ökonomischen Status zu erfassen, der aus der Berufstätigkeit entsprechend dem Qualifikationsniveau sowie aus dem entsprechend erzielten Einkommen abgeleitet werden kann, sondern auch einen symbolischen Aspekt der Berufstätigkeit. Das von den Befragten wahrgenommene eigene **Berufsprestige** drückte sich in der Zustimmung zu folgender Aussage aus: „Mein Beruf wird in der Gesellschaft wertgeschätzt und respektiert.“ 74 Prozent der Erwerbstätigen stimmten der Aussage zu, 18 Prozent lehnten jedoch überwiegend ab, acht Prozent sogar „völlig“ (Abb. 36).

31 Dabei wurden auch Nichterwerbstätige (insbesondere Rentner_innen) befragt, s.u.

32 Auswertungen nach Berufsfeldern bzw. Beschäftigungssektoren – auch was die Einstellungen der Befragten anbetrifft – sind wegen der geringen Fallzahlen *nicht* sinnvoll.

Abb. 36: Subjektive Einschätzung des Berufsprestiges nach Berufsgruppe: „Mein Beruf wird in der Gesellschaft wertgeschätzt und respektiert.“ (in Prozent)



Selbständige und Freiberufler_innen attestieren sich vergleichsweise das höchste Berufsprestige. Charakteristischerweise haben die Arbeiter_innen hier den zweithöchsten Zustimmungswert. Sowohl einfache/mittlere als auch höhere/leitende Angestellte / Beamte_innen sind vergleichsweise am skeptischsten, was die gesellschaftliche Anerkennung ihrer Tätigkeiten anbetrifft.³³ Die Wahrnehmung des Berufsprestiges scheint also u.a. stark von der individuellen Situation der Befragten bestimmt zu sein. Insgesamt kann aber festgehalten werden, dass *Berufstätige mit einfachen Tätigkeiten signifikant seltener Wertschätzung* erfahren als Berufstätige, deren Berufen mit vermeintlich anspruchsvolleren Tätigkeiten, Leitungsbefugnis oder höherem erforderlichen Qualifikationsniveau assoziiert werden. Nicht überraschend ist der Befund, dass eine wahrgenommene mangelnde Wertschätzung des Berufs signifikant mit subjektivem Deprivationsempfinden korreliert – und zwar ähnlich stark wie Arbeitslosigkeit mit subjektivem Deprivationsempfinden.

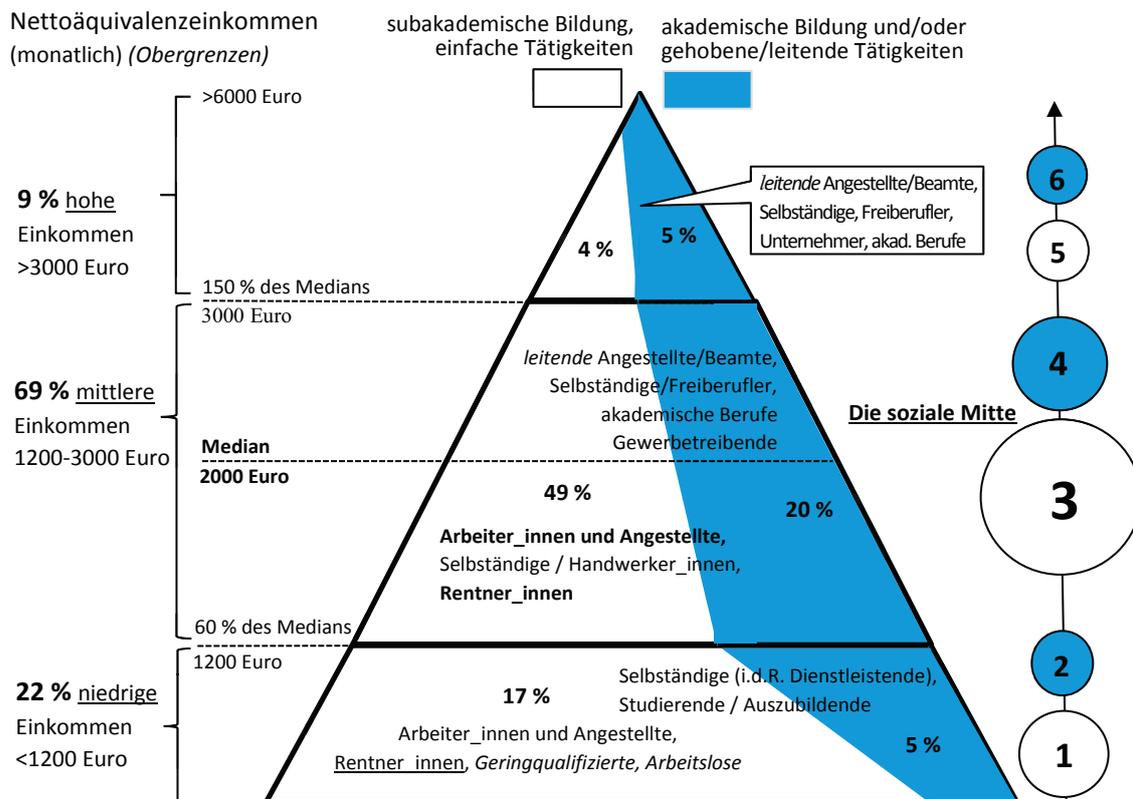
4. Objektive Schichteinordnung

Wenn Einkommen, Bildung und Berufstätigkeit gemeinsam betrachtet werden, lässt sich zur Vereinfachung ein Schichtmodell konstruieren, in dem sich 95 Prozent der Befragten entsprechend ihrem sozioökonomischen Status verorten lassen (Abb. 37).³⁴

³³ Die offenen Berufsangaben lassen hier allerdings kein statistisch signifikantes Ranking mehr oder weniger prestigeträchtiger Berufsbilder (nach Einschätzung ihrer Inhaber_innen) zu. Beispielsweise gibt es gleich viele Lehrer_innen, die ihren Beruf als anerkannt wahrnehmen, wie solche, die dies nicht tun.

³⁴ Wie jedes wissenschaftliche *Modell* erhebt auch dieses keinen Anspruch auf eine präzise Darstellung gesellschaftlicher „Tatsachen“. Es hat eine ordnende und heuristische Funktion, dient also vor allem der Beschreibung und dem Verständnis der anschließend diskutierten Einstellungsunterschiede.

Abb. 37: Einfaches Schichtmodell nach Tätigkeit, Bildung und Einkommen
(für $n=982^*$; mit häufigen bzw. typischen Berufstätigkeiten)



*d.h. 95% der Befragten (aufgrund vorhandener oder regressionsanalytisch imputierter Angabe³⁵ zum monatl. Haushalts-Nettoeinkommen (gruppiert))

Anmerkung: als *akademische Bildung* gelten Hoch- und Fachschulabschlüsse.
Bei Rentner_innen wurden – soweit möglich – ehemalige Berufstätigkeiten berücksichtigt.

Beispiele für *einfache Tätigkeiten*: Lieferantin, Altenpfleger, Arbeiter in einer Metallfabrik, Kassiererin, Leiharbeiterin
Beispiele für *gehobene/leitende Tätigkeiten*: Abteilungsleiterin, Zahnärztin, Filialleiterin, Bereichsleiter, Hochschullehrerin, Anwalt, Bauingenieur, Firmeninhaber, Serviceleiter

³⁵ Bei 151 Befragten im THÜRINGEN-MONITOR fehlte eine gültige Angabe zum monatlichen Nettohaushaltseinkommen (gruppiert). Für 104 dieser Befragten konnten die Nettohaushaltseinkommens-Obergrenzen jedoch *geschätzt* werden, und zwar aufgrund anderer Merkmale und ihrem bekannten statistischen Zusammenhängen mit den Nettohaushaltseinkommens-Angaben. Das Verfahren ist als **Imputation fehlender Werte** bekannt. Im vorliegenden Fall wurde auf der Basis gültiger Einkommensangaben ein *multiple lineares Regressionsmodell (OLS)* berechnet, das unter Aufnahme vieler, präziser Informationen über die Befragten die Aufstellung einer Berechnungsformel (Regressionsgleichung) ermöglichte, auf deren Grundlage wiederum (fehlende) Einkommensangaben „vorhergesagt“ bzw. geschätzt werden konnten. Wie bei jeder Schätzung oder Simulation besteht auch bei der Imputation fehlender Werte eine Fehlertoleranz. Merkmal einer relativ robusten Schätzung ist jedoch, dass es bei den Befragten mit vorhandener Einkommensangabe eine sehr hohe Übereinstimmung zwischen angegebenem und geschätztem Einkommens-Obergrenzen gibt (Rangkorrelationskoeffizient Spearman's rho = .707); mathematisch bedingt werden dabei niedrige Einkommen tendenziell überschätzt, hohe dagegen leicht unterschätzt. Der Einschluss von Befragten mit geschätztem Einkommen vergrößert die Fallzahlen in den nachfolgenden Auswertungen deutlich, in der grundsätzlichen Einkommens- und Schichtenverteilung (bzw. den darauf bezogenen Bewertungs- und Einstellungsdifferenzialen) treten jedoch nur geringfügige Änderungen ein. Dies kann als ein weiterer Beleg für eine relativ robuste Schätzung gewertet werden. Ein Schichtmodell, das nur auf gültigen Einkommensangaben (ohne Imputation fehlender Werte) beruht, findet sich im **Anhang**.

In jeder der drei – sehr unterschiedlich stark besetzten – Einkommensgruppen (niedrige, mittlere, hohe Einkommen) werden jeweils zwei Segmente unterschieden. In diesen Segmenten werden Qualifikationsniveaus und beruflicher Status so gruppiert, dass einerseits Personen mit Bildungsabschlüssen unterhalb eines Hochschulabschlusses *und* „einfachen Tätigkeiten“ (aufgrund der offenen Berufsangaben) beobachtet werden (weiße Segmente), andererseits Personen mit akademischer Bildung (Hochschulqualifikation) *und/oder* gehobenen/leitenden Tätigkeiten (blaue Segmente). Auch für nicht (mehr) erwerbstätige Befragte wurde das Tätigkeitsmerkmal aus den offenen Berufsangaben abgeleitet. Studierende wurden aufgrund ihrer angestrebten Qualifikation den Segmenten „akademische Bildung und/oder gehobene/leitende Tätigkeiten“ zugeordnet. Auf diese Weise wurden **sechs Schichten** gebildet:

(1) niedriges Einkommen, subakademische Bildung und einfache Tätigkeit (17 %)

Diese unterste Schicht besteht aus (ehemaligen) einfachen Arbeiter_innen und Angestellten sowie typischerweise aus Arbeitslosen und anderen Nichterwerbstätigen, die in der Regel einen Schulabschluss der 8. oder 10. Klasse, meistens auch Facharbeiterqualifikation haben und dabei ein Einkommen erzielen, das unterhalb der Armutgefährdungsschwelle liegt.

(2) niedriges Einkommen, akademische Bildung und/oder gehobene/leitende Tätigkeit (5 %)

Die Befragten in dieser Schicht haben eine hohe Qualifikation und/oder üben Tätigkeiten mit anspruchsvolleren Inhalten aus, realisieren aber trotzdem nur vergleichsweise geringe Einkommen. Objektiv ist in dieser Schicht die **Statusinkonsistenz** am größten: Aus ihrem kulturellen Kapital (ihrer Bildung) und/oder ihrer Berufstätigkeit können sie nicht einmal bescheidenen materiellen Wohlstand generieren. Auch Studierende, die meisten vermutlich nur „arm auf Zeit“, gehören zu dieser Schicht.

(3) mittleres Einkommen, subakademische Bildung und einfache Tätigkeit (49 %)

Diese größte Schicht stellt den *eigentlichen Kern der „sozialen Mitte“* dar und enthält die „durchschnittlichen Thüringer_innen“: Weder hochqualifiziert noch im (ehemaligen) Berufsleben mit Leitungsaufgaben oder akademisch assoziierten Tätigkeiten betraut, haben diese (ehemaligen) Arbeiter_innen und Angestellte mittlere Einkommen. Der hohe Anteil der Befragten infolge der relativ weiten Definition „mittleres Einkommen“ lässt die Schicht (3) als besonders **heterogen** hervortreten: Hier können auch subjektive Beurteilungen und Bewertungen ausgesprochen unterschiedlich ausfallen.

(4) mittleres Einkommen, akademische Bildung und/oder gehobene/leitende Tätigkeit (20 %)

Ebenfalls mit mittleren Einkommen haben diese Befragten einen Hochschulabschluss oder gehen leitenden Funktionen nach. Typischerweise finden sich hier Ingenieure, Buchhalter_innen und Beamt_innen.

(5) hohes Einkommen, subakademische Bildung und einfache Tätigkeit (4 %)

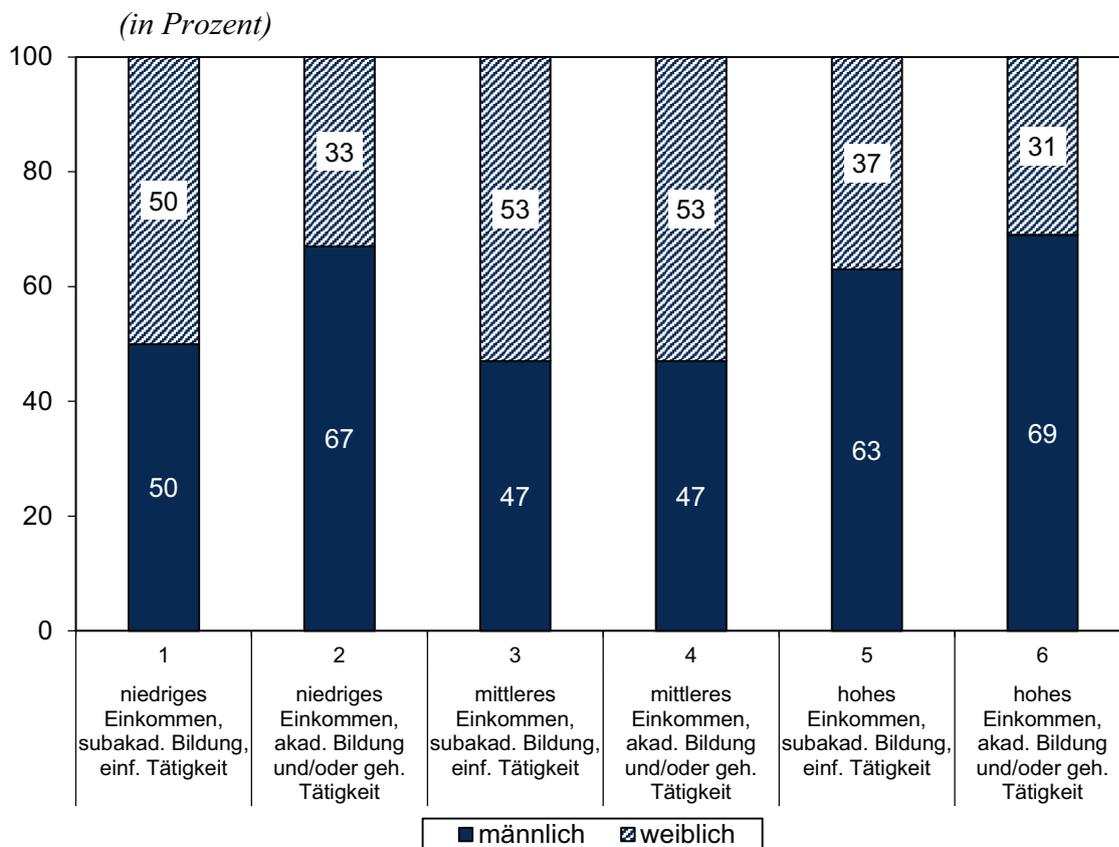
Relativ wenige Befragte haben zwar kein Hochschulstudium absolviert und auch nicht eindeutig feststellbar eine herausgehobene Stellung im Berufsleben, dafür aber ein hohes Einkommen. Einige Beamt_innen und Selbständige, aber auch einige Arbeiter_innen zählen dazu. Bei ihnen liegt sozusagen eine *positive Statusinkonsistenz* vor: trotz relativ geringen kulturellen Kapitals (Bildung) leben sie (vermutlich) in relativem ökonomischen Wohlstand.

(6) hohes Einkommen, akademische Bildung und/oder gehobene/leitende Tätigkeit (5 %)

Die oberste soziale Schicht umfasst Befragte, die hohes kulturelles Kapital, hohen beruflichen Status und hohes Einkommen vereinen. Dazu gehören leitende (Verwaltungs-)Angestellte, Beamt_innen (z.B. Behördenleiter_innen), aber auch Selbständige und Freiberufler_innen wie z.B. Ärzt_innen oder Rechtsanwält_innen. Gegenüber Schicht (1) sind sie am deutlichsten sozio-ökonomisch privilegiert.

Ungleich ist das Geschlechterverhältnis nach Schichtzugehörigkeit (Abb. 38). Die mittleren Schichten (3) und (4) sind fast zu gleichen Anteilen mit Männern wie Frauen besetzt und auch in der Schicht (1) gibt es kein Ungleichgewicht. Die durch relativ hohes kulturelles Kapital, aber geringes ökonomisches Kapital gekennzeichnete Schicht (2) und die relativ einkommensprivilegierten Schichten (5) und (6) haben signifikant erhöhte Anteile männlicher Befragter. Schicht (6), deren Angehörige über relativ hohes Einkommen *und* hohe Bildung verfügen, besteht zu 69 Prozent aus männlichen Befragten. In Schicht (2) ist der Anteil von Befragten im Alter unter 35 Jahren mit 49 Prozent am höchsten. Hier deutet sich an, dass die *Statusinkonsistenz aus hoher Bildung und niedrigem Einkommen* für viele Befragte in dieser Schicht vermutlich eine vorübergehende Statuspassage am Beginn bzw. vor ihrer Berufskarriere ist; sie haben gute Chancen, in höhere Schichten (4,6) aufzusteigen. Anders als alle darunter liegenden Schichten sind die einkommensstarken Schichten (5) und (6) jeweils fast zur Hälfte durch 45- bis 59-Jährige besetzt. Hier zeigt sich die Abhängigkeit des Einkommens vom Alter, demnach erzielen viele Befragte erst in der zweiten Hälfte ihres Erwerbslebens höhere Einkommen. Aufgrund des Gefälles zwischen Einkünften aus Erwerbstätigkeit und Einkünften aus Renten/Pensionen sind die Anteile von Befragten, die älter als 59 Jahre sind, in den Schichten (3) und (4) mit 43 bzw. 42 Prozent am höchsten. Doch auch 41 Prozent der Befragten in Schicht (1) und 29 Prozent der Befragten in Schicht (2) sind älter als 59 Jahre. Insgesamt sind Befragte der ältesten Altersgruppe allerdings nicht häufiger armutsgefährdet als jüngere Befragte.

Abb. 38: Geschlecht nach Schichtzugehörigkeit (1–6)

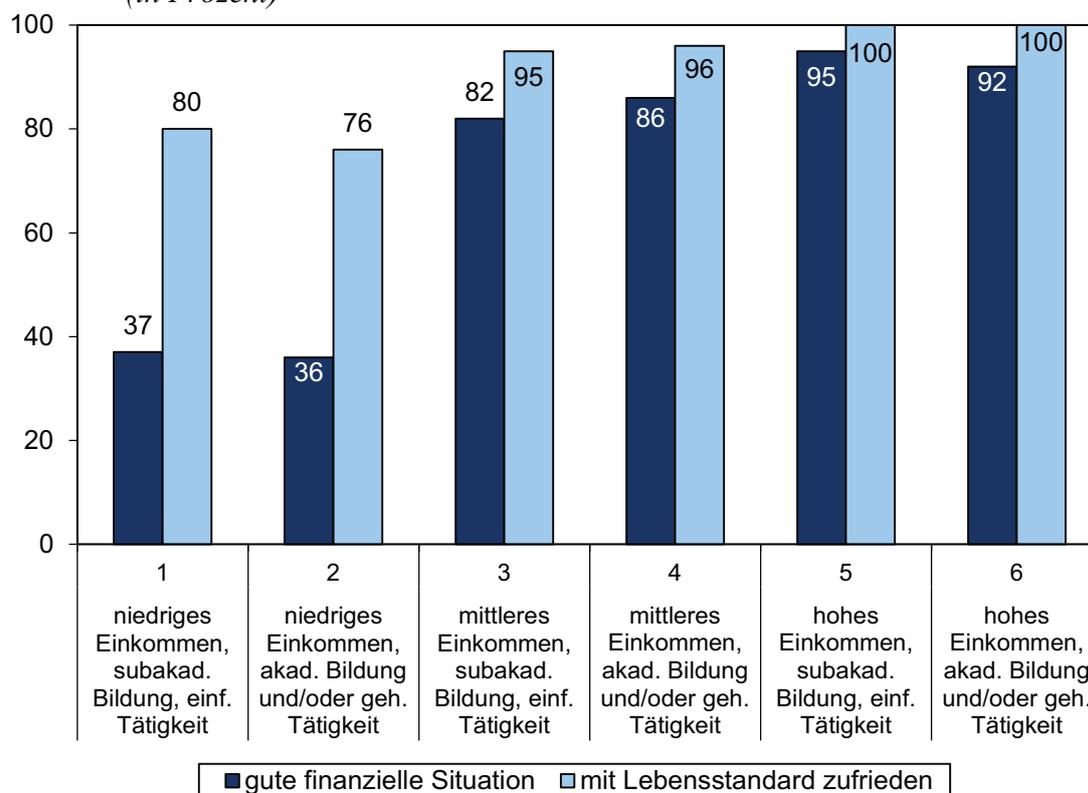


Die subjektive Beurteilung der sozialen Lage fällt bei Befragten in den unteren Schichten (1) und (2) statistisch signifikant und markant ungünstiger aus als bei Befragten in den darüber liegenden Schichten. Besonders die Bewertung der individuellen finanziellen

Situation ist entsprechend den niedrigen Einkommen weit überwiegend negativ (Abb. 39). Auch die an das Einkommen gekoppelte Zufriedenheit mit dem Lebensstandard ist unterdurchschnittlich, erreicht also nicht die hohen Werte, die für die Befragten in allen anderen Schichten bzw. für Befragte insgesamt zu berichten sind. Bemerkenswert ist bei Befragten der Schichten (1) und (2) nicht nur die ausgeprägte Diskrepanz zwischen der Bewertung der finanziellen Situation und der zwar vergleichsweise verhaltenen, aber trotzdem überwiegenden Zufriedenheit mit dem Lebensstandard, die bei Befragten der Schichten (3) bis (4) derart nicht existiert.

Abb. 39: Bewertung der finanziellen Situation und Zufriedenheit mit Lebensstandard nach Schichtzugehörigkeit (1–6)

(in Prozent)



Es ist bereits auch erkennbar, dass die *Statusinkonsistenz* der Befragten in Schicht (2) – die Kombination niedriger Einkommen mit hoher Qualifikation und/oder gehobenen Berufstätigkeiten – keine signifikant schlechtere Bewertung der sozialen Lage bedingt als bei Befragten in Schicht (2), deren objektive materielle Lage konsistent mit niedriger Bildung und einfachem Tätigkeitsprofil ist. Befragte der mittleren Schichten (3) und (4) nehmen sehr viel häufiger positive Bewertungen der finanziellen Situation vor und bekunden auch signifikant häufiger ihre Zufriedenheit dem Lebensstandard, Bewertungsunterschiede *zwischen* diesen beiden Schichten sind aber ebenfalls nicht signifikant. Das gleiche gilt für die oberen Schichten (5) und (6) auf nochmals erhöhtem Bewertungsniveau bzw. bei maximaler Zufriedenheit. Gegenüber den Einkommensdifferenzialen (vgl. auch Kapitel III.1) treten Bildungs- und Berufsaspekte hier also zunächst in den Hintergrund. Dass Bildungsniveau und Berufstätigkeit jedoch keineswegs irrelevant für die subjektive Beurteilung der sozialen Lage sind, zeigen solche Aspekte, die stärker auf den sozialen

Vergleich mit anderen bzw. Gerechtigkeitswahrnehmungen oder die Beurteilung von Stausicherheit abzielen (Abb. 40).

Die Frage, ob die Einkünfte die Bildung von Spareinlagen ermöglichen, wird in den oberen Schichten (5) und (6) von jeweils 88 Prozent der Befragten positiv beantwortet. 65 Prozent der Befragten in Schicht (4) stimmen zu, aber nur 55 Prozent der Befragten in Schicht (3), die ja auch über mittlere Einkommen verfügen. Dies ist jedoch kein Effekt kultureller oder habitueller Prägung sondern einfach durch nochmalige Einkommensunterschiede zwischen den Befragten beider mittlerer Schichten zu erklären, insofern dass hohe Bildung bzw. gehobene Berufstätigkeit in leicht erhöhten Einkommensmittelwerten resultiert. Dass signifikant mehr Befragte in Schicht (1) Spareinlagen bilden können als Befragte in Schicht (2), kann indessen auf unterschiedliche Lebenssituationen und Bedarfe zurückgeführt werden, die u.a. mit dem Alter der Befragten korrespondieren.

Bildung und Berufstätigkeit *verweisen* in unserem Interpretationsrahmen immer auch auf kulturelle Stile, Wertmuster und Handlungsorientierungen, die in bestimmten gesellschaftlichen Gruppen bzw. sozialen Milieus typisch sind. Ohne eine eigentliche Analyse von sozialen Milieus lässt sich dennoch zeigen, dass zwischen den Schichten Unterschiede in den subjektiven Bewertungen existieren, die nicht allein auf Einkommensdifferenziale, sondern *auch* auf unterschiedliche Konzentrationen kulturellen bzw. sozialen Kapitals zurückgeführt werden können. Eine dieser subjektiven Bewertungen ist die Einschätzung, im Vergleich zu anderen in der Gesellschaft weniger als den „gerechten Anteil“, gleichviel oder mehr zu erhalten (vgl. Abb. 40). Im Vergleich der Zustimmungswerte in den Schichten (1) und (2), aber auch im Vergleich der Zustimmungswerte in den Schichten (3) und (4) fällt auf, dass Befragte mit ähnlichen Einkommen, aber unterschiedlicher Bildung und/oder Berufstätigkeit eine signifikant unterschiedliche Gerechtigkeitswahrnehmung haben können. Der Anteil von subjektiv „ungerecht“ behandelten Befragten in der Schicht (3), die mittleres Einkommen, niedrigere Bildung und einfache Tätigkeiten haben, ist mit 58 Prozent ungefähr auf dem Niveau der einkommensschwachen Schichten (1) und (2). Doch in Schicht (4) mit mittleren Einkommen und höherer Bildung bzw. gehobenen Tätigkeiten nähert sich der Anteil subjektiv „ungerecht“ behandelter Befragter mit 38 Prozent dem vergleichsweise niedrigen Niveau der Schichten (5) und (6) an. Eine *ähnliche* Tendenz lässt sich bei der Zustimmung zu folgender Aussage erkennen: „Es ärgert mich, dass es Anderen in der Gesellschaft besser geht als mir.“ Auch die Furcht vor sozialem Abstieg, und gesellschaftlicher Marginalisierung bzw. Exklusion ist zwischen den Schichten insofern *abgestuft*, dass die Bewertungen mit steigenden ökonomischen Ressourcen zwar immer *positiver* bzw. *optimistischer* ausfallen, Befragte mit niedriger Bildung und/oder einfacher Tätigkeit der Befragten sind aber zurückhaltender als Befragte mit höherer Bildung und/oder gehobener Tätigkeit. Die subjektive Sicherheit des sozialen Status ist demnach nicht allein an der Einkommenshöhe und der Einschätzung des materiellen Wohlstands zu bemessen, sondern sie ist wesentlich von Wahrnehmungen, Einstellungen, Chancenkalkülen und Lebenszielen abhängig, die wiederum etwas mit der Verortung bzw. Verankerung in Berufs- und Bildungsmilieus bzw. in entsprechenden Statusgruppen zu tun haben. Dies macht sich auch bei der Erwartung bemerkbar, wie sich die eigene finanzielle Situation zukünftig entwickeln wird. Befragte der

Schicht (2) sind optimistischer als Befragte der Schicht (1), Befragte der Schicht (3) optimistischer als Befragte der Schicht (4). Nur in Schicht (5) glauben mehr Befragte als in Schicht (6), dass es ihnen in Zukunft finanziell besser gehen wird. Die Einkommensunterschiede an sich führen hier nicht zu starken Abstufungen. Auch für die Beurteilung von Chancen für die nächste Generation ist Bildung/Berufstätigkeit offenbar entscheidender. Am optimistischsten zeigen sich hier die Befragten in der akademisch gebildeten Mittelschicht (4), was auf die Vererbung von sozialen Status durch die Vererbung von Bildung (vgl. Kapitel III.2) verweist. Insgesamt ist festzustellen, dass auch *innerhalb* der Schichten eine relativ hohe **Heterogenität bezüglich der subjektiven Bewertungen** besteht.

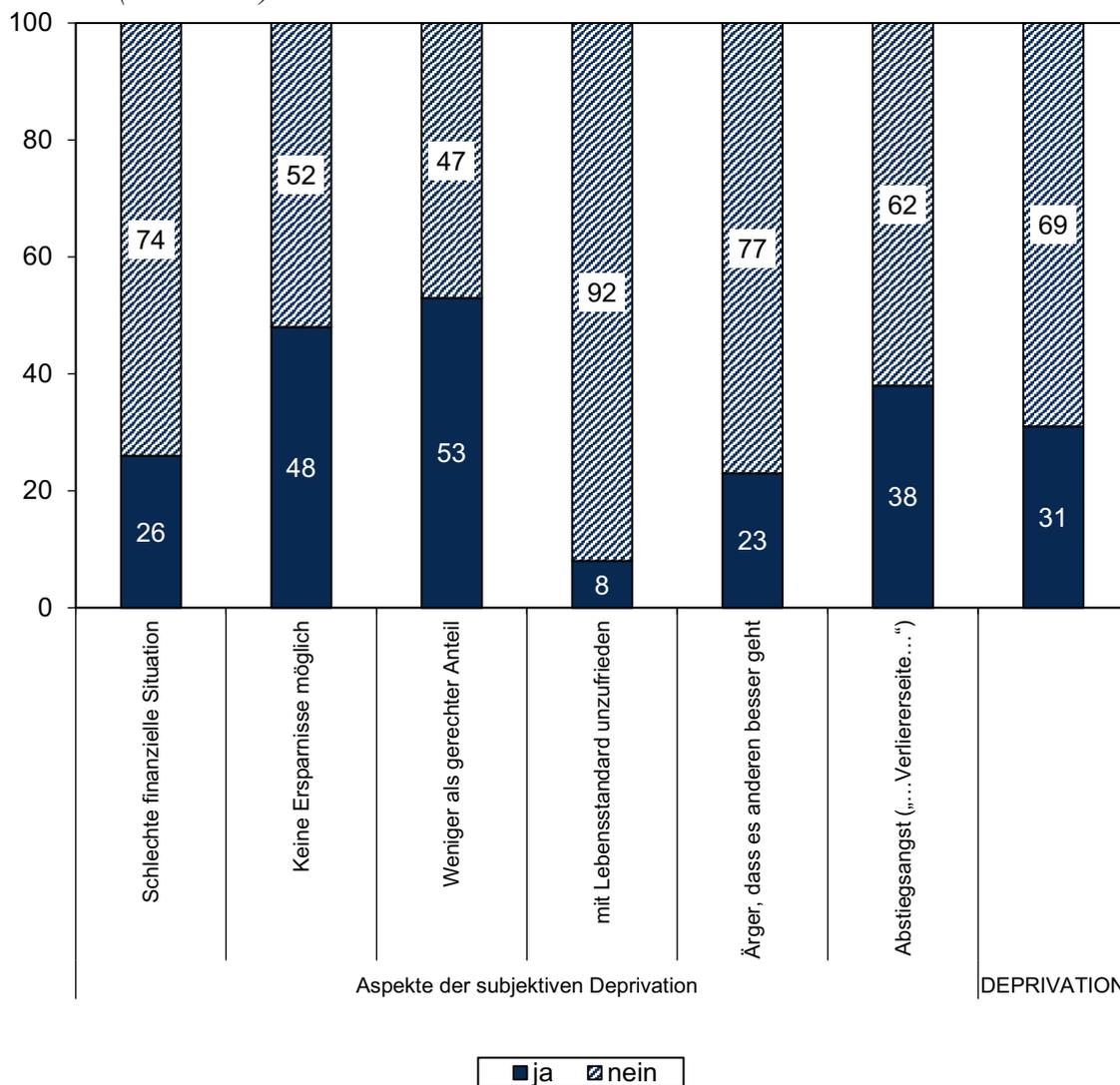
Abb. 40: Beurteilung der sozialen Lage nach Schichtzugehörigkeit (1–6)
(in Prozent)

	1 niedriges Einkommen, subakad. Bildung, einf. Tätigkeit	2 niedriges Einkommen, akad. Bildung und/oder geh. Tätigkeit	3 mittleres Einkommen, subakad. Bildung, einf. Tätigkeit	4 mittleres Einkommen, akad. Bildung und/oder geh. Tätigkeit	5 hohes Einkommen, subakad. Bildung, einf. Tätigkeit	6 hohes Einkommen, akad. Bildung und/oder geh. Tätigkeit	gesamt
Eigene finanzielle Situation							
schlecht	63 %	64 %	18 %	14 %	5 %	8 %	26 %
gut	37 %	36 %	82 %	86 %	95 %	92 %	74 %
gesamt	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %
Einkünfte ermöglichen Bildung v. Spareinlagen							
schlecht	79 %	84 %	45 %	35 %	12 %	12 %	48 %
gut	21 %	16 %	55 %	65 %	88 %	88 %	52 %
gesamt	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %
Gerechter Anteil zum Leben							
weniger	69 %	59 %	58 %	38 %	30 %	30 %	53 %
gerechter Anteil und mehr	31 %	41 %	42 %	62 %	70 %	70 %	47 %
gesamt	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %
„Es ärgert mich, dass es Anderen in der Gesellschaft besser geht als mir.“							
Ablehnung	62 %	71 %	76 %	90 %	84 %	86 %	77 %
Zustimmung	38 %	29 %	24 %	10 %	16 %	14 %	23 %
gesamt	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %
„Es macht mir Sorgen, durch die gesellschaftliche Entwicklung immer mehr auf die Verliererseite des Lebens zu geraten.“							
Ablehnung	30 %	50 %	62 %	84 %	72 %	84 %	62 %
Zustimmung	70 %	50 %	38 %	16 %	28 %	16 %	38 %
gesamt	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %
„Ich fühle mich zunehmend von der Gesellschaft ausgeschlossen.“							
Ablehnung	67 %	70 %	90 %	94 %	88 %	96 %	86 %
Zustimmung	33 %	30 %	10 %	6 %	12 %	4 %	14 %
gesamt	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %
Erwartete zukünftige finanzielle Situation							
schlechter	40 %	40 %	33 %	23 %	32 %	27 %	32 %
gleich	32 %	17 %	39 %	31 %	25 %	41 %	35 %
besser	29 %	43 %	28 %	47 %	43 %	33 %	33 %
gesamt	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %
Erwartete zukünftige Situation der nächsten Generation							
schlechter	59 %	62 %	60 %	48 %	70 %	64 %	58 %
gleich	17 %	11 %	14 %	14 %	13 %	9 %	14 %
besser	24 %	27 %	26 %	38 %	18 %	28 %	28 %
gesamt	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %

Verschiedene negative Beurteilungen der sozialen Lage, einschließlich der finanziellen Unzufriedenheit, eines ungünstigen sozialen Vergleichs und der Furcht vor sozialem Abstieg, können als *Indikatoren subjektiver Deprivation*, also Anzeichen empfundener Benachteiligung, aufgefasst werden. Wird die „durchschnittliche“ Äußerung zu negativen Aspekten beobachtet und ein angemessener Schwellenwert festgelegt, müssen insgesamt 31 Prozent der Befragten im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR als subjektiv depriviert gelten (Abb. 41) Am häufigsten ist die Wahrnehmung verbreitet, „weniger als den gerechten Anteil“ zu erhalten, gefolgt von der Angabe, keine Rücklagen bilden zu können, sowie von der Sorge, „auf die Verliererseite des Lebens zu geraten.“ Nur acht Prozent der Befragten

sind mit ihrem Lebensstandard unzufrieden. Da hier sechs Aspekte beobachtet werden, wird von der Messung der subjektiven Deprivation nach Vorbild vorheriger THÜRINGEN-MONITORE abgewichen. Bis 2016 wurde Deprivation nur mit der negativen Bewertung der individuellen finanziellen Lage sowie der Einschätzung, „weniger als den gerechten Anteil“ zu erhalten, gemessen (Abb. 42). Seit Ende des letzten Jahrzehnts ist der Anteil der Deprivierten von ca. einem Drittel auf ca. ein Viertel der Befragten abgesunken. In diesem Jahr wäre mit 20 Prozent sogar ein historischer Tiefstwert erzielt. Für die nachfolgenden Analysen ist es allerdings sinnvoll, die erweiterte Beobachtung von Aspekten subjektiver sozioökonomischer Benachteiligung zugrunde zu legen.

Abb. 41: Aspekte subjektiver materieller Deprivation³⁶ (THÜRINGEN-MONITOR 2017)
(in Prozent)



³⁶ Als depriviert gelten Befragte, die bei mindestens drei der sechs aufgeführten Aspekte zugestimmt haben.

Abb. 42: Deprivation (nach Berechnung bisheriger THÜRINGEN-MONITORE)³⁷ 2003–2017
(in Prozent)

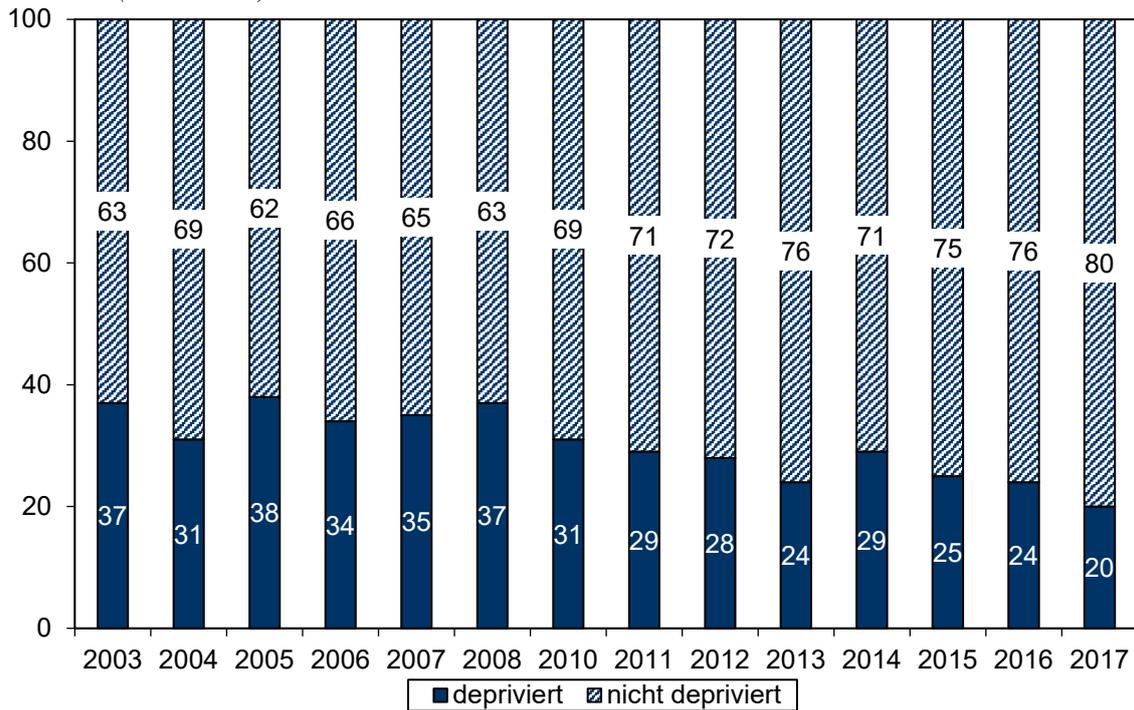
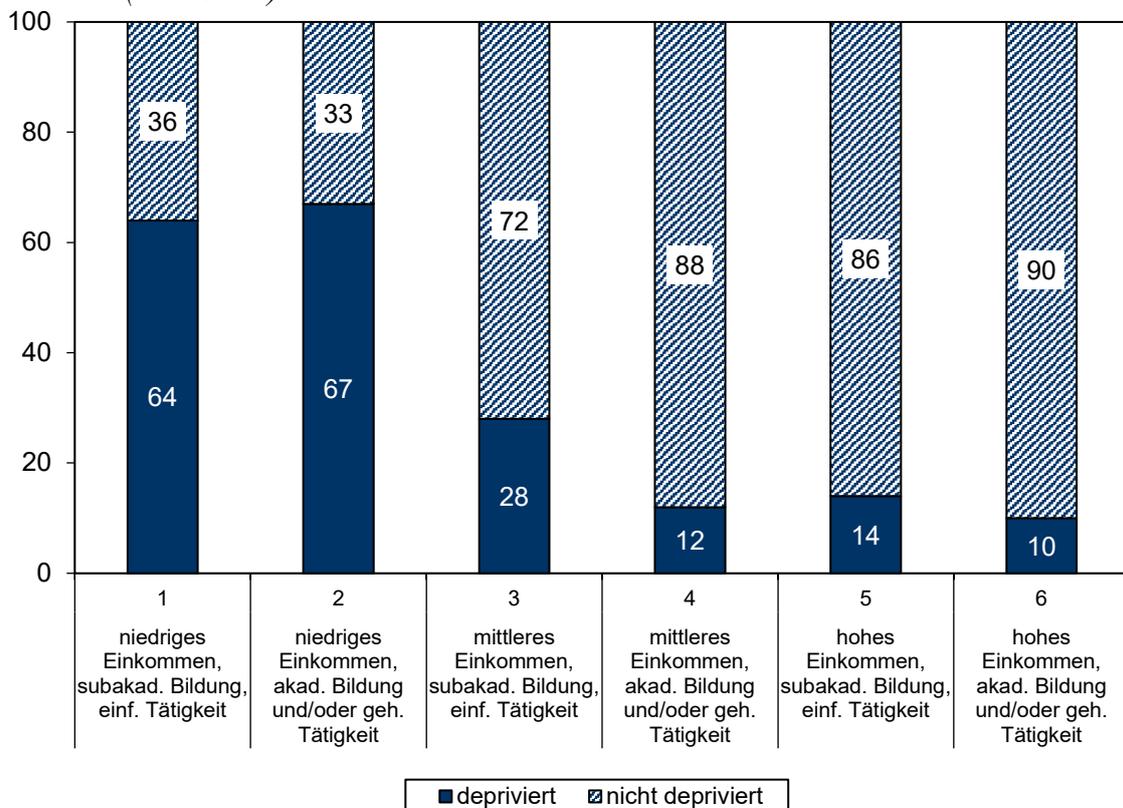


Abb. 43: Subjektive Deprivation³⁸ nach Schichtzugehörigkeit (1–6)
(in Prozent)



37 Schlechte individuelle finanzielle Lage sowie Einschätzung, „weniger als den gerechten Anteil“ zu erhalten.
38 Als depriviert gelten Befragte, die bei mindestens drei der sechs aufgeführten Aspekte zugestimmt haben (s.o.).

Jeweils ca. zwei Drittel der Befragten der unteren Schichten (1) und (2) sind subjektiv materiell depriviert, der Unterschied zwischen den Schichten ist statistisch nicht signifikant (Abb. 43). In der großen mittleren Schicht (3), die weiter oben als „eigentlicher Kern der sozialen Mitte“ beschrieben wurde, sind 28 Prozent der Befragten depriviert. In Schicht (4) befinden sich hingegen nur zwölf Prozent Deprivierte. Ähnlich gering ist der Anteil deprivierter Befragter in Schicht (5), noch einmal signifikant niedriger ist der Anteil in der obersten Schicht (6). Statuszufriedenheit und Statussicherheit hängen damit relativ stark von der Schichtzugehörigkeit ab. In der sozialen Mitte, die Personen mit mittlerem Einkommen und unterschiedlich hoher Bildung umfasst (Schicht 3, 4), ist jede_r vierte_r Befragte_r subjektiv depriviert, nimmt also eine ungünstige Bewertung ihrer/seiner sozialen Lage vor.

In den Schichten (1), (2) und (3) ist der jeweilige Anteil Deprivierter unter den Frauen signifikant *höher* als der Anteil Deprivierter unter den Männern. In Schicht (4) besteht kein Geschlechtsunterschied. In den Schichten (5) und (6) ist der jeweilige Anteil Deprivierter unter den Frauen signifikant *geringer* als der Anteil Deprivierter unter den Männern. Insgesamt hat das Geschlecht selbst keinen Einfluss auf das Deprivationsempfinden, entscheidend sind vielmehr höheres Alter, Nichterwerbstätigkeit, niedrigeres Einkommen, niedrigere Bildung und Arbeitsplatzunsicherheit. Sehr schwach, aber statistisch signifikant verstärkt bei Kontrolle aller anderen genannten Merkmale auch ein Bildungsabstieg (also das Nichterreichen des Bildungsniveaus von Mutter oder Vater) das Deprivationsempfinden (vgl. Kapitel III.2). Ob eine einfache oder eine gehobene Tätigkeit ausgeübt wird, hat an sich jedoch keinen signifikanten Einfluss.

Unter den Befragten sind in diesem Jahr 42 Befragte, die angeben, in den alten Bundesländern aufgewachsen zu sein. Sie sind signifikant seltener subjektiv depriviert (zwölf Prozent) als die Befragten insgesamt. In Schicht (6) ist der Anteil der „Wossis“ mit 14 Prozent signifikant erhöht (sieben von insgesamt 50 Befragten in dieser Schicht).

Ostdeprivation, die negative Bewertung der deutschen Einheit sowie das Gefühl, als Ostdeutsche von Westdeutschen deklassiert zu werden, ist für jeweils 19 Prozent der Befragten in den Schichten (1) und (2) zu konstatieren und ist damit in diesen Schichten signifikant häufiger ausgeprägt als in anderen Schichten (Befragte insgesamt: elf Prozent). In Schicht (3) sind neun Prozent der Befragten ostdepriviert, in Schicht (4) nur fünf Prozent, in Schicht (5) wiederum zwölf Prozent (!), in Schicht (6) hingegen keine_r der Befragten.

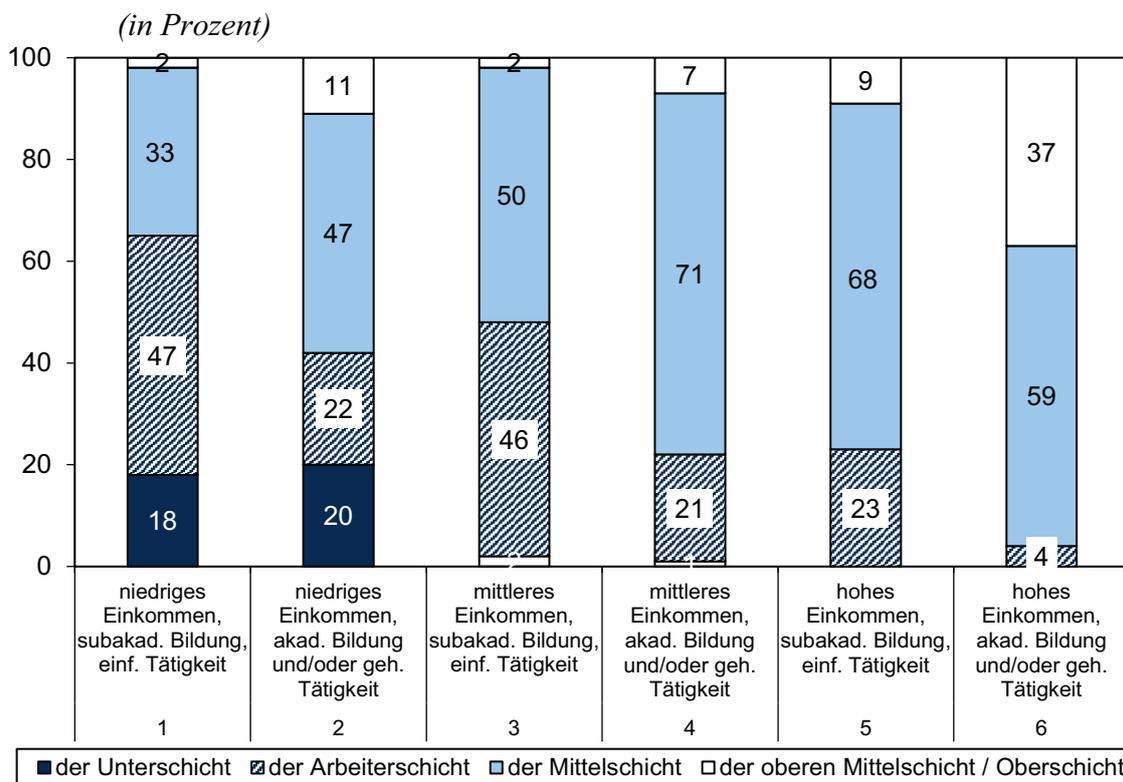
5. Subjektive Schichteinordnung

Die Befragten wurden auch gebeten, sich selbst einer Schicht zuzuordnen. Diese Frage wurde dem ALLBUS entlehnt, der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften der GESIS.³⁹ Fünf Prozent der Befragten, die eine gültige Antwort gaben, ordneten sich der „Unterschicht“ zu, 37 Prozent der „Arbeiterschicht“, 53 Prozent der „Mittelschicht“ und weitere fünf Prozent der oberen Mittelschicht bzw. der Oberschicht. Nur ein Prozent aller Befragten konnte oder wollte sich nicht zuordnen. Es muss anerkannt werden, dass die Bezeichnung „Unterschicht“ – auch unter dem Eindruck bestimmter politischer, gesellschaftlicher und akademischer Diskurse – oft als stigmatisierend und diskriminierend empfunden und deshalb sowohl als Fremdbeschreibung als auch als

³⁹ <https://www.gesis.org/allbus/allbus/>

Selbstbeschreibung von Vielen abgelehnt wird. Die Auswertung des THÜRINGEN-MONITORS zeigt allerdings, dass 96 Prozent derer, die sich selbst der „Unterschicht“ zuordnen, als subjektiv depriviert gelten müssen. 57 Prozent der Befragten, die sich selbst der „Unterschicht“ zuordnen, sind außerdem der objektiven Schicht (1) zuzuordnen. Weitere 17 Prozent gehören der Schicht (2) an, 23 Prozent der Schicht (3) und vier Prozent der Schicht (4). Die Selbstzuschreibung „Unterschicht“ ist also durchaus als Ausdruck empfundener relativer Deklassierung zu verstehen. Zwischen der subjektiven Schichteinordnung und der objektiven Schichtzugehörigkeit besteht ein signifikanter statistischer Zusammenhang mittlerer Stärke (Abb. 44).

Abb. 44: Subjektive Schichteinordnung („Welcher Schicht rechnen Sie sich selbst eher zu?) nach Schichtzugehörigkeit (1–6)



Erkennbar entfalten hierbei die in Kapitel I behandelten gesellschaftlichen Vorstellungen von einer „Mitte“ ihre Prägekraft. So rechnen sich in erheblichen Umfang auch solche Personen der „Mittelschicht“ zu, die der tatsächlichen sozialen Mitte nur im weitesten Sinne angehören – wenn überhaupt. Dass Bildung und Berufstätigkeit hier eine hohe identifikationsstiftende Wirkung haben, zeigt der hohe Anteil derer, die sich als Angehörige der Schicht (2) der Mittelschicht oder Oberschicht zuordnen. Die Selbsteinordnung „Arbeiterschicht“ ist für viele Befragte (besonders in Schicht (3)) gemäß ihrer (ehemaligen) Berufstätigkeit offenbar durchaus kompatibel mit der eigenen Wahrnehmung, einer sozialen Mitte anzugehören. In der akademisch geprägten Schicht (4) dominiert die Selbstbeschreibung „Mittelschicht“, ebenso in den ökonomisch relativ privilegierten Schichten (5) und (6). Das Deprivationsempfinden nimmt nicht nur *insgesamt* mit steigender *wahrgenommener* Schichtzugehörigkeit ab. Auch Personen, die ihre eigene Schichtzugehörigkeit nach der hier vorgeschlagenen Messung „überschätzen“, sind signifikant seltener depriviert, als jene, die eine mit objektiven Kriterien konsistente oder zu niedrige Einordnung vornehmen.

In Äußerungen der Befragten dazu, was unter den jeweiligen Schichten verstanden wird, erscheint die „Mittelschicht“ als die „normalen Leute“, „denen es gut geht“ und die mit ordentlicher Bildung in (finanziell) gesicherten Verhältnissen bzw. (bescheidenem) Wohlstand leben. Vor allem jene Befragte, die sich der „Mittelschicht“ zuordnen, zeichnen ein (Selbst-)Bild der „soliden Bürgerlichkeit“ (vgl. Abb. 45). Hier spielt auch *soziale Abgrenzung* (Disktinktion) gegenüber „denen da unten“ eine gewisse Rolle: Im Gegensatz zur durchweg neutralen oder positiven Beschreibung der „Mittelschicht“ ist das Verständnis vieler Befragter von der „Unterschicht“ nämlich negativ eingefärbt. Es ist nicht nur durch die Schilderungen existenzieller *Armut*, sozialer Benachteiligung und Bedürftigkeit, sondern überraschend oft auch durch den Eindruck von selbstverschuldeter Chancenlosigkeit, Selbstaufgabe und Anfälligkeit für Sozialbetrug, Alkoholismus und Kriminalität geprägt (Abb. 46). Somit wird klar, weshalb eine Selbsteinordnung in diese Kategorie größtenteils abgelehnt wird. Befragte, die sich dennoch selbst der „Unterschicht“ zuordnen, beschreiben hingegen nur ihre finanziellen Sorgen, zu geringen Einkommen und die mangelnde soziale Sicherheit. Die Beschreibung der „Oberschicht“ (der sich selbst aber so wenige zuordneten, dass sie von uns der „oberen Mittelschicht“ zugeordnet wurden) ist auch nicht ohne Ambivalenzen. Häufig beschreiben die Befragten einen Reichtum, der mit Arroganz und Ignoranz gegenüber „einfachen Leuten“ einherginge.

Abb. 45: Wordcloud: „Was verbinden Sie mit dem Begriff ‚Mittelschicht‘?“ (nur Befragte, die sich selbst der „Mittelschicht“ zuordnen)

(häufigste Wortnennungen sind am größten abgebildet; die Anordnung der Begriffe bzw. ihre Lage in der Grafik ist allerdings OHNE Bedeutung)



Die Befragten konnten ihre soziale Position noch bei einer anderen Frage des THÜRINGEN-MONITORS bestimmen: Dafür wurden sie gebeten, sich auf einer Skala von 0 (ganz unten) bis 10 (ganz oben) einzuordnen. Sie wurden dabei nicht explizit darauf hingewiesen, dass 5 den Skalenmittelpunkt markiert. Auch diese Selbsteinordnung wollte oder konnte nur ein Prozent aller Befragten nicht vornehmen. Zur anderen Variablen der subjektiven Schichteinordnung besteht weitgehende Kongruenz, die sich in einem starken statistischen Zusammenhang ausdrückt. Bei einer sinnvollen Gruppierung der Skalenpositionen verorten

ist, dass weibliche Befragte insgesamt mit 54 Prozent signifikant häufiger als männliche Befragte (37 Prozent) voll und ganz zustimmen. Auch zwischen Befragten verschiedener Altersgruppen bestehen signifikante Unterschiede in der Beurteilung der allgemeinen Lebenszufriedenheit; so signalisieren 18- bis 24-Jährige mit 64 Prozent am häufigsten, „voll und ganz“ zufrieden zu sein. Ein markantes Zufriedenheitsdifferenzial besteht aber vor allem zwischen Befragten unterschiedlicher sozialer Lagen, was sich beispielsweise an der objektiven Schichtzugehörigkeit zeigen lässt (Abb. 48). Einen ähnlich stufenförmigen Anstieg der Zufriedenheitswerte offenbaren auch Auswertungen nach der subjektiven Schichtzugehörigkeit, wobei der Anteil unzufriedener Befragter in der selbstbenannten „Unterschicht“ 23 Prozent, in der „Arbeiterschicht“ zwölf Prozent beträgt. Die Zufriedenheitsdifferenziale korrespondieren also auch mit unterschiedlichen Einschätzungen der sozioökonomischen Situation bzw. der *subjektiven materiellen Deprivation* der Befragten. Beim Vergleich der Bewertung der allgemeinen Lebenszufriedenheit nach unterschiedlichen soziodemographischen Befragtenmerkmalen (Abb. 49 und 50) ist zu beachten, dass erst die spezifische Kombination dieser Merkmale und die subjektive Beurteilung der sozialen Lage durch die Befragten Erklärungen für den jeweiligen der Zufriedenheit liefern können. So besteht beispielsweise ein signifikanter, fast linearer Zusammenhang zwischen der Bewertung der finanziellen Situation bzw. der Zufriedenheit mit dem Lebensstandard und der allgemeinen Lebenszufriedenheit.

Abb. 47: Lebenszufriedenheit 2013, 2017: „Ich bin mit meinem Leben insgesamt zufrieden.“
(in Prozent)

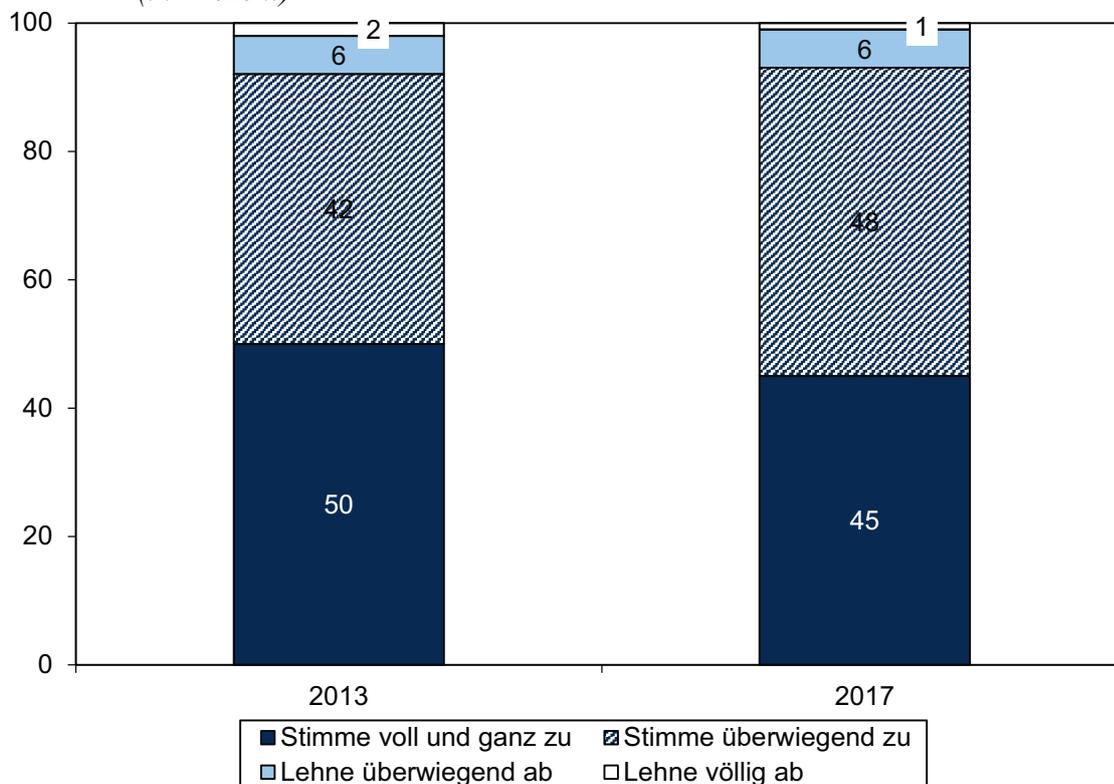


Abb. 48: Allgemeine Lebenszufriedenheit nach Schichtzugehörigkeit (1–6)
(in Prozent)

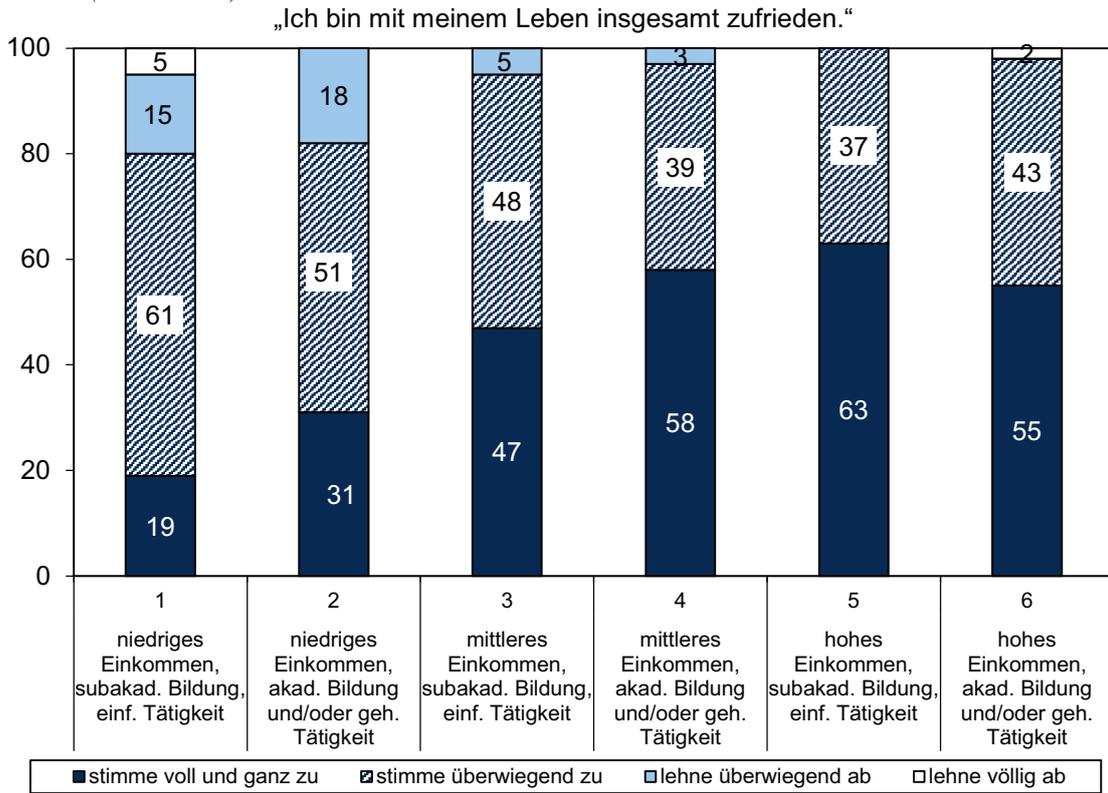


Abb. 49: Lebenszufriedenheit nach Bildung, Alter und Geschlecht
(in Prozent) „Ich bin mit meinem Leben insgesamt zufrieden.“

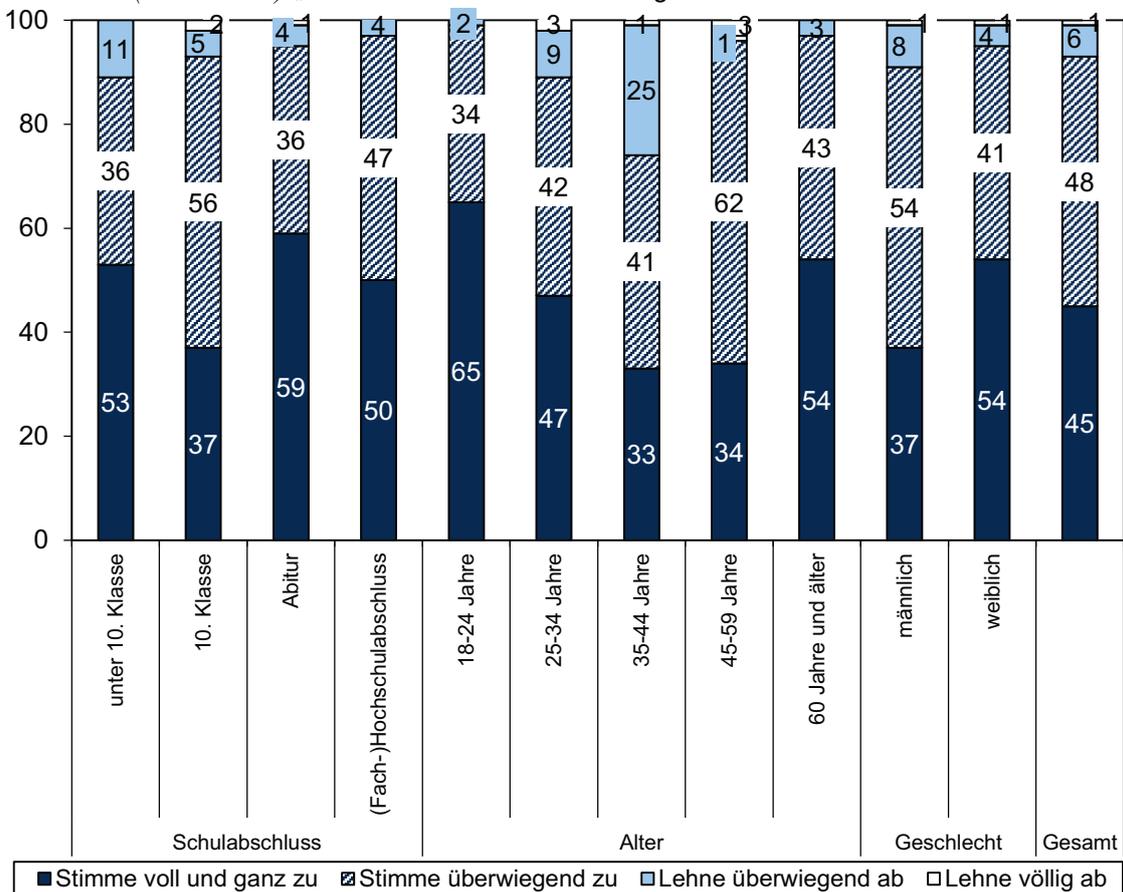
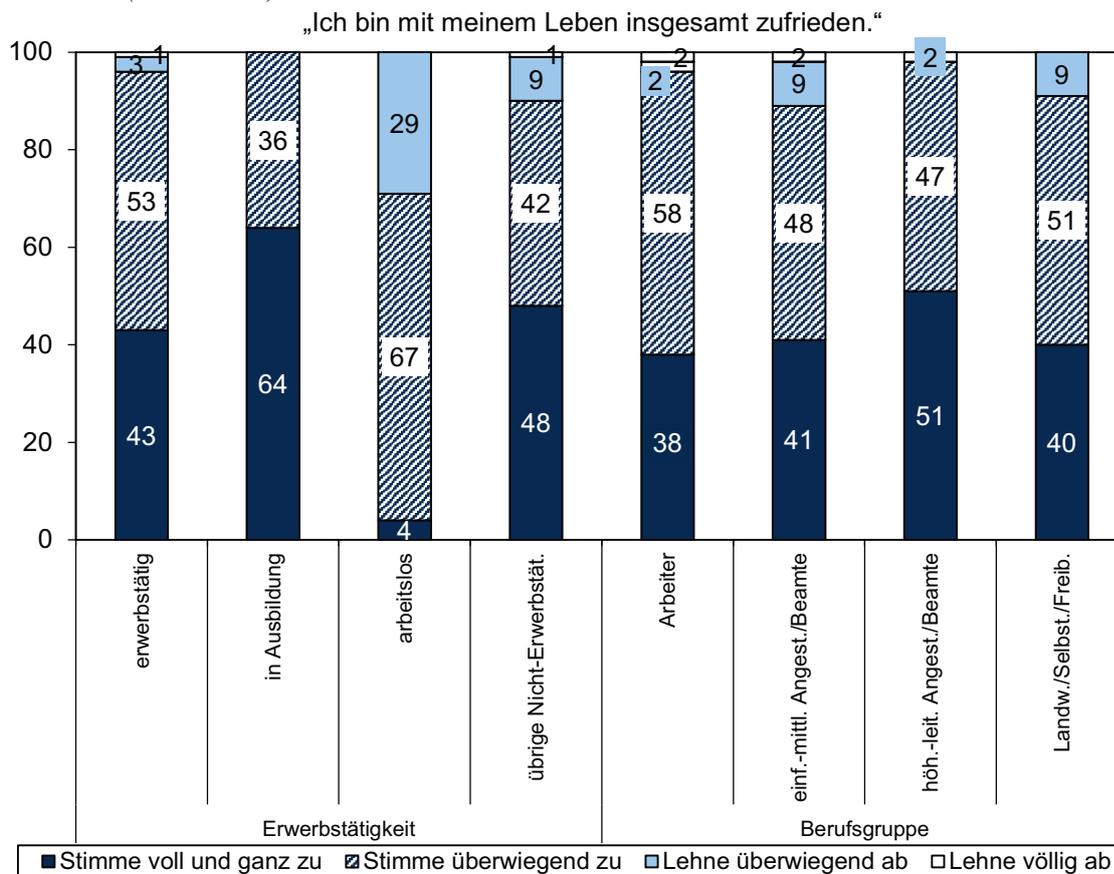


Abb. 50: Lebenszufriedenheit nach Erwerbstätigkeit und Berufsgruppe
(in Prozent)



Eine multivariate Analyse (Abb. 51) zeigt, dass eine niedrige Lebenszufriedenheit vor allem durch eine objektiv schlechtere ökonomische Situation infolge niedrigen Einkommens sowie durch die subjektive Wahrnehmung einer sozioökonomischer Benachteiligung bzw. einer Bedrohung der Statusstabilität (*Deprivation*) bedingt wird. Auch „ostdeprivierte“ Befragte, die für sich (als „Wendeverlierer_innen“) eine negative Bilanz der deutschen Einheit vornehmen und sich als Ostdeutsche von Westdeutschen herabgesetzt fühlen, sind tendenziell unzufriedener. Die Erfahrung, bereits aufgrund der eigenen ostdeutschen Herkunft benachteiligt zu sein, hat per se aber keinen signifikanten Einfluss. Neben der sozioökonomischen Dimension sind weitere, *immaterielle* Zufriedenheitsaspekte ausschlaggebend für die allgemeine Lebenszufriedenheit. Den stärksten Einfluss hat die Zufriedenheit mit dem *privaten Umfeld* (Partnerschaft, Familie, Freundschaften), deren hohe stabilisierende Bedeutung bereits 2013 diskutiert wurde (vgl. TM 2013: 36). Auch die Zufriedenheit mit der *Gesundheit* trägt signifikant zur Erhöhung der Lebenszufriedenheit bei.

Abb. 51: Einflüsse auf die allgemeine Lebenszufriedenheit
(Multiple lineare Regressionsanalyse; nur berufstätige Befragte)

Erklärende Variablen	Standardisierte Regressionskoeffizienten Beta	Signifikanz (α-Fehler)
Alter (älter)	+0,029	,449
Geschlecht (weiblich)	+0,034	,360
Bildung (höher)	+0,016	,677
Nettoäquivalenzeinkommen (höher)	+0,137	,002
subjektive Deprivation ⁴⁰ (höher)	-0,213	,000
Ostdeprivation: „Ostdeutsche Bürger 2. Klasse“ + negative Einheitsbilanz (ja)	-0,166	,000
Ostdeutsche Diskriminierungserfahrung (ja)	+0,032	,407
Zufriedenheit mit privatem Umfeld (höher)	+0,294	,000
Zufriedenheit mit Gesundheit (höher)	+0,154	,000
Zufriedenheit mit beruflichen Situation (höher)	+0,062	,189
Zufriedenheit mit Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben (höher)	+0,077	,065
Fallzahl n= (included cases)	448	
Korrigiertes R ² (Anteil erklärter Varianz)	0,419***	
Positives Vorzeichen: erhöht Zufriedenheit	Negatives Vorzeichen: senkt Zufriedenheit	Weiße Felder: Effekt der erklärenden Variable nicht signifikant (n.s.)

Die Analyse wurde nur für berufstätige Befragte durchgeführt, um auch den Einfluss der Zufriedenheit mit der beruflichen Situation sowie den Einfluss der Zufriedenheit bezüglich der Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben einschätzen zu können. Beide Zufriedenheitsaspekte haben allerdings *keinen* signifikanten Einfluss. Auch Alter, Geschlecht und Bildung haben *an und für sich* keinen Effekt auf die allgemeine Lebenszufriedenheit. Das heißt, dass diese soziodemographischen Merkmale gegenüber der *sozialen Lage* und der privaten bzw. gesundheitlichen Situation, in denen sich die Befragten sehen, in den Hintergrund treten. Prinzipiell kann beispielsweise eine junge Akademikerin genauso zufrieden oder unzufrieden sein wie ein älterer Handwerker, wenn beide in ganz ähnlicher sozialer Lage leben bzw. die gleichen subjektiven Bewertungen vornehmen. Tatsächlich gibt es aber nicht unbeträchtliche Unterschiede zwischen den sozialen Schichten und Lagen, auch bezüglich ihrer Besetzung nach Alter, Geschlecht und Bildung der Befragten. Dementsprechend kommt die Komplexität *sozialer Ungleichheit* auch in der allgemeinen Lebenszufriedenheit zum Ausdruck.

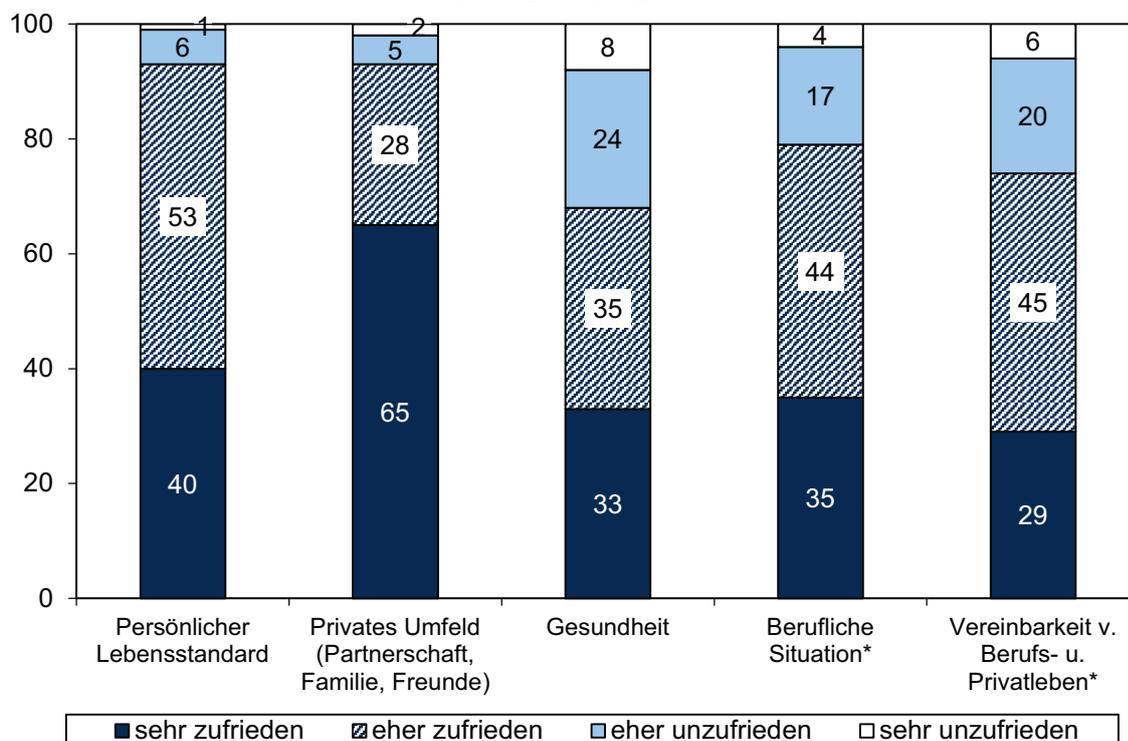
Die Zufriedenheit mit verschiedenen Lebensaspekten hat sich gegenüber 2013, soweit aufgrund der veränderten Fragestellung überhaupt ein Vergleich möglich ist, nicht markant verändert (Abb. 52). Am zufriedensten zeigen sich die Befragten bezüglich ihres privaten Umfeldes; 2013 waren 98 Prozent mit ihrer Partnerschaft zufrieden (TM 2013: 39). Eine große Mehrheit der berufstätigen Befragten zeigt sich zufrieden mit ihrer beruflichen Situation und der Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben. Die Zufriedenheit mit der beruflichen Situation ist relativ stark davon abhängig, ob der Arbeitsplatz als sicher

40 Negative Bewertung der sozioökonomischen Situation, beinhaltet u.a. *Unzufriedenheit* mit dem persönlichen Lebensstandard.

wahrgenommen wird: Berufstätige Befragte, die ihren Arbeitsplatz als gefährdet betrachten, sind auch signifikant seltener zufrieden mit der Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben. Eine schlechte Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben betrifft stärker Vollzeit- als Teilzeitbeschäftigte. Aufgrund zu kleiner Fallzahlen in den Teilgruppen kann ein weiterer Befund nur als Tendenz beschrieben werden, statistisch signifikant ist er nicht: Befragte mit vergleichsweise geringen Einkommen und gefährdeten Arbeitsplätzen sind mit der Vereinbarkeit häufiger „sehr unzufrieden“ als Befragte mit mittleren Einkommen und gefährdeten Arbeitsplätzen. Dies deutet zumindest auf die Problematik prekärer Beschäftigungsverhältnisse im Niedriglohnsektor hin, die nämlich nicht nur hinsichtlich der Bezahlung, sondern auch der Arbeitsbedingungen besteht. Im THÜRINGEN-MONITOR 2013 sahen 43 Prozent der Befragten für sich oder ihre Angehörigen Probleme bei der Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben (vgl. TM 2013: 63 f.). Dass in diesem Jahr ein Viertel der berufstätigen Befragten mit der eigenen Vereinbarkeit eher oder sehr unzufrieden sind, zeigt, dass nach wie vor erheblicher Verbesserungsbedarf besteht.

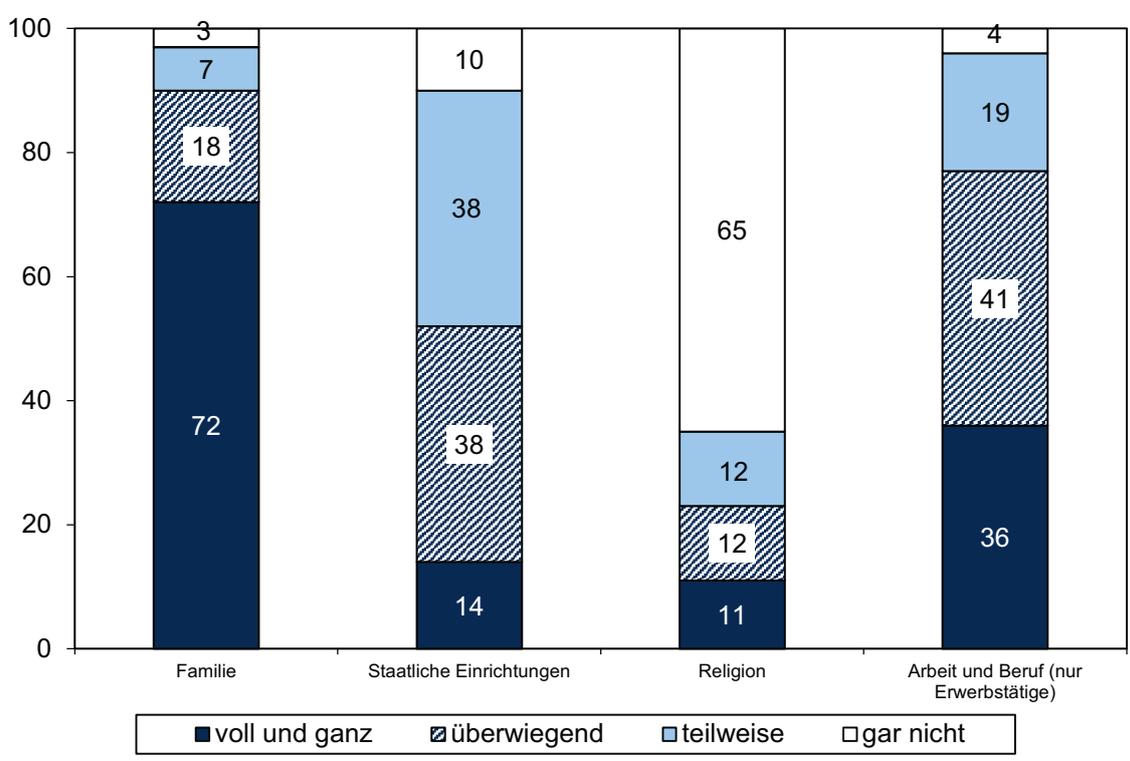
Schichtabhängig sind neben der Zufriedenheit mit dem persönlichen Lebensstandard (s.o.) vor allem die Zufriedenheit mit der beruflichen Situation sowie die Zufriedenheit mit der Gesundheit. Insbesondere Befragte der objektiven Schicht (1 – niedriges Einkommen, subakad. Bildung, einf. Tätigkeit) bzw. der subjektiven „Unterschicht“ haben in allen Altersgruppen signifikant niedrigere Zufriedenheitswerte bezüglich ihrer Gesundheit. Befragte der obersten Schicht (sowohl nach objektiver Einordnung als auch nach Selbsteinordnung) sind überdurchschnittlich häufig mit ihrer Gesundheit zufrieden.

Abb. 52: Zufriedenheit mit verschiedenen Lebensaspekten
(in Prozent, * = nur berufstätige Befragte)



Hier lassen sich auch für Thüringen Tendenzen aufzeigen, in der insbesondere prekäre Statuslagen bzw. sozio-materielle Benachteiligung mit höheren gesundheitlichen Risiken bzw. Problemlagen korreliert sind. Bezüglich der Frage, was Ursache und was Wirkung ist, ist jedoch Vorsicht angebracht (vgl. Lampert/Kroll 2014, ARB 2017: XXXIV). So kann einerseits die gesundheitliche Verfassung die Teilhabe am Erwerbsleben beeinträchtigen. Andererseits besteht Grund zu der Annahme, dass eine relativ schlechte soziale Lage mit eingeschränktem Zugang zu (teilweise auch kostenintensiveren) medizinischen Leistungen bzw. Angeboten der Gesundheitsvorsorge oder der Pflege verbunden ist („Zweiklassenmedizin“ etc.).

Abb. 53: Institutionen, die Sicherheit bieten
(in Prozent)



Unter den **Institutionen, die den Befragten Sicherheit bieten**, sticht die Familie deutlich heraus (Abb. 53). Nachvollziehbar ist, dass hier ein starker Zusammenhang mit der Zufriedenheit mit dem persönlichen Umfeld besteht. Überraschender ist, dass Frauen signifikant häufiger (93 Prozent) die Familie als Sicherheitsgarantin sehen als Männer (86 Prozent). Diese Einschätzung ist bei Frauen auch schwächer als bei Männern von der Bewertung des persönlichen Umfeldes abhängig. Zwischen dem Alter und der Wahrnehmung der Familie als Institution, die Sicherheit bietet, besteht kein signifikanter Zusammenhang. Es gibt aber einen bemerkenswerten Schichtunterschied: Höchste Anerkennung als Sicherheitsgarantin erfährt die Familie in den mittleren Schichten (3) und (4) sowie der relativ einkommensstarken, aber in der durch niedrigere Bildungsabschlüsse und/oder einfache Tätigkeiten gekennzeichneten Schicht (5). In den unteren Schichten (1) und (2) sowie in der akademisch bzw. durch gehobene Tätigkeiten geprägten Schicht (6)

existieren aber signifikant erhöhte Anteile von Befragten (22 und 16 bzw. 18 Prozent), die angeben, die Familie biete ihnen „gar nicht“ oder nur „teilweise“ Sicherheit. Vermutet werden könnte, dass in der Schicht (1) einige Befragte das Gefühl haben, ihre Familie könne ihnen auch nicht helfen – oder dass sie sich sogar von ihr im Stich gelassen fühlen. Befragte der einkommensschwachen, aber akademisch geprägten Schicht (2) bekunden hingegen vermutlich aufgrund ihrer Lebenssituation, z.B. als Studierende, eine höhere Tendenz zur Unabhängigkeit bzw. Ablösung von der Familie. Eine relativ höhere Unabhängigkeit oder sogar Distanzierung von der Familie lässt sich auch für die entsprechenden Befragten in Schicht (6) annehmen. Obwohl der Schichteffekt statistisch signifikant ist, ist aufgrund der kleinen Gruppenfallzahlen allerdings Vorsicht bei dieser Interpretation geboten.

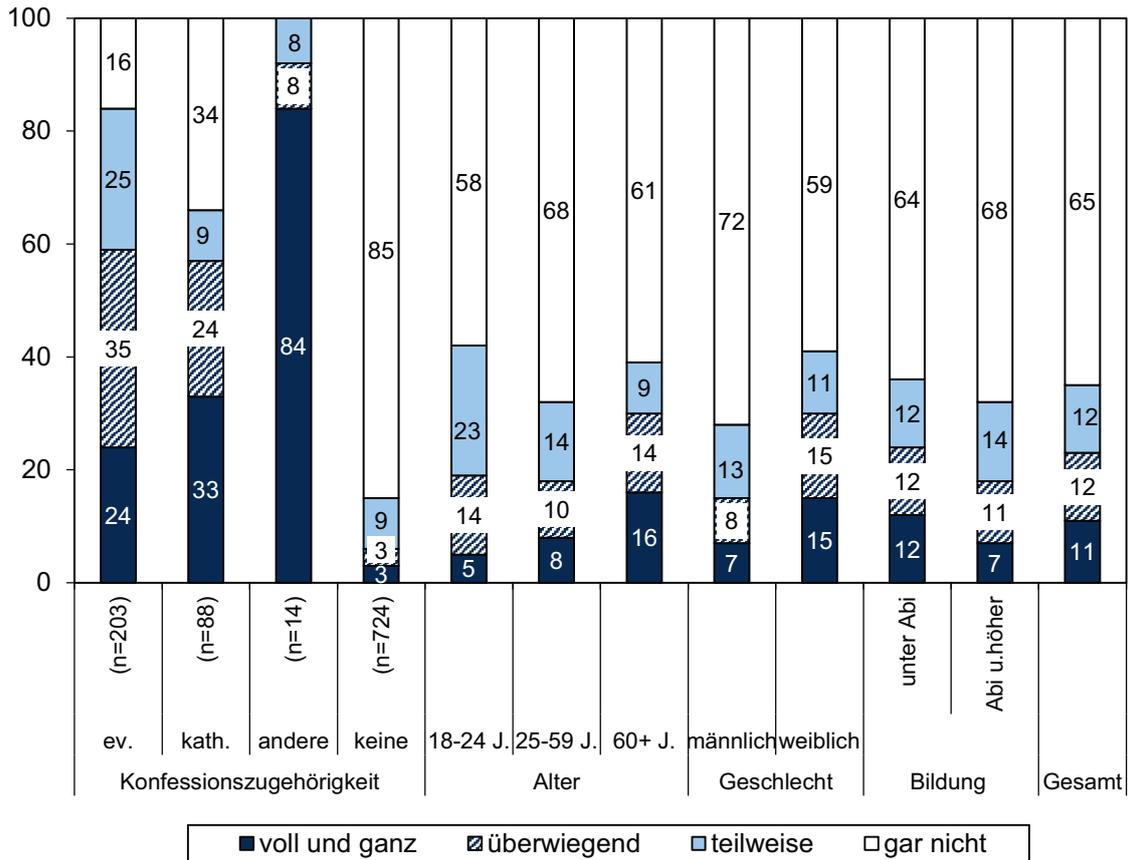
Für erwerbstätige Befragte stehen Arbeit und Beruf an zweiter Stelle der Sicherheit bietenden Institutionen, bei Erwerbstätigen in Teilzeit ist die Anerkennung dieser Sicherungsfunktion allerdings signifikant seltener. Mit steigendem Alter und einer höheren Schichtzugehörigkeit steigt die Anerkennung der Arbeit bzw. des Berufs. Erwerbstätigkeit wirkt also nicht nur statusgenerierend und -stabilisierend, sondern wird von den Befragten auch dementsprechend wahrgenommen. Zwischen männlichen und weiblichen Befragten besteht dabei kein signifikanter Unterschied.

Nur eine knappe Mehrheit von 52 Prozent der Befragten vertraut „voll und ganz“ oder „überwiegend“ auf „staatliche Einrichtungen“ als Institutionen, die Sicherheit bieten. Befragte, die meinen, „Der Staat sollte sich weniger in die Belange der Bürger einmischen“ (vgl. Kapitel IV.7) sehen den Staat zwar signifikant seltener als Sicherheitsgaranten, aber doch nicht so selten, wie vermutet werden könnte. Die Haltung der meisten dieser Befragten ist ambivalent: Sie meinen, dass ihnen der Staat (mindestens teilweise) Sicherheit bietet, sich aber dennoch zurückziehen sollte. Schicht- und Altersunterschiede sind bezüglich der Wahrnehmung des Staates als Sicherheitsgarant nicht signifikant. Allerdings sehen Frauen sowie solche Befragte, die die gesellschaftliche Ordnung eher als gerecht wahrnehmen, die Sicherungsfunktion des Staates signifikant häufiger, Befragte mit der Präferenz einer Gesellschaft, „in der vor allem Leistung belohnt wird“, hingegen seltener.

Bei einem Anteil von 70 Prozent Konfessionslosen im THÜRINGEN-MONITOR ist die Religion die Institution, die den wenigsten Befragten Sicherheit bietet. Der Vergleich zwischen den Konfessionen ist aufschlussreich (Abb. 54), ebenso die Tatsache, dass immerhin 15 Prozent der Konfessionslosen der Religion überhaupt eine sicherheitsstiftende Leistung für sich zubilligen. Junge Befragte scheinen stärkere transzendente Ambitionen zu besitzen als Befragte in den mittleren, durch den DDR-Säkularismus enttraditionalisierten Alterskohorten. Frauen sind signifikant religiöser als Männer, geringer gebildete Befragte tendenziell etwas religiöser als höher gebildete. Ein „schichtspezifischer Atheismus“ ist jedoch nicht feststellbar. Personen, die der Religion eine starke Sicherheitsfunktion für sich attestieren, stimmen signifikant häufiger der Aussage zu: „Wir sollten uns wieder stärker auf unsere Traditionen besinnen.“. Dieser Konservatismus ist bei evangelischen Befragten signifikant häufiger als bei katholischen Befragten beobachtbar, er lässt sich aber nicht auf Bildungs- oder Statusunterschiede zwischen den Befragten dieser Konfessionsgruppen zurückführen. Am höchsten ist die Zustimmung zur Aussage „Wir sollten uns wieder stärker

auf unsere Traditionen besinnen“ bei den wenigen Angehörigen „sonstiger“ Konfessionen, unter denen mehrheitlich russisch-orthodoxe Befragte vermutet werden können. Die beiden muslimischen Befragten im THÜRINGEN-MONITOR haben die Aussage zu den Traditionen übrigens abgelehnt.

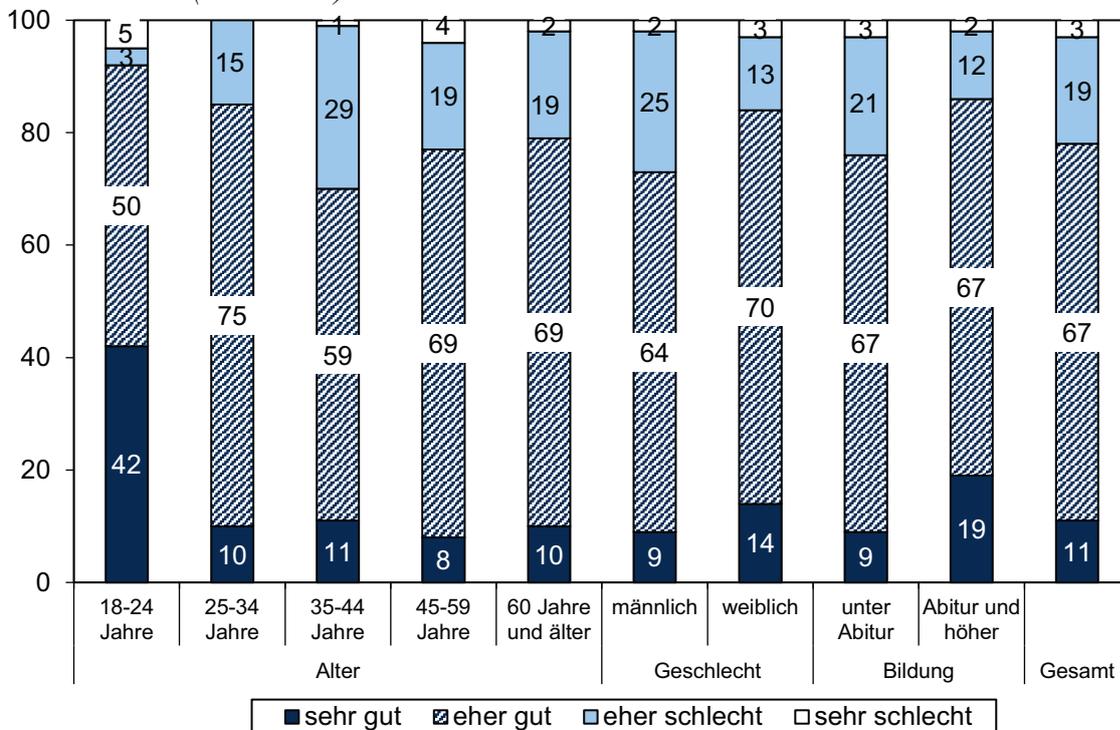
Abb. 54: Religion als Institution, die Sicherheit bietet, nach Konfessionszugehörigkeit, Alter, Geschlecht und Bildung (in Prozent)



7. Zukunftserwartungen und Beurteilung von Chancen

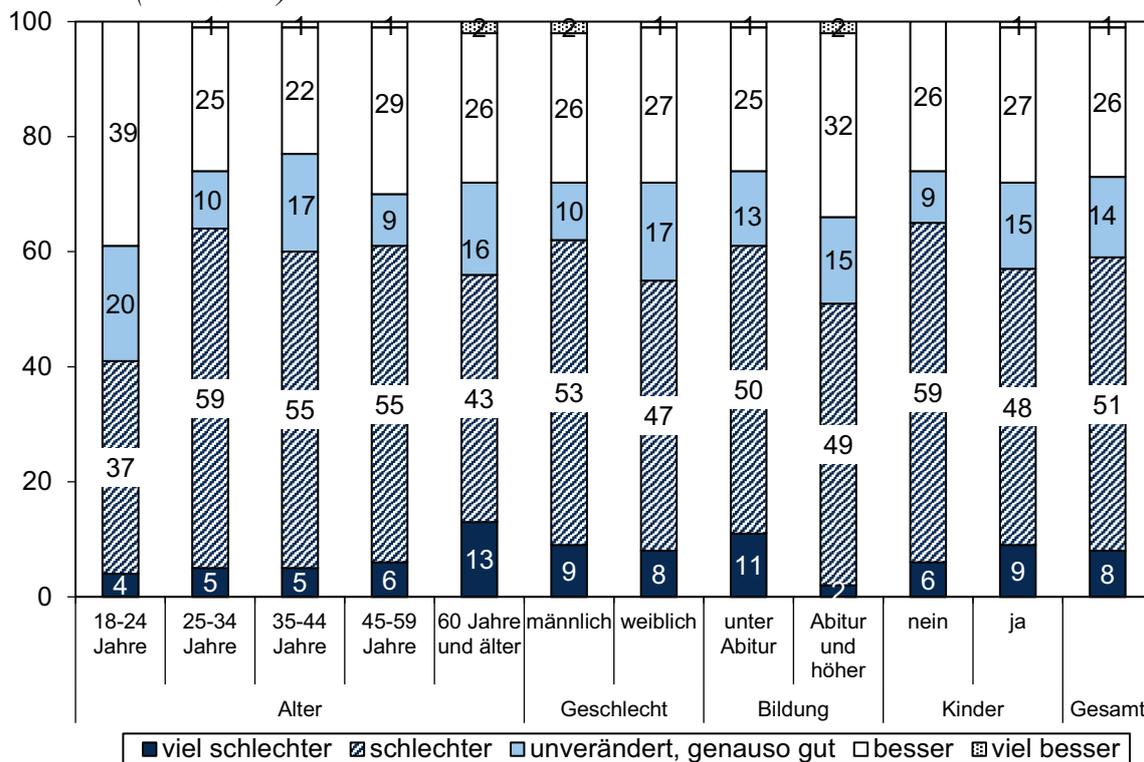
Die Wahrnehmung der Stabilität des sozialen Status oder eine Statusverunsicherung drückt sich wesentlich auch in den Erwartungen an die eigene Zukunft aus. Es kann angenommen werden, dass diese Zukunftserwartungen nicht nur an die subjektive Beurteilung der sozialen Lage, sondern ganz besonders an die prognostizierte Entwicklung der eigenen finanziellen Situation geknüpft ist. Elf Prozent der Befragten meinen, ihre Zukunft sähe „sehr gut“ aus, 67 Prozent meinen, sie sähe „gut“ aus. 22 Prozent der Befragten stellen eine negative Prognose (Abb. 55). Gegenüber 2013 ist der Anteil pessimistischer Befragter leicht angestiegen; damals betrug er 13 Prozent (vgl. TM 2013: 34), insgesamt zeigt sich aber kein stark verändertes Antwortmuster bei den Befragten, das z.B. auf eine allgemeine Verschlechterung der Zukunftsaussichten der Thüringer Bevölkerung hindeuten würde. Auffällig ist, dass Befragte der jüngsten Alterskohorten am zuversichtlichsten sind, außerdem sind weibliche Befragte insgesamt signifikant zuversichtlicher als männliche Befragte. Dies macht sich in den mittleren und älteren Befragtengruppen bemerkbar, bei Befragten im Alter unter 35 Jahren gibt es keinen Geschlechtsunterschied. Insgesamt sind auch höher gebildete Befragte optimistischer als geringer gebildete. Allerdings ist hier im eigentlichen Sinne nicht Bildung ausschlaggebend für eine positive Prognose, sondern die subjektive Beurteilung der sozialen Lage, die bei höhergebildeten und sozioökonomisch gut platzierten Befragten signifikant besser ausfällt. Befragte mit einer besseren persönlichen Zukunftserwartung tendieren auch zu einer leicht positiveren Einschätzung der Zukunftschancen für die nächste Generation (Abb. 56).⁴¹

Abb. 55: Persönliche Zukunftserwartungen nach Alter, Geschlecht und Bildung (in Prozent)



41 Somer's $d=0.179^{***}$ (Zukunftschancen der nächsten Generation = abhängige Variable).

Abb. 56: Beurteilung der Zukunftschancen der nächsten Generation⁴² nach Alter, Geschlecht, Bildung und Elternschaft
(in Prozent)



Die persönlichen Zukunftserwartungen variieren auch erkennbar nach *objektiver* Schichtzugehörigkeit (1–6). Dabei fällt auf, dass sich die Befragten in Schicht (2) mit *relativ hoher Statusinkonsistenz* (niedrige Einkommen, aber höhere Bildung und/oder gehobene Tätigkeit) ähnlich häufig wie Befragte der Schicht (1) (niedrige Einkommen und niedrige Bildung/einfache Tätigkeiten) eine negative Prognose stellen. Jeweils ein Drittel der Befragten in diesen Schichten gehen von einer „eher schlechten“ oder „sehr schlechten“ Zukunft aus. Die optimistischen jungen Studierenden stehen in Schicht (2) den pessimistischen, älteren Personen gegenüber. In der großen mittleren Schicht (3) sind 21 Prozent pessimistisch, in der akademisch geprägten Schicht (4) mit mittleren Einkommen sind es lediglich elf Prozent. Pessimistisch sind auch 28 Prozent der Befragten in Schicht (5), hingegen nur 14 Prozent der Befragten in Schicht (6). Anzunehmen ist, dass Befragte auch bei ordentlichen oder sogar relativ hohen Einkommen vor allem dann Statussicherheit empfinden und zuversichtlich sein können, wenn immaterielle Aspekte wie die spezifische Einbettung in ein Berufs- und Bildungsmilieu bzw. das damit verbundene Berufsprestige, bestimmte normative Orientierungen und entsprechend positive subjektive Bewertungen gegeben sind. Passend dazu sind die Unterschiede der Zukunftserwartungen zwischen den Befragten nach ihrer *subjektiven* Schichteinordnung noch etwas stärker ausgeprägt. Bei Befragten, die sich der „Unterschicht“ zuordnen, beträgt der Anteil der „Pessimist_innen“ 48 Prozent, in der „Arbeiterschicht“ 29 Prozent, in der „Mittelschicht“ 15 Prozent und in der „oberen Mittelschicht“ neun Prozent.

⁴² „Und wenn sie an die nächste Generation denken: Glauben Sie, dass es der einmal besser gehen wird als Ihnen oder wird es der schlechter gehen?“

Eine multivariate Analyse (Abb. 57) zeigt, dass eine positive Zukunftserwartung ganz leicht durch eine relativ privilegierte Stellung im Berufsleben (höhere Tätigkeit) begünstigt wird, in stärkerem Maße jedoch durch eine erwartete Verbesserung der individuellen finanziellen Situation sowie einer hohen allgemeinen Lebenszufriedenheit. Höheres Alter, Sorge vor einer nicht ausreichenden Sicherheit im Alter sowie – mit dem stärksten Effekt – das ausgeprägte Empfinden einer sozioökonomischen Benachteiligung (*subjektive Deprivation*) führen tendenziell zu einer negativeren Zukunftserwartung. Einkommen, Bildung und Geschlecht haben für sich (d.h. bei Kontrolle der anderen erklärenden Variablen) keinen signifikanten Einfluss, auch nicht die Wahrnehmung von Gerechtigkeit in Deutschland (s.u.) oder die Beurteilung der Chancen für einen sozialen Aufstieg.

Abb. 57: Einflüsse auf eine positivere Zukunftserwartung⁴³
(Multiple lineare Regressionsanalyse)

Erklärende Variablen	Standardisierte Regressionskoeffizienten Beta	Signifikanz (α-Fehler)
Alter (älter)	-0,094	,008
Geschlecht (weiblich)	+0,063	,054
Bildung (höher)	-0,010	,785
(ehem.) Tätigkeit (höher)	+0,075	,029
Nettoäquivalenzeinkommen (höher)	+0,010	,794
subjektive Deprivation ⁴⁴ (höher)	-0,217	,000
Erwartete zukünftige finanzielle Situation (besser)	+0,100	,004
Sorge: Alterssicherung nicht ausreichend (größer)	-0,111	,002
Allgemeine Lebenszufriedenheit (höher)	+0,165	,000
Einschätzung der Gerechtigkeit in Deutschland (gerechter)	+0,010	,775
Beurteilung der Chancen für sozialen Aufstieg (besser)	-0,008	,818
Fallzahl n= (included cases)	813	
Korrigiertes R ² (Anteil erklärter Varianz)	0,202	

Positives Vorzeichen: verbessert Zukunftserwartung	Negatives Vorzeichen: verschlechtert Zukunftserwartung	Weißer Felder: kein Effekt der erklärenden Variable bzw. Effekt nicht signifikant (n.s.)
---	---	--

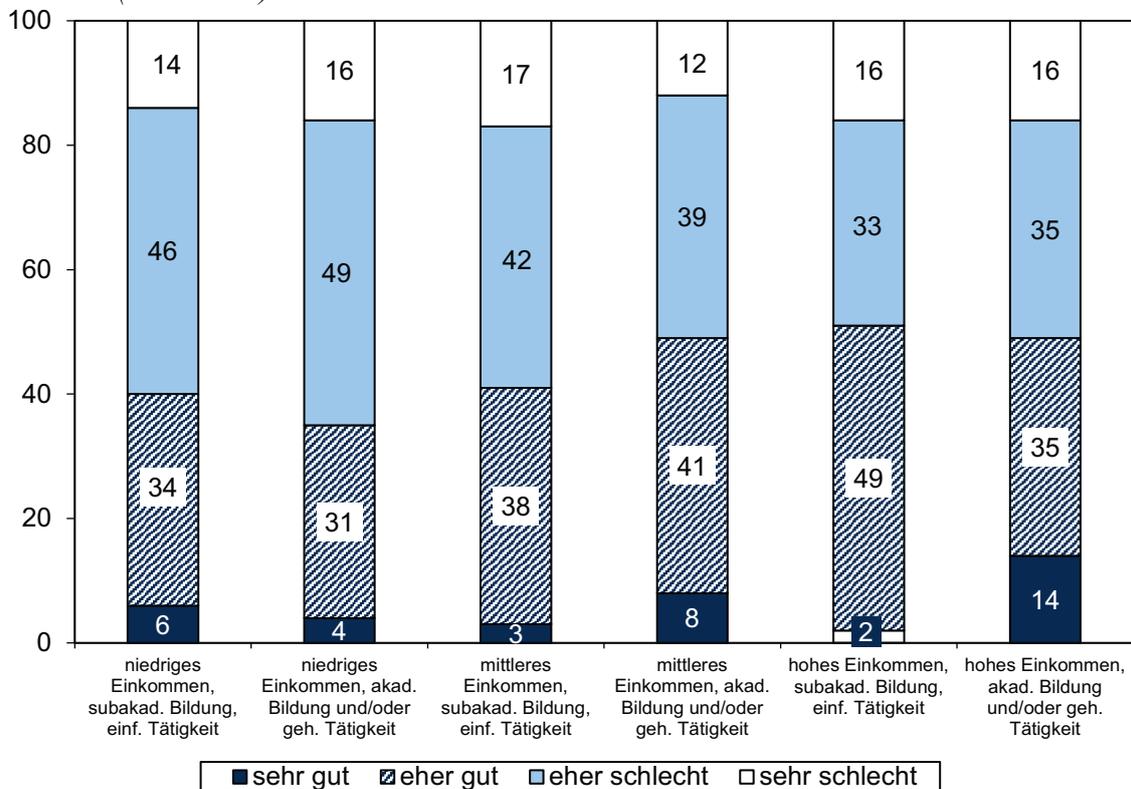
Die Beurteilung der Chancen für einen sozialen Aufstieg ist selbst wiederum leicht abhängig von der objektiven Schichteinordnung der Befragten (Abb. 58). Insgesamt meinen 57 Prozent der Befragten, die Aufstiegschancen wären heutzutage in Deutschland „eher schlecht“ (42 Prozent) oder „sehr schlecht“ (15 Prozent). 38 Prozent der Befragten meinen, die Aufstiegschancen seien „eher gut“, nur fünf Prozent beurteilen sie als „sehr gut“. In der Schicht (2) der höhergebildeten Geringverdiener_innen ist der Anteil der Befragten mit positiver Einschätzung am geringsten. Statusinkonsistenz und subjektive Deprivation wirken hier offenbar dämpfend bzw. desillusionierend. Wesentlich ist auch der Anstieg zwischen Schicht (3) und Schicht (4): Befragte der akademisch geprägten/gehobenen Mitte beurteilen die Aufstiegschancen signifikant häufiger positiv als die Befragten der vergleichsweise niedriger gebildeten/einfachen Mitte. Sehr schlechte Chancen erkennen Befragte der Schicht (4) sogar etwas seltener als Befragte der Schichten (5) und (6). Viel deutlicher sind die Beurteilungsunterschiede allerdings, wenn die subjektive Schichteinordnung beobachtet wird (Abb. 59). „Unterschicht“ und „Arbeiterschicht“ sind

43 „Und wenn Sie an die Zukunft denken: Würden Sie sagen, dass Ihre Zukunft sehr schlecht, eher schlecht, eher gut oder sehr gut aussieht?“ Für die Berechnung wurde hier metrisches Skalenniveau unterstellt.

44 Negative Bewertung der sozioökonomischen Situation, beinhaltet u.a. *Unzufriedenheit* mit dem persönlichen Lebensstandard.

mehrheitlich skeptisch, was die Aufstiegschancen anbetrifft, „Mittelschicht“ und „obere Mittelschicht“ erkennen mehrheitlich gute bis sehr gute Aufstiegschancen.

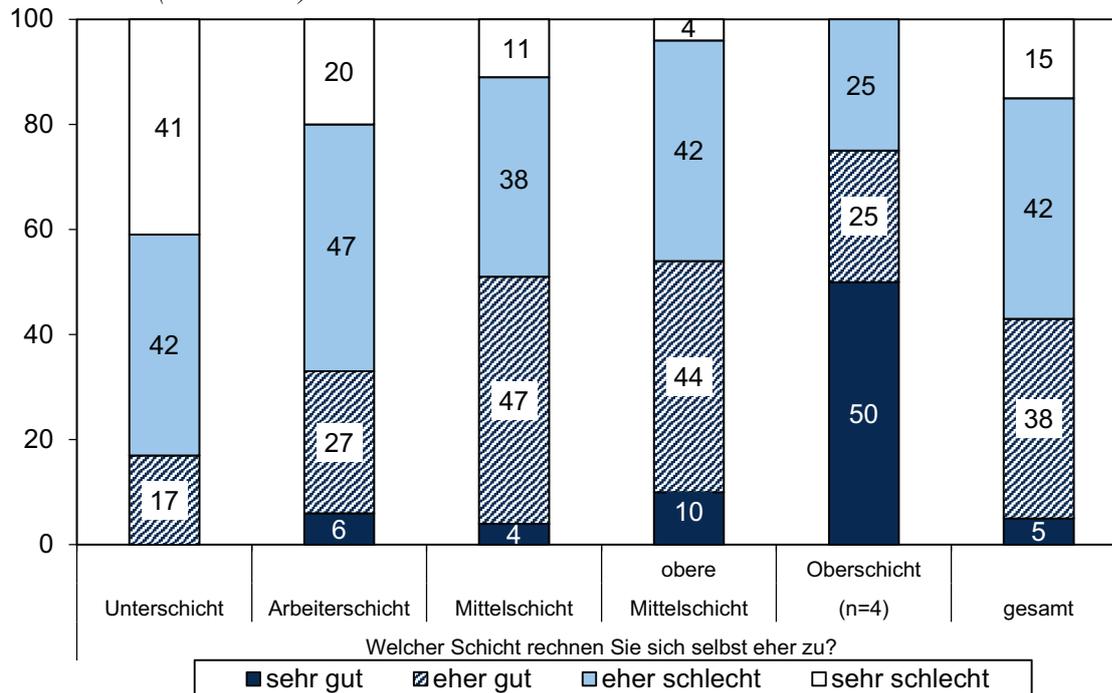
Abb. 58: Beurteilung der Chancen für einen sozialen Aufstieg⁴⁵ nach Schichtzugehörigkeit (1–6)
(in Prozent)



Ein Blick in die Auswertungen nach weiteren soziodemographischen Merkmalen der Befragten offenbart, dass die Aufstiegschancen von Auszubildenden und jüngeren Bildungsaufsteigern signifikant häufiger als von übrigen Befragten als günstig eingeschätzt werden. Davon abgesehen hat die eigene Bildungsmobilität der Befragten allerdings keinen signifikanten Einfluss auf die Einschätzung der Aufstiegschancen. Am skeptischsten hinsichtlich der Aufstiegschancen sind Arbeitslose, Arbeiter_innen und Befragte im Alter zwischen 33 und 44 Jahren; dies korrespondiert mit den Anteilen subjektiv Benachteiligter in diesen Befragtengruppen.

⁴⁵ „Wie gut sind Ihrer Meinung nach heutzutage die Chancen in Deutschland sozial aufzusteigen – also von einer niedrigeren Bevölkerungsschicht in eine höhere Bevölkerungsschicht aufzusteigen?“

Abb. 59: Beurteilung der Chancen für einen sozialen Aufstieg nach subjektiver Schichteinordnung
(in Prozent)



Jeweils große Mehrheiten der Befragten gehen davon aus, dass ein sozialer Aufstieg stark bis sehr stark von Bildung, persönlicher Leistung und sozialer Herkunft abhängt (Abb. 60). Die Wahrnehmung des Einflusses der Bildung steigt zwar geringfügig mit dem Bildungsniveau der Befragten (vgl. Kapitel III.2), es besteht allerdings kein signifikanter statistischer Zusammenhang zwischen der Einschätzung des Einflusses der Bildung und der Beurteilung der Aufstiegschancen. Eindeutig ist hingegen der negative Zusammenhang zwischen der Beurteilung des Einflusses der sozialen Herkunft und der Beurteilung der Aufstiegschancen (Abb. 61). Einem wesentlichen Teil der Befragten ist der Aspekt der Vererbung sozialen Status' bewusst und es ist auch naheliegend, dass viele Befragten sich dabei die ungleichen Zugangschancen zu Bildung für Kinder aus verschiedenen sozialen bzw. Bildungsschichten vor Augen führen (vgl. Datenreport 2016: 86 f.). Nur Minderheiten der Befragten benennen jeweils starke bis sehr starke Einflüsse des Geschlechts und des Unterschieds nach Ost-West-Herkunft auf die Aufstiegschancen. Mit 48 Prozent ist aber der Anteil derer, die einen starken bis sehr starken Einfluss des Geschlechtes erkennen, bei Frauen signifikant erhöht (Männer: 37 Prozent). Am stärksten ist der Geschlechtsunterschied in den Altersgruppen der 18- bis 24-Jährigen sowie der 45- bis 59-Jährigen ausgeprägt. Insgesamt erkennen jüngere Befragte einen geringeren Geschlechtseinfluss auf Aufstiege als ältere. Zu vermuten wäre, dass viele ältere (weibliche) Befragte vor dem Interpretationshintergrund propagierter und/oder selbsterlebter Gleichstellungserfolge in der DDR heutige Karrierebedingungen für Frauen vergleichsweise kritisch einschätzen, während jüngere (weibliche) Befragte differenzierte Erfahrungen machen. Immerhin ein Drittel der 18- bis 24-Jährigen Frauen charakterisieren den Einfluss des Geschlechts auf Aufstiegschancen als stark oder sehr stark, 95 Prozent der männlichen Befragte im gleichen Alter gehen von einem eher schwachen oder sehr schwachem Einfluss aus.

Abb. 60: Wie stark hängen heutzutage die Chancen für einen sozialen Aufstieg ab von ...?
(in Prozent)

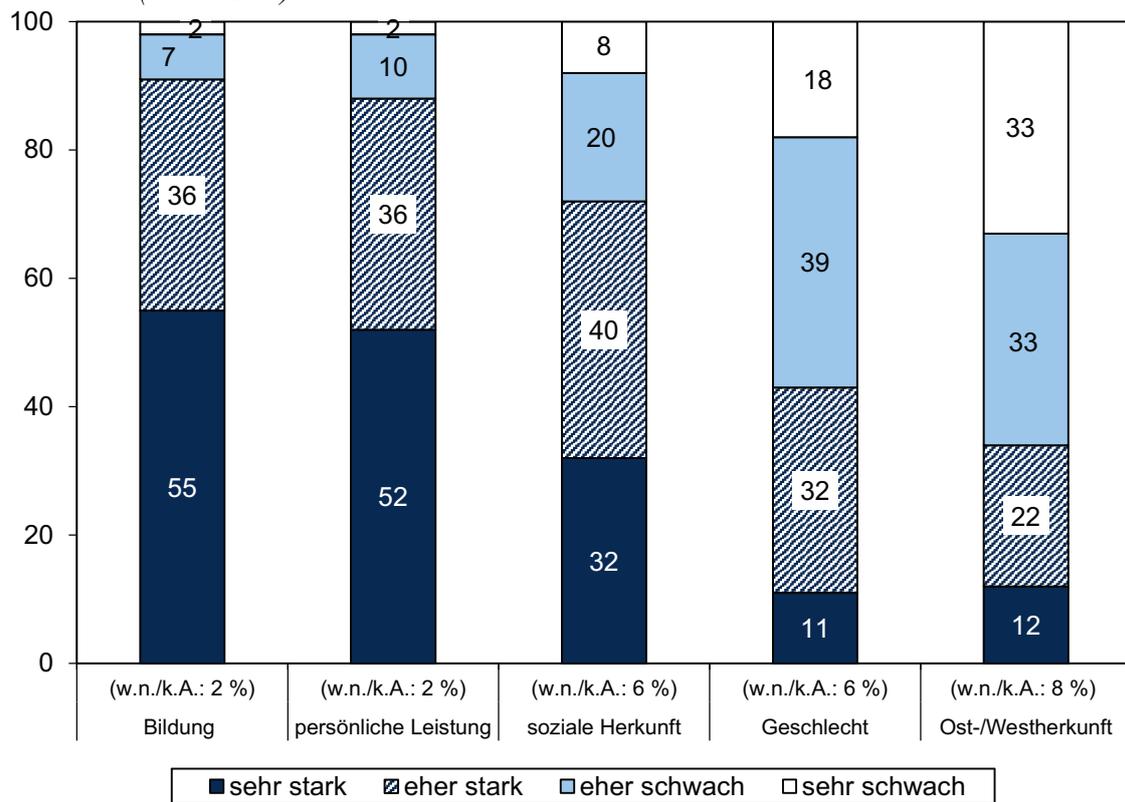
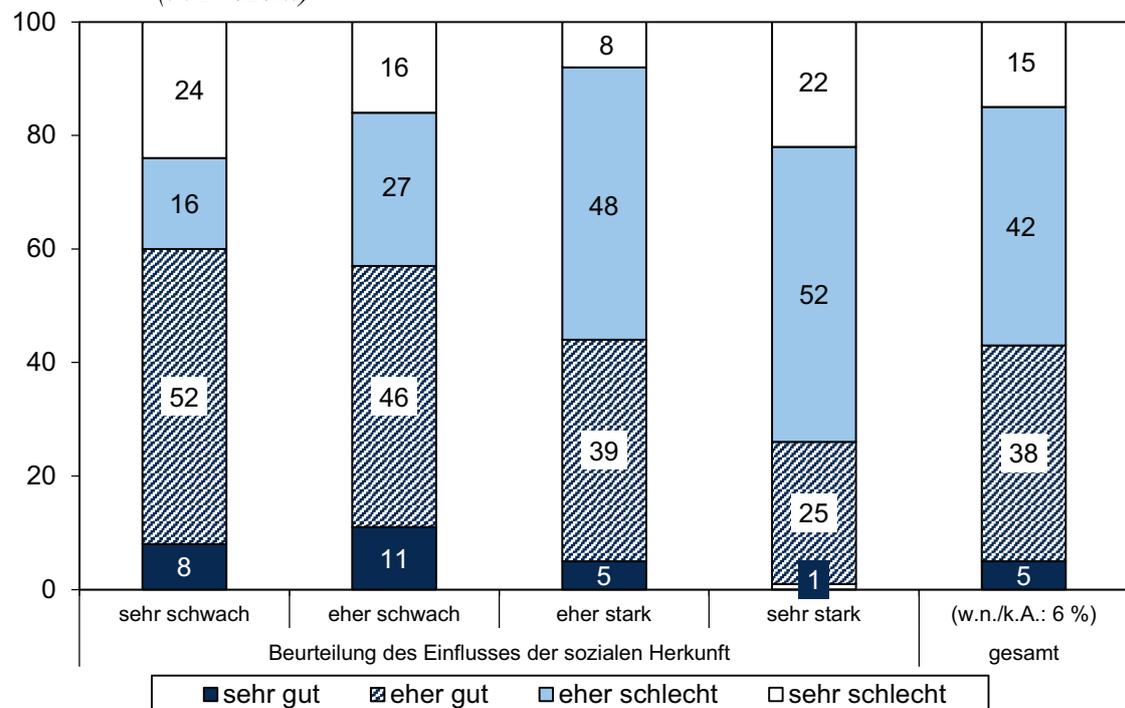


Abb. 61: Beurteilung der Chancen für einen sozialen Aufstieg nach Beurteilung des Einflusses der sozialen Herkunft
(in Prozent)



Der Einfluss der Ost-West-Herkunft für einen sozialen Aufstieg wird nur von Befragten im Alter ab 60 Jahren etwas häufiger als sehr stark oder eher stark wahrgenommen. Die sogenannte „Ostdeprivation“, eine negative Bewertung der deutschen Einheit sowie das Gefühl, als Ostdeutsche von Westdeutschen deklassiert zu werden, begünstigt nicht die Wahrnehmung, dass Ost-West-Herkunft entscheidend sei. Allerdings neigen Personen, die angeben, bereits wegen ihrer ostdeutschen Herkunft benachteiligt worden zu sein, zur Wahrnehmung einer starken Bedeutung der Ost-West-Herkunft. Von den 42 Befragten, die in Westdeutschland aufgewachsen sind, sagen 35 Befragte, der Einfluss der Ost-West-Herkunft sei eher schwach oder sehr schwach. Schichtspezifisch ist vor allem die Beurteilung der Aufstiegsriterien Geschlecht und Ost-/Westherkunft (Abb. 62). Zumindest in der (Selbst-)Wahrnehmung der Befragten in den höheren Schichten (5) und (6) spielen diese Aufstiegsriterien nur eine vergleichsweise periphere Rolle.

Abb. 62: Beurteilung des Einflusses verschiedener Faktoren für einen sozialen Aufstieg nach Schichtzugehörigkeit (1–6)

Einflussfaktoren für sozialen Aufstieg	1	2	3	4	5	6	gesamt
	niedriges Einkommen, subakad. Bildung, einf. Tätigkeit	niedriges Einkommen, akad. Bildung und/oder geh. Tätigkeit	mittleres Einkommen, subakad. Bildung, einf. Tätigkeit	mittleres Einkommen, akad. Bildung und/oder geh. Tätigkeit	hohes Einkommen, subakad. Bildung, einf. Tätigkeit	hohes Einkommen, akad. Bildung und/oder geh. Tätigkeit	
Bildung							
„schwach“	8%	9%	10%	5%	16%	6%	10 %
„stark“	92%	91%	90%	95%	84%	94%	90 %
gesamt	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %
soziale Herkunft							
„schwach“	26%	9%	31%	24%	30%	27%	28 %
„stark“	74%	91%	69%	76%	70%	73%	72 %
gesamt	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %
persönliche Leistungsbereitschaft							
„schwach“	17%	11%	10%	12%	7%	14%	12 %
„stark“	83%	89%	90%	88%	93%	86%	88 %
gesamt	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %
Geschlecht							
„schwach“	47%	64%	56%	56%	81%	76%	57 %
„stark“	53%	36%	44%	44%	19%	24%	42 %
gesamt	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %
Ost-/West-Herkunft							
„schwach“	60%	68%	62%	70%	88%	76%	66 %
„stark“	40%	32%	38%	30%	12%	24%	34 %
gesamt	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %

8. Gerechtigkeitswahrnehmung und gesellschaftliche Wertorientierungen

Die Gesellschaftsordnung in Deutschland wurde von den Befragten des THÜRINGER-MONITORS 2013 signifikant häufiger als „eher gerecht“ eingeschätzt als von Befragten früherer THÜRINGER-MONITORE (vgl. TM 2013: 70 f.). In diesem Jahr ist der Anteilswert „eher gerecht“ geringfügig niedriger als 2013. Erneut schätzen ca. drei von fünf Befragten die Gesellschaftsordnung in Deutschland als „eher ungerecht“ ein (Abb. 63). Auch die Einschätzung der Gerechtigkeit in Thüringen ist in diesem Jahr etwas verhaltener als 2013 (Abb. 64). Der Rückgang des Anteils der Befragten, die von „eher gerechten“ Verhältnissen im Freistaat ausgehen, von 45 auf 39 Prozent ist signifikant, lässt sich jedoch vor dem Hintergrund seither gestiegener Zufriedenheitswerte hinsichtlich der eigenen finanziellen Situation und dem Rückgang subjektiv deprivierter Befragter nicht sinnvoll interpretieren. Anzunehmen ist vielmehr eine zunehmende Sensibilisierung für gesellschaftliche Polarisierungen und soziale Schief lagen im persönlichen Erfahrungshorizont der Befragten, wodurch das Gerechtigkeitsempfinden auch abgelöst von der Beurteilung der eigenen sozialen Lage etwas beeinträchtigt worden sein kann. Die Einschätzung der Gerechtigkeit in

Deutschland ist schwächer abhängig von der Bewertung der individuellen finanziellen Situation als die Einschätzung der Gerechtigkeit in Thüringen (vgl. Abb. 65). Einen signifikanten, relativ starken Einfluss auf die Gerechtigkeitswahrnehmung haben die Einschätzung des „Gegensatzes zwischen Arm und Reich in unserem Land“ und die Einschätzung der Bedeutung der sozialen Herkunft für einen sozialen Aufstieg (Abb. 66). Je stärker soziale Unterschiede und Mobilitätsbarrieren infolge der Vererbung sozialen Status eingeschätzt werden, desto größer die Tendenz, die Gesellschaftsordnung in Deutschland als „eher ungerecht“ zu bezeichnen.

Abb. 63: Einschätzung der Gerechtigkeit in Deutschland, 2003–2008, 2013 und 2017
(in Prozent)

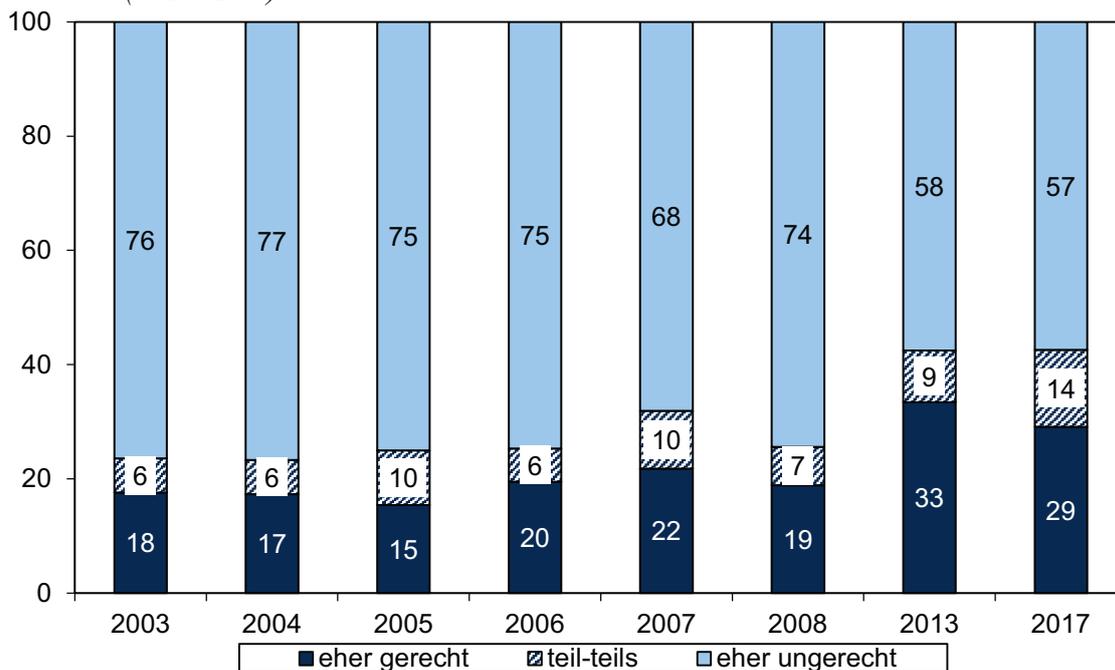


Abb. 64: Einschätzung der Gerechtigkeit in Thüringen, 2013 und 2017
(in Prozent)

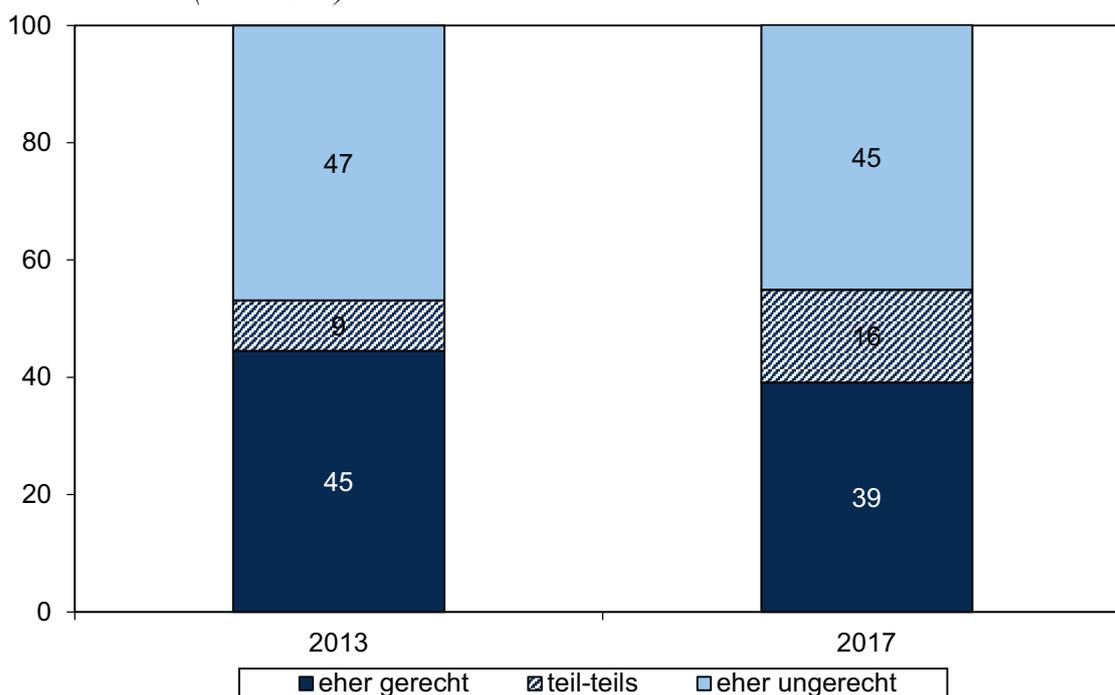


Abb. 65: *Einschätzung der Gerechtigkeit in Deutschland / Thüringen nach Bewertung der eigenen finanziellen Situation (in Prozent)*

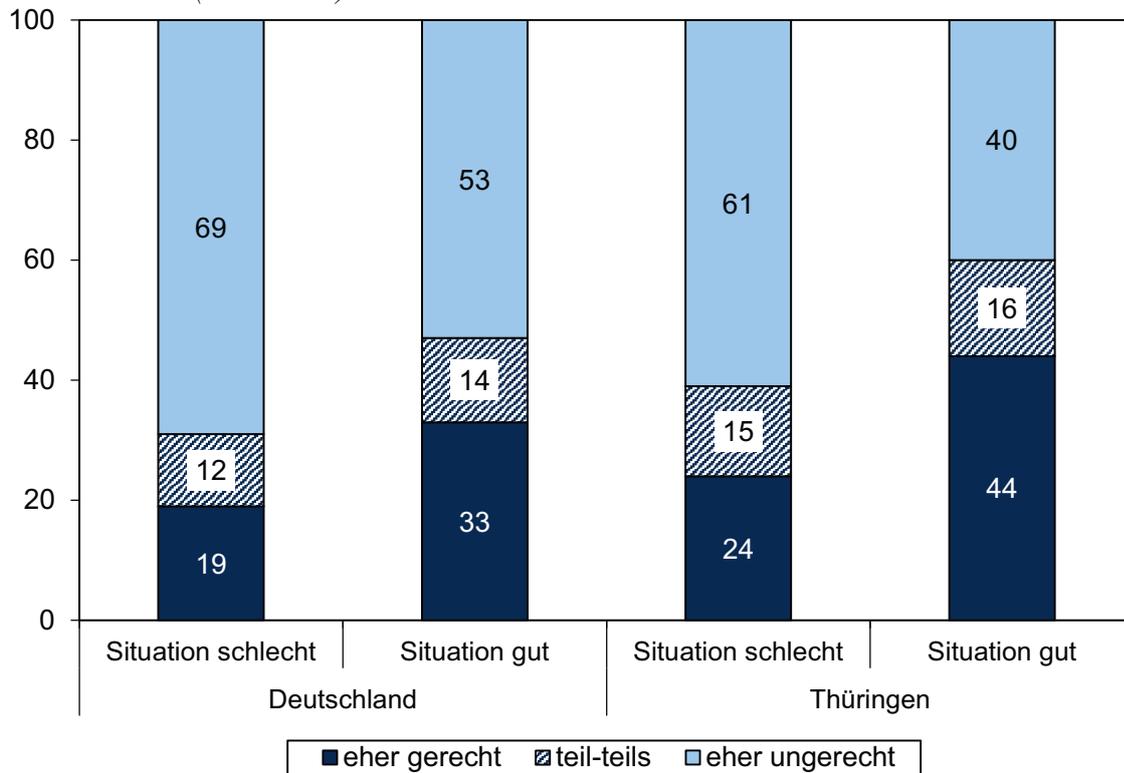
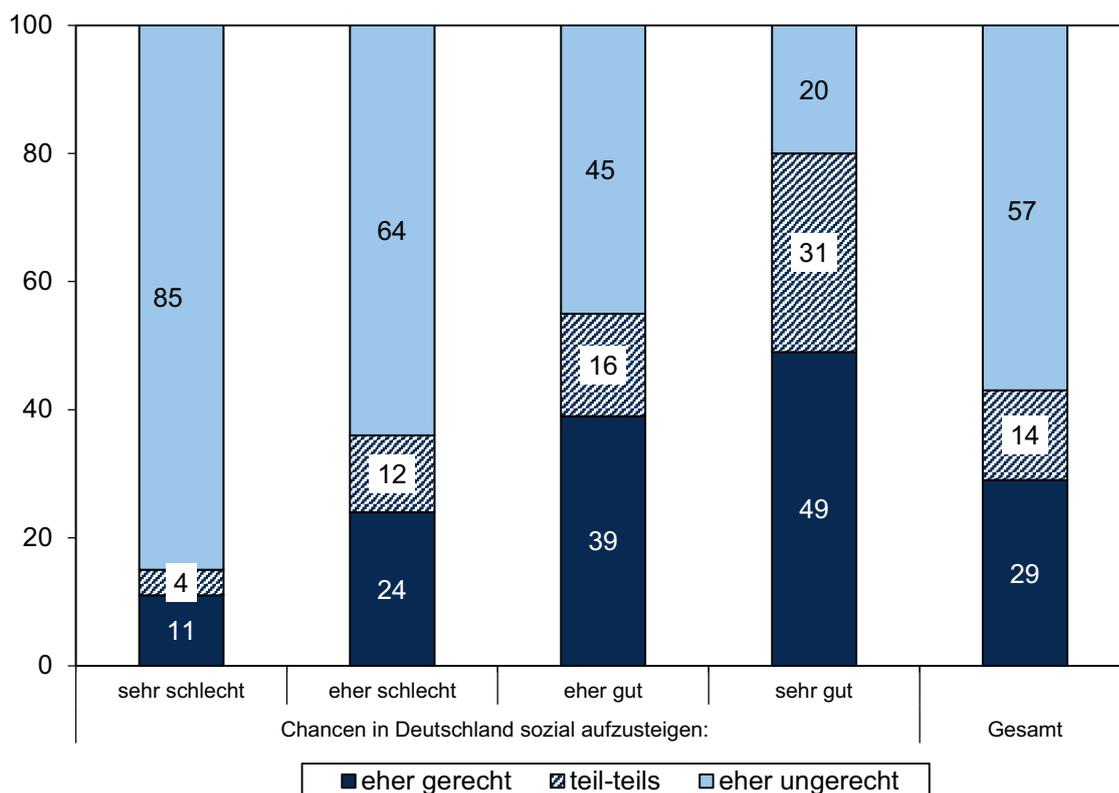


Abb. 66: *Einschätzung der Gerechtigkeit in Deutschland in Abhängigkeit der Beurteilung der Chancen für einen sozialen Aufstieg (in Prozent)*

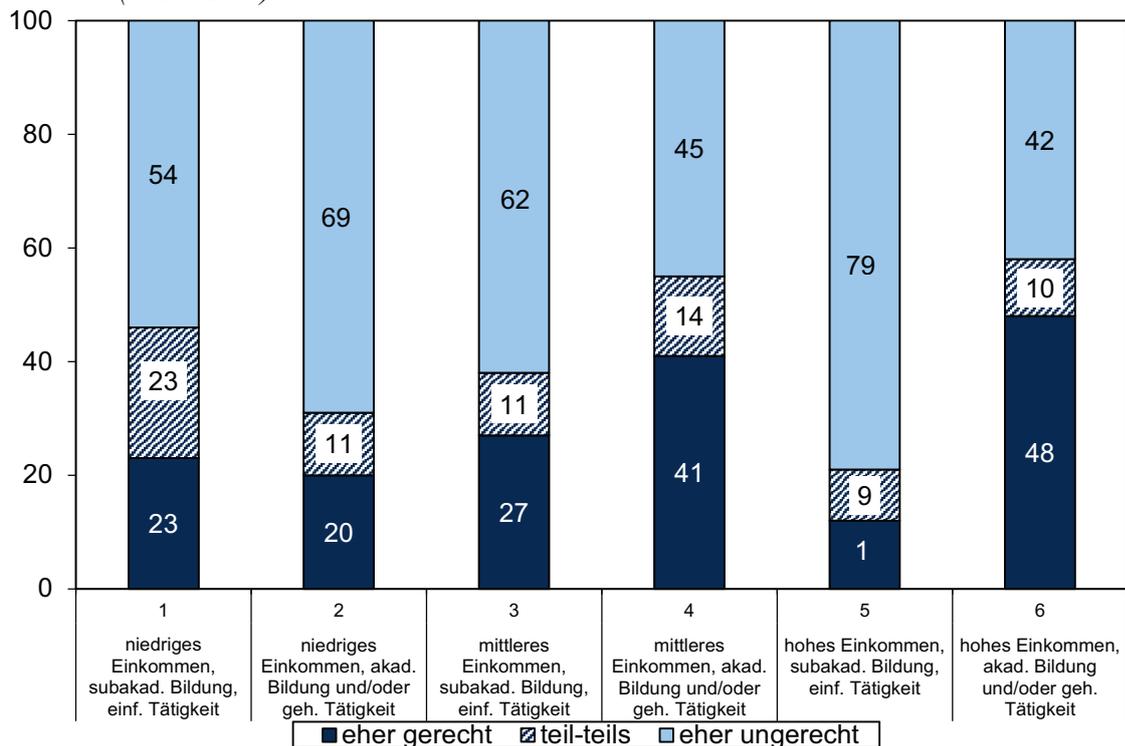


Befragte, die subjektiv materiell depriviert sind, also ihre sozioökonomische Situation negativ beurteilen und ungünstige soziale Vergleiche vornehmen, neigen verstärkt zur Charakterisierung der deutschen Gesellschaftsordnung als „eher ungerecht“. Dies gilt besonders auch für solche Befragte, die die oftmals als stigmatisierend empfundene Bezeichnung „Unterschicht“ zur Beschreibung ihrer eigenen Benachteiligung verwenden (Abb. 67). Im Vergleich mit Befragten mit einer höheren subjektiven Schichteinordnung bezeichnen sie die Aufstiegschancen häufiger als schlecht, den Einfluss der Bildung und der persönlichen Leistungsbereitschaft auf Aufstiegschancen häufiger als schwach und den Einfluss von Geschlecht und Ost-West-Herkunft häufiger als stark. Starke Gegensätze „zwischen Arm und Reich in unserem Land“ werden aber von überwiegenden Mehrheiten der Befragten *in allen objektiven und subjektiven Schichten* gesehen. Völlig unabhängig von der subjektiven Schichteinordnung ist diese Einschätzung nicht: jede_r vierte Befragte in der selbsterklärten „oberen Mittelschicht“ geht nur von einem (eher) schwachen „Gegensatz zwischen Arm und Reich“ aus.

Abb. 67: Einschätzung der Gerechtigkeit in Deutschland, der Aufstiegschancen und des Einflusses verschiedener Faktoren für einen sozialen Aufstieg nach subjektiver Schichteinordnung (nach ALLBUS-Frage)

	Unterschicht	Arbeiterschicht	Mittelschicht	obere Mittelschicht / Oberschicht	gesamt
Beurteilung der Gerechtigkeit in Deutschland					
eher gerecht	11 %	26 %	31 %	52 %	29 %
teil-teils	15 %	10 %	16 %	12 %	14 %
eher ungerecht	75 %	64 %	53 %	37 %	57 %
gesamt	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %
Beurteilung des Gegensatzes zwischen Arm und Reich					
sehr stark	42 %	52 %	43 %	26 %	45 %
eher stark	45 %	37 %	43 %	48 %	41 %
eher schwach	4 %	11 %	13 %	24 %	12 %
sehr schwach	9 %	1 %	1 %	2 %	1 %
gesamt	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %
Beurteilung der Aufstiegschancen					
sehr gut		6 %	4 %	14 %	5 %
eher gut	17 %	27 %	47 %	43 %	38 %
eher schlecht	43 %	48 %	38 %	39 %	42 %
sehr schlecht	41 %	20 %	11 %	4 %	15 %
gesamt	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %
Einflussfaktoren für sozialen Aufstieg					
Bildung					
„schwach“	22 %	13 %	6 %	8 %	10 %
„stark“	78 %	87 %	94 %	92 %	90 %
gesamt	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %
soziale Herkunft					
„schwach“	26 %	26 %	31 %	15 %	28 %
„stark“	74 %	74 %	69 %	85 %	72 %
gesamt	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %
persönliche Leistungsbereitschaft					
„schwach“	41 %	13 %	8 %	4 %	12 %
„stark“	59 %	87 %	92 %	96 %	88 %
gesamt	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %
Geschlecht					
„schwach“	24 %	54 %	60 %	81 %	57 %
„stark“	76 %	46 %	40 %	19 %	42 %
gesamt	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %
Ost-/West-Herkunft					
„schwach“	49 %	62 %	69 %	76 %	66 %
„stark“	51 %	38 %	31 %	24 %	34 %
gesamt	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %

Abb. 68: Einschätzung der Gerechtigkeit in Deutschland nach Schichtzugehörigkeit (1–6)
(in Prozent)



Eine mittlere Positionierung im Schichtgefüge begünstigt grundsätzlich die Gerechtigkeitswahrnehmung, insbesondere tendieren die Befragten der Schicht (4) zu einer positiveren Einschätzung (Abb. 68). In der obersten Schicht (6) ist sogar fast die Hälfte der Befragten der Auffassung, in Deutschland gehe es „eher gerecht“ zu. Damit entsteht der Eindruck, dass eine eigene Stattsicherheit und relative Privilegierung, auch in Folge der Verfügung über hohes kulturelles und soziales Kapital, die Sensibilität für die Schattenseiten der Sozialordnung senkt. Relevant ist hier, dass die betreffenden Befragten nach ihren objektiven Merkmalen und ihren subjektiven Bewertungen als Profiteur_innen der Mechanismen der Zuweisung sozialen Status‘ und der Verteilung gesellschaftlicher Ressourcen gelten können. Damit gehen auch spezifische Vorstellungen von einer „gerechten“ Gesellschaft einher, in denen vermutlich die eigene soziale Lage ihr ideologisches Korrelat findet (Abb. 69, 70). Während insgesamt immerhin ein Viertel der Befragten die Gleichverteilung des „Wohlstands unter allen Menschen“ idealisieren, tun dies jeweils 40 Prozent der Befragten in Schicht (2) und (4), aber nur 14 Prozent der Befragten der Schicht (4) und 13 Prozent der Befragten in Schicht (6). Jeweils zwei Drittel der Befragten in den Schichten (4) und (5) bevorzugen vielmehr ein Gerechtigkeitskonzept, nachdem „alle Menschen gleiche Chancen haben, ihre Lebensmöglichkeiten zu gestalten.“ Einige Befragte scheinen ihren Erfolg als Ausdruck eben dieser Chancengerechtigkeit zu werten, allzumal Bildung und Leistungsbereitschaft als Erfolgs- und Aufstiegsriterien allgemein hohe Anerkennung finden. Gleichverteilung erscheint indessen als Gerechtigkeitskonzept, das vor allem bei jüngeren Befragten – vielleicht im Kontext neosozialistischer Utopien? – häufiger Anklang findet (Schicht 2) und bei deutlich älteren Befragten mit relativ hohem Einkommen aber niedrigerer Bildung/einfachen Tätigkeiten eine stärkere DDR-Prägung nahelegt (Schicht 5). Leistungsgerechtigkeit wird am häufigsten von Selbständigen und Freiberufler_innen als bevorzugtes Gerechtigkeitskonzept benannt.

Abb. 69: Vorstellungen von einer „gerechten Gesellschaft, ...“ nach Erwerbstätigkeit (in Prozent)

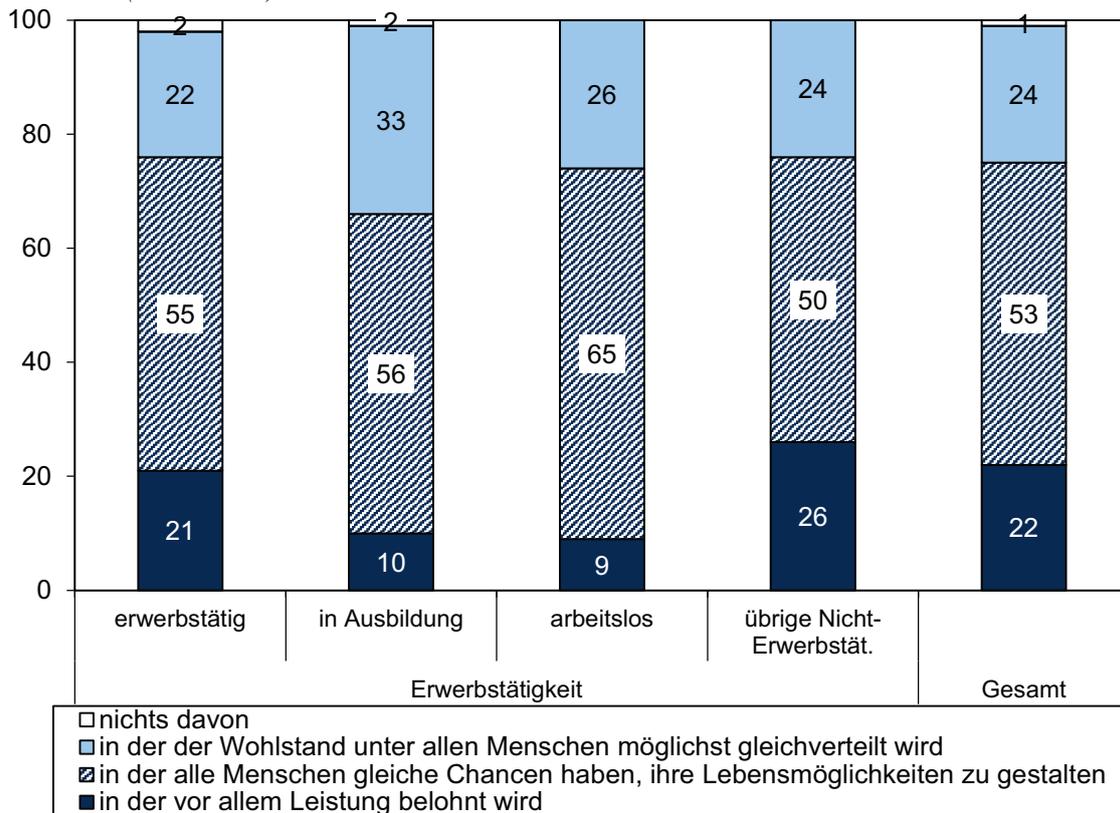
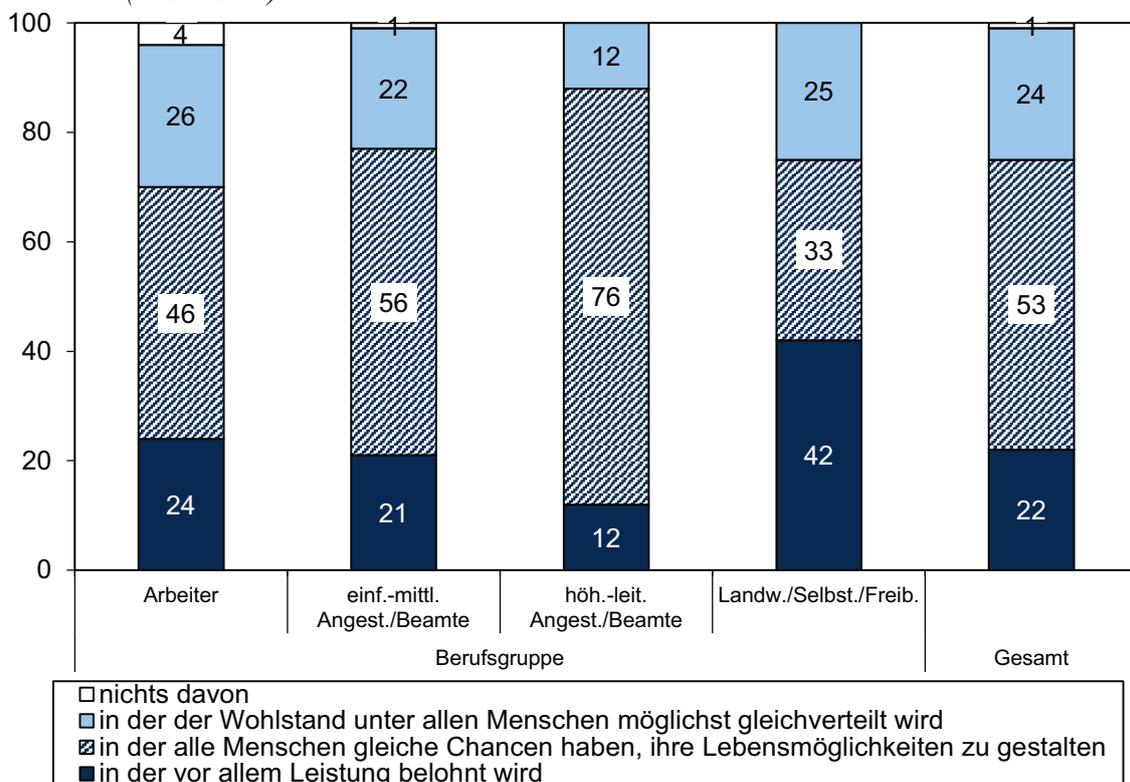


Abb. 70: Vorstellungen von einer „gerechten Gesellschaft, ...“ nach Berufsgruppe (in Prozent)



Doch in allen Berufsgruppen sehen jene Befragten, die Leistungsgerechtigkeit bevorzugen, diese offenbar verletzt und bewerten die Gesellschaftsordnung deshalb als „eher ungerecht“. Auch Befragte, die Gleichverteilung bevorzugen werden offensichtlich durch die Realität enttäuscht. Der Gesamtanteil von Befragten, die die Gesellschaftsordnung in Deutschland als „eher gerecht“ einschätzen, kommt demnach wesentlich dadurch zustande, dass überwiegend *Chancengerechtigkeit* erwartet wird und zumindest teilweise als verwirklicht gilt.

An der Präferenzordnung der Werte **Sicherheit** – Freiheit – Gleichheit hat sich auch in diesem Jahr nichts geändert. Nur in mittleren Alterskategorien ist Gleichheit ein von knappen Mehrheiten präferierter Wert (Abb. 71). Gerade bei jüngeren Befragten ist Freiheit der klar priorisierte Wert. Freiheit steht auch für eine sehr große Mehrheit jener Befragten an erster Stelle, die als Selbständige und Freiberufler_innen gewöhnt oder gezwungen sind, auf Sicherheit zu verzichten oder ihrer privilegierten sozialen Lage nach mit Gleichheit nicht allzu viel anzufangen wissen. In der großen mittleren Schicht (3) präferieren 74 Prozent der Befragten Sicherheit, in der einkommensstärkeren Schicht (5) sogar 76 Prozent. Dies lässt sich mit der Alterskomposition dieser Schichten erklären, verweist aber auch – keineswegs widersprüchlich! – auf Bedürfnisse der Statusstabilisierung und auf kulturelle Präferenzen, die in subakademischen Statusgruppen tradiert werden. Sicherheit in Verbindung mit Freiheit oder Gleichheit bildet den Kern der Werteorientierungen der sozialen Mitte. Auch 67 Prozent der Befragten, die als subjektiv depriviert gelten, präferieren Sicherheit. Dieser Werthorizont der Statusverunsicherung bzw. Deprivationsempfinden – auch von Angehörigen der gesellschaftlichen Mittelschichten – verdeutlicht, dass vor allem Sicherheitsgarantien und real spürbare Chancenverbesserungen gefragt sind. Eine Politik, die vor allem aber „freiheitliche Eigeninitiative“ einfordert oder (leistungsunabhängige) „Umverteilungsmaßnahmen“ in Aussicht stellt, wird vermutlich wenig Erfolg bei der Bekämpfung des „Unbehagens der Mitte“ haben – in Thüringen und anderswo.

Die Themen Ökologie und Nachhaltigkeit haben in den letzten Jahren einen immer größeren Stellenwert in politischen und gesellschaftlichen Debatten errungen. Auch die Thüringer Bevölkerung ist für Fragen des Umwelt- und Naturschutzes sensibilisiert; bereits im THÜRINGEN-MONITOR 2008 meinten lediglich ca. 15 Prozent der Befragten, das Wirtschaftswachstum sei wichtiger als die Umwelt. Zwei Drittel der Befragten lehnten damals Kürzungen staatlicher Ausgaben ab, die den Umweltschutz beeinträchtigen würden (vgl. TM 2008: 46). Im THÜRINGEN-MONITOR 2013 äußerte sich das ökologische Bewusstsein der Befragten dadurch, dass 76 Prozent prinzipiell bereit waren, für weniger umweltbelastende Produkte höhere Preise zu zahlen (vgl. TM 2013: 73). Im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR wurde der Fokus auf den Tierschutz gelegt: 86 Prozent der Befragten erklären sich „eher“ oder „voll und ganz“ dazu „bereit, höhere Preise für Lebensmittel zu bezahlen, wenn bei der Produktion besser auf den Tierschutz geachtet wird.“ (Abb. 72). Weibliche Befragte sind öfter dazu bereit als männliche Befragte. Bildung hat bei Kontrolle wesentlicher Drittvariablen keinen signifikanten Einfluss. Auch die Verfügung über ein höheres Einkommen fördert an sich nicht die Bereitschaft zum (tier-)ethischen Konsum, doch ausschlaggebend ist erneut die subjektive Einschätzung der sozioökonomische Lage. Besonders bei solchen Befragten, die eine negative Bewertung ihrer individuellen finanziellen Situation vornehmen und eher unzufrieden mit ihrem Lebensstandard sind, ist

die Bereitschaft signifikant seltener. Das gleiche gilt für Befragte, die sich selbst der „Unterschicht“, der „Arbeiterschicht“ zuordnen oder sich auf der elftstufigen Statusskala zwischen „unten“ und „oben“ maximal in der unteren Mitte (4-5) verorten. Nach objektiver Schichteinordnung ist die Akzeptanz von Preissteigerungen zugunsten des Tierschutzes am stärksten in den Schichten (2), (4) und (6) (akademische Bildung und/oder gehobene Tätigkeiten) ausgeprägt, zwischen denen signifikante Unterschiede in der Ausstattung mit materiellen Ressourcen bestehen. Am schwächsten ist die Akzeptanz in der sozio-ökonomisch benachteiligten Schicht (1): Sehr einkommensschwache Befragte können sich teurere Lebensmittel de facto einfach nicht leisten. Bei Angehörigen der Schicht (3) mit mittleren Einkommen ist die Bereitschaft aber nicht signifikant höher (17 Prozent Ablehnung). Jüngere Befragte tendieren (bei Kontrolle des Einkommens, der Bildung, des subjektiven Deprivationsempfindens und des Geschlechts) stärker zur Akzeptanz von Preissteigerungen als ältere Befragte. Die Bereitschaft zum (tier-)ethischem Konsum ist eben nicht nur eine Frage des Geldbeutels, sondern auch der Wertorientierungen.

Abb. 71: Freiheit – Sicherheit – Gleichheit nach Alter
(in Prozent)

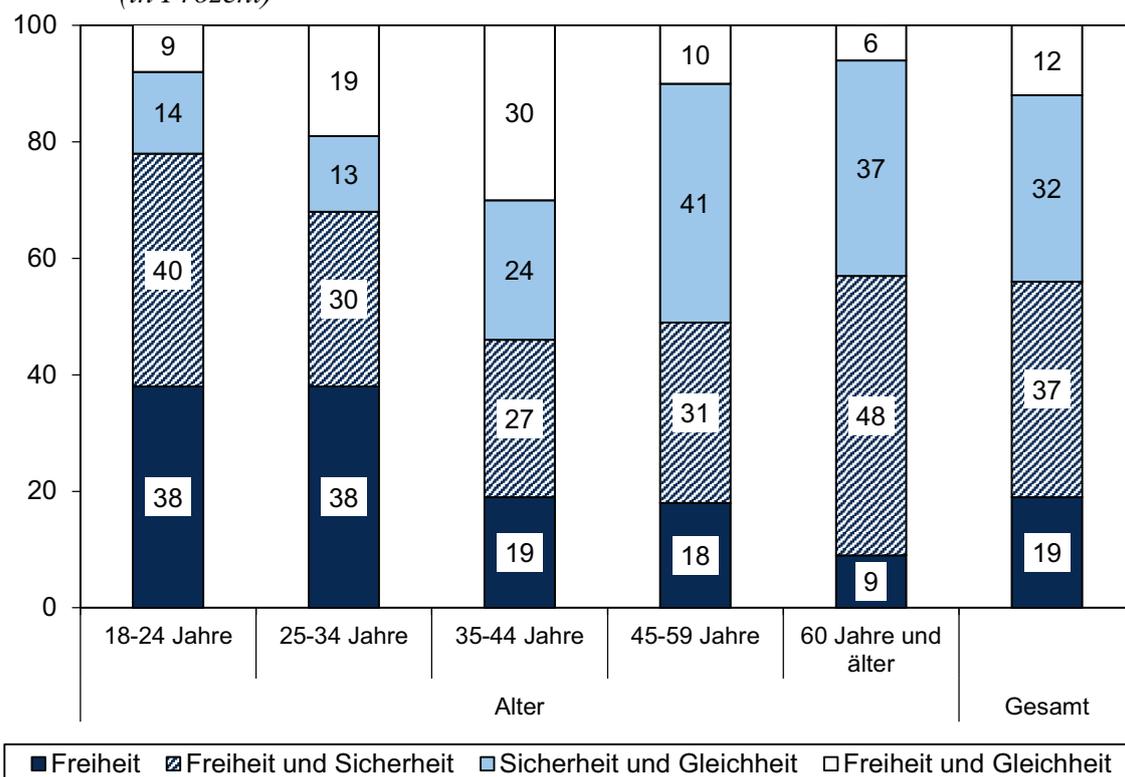
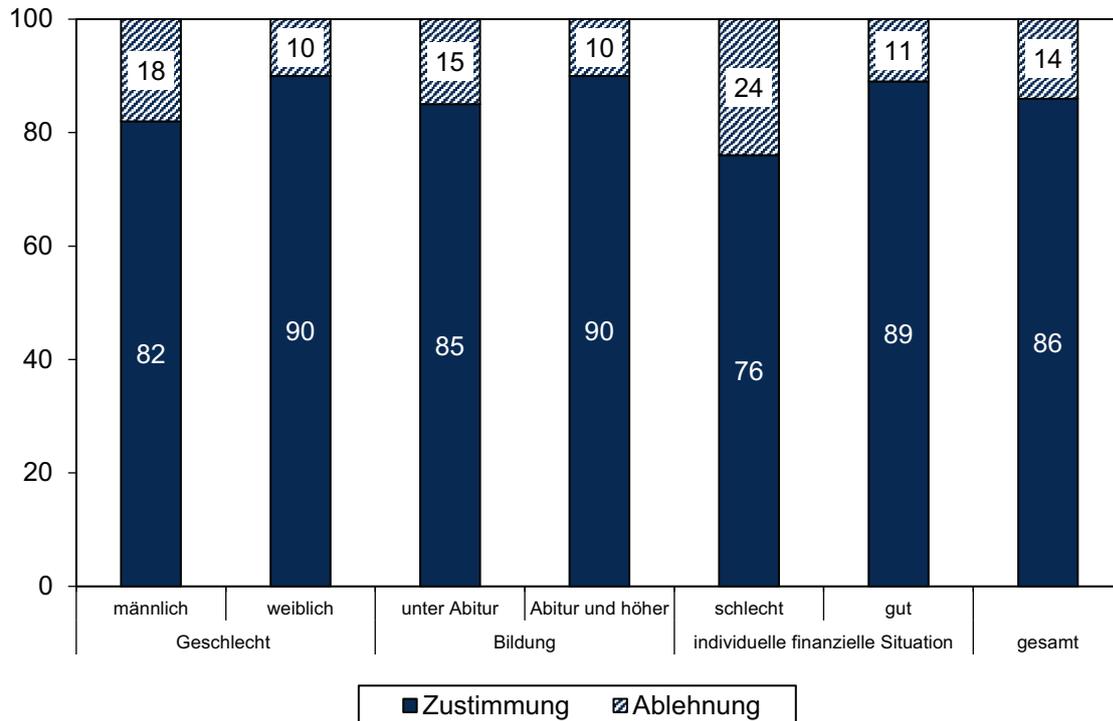


Abb. 72: „Ich bin bereit, höhere Preise für Lebensmittel zu bezahlen, wenn bei der Produktion besser auf den Tierschutz geachtet wird.“
(in Prozent)



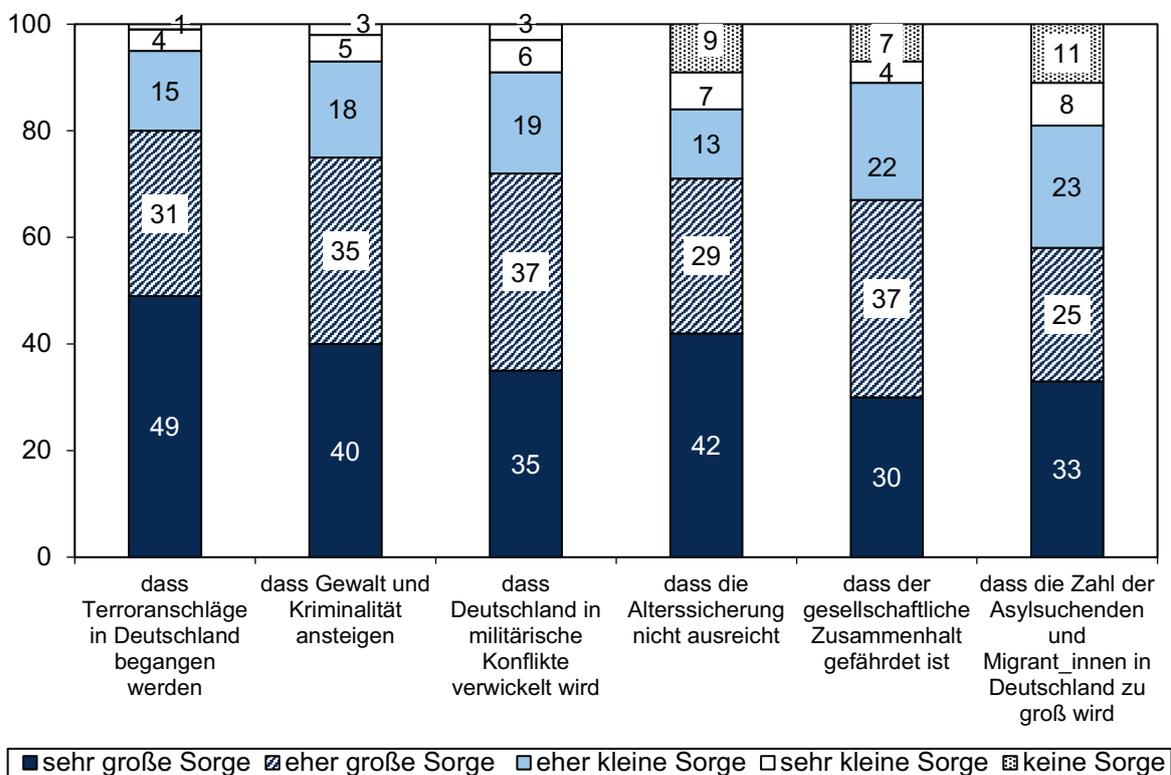
9. Sorgen

Nach einer im September 2017 veröffentlichten Studie im Auftrag der R+V Versicherung zu den „Ängsten der Deutschen“⁴⁶ rangiert die Angst vor „Terrorismus“ (71 Prozent der Befragten) vor der Angst vor „politischem Extremismus“ (62 Prozent) und vor „Spannungen durch Zuzug von Ausländern“ (61 Prozent). Die Angst vor einer „Überforderung der Deutschen / der Behörden durch Flüchtlinge“ bekundeten 57 Prozent der Befragten (Platz 6), „steigende Lebenshaltungskosten“ benannten 50 Prozent der Befragten (Platz 10). Gegenüber dem Vorjahr seien die beobachteten Ängste insgesamt leicht, aber statistisch signifikant zurückgegangen, weiterhin seien aber Frauen ängstlicher als Männer und Ostdeutsche (besonders hinsichtlich der Aspekte der materiellen Sicherheit bzw. steigender Lebenshaltungskosten) geringfügig ängstlicher als Westdeutsche. Bereits im Herbst 2016 ermittelte das Institut für Demoskopie Allensbach in einer anderen Befragung, dass die häufigsten Ängste der Deutschen darin bestünden, dass Gewalt und Kriminalität ansteigen, Terroranschläge in Deutschland begangen werden, die Zahl der Asylsuchenden und Migrant_innen in Deutschland zu groß wird, Deutschland in militärische Konflikte verwickelt wird und die Renten nicht sicher sind (vgl. Gathmann 2016). Angelehnt an die Allensbacher Befragung wurden diese Aspekte im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR als „Sorgen“ abgefragt und um den Aspekt der Gefährdung des „gesellschaftlichen Zusammenhalts“ ergänzt, dessen Bedeutung in den Wahrnehmungs- und Einstellungsmustern der Thüringer bereits in den beiden Vorjahren diskutiert wurde (vgl. TM 2015: 120; TM 2016: 35 ff.). Im THÜRINGEN-MONITOR 2016 wurden verschiedene Sorgen wegen des

46 Online-Informationen unter: <https://www.ruv.de/presse/aengste-der-deutschen>

damaligen Themenschwerpunktes Flucht und Asyl konkret auf die gestiegene Zahl der Geflüchteten und Asylsuchenden bezogen. In diesem Jahr wurde ein allgemeinerer Kontext, die „derzeitige gesellschaftliche Entwicklung“ gewählt (Abb. 73).

Abb. 73: Sorgen angesichts der derzeitigen gesellschaftlichen Entwicklung
(in Prozent)



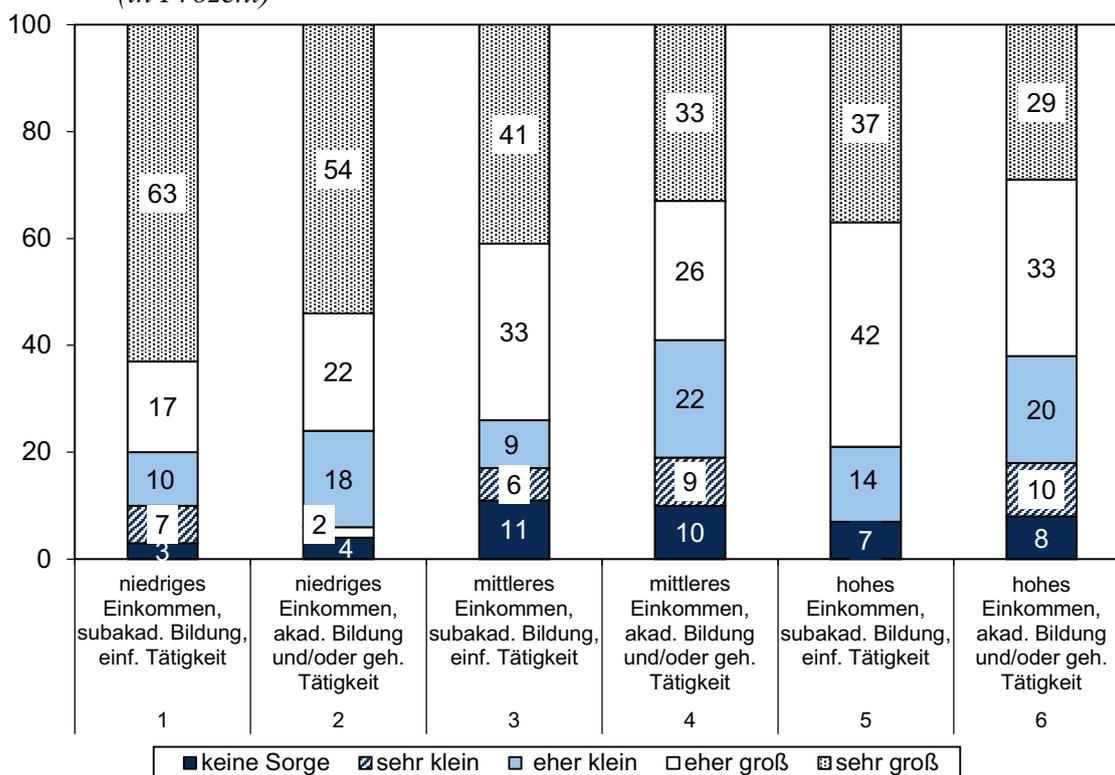
Bei einer Zusammenfassung von „sehr großen“ und „großen“ Sorgen ergibt sich eine Rangfolge der Sorgen der Thüringer Befragten, die sowohl von den Befunden der Allensbacher Studie 2016 als auch von jenen der Studie im Auftrag der R+V Versicherung 2017 markant abweicht. Während der Terrorismus auch von den Thüringer Befragten am häufigsten als Sorge benannt wird, scheint die Asyl- und Migrations-Problematik in ihrer Wahrnehmung doch hinter andere Aspekte zurückzutreten. Anders als die Befragten im Allensbach-Ranking steht eine Zunahme von Gewalt und Kriminalität erst auf dem zweiten Platz der häufigsten Sorgen der Thüringer_innen, die Sorge vor militärischen Konflikten, in die Deutschland entwickelt werden könnte, rückt vor auf Platz 3, gefolgt von der Sorge, dass die Alterssicherung nicht ausreicht (R+V: „sinkender Lebensstandard im Alter“ 15. Platz, 37 Prozent der Befragten). In der Studie im Auftrag der R+V-Versicherung rangiert die Angst vor Krieg mit deutscher Beteiligung erst auf Platz 12 (46 Prozent). Bemerkenswerterweise ist der Anteil der Westdeutschen, die diese Angst benannten, gegenüber 2016 sogar signifikant zurückgegangen, der der Ostdeutschen jedoch nicht. Zwei Drittel der Thüringer bekunden große oder sehr große Sorge angesichts einer Erosion des gesellschaftlichen Zusammenhalts, mit 58 Prozent der Befragten auch eine deutliche Mehrheit die Sorge, „dass die Zahl der Asylsuchenden und Migrant_innen in Deutschland zu groß wird“. Auch wenn jene Formulierung keine exakte Entsprechung in den beiden zitierten deutschlandweiten Befragungen findet, ist hier erkennbar, dass es Entwicklungen gibt, die die Thüringer_innen stärker mit Besorgnis betrachten als die Asyl- und

Migrationsthematik, die deutschlandweit so viel Aufmerksamkeit erfährt und im Mittelpunkt der gesellschaftspolitischen Debatten steht.

Das heißt allerdings nicht, dass die Thüringer_innen die Asyl- und Migrationsthematik gelassener beurteilen als im Vorjahr: Bereits im THÜRINGEN-MONITOR 2016 hatten „angesichts der gestiegenen Zahl von Flüchtlingen und Asylsuchenden“ exakt 58 Prozent der Befragten „eher Befürchtungen“ geäußert (vgl. TM 2016: 33). In den Einschätzungen zur Flucht- und Asylsituation (die sich bis zum Zeitpunkt der damaligen Befragung im Juni 2016 bereits spürbar entspannt hatte!) dominierten *Sorgen* vor Chancen, das Stimmungsbild war allerdings sehr ambivalent und komplex (vgl. TM 2016: 35 ff.). Bewusst wurde genau wie 2016 auch in diesem Jahr nicht der problematische Begriff „Angst“ verwendet. Die „Sorge“ vor einer „zu großen Zahl“ von Asylsuchenden und Migrant_innen kann auch als die „Wahrnehmung“ oder „Beschreibung“ einer gesellschaftlichen Entwicklung interpretiert werden. Bei einem Teil der Befragten ist diese Wahrnehmung insofern negativ konnotiert, dass *nicht nur* Unmut über Regulierungsdefizite und chaotische Grenzübertritte, Irritation über bestimmte politische Entscheidungen oder Furcht vor einer Zunahme von Kriminalität anklingen, sondern tendenziell auch *fremdenfeindliche Einstellungen und Vorurteile gegenüber Muslim_innen* zutage treten (vgl. dazu Kapitel IV.8). Betont werden muss jedoch auch, dass Befragte, die subjektiv materiell depriviert sind, signifikant häufiger eine „eher große“ oder „sehr große Sorge“ wegen steigender Asylsuchenden- und Migrant_innen-Zahlen äußern (71 Prozent) als nicht-deprivierte Befragte (52 Prozent). 49 Prozent der Befragten, die eine „sehr große Sorge“ benennen, sind depriviert, aber lediglich 17 Prozent der Befragten, die eine „sehr kleine Sorge“ äußern. Aus dieser Korrelation lässt sich eine wichtige Feststellung ableiten: In dem Maße, wie die Integration von Fremden vor allem als Belastung öffentlicher Haushalte und als „Einwanderung in unsere Sozialsysteme“ – also überwiegend *defizitär* – interpretiert wird, werden besonders auch solche Personen zur negativen Deutung bzw. Abwehr von Migration motiviert, die sich bereits sozial benachteiligt sehen. Sie blicken (vermeintlich) wachsenden Verteilungskonflikten in der Gesellschaft mit größeren Befürchtungen entgegen als sozioökonomisch gut etablierte Personen oder solche, die aufgrund ihrer guten Ausstattung mit kulturellem und sozialem Kapital Konkurrenz weniger fürchten müssen. Dies ist Ausgangs- und Ansatzpunkt einer „Ethnisierung der sozialen Frage“, die Verteilungsmechanismen des Sozialstaats als Nullsummenspiel darstellt, an dem nur die Einzahler_innen der nationalen Solidargemeinschaft als Berechtigte teilnehmen dürfen und „Fremde“ als „Sozialschmarotzer“ ausgeschlossen werden sollen.

Die Empfindung von „Sorgen“ ist nur soweit schichtabhängig, wie sie durch die *subjektive Beurteilung der sozialen Lage* der Befragten beeinflusst ist und dabei auch spezifisch mit Alter und Bildung korreliert. Bezüglich der Aspekte Terrorismus, Gewalt- und Kriminalitäts-Zunahme sowie Kriegsgefahr ist dies nicht der Fall, wohl aber bezüglich der Aspekte gesellschaftlicher Zusammenhalt und Alterssicherung (Abb. 74).

Abb. 74: Sorge, „dass Alterssicherung nicht ausreicht“ nach Schichtzugehörigkeit (1–6) (in Prozent)



Auch wenn die Sorgen sich auf unterschiedliche Sachverhalte beziehen, ist eine gemeinsame Darstellung inhaltlich und mathematisch durchaus zulässig (Abb. 75). Bei einem Wert von ca. 17,5 auf einer Skala von 0 bis 24 können die Befragten insgesamt als „stark besorgt“ gelten. Befragte der untersten Schicht (1) sind überdurchschnittlich besorgt. Die Befragten in Schicht (2), die höhere Bildung haben, aber ähnlich ökonomisch benachteiligt und subjektiv depriviert sind, sorgen sich hingegen signifikant schwächer – ähnlich wie Befragte der Schichten (3), (4) und (6). Befragte der Schicht (5) sind von der Tendenz etwas besorgter als solche der Schicht (4), die jeweiligen Differenzen zu den Schichten (1), (2), (3) und (6) sind jedoch statistisch nicht signifikant. Auch dieser Befund zeigt, dass Sorgen nur bedingt mit sozialer Lage bzw. subjektiver Deprivation erklärbar sind. Des Weiteren legt eine multivariate Analyse (Abb. 76) nahe, dass Frauen generell etwas besorgter sind als Männer. Besorgter sind außerdem Personen, die sich in ihrem Alltag vor Kriminalität fürchten und „anomisch“ sind, d.h. eine generelle Orientierungslosigkeit verspüren. *Bildung* und *Erwerbstätigkeit* erhöhen tendenziell die Zuversicht in Gegenwart gesellschaftlicher Problemlagen. Sie spenden Statusstabilität, was sich nicht nur in der „Mitte“ bemerkbar macht.

Abb. 75: Empfindung von Sorgen nach Schichtzugehörigkeit (1–6)
 (Mittelwerte einer Sorgen-Summenskala; 0=keinerlei Sorgen, 24=maximale Sorgen)

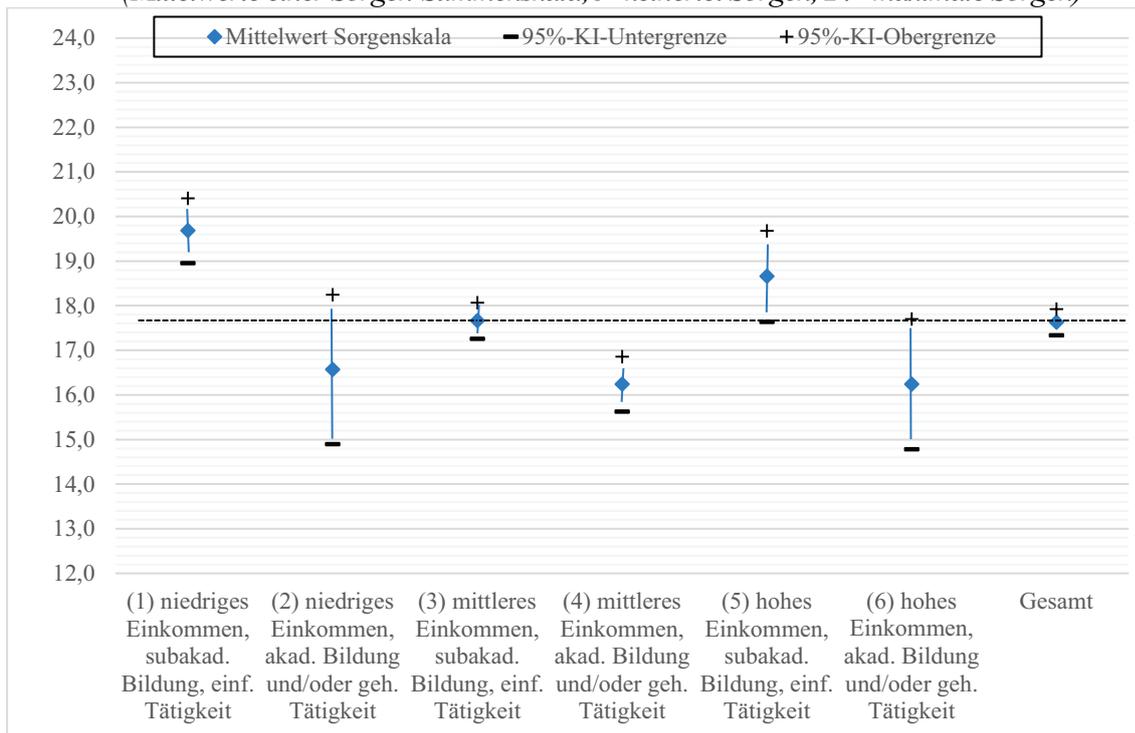


Abb. 76: Einflüsse auf die Empfindung von Sorgen⁴⁷
 (Multiple lineare Regressionsanalyse)

Erklärende Variablen	Standardisierte Regressionskoeffizienten Beta	Signifikanz (α-Fehler)
Alter (älter)	-0,059	,171
Geschlecht (weiblich)	+0,118	,007
Bildung (höher)	-0,144	,001
erwerbstätig (ja)	-0,099	,049
Arbeitsplatz sicher (ja)	-0,033	,464
Nettoäquivalenzeinkommen (höher)	0,000	,001
subjektive Deprivation ⁴⁸ (höher)	+0,353	,000
Ostdeprivation: „Ostdeutsche Bürger 2. Klasse“ + negative Einheitsbilanz (ja)	+0,044	,374
Ostdeutsche Diskriminierungserfahrung (ja)	-0,009	,836
Allgemeine Lebenszufriedenheit (höher)	-0,026	,606
Kriminalitätsfurcht (ja)	+0,196	,000
Anomie: "...oft nicht weiß, woran ich mich halten soll..." (ja)	+0,256	,000
Fallzahl n= (included cases)		406
Korrigiertes R ² (Anteil erklärter Varianz)		0,327

Positives Vorzeichen: erhöht Sorge	Negatives Vorzeichen: senkt Sorgen	Weiße Felder: kein Effekt der erklärenden Variable bzw. Effekt nicht signifikant (n.s.)
---	---	---

⁴⁷ Abhängige Variable: Factor Regression Score aus Hauptachsen-Faktorenanalyse (Varimax-Rotation, 6 Iterationen); 6 aufgenommene Variablen: „Sorge, dass Gewalt und Kriminalität ansteigen“, „... Terroranschläge in Deutschland begangen werden“, „... die Zahl der Asylsuchenden und Migrant_innen in Deutschland zu groß wird“, „... Deutschland in militärische Konflikte verwickelt wird“, „... die Alterssicherung nicht ausreicht“, „... der gesellschaftliche Zusammenhalt gefährdet ist.“ Es wurde nur ein Faktor extrahiert (erklärt 40,6% der Varianz).

⁴⁸ Negative Bewertung der sozioökonomischen Situation, beinhaltet u.a. *Unzufriedenheit* mit dem persönlichen Lebensstandard.

In der **Gesamtschau der bisher diskutierten Befunde** zur sozialen Lage, den gesellschaftlichen Einstellungen und Bewertungen besteht gewiss kein Anlass zu alarmistischen Krisendiagnosen. Es sind allerdings Tendenzen erkennbar, nach denen *Phänomene der Statusverunsicherung und Statusinkonsistenz* ambivalente bis negative Bewertungen befördern. Außerdem tritt die Heterogenität der Mitte hervor, die sich nicht zuletzt aus dem hohen Stichprobenanteil derjenigen ergibt, die definitionsgemäß der Mitte zugerechnet werden bzw. sich selbst in der Mitte verorten. Dementsprechend gibt es eine relativ große Bandbreite subjektiver Beurteilungen und Bewertungen: Trotz hoher allgemeiner Zufriedenheitswerte und der Empfindung von Sicherheit werden *in der Mitte der Thüringer Gesellschaft* in erheblichem Umfang auch Chancendefizite und soziale Ungerechtigkeit wahrgenommen. Optimistische Beurteilungen koexistieren mit Unbehagen bzw. Skepsis bezüglich (zukünftiger) gesellschaftlicher Entwicklungen. Unzufriedenheit und Pessimismus wird besonders in prekären sozialen Lagen bzw. von solchen Befragten verspürt, die sich selbst als sozial benachteiligt betrachten. Sie neigen grundsätzlich nicht zu anderen Wertorientierungen als gut etablierte oder privilegierte Thüringer_innen, sehen aber eher als diese fundamentale Gerechtigkeitslücken und betrachten die gesellschaftliche Entwicklung mit stärker ausgeprägten Sorgen.

IV. Demokratie: Einstellungen und Engagement

1. Politische Einstellungen und Institutionenvertrauen

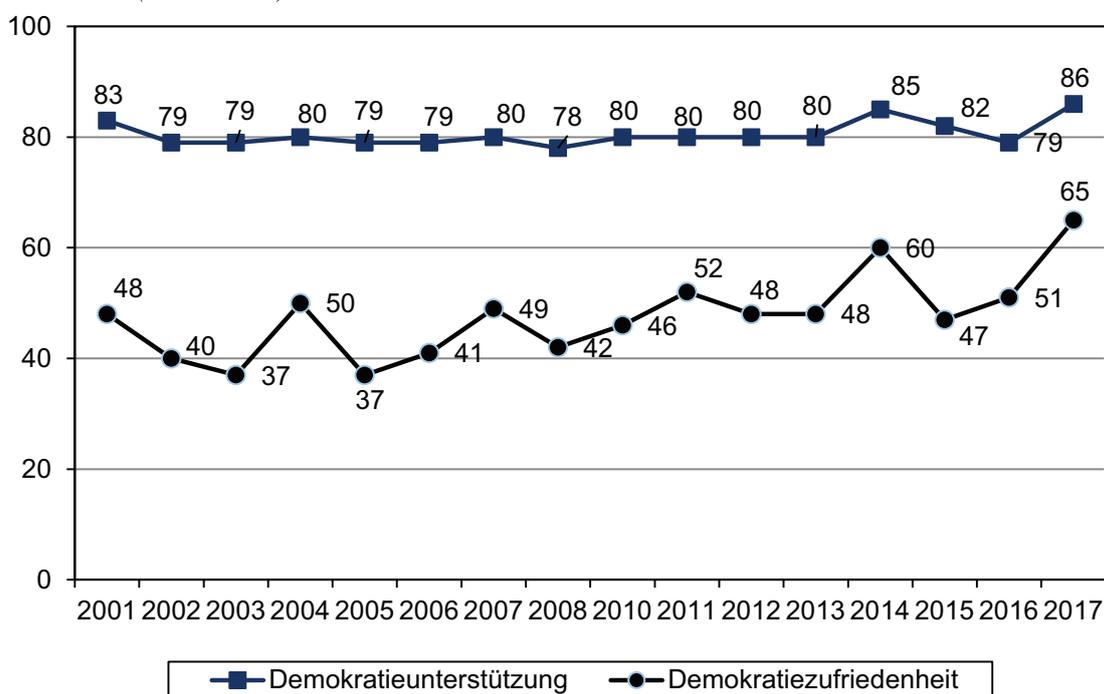
In den Monaten zwischen der Jahresmitte 2016 und 2017, in der jeweils die Befragungen des THÜRINGEN-MONITORS stattfanden, setzte sich die günstige wirtschaftliche Entwicklung in Thüringen, insbesondere die des Arbeitsmarktes, fort. Zugleich ging die Zuwanderung im Zuge der Fluchtmigration, die im Frühherbst 2015 ihren Höhepunkt erreicht hatte, markant zurück, und es zeichnete sich ab, dass der Freistaat mit den verbliebenen Geflüchteten und Asylsuchenden zum Jahreswechsel 2016/2017 vor einer immer noch beachtlichen, aber im Vergleich zu den ursprünglichen Erwartungen deutlich reduzierten und prinzipiell lösbaren Aufgabe stand. Zugleich hatten der Ausgang der Abstimmung über den Austritt des Vereinigten Königreiches aus der Europäischen Union, das Ergebnis der US-amerikanischen Präsidentschaftswahlen und die Wahlerfolge rechtspopulistischer Parteien in einer Reihe europäischer Länder, nicht zuletzt auch in deutschen Landtagswahlen gezeigt, dass in repräsentativen Demokratien ein Wandel der politischen Konstellationen möglich ist, auch wenn dieser sich gegen die etablierten Eliten und die in der öffentlichen Debatte herrschende Tendenz richtet. Im Hinblick auf das in Deutschland dominierende Thema der staatlichen Reaktion auf die Fluchtmigration gab es einen markanten Politikwechsel, weg von einer Öffnung und Pflege der „Willkommenskultur“, hin zu Abschottung, Restriktion und Rückführung der nicht in einem geschützten Status befindlichen Geflüchteten.

Die Politik folgte damit der Mehrheitsmeinung der Bevölkerung, auch und gerade in Thüringen, die den Fluchtgründen der Migranten skeptisch gegenübersteht – auch in diesem Erhebungsjahr stimmen im THÜRINGEN-MONITOR 54 Prozent der Befragten der Aussage zu, dass die meisten „Asylbewerber ... nicht wirklich [befürchten], in ihrem Heimatland verfolgt zu werden“, 44 Prozent, dass „die Ausländer ... nur hierherkommen, um unseren Sozialstaat auszunutzen“ (mit seit 2015 steigender Tendenz). Nach einem Anstieg der Zustimmungswerte von 70 Prozent in 2015 auf 73 Prozent in 2016 fordern 2017 nun 83 Prozent [!] der Befragten, dass „bei der Prüfung von Asylanträgen ... der Staat nicht großzügig sein“ sollte (vgl. Kapitel IV.8). Das im THÜRINGEN-MONITOR 2016 beschriebene Einstellungsmuster einer Mehrheit der Befragten: Gewährung des humanitär und rechtlich geforderten Minimums bei der Aufnahme von Asylsuchenden bei gleichzeitiger Abwehr von „Armut- und Wirtschaftsflüchtlingen“ wurde zur Leitlinie der Asylpolitik. Der deutliche Rückgang der Neuankünfte nach dem Türkei-Abkommen und der Einführung eines rigorosen Grenzregimes auf der „Balkan-Route“ sind Hinweise darauf, dass zumindest die restriktive Seite dieses Junktims der Verwirklichung nahe kam.

Es liegt nahe, ist aber nicht abschließend gesichert, dass diese Entwicklungen von vielen Befragten als Ausdruck der Responsivität und Performanz, mit anderen Worten: der Offenheit, Antwortbereitschaft und Problemlösungsfähigkeit des politischen Systems der repräsentativen Demokratie wahrgenommen werden und für den im Fall der Demokratieunterstützung deutlichen, im Fall der Demokratieunterstützung geradezu dramatischen Anstieg der Zustimmungswerte verantwortlich sind. Während bei der „Demokratieunterstützung“ die Zustimmung zu der abstrakten und vieldeutigen Aussage „Die Demokratie ist die beste aller Staatsideen“ abgefragt wird, geht es bei der

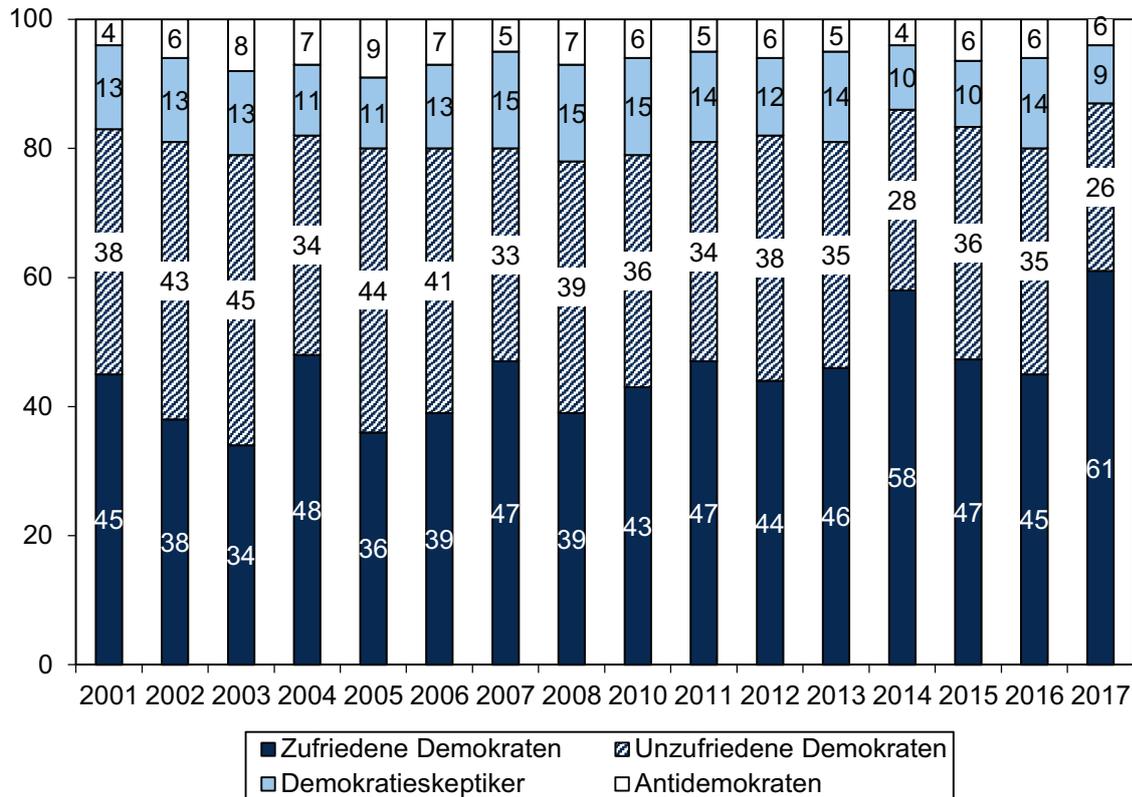
Demokratiezufriedenheit sehr konkret um die Zufriedenheit mit der „Demokratie, so wie sie in Deutschland funktioniert“ (Abb. 77). Der Anstieg der Zustimmung zu dieser Aussage von 47 Prozent im Jahr 2015 auf 65 Prozent im Jahr 2017 und damit auf einen Spitzenwert unserer bis 2001 zurückreichenden Zeitreihe ist ein bemerkenswerter und im Hinblick auf die Bewertung der „realen“ Demokratie durch die wahlberechtigte Bevölkerung Thüringens ermutigender Wert. Geht man zum Jahr 2005 zurück, in dem die Demokratiezufriedenheit mit einem Anteilswert von 37 Prozent einen Tiefpunkt erreicht hatte, lässt sich ein trendhafter, allerdings immer wieder unterbrochener Anstieg beobachten. Er folgt in seiner Grundlinie dem Aufwärtstrend der wirtschaftlichen Entwicklung, insbesondere der des Arbeitsmarktes.

Abb. 77: Demokratieunterstützung und -zufriedenheit 2001–2017
(in Prozent)



Vor allem der erhebliche Anstieg der Demokratiezufriedenheit hat dazu beigetragen, dass der Anteil der „zufriedenen Demokraten“, das heißt, derjenigen Befragten, die Demokratieunterstützung mit Demokratiezufriedenheit verbinden, in der Demokratietypologie des THÜRINGEN-MONITORS auf einen Spitzenwert von 61 Prozent gestiegen ist, bei gleichzeitigem Rückgang der „unzufriedenen Demokraten“ und der „Demokratieskeptiker“. Der Anteil von sechs Prozent „Antidemokraten“ blieb unverändert. Diese Konstellation der Anteilswerte entspricht 2017 weitgehend der des Jahres 2014, als schon einmal Demokratieunterstützung und Demokratiezufriedenheit Spitzenwerte erreicht hatten (Abb. 78).

Abb. 78: Demokratietypen 2001–2017
(in Prozent)



Der im Jahr 2015 erfolgte Einbruch der Demokratiezufriedenheit ist jedoch ein deutliches Warnzeichen gegen die Hoffnung, dass ein Niveau der Demokratiezufriedenheit erreicht ist, das nur durch einen wirtschaftlichen Abschwung gefährdet wäre. Tatsächlich werden die Schwankungen der Zeitreihe auch von anderen, ereignishaften Vorgängen und den mit ihnen assoziierten Reaktionen der Politik mitbestimmt. Die Komplexität der Zusammenhänge wird erkennbar, wenn wir auf der Individualebene die „Bewertung der Demokratie nach eigener finanzieller Situation“ betrachten (Abb. 79 und 80). Hier sehen wir 2017 wie in allen vorhergehenden Jahren einen deutlichen, aber degressiven Zusammenhang zwischen zunehmender Einkommens- und wachsender Demokratiezufriedenheit. Der Zusammenhang besteht auch, obwohl weit weniger ausgeprägt, im Hinblick auf die Demokratieunterstützung. Auf dieser Grundlage ist auf der Aggregatebene bei langfristiger Zunahme der Zufriedenheit mit der eigenen finanziellen Lage eine tendenzielle Zunahme der Demokratiezufriedenheit (in geringerem Maß auch der Demokratieunterstützung) zu erwarten. Dies beobachten wir tatsächlich. Der markante Aufwuchs von 2016 auf 2017 hatte jedoch andere Gründe. Er erfolgte im Wesentlichen als Zunahme der Zufriedenheit *innerhalb* der oberen drei Kategorien der Einkommenszufriedenheit und nicht durch einen Wechsel der Befragten von niedrigen in höhere Kategorien wirtschaftlicher Zufriedenheit. Eine Ausnahme bildet hier die Kategorie derjenigen, die ihre finanzielle Lage als „sehr schlecht“ einstufen, mit einer signifikanten Abnahme der Demokratiezufriedenheit (und Demokratieunterstützung) von 2016 auf 2017. Als Ergebnis erkennen wir das Bild zunehmender Polarisierung der Bewertung der Demokratie zwischen einer Kategorie finanziell „Abgehängter“, die eine sehr schlechte Einschätzung der eigenen finanziellen Lage mit einer zunehmend und in ihrer Gruppe inzwischen weitgehend konsensual negativen

Bewertung der politischen Praxis der deutschen Demokratie verbinden, und allen anderen Einkommenskategorien, die diese Praxis mehrheitlich oder – bei sehr guter finanzieller Situation – sogar nahezu konsensual positiv bewerten.

Abb. 79: Bewertung der Demokratie nach eigener finanzieller Situation 2017
(in Prozent)

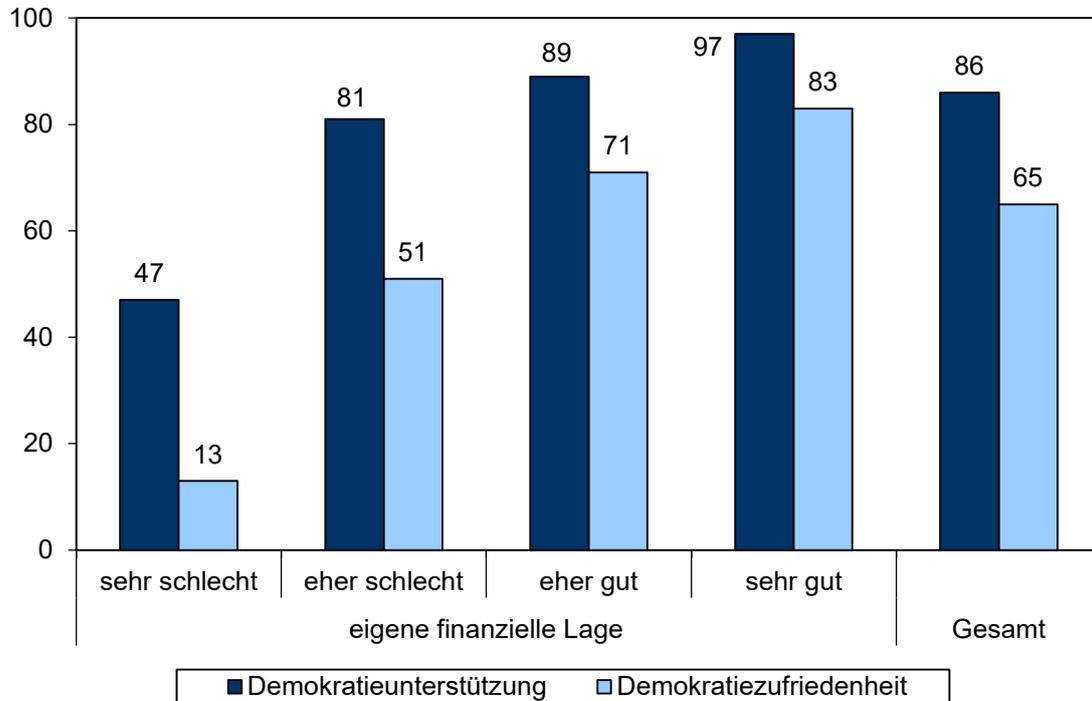
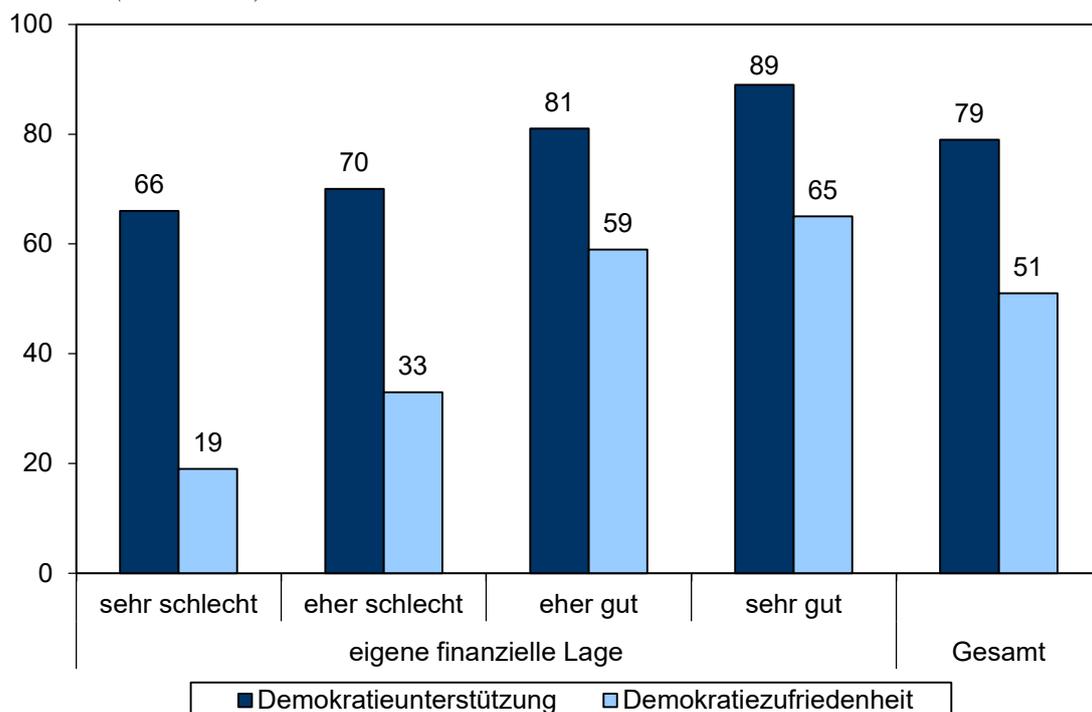
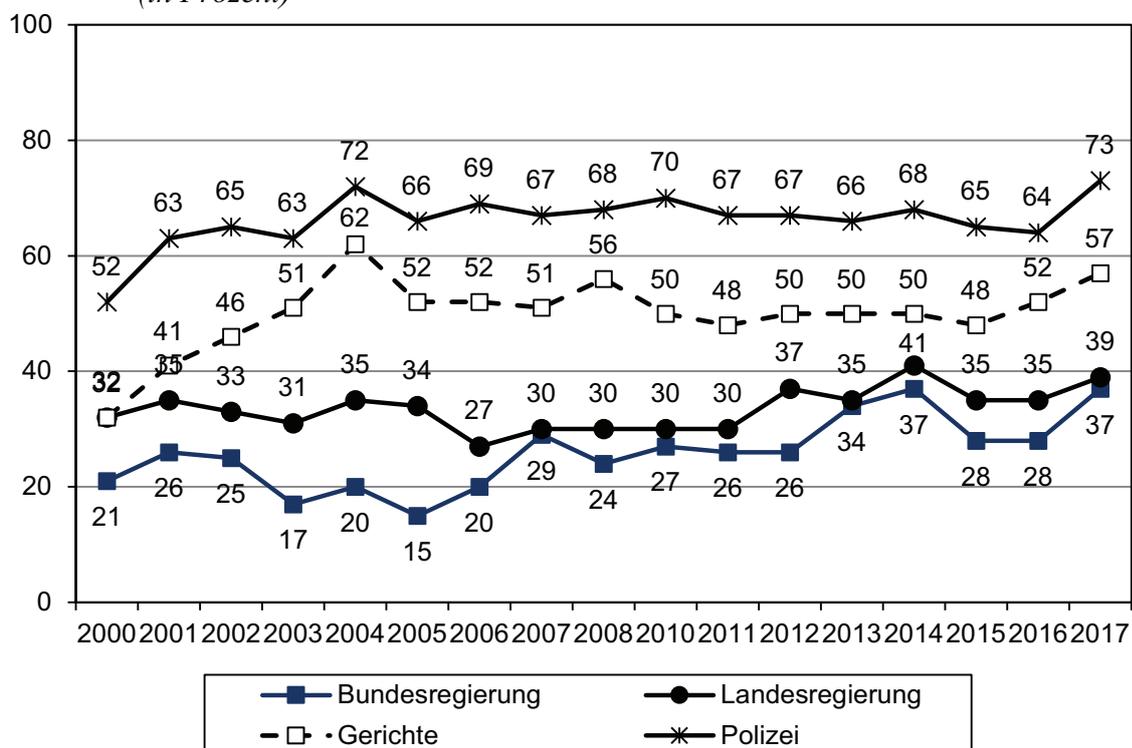


Abb. 80: Bewertung der Demokratie nach eigener finanzieller Situation 2016
(in Prozent)



Wir erkennen in dieser gegenläufigen Entwicklung einen Hinweis darauf, dass jene fünf Prozent der Befragten – überwiegend Arbeitslose –, die ihre eigene finanzielle Situation als „sehr schlecht“ einstufen, auch durch eine erfolgreiche Wirtschafts- oder Asylpolitik oder eine Öffnung des Parteiensystems für kontroverse politische Positionen nicht zu einer positiveren Bewertung der politischen Praxis oder des politischen Systems der Demokratie gelangen. Eher gewinnt man den Eindruck, dass günstige Entwicklungen, die von anderen Segmenten der Gesellschaft wahrgenommen oder erfahren werden, bei den subjektiv finanziell sehr schlecht gestellten befragten das Gefühl, benachteiligt zu werden und abgehängt zu sein, verstärken. Es ist ein in den Sozialwissenschaften altbekanntes Paradox, dass eine durchschnittliche Verbesserung der Lebensumstände einer Population in jenen gesellschaftlichen Quartieren, die nicht oder nicht proportional an dieser Entwicklung partizipieren, Unzufriedenheit und Entfremdung auslösen oder verstärken kann. Mit Blick auf diesen Sachverhalt ist es ein wichtiger Umstand, dass jene 20 Prozent Befragten, die ihre finanzielle Lage als „eher schlecht“ einschätzen, am Zuwachs der Demokratieunterstützung proportional teilhaben und nunmehr mit knapper Mehrheit mit der demokratischen Praxis in Deutschland zufrieden sind. Die sozialstrukturelle Schnittstelle, an der die Kriterien wechseln, nach denen die Demokratie bewertet wird, liegt also zwischen einer „sehr schlechten“ oder „eher schlechten“ und nicht zwischen einer „guten“ oder „schlechten“ finanziellen Situation der Befragten.

Abb. 81: Institutionenvertrauen 2000–2017
(in Prozent)

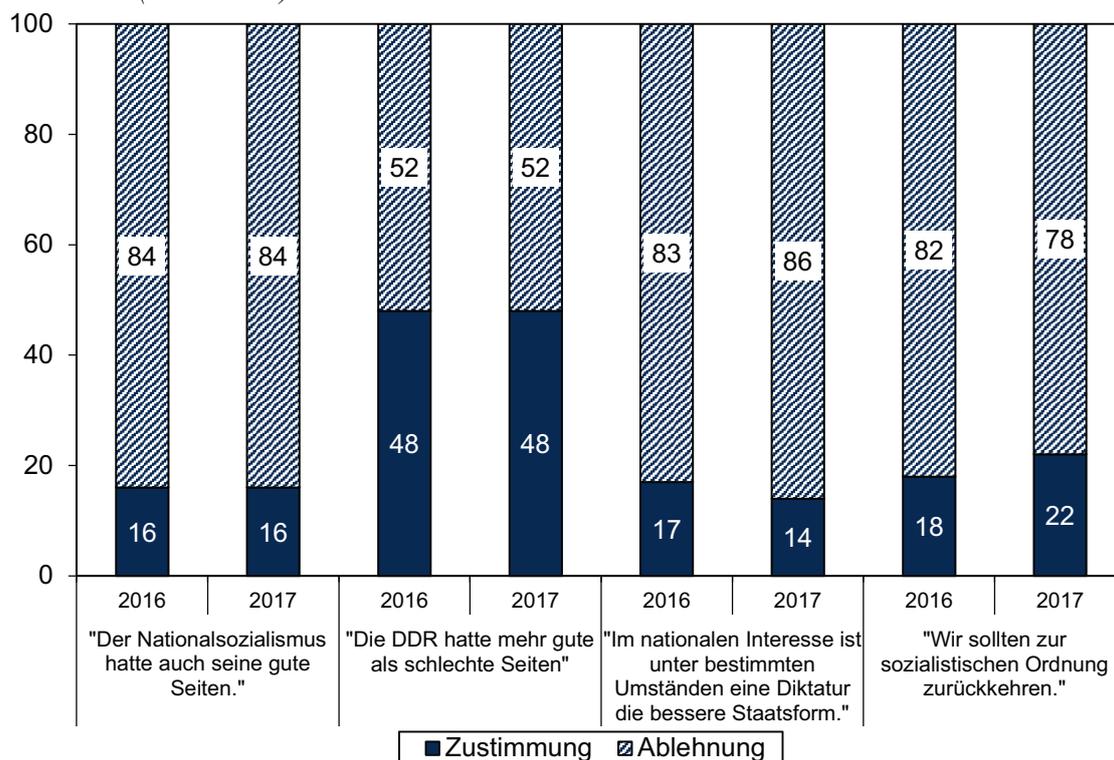


Hinweis: Abgetragen sind die kumulierten Prozentwerte für "vertraue voll und ganz" und "vertraue weitgehend".

Eine Wendung zum Besseren sehen wir auch im Institutionenvertrauen (Abb. 81). Das Vertrauen in die Polizei erreicht mit 73 Prozent „voll und ganz“ oder „weitgehend“ einen historischen, das Vertrauen in die Justiz mit 57 Prozent einen langjährigen Spitzenwert. Auch das Vertrauen in die Landesregierung und – mit einem besonders starken Wachstum

– in die Bundesregierung haben zugenommen und liegen annähernd wieder auf dem Niveau des Spitzenjahres 2014. Auf der anderen Seite gilt aber, dass zwischen einem Drittel und einem Viertel der Befragten den Kerninstitutionen der repräsentativen Demokratie „eher nicht“ oder „gar nicht“ vertrauen, während jeweils rund ein Drittel ambivalent bleiben. Diese Befunde deuten, wie jener, dass etwa zwei Fünftel der Befragten der repräsentativen Demokratie kritisch bis ablehnend gegenüber stehen, darauf hin, dass, trotz der zuletzt günstigen Entwicklung in Thüringen, repräsentative Institutionen und demokratische Praxis keineswegs solide in der Thüringer Bevölkerung verankert sind.

Abb. 82: Bewertung historischer Diktaturen, Diktatur- und Sozialismusaffinität 2016 und 2017
(in Prozent)

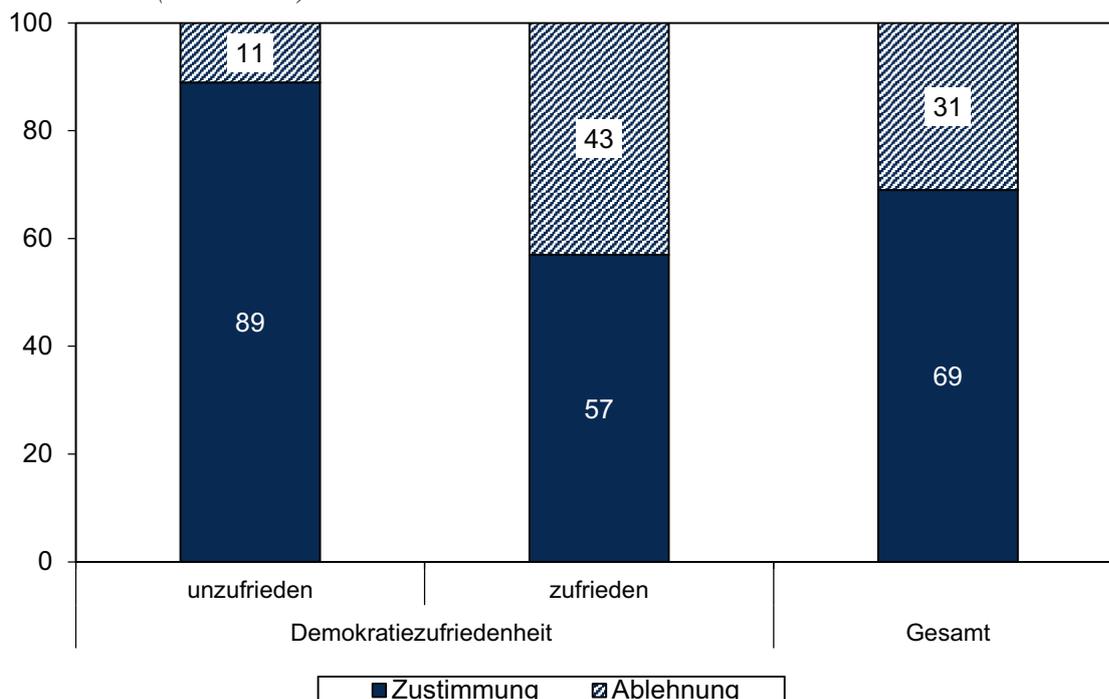


Skepsis wird in dieser Hinsicht auch durch Einschätzungen unterstützt, die die Befragten über die Offenheit unserer repräsentativen Demokratie und die Antwortbereitschaft ihrer Eliten abgeben: 69 Prozent der Befragten, und damit fast exakt der gleiche Anteil wie im vergangenen Jahr, stimmen der Aussage zu, dass „in unserer Demokratie die Anliegen der Menschen nicht mehr wirksam vertreten“ werden. Den gleichen Anteilswert von 69 Prozent erreicht die Zustimmung zu der Aussage, dass die „Herrschenden und Mächtigen in unserer Gesellschaft ... gegen die Interessen der einfachen Bevölkerung handeln“ (vgl. Kapitel IV.7). 46 Prozent glauben, dass man „heutzutage ... seine Meinung nicht frei äußern [kann], weil man sonst Nachteile haben könnte“ (nach 48 Prozent im vergangenen Jahr), und 63 Prozent meinen, dass Deutschland „jetzt“ eine „starke Partei“ braucht, „die die Volksgemeinschaft [!] insgesamt verkörpert“, während 74 Prozent glauben, dass „die Parteien nur die Stimmen der Wähler [wollen], während ihre Ansichten sie nicht interessieren“ und 67 Prozent der Aussage zustimmen, dass „Leute wie ich ... so oder so keinen Einfluss darauf [haben], was die Regierung tut“. Eine im Vergleich zum Vorjahr stabile Mehrheit von 54 Prozent der Befragten urteilt abstrakt positiv über eine Diktatur als Staatsform oder über die Diktaturen

der deutschen Diktaturvergangenheit. Stabile Anteilswerte haben auch die Komponenten, aus denen sich der Indikator für „Diktaturaffinität“ zusammensetzt (Abb. 82). Wie im Vorjahr sieht etwa jede(r) sechste Befragte im Nationalsozialismus „auch ... gute Seiten“ und hält „im nationalen Interesse“ unter bestimmten Umständen eine Diktatur für die bessere Staatsform, etwa jede(r) Fünfte will zur „sozialistischen Ordnung zurückkehren“, und fast jede(r) zweite meint, dass „die DDR mehr gute als schlechte Seiten“ hatte (hier geben allerdings 13 Prozent aller Befragten und zwischen 22 und 29 Prozent der 18- bis 44-Jährigen kein Urteil mehr ab).

Allgemein gilt, dass die negativen und relativierenden Urteile der Thüringer Befragten über die Demokratie als Staatsform und politische Praxis im Jahresvergleich annähernd konstant geblieben sind und sich mit einer verbreiteten Elitenkritik verbinden. Da zugleich die Demokratiezufriedenheit von 2016 auf 2017 markant zugenommen und einen historischen Spitzenwert von 65 Prozent erreicht hat, bedeutet dies zwingend, dass ein erheblicher Anteil der Befragten im Hinblick auf Demokratiekritik widersprüchliche, zumindest inkonsistente Positionen einnimmt (Abb. 83). Tatsächlich stimmt eine Mehrheit von 57 Prozent der Befragten, die mit der politischen Praxis in Deutschland zufrieden sind, zugleich der Aussage zu, dass in „unserer Demokratie“ die „Anliegen der Menschen nicht mehr wirksam vertreten“ werden. Gegenüber dem Vorjahr, in dem dieser Anteil bei 52 Prozent lag, hat die Ambivalenz oder Widersprüchlichkeit bei den Befragten im Hinblick auf ihre Haltung gegenüber der demokratischen Praxis signifikant zugenommen. Insgesamt liegt der Anteil der Befragten, die diese beiden Interviewfragen in widersprüchlicher Weise beantworten, 2017 bei 38 Prozent. Ähnliche Inkonsistenzen und Widersprüche treten mehrheitlich oder bei großen Minderheiten der Befragten bei allen demokratie- und parteienkritischen Items auf.

Abb. 83: *„In unserer Demokratie werden die Anliegen der Menschen nicht mehr wirksam vertreten“ in Abhängigkeit von der Zufriedenheit mit der demokratischen Praxis*
(in Prozent)



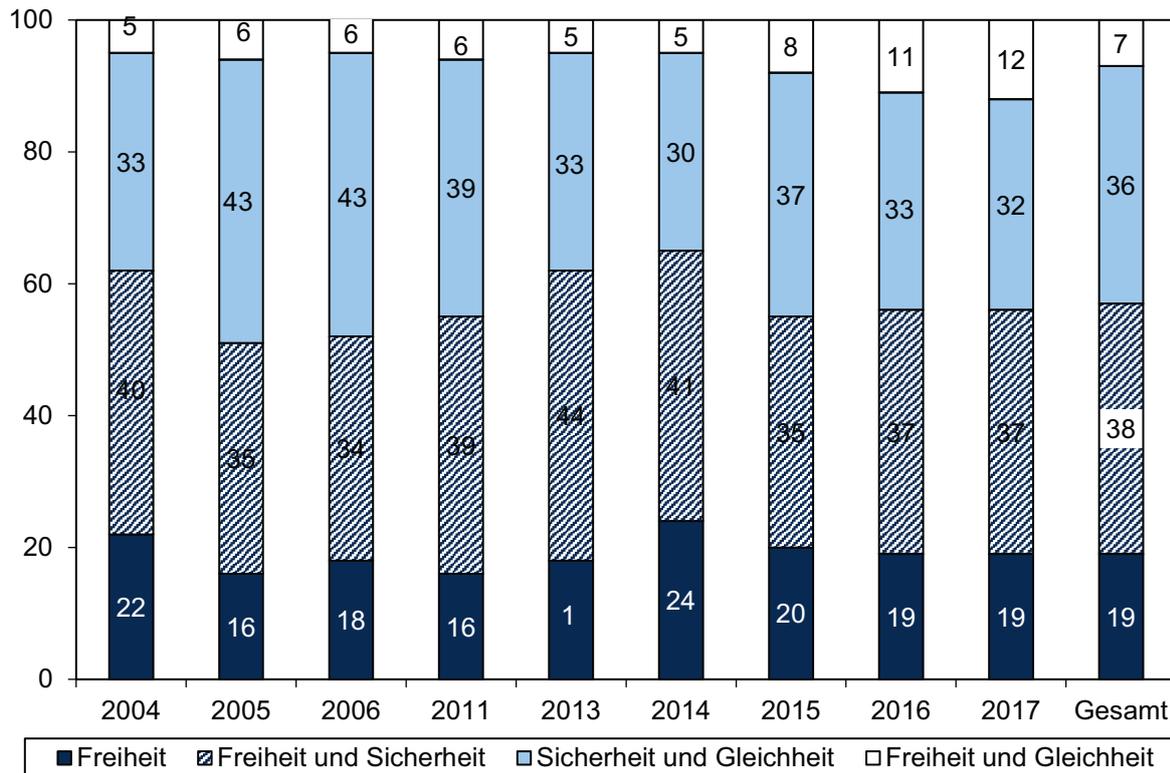
In dem jeweils von einem breiten Konsens getragenen Nebeneinander von Demokratiezufriedenheit und Demokratiekritik, das auf der Ebene der einzelnen Befragten häufig als ein Miteinander beider Einstellungstypen auftritt, zeigen sich wieder einmal die regelmäßig von uns diagnostizierten „gemischten Gefühle“ und Ambivalenzen. Zuletzt hatten wir diese im letztjährigen THÜRINGEN-MONITOR bei den Befragten im Hinblick auf ihre Haltung zur Fluchtmigration und die mit ihr zu uns gekommenen Menschen diagnostiziert (TM 2016: 33 ff.). Es ist offenkundig falsch und missleitend, Befragte nur auf der Grundlage ihres Antwortverhaltens auf *eine* Einstellungsfrage zu klassifizieren. Die Lebenswirklichkeit einer politischen Kultur ist vielmehr durch Vielschichtigkeit und Widersprüchlichkeit von Einstellungen, Meinungen und Bewertungen der in ihr Agierenden bestimmt.

Doch erweist sich oftmals, dass vermeintlichen Widersprüchen eine eigene Logik unterliegt, die sich erst auf den zweiten Blick offenbart. Das mag auch für das Neben- und Miteinander von hoher Demokratiezufriedenheit und scharfer Demokratiekritik gelten: Demokratiezufriedenheit wird gemäß dem Fragetext im THÜRINGEN-MONITOR aus dem „Funktionieren“ unserer Demokratie „in der Praxis“ abgeleitet, mit anderen Worten: aus den Ergebnissen erfolgreichen politischen Handelns. Demokratiekritik bezieht sich dagegen auf unterstellte Defekte und Defizite des politischen Betriebs wie Abgehobenheit, Selbstbezüglichkeit und Eigennutz der in ihm wirkenden Eliten. Beides schließt sich nicht aus, doch steht eine „Schönwetterdemokratie“, die beständig durch die Erfolge ihrer Eliten bestätigt werden muss, auf unsicherem Grund. Der deutliche Rückgang der Demokratiezufriedenheit von 2014 auf 2015 unter dem Eindruck der Euro- und der sich entwickelnden „Flüchtlingskrise“ ist hier ein deutliches Warnzeichen.

Verbreitete und oftmals einen Mehrheitskonsens bildende Erwartungen an das politische System und die in ihm verantwortlich Handelnden stehen in einem Spannungsverhältnis zu den auf Pluralität, Diskurs und friedlichen Wettbewerb ausgerichteten Grundwerten der repräsentativen Demokratie. Der Kern dieser Erwartungen bildet die Forderung nach einem starken Staat, in dem die Belange der Mehrheit der Alteingesessenen einschränkungslos Priorität genießen und mit allem Nachdruck nach innen und außen vertreten werden. So fordern jeweils 64 Prozent der Befragten ein „hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland“ und erwarten „endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl“, 62 Prozent wollen, dass wieder „mehr für die Mehrheit in diesem Land getan [wird] als sich um Minderheiten zu kümmern“, und 63 Prozent fordern, dass „gegen Außenseiter und Nichtsteuer mit aller Härte vorgegangen wird.“ Wenn die Befragten aufgefordert werden, die politischen Ziele Sicherheit, Freiheit und Gleichheit nach ihrer Wichtigkeit zu ordnen, ziehen wie in den Vorjahren zwei Drittel der Befragten die Sicherheit der Freiheit vor, während – ebenfalls wie in den Vorjahren – die Hälfte gegenüber zwei Fünftel der Befragten die Freiheit vor die Gleichheit stellen (Abb. 84).

Unterlegt sind diese Einstellungen und Wertehierarchien durch einen verbreiteten *Autoritarismus*, das heißt, durch Verhaltenserwartungen, die Unterordnung und Gehorsam mit der vorbehaltlosen Anerkennung von Hierarchien verbinden (vgl. Kapitel IV.6). Er prägt sich bei 43 Prozent der Befragten in seiner härtesten Form aus („hoch autoritär“), während nur 22 Prozent als „nicht autoritär“ klassifiziert werden.

Abb. 84: Trilemma Freiheit – Sicherheit – Gleichheit 2004–2017
(in Prozent)



Die weite Verbreitung solcher Dispositionen ist deshalb bedenklich, weil sie in einem Ursachenzusammenhang mit demokratiefeindlichen Positionen stehen: Autoritarismus ist, wie sich in unseren Analysen beständig erweist, einer der erklärungsstärksten Einflussfaktoren für Rechtsextremismus und verstärkt signifikant die Gewaltbereitschaft (vgl. Kapitel IV.4). Dies sind beunruhigende Befunde. Sie sollten zwar nicht vergessen lassen, dass im laufenden Erhebungsjahr sowohl die Demokratiezufriedenheit wie die Demokratieunterstützung im Zeitvergleich Höchstwerte erreicht haben, doch zeigt sich ein deutlicher Abstand zwischen den Werten und Normen, die das Handeln der Eliten in den Institutionen der repräsentativen Demokratie bestimmen und den Erwartungen einer Mehrheit oder zumindest großer Minderheiten der Thüringer Bürger_innen.

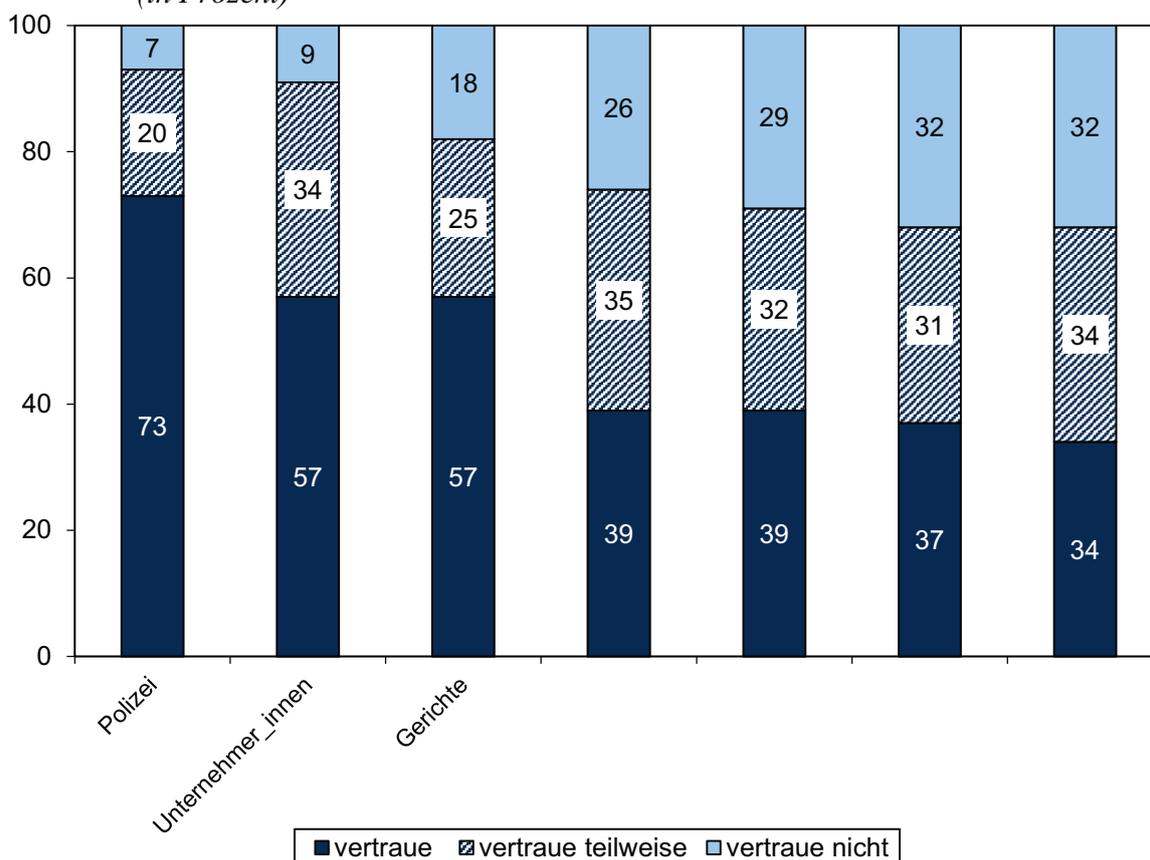
2. Einstellungen zur Wirtschafts- und Sozialordnung

Distanz und Ablehnung zugleich mit Zustimmung und Unterstützung zeigen sich auch im Hinblick auf die Institutionen der marktwirtschaftlich-kapitalistischen Wirtschaftsordnung, die das ökonomische Widerlager der repräsentativen Demokratie bildet: Eine Mehrheit von 57 Prozent der Befragten hält „unsere Gesellschaftsordnung in Deutschland“ für „eher ungerecht“ und nur 29 Prozent für „eher gerecht“, mit Blick auf Thüringen – wo Einkommens- und Vermögensunterschiede weniger stark ausgeprägt sind als im deutschen Durchschnitt – liegen die entsprechenden Werte bei 45 und 39 Prozent – der Rest gibt kein endgültiges Urteil ab (vgl. Kapitel III.8). 86 Prozent der Befragten halten den Gegensatz zwischen Arm und Reich in unserem Land für eher oder sehr stark ausgeprägt, 57 Prozent meinen, die Chancen in Deutschland sozial aufzusteigen, seien generell eher oder sehr schlecht, 72 Prozent glauben, dass die Chancen für sozialen Aufstieg stark von der sozialen

Herkunft abhängen (vgl. Kapitel III.7). Zugleich sind 88 Prozent der Befragten dafür, „Spitzeneinkommen und Vermögen stärker zu besteuern, um damit Sozialleistungen zu finanzieren“. Eine Mehrheit von 55 Prozent lehnt die Aussage ab, dass es „für die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes am besten [ist], wenn der Staat möglichst wenig in die Wirtschaft eingreift“. Für eine große Minderheit von 42 Prozent der Befragten (bei zehn Prozent, die hierzu keine Aussage treffen) reichen auch Umverteilung und Staatsintervention nicht aus, um das Gerechtigkeitsproblem „des Kapitalismus“ zu lösen: Sie meinen, dass „der Kapitalismus beseitigt werden [muss], um endlich echte Gerechtigkeit herzustellen“. Etwas mehr als jeder Fünfte der Befragten will sogar „zur sozialistischen Ordnung zurückkehren“.

Diesen mehrheitlich kapitalismusskeptischen und bei einer großen Minderheit dezidiert kapitalismusfeindlichen Positionen steht jedoch die überraschend große Mehrheit von 57 Prozent der Befragten gegenüber, die „voll und ganz“ oder „weitgehend“ der Thüringer Unternehmerschaft vertraut (Abb. 85).

Abb. 85: Institutionenvertrauen 2017
(in Prozent)

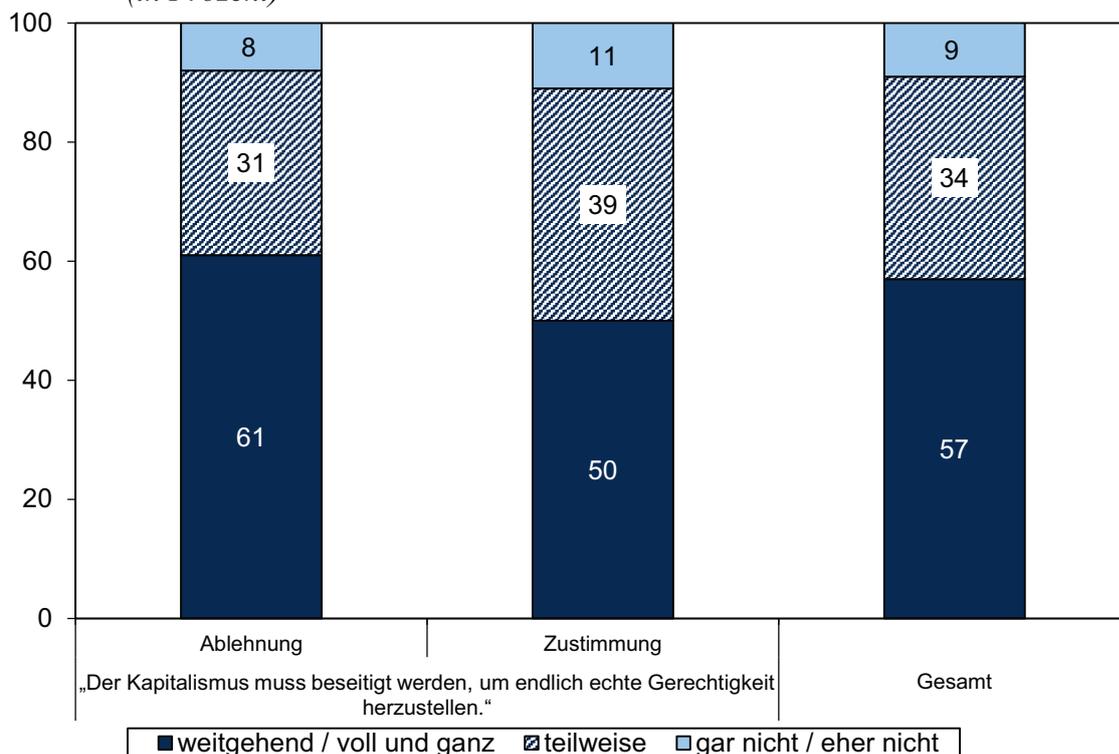


Damit liegt das Unternehmervertrauen um eine Größenordnung über dem, das den Kerninstitutionen der repräsentativen Demokratie, den demokratisch gewählten Parlamenten und demokratisch legitimierten Regierungen auf Bundes- und Landesebene entgegengebracht wird. Es liegt auf dem gleichen Niveau wie das Vertrauen in die Justiz und entspricht – wenn wir nur das explizite Misstrauen betrachten – dem in die Polizei, dem Champion des Institutionenvertrauens in Thüringen. Es gilt damit: Während dem „Kapitalismus“ von einer großen Mehrheit Skepsis und von einer großen Minderheit

Ablehnung entgegengebracht wird, genießen die Kapitalistinnen und Kapitalisten Thüringens bei einer großen Mehrheit der Befragten ausdrückliches Vertrauen und nur bei einer Minderheit von neun Prozent ausdrückliches Misstrauen. Der letztgenannte Wert ist bei Bundestag, Landtag und den Regierungen auf Bundes- und Landesebene um etwa das Dreifache höher. Wir sind insofern mit einer in zweierlei Hinsicht widersprüchlichen Befundlage konfrontiert: Zum einen wird „der Kapitalismus“ als Sozial- und Wirtschaftssystem einer kritisch-negativen Bewertung unterzogen, während „die Unternehmer_innen“ als Protagonist_innen dieses Systems weit überwiegend Vertrauen genießen. Zum anderen verleiht die demokratische Legitimation Regierungen und Parlamenten keinen Vertrauensvorsprung vor den Repräsentant_innen des Kapitalbesitzes. Wir vermuten, dass diese Bewertungsdifferenziale darin begründet sind, dass das Vertrauen in die Thüringer Unternehmer_innen aus einem personalisierten, lebensweltlichen und durch Alltagserfahrung geprägten Verhältnis gespeist wird, während die Bewertungen des Kapitalismus als Sozial- und Wirtschaftssystem oder das Vertrauen in die Institutionen der repräsentativen Demokratie aus einem abstrakten, medial und in kontroversen Diskursen vermittelten und damit Distanz schaffenden Verständnis resultieren. Für diese Deutung spricht, dass nahezu ein Fünftel der Personen, die nicht erwerbstätig sind, kein Urteil über die Unternehmerinnen und Unternehmer in Thüringen abgeben, während dies aber nur für vier Prozent der Erwerbstätigen gilt. Arbeiter_innen – die der Theorie nach Antagonist_innen der Unternehmerschaft sein sollten – unterscheiden sich in ihrem Unternehmervertauen nur insofern von den übrigen Befragten, als bei ihnen die Kategorie „vertraue teilweise“ stärker besetzt ist. Der Anteil der nicht Vertrauenden entspricht hier dem allgemeinen Durchschnitt.

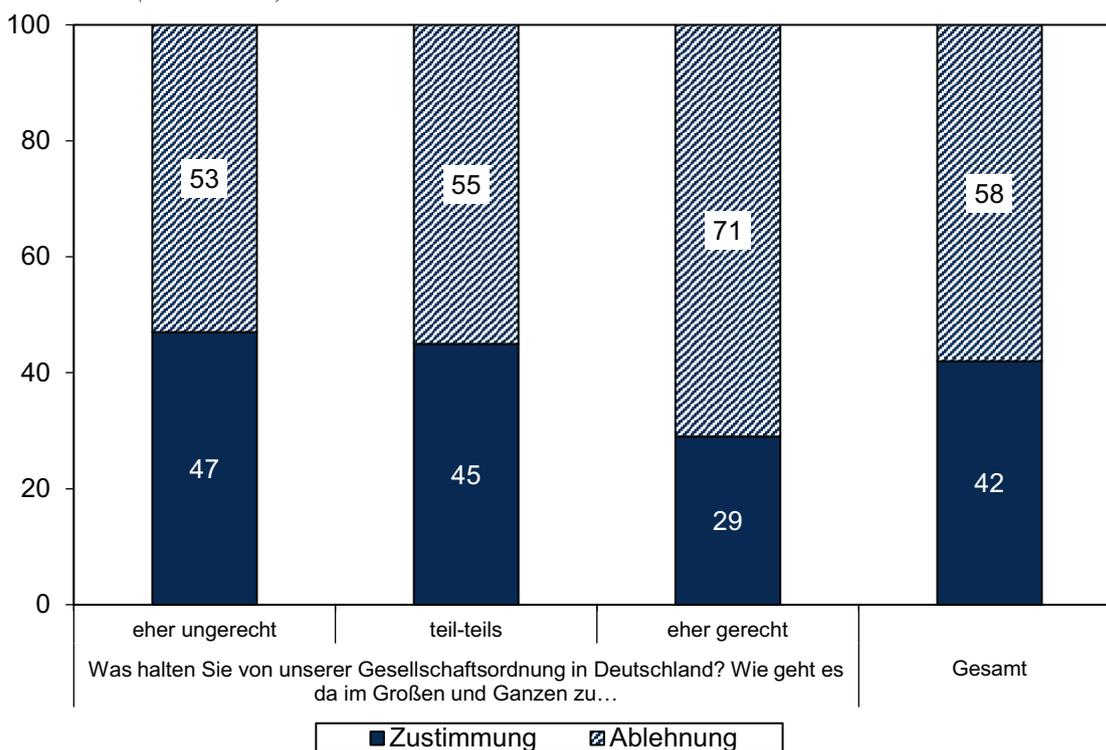
Abb. 86: Vertrauen in Thüringer Unternehmer_innen nach Ablehnung des Kapitalismus

(in Prozent)



Unternehmervertrauen und Kapitalismuskritik koexistieren nicht nur parallel in der Gesellschaft Thüringens, sondern sie verbinden sich bei den einzelnen Befragten zu geradezu bizarr anmutenden Einstellungskonstellationen. So vertraut eine deutliche relative Mehrheit der Befragten, die den Kapitalismus abschaffen wollen „um endlich echte Gerechtigkeit herzustellen“, den Thüringer Unternehmern und Unternehmerinnen, und nur elf Prozent der „Antikapitalist_innen“ misstrauen ihnen (Abb. 86). Bei jenen Befragten, die zur „sozialistischen Ordnung zurückkehren wollen“, liegen diese Anteile bei 48 Prozent und acht Prozent (!). Mit anderen Worten: neun von zehn der härtesten „Antikapitalist_innen“ in Thüringen vertrauen ganz oder teilweise der Thüringer Unternehmerschaft. Auch im Hinblick auf die Einstellungen gegenüber der Wirtschafts- und Sozialordnung verbinden sich also bei vielen Befragten Einstellungskomponenten zu einer ambivalenten bis widersprüchlichen Gesamtkonstellation. Wir vermuten, dass diese Gemengelage aus der Verbindung von unterschiedlich gepolten eigenen alltagsweltlichen Erfahrungen mit vermittelten Kognitionen oder Ideologemen resultiert und auf diese Weise auf den ersten Blick Unvereinbares bei den einzelnen Befragten vereinbar wird.

Abb. 87: „Der Kapitalismus muss beseitigt werden, um endlich echte Gerechtigkeit herzustellen“ nach Gerechtigkeitswahrnehmung (in Prozent)



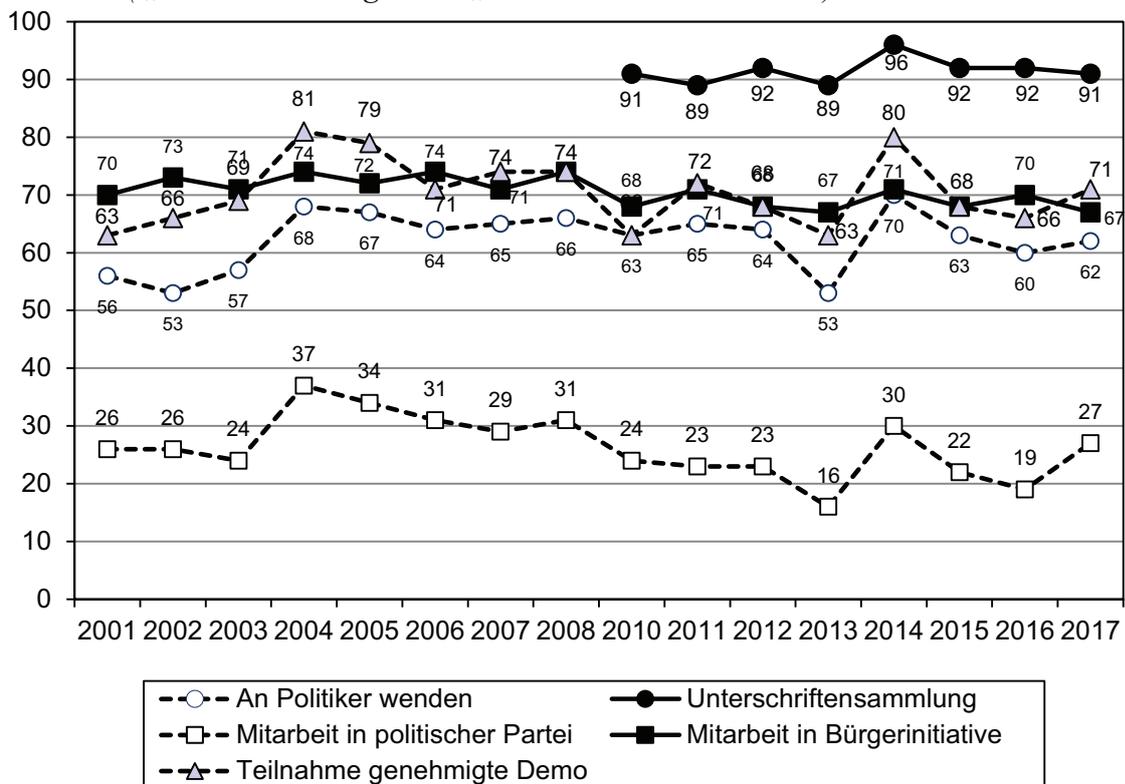
3. Politische Beteiligung und Parteibindung

Die Qualität der politischen Kultur eines Landes wird wesentlich durch das bürgerschaftliche Engagement seiner Bevölkerung bestimmt. Von ihrem Handeln, aber auch von ihrer Apathie und ihrem Rückzug gehen Signale an die politisch Verantwortlichen aus. Dazu öffnen sich in einer repräsentativen Demokratie neben Wahlen weitere grundrechtlich garantierte

Zugänge, wie etwa die Beteiligung an Unterschriftensammlungen, die Teilnahme an genehmigten Demonstrationen, die Mitarbeit in Bürgerinitiativen und politischen Parteien.

Die Bereitschaft, sich in dieser Weise neben Wahlen politisch zu beteiligen, wird vom THÜRINGEN-MONITOR seit seinen Anfängen kontinuierlich berichtet. Dies geschieht hier nicht auf der Grundlage direkter Beobachtung und Messung, sondern auf der Erfassung dessen, was die Befragten über sich selbst berichten. Dabei können ihre Mitteilungen durch Verhaltenserwartungen anderer verzerrt werden. Ein möglicher Effekt „sozialer Erwünschtheit“ würde aber die Angaben der Befragten nicht wertlos machen, sondern wäre ein starker Hinweis darauf, was sie für die soziale (oder politische) Norm halten und für sich selbst gelten lassen. Tatsächlich variieren aber in den Daten die Differenzen der Anteilswerte für die Antwortkategorien „habe ich schon getan“ und „würde ich tun“ so erheblich, nämlich zwischen dem zweifachen (Beteiligung an einer Unterschriftensammlung) und achtfachen (Beteiligung an einer Bürgerinitiative), zwischen den im THÜRINGEN-MONITOR erfassten Partizipationsformen, dass es nahelegt, die im Längsschnitt selbst berichtete Partizipation zumindest in der Größenordnung als zutreffend zu interpretieren. In der Langzeitbetrachtung der „Partizipationsbereitschaft“, bei der wir die Antwortkategorien „habe ich schon getan“ und „würde ich tun“ zusammengefasst haben, zeigt sich (mit Ausnahme der Jahre 2013 und 2014) eine große Stabilität der Zeitreihen (Abb. 88).

Abb. 88: Formen legaler politischer Partizipation 2001–2017
(„habe ich schon getan“/ „würde ich tun“ in Prozent)



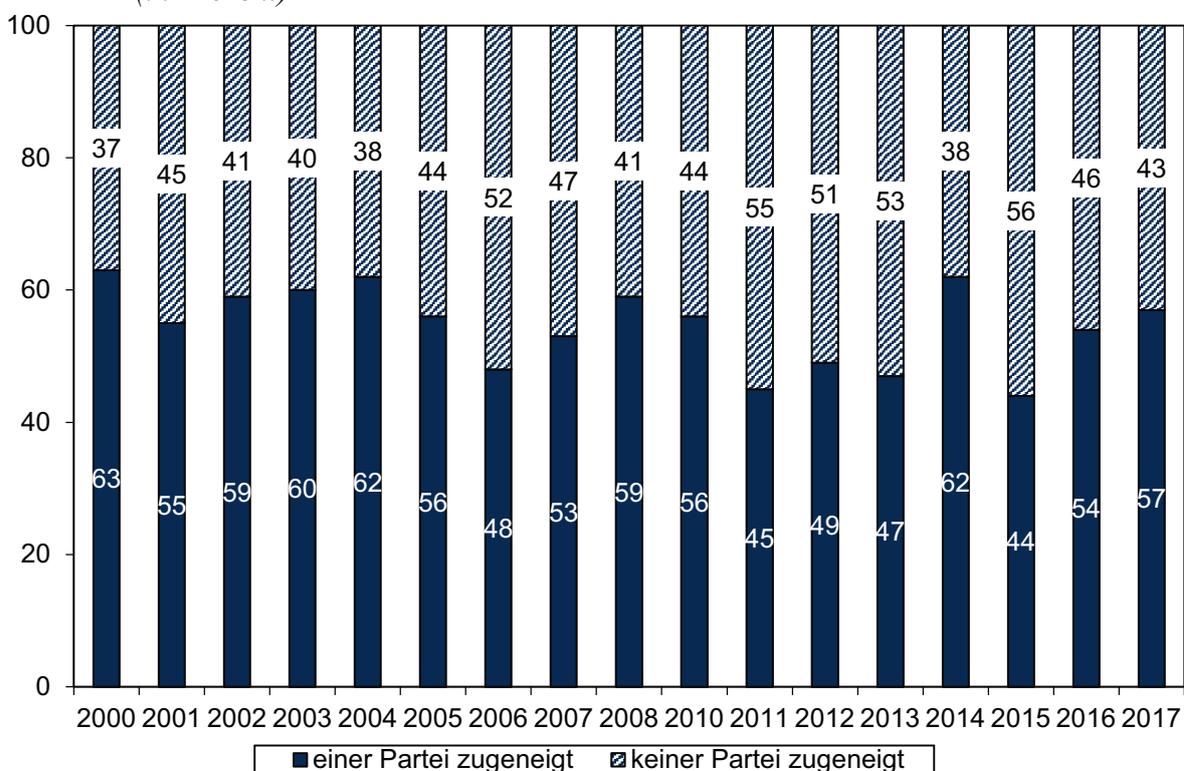
Anmerkung: „Teilnahme an einer Unterschriftensammlung“ wurde erstmals im TM 2010 abgefragt.

Dies gilt auch für ihre Reihung, die sich zwischen der Beteiligung an einer Unterschriftensammlung, zu der die Befragten nahezu einhellig bereit sind, über eine Mittelgruppe, in der die Teilnahme an einer genehmigten Demonstration, die Mitarbeit in

einer Bürgerinitiative und die Kontaktaufnahme mit Politiker_innen von ca. zwei Dritteln der Befragten erwogen oder praktiziert werden, zum Schlusslicht reicht, der Option, in einer politischen Partei mitzuarbeiten, die für etwa ein Viertel der Befragten besteht (Abb. 90).

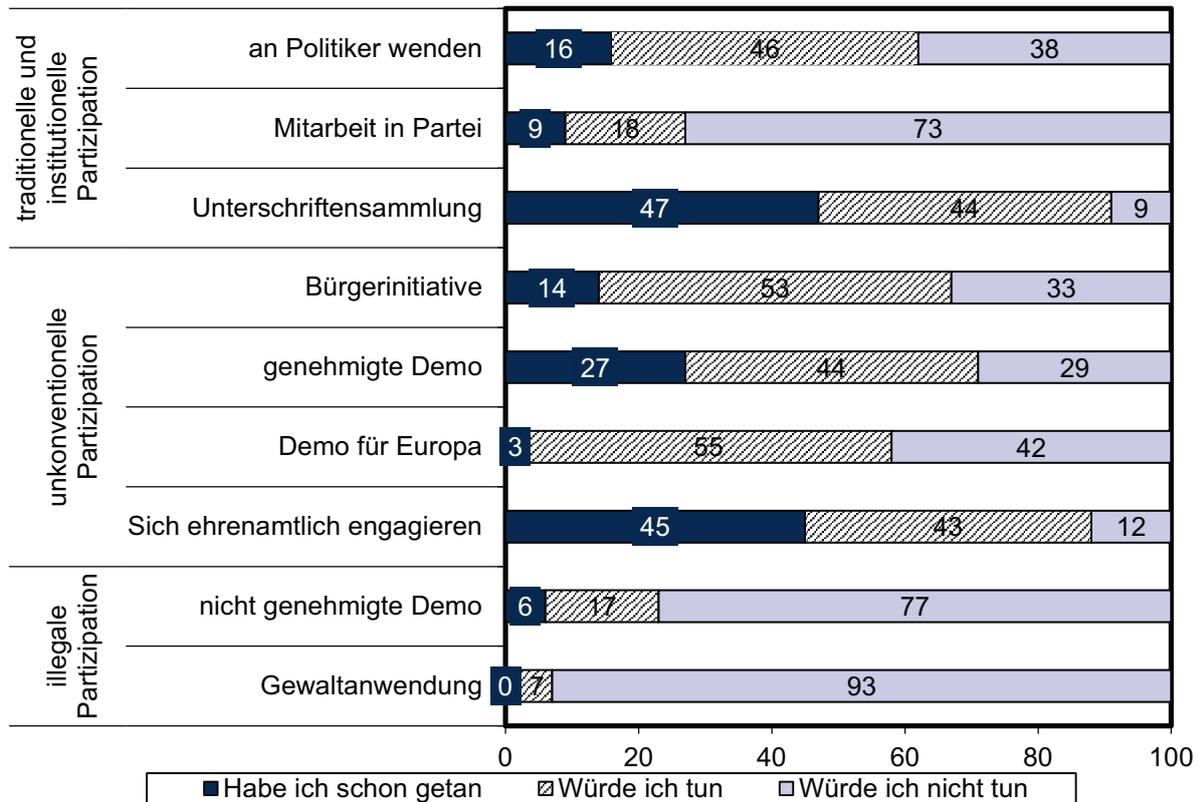
Hier hat sich allerdings gegenüber dem Vorjahr mit einem Anstieg des Anteilswertes um ein Drittel auch der deutlichste Wandel vollzogen. Der Anteil der Befragten, die angeben, tatsächlich bei einer politischen Partei mitgearbeitet zu haben, hat sich sogar auf neun Prozent mehr als verdoppelt. Dies ist ein Niveau, das zuletzt Anfang des Jahrzehnts erreicht worden war. Diese Entwicklung koinzidiert mit einem Anstieg des Anteils *parteigebundener* Befragter von einem historischen Tief von 44 Prozent in 2015 auf 57 Prozent im laufenden Jahr (Abb. 89).

Abb. 89: Längerfristige Parteineigung 2000–2017
(in Prozent)



Es ist ein weiteres Paradoxon unserer Untersuchung, dass dieser Anstieg parteienengagierter und parteigebundener Befragter mit einer nach wie vor von drei Viertel der Befragten geäußerten scharfen Parteienkritik zusammengeht, die der Aussage zustimmen, dass „die Parteien nur die Stimmen der Wähler“ wollen, während „ihre Ansichten sie nicht interessieren“. Wir vermuten und werden durch die Daten des THÜRINGEN-MONITORS 2017 zur Parteineigung bestätigt, dass der Zuwachs der Parteibindung und des Engagements in Parteien *teilweise* der Erweiterung des Parteienspektrums durch die AfD zuzuschreiben ist, die auch und gerade einem politisch entfremdeten, parteifernen bzw. parteienfeindlichen Teil der Bevölkerung Thüringens einen parteiförmig organisierten politischen Artikulationsraum eröffnet hat. Gleichzeitig hat das Auftreten dieser Partei vermutlich eine Gegenbewegung erzeugt, denn der Zuwachs der Parteibindungen erfolgte *weit überwiegend* zugunsten der „etablierten“ Parteien CDU und SPD.

Abb. 90: Politische Partizipation 2017
(in Prozent)



Der Anstieg der Parteibindung der Befragten strahlt auch auf andere Aspekte ihres Partizipationsverhaltens aus. Dies gilt insbesondere für die Wahlnorm, die breite Unterstützung findet: Nahezu drei Viertel der Befragten (74 Prozent) stimmt der Aussage zu, dass sie ihre „Bürgerpflichten ernsthaft vernachlässigen [würden], wenn [sie] nicht zur Bundestagswahl gehen würde[n]“. Wir haben in einem Erklärungsmodell insgesamt 12 Variablen zur sozialen und politischen Positionierung der Befragten sowie zur Bestimmung ihrer Zufriedenheit mit der politischen und sozialen Ordnung eingeführt, um Bestimmungsgründe für die Zustimmung zur Wahlnorm aufzuklären (Abb. 91).

Nach einer schrittweisen Auswahl verblieben von den zwölf ursprünglich in die Analyse aufgenommenen Variablen vier erklärungs mächtige Bedingungsfaktoren. Vor der Bildung und der Demokratiezufriedenheit, die bei Zunahme die Wahlnorm stärken, sowie dem Autoritarismus, der sie tendenziell schwächt, hat die *Parteibindung* den mit Abstand stärksten Einfluss. Unabhängig davon, mit welcher Partei man sich verbunden fühlt, wird nach Berücksichtigung aller übrigen Einflüsse durch Vorliegen einer Parteibindung die Wahlnorm um das 2,5-fache gestärkt.

Abb. 91: Einflüsse auf die Anerkennung der Wahlnorm
*Binomiale logistische Regression*⁴⁹

Erklärende Variablen	Odd Ratio / Exp.(B)	
Bildung: Abitur und höher	1,655*	
Autoritarismus: höher	0,815 n.s.	
Demokratiezufriedenheit: höher	1,619**	
Parteibindung: ja	2,459***	
Nagelkerke's R² (Modellgüte)	.103	
Exp (B) größer 1,0: erhöht Wahlnorm	Exp (B) kleiner 1,0: senkt Wahlnorm	Weißer Felder: nicht signifikant (n.s.)

Es ist ein gegenüber früheren Untersuchungen, die regelmäßig eine Dämpfung der Partizipationsbereitschaft durch Rechtsextremismus gezeigt haben, wichtiger abweichender Befund, dass 2017 die Wahlnorm weder durch einen erhöhten Ethnozentrismus noch durch eine Unterstützung neo-nationalsozialistischer Ideologeme gedämpft wird. Deshalb können zunehmende Parteibindungen und eine Stärkung der Wahlnorm nicht ohne weiteres als Stärkung der Institutionenordnung der repräsentativen Demokratie gewertet werden. Sie können auch Ausdrucksformen einer „negativen Partizipation“ sein, die zu den herrschenden Werten einer offenen Gesellschaft und den etablierten Normen der repräsentativen Demokratie in Konflikt steht.

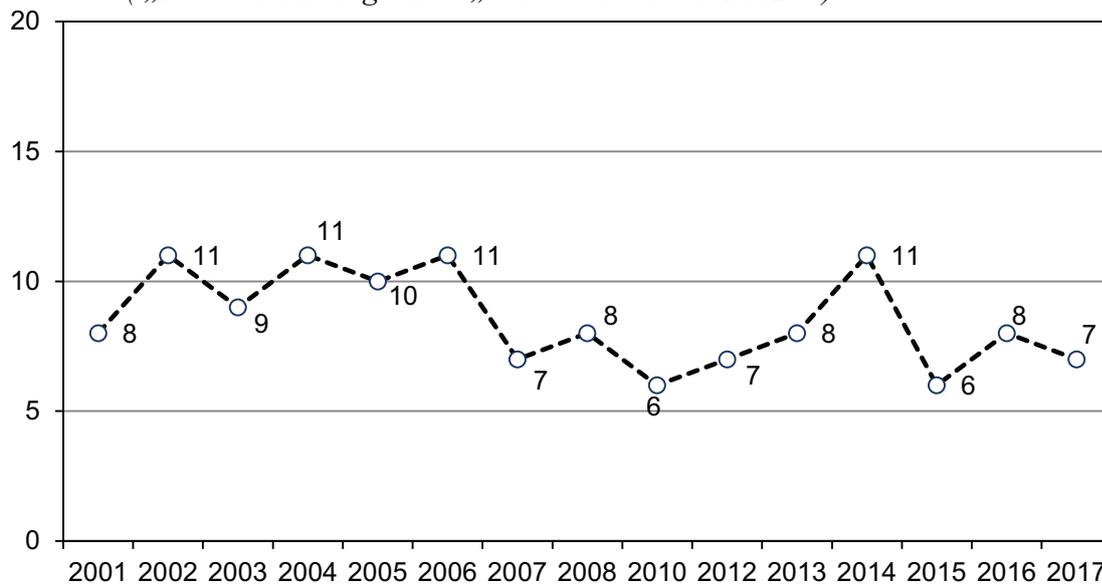
4. Illegale politische Partizipation und Gewaltbereitschaft

Die vielfältigen Möglichkeiten, die die repräsentative Demokratie zu politischer Teilhabe eröffnet, haben andererseits nicht dazu geführt, Gefühle politischer Entfremdung zu beseitigen, die – wenn auch in gradueller Abstufung – von einer großen Mehrheit der Bevölkerung geteilt werden. Dies gilt in etwas abgeschwächter Weise auch für die Beteiligungsmöglichkeiten, die von 43 Prozent der Befragten als „sehr schlecht“ oder „eher schlecht“ eingeschätzt werden. Dieses Urteil ist mit einer gedämpften Bereitschaft verbunden, etablierte zivilgesellschaftliche Rollen zu übernehmen: Partizipations skeptiker unterstützen signifikant seltener die Wahlnorm, haben eine geringere Parteibindung und wollen sich seltener an Unterschriftensammlungen, Bürgerinitiativen oder an der Arbeit der Parteien beteiligen. Ihre Bereitschaft zu politischem Protest, etwa durch *Teilnahme an nicht genehmigten Demonstrationen*, ist demgegenüber signifikant erhöht und unterstreicht damit noch einmal, dass politische Entfremdung problematische Verhaltenskonsequenzen haben kann.

49 n=770. Abhängige Variable: „Ich würde meine Bürgerpflichten ernsthaft vernachlässigen, wenn ich nicht zur Bundestagswahl gehen würde.“ (0: Ablehnung 1: Zustimmung). *Schrittweise* Aufnahme von 12 unabhängigen Variablen: Bildung, Nettoäquivalenzeinkommen, subjektive Schichteinordnung (auf einer Skala 1-10), subjektive Deprivation (vgl. Kapitel III.4), Ostdeprivation, Autoritarismus, Ethnozentrismus, Neo-Nationalsozialismus, Links-Rechts-Selbsteinordnung, Demokratiezufriedenheit, Zustimmung zur Aussage „In unserer Demokratie werden die Anliegen der Menschen nicht mehr wirksam vertreten“ (gruppiert), Parteibindung (gruppiert). Vier Schritte bis zur Modellsättigung.
 Signifikanz: * p < .05; ** p < .01; *** p < .001; n.s. (nicht signifikant) p > .05, hier allerdings knapp: p = 0.051

In den THÜRINGEN-MONITOREN wird regelmäßig ein erheblicher Anteil von Befragten beobachtet, die zu illegalem politischem Handeln bereit sind. Im Jahr 2017 gilt dies immerhin für etwa ein Viertel der Befragten: 17 Prozent geben an, dass sie an einer nicht genehmigten Demonstration teilnehmen würden, weitere sechs Prozent sagen, dies schon einmal getan zu haben.

Abb. 92: Gewaltbereitschaft 2001–2017: „...für meine Ziele kämpfen, auch wenn dafür Gewalt notwendig ist“
(„habe ich schon getan“/„würde ich tun“ in Prozent)



Sieben Prozent sind sogar bereit, für ihre „Ziele zu kämpfen, auch wenn dazu Gewalt erforderlich ist“. Der Anteil der Personen, die diese extreme Position vertreten, ist zwar gegenüber einem Spitzenwert von elf Prozent im Jahr 2014 auf nunmehr sieben Prozent gesunken (Abb. 92), doch liegt dieser Anteil damit immer noch auf einem beunruhigend hohen Niveau, denn hier geht es nicht nur um Tabuverletzungen, sondern um eklatante Rechtsbrüche. Demokratische Entscheidungsbildung setzt, so konfliktbehaftet ihre Gegenstände und so umstritten ihre Ausgänge sein mögen, einen regelkonformen und friedlichen Verlauf voraus, bei dem niemand um seine Integrität, zuallerletzt um seine körperliche Integrität, fürchten sollte. Politisch motivierte Gewalttaten sind deshalb schwerwiegende Symptome der Pathologie einer politischen Kultur. Während ihre Verfolgung und Sanktionierung dem Monopol des Staates auf Durchsetzung seiner Rechtsordnung unterliegt, ist ihre Prävention eine allgemeine öffentliche Aufgabe, bei der sich idealiter staatliche und zivilgesellschaftliche Initiativen verbinden. (Zum Zusammenhang zwischen Gewaltbereitschaft und Einstellungen gegenüber ethnischen, kulturellen und sozialen Minderheiten vgl. Kapitel IV.8). Es ist unter diesen Voraussetzungen von großer Bedeutung, dass wir mit den Daten des THÜRINGEN-MONITORS in der Lage sind, Gründe zu identifizieren, die zu Gewaltbereitschaft führen – die tatsächliche Beteiligung an Gewalttaten kann hingegen mit Instrumenten der Umfrageforschung nicht angemessen erfasst werden, da sie von den Befragten zu selten berichtet wird. Selbst die Gewaltbereitschaft ist zu selten, als dass wir Aussagen über komplexe Verursachungszusammenhänge auf der Basis einer einzigen Jahreserhebung machen könnten. Über diese Hürde hilft uns jedoch der jährliche Erhebungsmodus des THÜRINGEN-MONITORS, der es möglich macht, die Daten mehrerer oder aller Jahresscheiben zu kumulieren. Tun wir dies über den gesamten Zeitraum, in dem Gewaltbereitschaft mit

dem THÜRINGEN-MONITOR erfasst wird, also seit 2001, erhalten wir eine Gesamtzahl von 1346 gewaltbereiten Befragten (= acht Prozent), denen 14.661 nichtgewaltbereite Personen gegenüberstehen.

Abb. 93: Einflüsse auf die Gewaltbereitschaft
Binomiale logistische Regression⁵⁰

Erklärende Variablen	Odd Ratio / Exp.(B)
Alter: höher	0,992**
Geschlecht: weiblich	0,463***
Bildung: Abitur und höher	0,821 n.s.
arbeitslos: ja	1,607**
Deprivation: schlechte individuelle wirtschaftliche Lage + „weniger als gerechter Anteil“: ja	0,844 n.s.
Abstiegsangst: „...auf die Verliererseite des Lebens zu geraten.“ (Zustimmung höher)	1,095*
Ostdeprivation: negative Einheitsbewertung + „Ostdeutsche = Menschen 2. Klasse“: ja	1,550***
Selbsteinordnung „weit oder ganz weit links“: ja	1,368*
Selbsteinordnung „weit oder ganz weit rechts“: ja	2,459***
Autoritarismus: höher	1,283***
Demokratiezufriedenheit: höher	0,852*
Politische Selbstwirksamkeitsüberzeugung: „[...] keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut“ (Zustimmung höher)	1,028 n.s.
Nagelkerke's R ² (Modellgüte)	.068

Exp (B) größer 1,0: erhöht Gewaltbereitschaft	Exp (B) kleiner 1,0: senkt Gewaltbereitschaft	Weißer Felder: nicht signifikant (n.s.)
--	--	--

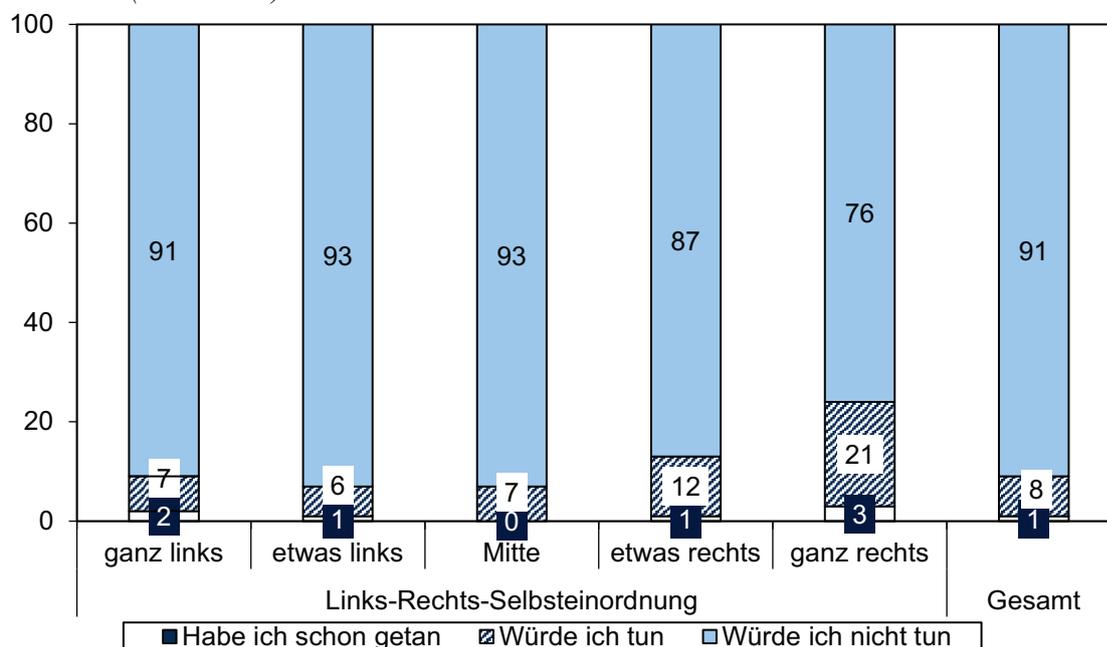
Eine multivariate Analyse (Abb. 93) ergibt, dass Frauen, ältere Personen und Befragte mit höherer Demokratiezufriedenheit eine signifikant geringere Gewaltbereitschaft aufweisen, wobei der dämpfende Effekt des Geschlechts besonders stark ist. Hingegen steigern *Arbeitslosigkeit*, *Abstiegsangst*, *Ostdeprivation* und *Autoritarismus* die Gewaltbereitschaft. Der Bildungsstatus, die Einschätzung und Bewertung der eigenen wirtschaftlichen Lage (Deprivation) sowie die politische Selbstwirksamkeitsüberzeugung haben allerdings keinen signifikanten Einfluss.

Eine besondere Bedeutung hat in der öffentlichen Debatte – vor allem mit Blick auf aktuelle Ereignisse und ihre mediale Darstellung – der **Zusammenhang zwischen politischem Extremismus und Gewaltbereitschaft**. Bereits im THÜRINGEN-MONITOR 2016 wurde gezeigt, dass *neo-nationalsozialistische Einstellungen* einen höchst signifikanten und vergleichsweise starken Einfluss auf die Gewaltbereitschaft haben, ethnozentrische (fremdenfeindliche und nationalistische) Einstellungen hingegen keinen signifikanten Einfluss (vgl. TM 2016: 88 ff.; zum Zusammenhang zwischen neo-nationalsozialistischer Ideologisierung und Ethnozentrismus vgl. Kapitel IV.7). Als markante *Einschränkung* für eine Analyse der Einflüsse auf die Gewaltbereitschaft wurde im letztjährigen Gutachten diskutiert, dass in der sozialwissenschaftlichen Forschung gegenwärtig *kein* geeignetes und etabliertes Instrument zur Erfassung linksextremer Einstellungen existiert, das den Facettenreichtum des „Linksextremismus“ und seiner Ideologien abbilden kann (vgl. Schroeder/Deutz-Schroeder 2015). Um eine Ungleichgewichtung politischer Einstellungen

⁵⁰ Abhängige Variable: „...für meine Ziele kämpfen, auch wenn dafür Gewalt notwendig ist“ (0: würde ich nicht tun 1: würde ich tun / habe ich schon getan). Daten der THÜRINGEN-MONITORE 2007–2017; Fallzahl: n=8.022, 12 aufgenommene unabhängige Variablen (Einschluss); Abstiegsangst erst seit 2007 erhoben. Signifikanz: * p < .05; ** p < .01; *** p < .001; n.s. (nicht signifikant) p > .05.

in der Analyse zur Gewaltbereitschaft zu vermeiden, wird politischer Extremismus im diesjährigen Modell nur durch eine „extreme“ *Selbsteinordnung* auf einer Links-Rechts-Skala indiziert. Diese Skala spannt sich zwischen den Polen „ganz weit links“ und „ganz weit rechts“ auf. Dabei wurde den Befragten keine Mittelposition vorgegeben, die „Mitte“ musste gegebenenfalls von den Befragten selbst spontan gewählt werden. (Zum starken Zusammenhang zwischen einer „ganz rechten“ Selbstverortung und rechtsextremen Einstellungen vgl. Kapitel IV.7). Unsere Analyse zeigt, dass die Einnahme *beider* politischer Flügelpositionen („ganz rechts“ oder „ganz links“⁵¹) mit *erhöhter Gewaltbereitschaft* einhergeht. Politisch Rechtsaußen und Linksaußen sind also signifikant gewaltbereiter als die Mitte. Besonders stark ist der Effekt allerdings bei den Rechtsaußen-Positionen. Hierbei handelt sich um den stärksten Effekt im Modell überhaupt.

Abb. 94: Gewaltbereitschaft: „... für meine Ziele kämpfen, auch wenn dazu Gewalt notwendig ist.“ nach Links-Rechts-Selbsteinordnung 2001–2017 (in Prozent)



Dieser Befund wird durch die Darstellung in Abb. 94 bestätigt, in der für den Zeitraum 2001–2017 ein markant auf 24 Prozent – also ein Viertel (!) – erhöhter Anteil Gewaltbereiter auf der Position „ganz rechts“ erkennbar ist. Diese gewaltbereiten selbsterklärten „ganz Rechten“ wiederum sind nach unserer Messung zu 55 Prozent neo-nationalsozialistisch ideologisiert und zu 86 Prozent ethnozentrisch.⁵²

⁵¹ Die Antwortkategorien „weit“ und „ganz weit“ wurden jeweils zusammengefasst.

⁵² Die Gewaltbereiten, die sich selbst „ganz rechts“ verorten *und* neo-nationalsozialistisch ideologisiert sind, sind zu 88 Prozent auch ethnozentrisch. Unter den Befragten, bei denen *beide* Komponenten rechtsextremer Einstellungen (vgl. **Kapitel IV.7**) registriert werden, verorten sich die Gewaltbereiten signifikant häufiger selbst „ganz rechts“ als die nicht Gewaltbereiten. *Jene gewaltbereiten, neo-nationalsozialistisch ideologisierten und ethnozentrischen Personen mit Selbsterortung „ganz weit rechts“* entsprechen wohl am ehesten dem „typischen Neonazi“. Sie haben einen Anteil von ca. 0,1 Prozent in der Gesamtstichprobe 2001–2017. Hochgerechnet auf die wahlberechtigte Wohnbevölkerung Thüringens entspräche dies min. 1.600 Personen. Wir halten diese Schätzung nicht für unrealistisch, weil – entgegen dem allgemeinen Trend des Rückgangs rechtsextremer Einstellungen in der Bevölkerung – der Anteil von Befragten mit *besonders hohen* Rechtsextremismus-Werten *und* Gewaltbereitschaft im THÜRINGEN-MONITOR über den Befragungszeitraum nur sehr leicht gesunken ist.

Steht der „Feind“ also *nur* „ganz rechts“? Das Bild verschiebt sich, wenn wir die politische Selbsteinordnung aller Gewaltbereiten untersuchen (Abb. 95): Dann stehen den gewaltbereiten Befragten „ganz rechts“ (sieben Prozent) *doppelt so viele* gewaltbereite Befragte gegenüber, die sich „ganz links“ lokalisieren (14 Prozent). Diese Umkehrung in den Proportionen ergibt sich aus dem Umstand, dass sich *insgesamt* viel mehr Befragte ganz links (13 Prozent) als ganz rechts (zwei Prozent) einordnen und hier aus einem größeren Potential geschöpft werden kann. Politische Gewaltbereitschaft ist also kein spezifisch oder auch nur überwiegend „rechtes“ Phänomen, wenn wir die *Selbstzuschreibungen* politischer Positionen gelten lassen. An diesen Proportionen hat sich im Zeitverlauf kaum etwas geändert: Wenn wir nur den Zeitraum 2012–2017 für eine Kumulation zugrunde legen, erhalten wir nahezu die gleichen Prozentsatzprofile wie für den Gesamtzeitraum 2001–2017. Nach wie vor finden sich unter den Gewaltbereiten doppelt so viele selbstzugeschriebene „ganz Linke“ (zwölf Prozent) wie „ganz Rechte“ (sechs Prozent). Doch steht der „Feind“ auch nicht nur „ganz rechts“ und „ganz links“, denn nach wie vor finden sich mit Abstand die meisten Gewaltbereiten bei den gemäßigt „linken“ (28 Prozent) oder gemäßigt „rechten“ (21 Prozent) Befragten, oder bei jenen, die sich in der „Mitte“ (30 Prozent) lokalisieren. Das heißt: vier von fünf gewaltbereiten Befragten ordnen sich der „Mitte“ oder den gemäßigten Flügelpositionen zu. Angesichts dieser Verteilung der Selbstzuschreibungen dürfte es wenig aussichtsreich sein, politische Gewaltprävention und -intervention *nur* als Kampf gegen politischen *Extremismus* oder spezifisch *nur* als einen Kampf gegen „Rechts“ anzulegen. Aufgrund unserer Befunde empfiehlt es sich auch, bei den psychosozialen Faktoren wie etwa Autoritarismus anzusetzen, effiziente Wege der politischen Artikulation kollektiver Deprivationsempfindungen (Ostdeprivation) zu öffnen und *Empfindungen sozialer Entsicherung und politischer Entfremdung* legal zu kanalisieren. Es liegt auch nahe, bei Präventions- und Interventionsmaßnahmen das ausgeprägte Geschlechterdifferenzial zugunsten der geringer gewaltbereiten Frauen zu berücksichtigen.

Abb. 95: Links-Rechts-Selbsteinordnung nach Gewaltbereitschaft 2001–2017, 2012–2017 (in Prozent)

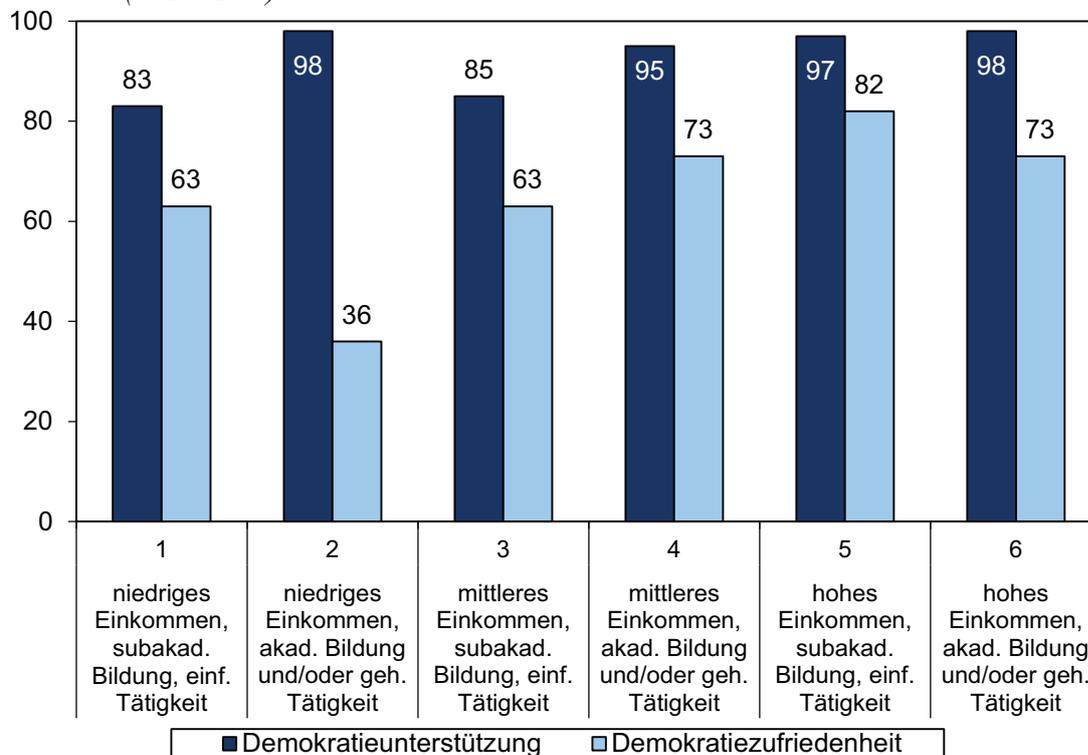
	2001-2017		2012-2017	
	Alle Befragte	Gewaltbereite	Alle Befragte	Gewaltbereite
ganz links	13	14	12	12
etwas links	37	28	37	27
Mitte	35	30	34	31
etwas rechts	13	21	13	23
ganz rechts	2	7	3	6
gesamt	100	100	100	100

5. Schichtfolgen der politischen Kultur in Thüringen

Die „Mitte“, und an dieser Stelle ist eine sozialstrukturelle Mittellage gemeint, wird traditionell mit politischer Mäßigung der dort sozial lokalisierten Personen und – gesamtgesellschaftlich bei geringer sozialer Polarisierung und dem Vorhandensein einer breiten Mittelschicht – mit einer Befriedung der politischen Kultur verbunden. Im nächsten Schritt wollen wir die These des mäßigenden und befriedenden Effekts einer sozialstrukturellen Mittellage auf der Grundlage des THÜRINGEN-MONITORS 2017 mit den in Kapitel III entwickelten und vorgestellten Instrumenten einer *objektiven*, auf Grund sozialstruktureller Merkmale, und einer *subjektiven*, auf Grund von Selbstzuschreibungen der Befragten vorgenommenen Schichtzuweisung überprüfen. Die Schichtabhängigkeit politischer Einstellungen wird anhand einer Auswahl der bereits eingeführten Indikatoren zur Demokratiezufriedenheit und -kritik, zum Institutionenvertrauen und zur

Partizipationsbereitschaft überprüft. Wir werden ferner dem Zusammenhang zwischen objektiver und subjektiver Schichtzuweisung einerseits und der Selbstzuschreibung politischer Positionen andererseits auf dem Links-Rechts-Kontinuum nachgehen.

Abb. 96: Demokratieunterstützung und Demokratiezufriedenheit nach Schichtzugehörigkeit (1–6)
(in Prozent)



Wir beginnen mit dem Einstellungsprofil und den Verhaltensdispositionen der untersten Schicht (1), in der sich ein niedriges Einkommen mit subakademischer Bildung und einfacher Tätigkeit verbinden. Hier erkennen wir – bei durchschnittlicher Demokratiezufriedenheit – deutliche Symptome einer politischen Entfremdung, die sich in unterdurchschnittlicher Demokratieunterstützung (Abb. 96), deutlich überdurchschnittlich häufigen Zweifeln an der Vertretung der „Anliegen der Menschen“ durch die Demokratie, überdurchschnittlich häufiger Parteiverdrossenheit und Elitenkritik und unterdurchschnittlichem Vertrauen in die Landesregierung manifestieren (Abb. 97). Eine überdurchschnittlich häufige Unterstützung gibt es hier dagegen für die Forderung nach machtvoller Durchsetzung deutscher Interessen nach außen. Die große Distanz gegenüber den Eliten und Institutionen der repräsentativen Demokratie verbindet sich also mit höheren Erwartungen an einen intervenierenden Staat. Bemerkenswert ist, dass die Befragten aus Schicht (1) zugleich überdurchschnittlich häufig angeben, bereit zu sein, ehrenamtlich und in Vereinen mitzuarbeiten. Gesellschaftliche Ausschließung charakterisiert diese Schicht insofern nicht. Ein hoher Anteil von 60 Prozent gibt sogar an, schon einmal in Vereinen oder ehrenamtlich tätig (gewesen) zu sein.

Ein hohes Ausmaß gesellschaftlichen Engagements in Vereinen und ehrenamtlichen Funktionen charakterisiert auch die Soziallage von Personen, die eine akademische Bildung mit niedrigem Einkommen und / oder Berufsstatus verbinden (Schicht 2). Hier steht in sonst nicht zu beobachtender Weise eine markant hohe Demokratieunterstützung einer *markant*

niedrigen Demokratiezufriedenheit gegenüber – dies ist die Kerngruppe der „unzufriedenen Demokraten“. Überproportional häufige Elitenkritik verbindet sich in dieser Schicht mit unterdurchschnittlichem Vertrauen in die Landesregierung. Dies geht aber zusammen mit einer deutlich überproportionalen Bereitschaft, sich an Politiker_innen zu wenden oder an genehmigten Demonstrationen teilzunehmen. Als Kollektiv lassen sich die Angehörigen dieser Schicht als kritische Aktivist_innen charakterisieren.

Annähernd die Hälfte der Befragten wird einer Schicht zugeordnet, die sozialstrukturell durch ein mittleres Einkommen, subakademische Bildung und einfache Tätigkeit charakterisiert ist (Schicht 3). Diese Mittellage weist kein ausgeprägtes eigenes politisches Profil aus. Bei den weitaus meisten der hier betrachteten Indikatoren liegen die in der „mittleren Mitte“ beobachteten Werte nahe an denen der Gesamtstichprobe. Eine Ausnahme bildet eine unterdurchschnittliche Zuschreibung politischer Selbstwirksamkeit („kein Einfluss auf Regierungshandeln“), der in bemerkenswerter Weise eine unterdurchschnittliche Bereitschaft gegenübersteht, sich an Politiker_innen zu wenden, also selbst wirksam zu werden.

Abb. 97: Demokratiekritik, Parteiverdrossenheit, Diktaturaffinität, politische Selbstwirksamkeitsüberzeugung, Institutionenvertrauen und Partizipation nach Schichtzugehörigkeit (1–6)

	1 niedriges Einkommen, subakad. Bildung, einf. Tätigkeit	2 niedriges Einkommen, akad. Bildung und/oder geh. Tätigkeit	3 mittleres Einkommen, subakad. Bildung, einf. Tätigkeit	4 mittleres Einkommen, akad. Bildung und/oder geh. Tätigkeit	5 hohes Einkommen, subakad. Bildung, einf. Tätigkeit	6 hohes Einkommen, akad. Bildung und/oder geh. Tätigkeit	gesamt
Demokratiekritik: „In unserer Demokratie werden die Anliegen der Menschen nicht mehr wirksam vertreten.“							
Ablehnung	17 %	29 %	28 %	50 %	25 %	41 %	31 %
Zustimmung	83 %	71 %	72 %	50 %	75 %	59 %	69 %
gesamt	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %
Parteiverdrossenheit: „Die Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht.“							
Ablehnung	16 %	27 %	26 %	33 %	38 %	29 %	26 %
Zustimmung	84 %	73 %	74 %	67 %	62 %	71 %	74 %
gesamt	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %
Diktaturaffinität: „Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.“							
Ablehnung	88 %	88 %	88 %	84 %	69 %	84 %	86 %
Zustimmung	12 %	12 %	13 %	16 %	31 %	16 %	14 %
gesamt	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %
Politische Selbstwirksamkeitsüberzeugung: „... so oder so keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.“							
Ablehnung	31 %	36 %	25 %	48 %	40 %	43 %	32 %
Zustimmung	69 %	64 %	75 %	52 %	60 %	57 %	66 %
gesamt	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %
Institutionenvertrauen (Index, gruppiert)							
gering	58 %	44 %	36 %	25 %	30 %	34 %	37 %
groß	42 %	56 %	64 %	75 %	70 %	66 %	63 %
gesamt	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %
Legale politische Partizipation (Index, gruppiert)							
keine	60 %	49 %	68 %	48 %	67 %	41 %	60 %
gering bis moderat	33 %	47 %	29 %	41 %	21 %	45 %	34 %
stark	7 %	4 %	2 %	11 %	12 %	14 %	6 %
gesamt	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %

Etwa ein Fünftel der Befragten wird Schicht (4) zugerechnet, in der sich mittleres Einkommen mit akademischer Bildung und gehobener bzw. leitender Tätigkeit verbindet. In dieser Soziallage finden sich zum Teil weit überproportional häufig Befragte mit hoher Demokratiezufriedenheit und der Zuschreibung politischer Selbstwirksamkeit, einem erhöhten Vertrauen in die Landesregierung und der Bereitschaft, sich an Politiker_innen zu wenden. Sie lehnen weit überproportional häufig die Forderung nach energischer Durchsetzung der nationalen Interessen ab und unterstützen auch deutlich weniger häufig elitenkritische Positionen bzw. die Aussage, dass die Demokratie die Anliegen der

Bevölkerung nicht vertritt. Dieses Segment der oberen Mittelschicht kann als ein sozialstruktureller Kern der repräsentativen Demokratie angesprochen werden, als jene „Mitte“, in der, folgt man dem Präsidenten des Verfassungsgerichts, Andreas Voßkuhle, die „DNA des Grundgesetzes“ zu suchen wäre. Als einziger Befund liegt dazu quer, dass in dieser Sozillage eine erhöhte Bereitschaft besteht, an nicht genehmigten Demonstrationen teilzunehmen. Dies könnte jedoch ein Nachhall der Montagsdemonstrationen aus der Endphase der DDR sein.

Markante Statusinkonsistenzen, bei denen ein hohes Einkommen mit subakademischer Bildung und einfacher Tätigkeit kombiniert sind, charakterisieren eine Sozillage, die von vier Prozent der Befragten eingenommen wird (Schicht 5). Diese wird von einem widersprüchlichen Profil politischer Einstellungen und Handlungsorientierungen geprägt, bei dem sich ein erhöhter Anteil von Demokratiezufriedenen mit einem deutlich erhöhten Anteil Diktaturaffiner, von Demokratie- und Elitenkritikern, aber einem geringeren Anteil Parteiverdrossener verbindet. Befragte in dieser Sozillage bejahen weniger häufig die Wahlnorm und sind auch weniger häufig bereit, sich ehrenamtlich und in Vereinen zu engagieren. Hier verbinden sich also *Symptome politischer Entfremdung* mit einem gewissen Wohlwollen gegenüber der politischen Praxis und deren wichtigsten Trägern.

Die oberste soziale Schicht (6) umfasst schließlich Personen mit hohem Einkommen, akademischer Bildung und / oder gehobener bzw. leitender Tätigkeit. In dieser Schicht, die etwa fünf Prozent der Befragten ausmacht, prägt sich das Profil politischer Einstellungen und Handlungsorientierungen der oberen Mittelschicht in einer ähnlichen Weise aus. Bei überproportionaler Demokratieunterstützung werden demokratie- und elitenkritische Positionen tendenziell zurückgewiesen. Auch machtstaatliche Entfaltung zur Durchsetzung deutscher Interessen wird deutlich häufiger als in der Gesamtstichprobe zurückgewiesen. Die dieser Schicht angehörenden Personen schreiben sich tendenziell eine höhere politische Selbstwirksamkeit zu, unterstützen deutlich häufiger die Wahlnorm und sind eher bereit, sich an Politiker_innen zu wenden, wobei sie andererseits häufiger der Landesregierung misstrauen. Sie sind zugleich – und dies überrascht bei ihrem Zugang zu direkten Kanälen einer Beeinflussung politischen Handelns – deutlich häufiger bereit, an genehmigten Demonstrationen teilzunehmen. Dies gilt auch – mit einem deutlich erhöhten Anteil derjenigen, die sich hier schon einmal beteiligt haben – für nicht genehmigte Demonstrationen, wie der Befund einer erhöhten Rate potentiell und aktuell illegaler Demonstranten in der privilegiertesten Schicht zu erklären ist, und ob sich hier Montagsdemonstranten oder – bei den aus Westdeutschland Kommenden – „alte 68er“ finden lassen.

In der Zusammenschau der Sozialstruktur politischer und handlungsorientierter Einstellungen ergibt sich ein komplexes Bild, bei dem die Hauptkategorie der „mittleren Mitte“ (Schicht 3) ziemlich genau die Proportionen der Gesamtstichprobe abbildet und von Schichten bzw. Sozillagen eingerahmt wird, die spezifische Profile aufweisen: nach unten von den „politisch Entfremdeten“ der untersten Schicht (1) bzw. den „kritischen Aktivisten“, einer Zwischenschicht (2), die materielle Deprivation mit hohen Bildungsabschlüssen und / oder hohem Berufsprestige verbindet, nach oben durch eine obere Mittelschicht (4), die aufgrund ihres Profils von politischen Einstellungen und Handlungsorientierungen als Hauptträgerin der Werte und Praktiken der repräsentativen Demokratie angesprochen werden kann. Von dieser Schicht ist eine inkonsistente Sozillage abzugrenzen, in der sich

materielle Privilegierung mit reduziertem Berufs- oder Bildungsstatus verbindet und in deren politischen Profil sich in widersprüchlicher Weise Demokratiezufriedenheit und Diktaturaffinität ausprägen (Schicht 5). Es folgt die Oberschicht (6), die hohe Demokratieunterstützung mit hoher Partizipationsbereitschaft und einem etwas distanzierten Vertrauensverhältnis zur Landesregierung verbindet.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass die „mittlere Mitte“ (Schicht 3) als mit Abstand größte Sozillage *kein spezifisches politisches Profil* aufweist und recht gut die Heterogenität der Thüringer Bevölkerung abbildet. Markante, sozialstrukturell verortbare Unterstützung finden die Institutionenordnung und die Praxis der repräsentativen Demokratie aber vor allem in der oberen Mittelschicht (4), in der Oberschicht (6) und unter Einschränkungen bei den „kritischen Aktivisten“ der unteren Zwischenschicht (2). Als problematisch im Hinblick auf die Unterstützung der Praxis und Institutionenordnung der repräsentativen Demokratie können die unterste Schicht (1) und die obere Zwischenschicht (5) der Statusinkonsistenten gelten. Ihre Angehörigen summieren sich auf etwa 21 Prozent, die der eher demokratiefreundlichen Sozillagen auf 30 Prozent und die politisch kaum definierte „mittlere Mitte“ (3) auf 49 Prozent. Eine Mitte-These, die besagt, dass eine starke soziale Mitte die Demokratie stärkt, muss angesichts dieser Befunde, insbesondere angesichts des Umstandes, dass eine breite Mittelschicht die Heterogenität der Stichprobe weitgehend abbildet, *differenziert* werden.

Der THÜRINGEN-MONITOR enthält auch Angaben zur Selbstzuschreibung der Schichtzugehörigkeit, die wir in diesem Jahr auch durch eine 11-stufige, von 0 („ganz unten“) bis 10 („ganz oben“) reichende Skala erfasst haben (vgl. Kapitel IV.5). Zu unserer Überraschung haben 99 Prozent der Befragten hier eine Zuordnung vornehmen können. Sie haben damit eine Aufgabe bewältigt, die Soziolog_innen erhebliches Kopfzerbrechen bereitet: die komplexe soziale Situation einer Person in eine abstrakte numerische Rangordnung zu überführen. Es ist bekannt, dass Proband_innen dabei unterschiedliche Kriterien anwenden und eine Tendenz besteht, Randpositionen zu meiden und sich in der Nähe der Skalenwerte zu positionieren. Dies ist ein Hinweis darauf, dass soziale Positionen auch normativ besetzt sind und mit der Selbstzuschreibung einer Position in einer sozialen Hierarchie auch eine Selbstbewertung verbunden ist. So liegt im Fall von Statusinkonsistenzen dann auch eine Wertentscheidung für eines der divergierenden Statusmerkmale der Selbstzuschreibung einer Schichtzugehörigkeit zugrunde. Da wir diese Effekte der Wertkonnotationen hier möglichst klein halten wollen, werden wir an dieser Stelle nur die Befunde der numerischen Selbstzuschreibungs-Skala einführen und nicht auf die Ergebnisse semantischer Selbstdeklarationen („Unterschicht“, „Arbeiterschicht“) eingehen.

Die Variation der Antwortmuster zwischen den Schichten der Selbstzuschreibungs-Skala ergibt ein deutlich klareres Muster als bei der objektiven Schichtfolge: Indikatoren, die auf Demokratiezufriedenheit, Demokratiekritik und Institutionenvertrauen verweisen, variieren – manchmal perfekt – in auf- oder absteigender Reihung entsprechend der Schichtenfolge, wobei in den unteren Schichten die Demokratiezufriedenheit und das Vertrauen in die Landesregierung geringer und die Demokratiekritik verbreiteter ist als auf den oberen Ebenen des subjektiven Schichtindex (vgl. Abb. 98). Ein von diesem Muster abweichender Befund ergibt sich im Fall der Diktaturaffinität, bei der die Unterschicht mit Abstand den geringsten Zustimmungswert aufweist, der bei der unteren Mittelschicht und bei der

Oberschicht um nahezu das Dreifache überschritten wird. Dem stehen allerdings bei der Unterschicht die weitaus häufigere Forderung nach entschiedener Durchsetzung nationaler Interessen durch die Regierung und eine seltenere Unterstützung der Wahlnorm gegenüber. Die geringe Unterstützung für eine nationale Diktatur durch Personen, die sich den untersten Schichten zurechnen, kann nicht als Ausdruck von Demokratieunterstützung interpretiert werden. Wir vermuten, dass sich hier die Erwartung manifestiert, dass die Unterschicht in einer Diktatur noch geringere Chancen hätte, die Umverteilungsströme zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Keine klare Schichtfolge lässt sich hingegen bei den Indikatoren der Partizipationsbereitschaft erkennen.

Abb. 98: Demokratiekritik, Parteiverdrossenheit, Diktaturaffinität, politische Selbstwirksamkeitsüberzeugung, Institutionenvertrauen und Partizipation nach subjektiver Schichteinordnung
(auf einer Skala von 0 = ganz unten bis 10 = ganz oben)

	(0-3)	(4-5)	(6-7)	(8-10)	gesamt
	Unterschicht	untere Mittelschicht	obere Mittelschicht	Oberschicht	
Demokratiekritik: „In unserer Demokratie werden die Anliegen der Menschen nicht mehr wirksam vertreten.“					
Ablehnung	14 %	28 %	33 %	53 %	31 %
Zustimmung	86 %	73 %	67 %	47 %	69 %
gesamt	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %
Parteiverdrossenheit: „Die Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht.“					
Ablehnung	18 %	24 %	27 %	36 %	26 %
Zustimmung	82 %	76 %	73 %	64 %	74 %
gesamt	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %
Diktaturaffinität: „Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.“					
Ablehnung	94 %	82 %	90 %	83 %	86 %
Zustimmung	6 %	18 %	10 %	17 %	14 %
gesamt	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %
Politische Selbstwirksamkeitsüberzeugung: „... so oder so keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.“					
Ablehnung	18 %	25 %	40 %	50 %	32 %
Zustimmung	82 %	75 %	60 %	50 %	66 %
gesamt	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %
Institutionenvertrauen (Index, gruppiert)					
gering	51 %	42 %	32 %	19 %	37 %
groß	49 %	58 %	68 %	81 %	63 %
gesamt	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %
Legale politische Partizipation (Index, gruppiert)					
keine	49 %	63 %	60 %	60 %	60 %
gering bis moderat	47 %	32 %	35 %	28 %	34 %
stark	4 %	5 %	6 %	12 %	6 %
gesamt	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %

Das insgesamt weniger komplexe und klarer strukturierte Bild des Zusammenhangs zwischen subjektiver Schichtzuordnung, politischen Einstellungen und Handlungsorientierungen im Vergleich zu den Wirkungen der objektiven Schichtzugehörigkeit ist nach unserer Einschätzung damit zu erklären, dass bei der subjektiven Schichteinordnung die Effekte von Statusinkonsistenzen saldiert und geglättet werden. Auch ist die Selbstzuweisung in eine Schicht in Empfindungen der Benachteiligung oder Begünstigung begründet, die wiederum einen Bezug zum politischen System haben, das den Befragten als mächtige Verteilinstanz von Lebenschancen gegenübertritt. Die Verknüpfung des sozialen Orts, den man in der Gesellschaft einnimmt, mit mentalen Inhalten und einem Sinnzusammenhang ist demgegenüber bei der objektiven Schichtzuweisung (noch) nicht gegeben.

Abb. 99: Selbsteinordnung auf einer politischen Links-Rechts-Skala 2000–2017
(in Prozent)

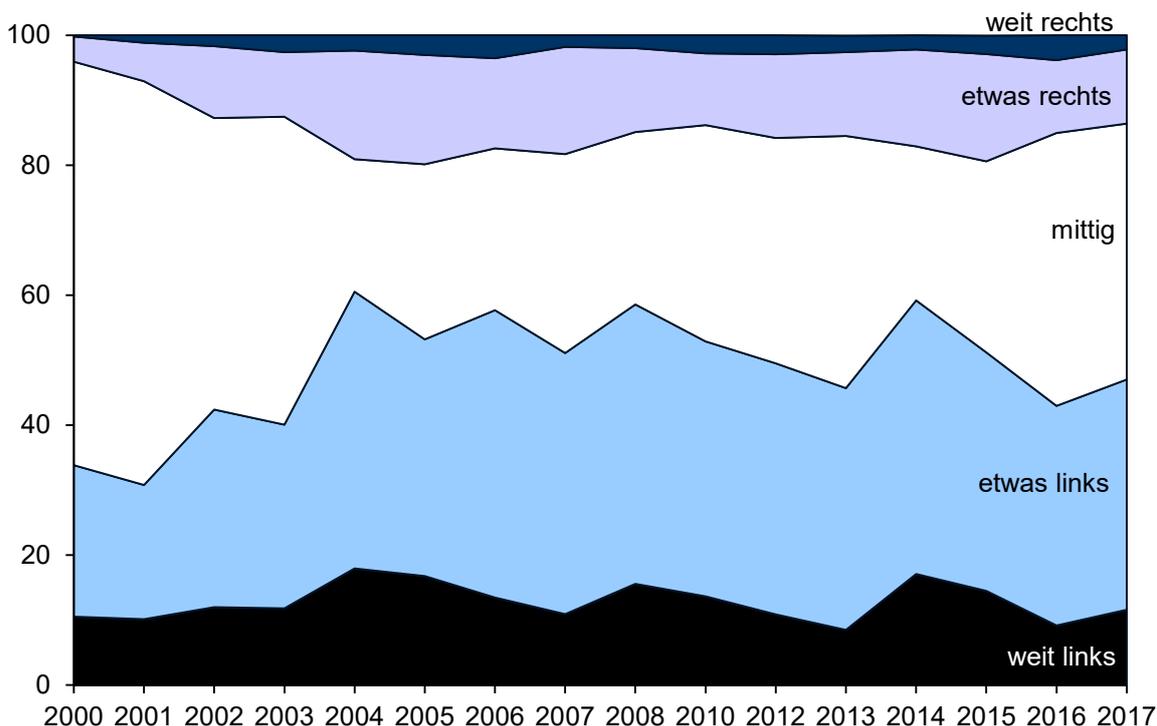


Abb. 100: Selbsteinordnung auf einer polit. Links-Rechts-Skala nach Schichtzugehörigkeit (1–6)
(in Prozent)

	1 niedriges Einkommen, subakad. Bildung, einf. Tätigkeit	2 niedriges Einkommen, akad. Bildung und/oder geh. Tätigkeit	3 mittleres Einkommen, subakad. Bildung, einf. Tätigkeit	4 mittleres Einkommen, akad. Bildung und/oder geh. Tätigkeit	5 hohes Einkommen, subakad. Bildung, einf. Tätigkeit	6 hohes Einkommen, akad. Bildung und/oder geh. Tätigkeit	gesamt
ganz links	11 %	21 %	9 %	16 %	14 %	10 %	12 %
etwas links	32 %	44 %	32 %	46 %	17 %	37 %	35 %
Mitte	45 %	23 %	45 %	26 %	46 %	24 %	39 %
etwas rechts	8 %	7 %	12 %	11 %	23 %	20 %	11 %
ganz rechts	4 %	5 %	1 %	2 %	--	8 %	2 %
gesamt	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %

Diese Sachverhalte zeigen sich auch in den Zusammenhängen zwischen subjektiver und objektiver Schichtzuschreibung einerseits und der subjektiven Positionszuschreibung auf einem Links-Rechts-Kontinuum andererseits. Subjektive politische Positionszuschreibungen stellen Befragte vor etwas größere Herausforderungen als subjektive Schichtzuschreibungen, was sich im THÜRINGER-MONITOR in einem Anteil von sieben Prozent Nicht-Antwortenden zeigt. Doch ist die Beantwortung einer Frage nach der Selbstzuschreibung einer Position auf einer sechsstufigen Skala, die von „sehr weit links“ zu „sehr weit rechts“ reicht, eine beachtliche kognitive Leistung. Unter dieser Voraussetzung ist die Ausfallquote von sieben Prozent eher moderat. Auch gehen die Befragten sehr souverän mit den Antwortkategorien dieser Frage um: 39 Prozent ordnen sich „in der Mitte“ ein, obwohl diese Antwortkategorie seit 2004 nicht mehr im THÜRINGER-MONITOR vorgegeben wird, sondern von den Befragten spontan genannt werden muss (Abb. 99). In der Auswertung der Zusammenhänge zwischen Schicht- und politischen Positionszuschreibungen zeigen sich bei der objektiven Schichtzuschreibung keine klaren Zusammenhänge zwischen Schichtfolge und der Platzierung auf dem Links-Rechts-

Kontinuum (Abb. 100). Das politische Profil der untersten Schicht (1) der Geringverdienenden mit niedrigem Einkommen und Berufsstatus entspricht nahezu dem des allgemeinen Durchschnitts und der mittleren Mittelschicht (3), während die obere Mittelschicht (4) (mittleres Einkommen, akademische Bildung und / oder gehobene Tätigkeit) ein von der Mitte nach links verschobenes Profil aufweist. Die Oberschicht (6) einkommensstarker Befragter mit akademischer Bildung weist dagegen ein von der Mitte nach rechts verschobenes Profil auf. Der Anteil linksorientierter Befragter entspricht hier dem allgemeinen Durchschnitt. Die statusinkonsistente Zwischenschicht der einkommenschwachen Befragten mit akademischer Bildung und / oder gehobener Tätigkeit (Schicht 2) ist stark nach links verschoben und weist den höchsten Anteil von Personen mit „ganz links“ Selbstzuschreibungen auf. Die Zwischenschicht (5) der einkommensstarken Subakademiker ist dagegen zur Mitte und – deutlicher noch – nach rechts gerückt, ohne hier allerdings Extrempositionen zu besetzen. Erkennbar wird jedoch eine Symmetrie bei der politischen Selbstzuschreibung der statusinkonsistenten Zwischenschichten: schwache Besetzung der Mittelposition bei gleichzeitiger Links- oder Rechtsverschiebung in Abhängigkeit von negativer oder positiver Einkommensprivilegierung. Dies deutet darauf hin, dass Statusinkonsistenzen eine eigene, die politischen Selbstzuschreibungen zuschärfende Wirkung haben.

Abb. 101: Selbsteinordnung auf einer polit. Links-Rechts-Skala nach subjektiver Schichteinordnung
(auf einer Skala von 0 = ganz unten bis 10 = ganz oben)

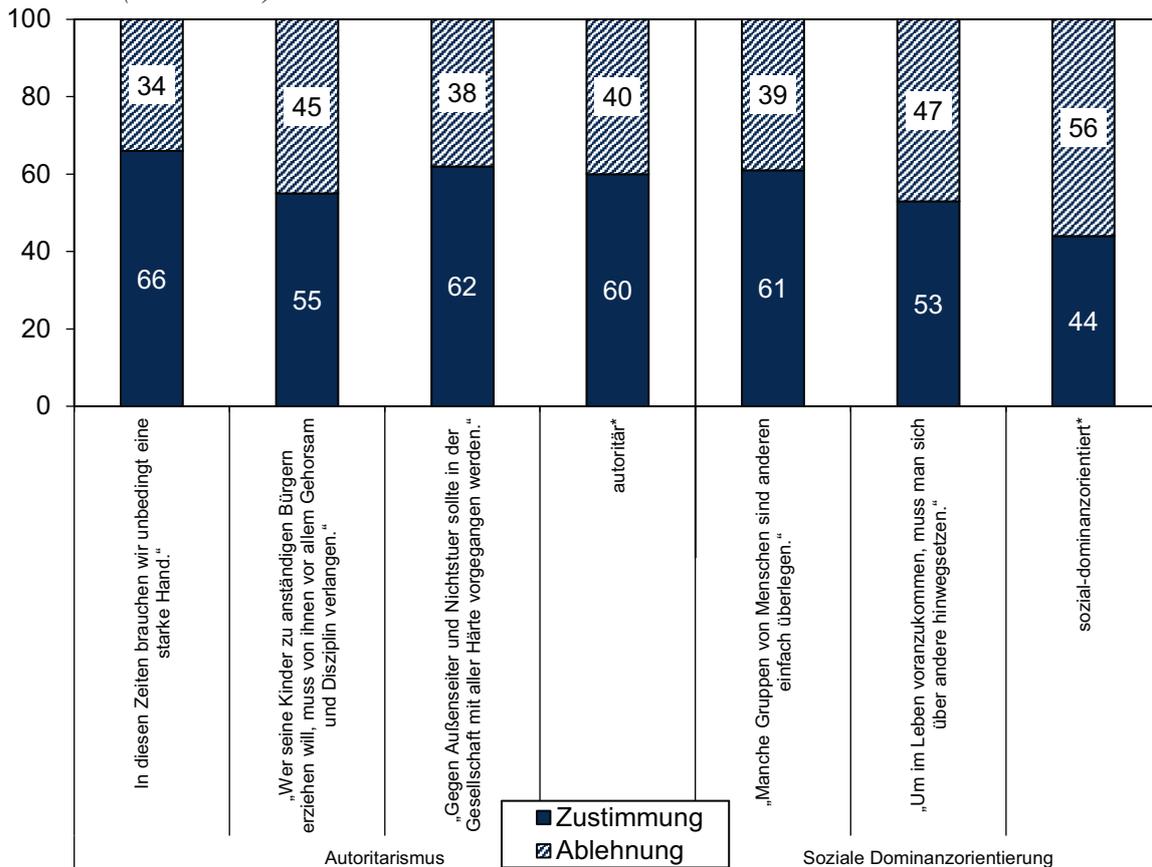
	(0-3)	(4-5)	(6-7)	(8-10)	gesamt
	Unterschicht	untere Mittelschicht	obere Mittelschicht	Oberschicht	
ganz links	27 %	8 %	12 %	9 %	12 %
etwas links	33 %	37 %	36 %	29 %	35 %
Mitte	37 %	43 %	35 %	42 %	39 %
etwas rechts	3 %	9 %	15 %	15 %	11 %
ganz rechts	1 %	3 %	2 %	4 %	2 %
gesamt	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %

In der subjektiven Schichtzuschreibung werden solche Inkonsistenzen durch die Befragten mental saldiert, geglättet und gedeutet, was dazu führen sollte, dass sich ein klareres Bild des Zusammenhangs zwischen subjektiver Schichtzuweisung und subjektiver politischer Positionszuschreibung zeigen sollte (Abb. 101). Dies ist tatsächlich der Fall: der Anteil sich „links“ einordnender Befragter sinkt mit zunehmender Schichthöhe von 60 Prozent auf 38 Prozent, der Anteil „rechter“ Positionszuweisungen steigt von vier auf 19 Prozent. Hier ist der Zusammenhang auch statistisch signifikant, im Fall der objektiven Schichtzuweisung dagegen nicht. Doch auch bei der subjektiven Schichtzuweisung lässt sich wegen einer starken Besetzung der Mittelposition über alle Schichten hinweg und einer deutlichen „Linksverschiebung“ in der „oberen Mittelschicht“ kein klares politisches „Schichtbewusstsein“ diagnostizieren. Daraus folgt: Weder die Kenntnis der objektiven noch die der subjektiven Schichtzugehörigkeit verbessert nennenswert unsere Fähigkeit, die politischen Positionen der Befragten gemäß ihrer Selbstzuschreibung vorherzusagen. Die Verknüpfung der sozialen Lage der Befragten oder ihrer Wahrnehmung durch die Befragten mit den politischen Positionen, die sie einnehmen, erfolgt – wenn überhaupt – in einer komplexeren Weise, als dass sie durch eine einfache *links vs. rechts = unten vs. oben*-Beziehung beschrieben werden könnte. Kapitel IV.7 wird zu diesem Sachverhalt weitere Aufklärung geben.

6. Autoritarismus und soziale Dominanzorientierung

Als stärkster Erklärungsfaktor für Rechtsextremismus (Kapitel IV.7) wurde in den zurückliegenden THÜRINGEN-MONITOREN das Vorliegen autoritärer Einstellungen identifiziert (vgl. TM 2016: 104). Das sozialpsychologische Konzept der *autoritären Persönlichkeit* beschreibt einerseits die Bereitschaft zur Unterordnung bzw. Selbsterwerfung (Konformität), andererseits aber auch die Forderung nach Gehorsam, beispielsweise in Erziehungskontexten, bis hin zur Aggression gegen jene, die diesen Gehorsam verweigern oder in sonstiger Form als Abweichende konstruiert werden (vgl. Jonas/Stroebe/Hewstone 2014: 511 ff.). Durch Selbst-Unterordnung und Fremd-Unterwerfung werden rigide vertikale Gruppenstrukturen konstituiert: Die (Selbst-) Platzierung in solchen *Hierarchien* und die strenge Befolgung und Sanktionierung der Gruppennormen geben autoritär eingestellten Personen Orientierung; sie können identitätsstiftend sein und selbstwertregulative Funktion besitzen. **Autoritarismus** kann zur Ausprägung von *Ungleichwertigkeitsvorstellungen* führen, vor allem gegenüber hierarchisch unterlegenen bzw. abweichenden Personen und Fremdgruppen. Deshalb hat das Persönlichkeitsmerkmal des Autoritarismus auch für die Rechtsextremismusforschung hohe Relevanz (vgl. Kapitel IV.7; Winkler 2005, Decker/Kiess/Brähler 2016: 11 ff.).

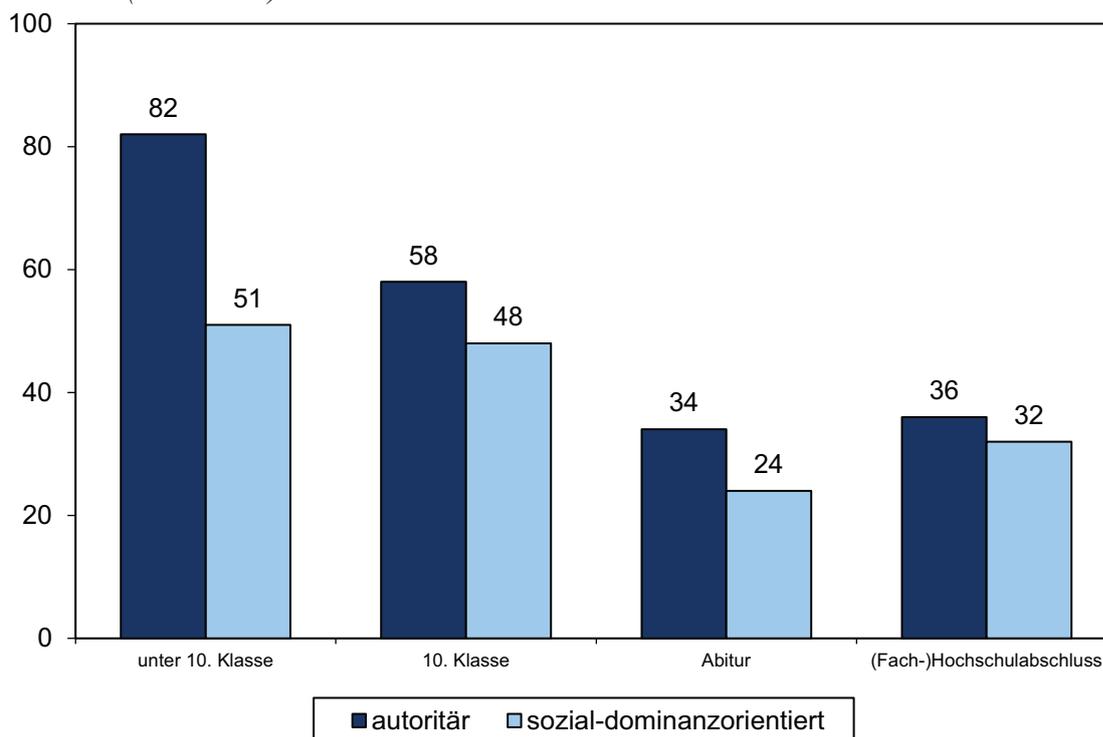
Abb. 102: Autoritarismus und soziale Dominanzorientierung⁵³ (2017)
(in Prozent)



⁵³ Die Antwortkategorien „stimme voll und ganz zu“ (Skalenwert 4) und „stimme eher zu“ (3) wurde zu Zustimmung zusammengefasst, „lehne eher ab“ (2) und „lehne völlig ab“ (1) zu „Ablehnung.“
*Mittelwertskalen: als „autoritär“ bzw. „sozial-dominanzorientiert“ gilt, wer den jeweils aufgeführten Items durchschnittlich mindestens *eher zustimmt*, d.h. überwiegend zustimmt (Skalenwert > 2,5). Dabei ist jeweils eine fehlende Antwort zulässig.

„Autoritarismus“ wird im THÜRINGEN-MONITOR seit 2001 mit der Zustimmung zu den beiden folgenden Aussagen gemessen: (1) „In diesen Zeiten brauchen wir unbedingt eine starke Hand.“ (autoritäre Unterwerfung), (2) „Wer seine Kinder zu anständigen Bürgern erziehen will, muss von ihnen vor allem Gehorsam und Disziplin verlangen.“ (autoritäre Aggression). Der Anteil der Befragten, die beiden Aussagen zustimmten und damit vergleichsweise als „hoch autoritär“ gelten, betrug zu Beginn der Messreihe 60 Prozent und blieb auch bis 2006 auf einem Niveau über 50 Prozent. Seit 2007 wurden leicht geringere Messwerte ermittelt (2008: 42 Prozent), 2016 belief sich der Anteil „hoch autoritärer“ Befragter jedoch auf 49 Prozent, in diesem Jahr sind es 43 Prozent. Zur Ergänzung des Messkonzeptes wurde 2017 erstmals die Zustimmung zu einer dritten Aussage erfasst: (3) „Gegen Außenseiter und Nichtsteuer sollte in der Gesellschaft mit aller Härte vorgegangen werden.“ Deutlicher als mittels der beiden anderen Aussagen wird damit autoritäre Aggression erfasst (vgl. Beierlein et al. 2014). Auf Basis einer Mittelwertskala, die die „durchschnittliche“ Zustimmung zu allen drei Aussagen (bei maximal einer möglichen fehlenden Antwort) abbildet, gelten 60 Prozent der Befragten als autoritär (Abb. 102). Auf eine Unterscheidung zwischen „mittel“ und „hoch autoritären“ Befragten wird zur Vereinfachung verzichtet.

Abb. 103: Autoritarismus⁵⁴ und soziale Dominanzorientierung⁵⁵ nach Bildung
(in Prozent)



54 Autoritarismus-Mittelwertskala (2017); *überwiegende Zustimmung* zu folgenden Aussagen: (1) „In diesen Zeiten brauchen wir unbedingt eine starke Hand.“, (2) „Wer seine Kinder zu anständigen Bürgern erziehen will, muss von ihnen vor allem Gehorsam und Disziplin verlangen.“, (3) „Gegen Außenseiter und Nichtsteuer sollte in der Gesellschaft mit aller Härte vorgegangen werden.“.

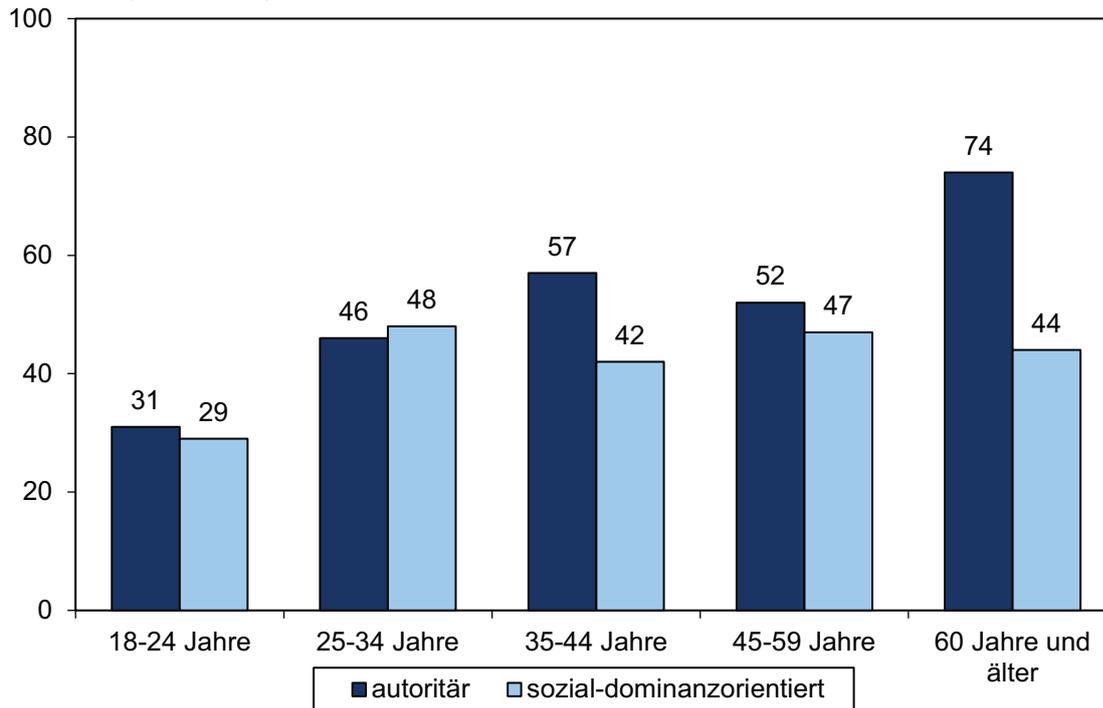
55 SDO-Mittelwertskala; *überwiegende Zustimmung* zu folgenden Aussagen: (1) „Manche Gruppen von Menschen sind anderen einfach überlegen“, (2) „Um im Leben voranzukommen, muss man sich über andere hinwegsetzen.“

In der neueren sozialpsychologischen Forschung wurde kritisiert, dass sich das Konzept der autoritären Persönlichkeit vorrangig auf (persönliche) Beziehungen zwischen Individuen *innerhalb der Eigengruppe* beziehe. Autoritarismus könne daher u.U. nur unzureichende Erklärungen für Vorurteile, Einstellungen und Verhaltensdispositionen liefern, die sich auf das *Verhältnis zwischen Eigen- und Fremdgruppen* beziehen, wo also *kollektive* Wahrnehmungen, Zuschreibungen und Identitätsbildungsprozesse eine stärkere Rolle spielen. Deshalb wurde von Jim Sidanius und Felicia Pratto (1999) das Konzept der **sozialen Dominanzorientierung** (SDO) vorgeschlagen, das kollektiven Deutungs- und Handlungskontexten besser gerecht werden und z.B. auch ein kompetitives Verhältnis zu konkurrierenden *Anderen* und Fremdgruppen erfassen soll (vgl. Jonas/Stroebe/Hewstone 2014: 514 ff.). Soziale Dominanzorientierung drücke sich demnach im Bedürfnis aus, hierarchische Beziehungen zwischen Gruppen zu betonen, zu etablieren bzw. zu festigen. Ihr liegen legitimierende Ideologien und kollektive „Mythen“ zugrunde (vgl. Küpper / Zick 2005): Personen mit hoher sozialer Dominanzorientierung hätten ein „kompetitives Weltbild“. Angenommen wird, dass soziale Dominanzorientierung neben Autoritarismus ein *zweiter, unabhängiger Hauptfaktor* der Erklärung von Vorurteilen und Diskriminierungseinstellungen gegenüber Minderheiten sei (vgl. Zick/Küpper 2016: 104).

Kritiker_innen des Konzepts vermuten hingegen, dass es sich bei „sozialer Dominanzorientierung“ lediglich um eine weitere inhaltliche Komponente autoritärer Einstellungen handele (vgl. Baier / Hajdar 2005). In das Fragenprogramm des THÜRINGEN-MONITORS wurden in diesem Jahr erstmals zwei Aussagen aufgenommen, die in psychologischen Skalen zur Erfassung der sozialen Dominanzorientierung Verwendung finden (vgl. auch Ho et al. 2015, Six 2008). Nach der oben bereits beschriebenen Berechnungslogik ist eine soziale Dominanzorientierung dann zu attestieren, wenn überwiegende Zustimmung zu folgenden Aussagen erfolgte: (1) „Manche Gruppen von Menschen sind anderen einfach überlegen“, (2) „Um im Leben voranzukommen, muss man sich über andere hinwegsetzen.“ Dies traf auf 44 Prozent der Befragten zu.

Auffällig ist, dass sowohl *Autoritarismus* als auch *soziale Dominanzorientierung* mit höherer Bildung abnehmen (Abb. 103) und in den jüngsten Befragtenkohorten signifikant niedriger ausgeprägt ist als in anderen Altersgruppen, wobei besonders ältere Befragte (ab 60 Jahre) besonders häufig als *autoritär* gelten müssen (Abb. 104). Der Zusammenhang zwischen Autoritarismus und Bildung bzw. Alter ist allerdings viel stärker als der Zusammenhang zwischen sozialer Dominanzorientierung und Bildung bzw. Alter. Dies ist ein Hinweis darauf, dass der intergenerationale Wandel von Erziehungsstilen, Sozialisationsmustern und der Teilhabe an Bildung einen höheren Einfluss auf die Tendenz zu autoritärer Unterwerfung und Aggression hatte als auf die Vorstellung von hierarchischen Intergruppenbeziehungen im Sinne einer „kompetitiven Weltsicht“, also einer *kollektiven* Statusorientierung.

Abb. 104: Autoritarismus⁵⁶ und soziale Dominanzorientierung⁵⁷ nach Alter
(in Prozent)

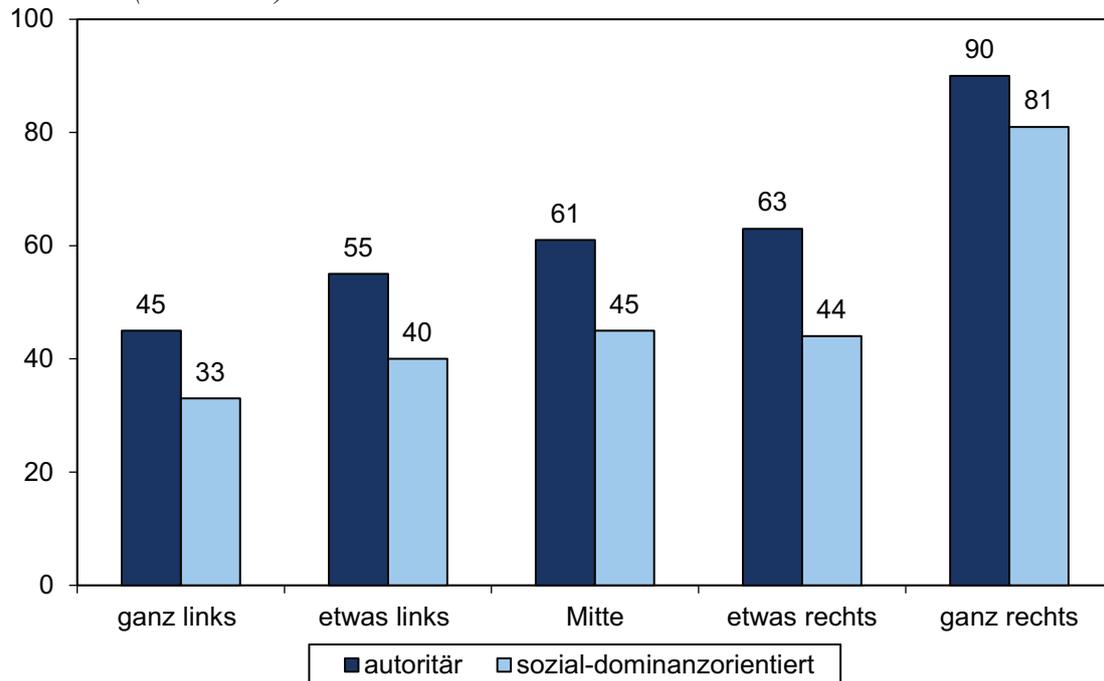


Zwischen weiblichen und männlichen Befragten bestehen keine signifikanten Unterschiede der Ausprägungen des Autoritarismus oder der sozialen Dominanzorientierung. Befragte, die ihre sozioökonomische Lage negativer bewerten und als deprivierter als andere gelten können, neigen stärker zu autoritären Einstellungen und in noch größerem Maße zu einer sozialen Dominanzorientierung. Es gibt also einen nachweisbaren Zusammenhang zwischen Unzufriedenheit, Statusverunsicherung und der Vorstellung von miteinander konkurrierenden sozialen Gruppen. Des Weiteren sind Personen, die sich selbst im politischen Spektrum ganz links verorten, etwas seltener autoritär und sozial-dominanzorientiert als andere Befragtengruppen. Befragte, die sich selbst im politischen Spektrum ganz rechts verorten, fallen jedoch mit markant erhöhten Zustimmungswerten bei den Aussagen zur Erfassung von Autoritarismus und sozialer Dominanzorientierung auf (Abb. 105). Die Vermutung, dass dies auf unterschiedliche Vorstellungen von Leistungs-, Chancen- und Verteilungsgerechtigkeit in den *politischen Lagern bzw. Milieus* (vgl. Kapitel IV.7) zurückzuführen sei, lässt sich jedoch nicht bestätigen.

⁵⁶ Autoritarismus-Mittelwertskala (2017); *überwiegende Zustimmung* zu folgenden Aussagen: (1) „In diesen Zeiten brauchen wir unbedingt eine starke Hand.“, (2) „Wer seine Kinder zu anständigen Bürgern erziehen will, muss von ihnen vor allem Gehorsam und Disziplin verlangen.“, (3) „Gegen Außenseiter und Nichtsteuer sollte in der Gesellschaft mit aller Härte vorgegangen werden.“.

⁵⁷ SDO-Mittelwertskala; *überwiegende Zustimmung* zu folgenden Aussagen: (1) „Manche Gruppen von Menschen sind anderen einfach überlegen“, (2) „Um im Leben voranzukommen, muss man sich über andere hinwegsetzen.“.

Abb. 105: Autoritarismus⁵⁸ und soziale Dominanzorientierung⁵⁹ nach Links-Rechts-Selbsteinordnung
(in Prozent)



Nach der hier eingeführten Operationalisierung korrelieren Autoritarismus und soziale Dominanzorientierung statistisch höchst signifikant miteinander; der Korrelationskoeffizient Pearson's $r=0,435^{***}$ weist allerdings einen *nur mittelstarken* statistischen Zusammenhang zwischen den beiden Kurzskalen aus. Eine Hauptachsenfaktorenanalyse unter Aufnahme der insgesamt fünf Einzelaussagen zeigte trotzdem nicht, dass Autoritarismus und soziale Dominanzorientierung nach der Messung im THÜRINGEN-MONITOR zwei unterschiedliche Einstellungsfaktoren sind.⁶⁰ Vermutlich wäre es demnach angebrachter, von sozialer Dominanzorientierung als „Kollektiv-Autoritarismus“ zu sprechen. Aufgrund der bisher diskutierten, durchaus widersprüchlichen Befundlage und zugunsten einer inhaltlichen Differenzierung erscheint es uns jedoch bis auf Weiteres sinnvoll, bei unseren Analysen Autoritarismus und soziale Dominanzorientierung getrennt zu beobachten und auf unterschiedliche Erklärungskraft im Zusammenhang mit der Ausprägung von Ungleichwertigkeitsvorstellungen zu prüfen.

⁵⁸ Autoritarismus-Mittelwertskala (2017); *überwiegende Zustimmung* zu folgenden Aussagen: (1) „In diesen Zeiten brauchen wir unbedingt eine starke Hand.“; (2) „Wer seine Kinder zu anständigen Bürgern erziehen will, muss von ihnen vor allem Gehorsam und Disziplin verlangen.“; (3) „Gegen Außenseiter und Nichtstuer sollte in der Gesellschaft mit aller Härte vorgegangen werden.“

⁵⁹ SDO-Mittelwertskala; *überwiegende Zustimmung* zu folgenden Aussagen: (1) „Manche Gruppen von Menschen sind anderen einfach überlegen“, (2) „Um im Leben voranzukommen, muss man sich über andere hinwegsetzen.“

⁶⁰ Einschränkungen ergeben sich hier vermutlich vor allem durch die Verwendung der Kurzskalen bzw. unsere Auswahl an Einzelaussagen. Je nach Gegenstandsbereich, wissenschaftlichem Erkenntnisinteresse und methodischen Anforderungen werden bei sozialpsychologischen Messungen häufig auch zehn oder mehr Aussagen zur Messung eines Konstruktes verwendet. Da der THÜRINGEN-MONITOR in seinem Kern andere Ziele verfolgt, war eine solche Messung in diesem Fall nicht zu leisten.

7. Rechtsextremismus und Rechtspopulismus: Phänomene der Mitte?

Die Erhebung rechtsextremer Einstellungen im THÜRINGEN-MONITOR folgt der in der wissenschaftlichen Diskussion etablierten Definition von Rechtsextremismus als der Überzeugung von der unterschiedlichen Wertigkeit von Menschen in Abhängigkeit von askriptiven Merkmalen, wie Nationalität, Hautfarbe oder ethnischer Herkunft, sowie einem auf diesen Ungleichwertigkeitsvorstellungen aufbauenden Gesellschaftsbild. Diese sogenannte Konsensdefinition (vgl. Kreis 2007: 13) erfasst dabei nicht alle möglichen Gruppen, auf die sich *Ungleichwertigkeitsvorstellungen* beziehen können, sondern zählt allein antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen zum Rechtsextremismus. Darüber hinausgehende und nicht notwendig mit Rechtsextremismus verbundene Ungleichwertigkeitsvorstellungen (TM 2013: 105 ff.) werden im Kapitel IV.8 analysiert. Im Hinblick auf politische Ordnungsvorstellungen ist der Rechtsextremismus gekennzeichnet durch eine Befürwortung diktatorischer Regierungsformen, die Verharmlosung des Nationalsozialismus und einen chauvinistischen Nationalismus. Letzterer umfasst ein übersteigertes Nationalgefühl und insbesondere die Aufwertung Deutschlands über die Abwertung anderer Länder. Auf Basis dieser im Jahr 2001 entwickelten Konsensdefinition analysieren neben dem THÜRINGEN-MONITOR auch deutschlandweite Studien das rechtsextreme Einstellungspotential (Zick/Küpper/Krause 2016; Decker/Kiess/Brähler 2016; Stöss 2007; Stöss / Niedermayer 2008).

Der THÜRINGEN-MONITOR bedient sich somit eines wissenschaftlich validierten Messinstruments (TM 2016: 90ff.; Best/Salomo 2014). Dessen Grundidee ist, dass sich die rechtsextreme Einstellung der Befragten anhand ihres Antwortverhaltens auf eine Reihe von vorgelegten Aussagen bestimmen lässt. Die im THÜRINGEN-MONITOR verwendeten Aussagen decken die zentralen Facetten des Rechtsextremismus ab, wozu chauvinistischer Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit, Sozialdarwinismus, Antisemitismus, Verharmlosung des Nationalsozialismus und die Befürwortung einer rechten Diktatur zählen (Abb. 106). Je stärker rechtsextrem die Befragten eingestellt sind, desto eher werden sie diesen Aussagen zustimmen. Dabei wird die Zustimmung zu einer der Aussagen nicht bereits als Vorhandensein einer rechtsextremen Einstellung gewertet. Einer der Gründe dafür ist, dass die Aussagen sehr unterschiedliche Zustimmungsraten finden und sich insofern offensichtlich in ihrer Schwierigkeit unterscheiden. Damit ist gemeint, dass einige der Aussagen – wie z.B. zum Antisemitismus – drastisch formuliert sind und daher erst bei einer sehr stark ausgeprägten rechtsextremen Einstellung befürwortet werden, andere hingegen eher weich formuliert sind – wie z.B. zur Durchsetzung deutscher Interessen – und daher breitere Zustimmung finden. Zudem erfassen die weicher formulierten Aussagen oft auch sogenannte Fremddimensionen. D.h., die Antwort auf diese Frage ist zwar zu einem bestimmten Teil durch rechtsextreme Einstellungen über die Rolle Deutschlands bestimmt, aber gleichzeitig werden damit auch Aversionen über außenpolitische Entscheidungsprozesse, insbesondere innerhalb der Europäischen Unionen erfasst (Best / Salomo 2014: 57). Rechtsextreme werden dieser Aussage folglich sehr wahrscheinlich zustimmen, da aggressiver Nationalismus zum rechtsextremen Weltbild gehört. Aber nicht alle Befragten, die dieser Aussage zustimmen, können als rechtsextrem bezeichnet werden.

Abb. 106: Zustimmung zu den Aussagen zur Erfassung rechtsextremer Einstellungen
(in Prozent; „stimme voll und ganz zu“ und „stimme überwiegend zu“ zusammengefasst)

		2017	2016	2015
Nationalismus und Chauvinismus				
Ethnozentrismus	„Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.“	64	63	62
	„Andere Völker mögen Wichtiges vollbracht haben, an deutsche Leistungen reicht das aber nicht heran.“	30	25	29
	Fremdenfeindlichkeit			
	„Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maße überfremdet.“	53	52	51
	„Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.“	44	37	40
	„Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen.“	22	17	22
Sozialdarwinismus				
	„Es gibt wertvolles und unwertes Leben.“	24	23	28
Neo-Nationalsozialismus	„Wie in der Natur sollte sich auch in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.“	18	12	18
	Verharmlosung des Nationalsozialismus			
	„Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.“	16	16	24
	Antisemitismus			
	„Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.“	14	10	9
(Rechte) Diktatur				
	„Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.“	14	17	20

Wenn Befragte jedoch eine rechtsextreme Einstellung besitzen, stimmen sie sehr wahrscheinlich allen oder zumindest der Mehrheit dieser Aussagen zu. Diese Vermutung kann empirisch überprüft werden, indem untersucht wird, in welchem Ausmaß die Zustimmung zu einer Aussage auf die Befürwortung der anderen Aussagen schließen lässt. Je enger die Antworten zu den Aussagen miteinander assoziiert sind, umso wahrscheinlicher ist es, dass Thüringer_innen, die einer der genannten Aussagen zustimmen, auch den übrigen Aussagen zustimmen. In diesem Fall erfasst die Gesamtheit der Aussagen ein und dieselbe rechtsextreme Einstellung. Bereits im Rahmen der früheren THÜRINGEN-MONITORE und einer ergänzenden Expertise (Best/Salomo 2014: 17) wurde gezeigt, dass die Antworten auf die in Abb. 106 genannten Aussagen in so starkem Maße miteinander assoziiert sind, dass sie eine gemeinsame, rechtsextreme Einstellung erfassen.

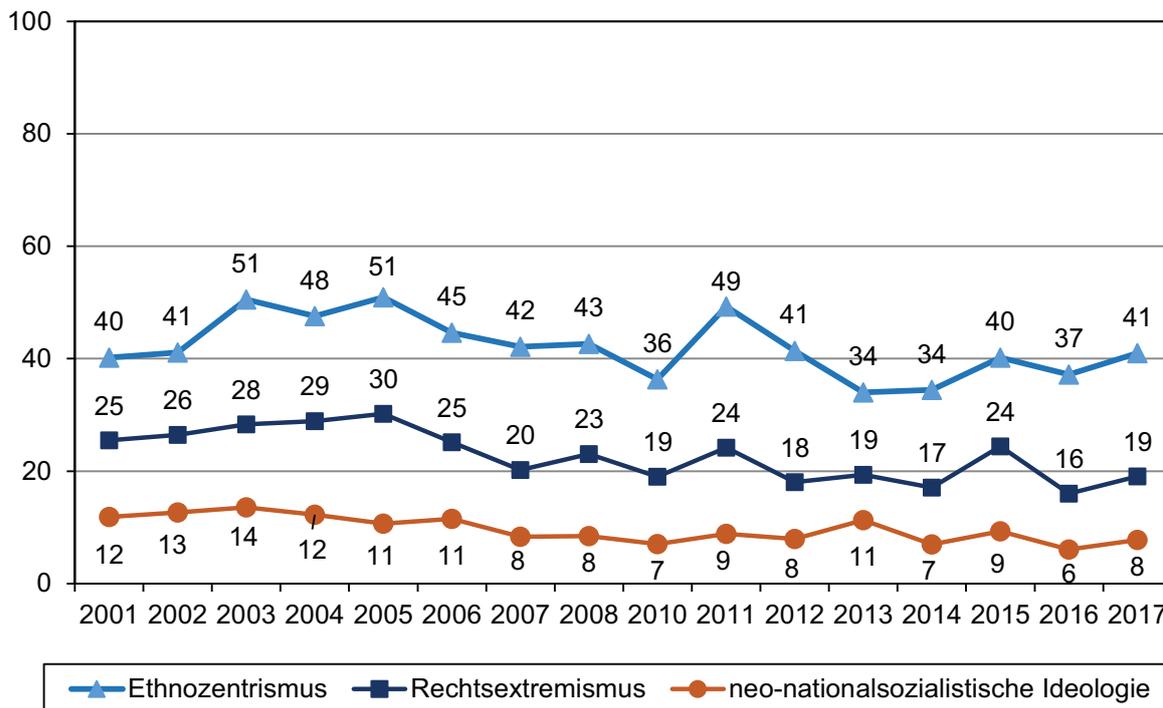
Davon unbenommen hängen auf der einen Seite die chauvinistisch-nationalistischen und fremdenfeindlichen Aussagen noch einmal enger miteinander zusammen und sind auf der anderen Seite die sozialdarwinistischen, den Nationalsozialismus verharmlosenden, antisemitischen und diktaturbefürwortenden Aussagen besonders eng assoziiert.⁶¹ Im THÜRINGEN-MONITOR wird dieser internen Differenzierung rechtsextremer Einstellungen Rechnung getragen, indem neben dem Rechtsextremismus insgesamt die beiden ihn konstituierenden Facetten **Ethnozentrismus** und **Neo-Nationalsozialismus** in ihren Ausprägungen, Ursachen und Folgen getrennt analysiert werden. Ethnozentrismus (Sumner 1906) kennzeichnet die Bewertung von Fremdgruppen unter ausschließlicher Bezugnahme auf die stets als normalen Beurteilungsmaßstab gesetzte Eigengruppe. Damit geht in der Regel einher, dass die Eigengruppe überhöht und die Fremdgruppen abgewertet werden (Heyder/Decker 2011: 237f.). Neo-Nationalsozialismus ist die affirmative Haltung zur NS-Diktatur in Deutschland zwischen 1933 und 1945 und zu ihren Ideologemen. In einem ersten Schritt werden die ethnozentrischen und neo-nationalsozialistischen Aussagen zu zwei getrennten Skalen zusammengefasst und anschließend darauf basierend der Gesamtwert der Befragten auf der Rechtsextremismusskala berechnet. Ethnozentrismus und Neo-Nationalsozialismus bilden somit die zwei gleichgewichtigen *Hauptdimensionen* des Rechtsextremismus. Als rechtsextrem eingestellt gelten Befragte nur dann, wenn sie den Aussagen auf jeder der beiden Dimensionen durchschnittlich überwiegend zugestimmt haben bzw. wenn sie im Durchschnitt mehr Aussagen befürworten als ablehnen.⁶²

⁶¹ Die Ausnahme ist dabei die Aussage „Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen“, die aufgrund der ihr inhärenten rassistischen Grundlage zumeist enger mit den neo-nationalsozialistischen Aussagen assoziiert ist. Ihre Zuordnung ist jedoch weniger eindeutig, da sie zu manchen Erhebungszeitpunkten stärker mit den übrigen fremdenfeindlichen Aussagen assoziiert ist.

⁶² Das bedeutet, dass nicht allen in der Konsensdefinition erfassten Einstellungsfacetten zugestimmt werden muss, um als rechtsextrem eingestellt zu gelten. Vielmehr kann sich hinter der Zuordnung „rechtsextrem eingestellt“ eine Bandbreite an heterogenen Einstellungsmustern verbergen, die jedoch gemeinsam haben, dass ihre Träger die zehn genannten Aussagen *durchschnittlich* befürworten (Skalenwert >2,5). Zudem verstehen Befragte die vorgegebenen Antwortkategorien manchmal unterschiedlich. Dieser Umstand kann dazu führen, dass zwei Befragte den gleichen Skalenwert besitzen, ihre tatsächliche latente Einstellung zum Rechtsextremismus jedoch variiert, wodurch eine Gruppierung erschwert ist. Die dichotome Unterteilung in „rechtsextrem eingestellt“ und „nicht rechtsextrem eingestellt“ ist eine Zusammenfassung auf hohem Abstraktionsniveau und ein Kompromiss aus einer anschaulichen Vermittlungsmöglichkeit und einem messtheoretisch strikten Vorgehen (vgl. Best/Salomo 2014: 56).

Davon unabhängig werden Antworten auf einzelne Aussagen von Befragten mit rechtsextremen Einstellungen häufiger verweigert. Weil zudem die Zustimmung zu den einzelnen Aussagen eng miteinander zusammenhängt, werden in der seit 2014 modifizierten Rechtsextremismusskala auch diejenigen einbezogen, die auf höchstens eine ethnozentrische und eine neo-nationalsozialistische Frage die Antwort verweigerten (Best / Salomo 2014: 25ff.).

Abb. 107: Rechtsextreme, ethnozentrische und neo-nationalsozialistische Einstellungen 2001–2017
(in Prozent)



Auf dieser Basis zeigt sich im Vergleich zum Jahr 2016 keine signifikante Veränderung in der Verbreitung rechtsextremer Einstellungen. Der in Abb. 107 sichtbare Anstieg von 16 auf 19 Prozent liegt noch innerhalb des Bereichs zufälliger statistischer Schwankungen und ist somit nicht zu berücksichtigen. Damit haben sich die rechtsextremen Einstellungen unter den Thüringer_innen nach dem deutlichen Rückgang in 2016 nicht weiter verringert, sondern auf niedrigerem Niveau stabilisiert. Dieser Befund der Stabilität gilt auch, wenn die Dimensionen Ethnozentrismus und Neo-Nationalsozialismus getrennt betrachtet werden. Bei einem Blick auf die einzelnen Aussagen, die die Rechtsextremismusskala konstituieren, überwiegt ebenso Stabilität bei leichter Variation in einzelnen Facetten (Abb. 106). Unter den ethnozentrischen Aussagen ist allein der Anstieg von 37 auf 44 Prozent Zustimmung dazu, dass die Sozialsysteme durch Migranten ausgenutzt würden, statistisch signifikant. Der bei den übrigen Aussagen erkennbare Trend einer gestiegenen Zustimmung liegt hingegen innerhalb des Bereichs der zufälligen Stichprobenschwankungen. Den neo-nationalsozialistischen Aussagen zur Befürwortung von Antisemitismus und Sozialdarwinismus wird hingegen etwas stärker als 2016 zugestimmt. Die Befürwortung einer rechten Diktatur ist hingegen die einzige aller zur Rechtsextremismusskala zählenden Aussagen, die auch 2017 weiter zurückgegangen ist und damit statistisch signifikant weniger Verbreitung als noch 2015 findet. Bei den übrigen neo-nationalsozialistischen Aussagen verbleiben die Veränderungen ausnahmslos innerhalb des Bereichs zufälliger statistischer Schwankungen.

Nicht nur die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen hat sich auf einem im Jahresvergleich niedrigem Niveau stabilisiert, sondern auch ihre Struktur. Zur Erinnerung: bei

Ethnozentrismus und Neo-Nationalsozialismus handelt es sich um zwei zu unterscheidende, jedoch miteinander assoziierte Facetten rechtsextremer Einstellungen. Diese enge Verbindung äußert sich unter anderem darin, dass sich seit 2001 unter Befragten mit ethnozentrischen Einstellungen durchschnittlich rund ein Fünftel neo-nationalsozialistisch ideologisierte Befragte befinden, während dieser Anteil bei den nicht ethnozentrisch eingestellten Thüringer_innen im selben Zeitraum nie mehr als drei Prozent betrug. Neben jährlichen Schwankungen dieser Anteile ist allerdings der langfristige Trend einer Abkoppelung beider Dimensionen zu beobachten. Lag der Anteil an neo-nationalsozialistisch Ideologisierten unter den ethnozentrischen Thüringer_innen bis ins Jahr 2006 zumeist bei über einem Viertel der Thüringer Bevölkerung, so lag er seit 2007 mit zwei Ausnahmen stets unter 20 Prozent. Auch 2017 liegt er weiterhin unter 20 Prozent, er ist jedoch im Vergleich zum Vorjahr von knapp zwölf auf rund 19 Prozent angestiegen. Gegenwärtig sind Ethnozentrismus und Neo-Nationalsozialismus also wieder enger miteinander verkoppelt als noch in 2016 – dem Jahr, das in dieser Hinsicht eine Ausnahme darstellt.

Die Mitte und der Extremismus

Der Rechtsextremismus und die **Mitte** stehen in vielfältigen und kontrovers diskutierten Bezügen. Die Kontroverse um das Extremismusmodell stellt einen Kristallisationspunkt dieser Diskussionen in Deutschland dar. Dieses Modell, das auch die Grundlage der Arbeit der Verfassungsschutzämter bildet, obgleich das Grundgesetz keinen juristischen Extremismusbegriff kennt (Stöss 2010: 101), geht von der freiheitlich-demokratischen Grundordnung (FDGO) als dem Wesenskern des Grundgesetzes aus und versteht alle die Bestrebungen als extremistisch, die diese FDGO aufzuheben suchen (Jesse 2013: 507). In dieser Perspektive spielen weder die Motivationen noch die Zielvorstellungen der unterschiedlichen Extremisten eine zentrale Rolle, sie werden vorrangig unter dem Aspekt ihrer geteilten Frontstellung zur FDGO betrachtet. Für die Diskussion um die Mitte ist relevant, dass insbesondere Links- und Rechtsextremismus als die Extremismen gelten, die aus gegensätzlichen Richtungen die FDGO bedrohen. Das demokratische Spektrum, in dem durchaus auch radikale aber noch verfassungskonforme, jedoch nicht extremistische Einstellungen und Verhaltensweisen vorkommen, wird also in der Mitte eines Kontinuums verortet, an dessen beiden Rändern sich Links- und Rechtsextremismus befinden. Dieses Spektrum wird dann bildlich zu einem „Hufeisen“ gebogen, dessen Enden sich beinahe berühren und somit gleichweit vom vorderen Scheitelpunkt, der Mitte, entfernt sind (vgl. Salzborn 2015: 98f.).

Die Kritik an dieser Form der Extremismustheorie entzündet sich an mehreren Sachverhalten. Ein erster Vorwurf lautet, dass Extremismen allein durch ihre Ablehnung der bestehenden FDGO definiert würden. Damit blieben die internen Differenzierungen und Dynamiken der jeweils untersuchten Extremismen unberücksichtigt. Diese Kritik wird jedoch von Vertretern der Extremismustheorie u.a. durch den Verweis auf die Unterscheidung positiver und negativer Definitionsmerkmale zurückgewiesen (Backes/Jesse 1993: 42). Weiterhin sei die dichotome Abgrenzung zwischen demokratischer Mitte und Extremismen zu undifferenziert, um Übergänge und unklare Fälle beurteilen zu können. Eine Folge davon sei, dass die Mitte und damit der *status quo* der bestehenden FDGO eine *normative Verklärung* erfahren, sodass auch Gruppierungen und Bestrebungen mit

kritischen, z.B. radikal- oder direktdemokratischen Vorstellungen als antidemokratisch bzw. extremistisch eingeordnet würden (vgl. Salzborn 2015: 102, Salzborn 2011: 15f.).

Daran anknüpfend wird kritisiert, dass die Betrachtung von **Links- und Rechts-extremismus** allein unter dem Aspekt des Extremismus eine unzulässige Gleichsetzung bedeutete (Glaser 2015: 5). Diese Gleichsetzung sei deshalb problematisch, da es organisatorisch kaum Bezüge zwischen links- und rechtsextremen Bestrebungen gibt (Salzborn 2015: 101) und weil damit einer Verharmlosung des Nationalsozialismus Vortrieb geleistet würde. Weiterhin sei die Durchsetzung radikaldemokratischer und antikapitalistischer, auf Gleichheit basierender Wertvorstellungen auf der linken Seite in ihren sozialstrukturellen Voraussetzungen und politischen Folgen diametral entgegengesetzt zur rechtsextremen Ideologie einer auf Ungleichheit aufbauenden Gewaltherrschaft. Zum Teil wird sogar argumentiert, dass linksextreme Bestrebungen und die ihnen zu Grunde liegenden Einstellungen sich ausschließlich gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung, nicht jedoch gegen die demokratische Herrschaftsordnung richten würden (Butterwegge 2010). Allerdings sind gerade die vielfältigen Antworten auf die Frage nach der Verknüpfung zwischen Wirtschafts- und Herrschaftsordnung ein zentrales Differenzierungskriterium zwischen unterschiedlichen linken politischen Strömungen. Schließlich stellt sich generell die Frage, ob ein Vergleich notwendig zur Gleichsetzung von Links- und Rechtsextremismus führen muss, oder ob er nicht überhaupt erst die empirische Untersuchung sowohl von partiellen Strukturähnlichkeiten als auch von Unterschieden ermöglicht und somit notwendig für eine wissenschaftliche Analyse bleibt.

Der Kritikpunkt, der die Diskussion um das Verhältnis zwischen Mitte und Rechtsextremismus am meisten berührt, ist, dass das Extremismusmodell die enge Beziehung zwischen Rechtsextremismus und den Kräften innerhalb des demokratischen Spektrums bzw. der politischen Mitte außer Acht lässt. Rechtsextremismus würde terminologisch und konzeptionell als ein Problem am Rande der Gesellschaft dargestellt und die Mitte folglich als Bollwerk gegenüber rechtsextremen Einstellungen und Handlungen angesehen. Die sozialen und politischen Voraussetzungen innerhalb der Gesamtgesellschaft, die Rechts-Extremismus überhaupt erst ermöglichen, bliebe außer Acht (u. a. Jaschke 1991: 53). Es bleibt allerdings offen, ob diese Ausblendung dem Extremismuskonzept inhärent ist, da es die Mitte demokratietheoretisch-institutionell bzw. verfassungsrechtlich als die FDGO bzw. die demokratische Grundordnung definiert und deren soziale oder politische Trägergruppen seinem Anspruch nach nicht im Blick hat. Die Kritik kann aber auch so verstanden werden, dass die Ausblendung dem Extremismuskonzept zwar nicht inhärent ist, dass es aber in seiner Rezeption und in seinen Folgen zu einer (eventuell auch intendierten) Ausblendung der sozialen Bedingungen des Rechtsextremismus führt und damit der Exkulpation der gesellschaftlichen Mitte von der Verantwortung für den Rechtsextremismus dient.

Die Idee, dass die Mitte nicht nur Rechtsextremismus befördert, sondern selbst anfällig für Extremismus ist, geht auf Seymour Martin Lipset zurück, der drei Schichten innerhalb der Gesellschaft unterschied, die er nach ihrer sozioökonomischen Ressourcenausstattung und den damit verbundenen politischen Zielen definiert und die jeweils demokratische und autoritäre bzw. extreme Segmente besitzen (Lipset 1967). Neben dem linken Extremismus der Unterschicht und dem rechten Extremismus der Oberschicht identifizierte Lipset den Faschismus als den „Extremismus der Mittelschichten“. Die politischen Ziele jeder Schicht ergeben sich aus ihrer sozialen Position, wobei die unterschiedlichen Segmente in jeder

Schicht zur Durchsetzung dieser Ziele entweder auf demokratische oder antidemokratische bzw. extremistische Mittel zurückgreifen. Die extremistischen Segmente stehen also in enger Beziehung zu den jeweiligen Werten, Grundprinzipien und politischen Vorstellungen ihrer Schicht, radikalisieren sie jedoch.

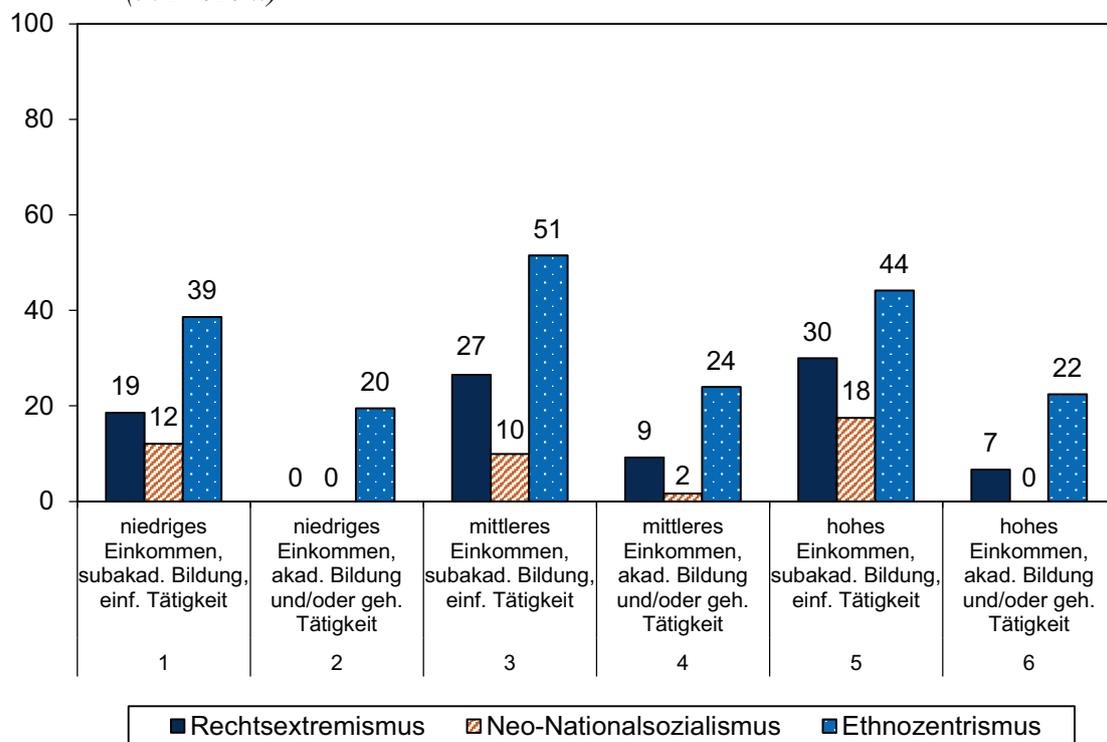
In der deutschsprachigen Diskussion wird eine enge Verbindung zwischen der Mitte der Gesellschaft und rechtsextremen Einstellungen und Aktivitäten gesehen. Mindestens vier Bedeutungen des Terminus „**Extremismus der Mitte**“ (Decker/Brähler/Geißler 2006) sind dabei zu unterscheiden. Erstens werden damit die sozialen Trägergruppen rechtsextremer Einstellungen und Verhaltensweisen fokussiert, wenn sie auch oder sogar insbesondere aus der sozioökonomisch definierten Mittelschicht stammen. Zweitens dient es zur Kennzeichnung personeller, organisatorischer und ideologischer Verbindungen zwischen demokratischem Spektrum und rechtsextremen Akteuren. Insbesondere die Verknüpfung von ausgrenzenden Einstellungen in der Mehrheitsgesellschaft mit deren radikaler und gewaltsamer Umsetzung durch Randgruppen, die ihrerseits wiederum durch die weite Verbreitung dieser Einstellungen verstärkt wird, wurde in den zahlreichen Studien über die „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ untersucht (vgl. die Reihe „Deutsche Zustände“ von W. Heitmeyer et al.). Weiterhin wird auf den „Extremismus der Mitte“ häufig Bezug genommen, wenn es um das Verhältnis von Rechtsextremismus und -populismus geht. Dabei wird die These vertreten, dass der Rechtspopulismus eine Variante des Rechtsextremismus ist, der nur gemäßiger auftritt und demzufolge auch stärkere Verbreitung innerhalb der Mitte der Gesellschaft findet (vgl. Kapitel I). Schließlich wird mit dem Terminus „Extremismus der Mitte“ darauf hingewiesen, dass rechtsextreme Einstellungen entweder eine so weite Verbreitung finden können, dass sie in Teilen mehrheitsfähig sind oder sich zumindest in allen Teilen der Gesellschaft finden. Die gesellschaftliche Mitte sei deshalb keinesfalls immun, sondern vielmehr gilt folgendes: „Gefahr [für die Demokratie, TM-Autorenteam] droht aus der ‚Mitte‘ selbst, in der rechtsextreme Einstellung, autoritäre Phantasien und mangelndes demokratisches Bewusstsein weit verbreitet sind.“ (Decker/Kiess/Brähler 2013: 16). Insbesondere für die sogenannten „Mitte-Studien“ sind die letztgenannten Sichtweisen forschungsleitend (s. o.).

Die empirische Überprüfung der Annahme eines (Rechts-)Extremismus der Mitte für Thüringen kann zunächst an die bereits dargestellten Befunde anknüpfen. So werden rechtsextreme Einstellungen von 19 Prozent der Thüringer Bevölkerung geteilt und finden insofern zwar weite Verbreitung, von einer Befürwortung unter der Mehrheit der Thüringer_innen sind sie aber weit entfernt. Der Befund fällt etwas anders aus, wenn die beiden Dimensionen Ethnozentrismus und Neo-Nationalsozialismus getrennt betrachtet werden. Während neo-nationalsozialistische Einstellungen mit acht Prozent nur von einer kleinen Minderheit geäußert werden, sind ethnozentrische Einstellungen bei vier von zehn Thüringer_innen und damit nicht nur in den Randbereichen der Gesellschaft zu finden. Die Abwertung fremder Nationalitäten und die Ablehnung ihrer Angehörigen ist also durchaus ein Phänomen, das bis in die Mitte der Gesellschaft reicht.

Neben dieser Lesart des „Extremismus der Mitte“, die unterstreicht, dass rechtsextreme Einstellungen kein gesellschaftliches Randphänomen sind, kann eine genaue Definition der gesellschaftlichen Mitte über soziale und politische Bestimmungskriterien erfolgen. Das im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR 2017 verwendete Schichtungsmodell bestimmt die **soziale Mitte** objektiv mittels dem Einkommen, dem Bildungsgrad und der Art der aktuell

oder früher ausgeübten Berufstätigkeit (vgl. Kapitel III.4). Die Einteilung in die einzelnen Schichten trägt dabei der Einsicht Rechnung, dass sich die sozialen Schichtdeterminanten entkoppelt haben und damit statusinkonsistente Positionen im sozialen Raum eingenommen werden können. So korrespondiert beispielsweise ein hoher Bildungsgrad nicht mehr notwendig mit einem hohen Einkommen und einer gehobenen Tätigkeit. Dieser Umstand wird an der Existenz der unteren und der oberen Zwischenschicht (Schicht 2 und 5) deutlich, die durch Statusinkonsistenzen geprägt sind. Die soziale Mittelschicht setzt sich einerseits zusammen aus Personen, die gemessen am Durchschnitt Thüringens über ein mittleres Einkommen verfügen, keine akademische Bildung besitzen und einfache Berufstätigkeiten ausüben (3). Andererseits finden sich hier auch Personen mit mittlerem Einkommen, die über akademische Bildung verfügen und/oder gehobene bis leitende Berufstätigkeiten ausüben – die obere Mittelschicht (4).

Abb. 108: Rechtsextreme, ethnozentrische und neo-nationalsozialistische Einstellungen 2017 nach Schichtzugehörigkeit (in Prozent)



Der Rechtsextremismus ist nun nicht in erster Linie ein Phänomen der unteren Schichten (Abb. 108). Vielmehr sind die Befragten der untersten Schicht (1) im Vergleich zur mittleren Mittelschicht (3) und oberen Zwischenschicht (5) seltener rechtsextrem, allerdings häufiger als die Angehörigen der unteren Zwischenschicht (2), der oberen Mittelschicht (4) und der oberen Schicht (6). Auffällig ist, dass die akademische Bildung bzw. die Ausübung einer gehobenen beruflichen Tätigkeit in allen Einkommensgruppen in nahezu gleichem Umfang rechtsextreme Einstellungen vermindern. Diese Wirkung der Bildung ist ein konsistenter Befund aller THÜRINGEN-MONITORE und sie ist unabhängig von der ökonomischen Ressourcenausstattung und damit auch unabhängig davon, ob ein dem Bildungsgrad adäquater Beruf ausgeübt oder ein entsprechendes Einkommen erzielt wird. Inkonsistenzen, die entstehen, wenn der aufgrund der eigenen formalen Bildung erwartbare ökonomische Ressourcenzuwachs ausbleibt, fördern rechtsextreme Einstellungen also nicht, wie der

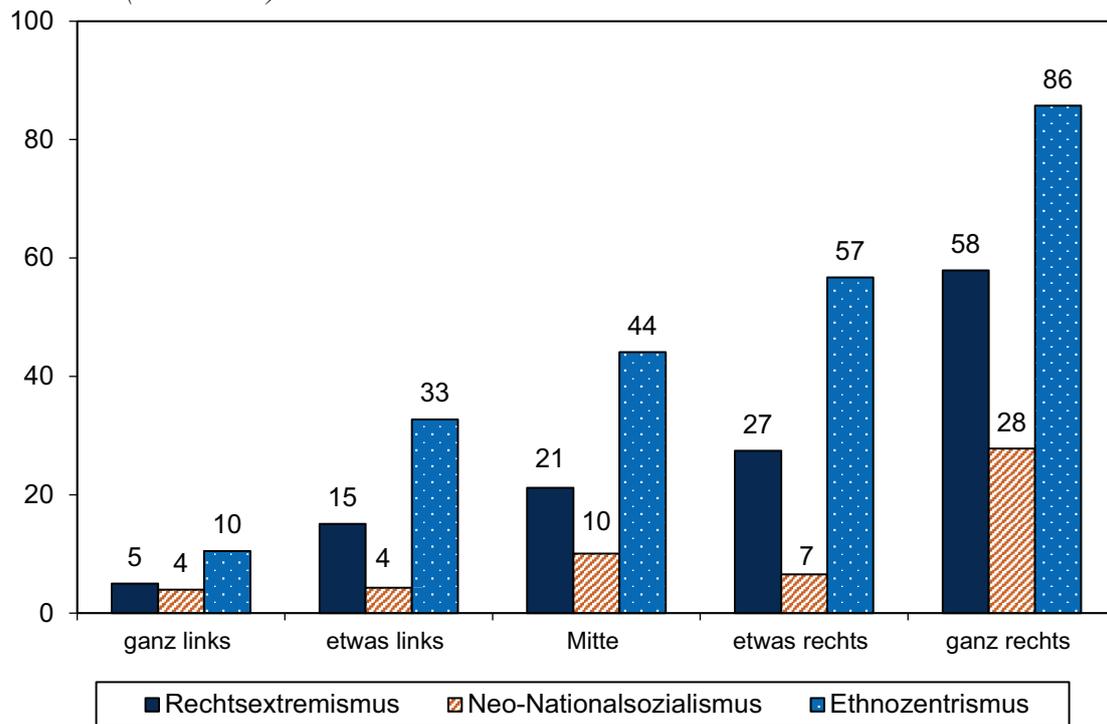
niedrigste Anteil an Rechtsextremen in Schicht (2) zeigt. Hingegen ist der Rechtsextremismus insbesondere in den Schichten mit mittlerer bzw. guter Ausstattung mit ökonomischen Ressourcen, die jedoch nicht über akademische Bildung verfügen oder einfache Tätigkeiten ausüb(t)en (Schicht 3 und 5) am weitesten verbreitet und somit unter denen, die ökonomisch etwas zu verlieren haben und deren Berufs- und Bildungshintergrund durch zukünftige Veränderungen wie Digitalisierung, Automatisierung und Zuwanderung einen Verlust ihres Status am ehesten befürchten lässt, womit sich die Befunde aus der Milieuanalyse im THÜRINGEN-MONITOR 2014 erneut bestätigen (TM 2014: 97). Der Zusammenhang zwischen objektiver sozialer Lage und Rechtsextremismus stützt also *partiell* die These eines „Extremismus der Mitte“ im Sinne einer erhöhten Anfälligkeit der sozialen Mittelschicht, die jedoch durch höhere Bildung oder gehobenen beruflichen Status verringert wird. Diese Verteilungsmuster kennzeichnen auch Ethnozentrismus und Neo-Nationalsozialismus, wobei gegenüber letzterem insbesondere Schicht (5) anfällig ist, d.h. diejenigen mit hohem Einkommen, aber mit einer dazu inkonsistentem Bildungs- und Berufsbiografie.

In Bezug auf den Rechtsextremismus bestätigt sich die Erkenntnis aus früheren THÜRINGEN-MONITOREN, dass politische Einstellungen durch die objektive soziale Lage beeinflusst, aber nicht vollständig bestimmt werden. Der Zusammenhang zwischen sozialer Lage und politischen Einstellungen ist ohnehin einem stetigen Wandel unterworfen. Es wird allgemein angenommen, dass die soziale Lage gegenwärtig weniger prägend für Einstellungen und Handlungsoptionen ist als noch vor einem halben Jahrhundert. Zwar bestünden vertikale Ungleichheiten in Bezug auf den sozialen Status und die Verfügbarkeit von Ressourcen fort. Gleichwohl haben spätestens seit den 1960er Jahren ein allgemeiner Wohlstandszuwachs und die Bildungsexpansion dazu beigetragen, dass allen Schichten mehr Ressourcen zur Verfügung stehen und sich damit deren Handlungsspielräume erweitert haben, was durch die gewachsene Heterogenität von Lebensstilen, Wertorientierungen und eben auch politischen Einstellungen zum Ausdruck kommt (Otte 2004). Insofern kann von der sozialen Mittellage nicht automatisch auf eine mittlere Position innerhalb des politischen Einstellungsraums geschlossen werden, sondern es gilt, diesen Zusammenhang empirisch zu ermitteln.

Wo befindet sich nun aber die **politische Mitte**? Um einen möglichen „Extremismus der Mitte“ bestimmen zu können, muss letztere unabhängig von der Positionierung auf der Rechtsextremismusskala definiert werden. Eine erste Annäherung bietet die im THÜRINGEN-MONITOR kontinuierlich erhobene Selbsteinordnung auf der Links-Rechts-Skala. Die *Expertise zur Güte und Reichweite der Messung des Rechtsextremismus im Thüringen-Monitor 2000 bis 2014* (Best/Salomo 2014) zeigte, welche politischen Konzepte die Thüringer_innen mit ihrer Links-Rechts-Selbsteinordnung zum Ausdruck bringen und dass sie damit durchaus konkrete Vorstellungen verbinden (vgl. Salheiser 2014). Der linke Pol wird verbunden mit Werten wie Gleichheit, soziale Gerechtigkeit, Toleranz und Mitbestimmung und – zu einem kleineren Teil – explizit als Abgrenzung „gegen Rechts“ verstanden. Der rechte Pol wird vorrangig mit der Wahrung nationaler Interessen und der Abwehr von Fremden in Verbindung gebracht und in etwas größerem Ausmaß als auf der linken Seite mit der Bekämpfung gegnerischer Politik. Personen, die sich in der Mitte einordneten, konnten auffallend häufig *keine* Assoziation nennen oder begründeten ihre Mitte-Position mit einer Neutralität zu, der Abwehr von oder dem Ausgleich zwischen

jedweden Extremismen. Kaum jedoch wurde die Mitte mit *expliziter Unterstützung der Demokratie* assoziiert. Auch spielen die klassischerweise mit der Links-Rechts-Dimension in Verbindung gebrachten politischen Konzepte (Bobbio 2006) wie Marktfreiheit und Konservatismus auf der rechten Seite oder Staatsintervention auf der linken Seite keine Rolle.

Abb. 109: Rechtsextreme, ethnozentrische und neo-nationalsozialistische Einstellungen 2017 nach politischer Selbsteinordnung (in Prozent)

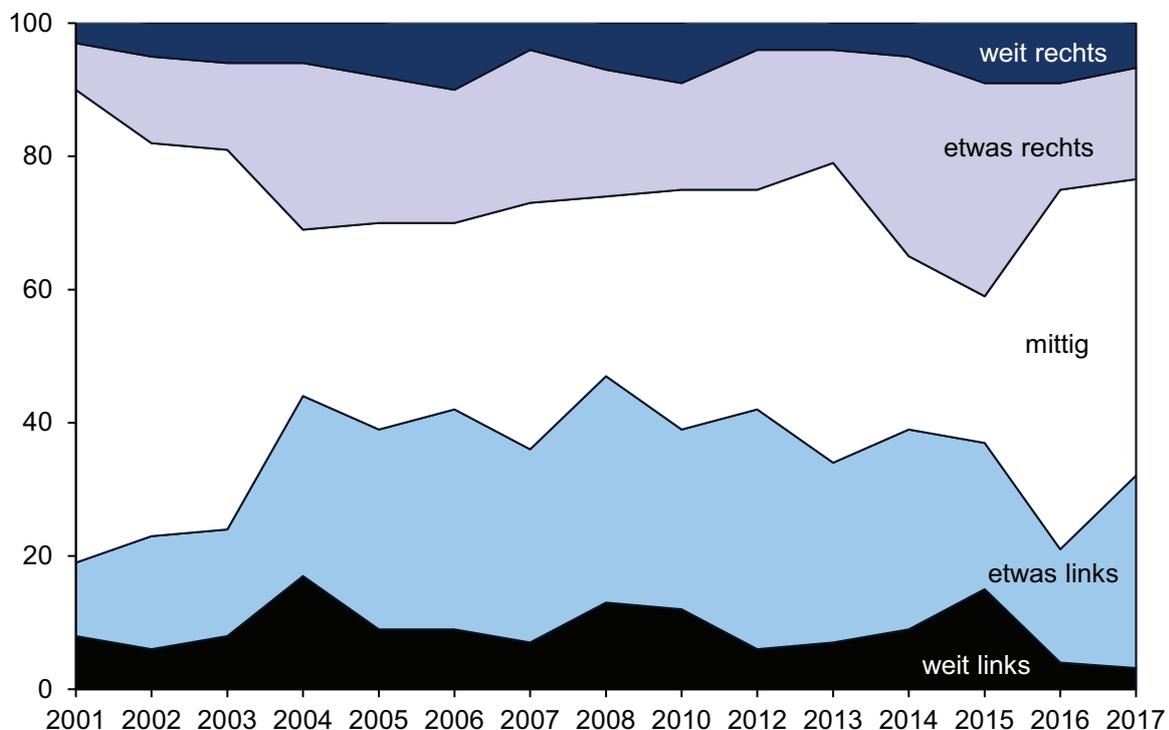


Das Kontinuum politischer Selbsteinordnung wird also von den Thüringer_innen asymmetrisch verstanden. Während die linke Seite vorrangig mit Fragen sozialer Gerechtigkeit i.S. von Gleichheit assoziiert ist, wird die rechte Seite nicht mit entgegengesetzter wirtschafts- und sozialpolitischer Liberalität, sondern mit exkludierender nationaler Identität verknüpft. Damit ist auf der rechten Seite eine Anschlussfähigkeit zum Rechtsextremismus gegeben: So steigt die Zustimmung zu den entsprechenden Aussagen von fünf Prozent auf der ganz linken Seite bis auf mehr als die Hälfte der Befragten auf der ganz rechten Seite stetig an (Abb. 109). Die Selbsteinordnung als „ganz rechts“ sticht dabei noch einmal deutlich hervor, ist doch einzig in dieser Kategorie die Mehrheit der Befragten rechtsextrem eingestellt, während dieser Anteil bereits unter den sich selbst etwas rechts einordnenden Befragten rund dreißig Prozentpunkte niedriger liegt. Entsprechend ist die Selbsteinordnung als „ganz rechts“ auch die einzige, bei der nahezu alle Befragte ethnozentrisch eingestellt sind und auch die Zustimmung zum Neo-Nationalsozialismus deutlich über der Zustimmung derer liegt, die sich „etwas rechts“ verorten. Bei denjenigen, die sich selbst als „ganz rechts“ einordnen, korrespondieren also Selbst- und Fremdeinschätzung in hohem Maße. Die Wahrnehmung einer relativen Mehrheit der Thüringer_innen von 39 Prozent, selbst zur politischen Mitte zu gehören, korrespondiert zwar seltener mit einer Neigung zum Rechtsextremismus, aber auch hier findet dieser durchaus noch immer weitere Verbreitung als auf der linken, insbesondere der ganz linken

Seite. Nach diesem Muster ist im Selbstverständnis der Befragten die Mitte nicht der Ort der Neutralität zu Extremisten, sondern der Ort des Ausgleichs, der auch Elemente rechtsextremer Einstellungen, insbesondere des Ethnozentrismus umfasst. Die politische Selbsteinordnung bestätigt auch die Verbindung zwischen politischer Mitte und (Rechts-) Extremismus: Ethnozentrische Einstellungen kommen auch in der Mitte vor, nehmen jedoch zum rechten Rand hin zu und werden zudem durch ideologische Bezugnahmen auf die nationalsozialistische Ideologie überformt und damit radikalisiert.

Zwar stimmt die Selbstzuschreibung als „ganz rechts“ mit 58 Prozent weit überwiegend mit der Fremdzuschreibung als rechtsextrem überein. Umgekehrt jedoch, korrespondiert die Fremdzuschreibung als rechtsextrem deutlich seltener mit der Selbstverortung (Abb. 110). In den vergangenen THÜRINGEN-MONITOREN, wie auch in diesem Jahr, ordnete sich vielmehr stets die absolute Mehrheit der als rechtsextrem klassifizierten Thüringer_innen selbst links oder in der Mitte ein. Links der Mitte ordnete sich zwischen 2004, seitdem die „Mitte“ bei der Frage nach der Selbsteinordnung nicht mehr angeboten wird und nur spontan gewählt werden kann, und 2014 mit zwei Ausnahmen (2007 und 2013) sogar eine relative Mehrheit der rechtsextrem eingestellten Befragten links ein. Ausschließlich in 2015 ordnete sich mit 42 Prozent eine relative Mehrheit dieser Gruppe auch selbst rechts ein. Auch in 2017 positioniert sich nur ein Viertel der rechtsextrem eingestellten Thüringer_innen selbst rechts, die relative Mehrheit ordnet sich selbst in der Mitte ein und ein Drittel versteht sich selbst als „etwas links“ oder „ganz links“.

Abb. 110: Selbsteinordnung rechtsextrem Eingestellter auf einer politischen Links-Rechts-Skala 2001–2017
(in Prozent)



Politische Konfliktlinien und Milieus

Bisher wurde die politische Mitte allein anhand der Selbsteinordnung bestimmt, wobei die Links-Rechts-Selbsteinordnung in Thüringen bereits ethnozentrische Elemente inkludiert. Doch kann die politische Mitte einer Gesellschaft nicht mit nur einer Dimension beschrieben werden, gibt es doch in der Regel mehrere politische Grundkonflikte, zu denen unterschiedliche Haltungen eingenommen werden können, was ja bereits durch die partielle Inkongruenz von Fremd- und Selbsteinschätzung zum Ausdruck kommt. Auch die Links-Rechts-Selbsteinordnung der Thüringer_innen beinhaltet eigentlich zwei politische Dimensionen: einerseits nationale Exklusion vs. universalistische Inklusion und andererseits soziale Gerechtigkeit vs. Marktfreiheit. Allerdings fällt auf der linken Seite universalistische Inklusion und soziale Gerechtigkeit zusammen, während Marktfreiheit auf der rechten Seite nicht vorkommt. Die Reduktion der politischen Realität auf eine einzige Konfliktdimension, auf deren Basis eine politische Mitte bestimmt werden kann, erscheint vor dem Hintergrund dieser und ähnlicher Befunde in deutschland- und europaweiten Studien fraglich (Eith/Mielke 2017; Kriesi et al. 2006). Bereits Lipset hatte politische Ziele von den Mitteln zu ihrer Umsetzung unterschieden, wobei sich aus den Zielvorstellungen links, in der Mitte, rechts noch nicht ergibt, ob eine demokratische oder extreme Zielverfolgung angestrebt wird. Selbst das in der Extremismustheorie verwendete Kontinuum erfasst im Grunde zwei Aspekte. Die Bereiche von der Mitte zu den beiden Extremen links und rechts markieren den Übergang von Demokratieunterstützung zur Demokratiefeindschaft. Gleichzeitig markieren der rechte und der linke Teil des Kontinuums unterschiedliche politische Zielvorstellungen, die auch im demokratischen Spektrum vorhanden sind und die an den Extremen zum Gegenentwurf zur bestehenden Demokratie radikalisiert werden.

Die politische Mitte kann folglich nur unter Bezugnahme auf mehrere politische Grunddimensionen oder -konflikte bestimmt werden, wobei sich die Mitte immer aus der *Äquidistanz* zu den die **Konfliktlinien** aufspannenden, gegensätzlichen politischen Randpositionen ergibt. Im THÜRINGEN-MONITOR haben wir diese Konfliktlinien mittels einer explorativen Faktorenanalyse bestimmt (Abb. 111). Ähnlich wie bei der Prüfung der Rechtsextremismusskala wird dabei die Zustimmung zu einer politischen Aussage daraufhin geprüft, ob sie regelmäßig mit der Zustimmung zu anderen Aussagen einhergeht. Den politischen Aussagen, die eng miteinander assoziiert sind, liegt offensichtlich eine gemeinsame politische Konfliktlinie zugrunde. Dabei zeigen sich vier Dimensionen, die den politischen Raum für die Thüringer_innen strukturieren und in dem sie sich positionieren: 1) der klassische Grundkonflikt zwischen (umverteilender) Staatsintervention auf der einen und Marktfreiheit auf der anderen Seite, 2) der Wertekonflikt zwischen universalistischem Liberalismus und partikularem Autoritarismus, der in Thüringen empirisch interessanterweise nicht assoziiert ist mit 3) der Toleranz sexueller Emanzipation und schließlich 4) die Affinität zum Sozialismus, die unabhängig von Konfliktdimension 1 ist.

Abb. 111: Politische Positionen und Konfliktlinien in Thüringen 2017
(Zustimmung in Prozent; Ladungen in der Faktorenanalyse⁶³)

		Zustimmung	Ladung
1) Staatsintervention vs. Marktfreiheit	„Der Staat sollte sich weniger in die Belange der Bürger einmischen.“	44	.71
	„Für die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes ist es am besten, wenn der Staat möglichst wenig in die Wirtschaft eingreift.“	39	.67
	Freiheit / beides / Gleichheit	52 / 7 / 41	-.48
2) Libertarismus vs. Autoritarismus	„Wir sollten uns wieder stärker auf unsere Traditionen besinnen.“	77	.78
	„Es sollte wieder mehr für die Mehrheit der Leute in unserem Land getan werden, als sich um Minderheiten zu kümmern.“	62	.66
	Freiheit / beides / Sicherheit	29 / 6 / 65	.63
	„Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben.“	64	.37
3) Toleranz sexueller Emanzipation	„Es ist in Ordnung, wenn Menschen ihr Geschlecht ändern, z.B. durch Operationen und hormonelle Behandlungen.“	77	-.76
	„Es sollte gleichgeschlechtlichen Paaren untersagt bleiben, Kinder zu adoptieren.“	21	.74
	„Homosexuelle sollten aufhören, so einen Wirbel um ihre Sexualität zu machen.“	45	.71
4) Sozialismusaffinität	„Der Kapitalismus muss beseitigt werden, um endlich echte Gerechtigkeit herzustellen.“	42	.81
	„Wir sollten zur sozialistischen Ordnung zurückkehren.“	22	.81
	„Die DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten.“	47	.47
	„Spitzeneinkommen und Vermögen sollten stärker besteuert werden, um damit Sozialleistungen zu finanzieren.“	88	-

Auf **Konfliktlinie 1**, Staatsintervention vs. Marktfreiheit, lehnen die Thüringer_innen zwar mehrheitlich einen Staat ab, der sich aus sozialen bzw. wirtschaftlichen Angelegenheiten weitgehend heraushält, jedoch findet dieses liberale Modell mit 44 bzw. 39 Prozent noch immer die Zustimmung einer deutlichen Minderheit. Müssen die Thüringer_innen zwischen

⁶³ Hauptkomponentenanalyse mit Varimax-Rotation. Die Ladungen zeigen in der Faktorenanalyse den Zusammenhang zwischen der politischen Konfliktlinie und der einzelnen Aussage an. D.h., je größer der Betrag der Ladung, der minimal 0 und maximal (plus/minus) 1 werden kann, desto stärker ist die Einstellung zu der jeweiligen Aussage durch die Positionierung auf der jeweiligen politischen Konfliktlinie bestimmt.

Herstellung von Gleichheit und der Wahrung von (Markt-)Freiheit entscheiden, optieren sie jedoch, wenn auch knapp, mehrheitlich für Freiheit. Auf dieser Konfliktdimension sind die Thüringer_innen folglich in zwei Lager gespalten mit einer leichten Tendenz zur (umverteilenden) Staatsintervention.

Auf **Konfliktlinie 2** ist Autoritarismus durch die Orientierung an sozialer Konformität (Mehrheit), Tradition und Sicherheit gekennzeichnet, während Libertarismus für Selbstbestimmung, Nonkonformität und Minderheitenschutz steht. Hier zeigt eine Mehrheit der Thüringer_innen gesellschaftspolitisch autoritäre Einstellungen, wenn mehr als drei Viertel eine Rückbesinnung auf Traditionen und ca. zwei Drittel eine Orientierung an der Mehrheit befürworten und Sicherheit stärker als Freiheit favorisieren. Ein engerer Bezug auf die eigene Nation, den sich zwei Drittel der Thüringer_innen wünschen, lässt sich zwar ebenso hier zuordnen. Allerdings ist diese Aussage im Vergleich zu den anderen dieser Dimension zugehörigen Aussagen am wenigsten durch autoritäre Einstellungen geprägt und zudem in gleichem Maße durch die (marktliberale) Positionierung auf Konfliktlinie 1 beeinflusst.⁶⁴ Nationale Identität ist also gleichermaßen (mittelstark) mit gesellschaftspolitischen Autoritarismus wie mit Marktfreiheit verbunden.

Die **Konfliktlinie 3** ist insofern eine Überraschung, da die Toleranz sexueller Emanzipation üblicherweise der Bestandteil libertärer Einstellungsmusters ist (Kriesi et al. 2006), der durch die enge Verzahnung von individueller Lebensweise und öffentlichem Diskurs eine symbolisch hochgradig zugespitzte Auseinandersetzung zwischen Libertarismus und Autoritarismus ermöglicht. Die Thüringer_innen jedoch bewerten die Toleranz sexueller Emanzipation unabhängig von ihrer gesellschaftspolitischen Positionierung zu Autoritarismus oder Libertarismus. Dabei akzeptieren drei von vier Befragten Geschlechtsumwandlungen und vier von fünf befürworten die Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Paare im Adoptionsrecht. Eher gespalten zeigen sich die Thüringer_innen bezüglich einer vermeintlich ostentativen Homosexualität, die von einer knappen Mehrheit nicht wahrgenommen oder als unproblematisch eingeschätzt wird (vgl. Kapitel IV.8).

Auf **Konfliktlinie 4**, der Sozialismusaffinität, stimmt eine Mehrheit von 58 Prozent der Thüringer_innen gegen die Abschaffung des Kapitalismus und eine starke Minderheit von 42 Prozent spricht sich dafür aus. Die Wiedereinführung der alten sozialistischen Ordnung wird aber mit deutlicher Mehrheit abgelehnt. Die Bewertung der DDR, in der fast die Hälfte der Thüringer_innen mehr gute als schlechte Seiten erkennt, ist zwar durch die generelle Sozialismusaffinität beeinflusst, allerdings deutlich schwächer als es die anderen beiden Aussagen sind. Zudem erhöht auch hier, ähnlich wie beim Nationalgefühl, eine autoritäre Gesellschaftskonzeption und die Ablehnung sexueller Selbstbestimmung die positive Bewertung der DDR⁶⁵, sodass hier die Nachwirkung eines autoritären Sozialismus mit homogener Gesellschaftskonzeption erkennbar ist.

Die Aussage einer Umverteilung von oben nach unten durch stärkere Besteuerung von hohem Vermögen und Einkünften stößt auf 88 Prozent Zustimmung unter nahezu allen Thüringer_innen und kann daher keiner der Konfliktdimensionen zugeordnet werden, d.h. dieser Wunsch liegt quer zu den sonstigen gesellschaftspolitischen Konzeptionen.

Innerhalb der vier genannten Konfliktlinien ist die politische Mitte als Gruppe nun so zu lokalisieren, dass sie eine mittlere Position zwischen den Gruppen einnimmt, deren

⁶⁴ Das wird an der im Vergleich niedrigeren Faktorladung von .37 deutlich und daran, dass die Faktorladung auf Dimension 1 mit .37 genauso groß ist.

⁶⁵ Die Faktorladung auf Dimension 2 beträgt .33 und auf Dimension 3 ebenfalls .33.

durchschnittliche politische Einstellungen an jeweils gegensätzlichen Polen der Konfliktdimensionen verortet sind. Die politische Mitte wäre ohne weitere Differenzierung zudem eine Gruppe, die sich auf allen vier Konfliktdimensionen in dieser Weise positioniert. Damit ergeben sich zwei Bezüge zu der in der *Expertise zur Güte und Reichweite der Messung des Rechtsextremismus im Thüringen-Monitor 2000 bis 2014* (Best/Salomo 2014) und im THÜRINGEN-MONITOR 2014 eingeführten Ansatz der Milieuanalyse. Einerseits kann die politische Mitte damit nicht nur als eine abstrakte Position auf einer Konfliktlinie verstanden werden, sondern als ein politisches Milieu, dessen Angehörige sich in ihren politischen Einstellungen ähnlich sind. Zudem sind politische oder soziale Milieus immer auch dadurch charakterisiert, dass ihre Angehörigen eine vergleichbare soziale Lage teilen, aus der diese Einstellungen hervorgehen, auch wenn diese Verbindung – wie oben beschrieben – unterschiedlich stark ausgeprägt sein kann. Diese Verbindung kann sogar fehlen, wenn eine ähnliche soziale Lage mit heterogenen politischen Einstellungen verbunden ist. Die vier genannten Konfliktdimensionen bilden daher nun den Ausgangspunkt zur Identifikation politischer Milieus in Thüringen und zur Beantwortung der Frage, ob sich ein Milieu der Mitte identifizieren lässt.

Methodisch und konzeptionell schließen wir damit an die genannten Arbeiten an, allerdings werden die Milieus hier auf Basis der genannten vier Konfliktdimensionen bestimmt, um die Identifikation der politischen Mitte zu ermöglichen. Dafür werden die untersuchten politischen Einstellungen zu Indizes zusammengefasst, die den vier beschriebenen Konfliktlinien entsprechen.⁶⁶ Zur Identifikation der Milieus wird anschließend das statistische Verfahren der Clusteranalyse verwendet, das alle Befragten schrittweise auf Basis der Ähnlichkeit in ihren Einstellungen zu Gruppen zusammenfasst bis eine Anzahl an Gruppen erreicht ist, ab der keine sinnvolle Zusammenfassung mehr möglich ist, weil andernfalls sehr unähnliche Gruppen zusammengefasst würden.⁶⁷ Der Vorteil dieser Vorgehensweise besteht darin, dass Milieus gefunden werden, deren Angehörige sich in Hinblick auf ihre Einstellungen in allen vier Konfliktlinien ähnlich sind. Würden vier politische „Mitten“ getrennt nach den Konfliktlinien definiert, bliebe unklar, ob sich die auf einer Konfliktlinie in der Mitte lokalisierten Personen auch hinsichtlich ihrer Einstellungen auf den anderen Konfliktlinien ähnlich sind und insofern überhaupt ein Milieu bilden.

Als Ergebnis der Analyse ergeben sich **sechs politische Milieus in Thüringen**. In Abb. 112 und Abb. 113 ist die durchschnittliche Positionierung ihrer Angehörigen auf den jeweils dargestellten Konfliktdimensionen mittels einer Raute gekennzeichnet und ihr prozentualer Anteil an der Bevölkerung in Thüringen durch die Größe der Kreise symbolisiert.⁶⁸ Anhand der Positionierung aller Milieus ist die durchschnittliche politische Einstellung der Thüringer_innen zu erkennen, die durch gesellschaftspolitischen Autoritarismus mit einer Tendenz zu weitreichenden Staatsaufgaben, der Befürwortung sexueller Selbstbestimmung und fehlender Sozialismusaffinität charakterisiert ist.

⁶⁶ Die gewichtet additiven Mittelwertindizes für jede Konfliktlinie wurden aus den jeweils zugehörigen Einstellungen gebildet, wobei pro Konfliktlinie eine fehlende Antwort zulässig ist und die Einstellungen entsprechend ihrer Faktorladungen gewichtet werden. Die dreistufigen Variablen wurden an die Spannweite (*range*) der übrigen Variablen angepasst.

⁶⁷ Hierarchisch-agglomeratives Clusterverfahren (Backhaus et al. 2006: 489 ff.) mit quadrierter euklidischer Distanz, z-Standardisierung der Ausgangsvariablen und Ward Fusionierungsalgorithmus. Die optimale Anzahl an Clustern wurde anhand des Dendrogramms bestimmt.

⁶⁸ Die Ausdehnung der Kreise kennzeichnet also nicht das Ausmaß der Streuung der individuellen Einstellungen um den Durchschnittswert des jeweiligen Milieus.

Abb. 112: Politische Milieus in Thüringen und ihre Positionierung auf Konfliktlinien 1 und 2
(Durchschnittliche Zustimmung auf den Indizes der Konfliktlinien)

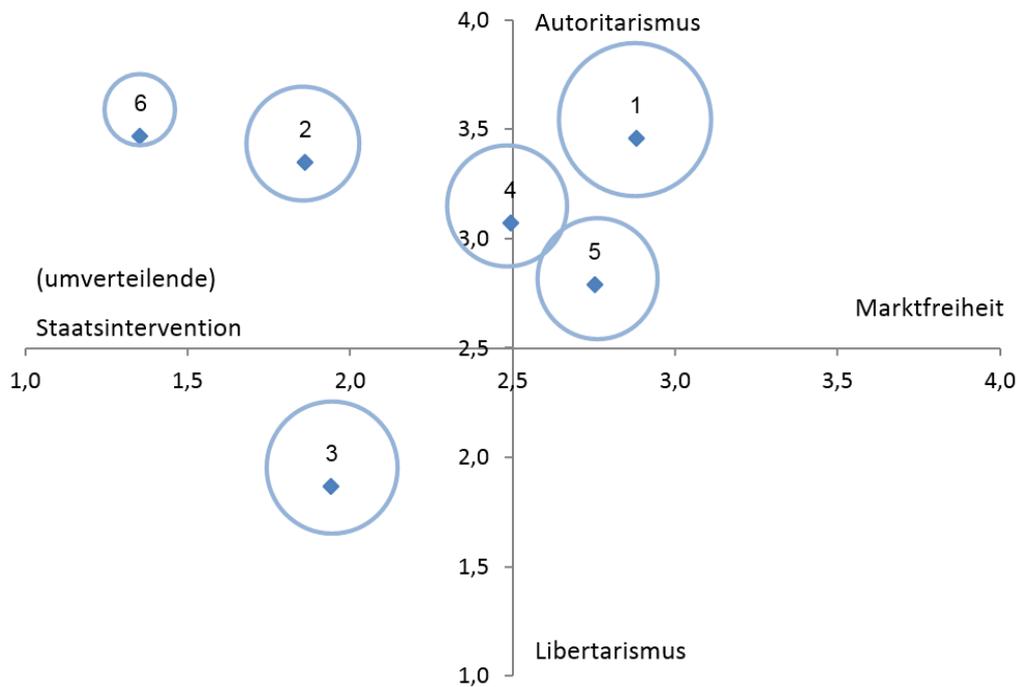
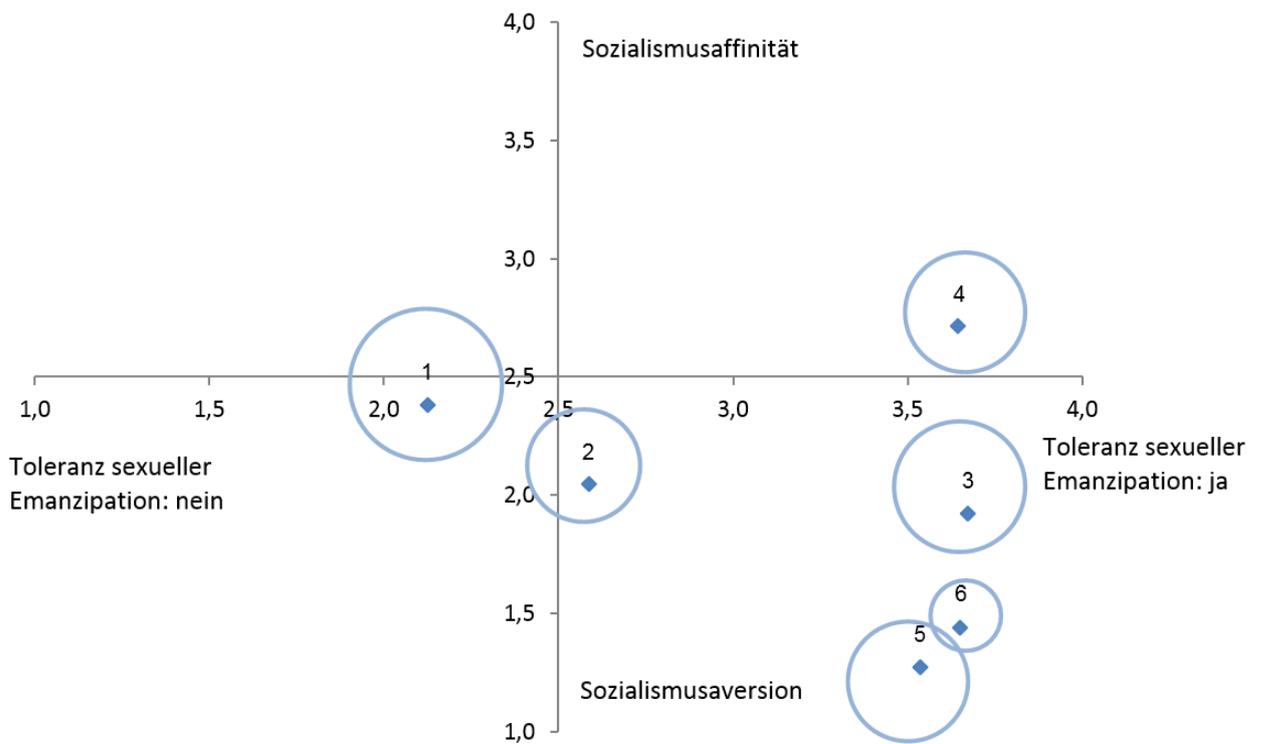


Abb. 113: Politische Milieus in Thüringen und ihre Positionierung auf Konfliktlinien 3 und 4
(Durchschnittliche Zustimmung auf den Indizes der Konfliktlinien)



Die Achsen innerhalb der Abbildungen kennzeichnen jeweils die Mitte der jeweiligen Konfliktdimension, d.h. die Positionierung eines Milieus an dieser Stelle lässt keine genaue Tendenz erkennen, womit eine Mitteposition im Sinne einer ausgleichenden Wirkung eingenommen würde. In dieser Hinsicht lässt sich *kein* typisches Mitte-Milieu erkennen, dessen Angehörige in allen politischen Dimensionen eine Mitteposition einnehmen. Am ehesten gilt dies noch für Milieu 4 (15 Prozent), das zwischen Marktfreiheit und sozialer Gerechtigkeit positioniert ist und auch im Hinblick auf die Sozialismusaffinität nur eine leichte positive Tendenz erkennen lässt, jedoch sind seine Angehörigen auch eindeutig gesellschaftspolitisch autoritär eingestellt, jedoch am deutlichsten für die Toleranz sexueller Emanzipation.

Allerdings wird die mögliche Reichweite der politischen Konfliktlinien durch die Thüringer_innen nicht vollständig ausgeschöpft, denn nur wenige Milieus sind an den Enden der Achsen positioniert. So gibt es beispielsweise zwar explizite Sozialismusaversion in Milieu 5 (15 Prozent) und 6 (sechs Prozent), jedoch kein Milieu, das entschieden eine sozialismusaffine Gegenposition vertritt. Die Milieus markieren folglich die Grenzen der Standpunkte, die in der alltäglichen politischen Diskussion tatsächlich überhaupt vertreten werden. Die Mitteposition kann sich deshalb auch aus der mittleren Positionierung eines Milieus *relativ* zu den übrigen Milieus ergeben. In dieser Hinsicht können Milieu 3 (16 Prozent) und 4 als Milieus der sozial- und wirtschaftspolitischen Mitte bezeichnet werden. Milieu 3 tendiert dabei inhaltlich zu sozialer Gerechtigkeit (links), aber weil die Bevölkerung Thüringens generell in diese Richtung tendiert, ist diese Position als mittlere zu bezeichnen. In dieser relativen Perspektive ist Milieu 5 als gesellschaftspolitische Mitte, Milieu 2 (14 Prozent) und Milieu 3 als Mitte in Bezug auf das Verhältnis zum Sozialismus zu bezeichnen. Im Hinblick auf die Toleranz gegenüber sexuellen Minderheiten hingegen gibt es kein Mitte-Milieu, diese Konfliktdimension ist durch eine Lagerbildung geprägt. Damit bestätigt sich der Befund, dass kein Milieu auf allen vier politischen Konfliktlinien eine Mitteposition einnimmt, auch anhand der relativen Positionierung.

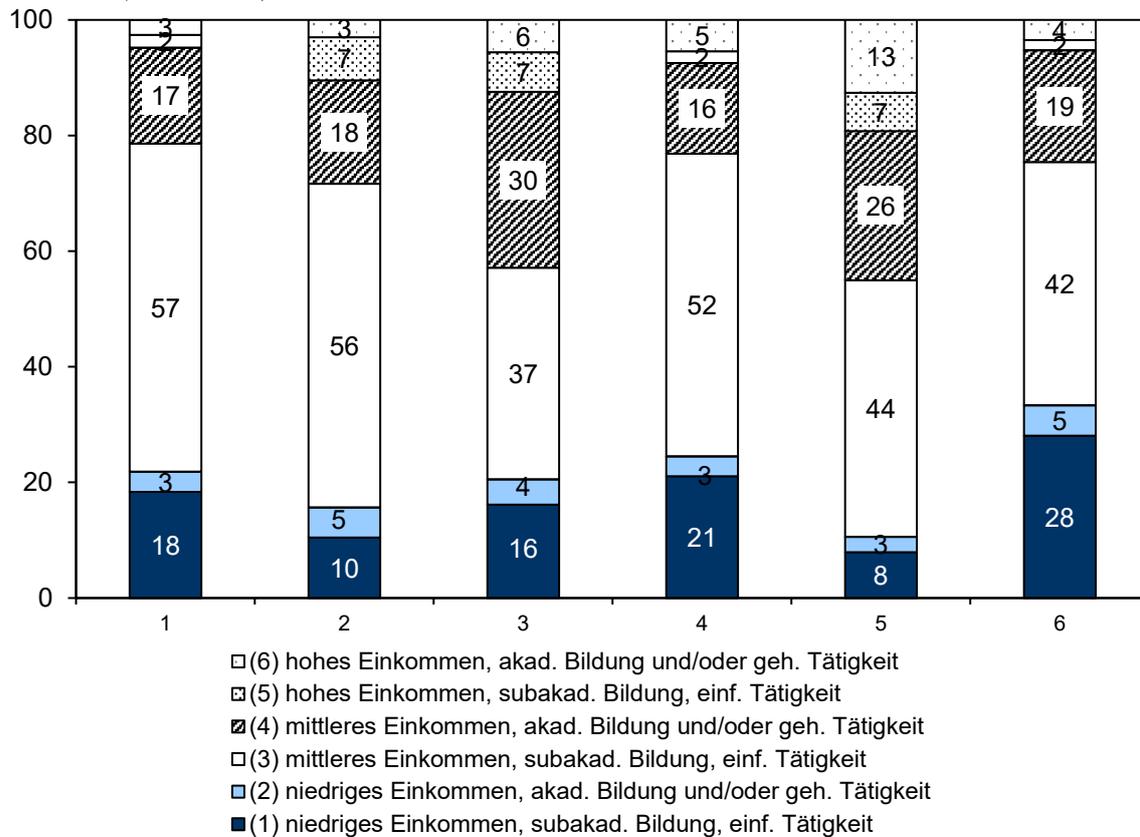
Die in Abb. 114 erkennbare Kurzcharakterisierung der Milieus beruht primär auf ihrer durchschnittlichen Positionierung auf den Konfliktlinien 1 und 2, wobei „links“ in Anlehnung an die dazugehörige Selbstkonzeption der Thüringer_innen (s. o.) die Befürwortung von Staatsintervention bedeutet, die mit der Herstellung von Gleichheit assoziiert ist. Die weitere Differenzierung der Milieus erfolgt auf Basis der Konfliktlinien 3 und 4 und zeigt, dass innerhalb der Milieus teilweise sehr heterogene, geradezu ambivalente Einstellungen kombiniert werden. So, wenn z.B. eine gesellschaftspolitisch autoritäre Konzeption mit ausgeprägter Toleranz sexueller Emanzipation einhergeht (Milieu 6).

Die sozialen Lagen der so charakterisierten politischen Milieus zeigen einige Besonderheiten (Abb. 115). Während das marktliberal-autoritäre Milieu 1 dem Thüringer Schichtungsdurchschnitt weitgehend entspricht, sind im linksautoritären Milieu 2 etwas häufiger Personen anzutreffen, die ein überdurchschnittliches Einkommen erzielen, aber eine dazu inkonsistente Berufs- und Bildungsbiografie besitzen (Schicht 5). Im einzigen linkslibertären Milieu 3 finden sich mit fast einem Drittel überdurchschnittlich viele Personen aus der oberen Mittelschicht, d.h. mit mittlerem Einkommen und höherer Bildung/Berufstätigkeit (Schicht 4).

Abb. 114: Rechtsextremismus in den politischen Milieus Thüringens
(in Prozent)

Nr.	Anteil ⁶⁹	Merkmale	REX	ETHNO	NEO-NS
1	23	Marktliberal-autoritäres Milieu mit nur geringer Sozialismusaversion und ohne Toleranz gegenüber sexueller Emanzipation	45	63	19
2	14	Linksautoritäres Milieu mit mittlerer Sozialismusaversion und im Vergleich geringer Toleranz gegenüber sexueller Emanzipation	26	63	9
3	16	Linkslibertäres Milieu mit mittlerer Sozialismusaversion und ausgeprägter Toleranz gegenüber sexueller Emanzipation	1	6	0
4	15	Autoritäres Milieu der wirtschafts- und sozialpolitischen Mitte mit Sozialismusaffinität und ausgeprägter Toleranz gegenüber sexueller Emanzipation	20	39	12
5	15	Marktliberal-autoritäres Milieu der Sozialismusaversion mit ausgeprägter Toleranz gegenüber sexueller Emanzipation	5	25	1
6	6	Linksautoritäres Milieu der Sozialismusaversion mit ausgeprägter Toleranz gegenüber sexueller Emanzipation	7	42	0

Abb. 115: Politische Milieus 1–6 in Thüringen und ihre soziale Schichtung (1)–(6)
(in Prozent)

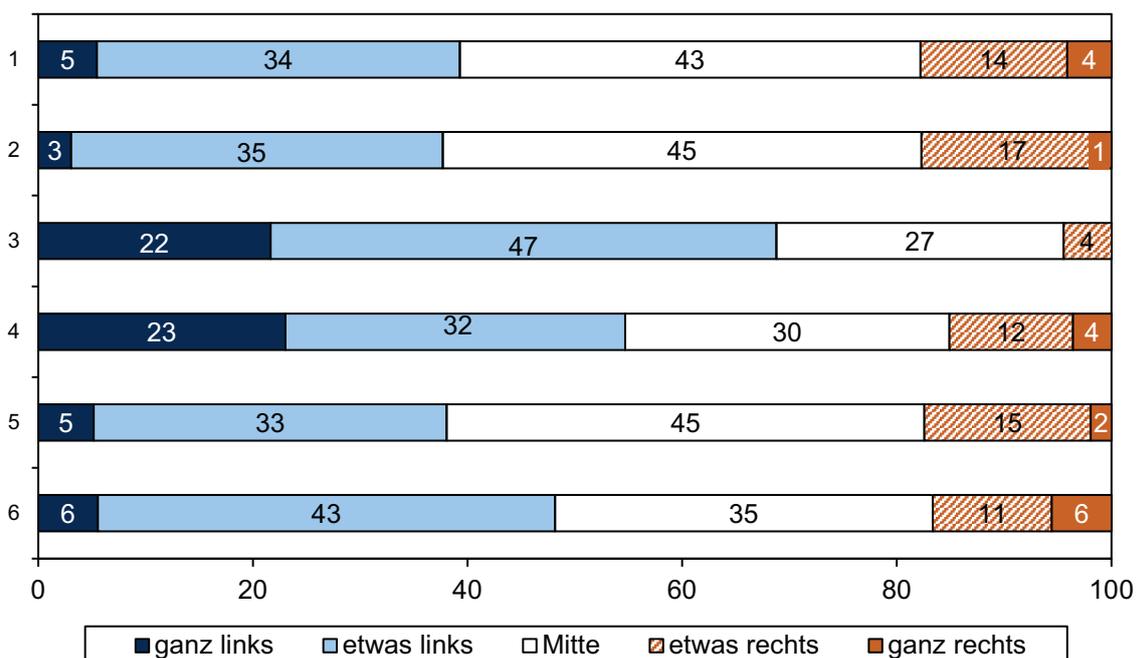


⁶⁹ Die Anteilswerte der Milieus addieren sich nicht zu 100 Prozent, da zwölf Prozent der Thüringer_innen aufgrund fehlender Angaben keinem Milieu zugeordnet werden konnten.

Allerdings ist dieser Anteil auch im marktliberal-autoritären Milieu 5 etwas häufiger vertreten, in dem sich zusätzlich besonders viele Personen aus der obersten Schicht (6) befinden. Hier korrespondiert die privilegierte ökonomisch-soziale Lage mit einem unterdurchschnittlichen Wunsch nach Staatsintervention und assoziierter Umverteilung. Das linksautoritäre Milieu 6 ist zugleich das Milieu in dem sich der größte Anteil von Personen aus der unteren Schicht (1) befinden, wo der geringe soziale Status mit einem ausgeprägten Wunsch nach Staatsinterventionen und autoritären Gesellschaftskonzeptionen, aber auch mit einer hohen Toleranz sexueller Emanzipation verbunden ist. Insgesamt sind die politischen Milieus trotz einiger Schwerpunkte insgesamt von sozialer Heterogenität gekennzeichnet, sodass der Zusammenhang zwischen sozialer Lage und politischer Positionierung als eher schwach zu bewerten ist.

Ein Vergleich der Selbstverortung der Thüringer_innen auf der eindimensionalen Links-Rechts-Skala mit ihrer Lage im mehrdimensionalen politischen Raum Thüringens lässt Inkongruenz erwarten. Zunächst ordnen sich relative Mehrheiten in den Milieus 1, 2 und 5 selbst der politischen Mitte zu und alle verbinden damit autoritäre Gesellschaftskonzepte. Mit dieser Mitte-Verortung im Einklang sehen diese Befragten aber ebenso Marktliberalität (in Milieu 1 und 5) als auch Staatsinterventionismus (2), starke (5) und schwache (1 und 2) Sozialismusaversion, als auch Toleranz gegenüber sexueller Emanzipation (5) und Distanz (2) bzw. Ablehnung derselben (1). Die übrigen Milieus ordnen sich – wie der Durchschnitt der Thüringer Bevölkerung – eher links ein. Insbesondere die Milieus 4 und 3 verstehen sich mehrheitlich als überwiegend oder ganz links, was sich in Milieu 3 auf die Befürwortung von Staatsintervention, auf den ausgeprägten Libertarismus und die Zurückweisung rechter Politikpositionen zurückführen lässt, in Milieu 4 hingegen auf die hier solitär bestehende Sozialismusaffinität. In keinem Milieu ist eine Selbsteinordnung auf der rechten Seite besonders ausgeprägt.

Abb. 116: Politische Milieus 1–6 in Thüringen und ihre Selbsteinordnung auf einer politischen Links-Rechts-Skala 2017
(in Prozent)



Die bisherigen Befunde legen nahe, die Frage nach der Verbindung zwischen der politischen Mitte und rechtsextremen Einstellungen generell als Frage nach der Prävalenz dieser Einstellungen innerhalb der einzelnen Milieus zu behandeln (Abb. 114). Als besonders wenig anfällig für rechtsextreme Einstellungen zeigt sich das einzige linkslibertäre Milieu 3, in dem Rechtsextremismus insgesamt und auch seine beiden Einzelfacetten keine Rolle spielen. Mit Ausnahme von Milieu 5 und 6 finden sich in den gesellschaftspolitisch autoritär orientierten Milieus dagegen die meisten Thüringer_innen mit rechtsextremen Einstellungen. Besonders die Fusion mit Marktliberalität, Vorbehalten gegenüber sexueller Emanzipation und nur geringer Sozialismusaversion ist bei nahezu der Hälfte der Mitglieder von Milieu 1 mit rechtsextremen Einstellungen verbunden. In den stärker durch Vorstellungen von (umverteilender) Staatsintervention geprägten Milieus 2 und 4 gehen autoritäre Einstellungen zugleich mit einer geringeren Affinität zum Rechtsextremismus einher. Weiterhin gibt es mit in den Milieus 5 und 6 gesellschaftspolitisch autoritär geprägte Einstellungsmuster, die jedoch mit deutlicher Zurückweisung rechtsextremer Einstellungen einhergehen. Die beiden letzten Milieus unterscheiden sich hingegen deutlich im Ausmaß an ethnozentrischen Einstellungen, wobei das marktliberale Milieu 5 hier weniger ethnozentrisch ist als das stärker linksorientierte Milieu 6. Hierbei dürfte die stärkere Ausprägung des Autoritarismus in Milieu 6 ausschlaggebend sein. Milieu 1 und 2 hingegen unterscheiden sich im Ausmaß des Rechtsextremismus, ethnozentrische Einstellungen sind jedoch gleich weit verbreitet. Obwohl Milieu 1 auch häufiger neo-nationalsozialistische Einstellungen vertritt, zeigt der geringere Anteil an rechtsextrem eingestellten Angehörigen von Milieu 2 vor allem, dass Ethnozentrismus und Neo-Nationalsozialismus in diesem Milieu besonders schwach miteinander verbunden sind. Für diese Trennung könnte, ähnlich wie in Milieu 6, die gleichzeitig ausgeprägte Orientierung an dem Ziel der Umverteilung durch Staatsintervention ausschlaggebend sein.

Insgesamt zeigt sich, dass die meisten politischen Milieus in Thüringen durch ambivalente Bewertungen politischer Grundkonflikte geprägt sind. Zwar stehen bestimmte Kombinationen politischer Einstellungen – wie insbesondere in Milieu 1 – in einer Wahlverwandtschaft zum Rechtsextremismus, jedoch führen die Heterogenität und Ambivalenz innerhalb der Milieus zu Widersprüchen, die zur Reduktion rechtsextremer Einstellungen beitragen. Eine in jeder Hinsicht in einer Mittellage positionierte politische Mitte – jenseits einer rein statistischen Konstruktion über mittlere Zustimmungsraten – kann also auf Basis der Gruppierung von in ihren Einstellungen ähnlichen Personen nicht identifiziert werden. Statt vom (Rechts-)Extremismus der Mitte zu sprechen, sollten deshalb Kombinationen politischer Einstellungsmuster adressiert werden, die in ihrer Kombination eine Anschlussfähigkeit für rechtsextreme Einstellungen erzeugen.

Ursachen für rechtsextreme Einstellungen

Neben politischen Einstellungen und sozialen Lagen mit ihren jeweiligen Bezügen zu Konzepten der Mitte werden im THÜRINGEN-MONITOR weitere Ursachen für rechtsextreme Einstellungen identifiziert. Die bisher konstatierten Ambivalenzen legen eine getrennte Betrachtung der drei Komponenten sozialer Schichtung, Nettoäquivalenzeinkommen, Bildung und Art der Berufstätigkeit, nahe, um ihre zum Teil gegenläufigen Wirkungen zu untersuchen. Ergänzt werden diese objektiven **sozialstrukturellen Komponenten** durch die Frage nach der wahrgenommenen Sicherheit bzw. den tatsächlichen Verlust des

Arbeitsplatzes und damit der Sicherheit und Relevanz eines der drei zentralen Kategorisierungsmerkmale, die die soziale Position bestimmen.

Darüber hinaus hat sich die Wahrnehmung der eigenen sozialen Lage im Vergleich zu anderen Gruppen, die auch auf alltagsweltlichen Vorstellungen über die Schichtung der Gesellschaft beruht, bereits mehrfach als relevant für die Erklärung rechtsextremer Einstellungen erwiesen (z.B. TM 2016: 104). Aus einem negativ bilanzierten Vergleich zu anderen Personen oder Gruppen folgt Unzufriedenheit, die zu Feindseligkeit gegenüber den als privilegiert empfundenen Gruppen führen kann oder die Ausgrenzung und Abwertung anderer Gruppen begünstigt, weil damit das eigene Selbstwertgefühl wieder hergestellt werden kann (Klein et al. 2008). In jedem Fall bezieht sich die Wahrnehmung der eigenen sozialen Lage auf unterschiedliche Referenzpunkte. Der Vergleich der aktuellen eigenen Position im Vergleich zu anderen Teilen der Gesellschaft ist die **subjektive Deprivation**, die im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR mit einem entsprechenden Index erfasst wurde (vgl. Kapitel III.1 und III.4). Demzufolge ist das Gefühl relativer Deprivation umso höher, je weniger man das Gefühl hat, den gerechten Anteil an der Gesellschaft zu erhalten, je weniger man die Möglichkeit besitzt, etwas anzusparen, je weniger zufrieden man mit dem eigenen Lebensstandard ist und je mehr man sich ärgert, dass es anderen besser geht. Während die subjektive Deprivation auf die aktuelle eigene Situation bezogen ist, basiert die **Statusverlustangst** („Abstiegsangst“) auf einen negativ ausfallenden Vergleich zwischen der aktuellen Situation und der antizipierten Zukunft (Redersdorff / Guimond 2006), die durch die Zustimmung zur Aussage „Es macht mir Sorgen, durch die gesellschaftliche Entwicklung immer mehr auf die Verliererseite des Lebens zu geraten“ gemessen wird.

Gefühle relativer Deprivation können ebenso durch die Wahrnehmung der Benachteiligung einer für die eigene Identität zentralen Gruppe ausgelöst werden. Für Thüringen hat sich dabei wiederholt die Wahrnehmung einer Benachteiligung der Ostdeutschen als Gruppe als zentrale Ursache für rechtsextreme Einstellungen erwiesen (kollektive **Ostdeprivation**) (TM 2016: 2014). Sie wird gemessen über die Wahrnehmung einer negativen Einheitsbilanz („Einheit hat für mich persönlich mehr Nach- als Vorteile gebracht“) und der empfundenen Abwertung des ostdeutschen Bevölkerungsteils durch den westdeutschen („Westdeutsche behandeln Ostdeutsche als Menschen zweiter Klasse“). Neben der Ostdeprivation, die sich auf das Verhältnis von Ost- und Westdeutschen bezieht und somit nicht zwingend auf eigenen Erlebnissen beruhen muss, wurde im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR auch die individuelle Erfahrung erhoben, als Ostdeutsche(r) benachteiligt worden zu sein (**Ost-Diskriminierungserfahrung**).

Deprivationsgefühle sind gesellschaftliche Zustände, die deshalb prinzipiell Gegenstand einer politischen Bearbeitung sein können. Wenn nun der Politik und den etablierten politischen Akteuren nicht mehr zugetraut wird, Benachteiligung abzubauen oder wenn sie gar selbst als Ursache dieser Benachteiligung wahrgenommen werden, entfalten Deprivationsgefühle ihre Wirkung in besonderem Maße, denn dann ist Ausgrenzung und Abwertung das einzige kompensierende Mittel zur Aufrechterhaltung des eigenen Selbstwertgefühls. Die Distanz zur bestehenden Demokratie hat sich deshalb wiederholt als zentrale Ursache für rechtsextreme Einstellungen erwiesen (TM 2012: 91, TM 2015: 95, TM 2016: 103). Im THÜRINGEN-MONITOR wird Distanz als **fehlende Unterstützung der Demokratie** in Deutschland und Thüringen erfasst. Dabei ist vor allem das Gefühl relevant, dass die Meinungen und Interessen der Bevölkerung im politischen Prozess keine Rolle spielen, was in der Zustimmung zur Aussage „Leute wie ich haben doch so oder so keine großen Einfluss darauf, was die Regierung tut“ zum Ausdruck kommt. Diese als

unzureichend empfundene Aufnahmebereitschaft der Demokratie kann kompensiert werden, wenn die Bevölkerung den Institutionen und politischen Akteuren dahingehend vertraut, dass ihre Entscheidungen sachgerecht, effizient und am Gemeinwohl orientiert sind und ihnen daher eigenständiger Entscheidungsspielraum zugestanden wird. Dieses Vertrauen in die politischen Institutionen wird im THÜRINGEN-MONITOR erhoben durch das Vertrauen in die Bundes- und Landesregierung (vgl. Kapitel IV.1). Sollte der Regierung weder vertraut werden noch die Aussicht darauf bestehen, dass sie ihr Handeln an der Bevölkerung orientiert, besteht in Demokratien die Möglichkeit der Abwahl dieser Regierung. Wenn jedoch auch diese Möglichkeit nicht mehr aussichtsreich erscheint, weil z.B. keine Unterschiede zwischen den Parteien wahrgenommen werden (vgl. Vogel 2016, TM 2016: Kapitel IV.3), schwindet die Zufriedenheit mit der Demokratie und steigt die Befürwortung alternativer Regierungsformen. Diese generalisierte Wahrnehmung wird erfasst durch die Frage nach der Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland und die Einschätzung, dass die Demokratie die beste aller Staatsideen ist.

Distanzierung gegenüber der Demokratie bedeutet jedoch auch die fehlende Bereitschaft, die eigenen Interessen aktiv in die Politik einzubringen, weil man sich entweder für nicht kompetent hält oder die Aussichten auf Erfolg als gering einschätzt. Politische Partizipation steht zudem für die Einbindung in gesellschaftliche Netzwerke und kooperative Beziehungen zu Anderen. Ein Mangel an politischer Partizipationsbereitschaft in etablierten demokratischen Formen deutet daher immer auch auf soziale und politische Desintegration hin. Besteht folglich politische **Partizipationsbereitschaft** (Bereitschaft, sich an Politiker_innen zu wenden, an Unterschriftensammlungen oder genehmigten Demonstrationen teilzunehmen, in Parteien oder Bürgerinitiativen mitzuarbeiten), ist von einer geringeren Anfälligkeit für rechtsextreme Einstellungen auszugehen.

Als zentraler Erklärungsfaktor für rechtsextreme und insbesondere ethnozentrische Einstellungen hat sich in bisherigen THÜRINGEN-MONITOREN (z.B. TM 2012: 91f., TM 2016: 104) und weiteren Studien (Ekehammar et al. 2004) eine autoritäre Persönlichkeitsstruktur erwiesen. **Autoritarismus** als Persönlichkeitsmerkmal umfasst die Bereitschaft zur Unterordnung bzw. Selbstunterwerfung (Konformität) unter Personen, Gruppen oder sogar abstrakte Ideen und die Forderung nach Gehorsam, beispielsweise in Erziehungskontexten, bis hin zur Aggression gegen jene, die diesen Gehorsam verweigern oder in sonstiger Form als Abweichende wahrgenommen werden (s. Kapitel IV.8). Im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR wird Autoritarismus mit der Zustimmung zu den Aussagen „In diesen Zeiten brauchen wir unbedingt eine starke Hand“ (autoritäre Unterwerfung), „Wer seine Kinder zu anständigen Bürgern erziehen will, muss von ihnen vor allem Gehorsam und Disziplin verlangen“ (autoritärer Gehorsam) und „Gegen Außenseiter und Nichtstuer sollte in der Gesellschaft mit aller Härte vorgegangen werden“ (autoritäre Aggression) erfasst (s. Kapitel IV.6). Die Diskussion um das Verhältnis zwischen dem auf die internen Verhältnisse innerhalb der Eigengruppe bezogenen Autoritarismus und der auf das Verhältnis zwischen unterschiedlichen sozialen Gruppen bezogenen **sozialen Dominanzorientierung** (s. Kapitel IV.6) betrifft unmittelbar die Frage nach der Wahrnehmung sozialer Lagen und Schichtung in der Gesellschaft. Insbesondere der Vergleich der Milieus 1 und 2 hat gezeigt, dass die Orientierung an einem kompetitiven Gesellschaftsaufbau (Marktfreiheit) mit rechtsextremen Einstellungen assoziiert sein kann. Die Wahrnehmung, dass Wettbewerb zwischen gesellschaftlichen Gruppen notwendig ist und eine Hierarchie der Gruppen erzeugt, kann das Gefühl erzeugen, sich durch Abwertung und Ausgrenzung gegen Andere und andere Gruppen durchsetzen zu müssen (Duckitt 2001). Die soziale Dominanzorientierung wird anhand der Zustimmung zu den beiden Aussagen „Manche Gruppen von Menschen sind

anderen einfach überlegen“ und „Um im Leben voranzukommen, muss man sich über andere hinwegsetzen“ erhoben.

Abb. 117: Einflussfaktoren rechtsextremer Einstellungen 2017

*Multivariate lineare Regressionen*⁷⁰

Einflussfaktoren	Rechts- extremismus	Ethno- zentrismus	Neo-National- sozialismus
Geschlecht: weiblich	0.03 n.s.	0.07**	-0.04 n.s.
Lebensalter: älter	0.14***	0.11***	0.15***
Bildungsabschluss: Abitur und höher	-0.06*	-0.08**	-0.02 n.s.
Nettoäquivalenzeinkommen: höher	0.04 n.s.	0.06 n.s.	0.02 n.s.
Art der Berufstätigkeit: höhere	-0.11***	-0.11***	-0.08*
Arbeitsplatz gefährdet: ja	0.01 n.s.	0.03 n.s.	-0.03 n.s.
arbeitslos: ja	-0.04 n.s.	-0.03 n.s.	-0.04 n.s.
subjektive Deprivation: höher	0.06 n.s.	0 n.s.	0.12**
Statusverlustangst: höher	0.06*	0.1**	-0.01 n.s.
Ostdeprivation: negative Einheitsbewertung + „Ostdeutsche = Menschen 2. Klasse“: ja	0.09**	0.01 n.s.	0.19***
Ost-Diskriminierungserfahrung: ja	0.01 n.s.	0.04 n.s.	-0.01 n.s.
Demokratieunterstützung: höher	-0.15***	-0.17***	-0.1**
Politische Partizipation: höher	-0.09***	-0.07**	-0.1**
Autoritarismus: höher	0.4***	0.44***	0.22***
Soziale Dominanzorientierung: höher	0.22***	0.16***	0.25***
R² (Anteil erklärter Varianz)	58.3***	54.4***	41.8***
Fallzahl n	702	728	707

Auch in 2017 erweisen sich die allermeisten der bereits in den früheren THÜRINGEN-MONITOREN identifizierten Einflussfaktoren als wirksam und erklären gemeinsam beachtliche 58 Prozent der beobachteten rechtsextremen Einstellungen unter der Thüringer Bevölkerung (Abb. 117). Mit Abstand die deutlichste verstärkende Wirkung auf rechtsextreme Einstellungen besitzt – bisherige Befunde bestätigend – eine autoritäre Persönlichkeitsstruktur. Die diesjährig erstmals untersuchte soziale Dominanzorientierung ist der zweitwichtigste Einflussfaktor und besitzt eine eigenständige Wirkung. Dies unterstützt die Beobachtung, dass es sich dabei um ein vom Autoritarismus zu unterscheidendes Persönlichkeitsmerkmal handelt, das die grundsätzliche Wahrnehmung des Verhältnisses zwischen gesellschaftlichen Gruppen steuert. Unter Berücksichtigung der sozialen Dominanzorientierung verringert sich der Einfluss der Statusverlustangst und verliert höheres Nettoäquivalenzeinkommen seine rechtsextreme Einstellungen begünstigende Wirkung vollständig. Diese Befunde deuten einerseits daraufhin, dass die Statusverlustangst zumindest in Teilen durch die Wahrnehmung eines (verschärften) Wettbewerbs zwischen gesellschaftlichen Gruppen bedingt ist und nicht allein als Bedrohung der individuellen sozialen Position verstanden wird – gleichsam als befürchteter Fahrstuhleffekt nach unten. Zudem scheint soziale Dominanzorientierung positiv mit höherem Einkommen verkoppelt zu sein, das bei Vorliegen der entsprechenden Persönlichkeitsstruktur vermutlich als Indikator für die eigene erfolgreiche Durchsetzung im gesellschaftlichen Wettbewerb angesehen wird.

⁷⁰ OLS (Einschluss). Angegeben sind die standardisierten Regressionskoeffizienten Beta. Positive Koeffizienten erhöhen den jeweiligen Skalenwert, negative Koeffizienten senken ihn. Signifikanzen: *** höchst signifikante Ergebnisse mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit < 0.001; ** hoch signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit < 0.01; * signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit < 0.05; n.s. nicht signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit > 0.05

Die, gemessen an ihrer Einflussstärke, nächstwichtigen Einflussfaktoren sind die im engeren Sinne politischen Einstellungen Demokratiezufriedenheit und politische Partizipationsbereitschaft, die sich als wirksame Schutzfaktoren zur Verringerung rechtsextremer Einstellungen ausweisen. Eine ähnlich starke, allerdings begünstigende Wirkung besitzen die Statusverlustangst und die Ostdeprivation. Dagegen beeinflussen die individuelle Diskriminierungserfahrung als Ostdeutsche(r) und die Wahrnehmung der gegenwärtigen, individuellen Deprivation rechtsextreme Einstellungen insgesamt nicht signifikant. D.h., die den Rechtsextremismus fördernde Wirkung von Deprivationsgefühlen basiert auf antizipierten Entwicklungen und generalisierten Wahrnehmungen kollektiver Diskriminierung und weniger auf aktuellen individuellen Erfahrungen. Zudem entfalten nur Bildung und Berufstätigkeit, nicht aber die objektive Desintegration auf dem Arbeitsmarkt oder die Einkommensverhältnisse eine direkte Wirkung auf rechtsextreme Einstellungen. Dies unterstreicht, dass die *subjektive* Wahrnehmung der sozialen Lage, nicht allein die *objektive* soziale Lage, bedeutsam für die Ausprägung rechtsextremer Einstellungen ist.

Im Vergleich zu früheren THÜRINGEN-MONITOREN ist der Effekt höherer Bildung in 2017 zwar vorhanden, jedoch deutlich geringer ausgeprägt und stellt einen eher nachgeordneten Erklärungsfaktor dar. Der Bildungseffekt ist zu einem großen Teil deshalb verringert, weil die Art der ausgeübten Berufstätigkeit in 2017 erstmals berücksichtigt wurde. Gehobene und höhere Berufstätigkeiten wirken sich dabei hochgradig verringern auf rechtsextreme Einstellungen aus. Dieser Befund zeigt, dass Bildung auch deshalb rechtsextreme Einstellungen reduziert, weil sie den Zugang zu in vielerlei Hinsicht privilegierten Berufen ermöglicht. Darüber hinaus besitzt Bildung zwar offensichtlich einen eigenständigen Einfluss – über die damit vermittelten Werte und kognitiven Differenzierungsmöglichkeiten – dessen Stärke fällt jedoch deutlich geringer aus als der indirekte Effekt, der über die Wirkung der Bildung auf die Berufsmöglichkeiten vermittelt wird.

Dass Ethnozentrismus und Neo-Nationalsozialismus die beiden konstituierenden, aber dennoch zu differenzierenden Dimensionen des Rechtsextremismus sind, wird auch an Unterschieden in der Struktur der Erklärungsfaktoren deutlich. Wie bereits im Vorjahr begünstigen die Ostdeprivation und die individuelle Deprivation zwar den Neo-Nationalsozialismus, jedoch nicht den Ethnozentrismus. Letzterer wird hingegen durch die Statusverlustangst verstärkt, die sich allerdings nicht auf den Neo-Nationalsozialismus auswirkt. Ethnozentrismus wird also durch die (negative) Antizipation der individuellen Zukunft beeinflusst und Neo-Nationalsozialismus durch aktuelle, individuelle und kollektive Deprivationserfahrungen. Der Einfluss der subjektiv wahrgenommenen sozialen Lage ist beim Neo-Nationalsozialismus – anders als beim Ethnozentrismus – nicht gleichrangig, sondern sogar deutlich *wichtiger* als die objektive Lage selbst.

Rechtsextremismus und Rechtspopulismus

Die zum Teil divergierenden Einflussfaktoren für Ethnozentrismus und Neo-Nationalsozialismus und die deutlichen Unterschiede in der Verbreitung beider Einstellungsmuster in der Thüringer Bevölkerung zeigen, dass der Ethnozentrismus in weiten Teilen der Bevölkerung unabhängig von seiner Überformung durch die neo-nationalsozialistische Ideologie besteht. Es liegt nun nahe, dass in der Breite der Gesellschaft vertretene ethnozentrische Einstellungen – die sich z.B. in der Ablehnung der Europäischen Integration äußern – durch rechtspopulistische Akteure und Bewegungen aufgegriffen und artikuliert werden. **Rechtspopulismus** unterscheidet sich von Rechtsextremismus vor allem durch die ostentative Distanzierung von Gewalt und ein Bekenntnis zur repräsentativen Demokratie in Deutschland (Beyme 2010). Allerdings sind die Übergänge fließend, finden sich doch immer

wieder ideologische, personelle und z.T. auch organisatorische Verbindungen zum Rechtsextremismus. Rechtspopulismus kann daher die Anschlussfähigkeit des Rechtsextremismus zur gesellschaftlichen Mitte erhöhen (vgl. Kapitel I; Priester 2010).

Jede Form von Populismus zeichnet sich im Kern durch Anti-Elitismus und Anti-Pluralismus aus (Müller 2016; Vehrkamp/Wratil 2017; Mudde 2004). Anti-Elitismus bezeichnet dabei die Vorstellung eines unaufhebbaren Konflikts zwischen den etablierten Eliten („die da oben“) und dem einfachen Volk („wir hier unten“). Beide Gruppen werden in anti-pluralistischer Weise als intern homogen dargestellt, wobei Eliten jeder Couleur (politische, wirtschaftliche, mediale etc.) das einfache Volk und seine Interessen und Einstellungen ignorierten, benachteiligten und unterdrückten, wohingegen die Populist_innen die Stimme und die Verteidiger des einheitlichen Volkswillens seien. Diese Vorstellung kommt sehr deutlich in der Gleichsetzung von Demokratie und Diktatur zum Ausdruck, wenn Widerspruch gegen die eigenen politischen Aussagen und Standpunkte als fehlende Meinungsfreiheit gedeutet wird. Die Inszenierung der Populist_innen als die eigentlichen Vertreter des Volkswillens erfolgt durch die Annäherung an breite und nur gering an Politik interessierte gesellschaftliche Schichten (Mirbach 2013). Um deren Aufmerksamkeit und Interesse zu wecken, bedienen sich Populist_innen einer moralisierenden und emotionalen Darstellung von Politik. Die etablierten Eliten werden als korrupt und durch ihre Bildung als vom *common sense* der Bevölkerung entfernt diskreditiert und schließlich wird die Volkssouveränität betont, die nur durch direktdemokratische Elemente, nicht durch institutionelle Vermittlung zur Geltung gebracht werden kann.

Generell ist Populismus als *dünne Ideologie* (Freeden 1998a,b) bezeichnet worden, um deutlich zu machen, dass flexible und situative Verbindungen mit anderen ideologischen Versatzstücken eingegangen werden, sodass Anti-Elitismus und Anti-Pluralismus sowohl in der Form von Rechts- als auch als Linkspopulismus auftreten können. Die Vorstellung einer in ihren Interessen homogenen Bevölkerung, die bedroht ist, ist jedoch unmittelbar anschlussfähig zu ethnozentrischen Vorstellungen; sie kann auch dazu dienen, neben anderen Nationalitäten weitere Gruppen auszugrenzen und abzuwerten. Der THÜRINGEN-MONITOR 2017 erfasst erstmals die zentralen Elemente Anti-Elitismus und Anti-Pluralismus mit drei Aussagen (Abb. 118).

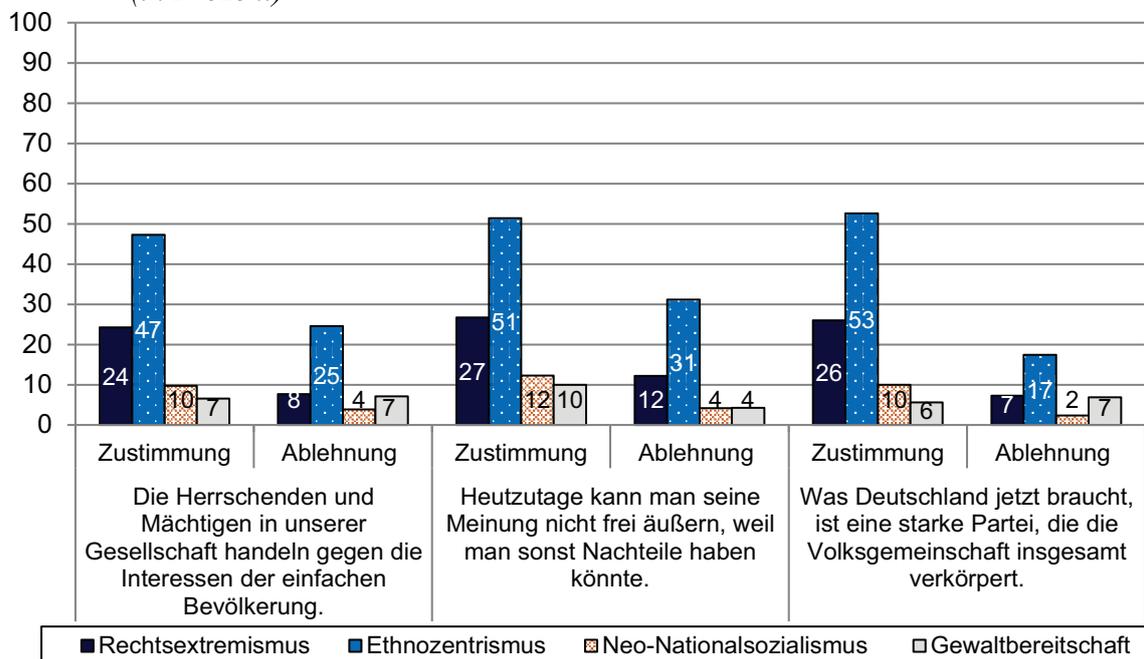
Abb. 118: Aussagen zu rechtsorientiertem Populismus 2017 (in Prozent)

„Was Deutschland jetzt braucht, ist eine starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert.“	63
„Die Herrschenden und Mächtigen in unserer Gesellschaft handeln gegen die Interessen der einfachen Bevölkerung.“	69
„Heutzutage kann man seine Meinung nicht frei äußern, weil man sonst Nachteile haben könnte.“	46

Populistische Vorstellungen sind in Thüringen weit verbreitet. Zwei von drei Thüringer_innen teilen die antipluralistische Vorstellung eines – vernachlässigten – homogenen Volkswillens, der durch eine einzige Partei repräsentiert werden könnte. Im Sachsen-Monitor 2016 (S.33) hatten dieser Aussage, in der der historisch belastete Begriff „Volksgemeinschaft“ aufscheint, 62 Prozent der Befragten zugestimmt. Noch etwas breitere Zustimmung findet die Aussage, dass die Eliten nicht nur die Bevölkerungsinteressen ignorierten bzw. nicht wahrnehmen, sondern diesen sogar entgegen handelten (vgl. Kapitel IV.1). Deutlich weniger Thüringer_innen sind der Auffassung, dass die eigene Meinung heutzutage nicht mehr vertreten werden könne, ohne Nachteile befürchten zu müssen. Allerdings nehmen immerhin noch 46 Prozent die Meinungsfreiheit als etwas bis sehr eingeschränkt wahr. Im letztjährigen

THÜRINGEN-MONITOR stimmten der gleichen Aussage 48 Prozent der Befragten zu (TM 2016: S. 46).

Abb. 119: Rechtspopulistische Aussagen, Rechtsextremismus und Gewaltbereitschaft
(in Prozent)



Der in den Aussagen zum Ausdruck kommende Antielitismus und Antipluralismus besitzt enge Bezüge zu den rechtsextremen Einstellungen (Abb. 119). Unter denen, die Eliten als feindlich gegenüber der Bevölkerung handelnd einschätzen, finden sich ein Viertel Rechtsextreme, sind rund die Hälfte Ethnozentristen, einer von zehn kann als neo-nationalsozialistisch ideologisiert bezeichnet werden. Unter den Thüringer_innen ohne antielitistische Einstellung liegen die entsprechenden Anteile jeweils deutlich niedriger. Ein ähnliches Muster zeigt sich ebenfalls bei der Einschätzung der Meinungsfreiheit und der antipluralistischen Haltung zu einer starken Partei für die Repräsentation des Volkswillens. Diejenigen, die die Annahme eines homogenen Volkswillens ablehnen, stehen allen Facetten des Rechtsextremismus noch einmal deutlich ablehnender gegenüber als die Befragten, die die beiden anderen Aussagen ablehnen. Die Gewaltbereitschaft unterscheidet sich jedoch kaum zwischen Thüringer_innen mit und ohne populistische Einstellungen: Allein bei der Frage nach der Meinungsfreiheit liegt der Anteil an Gewaltbereiten mit zehn Prozent etwas höher unter denjenigen, die eine deutliche Einschränkung der Meinungsfreiheit wahrnehmen, als unter denjenigen, die keine Einschränkungen sehen.

Populistische Denk- und Wahrnehmungsmuster erhöhen also die Wahrscheinlichkeit, auch rechtsextreme, ethnozentrische und neo-nationalsozialistische Einstellungen zu besitzen, wohingegen sie nicht generell mit höherer Gewaltbereitschaft einhergehen. Die Anschlussfähigkeit des Populismus zum Rechtsextremismus ist also gegeben. Allerdings muss betont werden, dass selbst die populistisch orientierten Thüringer_innen mehrheitlich *nicht* rechtsextreme Orientierungen teilen, obgleich rund die Hälfte *ethnozentrisch* eingestellt ist. In den Einstellungsmustern der Thüringer_innen ist Populismus also weder gleichzusetzen mit Rechtspopulismus, noch ist Rechtspopulismus gleichzusetzen mit Rechtsextremismus. Vielmehr erfordern die Bezüge zwischen diesen unterschiedlichen Einstellungsmustern weitere Forschung, denn populistische und ethnozentrische Orientierungen sind Herausforderungen für die Demokratie, die weite Verbreitung finden und in diesem Sinne als Phänomene der Mitte charakterisiert werden können.

8. Aussagen über ethnische, kulturelle und soziale Minderheiten

Die Beobachtung der Zustimmung zu Aussagen, die ethnische, kulturelle und soziale Minderheiten betreffen, besitzt im THÜRINGEN-MONITOR einen hohen Stellenwert, nicht zuletzt weil fremdenfeindliche und antisemitische Aussagen zum festen Fragenprogramm zur Messung rechtsextremer Einstellungen gehören. Seit dem THÜRINGEN-MONITOR 2013 wurden wiederholt auch Einstellungen zu anderen Minderheiten gemessen und hinsichtlich ihrer Verbreitung in der Thüringer Bevölkerung analysiert (TM 2013: 92 ff., TM 2014: 85 ff.). Ausgeweitet wurden diese Untersuchungen im THÜRINGEN-MONITOR 2015 mit der Erfassung der Zustimmung zu insgesamt 19 Aussagen (vgl. TM 2015: 103 ff., Salheiser 2017), mit denen versucht wurde, erstmals auch für Thüringen eine umfassende, facettenreiche Messung von *Ungleichwertigkeitsvorstellungen* vorzunehmen, die sich an dem von Wilhelm Heitmeyer initiierten deutschlandweiten Forschungsprogramm zur sogenannten „*Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit*“ (GMF; zuletzt: Zick / Küpper / Krause 2016) orientiert. Da im Mittelpunkt des THÜRINGEN-MONITORS 2016 die Asyl- und Migrationsthematik stand, wurden im letztjährigen Gutachten vor allem die Einstellungen der Befragten gegenüber Geflüchteten und Asylsuchenden (TM 2016: 47 ff.) sowie Einstellungen gegenüber Muslim_innen untersucht (TM 2016: 64 ff.). In diesem Jahr wurde mit einem modifizierten Fragenprogramm an die umfassendere Messung im THÜRINGEN-MONITOR 2015 angeknüpft. Den Befragten wurden insgesamt 15 Aussagen zur Zustimmung oder Ablehnung vorgelegt (vgl. Abb. 120).

Ein Ergebnis unserer bisherigen Analysen zur Zustimmung zu „gruppenbezogen menschenfeindlichen“ Aussagen und deren Einflüssen war, dass sich nur *theoretisch, aber nicht empirisch* begründen lässt, vorurteilsgeleitete Meinungen über verschiedene Personengruppen als *Elemente desselben Einstellungssyndroms* zu behandeln. Gemeinsames Merkmal wäre der Theorie nach die Abwertung, Abneigung oder Feindlichkeit gegenüber „dem oder den Anderen“, der eine „Ideologie der Ungleichwertigkeit“ (Heitmeyer) zugrunde liege. Nachvollziehbar wird dies bei einigen Aussagen, die *offensichtlich* diffamierenden, hasserfüllten bzw. menschenverachtenden Charakter besitzen oder die eine klare Diskriminierungsabsicht gegenüber Angehörigen bestimmter Personengruppen aufgrund vermeintlicher oder tatsächlicher Gruppenmerkmale zum Ausdruck bringen.⁷¹ Andere Aussagen mögen hingegen zwar vorurteilsgeleitet und damit pauschalisierend sein. Interpretationsabhängig könne sich darin allerdings wahlweise eine Abwertung bzw. Abneigung, eine unzulässige Unterstellung, lediglich eine Ignoranz gegenüber der angesprochenen Personengruppe oder auch nur eine lebensweltliche Distanz zum jeweiligen Thema manifestieren.⁷² Sowohl unterschiedliche Inhalte als auch unterschiedlich „starke“ Formulierungen ließen es zweifelhaft erscheinen, dass bei entsprechender Zustimmung „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ zu attestieren war. Mittels multivariater statistischer Analysen konnte gezeigt werden, dass das Antwortverhalten zu den jeweiligen Aussagen im THÜRINGEN-MONITOR 2015 zwar nicht völlig widersprüchlich, aber doch so ambivalent ausfiel, dass die Annahme eines

⁷¹ Zur Diskriminierung vgl. Dieckmann (2017), Scherr / El-Mafaalani / Yüksel (2017). Zu Vorurteilen als „herabsetzende Überzeugungen oder Einstellungen gegenüber sozialen Gruppen oder ihren Mitgliedern“, die zu „Hassverbrechen“ führen können, vgl. Geschke (2017).

⁷² Vgl. in diesem Zusammenhang auch das alternative Konzept der „pauschalisierenden Ablehnungskonstruktionen“ (PAKOs; Möller 2017).

einheitlichen Phänomens und einer einheitlichen soziologischen bzw. sozialpsychologischen Erklärung implausibel ist. In einer Faktorenanalyse wurde die Mehrdimensionalität der Einstellungsmuster nachgewiesen (vgl. TM 2015: 105 f.), auch bei den *Analysen* der Einflüsse auf das Antwortverhalten waren markante Differenzierungen notwendig (TM 2015: 113 f.).⁷³ In der Konsequenz kann der Sammelbegriff „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ einer gemeinsamen Darstellung und Diskussion unterschiedlicher Grade der Verbreitung von Meinungen und Einstellungen gegenüber Minderheiten in der Bevölkerung dienen. Eine wissenschaftliche Analyse muss aber sowohl der **Heterogenität** des Gegenstandsbereichs als auch einer Methodenkritik Rechnung tragen und möglichst konkrete Befunde liefern. Deshalb und aufgrund seiner normativen Färbung haben wir entschieden, den Begriff „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ im THÜRINGEN-MONITOR in diesem Jahr nicht weiterzuverwenden.

Abb. 120: Aussagen über ethnische, kulturelle und soziale Minderheiten

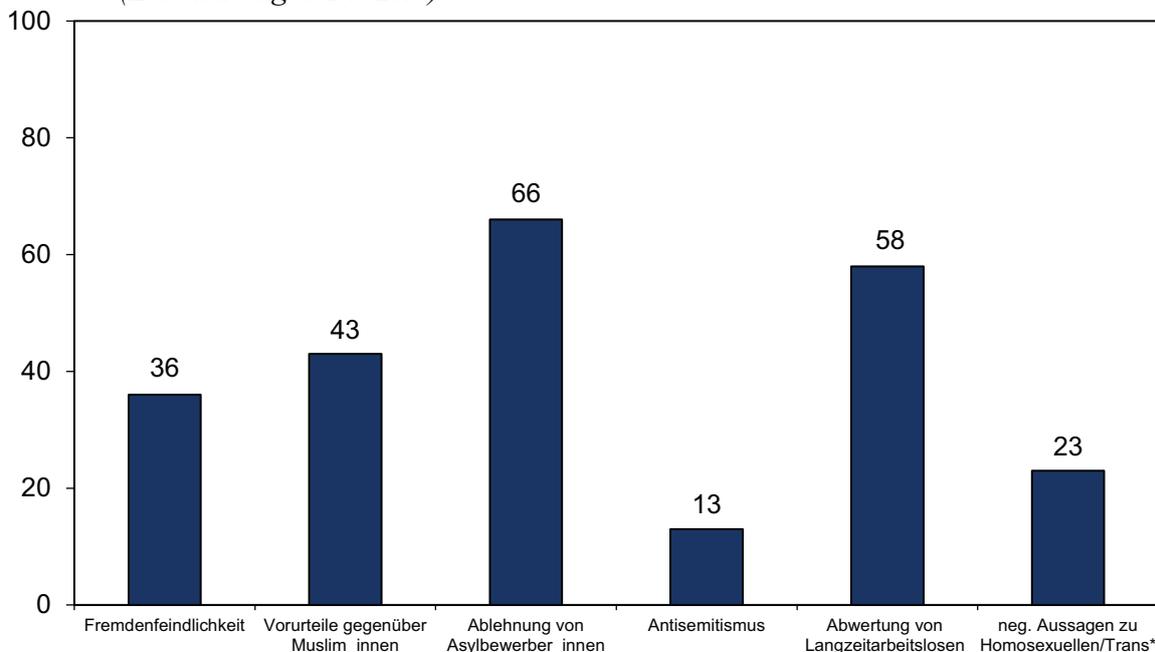
(Zustimmung in Prozent; „stimme voll und ganz zu“ und „stimme überwiegend zu“ zusammengefasst)

	2017	2016	2015
Fremdenfeindlichkeit			
„Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.“	53	52	51
„Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.“	44	37	40
„Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen.“	22	17	22
Vorurteile gegenüber Muslim_innen			
„Die meisten in Deutschland lebenden Muslime akzeptieren NICHT unsere Werte, so wie sie im Grundgesetz festgeschrieben sind.“ (Aussage sinngemäß invertiert)	48	47	47
„Muslime in Deutschland stellen zu viele Forderungen.“	62	60	62
„Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden.“	28		
Ablehnung von Asylbewerber_innen			
„Die meisten Asylbewerber befürchten nicht wirklich, in ihrem Heimatland verfolgt zu werden.“	54	56	55
„Bei der Prüfung von Asylanträgen sollte der Staat NICHT großzügig sein.“ (Aussage sinngemäß invertiert)	83	73	70
Antisemitismus			
„Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.“ (primärer Antisemitismus)	14	10	9
„Juden versuchen heute Vorteile daraus zu ziehen, dass sie während der Nazi-Zeit die Opfer gewesen sind.“ (sekundärer Antisemitismus)	21		29
„Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat.“	27		
Abwertung von Langzeitarbeitslosen			
„Die meisten Langzeitarbeitslosen machen sich auf Kosten der Anderen ein schönes Leben.“	58		55
Negative Aussagen zu Homosexuellen und Trans*-Personen			
„Homosexuelle sollten aufhören, so einen Wirbel um ihre Sexualität zu machen.“	45		
„Es sollte gleichgeschlechtlichen Paaren untersagt bleiben, Kinder zu adoptieren.“	21		
„Es ist NICHT in Ordnung, wenn Menschen ihr Geschlecht ändern, z.B. durch Operationen und hormonelle Behandlungen.“ (Aussage sinngemäß invertiert)	23		

⁷³ Eine Übersicht der in der Forschung diskutierten soziodemographischen Bedingungsfaktoren bzw. Ursachen der „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ bietet Möller (2017: 430 ff.).

Das bedeutet keineswegs, dass die Zustimmung zu den im THÜRINGEN-MONITOR vorgelegten Aussagen unproblematisch ist. Vorurteilsgeleitete Meinungen und abwertende Einstellungen gegenüber Minderheiten oder bestimmten Personengruppen prägen ein gesellschaftliches Klima, in dem Intoleranz und Diskriminierung nur unzureichend bekämpft, geduldet, gerechtfertigt oder sogar befördert werden und – einer Radikalisierungslogik folgend – zu Gewalt führen.⁷⁴ Sie bergen demnach *demokratiegefährdende Potenziale*, denen Politik und Zivilgesellschaft entgegenwirken müssen. Am sinnvollsten ist es jedoch, einzelne Einstellungsphänomene in ihren spezifischen Ausprägungen zu diskutieren und – soweit möglich – miteinander zu vergleichen. Auch Autor_innen, die das GMF-Konzept mitentwickelt haben und in der gesamtdeutschen Wissenschaft und Öffentlichkeit prominent vertreten, vermeiden es, beispielsweise einen Anteil „gruppenbezogen menschenfeindlicher Deutscher“ anzugeben und differenzieren stets nach inhaltlich bestimmbar Facetten. Bewusst wurde das Konzept offen angelegt, so dass es um Meinungen und Einstellungen zu weiteren Personengruppen ergänzt werden kann. Im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR wurden mittels der insgesamt 15 Aussagen *sechs Einstellungsphänomene* erfasst: Fremdenfeindlichkeit, Vorurteile gegenüber Muslim_innen, die Ablehnung von Asylbewerber_innen, Antisemitismus, die Abwertung von Langzeitarbeitslosen sowie negative Aussagen zu Homosexuellen und Trans*-Personen. Da die Aussagen zu einem Einstellungsphänomen inhaltliche Plausibilität und auch hinreichende statistisch prüfbare Konsistenz und Homogenität untereinander aufweisen, können die jeweiligen Anteile der Befragten angegeben werden, die den Aussagen über die jeweilige Minderheit mindestens überwiegend zugestimmt haben (vgl. Abb. 121).

Abb. 121: Aussagen über ethnische, kulturelle u. soziale Minderheiten
(Zusammenfassung⁷⁵)
(Zustimmung in Prozent)



⁷⁴ Vgl. auch Quent (2017: 120 ff.).

⁷⁵ Bei mehreren Aussagen zum Phänomen: dichotomisierte Mittelwertskalen (mindestens überwiegende Zustimmung), bei mehreren Aussagen pro Skala eine Antwortverweigerung möglich.

Da für jedes Phänomen im THÜRINGEN-MONITOR den Befragten maximal nur drei Aussagen zur Zustimmung oder Ablehnung vorgelegt werden konnten, handelt es sich um Kurzskalen, die komplexe Einstellungsmuster nur unvollständig erfassen, aber dennoch stichhaltige Hinweise liefern können.⁷⁶ Am stärksten verbreitet sind demnach die Ablehnung von Asylbewerber_innen und die Abwertung von Langzeitarbeitslosen, gefolgt von Vorurteilen gegenüber Muslim_innen und fremdenfeindlichen Aussagen. Vergleichsweise kleine Minderheiten der Befragten stimmen negativen Aussagen zu Homosexuellen und Trans*-Personen sowie antisemitischen Aussagen zu. Die Mitte-Studie 2016 der Friedrich-Ebert-Stiftung wies auf der Grundlage anderer Messkonzepte und deutschlandweiter Befragungsdaten Zustimmungswerte aus, die eine sehr ähnliche Verbreitung und Abstufung der Einstellungsphänomene abbildeten (Zick/Küpper/Krause 2016: 42 ff.). Demnach war auch in Deutschland die Zustimmung zu Aussagen der „Abwertung von Asylsuchenden“ mit ca. 50 Prozent am häufigsten, gefolgt von der Abwertung von Langzeitarbeitslosen (49 Prozent), der Fremdenfeindlichkeit (19 Prozent), der „Muslimfeindlichkeit“ (18 Prozent), der „Abwertung von homosexuellen Menschen“ (zehn Prozent) und dem Antisemitismus (sechs Prozent; vgl. Zick/Küpper/Krause 2016: 50 f.). Ein direkter Vergleich mit dem THÜRINGEN-MONITOR ist aufgrund der teilweise deutlich abweichenden Formulierung der Aussagen allerdings unzulässig. Signifikant erhöhte Zustimmungswerte für Ostdeutschland gegenüber Westdeutschland wurden außerdem für die „Abwertung von Asylsuchenden“, Fremdenfeindlichkeit und „Muslimfeindlichkeit“ ausgewiesen, während hinsichtlich des Antisemitismus, der Abwertung langzeitarbeitsloser und der Abwertung von Homosexuellen und Trans*-Personen keine signifikanten Ost-West-Unterschiede bestanden (ebd.: 56). Weitere deutschlandweite Vergleichsdaten präsentierte die Leipziger Mitte-Studie 2016 (Decker/Kiess/Brähler 2016: 49 ff.)

Relevant ist in diesem Zusammenhang, dass es im THÜRINGEN-MONITOR 2017 keine Befragten gab, die allen 15 Aussagen zugestimmt haben. Allerdings haben ca. sieben Prozent der Befragten sämtliche 15 Fragen abgelehnt. Ca. 63 Prozent der Befragten stimmten einer bis sieben Aussagen zu, weitere 27 Prozent acht bis elf Aussagen, die verbleibenden drei Prozent der Befragten stimmten zwölf bis 14 Aussagen zu. Die Anteile der Befragten, die mit „weiß nicht“ antworten bzw. das Ausmaß der Antwortverweigerung „keine Angabe“) ist bei den einzelnen Aussagen sehr unterschiedlich und wird deswegen in den **nachfolgenden Abschnitten zu den jeweiligen Einstellungsphänomenen** diskutiert. Wird auf Basis der sechs Kurzskalen wie in Abb. 121 die „durchschnittliche“ Zustimmung zu den Aussagen jeweiliger Einstellungsphänomene beobachtet, können zumindest 17 Prozent der Befragten als relativ vorurteilsarm bezeichnet werden. Sie stimmten bei keinem Phänomen überwiegend zu. 19 Prozent der Befragten stimmten bei einem Phänomen überwiegend zu, weitere 21 Prozent bei zwei Phänomenen. Nur zehn Prozent der Befragten stimmten bei fünf oder sechs Phänomenen überwiegend zu.

76 Ähnliche Kurzskalen (mit zwei bis drei Einzelaussagen), aber auch ausführlichere Skalen (mit bis zu zehn Einzelaussagen) zu verschiedenen vorurteilsgeleiteten Einstellungen bzw. *GMF-Facetten* fanden u.a. in einer Studie zur „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in Bayern“ Verwendung (Fröhlich/Ganser/Köhler 2016).

Abb. 122: Statistische Zusammenhänge zwischen Aussagen über ethnische, kulturelle u. soziale Minderheiten
(Produktmomentkorrelationskoeffizienten Pearson's r)

	Fremdenfeindlichkeit	Vorurteile gegenüber Muslim_innen	Ablehnung v. Asylbewerber_innen	Antisemitismus	Abwertung v. Langzeitarbeitslosen	negative Aussagen zu Homosexuellen/Trans*
Fremdenfeindlichkeit	-	0,525***	0,335***	0,322***	0,297***	0,288***
Vorurteile gegenüber Muslim_innen		-	0,407***	0,293***	0,335***	0,196***
Ablehnung v. Asylbewerber_innen			-	0,202***	0,292***	0,155***
Antisemitismus				-	0,118***	0,300***
Abwertung v. Langzeitarbeitslosen					-	0,132***
neg. Aussagen zu Homosexuellen/Trans*						-

*** höchst signifikant $p < .001$

Dass das Antwortverhalten hinreichend konsistent ist, aber doch erhebliche Ambivalenzen aufweist, zeigen die statistisch höchst signifikanten, aber vergleichsweise moderaten Zusammenhänge zwischen den sechs Einstellungsphänomenen (Abb. 122). Hier bildet sich die oben bereits beschriebene Multidimensionalität vorurteilsgeleiteter Einstellungen ab: Zwar korrelieren alle Einstellungsphänomene positiv miteinander, die Zustimmungen zu vorurteilsgeleiteten Aussagen treten also in typischen Kombinationen auf, doch fällt die Stärke der jeweiligen Zusammenhänge sehr unterschiedlich aus. Die stärksten Zusammenhänge bestehen zwischen fremdenfeindlichen Aussagen, Vorurteilen gegenüber Muslim_innen und der Ablehnung von Asylbewerber_innen, was vor dem Hintergrund der gegenwärtigen politischen und gesellschaftlichen Diskurse über Fluchtmigration und Integration der großen Zahl von Personen aus dem muslimischen Kulturkreis plausibel ist. Fremdenfeindlichkeit ist auch erkennbar mit Antisemitismus, der Abwertung von Langzeitarbeitslosen und negativen Aussagen zu Homosexuellen bzw. Trans*-Personen assoziiert. Antisemitismus korreliert moderat mit negativen Aussagen zu Homosexuellen bzw. Trans*-Personen, aber nur schwach mit der Abwertung von Langzeitarbeitslosen. Ähnlich schwache Zusammenhänge bestehen zwischen negativen Aussagen zu Homosexuellen bzw. Trans*-Personen und der Abwertung von Langzeitarbeitslosen voneinander ab. Vorurteile gegenüber Muslim_innen und die Ablehnung von Asylbewerber_innen korrelieren wiederum stärker mit der Abwertung von Langzeitarbeitslosen als mit negativen Aussagen zu Homosexuellen bzw. Trans*-Personen. Erkennbar ist darin eine differenzierte Beurteilung von solchen „Fremden“, die von außerhalb in die Gesellschaft kommen, und solchen Personengruppen, die zwar zur autochthonen Bevölkerung zählen, aber aufgrund sozialer Merkmale als „fremdartig“ oder „abweichend“ konstruiert werden.⁷⁷ Außerdem deutet sich an, dass den Antwortmustern unterschiedliche rationale Kalküle, Beurteilungsmaßstäbe, Wertorientierungen und vermutlich auch Emotionen zugrunde liegen.

⁷⁷ Eine theoretische und empirische Unterscheidung zwischen „exogenen“ und „endogenen“ Fremden bzw. Fremdheit haben wir bereits im THÜRINGEN-MONITOR 2015 vorgeschlagen (vgl. TM 2015: 105 ff.).

Abb. 123: Aussagen über ethnische, kulturelle u. soziale Minderheiten (Zusammenfassung) nach generalisierter Einstellung zur Minderheitenpolitik, Autoritarismus⁷⁸, sozialer Dominanzorientierung⁷⁹ und Gewaltbereitschaft (in Prozent)

	„Es sollte wieder mehr für die Mehrheit der Leute in unserem Land getan werden als sich um Minderheiten zu kümmern.“		autoritär		sozial-dominanzorientiert		gewaltbereit		gesamt
	Ablehnung	Zustimmung	nein	ja	nein	ja	nein	ja	
Fremdenfeindlichkeit	17	46	15	50	25	50	34	50	36
Vorurteile gegenüber Muslim_innen	27	52	21	59	34	57	42	56	43
Ablehnung v. Asylbewerber_innen	54	72	48	78	61	74	67	55	66
Antisemitismus	6	19	7	18	5	23	13	8	13
Abwertung v. Langzeitarbeitslosen	46	65	34	73	49	69	55	85	58
neg. Aussagen zu Homosexuellen/Trans*	12	30	11	32	18	30	23	25	23

Allgemein stimmen Befragte mit erhöhten Werten des Autoritarismus und der Sozialen Dominanzorientierung (vgl. Kapitel IV.6) allen Aussagen über ethnische, kulturelle u. soziale Minderheiten signifikant häufiger zu als Befragte, die nicht als autoritär oder sozial-dominanzorientiert klassifiziert wurden (Abb. 123). *Gewaltbereite* Befragte (vgl. Kapitel IV.4) sind signifikant häufiger fremdenfeindlich eingestellt als nicht gewaltbereite Befragte, sie haben öfter Vorurteile gegenüber Muslim_innen und werten Langzeitarbeitslose häufiger ab. Bemerkenswert ist allerdings, dass bezüglich der Ablehnung von Asylbewerber_innen (!) ein signifikant *niedrigerer* Wert bei gewaltbereiten Befragten zu konstatieren ist. Bezüglich des Antisemitismus und negativer Aussagen zu Homosexuellen/Trans* sind die Unterschiede zwischen gewaltbereiten und nicht gewaltbereiten Befragten *nicht* signifikant. Hier vermuten wir Alters- und Bildungseffekte. Aufgrund des geringen Anteils gewaltbereiter Befragter (sieben Prozent) sind konkretere Aussagen zur *Bedrohung von Minderheiten* jedoch nicht möglich.

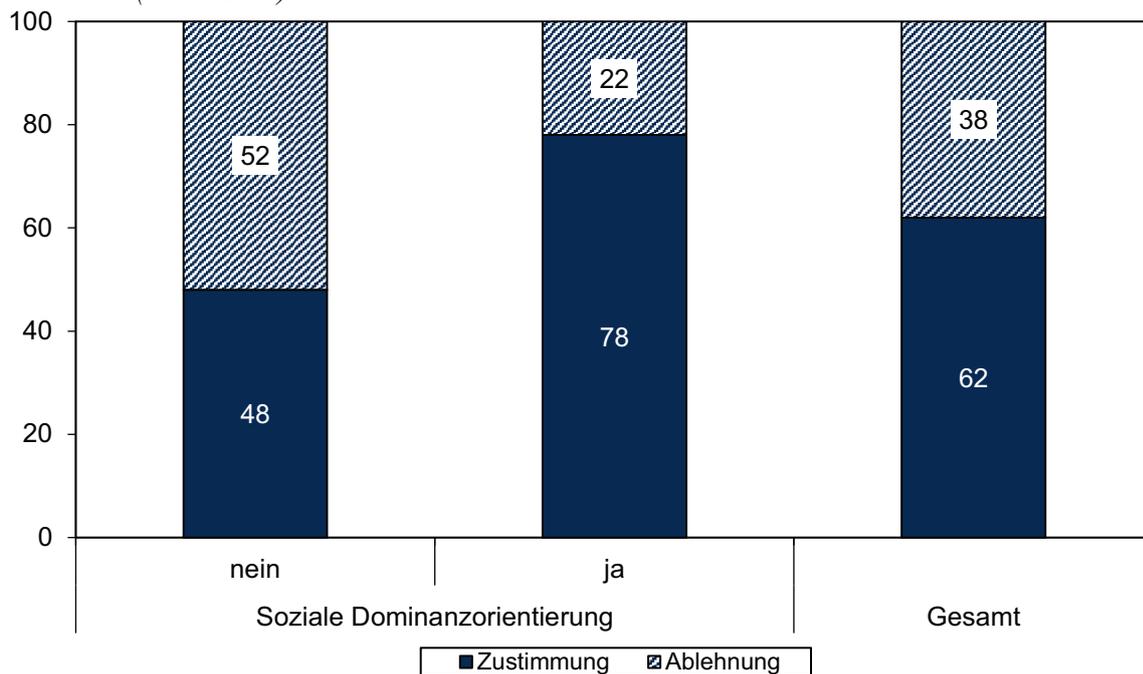
Markant ist die Abhängigkeit des Antwortverhaltens von der Zustimmung zu folgender Aussage: „Es sollte wieder mehr für die Mehrheit der Leute in unserem Land getan werden als sich um Minderheiten zu kümmern.“ (Abb. 124). Befragte, die jene Aussage ablehnten, neigten bemerkenswert (und statistisch signifikant) seltener zu vorurteilsgeleiteten oder abwertenden Aussagen über einzelne Minderheiten. Die Forderung nach einer politischen Priorisierung von Mehrheitsinteressen gegenüber Minderheiteninteressen, der insgesamt 62 Prozent der Befragten zustimmten, lässt sich zwar auch so interpretieren, dass damit lediglich empfundene Defizite bei der Ausgestaltung einer Wirtschafts-, Sozial- oder Sicherheitspolitik für die Gesamtbevölkerung ausgedrückt werden – und zur Gesamtbevölkerung gehörten schließlich auch die Minderheiten. Oder, ebenfalls

78 Autoritarismus-Mittelwertskala (2017); *überwiegende Zustimmung* zu folgenden Aussagen: (1) „In diesen Zeiten brauchen wir unbedingt eine starke Hand.“, (2) „Wer seine Kinder zu anständigen Bürgern erziehen will, muss von ihnen vor allem Gehorsam und Disziplin verlangen.“, (3) „Gegen Außenseiter und Nichtstuer sollte in der Gesellschaft mit aller Härte vorgegangen werden.“

79 SDO-Mittelwertskala; *überwiegende Zustimmung* zu folgenden Aussagen: (1) „Manche Gruppen von Menschen sind anderen einfach überlegen“, (2) „Um im Leben voranzukommen, muss man sich über andere hinwegsetzen.“

vereinfachend: In der Demokratie gelte in erster Linie das Mehrheitsprinzip. In der Aussage wird allerdings bewusst ein *Gegensatz* zwischen Mehrheit und Minderheiten formuliert und damit auch suggeriert, dass ein Interessenskonflikt zwischen ihnen bestünde, dass politische Aufmerksamkeit fehlgeleitet sei und die Bearbeitung unterschiedlicher politischer Themen einer Logik der Konkurrenz um knappe Güter folge. Überspitzt ausgedrückt: Die Anerkennung, Gleichberechtigung und Gleichbehandlung von Minderheiten hätten zu warten, solange es Wichtigeres gäbe. Der Einsatz für Minderheitenrechte und -interessen gerät einer solchen Ansicht nach nicht nur zum überflüssigen Lobbyismus oder Klientelismus, sondern auch zum Nachteil oder Schaden derer, die nicht „den Minderheiten“ angehören. Es ist jedoch ein Wesenszug des hochspezialisierten demokratischen Politikbetriebs, dass auf verschiedenen Ebenen eine Vielzahl von Handlungsfeldern parallel bearbeitet wird. Deshalb und wegen der Tendenz, Minderheiten auszugrenzen, kann die Aussage auch als *anti-emanzipatorisch* bezeichnet werden. Gespeist wird diese Zustimmung durch die Wahrnehmung einer ungerechten Gesellschaftsordnung in Deutschland. Signifikant erhöht ist sie auch bei Befragten, die sich selbst etwas rechts (68 Prozent Zustimmung) oder ganz rechts (90 Prozent Zustimmung) der politischen Mitte verorten.

Abb. 124: „Es sollte wieder mehr für die Mehrheit der Leute in unserem Land getan werden als sich um Minderheiten zu kümmern.“ nach sozialer Dominanzorientierung⁸⁰
(in Prozent)



Im Vergleich der Zustimmungswerte nach objektiver und subjektiver Schichtzugehörigkeit treten weitere deutliche Unterschiede zutage (Abb. 125 und 126). Vor allem wird erkennbar, dass vorurteilsgeleitete bzw. abwertende Einstellungen oder Vorbehalte gegenüber diversen Minderheiten auch Befragten der Mittelschicht bzw. den gut etablierten und höheren sozialen Lagen zugeschrieben werden müssen. Zum Teil übersteigen jene Zustimmungswerte

⁸⁰ SDO-Mittelwertskala; *überwiegende Zustimmung* zu folgenden Aussagen: (1) „Manche Gruppen von Menschen sind anderen einfach überlegen“, (2) „Um im Leben voranzukommen, muss man sich über andere hinwegsetzen.“

werte sogar signifikant das Gesamtniveau. Beispielsweise ist in der größten Schicht (3) (mittlere Einkommensbezieher_innen mit Facharbeiterqualifikationen bzw. in einfachen Tätigkeiten) die Ablehnung von Asylbewerber_innen signifikant häufiger als in der Schicht (4) (mittlere Einkommensbezieher_innen mit Hochschulabschlüssen bzw. in gehobenen Tätigkeiten) oder in den ebenfalls akademisch geprägten Schichten (2) und (6), jedoch signifikant seltener als in Schicht (5), in der Befragte mit ähnlichem Qualifikations- und Tätigkeitsprofil, aber höheren Einkommen zusammengefasst wurden. Vor allem bezüglich der Fremdenfeindlichkeit ist ein Effekt der Bildung erkennbar, die – ungeachtet unterschiedlicher Grade sozioökonomischer Deprivation oder Privilegierung – schichtübergreifend mit bestimmten Einstellungen und Wertorientierungen korrespondiert. Auch wenn die Zustimmung zu fremdenfeindlichen Aussagen und negative Aussagen zu Homosexuellen/Trans* in der untersten Schicht (1) am häufigsten verbreitet ist, kann keine Rede von einem „sozialstrukturellen“ *Cordon sanitaire* der „sozialen Mitte“ gegen Vorurteile und Ungleichwertigkeitsvorstellungen sein. Dies zeigt auch der insgesamt relativ schwache Zusammenhang zwischen subjektiver Schichteinordnung und der Zustimmung zu Aussagen über Minderheiten, wobei allerdings Personen, die sich in der „unteren Mittelschicht“ verorten, leicht *erhöhte* Zustimmungswerte haben.

Abb. 125: Aussagen über ethnische, kulturelle u. soziale Minderheiten (Zusammenfassung) nach Schichtzugehörigkeit (1–6) (in Prozent)

	1 niedriges Einkommen, subakad. Bildung, einf. Tätigkeit	2 niedriges Einkommen, akad. Bildung und/oder geh. Tätigkeit	3 mittleres Einkommen, subakad. Bildung, einf. Tätigkeit	4 mittleres Einkommen, akad. Bildung und/oder geh. Tätigkeit	5 hohes Einkommen, subakad. Bildung, einf. Tätigkeit	6 hohes Einkommen, akad. Bildung und/oder geh. Tätigkeit	gesamt
Fremdenfeindlichkeit	47	11	41	21	42	20	36
Vorurteile gegenüber Muslim_innen	38	23	51	32	65	27	43
Ablehnung v. Asylbewerber_innen	70	51	71	51	86	61	66
Antisemitismus	18	2	14	11	19	16	13
Abwertung v. Langzeitarbeitslosen	70	39	61	46	77	29	58
neg. Aussagen zu Homosexuellen/Trans*	30	24	25	19	15	14	23

Abb. 126: Aussagen über ethnische, kulturelle u. soziale Minderheiten (Zusammenfassung) nach subjektiver Schichteinordnung (auf einer Skala von 0 = ganz unten bis 10 = ganz oben) (in Prozent)

	(0-3) Unterschicht	(4-5) untere Mittelschicht	(6-7) obere Mittelschicht	(8-10) Oberschicht	gesamt
Fremdenfeindlichkeit	33	44	29	26	36
Vorurteile gegenüber Muslim_innen	28	48	44	36	43
Ablehnung v. Asylbewerber_innen	64	71	63	63	66
Antisemitismus	5	18	10	11	13
Abwertung v. Langzeitarbeitslosen	63	61	51	57	58
neg. Aussagen zu Homosexuellen/Trans*	10	34	16	16	23

Fremdenfeindlichkeit

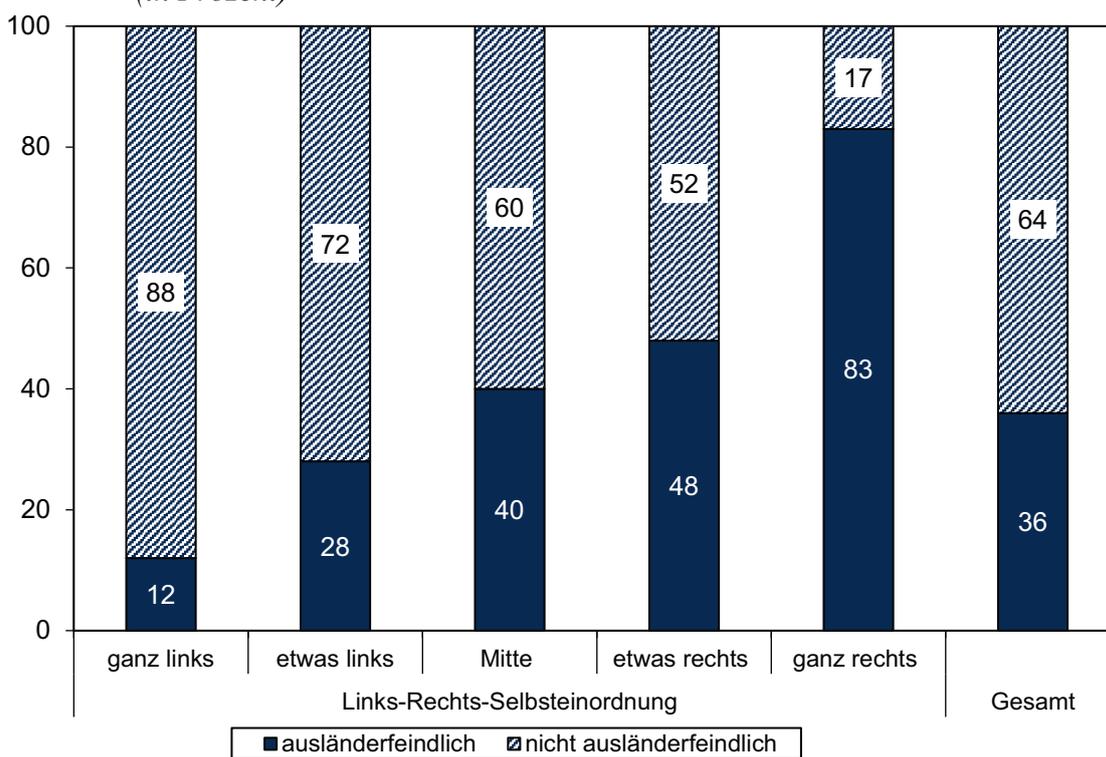
Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zustimmung zu den drei fremdenfeindlichen Aussagen im THÜRINGEN-MONITOR insgesamt wieder leicht angestiegen, aufgrund des Stichprobenfehlers ist diese Veränderung jedoch statistisch nicht signifikant. Der Aussage „Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet“ stimmten 53 Prozent der Befragten mit gültiger Antwort zu, 2016 stimmten 52 Prozent zu. 2017 stimmten 44 Prozent der Aussage zu, „Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen“; im Vorjahr waren es 37 Prozent, was einen signifikanten, wenn auch nur mäßigen Anstieg bei der Zustimmung zu dieser Einzelaussage bedeutet. 22 Prozent stimmten der Aussage zu, „Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen“; auch dieser Anstieg gegenüber 17 Prozent (2016) ist statistisch knapp signifikant. Nur drei bis vier Prozent der Befragten machten zu den drei Aussagen keine Angabe bzw. antworteten mit „weiß nicht“. Als fremdenfeindlich sind diese Aussagen zu bewerten, da in ihnen Migration pauschal als unerwünscht und negativ in ihren Auswirkungen dargestellt wird. Neben der anklingenden Unterstellung, dass Migrant_innen keinen angemessenen gesellschaftlichen Beitrag leisten, sondern sich bereichern wollen, wird besonders ethnische und kulturelle Diversität als problematisch konstruiert. Die Vorstellung, dass autochthone Deutsche mit Migrant_innen besser keine Ehe schließen sollten, hat zudem noch eine *chauvinistische* bzw. *rassistische* Komponente (vgl. Kapitel IV.7). Nicht nur wird suggeriert, dass einer gemeinsamen privaten Lebensführung durch unterschiedliche Staatsangehörigkeiten und kulturelle Prägungen etwas Defizitäres anhaften würde. In Hinblick auf den Aspekt der Familiengründung entsteht auch eine Assoziation mit der rassistischen Denkfigur der „Mischehe“, der zum Zwecke der Reinheit und der Erhaltung eines autochthonen Staatsvolkes vorzubeugen sei. „Überfremdung“ selbst ist ein Begriff, der starke Anleihen am typischen Sprachstil des historischen Nationalsozialismus, der sogenannten *Lingua Tertii Imperii* (LTI, deutsch: Sprache des Dritten Reiches; vgl. Klemperer 1947) nimmt. Migrant_innen werden durch diese Aussagen erkennbar abgewertet; gerade wenn die Zustimmung dazu mangels Einsicht bzw. mangels besseren Wissens erfolgen sollte, ist sie vorurteilsgeleitet. Aus demokratietheoretischer und gesellschaftspolitischer Perspektive sind solche Aussagen daher mit großer Bestimmtheit zu kritisieren. Noch wichtiger ist allerdings die Bearbeitung der *Ursachen* der dahinterstehenden Einstellungen. Vor allem muss die Bedeutung ausgeprägter fremdenfeindlicher Einstellungen für das Zusammenleben in einer zunehmend multiethnischen und multikulturellen Gesellschaft beachtet werden. Auch auf die Stabilität der politischen Ordnung kann Fremdenfeindlichkeit insofern negativ einwirken, dass Migrant_innen u.U. als Nutznießer_innen und symbolischen Repräsentant_innen einer unerwünschten oder als illegitim empfundenen Politik verstanden werden, woraus sich fatale wechselseitige Rückkopplungen zwischen Elitenmisstrauen, Systemdistanz und der Wahrnehmung und Behandlung von Fremden ergeben können.

Zum Vergleich stimmten ca. 34 Prozent der Befragten der deutschlandweiten Mitte-Studie 2016 der Friedrich-Ebert-Stiftung der Aussage zu, „Es leben zu viele Ausländer in Deutschland.“ (vgl. Zick/Küpper/Krause 2016: 44). In der Mitte-Studie 2016 der Universität Leipzig stimmten ca. 34 Prozent der „Überfremdungs“-Aussage zu, die in gleicher Form auch im THÜRINGEN-MONITOR verwendet wird (vgl. Decker/Kiess/Brähler 2016: 31).

Allerdings werden im THÜRINGEN-MONITOR vierstufige Antwortskalen⁸¹ verwendet, die Leipziger Mitte-Studie bietet jedoch noch eine neutrale Mittelkategorie „stimme teils zu, teils nicht zu“ (28 Prozent der Befragten) an, die attraktiv für wenig entscheidungsfreudige oder unsichere Befragte ist und ein gewisses Maß an Zustimmung „aufsaugt“. Die Prozentwerte aus den unterschiedlichen Studien sind also nur begrenzt miteinander vergleichbar.

Fremdenfeindlichkeit ist sehr deutlich mit einer Selbsteinordnung der Befragten im politischen Links-Rechts-Spektrum assoziiert, daraus resultieren maximal gegensätzliche Zustimmungswerte auf den extremen Flügelpositionen (Abb. 127). Fremdenfeindliche Aussagen können also auch nach dem Verständnis der Befragten als typisch „rechts“ bezeichnet werden und werden dementsprechend von großen Mehrheiten derer, die sich mittig oder links positionieren, abgelehnt. Doch bei 28 bis 40 Prozent Zustimmung muss auch für erhebliche Anteile der Befragten, die sich selbst in der Mitte oder auf einer gemäßigten Flügelposition links der Mitte einordnen, das Vorliegen von Vorurteilen und Abwertungstendenzen gegenüber Fremden konstatiert werden.

Abb. 127: Zustimmung zu fremdenfeindlichen Aussagen nach Links-Rechts-Selbsteinordnung
(in Prozent)



Vorurteile gegenüber Muslim_innen

Im letztjährigen THÜRINGEN-MONITOR wurde bereits ausführlich auf Einstellungen gegenüber Muslim_innen bzw. dem Islam eingegangen (vgl. TM 2016: 54 ff.). Trotz der

⁸¹ Stimme voll und ganz zu, stimme überwiegend zu, lehne überwiegend ab, lehne völlig ab.

Zuspitzung der gesellschaftlichen und politischen Debatten um die Integration von Muslim_innen, insbesondere in Verbindung mit der Asylthematik, hatten wir damals gegenüber 2015 keine signifikante Veränderung der Zustimmungswerte zu Aussagen über Muslim_innen registriert. Auch 2017 ist keine signifikante Veränderung eingetreten. 48 Prozent der Befragten mit gültiger Antwort stimmten der Aussage zu, „Die meisten in Deutschland lebenden Muslime akzeptieren NICHT unsere Werte, so wie sie im Grundgesetz festgeschrieben sind.“ Sogar 62 der Befragten waren der Meinung, „Muslime in Deutschland stellen zu viele Forderungen.“ Angesichts des weiterhin äußerst geringen Anteils von Muslim_innen an der Thüringer Gesamtbevölkerung und der damit ebenfalls äußerst geringen Wahrscheinlichkeit persönlicher Kontakte mögen solche hohen Werte vielleicht erstaunen. Hier wird allerdings plastisch, dass ein Hauptmerkmal von Vorurteilen gerade die individuelle Unkenntnis bzw. Unerfahrenheit gegenüber dem jeweiligen Gegenstandsbereich ist. Nicht weiter erklärungsbedürftig sollte an dieser Stelle sein, dass sich abwertende Einstellungen aus fehlerhafter oder unvollständiger Wahrnehmung, unzulässigen Verallgemeinerungen, Kolportage und Diffamierung speisen. Kritisch zu bewerten sind dabei die Einflüsse politischer Agitation, einer bisweilen tendenziösen Berichterstattung in den Massenmedien sowie des selektiven Kommunikationsverhaltens in den „Filterblasen“ der „sozialen Netzwerke“ (vgl. hierzu Hurz/Tanriverdi 2017). Dass eine relativ hohe Distanz der Thüringer_innen zu Muslim_innen besteht, drückt sich auch in den hohen Anteilswerten der Antwortverweigerung (16 bzw. 17 Prozent) aus.

Die ablehnende Haltung gegenüber Muslim_innen gipfelt in der radikalen Auffassung, „Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden“, der im THÜRINGEN-MONITOR 2017 mit 28 Prozent mehr als ein Viertel der Befragten zustimmte. (Bei dieser Aussage antworten nur fünf Prozent aller Befragten mit „weiß nicht“ oder machten keine Angabe.) Der Wert der Zustimmung zur Aussage liegt aber noch deutlich unter dem Zustimmungswert von 39 Prozent im Sachsen-Monitor 2016 (S. 30). Die Mitte-Studie 2016 der Friedrich-Ebert-Stiftung wies einen Zustimmungswert von ca. 16 Prozent für Gesamtdeutschland aus, was einen Hinweis auf die stärkere Verbreitung der Ablehnung von Muslim_innen in Ostdeutschland als in Westdeutschland liefert (vgl. Zick/Küpper/Krause 2016: 44). Die Leipziger Mitte-Studie 2016 registrierte allerdings bei der gleichen Aussage eine Zustimmung von ca. 41 Prozent (vgl. Decker/Kiess/Brähler 2016: 50).

Die hier diskutierten Vorurteile, die mit einer pauschal unterstellten *Verfassungsfeindlichkeit* „der meisten Muslim_innen“ und deren vermeintlich *anmaßenden Auftreten* eine Rechtfertigung für Abwertung und Ausgrenzung suchen, stehen im erkennbaren Widerspruch zum Lebensgefühl der überwiegenden Mehrheit der Muslim_innen in Deutschland, zu ihrer Selbstwahrnehmung, ihren Werten, Normen und Einstellungen (vgl. bereits Religionsmonitor 2013). Auch die im August veröffentlichte Vorstudie der Bertelsmann-Stiftung zum Religions-Monitor (2017) befand, dass Muslim_innen in aller Regel gut integriert bzw. anpassungsbereit sind und sich in Deutschland zuhause fühlen. Außerdem seien – trotz des vergleichsweise verbreiteten religiösen Traditionalismus der Muslim_innen – nur sehr kleine Minderheiten von ihnen anfällig für „islamistische“ Radikalisierung. Problematisch, so die neuere Studie, sei vielmehr das überwiegende Misstrauen der Deutschen den muslimischen Mitbürger_innen gegenüber. Der Berliner Migrationsforscher Ruud Koopmans übte allerdings heftige Kritik an der Bertelsmann-

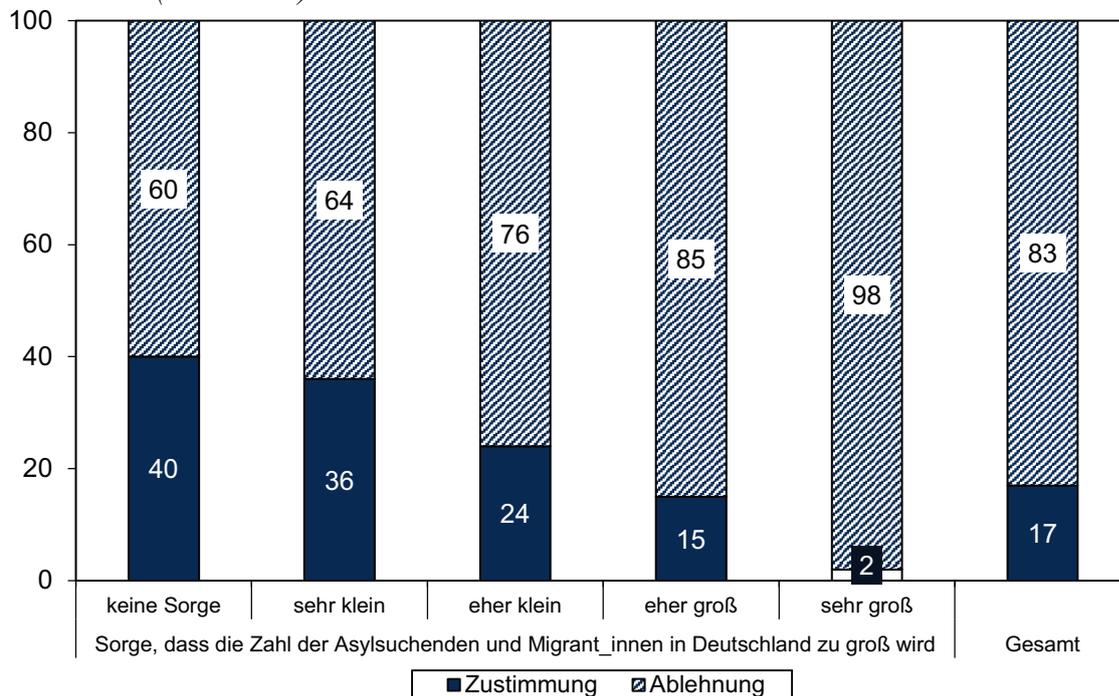
Studie, verwies auf gegenläufige Befunde und seiner Ansicht nach bestehende große Integrationsdefizite bei Muslim_innen (vgl. Neff 2017). Zitiert wurde in diesem Zusammenhang u.a. eine andere Studie zu türkeistämmigen Muslim_innen von 2016, die allerdings von einem der Co-Autoren des Religions-Monitors 2014, Detlef Pollack, geleitet wurde. Unter anderem hatten in dieser Studie 47 Prozent der Befragten folgender Aussage zugestimmt: „Die Befolgung der Gebote meiner Religion ist für mich wichtiger als die Gesetze des Staates, in dem ich lebe.“ (vgl. Pollack et al. 2016: 13). Dieser Zustimmungswert scheint Voreingenommene bzw. Skeptiker_innen zu bestätigen; allerdings ist die persönliche Priorisierung einer religiös motivierten Ethik vor „weltlichen“ Gesetzen weder gleichbedeutend mit einem Unwillen zur Integration, noch ist sie Alleinstellungsmerkmal *muslimischer* Gläubiger. Religiöse Ethik und weltliche Gesetze mögen im gesellschaftlichen Alltag sehr gut miteinander kompatibel sein, doch während Religionen die Verkündigung „ewiger Wahrheiten“ beanspruchen, gelten „weltliche“ Gesetze als relativ „kurzlebig“, wandelbar und u.U. sogar – wie z.B. in diktatorialen Regimen – als illegitim. In den widersprüchlichen Interpretationen der Einstellungen „der“ Muslim_innen zeigen sich nicht nur die Grenzen der Statistik, sondern auch die hohe Relevanz des interreligiösen und interkulturellen Dialogs.

Ablehnung von Asylbewerber_innen

Die Konstruktion des Fremden als Bedrohung, als Störung von Sicherheit, Ruhe und Ordnung oder sogar als Verursacher oder Vorbote des Niedergangs der gesamten Gesellschaft ist dann besonders problematisch, wenn sie sich gegen Geflüchtete und Schutzsuchende aus Kriegs-, Krisen- und Elendsregionen richtet. Im Rahmen des letztjährigen Schwerpunktthemas des THÜRINGEN-MONITORS wurde aufgezeigt, dass die Einstellungen der Thüringer Bevölkerung zur Asylthematik bzw. Fragen der sogenannten „Fluchtmigration“ und Integration sehr ambivalent ausfallen. Bei vielen Befragten konnte einerseits eine dezidierte Hilfsbereitschaft und prinzipielle Aufgeschlossenheit gegenüber den neu Angekommenen festgestellt werden. Andererseits plädierten sehr große Mehrheiten für eine restriktive Asylpolitik (zum Beispiel der Setzung einer Obergrenze für die Aufnahme von Asylbewerber_innen) und betrachten die damaligen Entwicklung mit Sorgen (TM 2016: 33 ff.). Zum Zeitpunkt der Befragung im Juni 2016 war der Höhepunkt der Fluchtbewegung nach Deutschland allerdings bereits Vergangenheit. Die Lage hatte sich bis dahin so entspannt, dass wir unser Ende September 2016 fertiggestelltes Gutachten mit dem Untertitel „Thüringen nach der ‚Flüchtlingskrise‘“ versehen konnten. Der Übertitel „gemischte Gefühle“ hätte auch in diesem Jahr Bestand haben können; jedenfalls deutet dies die Zustimmung zu den beiden Aussagen an, die erneut den Befragten vorgelegt wurden. Die Zustimmung zur Aussage „Die meisten Asylbewerber befürchten nicht wirklich, in ihrem Heimatland verfolgt zu werden“ (54 Prozent der gültigen Antworten) ist fast gleich geblieben; allerdings ist bei dieser Aussage auch der Anteil der Antwortverweigerungen mit 20 Prozent extrem hoch, relativ viele Befragte haben also Beurteilungsschwierigkeiten. Der Zustimmungswert für die Aussage „Bei der Prüfung von Asylanträgen sollte der Staat NICHT großzügig sein.“ ist mit 83 Prozent der gültigen Antworten signifikant gegenüber 2016 (73 Prozent) erhöht; nur drei Prozent der Befragten machten hier keine gültige Angabe. Eine restriktive Asylpolitik findet in diesem Jahr also mehr Zustimmung, obwohl die Wahrnehmung einer chaotischen, nicht zu bewältigenden Situation noch weniger präsent ist als vor einem Jahr.

In der deutschlandweiten Mitte-Studie 2016 der Friedrich-Ebert-Stiftung lehnten ca. 70 Prozent der Befragten eine großzügige Prüfung von Asylanträgen ab. 41 Prozent zweifelten an, dass „die meisten Asylbewerber in ihrem Heimatland“ verfolgt würden (vgl. Zick/Küpper/Krause 2016: 44 f.). Die Leipziger Mitte-Studie 2016 (vgl. Decker/Kiess/Brähler 2016: 50) registrierte bei den gleichen Aussagen allerdings signifikant erhöhte Zustimmungswerte von 81 Prozent (Ablehnung der großzügigen Prüfung) bzw. 60 Prozent (Zweifel an Verfolgung). Demnach wären Skepsis, Vorurteile bzw. ablehnende Haltungen gegenüber Geflüchteten und Asylsuchenden in Thüringen also *nicht* stärker ausgeprägt als in Gesamtdeutschland.

Abb. 128: „Bei der Prüfung von Asylanträgen sollte der Staat großzügig sein.“ in Abhängigkeit von der Sorge um Zahl der Asylsuchenden und Migrant_innen (in Prozent)



Die Zustimmung der Thüringer Befragten zu einer großzügigen Prüfung von Asylanträgen hängt signifikant davon ab, inwieweit die Zahl der Asylsuchenden und Migrant_innen in Deutschland als problematisch bewertet wird (Abb. 128). Allerdings präferieren auch deutliche Mehrheiten der Befragten, die „keine Sorge“ oder nur geringe „Sorge“ haben, restriktive Asylverfahren. Nachvollziehbar ist diese Haltung auch durch die Wahrnehmung der Gefahr potenziellen „Asylmissbrauchs“ beeinflusst: Befragte, die anzweifeln, dass die Asylsuchenden aufgrund von Verfolgung nach Deutschland kommen, sind fast ausnahmslos für eine genaue Überprüfung (Abb. 129). Selbstverständlich ist die Forderung nach einer korrekten Einhaltung bzw. Verbesserung der Asylverfahren völlig legitim, gerade vor dem Hintergrund der medialen Berichterstattung über eine generell zu oberflächliche oder fahrlässige Anerkennungspraxis, die u.a. sogar zur Gewährung des Asyls für den deutschen Rechtsextremisten und Berufssoldaten Franco A. führte (vgl. Behördenversagen 2017).

Abb. 129: „Bei der Prüfung von Asylanträgen sollte der Staat großzügig sein.“ in Abhängigkeit von der wahrgenommenen Legitimität der Asylgesuche (in Prozent)

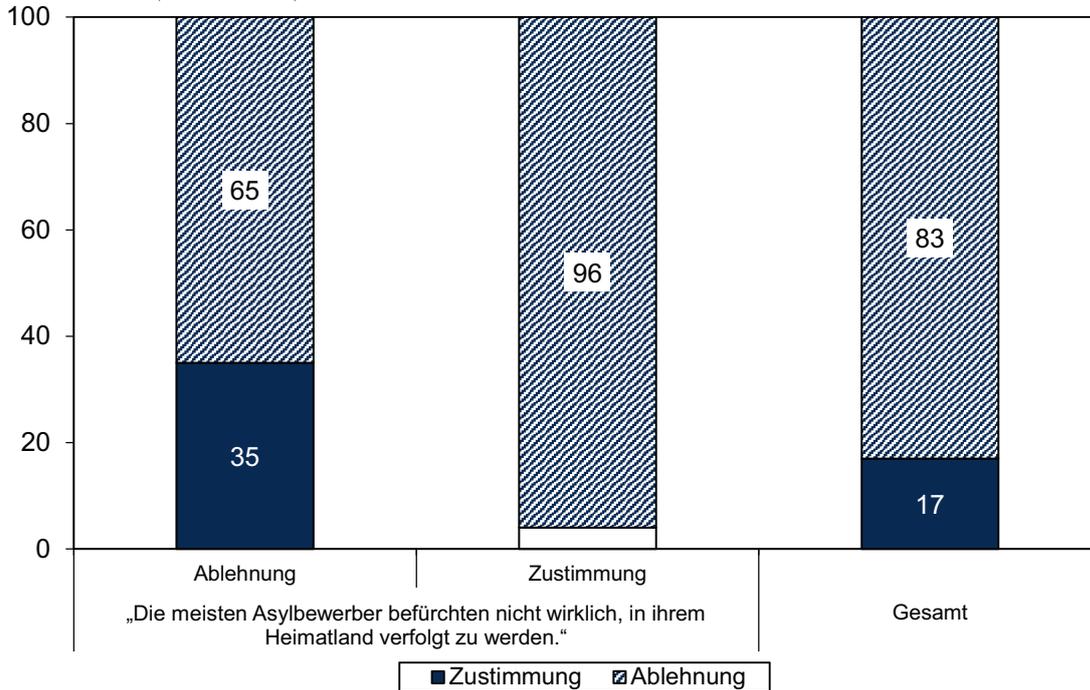
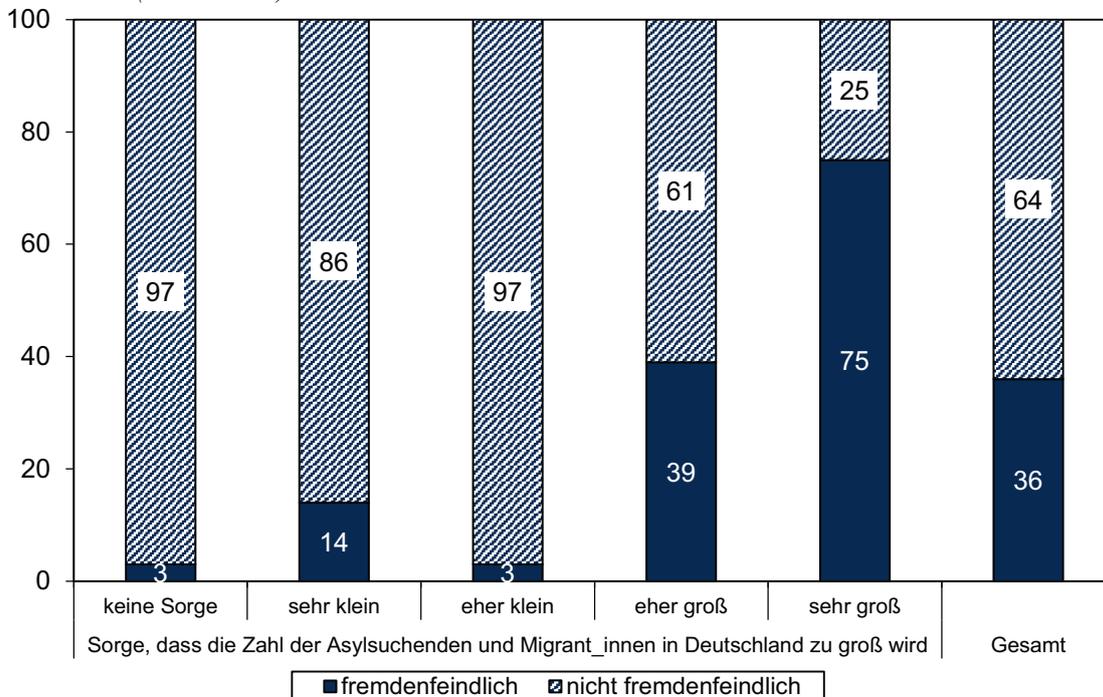


Abb. 130: Zustimmung zu fremdenfeindlichen Aussagen in Abhängigkeit von der Sorge um Zahl der Asylsuchenden und Migrant_innen (in Prozent)



Diskussionswürdig allerdings ist die relativ weit verbreitete Mutmaßung, dass „Asylmissbrauch“ eher die Regel als eine Ausnahme darstelle, allzumal die Sorge über eine zu große Zahl von Asylsuchenden erkennbar durch fremdenfeindliche Vorurteile begünstigt wird (Abb. 130). 95 Prozent der fremdenfeindlichen Befragten äußern diese Sorge, aber nur 36 Prozent der Befragten, die fremdenfeindliche Aussagen ablehnten. Die Wahrnehmung,

inwieweit bezüglich Aufnahme, Migration und Integrationsfähigkeit Belastungsgrenzen erreicht seien, ist also wesentlich durch prinzipielle Einstellungen gegenüber denen beeinflusst, die aufgrund ihrer nationalen, ethnischen oder religiösen Identität als „fremd“ gelten.

Abb. 131: Einflüsse auf Fremdenfeindlichkeit, Vorurteile gegenüber Muslim_innen, Ablehnung von Asylbewerber_innen
(Binomiale logistische Regressionsanalysen)

Erklärende Variablen	Fremdenfeindlichkeit		Vorurteile gegenüber Muslim_innen		Ablehnung von Asylbewerber_innen	
	(36%)		(43%)		(66%)	
	B	Exp(B)	B	Exp(B)	B	Exp(B)
Alter (älter)	+0,007 n.s.	1,007	+0,029***	1,030	+0,018**	1,019
Geschlecht (weiblich)	+0,449 n.s.	1,567	+0,921***	2,511	+0,225 n.s.	1,252
Bildung (höher)	-1,090**	0,336	-0,276 n.s.	0,758	-0,324 n.s.	1,723
berufstätig (ja)	-0,686*	0,504	-0,477 n.s.	0,620	-0,206 n.s.	1,814
arbeitslos (ja)	-2,916***	0,054	+0,650 n.s.	1,916	+0,019 n.s.	1,019
Nettoäquivalenzeinkommen (höher)	0,000 n.s.	1,000	+0,001***	1,001	0,000*	1,000
subjektive Deprivation (höher)	+0,744 n.s.	2,103	+0,716 n.s.	2,047	+0,592 n.s.	1,808
Ostdeprivation: „Ostdeutsche Bürger 2. Klasse“ + negative Einheitsbilanz (ja)	+0,536 n.s.	1,709	-0,034 n.s.	0,967	+0,277 n.s.	1,319
Ostdeutsche Diskriminierungserfahrung (ja)	+0,786**	2,194	+0,171 n.s.	1,186	+0,105 n.s.	1,111
autoritär (stärker)	+0,436**	1,546	+0,545***	1,724	+0,174 n.s.	1,190
sozial-dominanzorientiert (stärker)	+0,159 n.s.	1,173	+0,222 n.s.	1,249	+0,051 n.s.	1,052
sozialdarwinistische Aussage: „Durchsetzung des Stärkeren“ (Zustimmung)	+0,391 n.s.	1,479	-0,311 n.s.	0,733	-0,339 n.s.	1,713
Links-Rechts-Selbsteinordnung („rechter“)	+0,319*	1,376	+0,489***	1,631	+0,510***	1,665
Sorge, dass die Zahl d. Asylsuchenden u. Migrant_innen i. Deutschland zu groß wird (größer)	+1,589***	4,900	+0,931***	2,538	+0,568***	1,765
Konfessionszugehörigkeit (ja)	+0,383 n.s.	1,467	-0,751**	0,472	-0,052 n.s.	0,949
Fallzahl n	769		765		800	
Nagelkerke's R ² (Modellgüte)	0,619		0,509		0,323	
Positives Vorzeichen: erhöht Zustimmungstendenz zu - Aussagen	Negatives Vorzeichen: senkt Zustimmungstendenz zu Aussagen		Weiße Felder: kein Effekt der erklärenden Variable bzw. Effekt nicht signifikant			

* signifikant p<.05 ** hoch signifikant p<.01 *** höchst signifikant p<.001 n.s. nicht signifikant

Die Analysen zu **Prädiktoren** der Fremdenfeindlichkeit, der Vorurteile gegenüber Muslim_innen und der Ablehnung von Asylbewerber_innen zeigen in diesem Jahr zunächst, dass die sozioökonomische Lage und die subjektive Bewertung derselben keinen bzw. einen nur sehr geringen Einfluss haben (Abb. 131). Dies schließt an unsere Befunde aus den THÜRINGEN-MONITOREN 2015 und 2016 an (vgl. TM2015: 114, TM2016: 40). Wir deuten dies als erneuten Hinweis darauf, dass die Angehörigen der drei Fremdgruppen weniger als Konkurrent_innen um sozialen Status bzw. materielle Ressourcen wahrgenommen werden, sondern vielmehr die Betonung einer kulturellen Distanz, Differenz bzw. Unvereinbarkeit

ausschlaggebend ist. Insbesondere niedriger gebildete und nicht (mehr) erwerbstätige Befragte tendieren stärker zur Ablehnung von Fremden – im Unterschied zur Befragten, die erwerbstätig oder arbeitslos sind. Dass sich auch mit steigendem Einkommen die Tendenz zu Vorurteilen gegenüber Muslim_innen signifikant erhöht, deutet darauf hin, dass Skepsis, Furcht bzw. Ablehnung, die vermutlich vor allem durch *kulturelle Distanz* bedingt ist, nur durch eine verbesserte Ausstattung mit materiellen Ressourcen nicht abgeschwächt wird und folglich auch in der sozialen „Mitte“ bzw. in der oberen Mittelschicht existiert.⁸² Hier ist anzumerken, dass nur zehn Prozent der *relativ einkommenschwachen* jungen Auszubildenden mit Hochschulreife (der Studierenden) vorurteilsgeleiteten Aussagen über Muslim_innen zustimmen. Vermutlich besteht also ein *partieller* Interaktionseffekt zwischen niedrigem Einkommen, geringem Alter und höherer Bildung, wobei Bildung für sich allerdings keinen signifikanten Einfluss im Modell hat.

Während die symbolische Deklassierung gegenüber Westdeutschen per se keinen signifikanten Effekt besitzt, wirkt die eigene Diskriminierungserfahrung als Ostdeutsche_r dennoch verstärkend auf die Ablehnung bzw. Vorurteile gegenüber Fremden: Die Solidaritätsnorm, die für sich selbst eingefordert und als verletzt betrachtet wird, kennt nationale Grenzen. Gerade die vorurteilsgeleitete Ablehnung von Fremden und Muslim_innen besitzt auch eine „rechtsautoritäre“ Komponente, während die Wirkung eines unabhängigen Faktors der sozialen Dominanzorientierung, also von Ideologien kollektiver Hierarchisierung bzw. der Statuskonkurrenz zwischen sozialen Gruppen hier nicht nachgewiesen werden kann, ebenso wenig wie der Einfluss sozialdarwinistischen Denkens.

Signifikant und vergleichsweise stark sind hingegen die Einflüsse einer Selbstpositionierung auf dem rechten Flügel des politischen Spektrums und der „Sorge“ über einen Anstieg der Zahl der Asylsuchenden und Migrant_innen. Die Aufnahme dieser „Sorge“ (oder Wahrnehmung) in die Analyse zur Fremdenfeindlichkeit wirkt tautologisch, wird doch quasi „Überfremdungs“-Wahrnehmung teilweise mit „Überfremdungs“-Wahrnehmung erklärt. Im Vergleich der drei Analysen lässt sich somit aber gut veranschaulichen, dass eine negative Beurteilung von Migration aufgrund Quantität stärker mit „klassischer Ausländer_innenfeindlichkeit“ verknüpft ist als mit Vorurteilen gegenüber religiösen Fremdgruppen oder Vorurteilen gegenüber Schutzsuchenden. Trotz einer ausgeprägten kulturellen Distanz der Thüringer_innen zu Muslim_innen und einer verbreiteten Skepsis gegenüber Asylbewerber_innen finden also alarmistische Positionen wie die einer angeblichen „Islamisierung durch Invasoren“ vermutlich nur wenig Rückhalt. In der Tendenz verbessert ein religiöses Bekenntnis signifikant die Einstellung gegenüber Muslim_innen (wenngleich nicht gegenüber Migrant_innen bzw. Asylsuchenden). Wir deuten dies so, dass das rechtspopulistische Ideologem der angeblichen „Islamisierung des

⁸² Die *Abhängigkeit der Zustimmungstendenz von der Höhe des Einkommens* zeigt sich auch in einem alternativen Modell, in das anstatt des Nettoäquivalenzeinkommens als metrischer erklärender Variablen die Merkmale „mittleres Einkommen“ bzw. „höheres Einkommen“ (nach der in Kapitel III.1 vorgestellten Gruppierung) aufgenommen wurden (Referenzkategorie: „geringes Einkommen“). Es ließ sich zeigen, dass der Zusammenhang zwischen Einkommenshöhe und Zustimmungstendenz *nicht* auf einer besonderen „Vorurteils-Affinität“ von Befragten mit mittleren Einkommen beruht, die für noch einkommens-stärkere Befragte ausgeschlossen werden könnte. Vielmehr steigt die Zustimmungstendenz *stetig* mit höherem Einkommen. Gemäß der Modelllogik der logistischen Regression ist es allerdings wenig angebracht, von einem „linearen“ Zusammenhang zu sprechen.

Abendlandes“ von vielen Thüringer Christ_innen eher zurückgewiesen wird. Bei ca. 70 Prozent Konfessionslosen sind Christ_innen in Thüringen selbst eine religiöse Minderheit; dies kann u.U. auch Verständnis und Empathie für Muslim_innen fördern. Der positive Einfluss der Konfessionszugehörigkeit auf die Beurteilung von Muslim_innen bzw. des Islams konnte im Vorjahr allerdings noch nicht gezeigt werden (vgl. TM 2016: 67). Weibliche Befragte zeigen eine signifikant erhöhte Tendenz zu Vorbehalten gegenüber Muslim_innen. Dieser Befund ergab sich allerdings bereits auch 2016 (ebd.) und deutet vermutlich auf die Wahrnehmung hin, dass die Gleichstellung der Frau in islamisch geprägten Kulturen defizitär sei.

Antisemitismus

Antisemitismus kann als vermutlich älteste und hartnäckigste Form der vorurteilsgeleitenden Ablehnung oder Feindschaft gegen eine Bevölkerungsgruppe bezeichnet werden (vgl. Benz 2008ff.; Salzborn 2010, 2014). Obwohl Judenfeindlichkeit ein Kernbestandteil (neo-)nationalsozialistischer Ideologie und damit rechtsextremer Einstellungen ist (vgl. Kapitel IV.7), ist sie nie deren Alleinstellungsmerkmal gewesen. Aufgrund seiner verhängnisvollen Wirkung im Nationalsozialismus, die mit der Shoa in der fast vollständigen Vernichtung der europäischen Juden gipfelte, ist *offener* Antisemitismus im heutigen Deutschland zwar weitestgehend tabuisiert. Judenfeindliche Einstellungen in der deutschen Bevölkerung sind aber bis heute nicht überwunden und gelten als Phänomen, das – in unterschiedlichen Formen und Graden – in allen Bildungsschichten, sozialen Milieus und politischen Lagern vorzufinden ist.⁸³ Im europäischen Kulturkreis ursprünglich religiös motiviert und seit dem 18. Jahrhundert auch rassistisch und politisch begründet, haben antisemitische Rhetorik und antisemitische Verschwörungstheorien in verschiedenster Gestalt bis in die Gegenwart immer wieder Konjunkturen erlebt, politische Diskurse beeinflusst und Verbreitung in der Bevölkerung gefunden. In seiner argumentativen Grundstruktur bildete der Antisemitismus häufig auch die Blaupause für andere menschenverachtende und diskriminierende gruppenbezogene Einstellungsmuster, der Hassrede gegen „Fremde“, „Fremdartige“ bzw. „Volksfeinde“ und der Agitation gegen politische oder soziale Bewegungen.

Antisemitismus wird im THÜRINGEN-MONITOR seit 2001 mit der Zustimmung zur Aussage „„Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns“ gemessen. Dabei wird eine grundsätzliche Andersartigkeit von Juden ausgedrückt und generelle Ablehnung signalisiert, weswegen die Bezeichnung *primärer Antisemitismus* sinnvoll ist. Über den gesamten Beobachtungszeitraum variierte der Zustimmungswert trendlos zwischen neun und 15 Prozent. In diesem Jahr stimmten der Aussage 14 Prozent der Befragten mit gültiger Antwort zu. Die Erhöhung um vier Prozentpunkte gegenüber 2016 (zehn Prozent; 2015: neun Prozent) ist zwar statistisch signifikant, bei Beachtung des Stichprobenfehlers faktisch aber empirisch nahezu unbedeutend. Mit 13 Prozent Antwortverweigerungen existiert auch bezüglich dieser Aussage eine markant erhöhte Bewertungsunsicherheit bei den Befragten. Höher gebildete Befragte und solche, die angeben, politische Fragen gut verstehen und beurteilen zu können, sind signifikant seltener primär-antisemitisch eingestellt als Befragte der jeweiligen

⁸³ Zu Antisemitismus, der von Teilen der *muslimischen* Bevölkerung ausgeht, und zu einem wahrgenommenen neuerlichen Wiederanstieg antisemitischer Gewalt in Deutschland vgl. u. a. Zick et al. 2017.

Vergleichsgruppen. In der Leipziger Mitte-Studie 2016 wurde für die gleiche Antisemitismus-Aussage ein deutschlandweiter Zustimmungswert von ca. zehn Prozent ausgewiesen, allerdings haben weitere 18 Prozent der dortigen Befragten der Frage „teilweise“ zugestimmt bzw. diese nur „teilweise“ abgelehnt (Decker/Kiess/Brähler 2016: 31). In der Mitte-Studie 2016 der Friedrich-Ebert-Stiftung wurde primärer Antisemitismus mit der Zustimmung zu anderen Aussagen gemessen: Ca. neun Prozent der Befragten meinten, die Juden besäßen in Deutschland „zu viel Einfluss“; ca. sieben Prozent glaubten, „[d]urch ihr Verhalten sind Juden an ihren Verfolgungen mitschuldig.“ (vgl. Zick/Küpper/Krause 2016: 44 f.). Im Sachsen-Monitor (2016: 13) stimmten 13 Prozent der Antisemitismus-Aussage zu, wie sie im THÜRINGEN-MONITOR verwendet wird.

Sekundärer Antisemitismus umfasst vorurteilsgeleitete und abwertende Einstellungen gegenüber Juden, die sich aus deren Verfolgungsgeschichte bzw. dem dadurch entstandenen Verhältnis zur nicht-jüdischen Bevölkerungsmehrheit ergeben oder damit in Verbindung stehen. Im Mittelpunkt steht i.d.R. die Unterstellung, Juden würden die historische Diskriminierung und sogar die Shoa nutzen, um daraus Kapital zu schlagen. Dies weckt nicht nur Assoziationen mit dem alten Zerrbild des „skrupellosen und geldgierigen Juden“, der stets auf seinen Vorteil bedacht sei. Der gleiche Interpretationshorizont eröffnet eine „Schlussstrich-Debatte“, im Extremfall aber auch Übergänge zur geschichtsrevisionistischen Relativierung bis hin zur Holocaustleugnung: Die fortwährende Mahnung an das dunkelste Kapitel der europäischen Neuzeit und der deutschen Geschichte sowie die Entschädigung der Opfer werden als *übertrieben* oder sogar als überflüssig und illegitim beschrieben.⁸⁴

Im THÜRINGEN-MONITOR 2017 stimmten 21 Prozent der Befragten mit gültiger Antwort der Aussage zu, „Juden versuchen heute Vorteile daraus zu ziehen, dass sie während der Nazi-Zeit die Opfer gewesen sind.“ Wie bereits bei der Aussage zum primären Antisemitismus antworteten 13 Prozent der Befragten mit „weiß nicht“ oder machten keine Angabe. 2015 stimmte mit 29 Prozent ein signifikant höherer Anteil der Befragten der „Opfer“-Aussage zu, 2014 allerdings nur 20 und 2013 wiederum 32 Prozent der Befragten. Es muss also davon ausgegangen werden, dass etwa ein Viertel der Thüringer_innen sekundär antisemitischen Aussagen zustimmen. Auch der Aussage zum sekundären Antisemitismus stimmten höhergebildete Befragte signifikant seltener zu als niedriger gebildete. Die Selbsteinschätzung, politische Fragen gut verstehen und beurteilen zu können, erhöht allerdings die Tendenz zur Annahme, Jüd_innen versuchten ihren ehemaligen Verfolgtenstatus auszunutzen. Die Mitte-Studie 2016 der Friedrich-Ebert-Stiftung wies für die sehr ähnliche Aussage „Viele Juden versuchen, aus der Vergangenheit des Dritten Reiches heute ihren Vorteil zu ziehen“ 26 Prozent Zustimmung aus (vgl. Zick/Küpper/Krause 2016: 44 f.). Die Leipziger Mitte-Studie erfasst sekundären Antisemitismus in dieser Form nicht.⁸⁵ Der Sachsen-Monitor (2016: 30) weist 25 Prozent

⁸⁴ Die Leugnung des Holocaust gilt mitnichten als eine bloße – möglicherweise irrtümliche – Fehleinschätzung historischer Umstände, sondern ist im Zusammenhang mit dem Tatbestand der sogenannten Volksverhetzung nach Paragraph 130 StGB strafbewehrt, da in verleumderischer und zur Judenfeindlichkeit aufwiegelnder Art suggeriert wird, dass man die Deutschen nach 1945 für etwas büßen habe lassen, das in Wahrheit gar nicht stattgefunden habe. Prinzipiell folgt die Holocaustleugnung damit der Logik einer Täter-Opfer-Umkehr: Das NS-Regime und „die Deutschen“ soll moralisch entlastet, die Leidtragenden, Gegner_innen und Ankläger_innen jedoch als die eigentlich Schuldigen stigmatisiert werden.

⁸⁵ Im Zusammenhang mit der Messung rechtsextremer Einstellungen ist im Leipziger Messkonzept jedoch folgende Aussage vorgesehen, in der eine bedenkliche und kritikwürdige Tendenz zur Relativierung des

Zustimmung zur Aussage nach der Formulierung des TM aus. Auch sekundärer Antisemitismus ist in beiden Bundesländern also ungefähr gleichstark verbreitet.

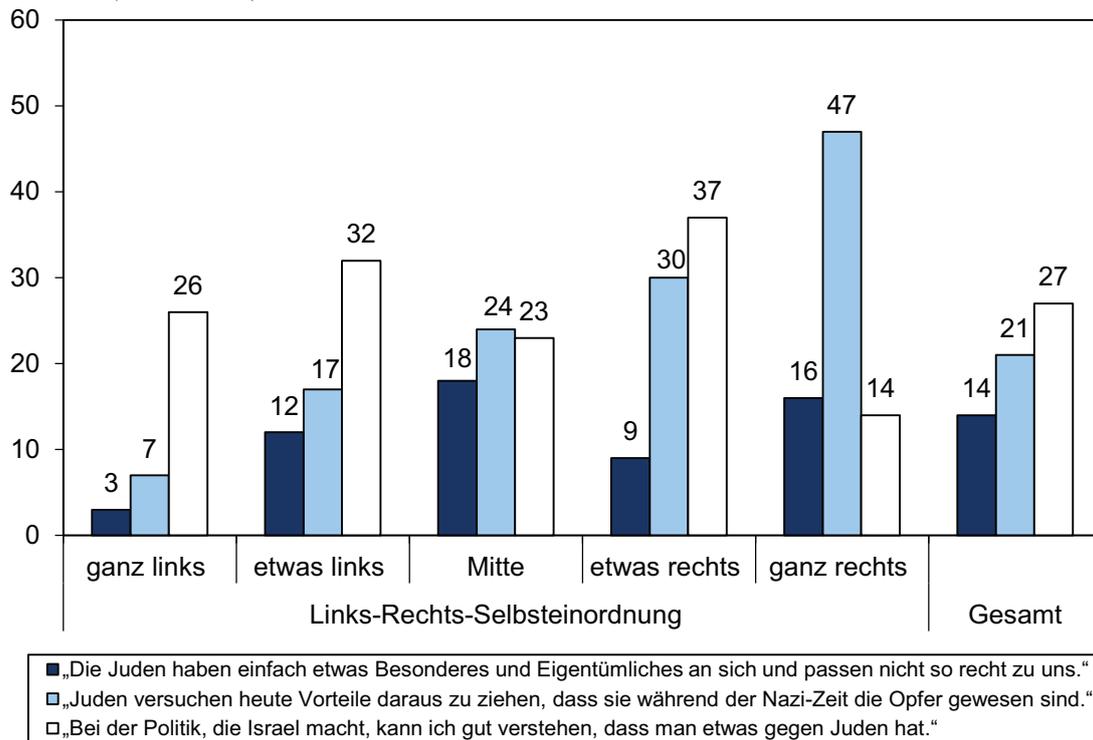
Israelbezogener oder antizionistischer Antisemitismus ist dadurch gekennzeichnet, dass sich eine negative Bewertung israelischer Politik mit Vorurteilen über Juden verbindet (Heyder/Iser/Schmid 2005, Zuckermann 2005). Oftmals als sachliche Kritik getarnt, werden tatsächlich *Doppelstandards* angelegt und beispielsweise moralische Forderungen erhoben, die bei der Beurteilung der Politik anderer demokratischer Staaten keine oder nur eine untergeordnete Rolle spielen. Typisch ist, dass eine Gleichsetzung von Israel mit „den Juden“ erfolgt – ungeachtet sowohl der politischen Differenzierungen in Israel selbst als auch der Tatsache, dass z.B. in Deutschland lebende Jüd_innen nicht für „die Politik Israels“ verantwortlich sind oder zwangsläufig diese unterstützen. Der Nahostkonflikt bietet eine Projektionsfläche für antisemitische Argumentationsstrategien, die auch eine Tradition in linken politischen Bewegungen besitzen (Schmid 2006, Stein 2011). Beispielsweise wird der Staat Israel unter den Labels des Antikapitalismus und einer „antiimperialistischen Solidarität mit den unterdrückten Palästinensern“ einseitig verbrecherischer Handlungen bezichtigt. Die Boykottaufrufe der „israelkritischen“ (israelfeindlichen) Kampagne bzw. Bewegung „Boycott, Divestment and Sanctions“ (BDS) wurden mit der historischen Hetze gegen Jüd_innen zur Zeit des Nationalsozialismus verglichen. Besonders relevant ist, dass israelbezogener bzw. antiisraelischer Antisemitismus starke Verbindungen zum „klassischen“ (primären) und zum sekundären Antisemitismus aufweist. Diese ist spätestens dort erkennbar, wo typische Klischees (z.B. das „des Juden“ als „Unterdrücker der Völker“) bedient werden und angesichts des Nahostkonflikts prinzipielle Judenfeindlichkeit gerechtfertigt wird oder sogar eine Aufrechnung und Relativierung der deutschen Schuld erfolgt. Antizionismus stellt ein Bindeglied zwischen *arabischem Islamismus* und westlichem Rechtsextremismus dar. In beiden Strömungen wird dabei an das Vorbild des historischen Nationalsozialismus und an andere antisemitische Traditionen angeschlossen – bis hin zur Übernahme antisemitischer Verschwörungstheorien und eines *eliminatorischen* Judenhasses.

Im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR stimmten 27 Prozent der Befragten mit gültiger Antwort der Aussage zu: „Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat.“ 16 Prozent aller Befragten gaben keine gültige Antwort. Deutschlandweit stimmten in der Mitte-Studie 2016 der Friedrich-Ebert-Stiftung sogar 40 Prozent der Befragten zu (vgl. Zick/Küpper/Krause 2016: 44 f.); Leipziger Mitte-Studie und Sachsen-Monitor 2016 messen israelbezogenen Antisemitismus nicht.

Primärer, sekundärer und israelbezogener Antisemitismus korrelieren unterschiedlich stark mit der Links-Rechts-Selbsteinordnung der Befragten (Abb. 132). So haben beispielsweise Befragte, die sich ganz links positionieren, sehr selten klassisch antisemitische Vorurteile (drei Prozent Zustimmung), jede_r Vierte allerdings gibt an, aufgrund israelischer Politik Verständnis für die Ablehnung von Juden zu haben.

Holocaust bzw. des zweiten Weltkrieges anklingt: „Die Verbrechen des Nationalsozialismus sind in der Geschichtsschreibung weit übertrieben worden.“ 2016 stimmten dieser Aussage ca. sechs Prozent der Befragten zu, weitere 16 Prozent stimmten „teils zu, teils nicht zu“ (vgl. Decker/Kiess/Brähler 2016: 30).

Abb. 132: Primärer, sekundärer und israelbezogener Antisemitismus nach Links-Rechts-Selbsteinordnung
(in Prozent)



Am deutlichsten variiert sekundärer Antisemitismus nach der Links-Rechts-Selbsteinordnung, wobei vor allem Befragte, die sich rechts der Mitte positionieren, markant erhöhte Zustimmungswerte haben. In dieser Befragtengruppe ist auch die Unterstützung zur Aussage am höchsten, „Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben.“ Vermutlich kommt hier also u.a. das Schlusstrich-Motiv zum Tragen: Jüd_innen gelten als Querulant_innen, die die „Opferrolle ausnutzen“ und dabei eine positive Nationalidentität – den Kern „rechten“ Selbstverständnisses – stören. In keinem politischen Lager ist die Zustimmung zu antisemitischen Aussagen jedoch so gering, dass von einer Immunität gegen Antisemitismus gesprochen werden könnte.

Abb. 133: Einflüsse auf den Antisemitismus
(Binomiale logistische Regressionsanalysen)

Erklärende Variablen	primärer Antisemitismus		sekundärer Antisemitismus		israelbezogener Antisemitismus	
	„Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.“		„Juden versuchen heute Vorteile daraus zu ziehen, dass sie während der Nazi-Zeit die Opfer gewesen sind.“		„Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat.“	
	(14% Zustimmung)		(21% Zustimmung)		(27% Zustimmung)	
	B	Exp(B)	B	Exp(B)	B	Exp(B)
Alter (älter)	+0,055***	1,057	+0,019*	1,018	+0,028***	1,029
Geschlecht (weiblich)	-0,259 n.s.	0,772	+0,225 n.s.	1,253	-0,690***	0,501
Bildung (höher)	-0,372 n.s.	0,690	-0,317 n.s.	0,728	+0,019 n.s.	1,019
berufstätig (ja)	+0,001 n.s.	1,001	+0,221 n.s.	1,247	+0,146 n.s.	1,157
arbeitslos (ja)	+0,830 n.s.	2,294	-0,061 n.s.	0,941	+0,034 n.s.	1,034
Nettoäquivalenzeinkommen (höher)	0,000 n.s.	1,000	+0,001***	1,001	+0,000 n.s.	1,000
subjektive Deprivation (höher)	-0,018 n.s.	0,975	+0,087 n.s.	1,091	-0,685 n.s.	0,504
Ostdeprivation: „Ostdeutsche Bürger 2. Klasse“ + negative Einheitsbilanz (ja)	-0,351 n.s.	0,704	+0,620	1,858	+0,732*	2,080
Ostdeutsche Diskriminierungserfahrung (ja)	-0,052 n.s.	1,054	+0,260 n.s.	1,297	-0,378 n.s.	0,685
autoritär (stärker)	+0,735***	2,086	+0,667***	1,949	-0,085 n.s.	0,919
sozial-dominanzorientiert (stärker)	+0,256 n.s.	1,291	+0,264**	1,302	+0,188 n.s.	1,275
sozialdarwinistische Aussage: „Durchsetzung des Stärkeren“ (Zustimmung)	+0,077 n.s.	1,080	+0,099 n.s.	1,104	+0,243 n.s.	1,136
Links-Rechts-Selbsteinordnung („rechter“)	+0,143 n.s.	1,154	+0,184 n.s.	1,201	-0,084 n.s.	0,919
Sorge, dass die Zahl d. Asylsuchenden u. Migrant_innen i. Deutschland zu groß wird (größer)	+0,618***	1,856	+0,361**	1,435	+0,114 n.s.	1,121
Fallzahl n	756		751		722	
Nagelkerke's R ² (Modellgüte)	0,370		0,288		0,113	

Positives Vorzeichen: erhöht Zustimmungstendenz zu Aussage	Negatives Vorzeichen: senkt Zustimmungstendenz zu Aussage	Weißer Felder: kein Effekt der erklärenden Variable bzw. Effekt nicht signifikant
--	---	--

* signifikant $p < .05$ ** hoch signifikant $p < .01$ *** höchst signifikant $p < .001$ n.s. nicht signifikant

Die Analyse der **Prädiktoren** des Antisemitismus (Abb. 133) zeigt, dass nicht Bildung oder politische Selbsteinordnung, sondern vor allem höheres Alter und autoritäre Einstellungen ausschlaggebend sind. Zusammenhänge bestehen auch zu fremdenfeindlichen Einstellungen. Soziale Dominanzorientierung, also die Unterstützung einer Ideologie, die Unterschiede zwischen Gruppen betont, hat nur auf sekundären Antisemitismus einen signifikanten Einfluss. Plausibel ist dies, wenn „die Juden“ als (relativ homogene) Opfergruppe betrachtet werden, die im Diskurs um Geschichtsdeutung und der sich daraus ergebenden Verantwortung mit „den Deutschen“ um symbolischen Status konkurrieren. Während auch für israelbezogenen Antisemitismus objektive und subjektive Deprivation nicht ausschlaggebend ist, ist hier Ostdeprivation wichtig, außerdem sind Frauen in der Tendenz weniger „israelkritisch“ als Männer. Hier vermuten wir die Wirkung typisch ostdeutscher Sozialisationseinflüsse. Der Nahostkonflikt bzw. die sogenannte „Palästinenser-Frage“ ist ein Feld der Weltpolitik, das auf beiden Seiten der Mauer vor 1989 völlig unterschiedlich konnotiert war; vermutlich hat auch im Transformationsprozess die Ausbildung entsprechend unterschiedlicher Mentalitäten stattgefunden. Nur spekuliert

werden kann, inwieweit manche Befragten wirklich eine Analogie zwischen einer „Deklassierung der Ostdeutschen“ und einer „Deklassierung der Palästinenser_innen“ herstellen. Konfessionszugehörigkeit hat nachweisbar keinen signifikanten Einfluss auf antisemitische Einstellungen. Dies wurde in weiteren, hier aber nicht abgebildeten Analysen überprüft.

Wie bereits im Falle der Vorurteile gegenüber Muslim_innen steigt die Zustimmungstendenz zur sekundär antisemitischen Aussage *stetig* mit höherem Einkommen. Dies werten wir als weiteren Hinweis darauf, dass (kulturell bedingte) Vorurteile nur durch eine bessere Ausstattung mit materiellen Ressourcen nicht abgeschwächt werden. Außerdem ist an dieser Stelle wieder ein partieller Interaktionseffekt niedrigen Einkommens mit geringem Alter und höherer Bildung zu vermuten: Die relativ einkommensschwachen, jungen Auszubildenden mit Hochschulreife (i.d.R. *Studierende*) lehnen die Aussage zum sekundären Antisemitismus am häufigsten, nämlich *einstimmig* ab. Erneut hat Bildung zwar keinen signifikanten eigenen Effekt im Modell. Es deutet sich jedoch an, dass (sekundär) antisemitische Vorurteile (bzw. die Wahrnehmung und Bewertung entsprechender historisch-gesellschaftlicher Sachverhalte) von *kohorten- und milieuspezifischen Prägungen bzw. Orientierungen* abhängen. Besonders jüngere Befragte stimmen antisemitischen Aussagen nur äußerst selten zu.

Abwertung von Langzeitarbeitslosen

Langzeitarbeitslose gelten als eine der am stärksten stigmatisierten sozialen Gruppen in Deutschland. Auch in diesem Jahr stimmten 58 Prozent der Befragten des THÜRINGEN-MONITOR mit gültiger Antwort der Aussage zu: „Die meisten Langzeitarbeitslosen machen sich auf Kosten der Anderen ein schönes Leben.“ Nur zwei Prozent aller Befragter gaben keine gültige Antwort. Vor zwei Jahren lag dieser Wert bei 55 Prozent, die Veränderung ist statistisch nicht signifikant. Im Sachsen-Monitor (2016: 30) stimmten 46 Prozent der Befragten der Aussage zu, die auch im THÜRINGEN-MONITOR verwendet wurde. Die Mitte-Studie 2016 der Friedrich-Ebert-Stiftung erfasste die Abwertung von Langzeitarbeitslosen mit der Zustimmung von ca. 49 Prozent der Befragten zur Aussage „Die meisten Langzeitarbeitslosen sind nicht wirklich daran interessiert, einen Job zu finden“ (vgl. Zick/Küpper/Krause 2016: 46 f., 51). Gegenüber diesen Vergleichsmessungen erscheint die vorurteilsgeleitete Abwertung von Langzeitarbeitslosen in Thüringen erhöht.

Die Unterstellung, dass „die meisten“ Personen, die längerfristig oder sogar dauerhaft aus dem Erwerbsleben ausgeschlossen sind, sich „in der sozialen Hängematte ausruhen“ und vermutlich kein Interesse daran hätten, wieder einer geregelten Berufstätigkeit nachzugehen, hat klar abwertenden Charakter. Vor allem suggeriert die Formulierung „ein schönes Leben machen“ eine vermeintlich gute soziale Lage der Betroffenen, die im diametralen Gegensatz zu ihrer tatsächlichen Lebenswirklichkeit steht. Der 5. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung weist darauf hin, dass Langzeitarbeitslosigkeit „eines der schwerwiegendsten Armutsrisiken und besonders häufig mit einer Verfestigung der Armut verbunden“ ist (ARB 2017: XIX). Auch arbeitslose Befragte im THÜRINGEN-MONITOR sind signifikant häufiger armutsgefährdet und bewerten ihre soziale Lage signifikant schlechter als andere Befragtengruppen.

Markant erhöht ist die Zustimmung zur vorurteilsgeleiteten Aussage über Langzeitarbeitslose bei Befragten, die von einem „sehr kleinen Gegensatz zwischen Arm und Reich in unserem Land ausgehen (77 Prozent Zustimmung zur Aussage) sowie bei jenen, die eine Gesellschaft als gerecht empfinden, „in der vor allem Leistung belohnt wird“ (73 Prozent Zustimmung zur Aussage). Die erheblichen Unterschiede nach objektiver Schicht-

zugehörigkeit (Abb. 134) zeigen, dass die Vorurteile zwar unabhängig vom Einkommen weit verbreitet sind und sowohl bei Befragten in unteren als auch Befragten in mittleren und oberen sozialen Schichten zutage treten. Allerdings wirken hohe Bildung und die Zufriedenheit mit der eigenen sozioökonomischen Situation hier dämpfend.

Abb. 134: Abwertung von Langzeitarbeitslosen nach Schichtzugehörigkeit (1–6)
(in Prozent)

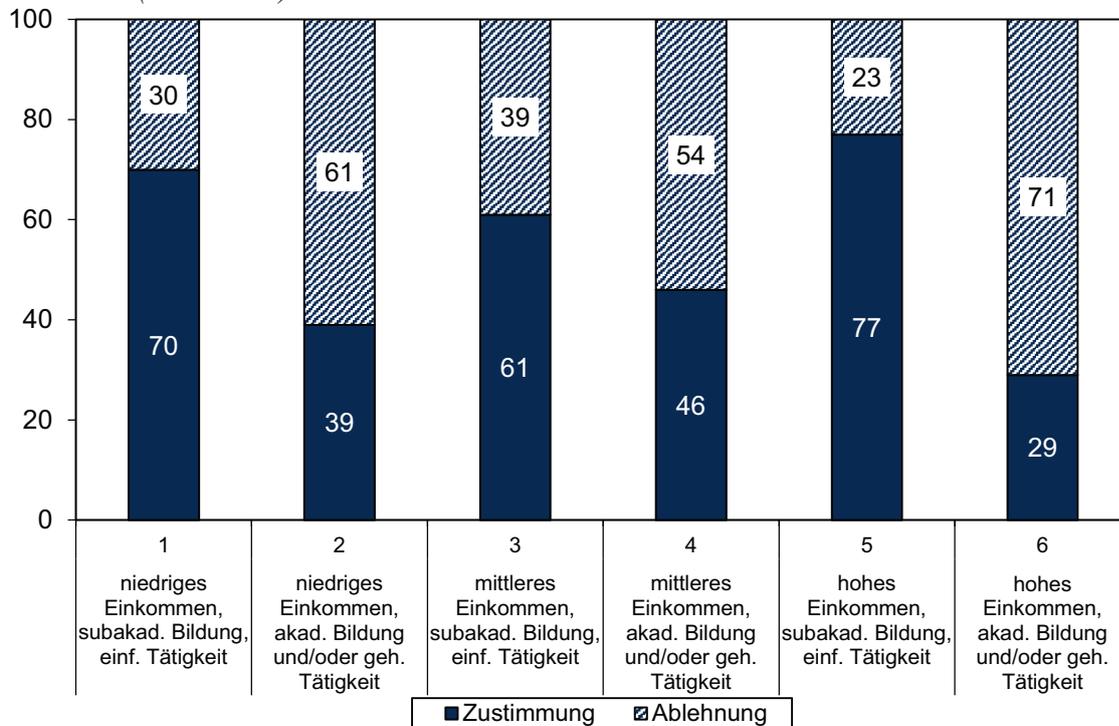


Abb. 135: Einflüsse auf die Abwertung von Langzeitarbeitslosen
(Binomiale logistische Regressionsanalyse)

Erklärende Variablen	„Die meisten Langzeitarbeitslosen machen sich auf Kosten der Anderen ein schönes Leben.“ (58 % Zustimmung)	
	B	Exp(B)
Alter (älter)	-0,003 n.s.	0,997
Geschlecht (weiblich)	+0,144 n.s.	1,155
Bildung (höher)	-0,460*	0,631
berufstätig (ja)	-0,047 n.s.	1,038
arbeitslos (ja)	-2,611***	0,073
Nettoäquivalenzeinkommen (höher)	0,000 n.s.	1,000
subjektive Deprivation (höher)	+0,885*	2,424
Ostdeprivation: „Ostdeutsche Bürger 2. Klasse“ + negative Einheitsbilanz (ja)	+0,223 n.s.	1,250
Ostdeutsche Diskriminierungserfahrung (ja)	0,103 n.s.	1,109
autoritär (stärker)	+0,789***	2,201
sozial-dominanzorientiert (stärker)	+0,152 n.s.	1,165
sozialdarwinistische Aussage: „Durchsetzung des Stärkeren“ (Zustimmung)	+0,487 n.s.	1,628
Links-Rechts-Selbsteinordnung („rechter“)	+0,066 n.s.	1,068
Fallzahl n	798	
Nagelkerke's R ² (Modellgüte)	0,275	

Positives Vorzeichen: erhöht Zustimmungstendenz zu Aussage	Negatives Vorzeichen: senkt Zustimmungstendenz zu Aussage	Weißer Felder: Effekt der erklärenden Variable nicht signifikant (n.s.)
---	--	--

* signifikant p<.05 ** hoch signifikant p<.01 *** höchst signifikant p<.001 n.s. nicht signifikant

Die Analyse der Prädiktoren der Abwertung von Langzeitarbeitslosen (Abb. 135) legt nahe, dass die negative Haltung auch als eine Form autoritärer Aggression gegen vermeintliche „Sozialschmarotzer“ verstanden werden sollte, die von Personen ausgeht, die sich selbst benachteiligt fühlen, und die Alimentierung von „Nichtstuern“ ablehnen, um sich von diesen abzugrenzen. Befragte, die selbst *arbeitslos* sind (und aus nachvollziehbaren Gründen überdurchschnittlich depriviert sind), zeigen jedoch signifikant häufiger Empathie mit Langzeitarbeitslosen: Nur 17 Prozent von ihnen stimmten der abwerten Aussage zu. Dies stützt die These, dass eine Abwertung sozialer Gruppen wesentlich auf der *Wahrnehmung von Fremdheit bzw. der Unfähigkeit zur Perspektivübernahme* basiert, die stereotype Werturteile begünstigt und einer solidarischen Positionierung im Wege steht. Im Unterschied zu Autoritarismus haben eine soziale Dominanzorientierung sowie eine sozialdarwinistische Einstellung aber keinen signifikanten Einfluss auf die Bewertung von Langzeitarbeitslosen.

Negative Aussagen zu Homosexuellen und Trans*-Personen

Die Lebenssituation und gesellschaftliche Anerkennung von Menschen, die nicht heterosexuell sind bzw. deren Geschlechtsidentität, Partnerwahl oder Lebensweise nicht den traditionellen Normen der Zweigeschlechtlichkeit entspricht, hat sich in Folge des Wertewandels in Deutschland in den letzten Jahrzehnten Weise positiv entwickelt.⁸⁶ Die wachsende Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transsexuellen bzw. Transidenten⁸⁷, Intersexuellen⁸⁸ sowie queeren⁸⁹ Menschen (LSBTTIQ*) und der weiter fortschreitende Abbau von Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung bzw. der Geschlechtsidentität zeigen, wie das *Engagement sozialer Bewegungen* und die Veränderung von Einstellungen der Bevölkerung gegenüber Minderheiten mit der Ausgestaltung von institutionellen, rechtlichen und politischen Kontexten korrespondieren. Die Stärke einer liberalen, pluralistischen Gesellschaft zeigt sich darin, dass sie universalistischen Werten und Normen nicht nur abstrakte Bedeutung beimisst und diese nicht nur in Verfassungsgrundsätzen beschwört. Sie werden auch in der politischen bzw. sozialen Praxis wirksam, was wiederum zur Verbesserung der konkreten Lebenssituation der Bürger_innen führt.

Von dieser gesellschaftlichen und politischen Entwicklung haben besonders **Homosexuelle** profitiert. Nach der Löschung der Homosexualität aus dem Register behandlungsbedürftiger psychischer Störungen der WHO (1990) und der Entkriminalisierung gleichgeschlechtlicher Beziehungen mit der endgültigen Abschaffung des Paragraphen 175 im StGB (1994) war ein weiterer Meilenstein die Schaffung des eheähnlichen Instituts der sogenannten Eingetragenen Lebenspartnerschaft (ELP) für gleichgeschlechtliche Paare (2001). Seitdem wurde infolge verschiedener Urteile des Bundesverfassungsgerichtes eine sukzessive, jedoch unvollständige Angleichung der ELP an die Ehe vorgenommen. Doch erst am 30. Juni 2017 stimmte eine Mehrheit der Abgeordneten im deutschen Bundestag schließlich für einen Gesetzesentwurf, der die Ehe auch für gleichgeschlechtliche Paare vorsieht und mit dem Adoptionsrecht tatsächlich fast die vollständige rechtliche Gleichstellung von

86 Überblicke zum Themenspektrum bieten u.a. LZpBBW (2015), Homosexualität (2012) und Geschlechtsidentität (2012).

87 vgl. Rauchfleisch (2014).

88 vgl. Voß (2012), Schweizer/Binswanger/Sigusch (2012).

89 Der englische Ausdruck „queer“ ist eine populäre Selbstbezeichnung nicht-heterosexueller bzw. nicht-heteronormativ lebender Menschen. Das Wort „queer“ war ursprünglich abwertend gemeint und kann ins Deutsche ungefähr als „verdreht“ oder „abnorm“ übersetzt werden.

Homosexuellen herbeiführt. Ebenfalls erst in diesem Jahr hat der Bundestag eine lange erwartete Entschädigung von Männern beschlossen, die in der Bundesrepublik nach Paragraph 175 StGB verurteilt wurden.

Die Akzeptanz gesellschaftlicher Vielfalt ist soweit fortgeschritten, dass in deutschlandweiten Befragungen seit Jahren nur noch deutliche Minderheiten, bisweilen sogar nur sehr kleine Minderheiten prinzipielle Vorbehalte gegenüber Homosexuellen äußern. Vorurteile und Ablehnung zeigen sich allerdings weiterhin beispielsweise in der Zustimmung zu Aussagen, in denen Homosexualität als „unmoralisch“ oder „unnatürlich“ beschrieben wird. Die Mitte-Studie 2016 der Friedrich-Ebert-Stiftung wies einen Anteil von ca. zehn Prozent der Befragten aus, die der Aussage zustimmten, „Homosexualität ist unmoralisch“ (vgl. Zick/Küpper/Krause 2016: 46f.). Doch ca. 17 Prozent der Befragten meinten: „Es ist ekelhaft, wenn Homosexuelle sich in der Öffentlichkeit küssen.“ In der Leipziger Mitte-Studie 2016 stimmten sogar 40 Prozent der Befragten derselben Aussage zu (vgl. Decker/Kiess Brähler 2016: 51) und 25 Prozent der dortigen Befragten meinten, Homosexualität sei unmoralisch. Im THÜRINGEN-MONITOR 2015 hatten zuletzt 25 Prozent der Befragten der Aussage zugestimmt, „Eine Beziehung zwischen Personen desselben Geschlechts ist unnatürlich.“ (TM 2015: 106). Zu beachten ist, dass diese Formulierung auch die (mangelnde) Akzeptanz gegenüber **Bisexuellen** erfasst, die in gleichgeschlechtlichen Beziehungen leben. Im Sachsen-Monitor (2016: 30) stimmten 32 Prozent der Befragten derselben Aussage zu. Auch eine Befragung im Auftrag der Antidiskriminierungsstelle des Bundes 2017 kam zu dem Ergebnis, dass nicht unbedeutende Minderheiten der deutschen Bevölkerung ablehnende Einstellungen gegenüber Schwulen und Lesben bzw. LSBTTIQ* haben, „subtilere“ Formen der Abwertung allerdings sogar noch weiter verbreitet sind. So waren 44 Prozent der Befragten in der ADS-Studie beispielsweise der Ansicht, Homosexuelle sollten aufhören, „so einen Wirbel um ihre Sexualität zu machen“ (ADS 2017: 7). Im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR stimmten einer identischen Aussage 45 Prozent der Befragten mit gültiger Antwort zu (Antwortverweigerung: neun Prozent aller Befragten). Aufmerksamkeit erregte die Studie „Queeres Deutschland 2015“, in der Thüringen und Sachsen in einem Ranking der Bundesländer bezüglich der Akzeptanz von LSBTTIQ* als die schlechtesten Bundesländer abschnitten (vgl. CCF 2015). Die Studie maß beispielsweise die Zustimmung zur Aussage „Wenn bei mir nebenan ein schwules / lesbisches Paar einziehen würde, würde ich das begrüßen“. Nur jeweils ca. 53 Prozent der Thüringer (Platz 19) und der sächsischen Befragten (Platz 15) stimmten hier zu, während in Brandenburg (Platz 1) ca. 70 Prozent zustimmten, was aber immer noch ein bedenkliches Maß an Ablehnung signalisierte. Thüringer Befragten hatten mit ca. 59 Prozent auch am häufigsten der Aussage zugestimmt, „Wenn ich von einem neuen Bekannten oder Kollegen für schwul / lesbisch gehalten würde, wäre mir das irgendwie unangenehm.“ In Bremen stimmten hingegen nur ca. 24 Prozent dieser Aussage zu, in Mecklenburg-Vorpommern ca. 28 Prozent.

Gelegentlich wird der Einwand geäußert, der Begriff „**Homophobie**“ könne für solche ablehnende Meinungen gegenüber Homosexuellen nicht verwendet werden, da es sich doch in aller Regel nicht um eine *Phobie* im Sinne einer psychischen Angststörung, sondern lediglich um moralische Urteile, die Bekundung von Wertvorstellungen, Missbilligung usw. handele. Eine solche Kritik verkennt allerdings, dass „Phobie“ hier ausdrücklich *nicht* im psychologisch-diagnostischen oder psychiatrischen Sinn eine krankhafte Angst bzw. Furcht meint, sondern (besonders im englischen Sprachraum mit dem Wort *homophobia*) eine *soziale Ablehnung oder Feindlichkeit* kennzeichnet. Der Begriff „Homophobie“ dient in den Sozialwissenschaften also nicht dazu, Menschen als krank zu klassifizieren bzw. zu diffamieren. Allgemein wird darunter eine negative Einstellung gegenüber gleichgeschlechtlich Liebenden und Lebenden verstanden, die allerdings unterschiedliche psychische und

soziale Ursachen hat.⁹⁰ Als *heterosexistisch* gelten Vorurteile gegenüber LSBTTIQ* auch deshalb, weil dabei nicht-heterosexuelle und nicht-heteronormativ lebende Personen oftmals in diffamierender Absicht oder aus Ignoranz auf „abweichende“ *Sexualpraktiken* reduziert und zu *Outsidern* abgestempelt werden, anstatt sie als Persönlichkeiten und Mitglieder der Gesellschaft mit vielfältigen Lebensweisen und Bedürfnissen anzuerkennen. Besonders von Diskriminierung und Stigmatisierung betroffen sind jugendliche LSBTTIQ* (vgl. Krell/Oldemeier 2017).

Widerstand gegen die Sichtbarkeit, die Akzeptanz und die rechtliche Gleichstellung von LSBTTIQ* formiert sich in Deutschland – und auch in Thüringen – vor allem von Seiten rechtsextremer und rechtspopulistischer Bewegungen und Parteien, aber auch in rechtskonservativen und traditionalistisch-religiösen Milieus (u.a. bei evangelikalen und katholischen Gläubigen). Dies geschieht mal mehr und mal weniger subtil und mit bemerkenswert geringen Berührungängsten „bürgerlicher Kreise“ gegenüber Agitator_innen, die angesichts von Schulprojekten zur Aufklärung über LSBTTIQ* unverhohlen von der „Abrichtung von Kindern für Perverse“ reden oder beispielsweise die universitäre Geschlechterforschung pauschal als ideologische Phalanx eines genozidalen Angriffs auf den Fortbestand der Gesellschaft bzw. der ganzen Menschheit betrachten (vgl. Hark / Villa 2016, Voß 2014). Häufig werden auch *Regenbogenfamilien* (d.h. gleichgeschlechtliche Paare mit Kindern) als abnormal und defizitär beschrieben bzw. beleidigt. Gegner_innen einer Akzeptanz von Vielfalt inszenieren einen regelrechten Kulturkampf, in dem sie Vorurteile gegen LSBTTIQ* schüren und vor allem konservative Bürger_innen gegen die rechtliche Gleichstellung von LSBTTIQ* mobilisieren.

Der Katechismus der römisch-katholischen Kirche bezeichnet „homosexuelle Handlungen“ als „Verstoß gegen das natürliche Gesetz“; sie „entspringen nicht einer wahren affektiven und geschlechtlichen Ergänzungsbedürftigkeit“ und seien „in keinem Fall zu billigen“ (Katechismus 1997: 2357). Homosexuellen sei allerdings (gleichsam Kranken o.ä.) mit „Achtung, Mitleid und Takt“ zu begegnen (ebd.: 2358). Im Nachsynodalen Schreiben „Amoris Laetitia“ von Papst Franziskus vom 19.03.2016 wurde einerseits gefordert, „dass jeder Mensch, unabhängig von seiner sexuellen Orientierung, in seiner Würde geachtet und mit Respekt aufgenommen werden soll und sorgsam zu vermeiden ist, ihn in irgendeiner

⁹⁰ Neben den soziologischen Darstellungen zum Gegenstand gibt es zahlreiche psychologische Studien, in denen u.a. untersucht wurde, inwieweit herabsetzende und diskriminierende Einstellungen gegenüber Homo- und Transsexualität abhängig von diversen Persönlichkeitsmerkmalen sind, durch geschlechtsspezifische Sozialisation beeinflusst wurden und individuellen Entwicklungsprozessen unterliegen. Als Persönlichkeitsmerkmale, die negative Einstellungen gegenüber Homosexuellen befördern können, wurden neben *Autoritarismus* u.a. geringe Empathiefähigkeit und mangelnde Fähigkeit zur Perspektivübernahme diskutiert; außerdem die Tendenz, eher Konflikte zu verleugnen oder zu vermeiden, als diese aktiv zu bewältigen (Johnson/Brems/Alford-Keating 1997). Außerdem gibt es Hinweise auf eine Verbindung zwischen frauenfeindlichen und homophoben Einstellungen (Parrot/Adams/Zeichner 2002). Offenheit (für neue Erfahrungen) und Kontakt zu Homosexuellen reduzieren hingegen Homophobie (Cullen / Wright / Alessandri 2002). Erhöhte Neurotizismuswerte (also Ängstlichkeit) bzw. *trait anxiety*, die auf eine „Phobie“ im engeren Sinne hinweisen könnten, wurden jedoch *nicht* festgestellt. Die Zustimmung zur Aussage, es sei „*ekelhaft*“, wenn sich zwei Homosexuelle küssen, deutet allerdings auf eine starke emotionale bzw. affektive Komponente hin, die zumindest zur *Rechtfertigung* von Abwertung und aversivem bis aggressivem Verhalten instrumentalisiert werden kann. Im englischen Sprachraum ist der Begriff „*gay panic*“ bekannt, mit dem Hassgewalt gegen (männliche) Homosexuelle quasi als „natürliche Reaktion“ (männlicher) Heterosexueller gerechtfertigt wird (vgl. Chen 2000). Unabhängig davon, ob die Ablehnung von Homosexuellen bzw. Aggression gegen Homosexuelle in eigentlichen psychologischen Sinne angstgeleitet ist, besteht Grund zur Vermutung, dass die Abwertung von Homosexuellen eine Strategie heterosexueller Personen (v.a. Männer) zur Selbstwerterhöhung und der Vergewisserung einer „normalen“ Geschlechtsidentität ist. Männer lehnen Homosexualität vermutlich deshalb häufiger ab als Frauen, weil sowohl durch Schwule als auch Lesben konventionelle Ideale männlicher Geschlechtlichkeit (vgl. Connell 2005, Baur/Lüdtke 2008) infrage gestellt werden. Typisch sind homosexuellenfeindliche Einstellungen und Verhaltensweisen beispielsweise bei männlichen Jugendlichen: Verbale oder physische Aggression gegen Schwule (usw.) werden als Versuche gewertet, die eigene Männlichkeit zu betonen („herzustellen“), und gelten als Hinweise auf eine Verunsicherung bzgl. der Geschlechtsidentität in der Adoleszenz (vgl. Pascoe 2011).

Weise ungerecht zurückzusetzen oder ihm gar mit Aggression und Gewalt zu begegnen.“ (Amoris Laetitia 2016: 250). Andererseits gebe es „keinerlei Fundament dafür, zwischen den homosexuellen Lebensgemeinschaften und dem Plan Gottes über Ehe und Familie Analogien herzustellen, auch nicht in einem weiteren Sinn.“ (Amoris Laetitia 2016: 251). „Amoris Laetitia“ und die nachfolgende innerkirchliche Rezeption (vor allem im deutschsprachigen Raum) wurden z.T. so interpretiert, dass sich die katholische Kirche Homosexuellen und ihrer „Lebensweise“ gegenüber zunehmend öffne (vgl. Müller-Meinigen 2016).

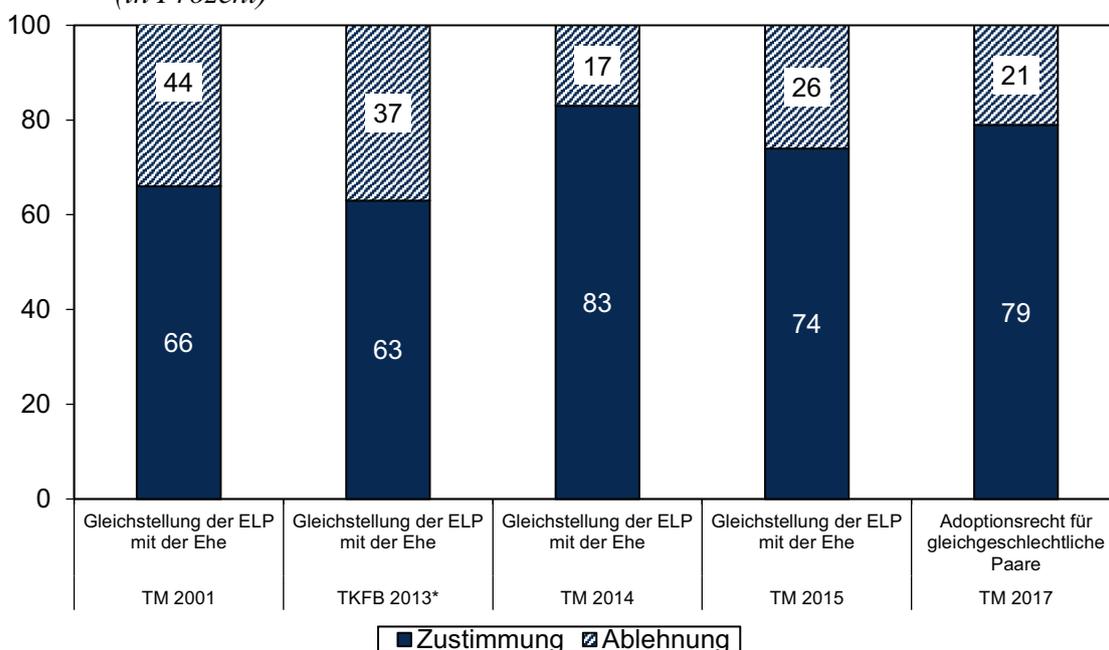
Noch deutlicher als Homosexuelle fordern **Trans*-Personen** die traditionelle Vorstellung von einer strikten, vermeintlich naturgegebenen Einteilung in zwei Geschlechter und damit einhergehender, bindender Verhaltensnormen heraus. Stattdessen wird die soziale Bedingtheit, Uneindeutigkeit und Durchlässigkeit dieser kategorialen Zuschreibungen unter Beweis gestellt. Als Personen, die ihr Geschlecht bzw. ihre *Geschlechtsidentität* von männlich zu weiblich (Transfrau*) oder von weiblich zu männlich (Transmann*) ändern, entziehen Trans* sich der (autoritären) Fremdbestimmung durch Andere bzw. den gesellschaftlichen Konventionen von Geschlechtlichkeit (vgl. Conrad/Blume/Moos 2015, Fleig 2014). Auf eine solche Provokation und Irritation reagieren manche Personen allerdings mit Unverständnis, Spott, Verachtung oder sogar Aggression. Eine der Desinformationen, die gezielt gestreut werden, um Trans*-Personen u.a. der Lächerlichkeit preiszugeben, ist deren angeblich „beliebige“ und „flatterhafte“ Wahl eines Geschlechts. Die zunehmende Sichtbarkeit von Trans* infolge gestiegener gesellschaftlicher Akzeptanz und gewachsenen Selbstvertrauens wird als hedonistisch-narzisstisches Modephänomen eines sogenannten „Genderismus“ verunglimpft. Allerdings ist in der Bundesrepublik bereits 1981 ein erstes Transsexuellengesetz in Kraft getreten, das rechtliche Regelungen für Geschlechtsumwandlungen (u.a. der Namens- und Personenstandsänderung sowie sogenannter „geschlechtsangleichender“ chirurgischer Eingriffe) vorsieht. In einer Befragung des Instituts You-Gov im Januar 2017 fanden 39 Prozent der Befragten es nicht „in Ordnung, das Geschlecht durch Operationen und hormonelle Behandlungen zu ändern.“ Die Formulierung der Aussage ist u.U. missverständlich und im Zusammenhang mit der Messung von Vorurteilen problematisch, weil nicht die eigene Entscheidung der Befragten bezüglich einer eventuellen Geschlechtsumwandlung (bzw. einer *Geschlechtsangleichung*) relevant ist, sondern ihre Akzeptanz gegenüber transsexuellen und transidenten Personen, die diese Entscheidung für sich treffen wollen bzw. treffen müssen. Im THÜRINGEN-MONITOR 2017 wurde deshalb folgende Formulierung gewählt: „Es ist in Ordnung, wenn Menschen ihr Geschlecht ändern, z.B. durch Operationen und hormonelle Behandlungen.“ Dabei wird anerkannt, dass nicht alle Trans*-Personen chirurgische Operationen oder Hormontherapien in Anspruch nehmen, um die Transition zu einem Geschlecht zu realisieren, das nicht jenem entspricht, das ihnen bei Geburt zugewiesen wurde. 23 Prozent der Befragten des THÜRINGEN-MONITORS mit gültiger Antwort zur Aussage bekundeten mit einer Ablehnung ihre Auffassung, eine Geschlechtsänderung sei nicht „in Ordnung“ – obwohl diese den höchstpersönlichen Lebensbereich anderer Menschen als sie selbst betrifft und einzig der freien Entscheidung von Trans*-Personen überlassen werden sollte. Sechs Prozent aller Befragten gaben keine gültige Antwort.

Die rechtliche **Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften** mit der Ehe für gegengeschlechtliche Paare wurde in den zurückliegenden THÜRINGEN-MONITOREN bereits mehrfach thematisiert (vgl. Abb. 136). Bereits 2001 sprach sich eine deutliche Mehrheit der Befragung für eine Gleichstellung der Befragten aus, zu einem ähnlichen Ergebnis kam 2013 auch eine telefonische Repräsentativbefragung der Thüringer

Bevölkerung im Rahmen eines Lehrforschungsprojektes unter Beteiligung von Studierenden der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Im THÜRINGEN-MONITOR 2014 stimmten 83 Prozent der Befragten für die Gleichstellung, ein Jahr später 74 Prozent der Befragten. In diesem Jahr wurde den Befragten die Aussage zur Gleichstellung der Eingetragenen Lebenspartnerschaft mit der Ehe jedoch nicht wieder zur Zustimmung oder Ablehnung vorgelegt. Es gab nämlich Anlass zur Vermutung, dass den meisten Befragten die noch bestehenden Gleichstellungsdefizite gar nicht bekannt sein könnten und wollten die Messung stärker auf genau diesen Aspekt fokussieren, der in der Debatte um eine „Ehe für alle“ am kontroversesten diskutiert wurde und wird: Das Recht gleichgeschlechtlicher Paare, gemeinsam Kinder zu adoptieren (s.o.).⁹¹ 21 Prozent der Befragten mit gültiger Antwort waren der Ansicht, „Es sollte gleichgeschlechtlichen Paaren untersagt bleiben, Kinder zu adoptieren.“ Sieben Prozent aller Befragten antworten mit „weiß nicht“ oder gaben keine Antwort.

In einer Befragung des Institutes CIVEY im März 2017 sprachen sich 63 % der Deutschen für ein Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare aus (CIVEY 2017); die Studie der Antidiskriminierungsstelle des Bundes wies ebenfalls für März 2017 einen Anteil von 76 % der Deutschen aus, die für ein solches Adoptionsrecht seien (ADS 2017: 3). Eine Forsa-Befragung im Auftrag des Magazins STERN am 30. Juni 2017, also unmittelbar am Tag des Bundestagsbeschlusses zur „Ehe für Alle“ zeigte, dass „eine Mehrheit von 69 Prozent der Deutschen die am vergangenen Freitag im Bundestag beschlossene rechtliche Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften mit der traditionellen Ehe von Mann und Frau“ befürwortete (Stern 2017).

Abb. 136: Rechtliche Gleichstellung der Eingetragenen Lebenspartnerschaft / Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare
(in Prozent)



* TKFB 2013: Thüringer Kultur- u. Freizeitbefragung (Lehrforschungsprojekt am Institut für Soziologie der FSU Jena), repräsentative telefonische Befragung der Thüringer Bevölkerung, n=520

⁹¹ Gemeint ist hier eine Volladoption *nichtleiblicher* Kinder, die gleichzeitig von beiden Partner_innen vollzogen werden kann.

Ähnlich wie vorurteilsgeleitete Einstellungen gegenüber anderen Minderheiten sind auch negative Meinungen zu Homosexuellen, Trans*-Personen und der rechtlichen Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Paare verstärkt bei solchen Befragten zu beobachten, die der Auffassung sind, „Es sollte wieder mehr für die Mehrheit der Leute in unserem Land getan werden, als sich um Minderheiten zu kümmern.“ (Abb. 137). Gerade die Formulierung „Homosexuelle sollten aufhören, so einen Wirbel um ihre Sexualität zu machen“ evoziert bewusst das Klischee einer „kleinen lautstarken Minderheit“, die sich bei Veranstaltungen wie dem in vielen deutschen Städten gefeierten Christopher Street Day (CSD; im engl. allerdings *Pride Parade*) „in den Vordergrund spielen“ und unablässig „übertriebene“ politische Forderungen erheben würde. Erstens verkennt ein solcher Gedankengang aber, dass die *bisherigen* Akzeptanz- und Gleichstellungserfolge erst durch die Sichtbarwerdung und Emanzipation der LSBTTIQ*-Bewegung ermöglicht wurden. Die LSBTTIQ*-Bewegung tritt deshalb auch weiterhin demonstrativ für ihre politischen und sozialen Forderungen ein. Zweitens besteht die Tendenz, bereits die bloße Sichtbarwerdung von LSBTTIQ* als Störung – „Wirbel“ – zu empfinden, während heterosexuelle bzw. heteronormativ Lebende in ihrem Alltag *selbstverständlich* in entsprechenden Geschlechterrollen und -beziehungen agieren, diese dabei expressiv „zur Schau stellen“ und reproduzieren. Die Irritation eines traditionalistischen Rollenverständnisses durch LSBTTIQ* wird darin sichtbar, dass konservative Befragte (Abb. 138) und konfessionell gebundene Befragte signifikant häufiger negativen Aussagen zu Homosexuellen und Trans* zustimmen, besonders dann, wenn sie angaben, die Religion biete ihnen „überwiegend“ oder „voll und ganz“ Sicherheit.

Abb. 137: Politik für „die Mehrheit“ statt mehr Rechte für Homo-, Bi- und Transsexuelle?
(Zustimmung in Prozent)

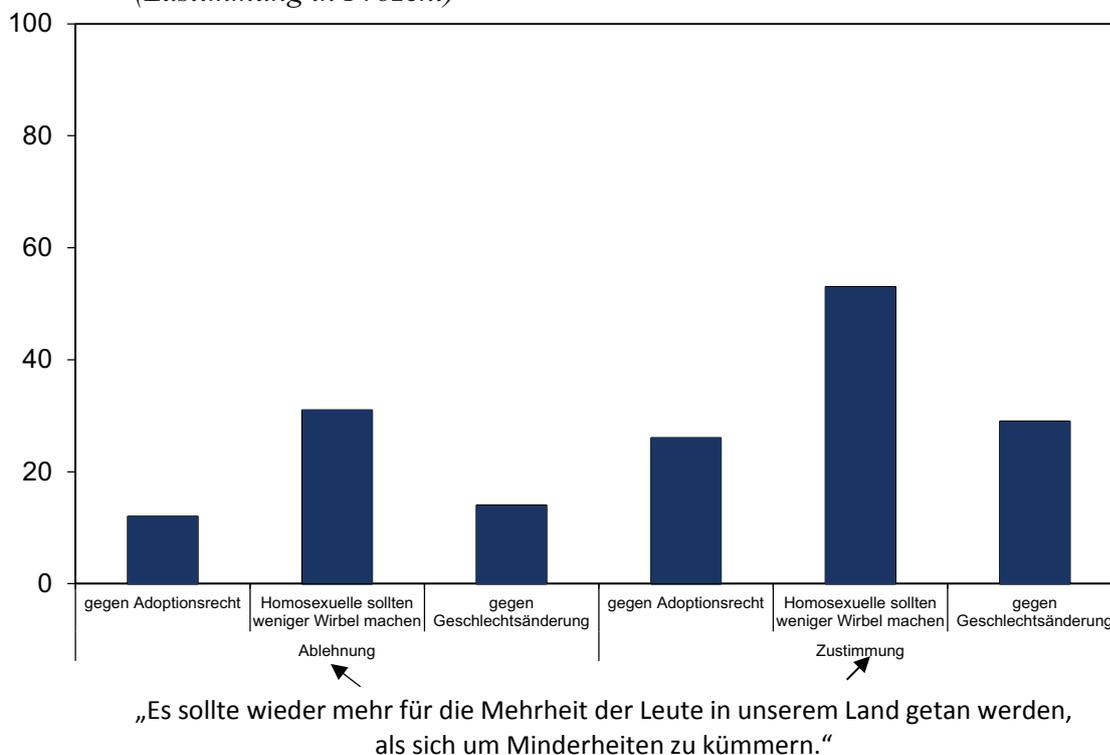
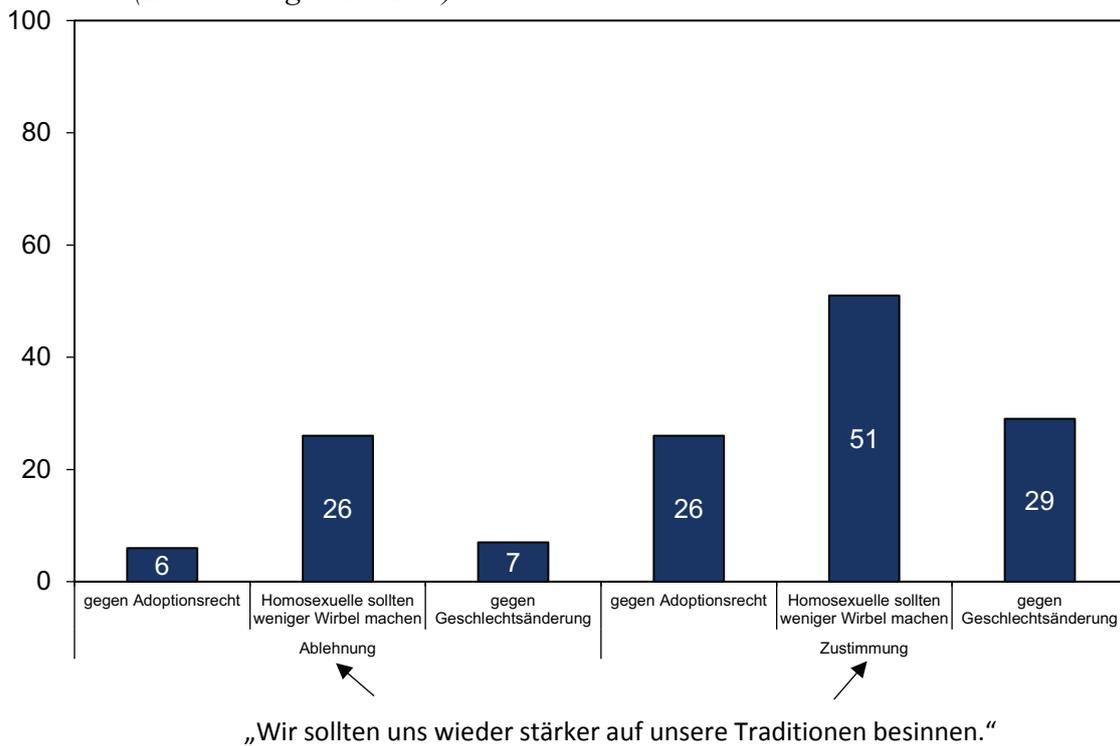


Abb. 138: Einstellungen gegenüber Homo-, Bi- und Transsexuellen und Konservatismus
(Zustimmung in Prozent)



Die zahlreichen Messzeitpunkte zu Aussagen mit LSBTTIQ*-Bezug in den bisherigen THÜRINGEN-MONITOREN und schließlich die diesjährige Befragung ermöglichen erstmals vergleichende Analysen zu den *Prädiktoren* für negative Einstellungen gegenüber Homosexuellen und Trans*. Die Modelle wurden so spezifiziert, dass sich Annahmen über die Stärke und Richtung von Einflüssen auf Vorurteile übergreifend überprüfen lassen.

Im THÜRINGEN-MONITOR 2015 hatte sich gezeigt, dass die Bewertung der materiellen Situation (also insbesondere das subjektive Deprivationsempfinden) der Befragten keinen Einfluss auf die Einstellungen gegenüber Homosexuellen hatte (vgl. TM 2015: 115 ff.); eine umfassende Messung der Deprivation in diesem Jahr war damals allerdings auch nicht möglich.⁹² Außerdem musste für ältere Befragungen auf die aufwändige Schätzung eines Nettoäquivalenzeinkommens verzichtet werden.

⁹² In den THÜRINGEN-MONITOREN 2013, 2014 und 2015 wurde subjektive Deprivation erfasst mit der negativen Bewertung der eigenen finanziellen Situation und der Einschätzung, weniger als den „gerechten Anteil“ zu erhalten.

Abb. 139: Einflüsse auf das Antwortverhalten: Abwertung bzw. Vorurteile gegenüber Homo- und Bisexuellen / keine Akzeptanz einer Geschlechtsänderung
(Binomiale logistische Regressionsanalysen)

Erklärende Variablen	TM 2013 ¹		TM 2015 ²		TM 2017 ³			
	„Eine Beziehung zwischen Personen desselben Geschlechts ist unnatürlich.“				„Homosexuelle sollten aufhören, so einen Wirbel um ihre Sexualität zu machen.“ (45 % Zustimmung)		„Es ist NICHT in Ordnung, wenn Menschen ihr Geschlecht ändern, z.B. durch Operationen und hormonelle Behandlungen.“ (23 % Zustimmung)	
	(33 % Zustimmung)		(25 % Zustimmung)					
	B	Exp(B)	B	Exp(B)	B	Exp(B)	B	Exp(B)
Alter (älter)	+0,033***	1,034	+0,047***	1,048	+0,017**	1,018	+0,047***	1,049
Geschlecht (weiblich)	-1,058***	0,347	-0,814***	0,443	-0,343*	0,709	-1,166***	0,312
verheiratet (ja)	+0,064n.s.	1,066	+0,142n.s.	1,152	+0,317 n.s.	1,373	+0,225 n.s.	1,252
Kinder (mehr)	-0,176*	0,838	-0,109n.s.	0,897	+0,052 n.s.	1,053	-0,048 n.s.	0,953
Bildung (höher)	-0,210n.s.	0,810	+0,129n.s.	1,138	-0,053 n.s.	0,948	-0,025 n.s.	0,975
Nettoäquivalenzeinkommen (höher)	Haushaltsnettoeinkommen: nicht signifikant		Haushaltsnettoeinkommen: nicht signifikant		0,000 n.s.		1,000	
subjektive Deprivation (höher)	Deprivation: nicht signifikant		Deprivation: nicht signifikant		-0,921*		0,398	
Konfession: evangelisch	+0,698**	2,010	+0,188n.s.	1,207	+0,482*	1,620	+0,605*	1,831
Konfession: katholisch	+0,901**	2,463	+0,442n.s.	1,556	+0,827**	2,285	+1,079**	2,942
autoritär (stärker)	-0,330**	0,719	+0,230n.s.	1,259	+0,178 n.s.	1,195	+0,431*	1,539
Links-Rechts-Selbsteinordnung („rechter“)	+0,458***	1,582	+0,246**	1,279	-0,013 n.s.	0,987	-0,026 n.s.	0,974
ethnozentrisch (höher)	+0,716**	2,046	+0,261n.s.	1,299	+0,384*	1,468	-0,193 n.s.	0,824
neonationalsozialistisch ideologisiert (höher)	+0,428*	1,534	+0,940***	2,560	+0,697**	2,007	+1,091***	2,977
„Wir sollten uns wieder stärker auf unsere Traditionen besinnen.“ (Zustimmung)	nicht erhoben		nicht erhoben		+0,268 n.s.		1,307	
Fallzahl n	870		887		801		814	
Nagelkerke's R ² (Modellgüte)	0,278		0,295		0,260		0,390	

Positives Vorzeichen: erhöht Zustimmungstendenz zu Anti-Gleichstellungs-Aussage	Negatives Vorzeichen: senkt Zustimmungstendenz zu Anti-Gleichstellungs-Aussage	Weißer Felder: Effekt der erklärenden Variable nicht signifikant (n.s.)
---	--	--

* signifikant p<.05 ** hoch signifikant p<.01 *** höchst signifikant p<.001 n.s. nicht signifikant

1 THÜRINGEN-MONITOR 2013: n=1012 2 THÜRINGEN-MONITOR 2015: n=1010 3 THÜRINGEN-MONITOR 2017: n=1032

In Bezug auf die Einflüsse auf Abwertung bzw. Vorurteile gegenüber Homo- und Bisexuellen und die mangelnde Akzeptanz einer Geschlechtsänderung (Abb. 139) bestätigen sich zunächst theoretische Annahmen und Befunde anderer empirischer Untersuchungen, dass ältere und männliche Befragte in der Tendenz stärkere Vorbehalte haben. Diese Alters- und Geschlechtseffekte sind über die verschiedenen Messungen hinweg relativ stabil. Während im THÜRINGEN-MONITOR 2017 nur 20 Prozent der Befragten im Alter von 18 bis 24 Jahren meinten, „Homosexuelle sollten aufhören, so einen Wirbel ... zu machen“, ist jener Anteilswert in älteren Befragtengruppen signifikant erhöht und liegt bei Befragten, die 60 Jahre oder älter sind, sogar bei 60 Prozent. In dieser ältesten Befragtengruppe äußern sich auch 40 Prozent negativ zu Geschlechtsänderungen, in allen jüngeren Befragtengruppen ist

diese Einstellung deutlich seltener. 48 Prozent der Männer, aber nur 42 Prozent der Frauen meinten, „Homosexuelle sollten aufhören, so einen Wirbel ... zu machen“. 27 Prozent der Männer aber nur 19 Prozent der Frauen äußerten sich negativ zur Geschlechtsänderung. In jüngeren Alterskohorten sind die Einstellungsunterschiede zwischen männlichen und weiblichen Befragten stark abgeschwächt, bleiben aber bezüglich der Akzeptanz einer Geschlechtsänderung statistisch signifikant.

Hier kommt nicht nur der gesellschaftliche Wertewandel zum Ausdruck, der mit einer erhöhten Akzeptanz und größerer Offenheit jüngerer Personen einhergeht. Es bieten sich auch Hinweise auf die unterschiedliche Wirkung geschlechtsspezifischer Sozialisationsmuster bzw. männlicher und weiblicher Geschlechtsidentitäten. Heterosexistische Einstellungen sind deshalb bei Männern nach wie vor verstärkt zu beobachten und werden – trotz abnehmender Tendenz – auch in den jüngsten Alterskohorten geschlechtsspezifisch reproduziert. Das subjektive Deprivation einen singulären, aber statistisch signifikanten und dämpfenden Einfluss auf Vorurteile gegen Homosexuelle (allerdings nicht gegen Trans*) hat, lässt sich mit höheren Akzeptanzwerten unter Studierenden begründen, die im Unterschied zu anderen Befragten mit ähnlicher Bildung oder gleichem Alter eine negative Bewertung ihrer ökonomischen Lage vornehmen. Insgesamt sind allerdings autoritäre Einstellungen, politische Ideologien und die Präferenz bestimmter gesellschaftlicher Werte und Normen ausschlaggebender für die Übernahme negativer Einstellungen gegenüber Homosexuellen bzw. Trans* als der sozioökonomische Status, die Beurteilung der sozialen Lage, oder die subjektive Deprivation. Auch die soziodemographischen Merkmale Bildung, Familienstand und Kinderzahl haben keinen signifikanten Einfluss.

Autoritarismus kann in diesem Jahr als signifikanter Verstärker für die Einstellung zur Transsexualität, aber – ähnlich wie in den Vorjahren – *nicht* für die Einstellung zur Homosexualität nachgewiesen werden. *Soziale Dominanzorientierung* wurde nicht in die abgebildeten Regressionsmodelle (2017) aufgenommen, um eine bessere Vergleichbarkeit der Nettoeffektstärken des Autoritarismus zu gewährleisten. Zusätzliche Analysen zeigen allerdings, dass eine höhere soziale Dominanzorientierung auf die Einstellung gegenüber Trans* unter Drittvariablenkontrolle keinen signifikanten Einfluss hat, auf die Zustimmungstendenz zu negativen Aussagen bzgl. Homosexuellen bzw. der rechtlichen Gleichstellung (s.u.) jedoch dämpfend wirkt. Autoritarismus und soziale Dominanzorientierung hätten hier demnach gegenläufige Effekte, was für die o.g. Hypothese spricht, dass es sich tatsächlich um zwei unterschiedliche Erklärungsfaktoren handelt. Nach dem Konzept der sozialen Dominanzorientierung ließe sich der dämpfende Effekt vorläufig als die Tendenz einiger Befragten interpretieren, Homosexuelle abzuwerten, weil diese Befragten gerade kein „kompetitives Weltbild“ haben, in dem Homosexuelle als konkurrierende soziale Gruppe (als u.U. „akzeptable Gegnerin“) konstruiert werden könnten. Der fehlende Effekt einer sozialen Dominanzorientierung auf die Einstellung gegenüber Trans* könnte außerdem bedeuten, dass speziell sozial-dominanzorientierte, aber nicht autoritär eingestellte Personen Trans* in ihrem „kompetitivem Weltbild“ neutralisieren. Vermutlich korrespondieren auch jene unterschiedlichen Effektstärken mit den kategorialen Unterschieden zwischen sexueller Orientierung (bzw. der damit assoziierten Lebensführung) und der Geschlechtsidentität. Homo- und Transsexualität/-identität besitzen eben unterschiedliche soziale Relevanz. Hier sollte allerdings mit weiteren Analysen angeknüpft werden, um Klarheit zu erlangen.

Eindeutiger und relativ stabil erweist sich der Einfluss rechtsextremer Einstellungen, insbesondere der der neo-nationalsozialistischen Ideologie, während die politische Links-Rechts-Selbsteiordnung in diesem Jahr irrelevant ist. Die Thematisierung eines angeblichen „Sittenverfalls“ durch eine „Homosexualisierung“ und eines „Angriffs auf die traditionelle Familie“ durch die rechtliche Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Paaren ist ein wichtiger Bestandteil rechtsextremer bzw. völkisch-nazistischer Ideologie.⁹³ Fremdenfeindlichkeit und Chauvinismus erhöhen allerdings nur die Zustimmungstendenz zur Aussage, „Homosexuelle sollten aufhören, so einen Wirbel um ihre Sexualität zu machen.“ Dies ergibt insofern Sinn, dass bei einer Priorisierung nationaler Interessen und der Wahrnehmung von Überfremdung die Befindlichkeiten und Interessen von Schwulen und Lesben in den Hintergrund treten müssen – Trans* treten dagegen auch in der medialen Öffentlichkeit in den Hintergrund.

Ein religiöses Bekenntnis erhöht die Zustimmungstendenz zu negativen Aussagen über Homosexuelle und Trans* signifikant, auch wenn diese Effekte in der Messung 2015 nicht nachgewiesen wurden. Wie bereits oben diskutiert, werden hier vermutlich spezifische Glaubensüberlieferungen, Traditionsbestände und Wertvorstellungen aktiviert, die die Akzeptanz von sexueller Vielfalt bzw. eine Pluralisierung von Geschlechtsidentitäten, Lebensweisen und Familienbildern als problematisch oder sogar riskant erscheinen lassen. Katholische Konfessionszugehörigkeit befördert negative Einstellungen gegenüber Homosexuellen und Trans* stärker als ein evangelisches Bekenntnis. Traditionalismus stellt allerdings eine unabhängige Einflussgröße dar und erhöht nur die Tendenz, den Ausbruch aus den Konventionen der vermeintlich angeborenen, naturgegebenen oder gottgewollten Geschlechtsidentität zu missbilligen.

Ein etwas anderes Bild ergibt sich bezüglich der Einflüsse auf das Antwortverhalten, das eine negative Haltung zur rechtlichen Gleichstellung der Lebenspartnerschaften bzw. zum Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare signalisiert (Abb. 140).

Während die signifikanten Unterschiede zwischen männlichen und weiblichen Befragten sowie zwischen den Alterskohorten auch in diesen Regressionsmodellen stabile Nettoeffekte aufweisen und die bisherige Interpretationen stützen, hat vermutlich die veränderte Fragenstellung in diesem Jahr eine Neutralisierung des Einflusses der Konfessionszugehörigkeit bewirkt. Demnach führt paradoxerweise weder ein katholisches noch ein evangelisches Bekenntnis tendenziell zur stärkeren Ablehnung des Adoptionsrechtes, während die religiöse Bindung in den Vorjahren signifikanten Einfluss auf die Ablehnung der rechtlichen Gleichstellung der Eingetragenen Lebenspartnerschaft mit der Ehe hatte. Paradox ist dies, weil das fehlende Adoptionsrecht zuletzt als das relevanteste oder sogar einzig verbleibende Gleichstellungsdefizit galt.

93 Vorstellungen über (abweichende) Sexualität, (abweichende) Geschlechtsidentitäten und Geschlechterbeziehungen haben eine elementare Bedeutung für die rechtsextreme Ideologieproduktion bzw. für Diskurse in rechtsextremen Szenen, Bewegungen und Parteien (vgl. Claus/Virchow 2016, Bitzan 2016).

Abb. 140: Einflüsse auf das Antwortverhalten: Keine rechtliche Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften / kein Adoptionsrecht
(Binomiale logistische Regressionsanalysen)

Erklärende Variablen	TM 2001 ¹ Was halten sie von der Anerkennung von Lebensgemeinschaften zwischen Partnern gleichen Geschlechts? Sind Sie dafür oder dagegen, dass solche Gemeinschaften Der Ehe gleichgestellt werden? (44 % dagegen)		TKFB 2013 ² „Ich finde es richtig, dass die gleichgeschlechtliche Ehe der Ehe zwischen Mann und Frau vor dem Gesetz NICHT gleichgestellt ist“ (37 % Zustimmung)		TM 2014 ³ „Die eingetragene Partnerschaft zwischen zwei Frauen oder zwei Männern sollte der Ehe zwischen einem Mann und einer Frau NICHT völlig gleichgestellt werden, mit allen Rechten und Pflichten.“ (17 % Zustimmung)		TM 2015 ⁴ (26 % Zustimmung)		TM 2017 ⁵ „Es sollte gleichgeschlechtlichen Paaren <u>untersagt</u> bleiben, Kinder zu adoptieren.“ (21 % Zustimmung)	
	B	Exp(B)	B	Exp(B)	B	Exp(B)	B	Exp(B)	B	Exp(B)
	Alter (älter)	+0,061***	1,063	+0,037***	1,038	+0,028***	1,029	+0,053***	1,054	+0,034***
Geschlecht (weiblich)	-,678***	0,507	-0,500*	0,606	-0,768**	0,464	-1,063***	0,345	-0,520*	0,594
verheiratet (ja)	nicht erhoben		-0,024n.s.	0,977	+0,501*	1,650	-0,214 n.s.	0,807	+0,697*	2,007
Kinder (mehr)	nicht erhoben		+0,079n.s.	1,083	+0,120**	1,127	+0,080n.s.	1,083	+0,120 n.s.	1,127
Bildung (höher)	+0,144n.s.	1,155	-0,286n.s.	0,751	+0,457n.s.	1,579	+0,302n.s.	1,353	+0,220 n.s.	1,246
Nettoäquivalenzeinkommen (höher)	nicht erhoben		Haushaltsnettoeinkommen: nicht signifikant		Haushaltsnettoeinkommen: nicht signifikant		Haushaltsnettoeinkommen: +0,342*** 1,408		0,000 n.s.	1,000
subjektive Deprivation (höher)	nicht erhoben		nicht erhoben		Deprivation: nicht signifikant		Deprivation: nicht signifikant		-0,192 n.s.	0,826
Konfession: evangelisch	+0,657*	1,929	+0,658**	1,931	+0,582**	1,789	-0,100 n.s.	0,905	-0,107 n.s.	0,899
Konfession: katholisch	+0,590*	1,804	+0,954*	2,595	+0,583n.s.	1,713	+1,291***	3,638	+0,587 n.s.	1,798
autoritär (stärker)	+0,102n.s.	1,107	nicht erhoben		+0,099n.s.	1,104	+0,113n.s.	1,119	+0,298 n.s.	1,347
Links-Rechts-Selbsteinordnung („rechter“)	+0,626***	1,870	nicht erhoben		+0,516***	1,676	+0,387***	1,473	+0,212 n.s.	1,236
ethnozentrisch (höher)	+0,436**	1,546	nicht erhoben		+0,262n.s.	1,299	+0,555***	1,742	+0,556**	1,744
neonationalsozialistisch ideologisiert (höher)	+0,158n.s.	1,171	nicht erhoben		+0,109n.s.	1,115	+0,418***	1,519	+0,286 n.s.	1,331
„Die Ehe hat eine große gesellschaftliche Bedeutung.“ (Zustimmung)	nicht erhoben		+0,465*	1,592	nicht erhoben		nicht erhoben		nicht erhoben	
„Wir sollten uns wieder stärker auf unsere Traditionen besinnen.“ (Zustimmung)	nicht erhoben		nicht erhoben		nicht erhoben		nicht erhoben		+0,687**	1,987
Fallzahl n	824		465		916		894		818	
Nagelkerke's R ² (Modellgüte)	0,367		0,172		0,208		0,337		0,318	

Positives Vorzeichen: erhöht Zustimmungstendenz zu Anti-Gleichstellungs-Aussage	Negatives Vorzeichen: senkt Zustimmungstendenz zu Anti-Gleichstellungs-Aussage	Weißer Felder: Effekt der erklärenden Variable nicht signifikant (n.s.)
---	--	---

* signifikant p<.05 ** hoch signifikant p<.01 *** höchst signifikant p<.001 n.s. nicht signifikant

1 THÜRINGEN-MONITOR 2001: n=1000 2 TKFB 2013: Thüringer Kultur- u. Freizeitbefragung (Lehrforschung FSU Jena), n=520

3 THÜRINGEN-MONITOR 2014: n=1005 4 THÜRINGEN-MONITOR 2015: n=1010 5 THÜRINGEN-MONITOR 2017: n=1032

Hier deutet sich an, dass die religiös begründeten Vorbehalte gegenüber der Gleichstellung vor allem auf symbolische Aspekte der sozialen Ordnung bezogen sind (Im Modell TKFB 2013 wirkte die Zustimmung zur Aussage „Die Ehe hat eine große gesellschaftliche Bedeutung“ signifikant verstärkend). Stark religiös geprägte Personen lehnen die Gleichstellung bis heute wohl deshalb ab, weil sie ihren Ehebegriff unmittelbar aus der dem biblischen Schöpfungsakt zugeschriebenen Zwei- und Gegengeschlechtlichkeit und aus einem göttlichen Fortpflanzungsauftrag ableiten. Dass deshalb gleichgeschlechtlichen Paaren nicht gleiche Rechte gewährt werden könnten, erscheint ihnen ebenso selbstverständlich wie dass sie in einer sprachlichen Differenzierung zwischen der Ehe und der Eingetragenen Lebenspartnerschaft keine Diskriminierung erkennen können. Auch wenn der Einfluss der Konfessionszugehörigkeit auf die Einstellung zum Adoptionsrecht nicht signifikant ist, besteht allerdings eine verstärkende Wirkung des Traditionalismus, die markanter als in Bezug auf die Ablehnung der Geschlechtsänderung ist. Zu beachten ist, dass Regressionsmodelle für jede erklärende Variable die jeweilige Nettoeffektstärke (unter Konstanthaltung aller anderen erklärenden Variablen) ausweisen. Das heißt in diesem Fall, dass Konfession per se zwar keinen Einfluss hat, was angesichts des allgemeinen Einstellungs- und Wertewandels auch gegenüber (der Gründung von) sogenannter „Regenbogenfamilien“ plausibel ist. Besonders traditionalistisch eingestellte und streng religiöse Personen können dennoch signifikant häufiger das Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare ablehnen.

Eine verstärkende Wirkung auf die Ablehnung des Adoptionsrechts hat auch das soziodemographische Merkmal, selbst verheiratet zu sein, aber nicht das Merkmal, selbst Kinder zu haben bzw. die Kinderzahl. Auch hier scheinen symbolische und kulturelle Aspekte ursächlich zu sein; unter Umständen auch die Unterstellung, gleichgeschlechtliche Paare wären u.U. schlechtere Eltern als gegengeschlechtliche Eheleute es sind. Es gibt keinen Hinweis darauf, dass eigene Kinderlosigkeit die Diskriminierung von konkurrierenden (weil adoptionswilligen) Lesben und Schwulen begründet. Während autoritäre Einstellungen auch im Vergleich zwischen den verschiedenen Messzeitpunkten keinen Einfluss auf die Ablehnung rechtlicher Gleichstellung haben, hat sich der Effekt der politischen Links-Rechts-Selbsteinordnung erst bezüglich des Adoptionsrechts in diesem Jahr neutralisiert, ebenso der Einfluss (neo-)nationalsozialistischer Ideologisierung. Ethnozentrische Einstellungen sind allerdings weiterhin ein Prädiktor für die Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Paare; vermutlich, weil Regenbogenfamilien nicht als gleichwertige „Keimzellen der Nation“ (vgl. Kemper 2014) angesehen werden. Dass die objektive und subjektive sozioökonomische Lage keinen signifikanten Einfluss auf die Ablehnung der Gleichstellung hat, verdeutlicht, dass die Akzeptanz von Vielfalt auf Wertmustern und kulturellen Leitideen basiert, die in unterschiedlichen sozialen Schichten und Milieus verbreitet sind – genauso, wie keine soziale Schicht und kein Milieu gegen Intoleranz immun ist.

Zusammenfassend lässt sich konstatieren, dass die Zustimmung zu den meisten *vorurteilsgeleiteten Aussagen über ethnische, kulturelle und soziale Minderheiten* vor allem durch autoritäre Einstellungen verstärkt wird. Die Wahrnehmung von „Fremden“ und Fremdheit ist altersabhängig und geht besonders im Phänomenbereich negativer Einstellungen gegenüber Homosexuellen und Trans* vermutlich auch mit geschlechtstypischen Sozialisationseffekten einher, die sich in den jüngsten Alterskohorten jedoch abgeschwächt haben. Bezüglich der einzelnen Minderheiten bzw. inhaltlichen Aspekte bestehen markante Unterschiede der Beurteilungsfähigkeit der Befragten: Besonders bei Aussagen zu Muslim_innen und Jüd_innen sowie bei der Einschätzung, ob Asylsuchende in ihren Heimatländern tatsächlich verfolgt würden, antworteten relativ viele Befragte mit „weiß nicht“. Dies deutet auf Distanz zu den Themen, aber auch auf Distanz bzw. mangelnden Kontakt zu den jeweiligen Minderheitsgruppen hin. Die Wahrnehmung von kultureller und sozialer Distanz ist ausschlaggebender als die Konstruktion der jeweiligen Minderheiten als Konkurrenz um sozioökonomischen Status bzw. materielle Ressourcen. Eine Ausnahme stellt die Abwertung von Langzeitarbeitslosen dar, weil diese signifikant durch subjektives Deprivationsempfinden beeinflusst wird. Ein Nettoeffekt eines eigenständigen Faktors „soziale Dominanzorientierung“ konnte in den multivariaten Analysen auf Basis der Befragungsdaten des THÜRINGEN-MONITORS 2017 nicht nachgewiesen werden. Das heißt, dass die Verankerung einer Ideologie der Statuskonkurrenz und der Betonung von Statusunterschieden zwischen Gruppen vorläufig nicht als Erklärungsmuster für vorurteilsgeleitete Einstellungen über Fremdgruppen dienen kann, wie sie hier erfasst wurden. Mit anderen Worten: Es ist zweifelhaft, ob die jeweiligen Fremdheitsgruppen überhaupt in nennenswertem Umfang als wirkliche Konkurrenz wahrgenommen werden. Auch lässt sich nicht erkennen, dass gruppenbezogene Vorurteile und Abwertungstendenzen „in ihrem empirischen Kern ... nahezu ... identisch mit sozialer Dominanzorientierung“ seien (Zick / Küpper 2016: 104).

Allerdings gibt es deutliche Verbindungen zwischen rechtsextremen (ethnozentrischen und neonationalsozialistischen) Einstellungen und bestimmten Einstellungen gegenüber Minderheiten, insbesondere Migrant_innen, aber auch Personen, die wegen ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität als abweichend konstruiert werden oder als Gefahr für die symbolische Ordnung der Gesellschaft erscheinen. Hier kann also auf *Ideologien der Ungleichwertigkeit* verwiesen werden. Die Selbsteinordnung im politischen Links-Rechts-Spektrum – also die bewusste Bindung an ein politisches Lager bzw. dessen Ideologie – hat bei genauerer Betrachtung keinen signifikanten oder nur einen geringen Einfluss auf die Zustimmung zu vorurteilsgeleiteten Aussagen über ethnische, kulturelle und soziale Minderheiten. Allerdings tendieren Befragte mit ausgeprägten (rechts-)konservativen, teilweise auch religiös fundierten Orientierungen stärker dazu, Anderen mit Vorbehalten zu begegnen, weil jene nicht den traditionellen Geschlechterrollen entsprechen. Eine damit verbundene Tendenz, den Abbau rechtlicher Ungleichbehandlung abzulehnen, war in diesem Jahr aber nicht mehr nachweisbar.

Gewaltbereite Befragte sind signifikant häufiger fremdenfeindlich eingestellt als nicht gewaltbereite Befragte, sie haben öfter Vorurteile gegenüber Muslim_innen und werten Langzeitarbeitslose häufiger ab. Im Zusammenhang mit den in Kapitel IV.4 diskutierten Einflüssen auf die Gewaltbereitschaft lässt sich aus diesen Befunden ein erhöhtes Gefährdungspotenzial für die drei genannten Minderheiten ableiten, das maßgeblich (aber

nicht ausschließlich!) von Personen ausgeht, die neo-nationalsozialistisch ideologisiert *und* ethnozentrisch sind, sich dabei selbst „ganz rechts“ verorten bzw. solchen, die der rechtsextremen Szene zugeordnet werden müssen.

Im Zusammenhang mit der Frage, inwieweit die Verbreitung von vorurteilsgeleiteten Einstellungen mit den sozialen Lagen der Thüringer_innen korrespondiert, muss betont werden, dass eine objektiv gut etablierte oder sogar vergleichsweise privilegierte sozio-ökonomische Situation keineswegs immunisierend wirkt. In der „sozialen Mitte“ in Thüringen finden abwertende und z.T. als diskriminierend empfundene Aussagen zu viel Zustimmung, als dass von einem guten Klima für gesellschaftliche Vielfalt gesprochen werden könnte. Die Sorge, unsere Gesellschaft könne aufgrund zunehmender ethnischer und kultureller Diversität (und anwachsender Konflikte) Schaden erleiden, verbindet sich bei beträchtlichen Anteilen der Befragten mit stereotypen Zuschreibungen, in denen Migrant_innen, Geflüchtete und Muslim_innen mit Sozialbetrug, Asylmissbrauch oder Kriminalität assoziiert werden. Selbst unter Befragten, die über relativ hohe Qualifikationen und eine gehobene Stellung im Berufsleben verfügen, erreichen vorurteilsgeleitete Aussagen über verschiedene Minderheiten noch bedenklich hohe Zustimmungswerte. Auch Statusinkonsistenzen, also beispielsweise die Kombination niedriger Einkommen mit hoher Qualifikation, haben hier keinen nennenswerten Einfluss. Vorurteile, Abwertung und Intoleranz sind keine Phänomene, die eine – wie auch immer definierte – gesellschaftliche „Mitte“ selbstentlastend zum Monopol politischer oder sozialer „Randgruppen“ erklären kann. Insgesamt bestätigt sich somit der Befund *ausgeprägter Einstellungsambivalenzen* in der Thüringer Bevölkerung.

V. Fazit

Der Schwerpunkt des diesjährigen THÜRINGEN-MONITORS hat seine Autoren vor die anspruchsvolle Aufgabe einer Vermessung der „Mitte“ gestellt. Unser Thema ist deshalb wichtig, weil die gesellschaftliche und politische „Mitte“ einerseits seit langem als eine Klammer gilt, die plurale Gesellschaften und demokratische Verfassungsstaaten zusammenhält, andererseits gilt sie aber auch (und dies bereits mit Blick auf die 1930er Jahre) als eine Brutstätte des Rechtsextremismus und menschenfeindlicher Ressentiments. Wie sich „die Mitte“ tatsächlich konstituiert, wie sie auf politischen und sozialen Wandel reagiert, sind Grundfragen des gesellschaftspolitischen Diskurses, die auch tagesaktuell eine hohe Bedeutung haben.

Eingebettet ist dieser Schwerpunkt in eine Darstellung der Entwicklungstrends im Freistaat, welche die THÜRINGEN-MONITORE der vergangenen Jahre fortführt und die Kontexte beschreibt, in denen sich das politische und soziale Leben im Lande vollzieht. In wirtschaftlicher Hinsicht wird das Umfeld der politischen Kultur Thüringens durch ein Wachstum des Bruttoinlandprodukts (das nahezu punktgenau dem ganz Deutschlands entspricht) und einen leichten Rückgang der Erwerbslosenquote gekennzeichnet. Hier nähert sich Thüringen weiter dem Durchschnittswert der westdeutschen Länder an, hat aber seinen früheren Vorsprung gegenüber den ostdeutschen Ländern fast völlig abgebaut. Sowohl die Abnahme der Arbeitslosigkeit wie auch das wirtschaftliche Wachstum haben zuletzt etwas an Dynamik verloren. Dem Anschein nach wird dies auch von den Befragten des THÜRINGEN-MONITORS wahrgenommen, deren Einschätzung der wirtschaftlichen Lage Thüringens seit 2014 auf relativ hohem Niveau stagniert. Dies gilt seit 2013 auch für die eigene finanzielle Lage, die seither entgegen dem üblichen Bild leicht ungünstiger als die allgemeine wirtschaftliche Lage eingeschätzt wird. Zu vermuten ist, dass hier die verhaltene Entwicklung der Reallöhne ursächlich ist. Nach wie vor deutlich unter dem Bundesdurchschnitt und massiv (das heißt, um etwa ein Drittel) unter den Werten der westdeutschen Spitzenreiter liegen die Bruttolöhne und -gehälter der Arbeitnehmer_innen in Thüringen, das hier – nur gefolgt von Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt – den drittletzten Platz im Ländervergleich einnimmt. Im Zusammenspiel mit den Spätfolgen der Massenarbeitslosigkeit in den 1990er Jahren und zu Beginn des Jahrhunderts trägt dieses Lohn- und Gehaltsdifferential auch zu einer Minderung der Rentenansprüche bei.

Solche Entwicklungen fördern das Gefühl, individuell oder kollektiv als Ostdeutsche(r) benachteiligt zu sein („Ostdeprivation“), das 2017 jeweils von 37 Prozent bzw. 49 Prozent der Befragten geäußert wurde, wobei individuelle Benachteiligung besonders stark in den seit den 1990er Jahren auf dem Arbeitsmarkt aktiven Alterskohorten beklagt wird. Dies sind insofern bedenkliche Befunde, weil „Ostdeprivation“ einen signifikanten Erklärungsbeitrag für Rechtsextremismus, Neo-Nationalsozialismus und Fremdenfeindlichkeit leistet. Eine Dämpfung der „Ostdeprivation“ würde einen Risikofaktor für die politische Kultur Thüringens vermindern. Relative Einkommenschwäche geht in Thüringen mit hoher sozialer Gleichheit einher: In der Rangordnung der Bundesländer ist Thüringen zusammen mit Sachsen das Land mit der geringsten Ungleichverteilung der Einkommen. Es gibt also, was sich ebenfalls in den Berechnungen des THÜRINGEN-MONITORS zu den durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommen zeigt, eine Nivellierung nach unten, die auch eine Auswirkung auf die Bestimmung der Mittellage hat.

Diese Einkommensstruktur geht durchaus mit hohen Zufriedenheitswerten zusammen: 93 Prozent [!] aller Befragten und immerhin noch 79 Prozent der Personen in der niedrigen Einkommenskategorie geben an, mit ihrem Lebensstandard zufrieden zu sein. Empfindungen der Benachteiligung werden jedoch als „relative Deprivation“ durch Vergleiche mit anderen, nicht zuletzt mit Westdeutschen, genährt. Immerhin 53 Prozent der Befragten geben an, im Vergleich zu anderen „weniger als den gerechten Anteil“ zu erhalten. Es sind solche Empfindungen relativer Benachteiligung, die zwar mit zunehmender Einkommenshöhe abnehmen, aber in Thüringen in allen Einkommenskategorien in erheblichem Umfang vorhanden sind, die soziale Ressentiments, Abwertung von Minderheiten und Rechtsextremismus begünstigen.

Wir eröffnen mit dem Befund hoher Zufriedenheit mit dem Lebensstandard bei gleichzeitiger Klage, weniger als den gerechten Anteil zu erhalten, die Reihe der Ambivalenzen, das Neben- und Miteinander gegensätzlicher Bewertungen und Gefühle, die sich auch dieses Mal durch den THÜRINGEN-MONITOR zieht. Dies gilt auch und gerade für die politische Kultur im Freistaat. Hier sehen wir zunächst einige ausgesprochen positiv zu bewertende Entwicklungen. Vor allem die Zufriedenheit mit der „Demokratie, so wie sie in Deutschland funktioniert“, ist deutlich von 47 Prozent im Jahr 2015 auf 65 Prozent im Jahr 2017 und damit auf einen Spitzenwert unserer bis 2001 zurückreichenden Zeitreihe gestiegen. Dies gilt auch für den Anteil der „zufriedenen Demokraten“, bei denen sich Demokratieunterstützung und Demokratiezufriedenheit verbinden. Auch das Institutionenvertrauen hat wieder zugenommen, was – ausgehend von einem relativ niedrigen Sockelwert – die Landesregierung und – mit einem besonders starken Anstieg – die Bundesregierung einschließt. Für die Polizei wird mit 73 Prozent Vertrauenden ein historischer Spitzenwert erreicht.

Bemerkenswert ist hier auch eine Zunahme der Parteibindung, die von einem historischen Tief von 44 Prozent in 2015 auf 57 Prozent im laufenden Jahr zugenommen hat. Dies gilt auch für die Bereitschaft, in einer Partei mitzuarbeiten, die um ein Drittel angestiegen ist, aber mit einem Anteilswert von einem Viertel der Befragten immer noch das Schlusslicht der Formen politischer Beteiligung bildet, die von den Befragten erwogen oder praktiziert werden. Wir erklären uns diese Anstiege im Fall der Demokratiezufriedenheit und des Institutionenvertrauens zu einem Teil mit der Rückkehr zu einem langfristigen Trend, der in der günstigen wirtschaftlichen Entwicklung und insbesondere im Rückgang der Arbeitslosigkeit begründet ist, zu einem anderen Teil mit tagesaktuellen politischen Entwicklungen, wie dem Übergang zu einer restriktiven Asylpolitik mit der Konsequenz einer Verringerung der Geflüchtetenzahlen und allgemein mit dem Stabilitätsvorsprung Deutschlands in einem von heftigen Krisen betroffenen internationalen Umfeld. Die Zunahme der Parteibindung und der Demokratiezufriedenheit schreiben wir in Teilen auch der Erweiterung des Parteiensystems um eine Mitspielerin zu, die bislang nicht repräsentierte, aber in der Bevölkerung verbreitete politische Positionen ethnokultureller Identität, der rigorosen Abwehr von Armutsimmigration und der kompromisslosen Durchsetzung nationaler Interessen in den allgemeinen politischen Diskurs eingeführt hat. Unsere Interpretation besagt also, dass die Wahrnehmung erfolgreicher Regierungstätigkeit und einer Öffnung des Parteiensystems zu der wieder deutlich positiveren Bewertung der politischen Praxis und der Kerninstitutionen der repräsentativen Demokratie beigetragen hat.

Der zuletzt günstigen Entwicklung der Einstellungswerte für die Demokratiezufriedenheit und das Institutionenvertrauen stehen allerdings eine massive Eliten- und Demokratiekritik

gegenüber, die im Kapitel IV.1 ausführlich vorgestellt wird. So stimmen 69 Prozent der Befragten und damit fast punktgenau der gleiche Anteil wie im vergangenen Jahr der Aussage zu, dass „in unserer Demokratie die Anliegen der Menschen nicht mehr wirksam vertreten“ werden. Ebenso viele meinen, dass die „Herrschenden und Mächtigen in unserer Gesellschaft ... gegen die Interessen der einfachen Bevölkerung“ handeln; 74 Prozent, dass „die Parteien nur die Stimmen der Wähler“ wollen, während „ihre Ansichten sie nicht interessieren“; 63 Prozent, dass Deutschland „jetzt“ eine „starke Partei“ brauche, „die die Volksgemeinschaft [!] insgesamt verkörpert“.

Die negativen und relativierenden Urteile der Thüringer Bürger_innen über die Demokratie als Staatsform und Praxis sind in den vergangenen Jahren annähernd konstant geblieben. Da aber zugleich die Demokratiezufriedenheit markant zugenommen hat, bedeutet das zwingend, dass ein erheblicher Anteil der Befragten im Hinblick auf ihre Demokratiekritik inkonsistente Positionen einnimmt. Tatsächlich kritisiert zum Beispiel eine Mehrheit von 57 Prozent der Befragten, die mit der demokratischen Praxis in Deutschland *zufrieden* sind, zugleich, dass „unsere Demokratie“ die Anliegen der Menschen *nicht mehr wirksam vertritt*. Wieder einmal zeigen sich die immer wieder von uns in THÜRINGEN-MONITOREN diagnostizierten „gemischten Gefühle“, mit denen die Bürger_innen besser umgehen können als die meisten ihrer Beobachter_innen. Hier offenbart sich ein „wildes Denken“, das sich den Erwartungen von Wissenschaft und Politik an Geschlossenheit und Widerspruchsfreiheit widersetzt, aber doch einer eigenen Logik folgt. So ist es auch im gegebenen Fall: Während sich die Demokratiezufriedenheit auf eine positive Bewertung der Ergebnisse politischen Handelns beziehen lässt, bezieht sich Demokratiekritik auf Defekte des politischen Betriebs und die dort wahrgenommene Abgehobenheit und Selbstbezüglichkeit der Eliten. Beides schließt sich nicht aus, doch steht eine „Schönwetterdemokratie“, die beständig durch den Erfolg ihrer Eliten bestätigt werden muss, auf unsicherem Grund. Der deutliche Rückgang der Demokratiezufriedenheit in Thüringen unter dem Eindruck der Euro- und der sich entwickelnden „Flüchtlingskrise“ im Jahr 2015 ist hier ein Warnzeichen.

Widersprüchliche Positionen der Befragten beobachten wir auch in ihren Einstellungen zur Wirtschafts- und Sozialordnung: Eine Mehrheit von 57 Prozent hält „unsere Gesellschaftsordnung in Deutschland“ für „eher ungerecht“ und nur 29 Prozent für „eher gerecht“ (der Rest gibt kein Urteil ab). Bei der Bewertung der Lage in Thüringen, wo die gesellschaftlichen Unterschiede ja weniger ausgeprägt sind als im deutschen Durchschnitt, fällt diese Bewertung allerdings deutlich günstiger für die „Gerechtigkeit“ aus. Die wahrgenommene Ungerechtigkeit wird von einem großen Teil der Befragten dem „Kapitalismus“ zugeschrieben, und eine große Minderheit von zwei Fünfteln der Befragten unterstützt die radikale Aussage, dass „der Kapitalismus beseitigt werden [muss], um endlich echte Gerechtigkeit herzustellen“. Etwas mehr als jeder Fünfte will sogar „zur sozialistischen Ordnung zurückkehren“. Die kapitalismuskritische Mehrheit und die große kapitalismusfeindliche Minderheit geht jedoch mit einer großen Mehrheit von 57 Prozent der Befragten zusammen, die der Thüringer Unternehmerschaft „voll und ganz“ oder „weitgehend“ vertrauen. Das Unternehmervertrauen liegt damit weit über dem Vertrauen, das den Kerninstitutionen der repräsentativen Demokratie, den demokratisch gewählten Parlamenten und Regierungen, entgegengebracht wird und entspricht in der Größenordnung dem Vertrauen in die Polizei und die Justiz. Kapitalismuskritik und Unternehmervertrauen verbinden sich zu widersprüchlichen Konstellationen: etwa die Hälfte der Befragten, die den „Kapitalismus abschaffen“ oder zum „Sozialismus zurückkehren“ wollen, vertraut den Thüringer „Kapitalistinnen“ und „Kapitalisten“, und nur jede(r) Zehnte misstraut ihnen

explizit. Wir vermuten, dass diese Gemengelage widersprüchlicher Einstellungen und Bewertungen eine Verbindung eigener alltags- und lebensweltlicher Erfahrungen der Befragten mit medial vermittelten Wahrnehmungen und Bewertungen ist. Für diese Erklärung spricht, dass die Urteilssicherheit über die Unternehmerschaft abnimmt, je weiter die Befragten von der Arbeitswelt entfernt sind. Trifft diese Deutung zu, dann heißt das für die Akzeptanz des „Kapitalismus“ als einer auf Ungleichheit beruhenden und Ungleichheiten erzeugenden Wirtschaftsordnung, dass sie auf guter Unternehmensführung und einem das bestehende Vertrauen bestätigenden Umgang der Sozialpartner beruht. Dann stellt sich ein gesellschaftlicher Zustand ein, in dem – wie sich im THÜRINGEN-MONITOR Jahr für Jahr wiederholt – die Mehrheit „Freiheit“ vor „Gleichheit“ wählen würde, wenn sie sich entscheiden müsste.

Kapitalismuskritik führt bei den Befragten auf der anderen Seite nicht zu Respekt gegenüber und Solidarität mit Langzeitarbeitslosen, die man ja als „Opfer“, zumindest aber als Folge einer kapitalistisch-marktwirtschaftlichen Wirtschafts- und Sozialordnung betrachten kann. Eine große Mehrheit von 58 Prozent der Befragten stimmt der eindeutig abwertenden Aussage zu, dass „die meisten Langzeitarbeitslosen ... sich auf Kosten der Anderen ein schönes Leben“ machen. Langzeitarbeitslose sind damit knapp nach Muslim_innen, deren Bewertung allerdings mit einer deutlich weicher formulierten Frage erfasst wurde, die am häufigsten abgelehnte Minderheit. Besonders verbreitet ist diese Abwertung mit 70 Prozent der Befragten bei Personen mit niedrigem Einkommen, subakademischer Bildung und einfacher Tätigkeit, die man strukturell der „Unterschicht“ zurechnen kann. Die in einem breiten Konsens von 88 Prozent der Befragten unterstützte Umverteilung von Oben nach Unten, „um damit Sozialleistungen zu finanzieren“, geht also nicht mit gleichermaßen freundlichen Gefühlen für die ganz vorne in der Reihe potentieller Empfänger solcher Leistungen Stehenden einher. Auch dies ist eine der Ambivalenzen im THÜRINGEN-MONITOR.

Eine sozial selektive, gegenüber Minderheitengruppen abwehrende Vorstellung von „Umverteilungsgerechtigkeit“ färbt auch die Haltung zu Asylsuchenden und „Fremden“ allgemein. So stimmen 44 Prozent – und damit ein signifikant höherer Anteil als im vergangenen Jahr – der Aussage zu, dass „die Ausländer“ nur hierher kommen, um unseren Sozialstaat auszunutzen, 54 Prozent meinen, dass die „meisten Asylbewerber nicht wirklich befürchten, in ihrem Heimatland verfolgt zu werden und fordern, nach einem deutlichen Anstieg auf 83 Prozent gegenüber 73 Prozent im vergangenen Jahr, dass der Staat bei der „Prüfung von Asylanträgen nicht großzügig sein“ soll. Wir vermuten, dass als „fremdenfeindlich“ erkannte Haltungen zu einem erheblichen Anteil aus einer „Ethnisierung der sozialen Frage“ und einem Sozialstaats-Nationalismus resultieren, der wiederum in der Vorstellung begründet ist, dass die Umverteilungsmechanismen des Sozialstaats wie ein Nullsummenspiel funktionieren, an dem nur Beitragszahlende teilnehmen dürfen. Die 88 Prozent der Befragten, die Umverteilung von Oben nach Unten wollen, und die 83 Prozent, die Härte gegenüber Asylbewerber_innen fordern, sind aus dieser Sicht zwei Seiten der gleichen Medaille. Dabei ist belanglos, dass Thüringen mit Bevölkerungsanteilen von ca. sechs Prozent Personen mit Migrationshintergrund und rund ein Prozent Fluchtmigrant_innen von den Folgen von Migrationsbewegungen kaum bzw. von allen Bundesländern mit am wenigsten betroffen ist. Diese Situation scheint eher noch eine Haltung zu bestärken, die soziale Gleichheit und soziale Gerechtigkeit nur für eine homogene Mehrheitsgesellschaft der Alteingesessenen gelten lassen will. So fordern

Mehrheiten von 63 und 62 Prozent, dass gegen „Außenseiter und Nichtstuer in der Gesellschaft mit aller Härte vorgegangen werden“ soll und „wieder mehr für die Mehrheit der Leute getan werden [soll], als sich um Minderheiten zu kümmern“.

In Anbetracht dieser Befundlage überrascht es nicht, dass die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen im Jahr 2017 gegenüber dem Vorjahr nicht weiter zurückgegangen ist, sondern – statistisch nicht signifikant – von 16 Prozent auf 19 Prozent gestiegen ist. Eher eine Stabilisierung beobachten wir auch für die beiden von uns in früheren Untersuchungen identifizierten Hauptkomponenten des Rechtsextremismus „Ethnozentrismus“ und „Neo-Nationalsozialismus“. Unter „Ethnozentrismus“ wird das Einstellungsbündel zusammengefasst, mit dem wir „Nationalismus“ und „Fremdenfeindlichkeit“ erfasst haben, unter „Neo-Nationalsozialismus“ die Komponenten „Verharmlosung des Nationalsozialismus“, „Antisemitismus“, Befürwortung einer „Nationalen Diktatur“ und „Sozialdarwinismus“. Während als *neo-nationalsozialistisch ideologisiert* nur eine kleine Minderheit von zuletzt acht Prozent der Befragten klassifiziert wird, greift „Ethnozentrismus“ mit einem Anteilswert von nunmehr 41 Prozent weit in die Gesellschaft aus. Seit 2012 schwanken die genannten Werte in einem relativ schmalen Wertebereich (mit einem „Ausreißer“ nach oben für Ethnozentrismus im Jahr 2015). Der langjährige Abwärtstrend, der nach 2005 eingesetzt hatte, setzt sich nicht fort. Beim Ethnozentrismus ist seit 2013 eher ein Aufwärtstrend beobachtbar, den wir einer zunehmenden Thematisierung der Asyl- und Migrationsproblematik zuschreiben. Die deutliche Verringerung der Zahl der Geflüchteten seit 2016 und die Bemühungen um Integrationsleistungen haben hier (noch?) keine Trendwende bewirkt. Im Hinblick auf Fremdenfeindlichkeit beobachten wir, wie berichtet, eher eine Verhärtung.

Rechtsextremismus und seine Komponenten werden, wie eingangs bemerkt, mit Sozillagen in Verbindung gebracht, wobei auf die „Mitte“ besondere Aufmerksamkeit gerichtet wird. Tatsächlich können wir bei den in unserem Schichtmodell in zentraler Mittellage positionierten Personen mit mittlerem Einkommen, subakademischer Bildung und einfacher Tätigkeit, die zugleich fast die Hälfte unserer Stichprobe ausmachen, signifikant erhöhte Werte für Rechtsextremismus und Ethnozentrismus ausmachen. Eine *systemintegrative* Wirkung geht von dieser Schicht also nicht aus, sie repräsentiert mit ausgeprägter „Rechtsverschiebung“ die Thüringer Gesellschaft allgemein. Eine deutliche Dämpfung dieser Einstellungsmuster mit einer deutlichen Immunisierung gegenüber neo-nationalsozialistischen Ideologemen sehen wir hingegen in allen Schichten, in denen akademische Bildung eine Schichtkomponente ist, auch wenn diese statusinkonsistent mit niedrigem Einkommen oder subalternen Tätigkeit verbunden wird. Die „obere Mittelschicht“, bei der mittlere Einkommen mit akademischer Bildung bzw. gehobener Tätigkeit einhergehen, kann als wichtigste Trägerschicht für ein „offenes“ Demokratie- und Gesellschaftsmodell und, gemeinsam mit der Oberschicht, als jene soziale Formation angesprochen werden, in der die „DNA des Grundgesetzes“ am weitesten verbreitet ist. Zusammen machen sie etwa 25 Prozent der Thüringer Bevölkerung aus. Markant erhöht sind die Werte für „Neo-Nationalsozialismus“ und „Rechtsextremismus“ dagegen in einer ebenfalls statusinkonsistenten Schicht, in der hohes Einkommen mit subakademischer Bildung oder einfacher Tätigkeit zusammengeht. Die „Unterschicht“, die auf allen Statusmerkmalen niedrig rangiert, weist dagegen für alle drei Einstellungssyndrome durchschnittsnahe Werte auf. In der Gesamtschau ergibt sich ein hochdifferenziertes Bild, in dem die unterschiedlichen Quartiere der „Mitte“ deutlich unterschiedliche Profile

aufweisen. „Statusinkonsistenzen“, insbesondere im Hinblick auf Bildungsstatus und Einkommen, können dabei eine eigene, das Einstellungssyndrom des Rechtsextremismus deutlich verstärkende oder abschwächende Wirkung entfalten.

Wenn wir nach Erklärungen für „Rechtsextremismus“ und die mit ihm verbundenen Einstellungssyndrome „Ethnozentrismus“ und „Neo-Nationalsozialismus“ suchen, dann haben bei einer Analyse der Ursachen ein höherer Berufs- und Bildungsstatus eine dämpfende Wirkung (letzterer allerdings nicht auf neo-nationalsozialistische Einstellungen). Die Einkommenshöhe trägt nicht signifikant zur Erklärung bei, ebensowenig wie Arbeitslosigkeit oder die Furcht um den Arbeitsplatz. Allgemein können wir festhalten, dass nicht allein die *objektive* soziale Lage der Befragten Einfluss darauf hat, dass sie rechtsextrem eingestellt sind. Bedeutsam und teilweise sogar bedeutsamer ist die *subjektive* Wahrnehmung und Bewertung der sozialen Lage in den Köpfen der Befragten. So erhöht die Furcht vor dem Verlust des eigenen sozialen Status signifikant eine ethnozentrische, aber nicht eine neo-nationalsozialistische Einstellung, während das Gefühl der individuellen Benachteiligung und der „Ostdeprivation“ erheblich eine neo-nationalsozialistische Einstellung erhöht. Hier sehen wir durchaus Chancen, durch gute Regierungstätigkeit und erweiterte Partizipationsmöglichkeiten die Grundlagen einer offenen Demokratie zu stärken.

Den mit Abstand höchsten Beitrag zur Erklärung der diskutierten Varianten rechtsextremer Einstellungen liefern aber Persönlichkeitsfaktoren wie „Autoritarismus“ und „soziale Dominanzorientierung“. Dies sind Katalysatoren, die Unzufriedenheit und Ängste in Ressentiments gegen Minderheiten und in Demokratiefeindlichkeit verwandeln können. Sie lassen sich nicht leicht beeinflussen, vor allem nicht bei Erwachsenen. Die Bedeutsamkeit dieser Persönlichkeitsfaktoren steigt in dem Maße, wie die Bedeutsamkeit der Positionierung der Befragten in der Sozialstruktur – etwa infolge von „Individualisierung“ – abnimmt. Eine solche „Personalisierung“ politischer Einstellungen und Haltungen gegenüber gesellschaftlichen Gruppen trägt zu einer Emotionalisierung und *Entrationalisierung* politischer Auseinandersetzungen bei. Sie fördert auch die Entwicklung widersprüchlicher, „ambivalenter“ Haltungen, die wir mit zunehmender Tendenz in unseren Beobachtungen zur politischen Kultur Thüringens sehen.

Literatur

- ADS (2017): Anti-Diskriminierungsstelle des Bundes: Einstellungen gegenüber Lesben, Schwulen und Bisexuellen in Deutschland. Ergebnisse einer bevölkerungsrepräsentativen Umfrage. Berlin. Online unter: http://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/Umfragen/Handout_Themenjahrumfrage_2017.pdf
- ARB (2017): Fünfter Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Lebenslagen in Deutschland. Berlin: Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Online unter: http://www.armuts-und-reichtumsbericht.de/SharedDocs/Downloads/Berichte/5-arb-langfassung.pdf;jsessionid=B45ADD481642ADDE27D6C17ECD387034?__blob=publicationFile&v=6
- Amoris Laetitia (2016): Nachsynodales Apostolisches Schreiben Amoris Laetitia des Heiligen Vaters Franziskus an die Bischöfe, an die Priester und Diakone, an die Personen geweihten Lebens, an die christlichen Eheleute und an alle christgläubigen Menschen über die Liebe in der Familie. Rom. Online unter: https://w2.vatican.va/content/francesco/de/apost_exhortations/documents/papa-francesco_esortazione-ap_20160319_amoris-laetitia.html
- Backes, Uwe / Eckhard Jesse (1993): Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn, Bundeszentrale für Politische Bildung.
- Backhaus, Klaus / Bernd Erichson / Wulff Plinke (2011): Multivariate Analysemethoden. Eine anwendungsorientierte Einführung; [Extras im Web]. Berlin [u.a.], 13., überarb. Aufl., Springer.
- Baier, Dirk / Andreas Hadjar (2005): Alter Wein in neuen Schläuchen?: Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen Autoritarismus, Sozialer Dominanzorientierung und Hierarchischem Selbstinteresse. In: Zeitschrift für Politische Psychologie , Jg. 13, H. 1/2, S. 7–29.
- BAMF (2017): Aktuelle Zahlen zu Asyl. Ausgabe August 2017, online verfügbar unter: http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/Asyl/aktuelle-zahlen-zu-asyl-august-2017.pdf?__blob=publicationFile
- Baur, Nina / Jens Lüdtke (2008): Die soziale Konstruktion von Männlichkeit: Hegemoniale und marginalisierte Männlichkeiten in Deutschland. Opladen: Budrich.
- Beck, Ulrich (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt a.M.:
- Beck, Ulrich (2008): Die Neuvermessung der Ungleichheit unter den Menschen. Frankfurt: Suhrkamp.
- Behördenversagen (2017): Franco A. sprach Deutsch in Asylanhörung. In Spiegel Online, 16.06.2017, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundeswehr-franco-a-sprach-deutsch-in-asyl-anhoerung-a-1152453.html>
- Benz, Wolfgang (2008ff./Hrsg.): Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart, (bisher) 7 Bände. Berlin / Boston, MA.: de Gruyter Saur.
- Berufsbildungsbericht (2016) hrsg. vom Bundesministerium für Bildung und Forschung. Bonn. Online unter: https://www.bmbf.de/pub/Berufsbildungsbericht_2016.pdf
- Best, Heinrich / Katja Salomo (2014): Güte und Reichweite der Messung des Rechtsextremismus im THÜRINGEN-MONITOR 2000 bis 2014. Expertise für die

- Thüringer Staatskanzlei. Erfurt. Online verfügbar unter: http://www.thueringen.de/mam/th1/tsk/thuringen-monitor_gute_und_reichweite_der_messung_des_rechtsextremismus.pdf
- Best, Heinrich/Ronald Gebauer/Dietmar Remy/Axel Salheiser: Die DDR-Gesellschaft als Un-gleichheitsordnung: Soziale Differenzierung und illegitime Statuszuweisung. In: Heinrich Best/Everhard Holtmann (Hrsg.): Aufbruch der entscherten Gesellschaft. Deutschland nach der Wiedervereinigung. Frankfurt a. M. 2012, S. 63–84.
- Beyme, Klaus von (2010): Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in postmodernen Parteiensystemen. In: David Gehne / Tim Spier (Hrsg.): Krise oder Wandel der Parteiendemokratie? Parteien und Parteiendemokratie – Der Stand der Forschung. Wiesbaden, S. 177–189.
- Bischoff, Joachim / Elisabeth Gauthier / Bernhard Müller (2015): Europas Rechte. Das Konzept des "modernisierten" Rechtspopulismus. Eine Flugschrift. Hamburg: VSA.
- Bitzan, Renate (2016): Geschlechterkonstruktionen und Geschlechterverhältnisse in der extremen Szene. In: Fabian Virchow / Martin Langebach / Alexander Häusler (Hrsg.): Handbuch Rechtsextremismus. Wiesbaden: Springer VS, S. 325–373.
- Bobbio, Norberto (2006): Rechts und Links. Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung, 4. Aufl., Berlin.
- Bosch, Gerhard (2013): Normalarbeitsverhältnis, in: Hartmut Hirsch-Kreinsen / Heiner Minssen (Hrsg.): Lexikon der Arbeits- und Industriesoziologie, Berlin: Sigma, S. 376–382.
- Bourdieu, Pierre (1983): Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In: Reinhard Kreckel (Hrsg.): Soziale Welt, Sonderband 2 – Soziale Ungleichheiten. Göttingen: Verlag Otto Schwartz, S. 183–198.
- Britzke, Janina / Jürgen Schupp (2016/Hrsg.): SOEP Wave Report 2016. Berlin: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung. Online unter: https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.560446.de/wave_report_2016.pdf
- Bude, Heinz (2014): Das Unbehagen in der bürgerlichen Mitte. In: APuZ, 64. Jahrgang, 49/2014, S. 10–48. Online unter: http://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/APuZ_2014-49_online.pdf
- Bundeskoordination (2016): Bundeskoordination Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage (Hrsg.): Rechtspopulismus. Berlin.
- Butterwegge, Christoph (2010): Die Entsorgung des Rechtsextremismus, in Blätter für deutsche und internationale Politik, 1/2010, S. 12–15.
- Castell, Robert (2009): Die Wiederkehr der sozialen Unsicherheit. In: Ders./Klaus Dörre (Hrsg.): Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts. Frankfurt: Campus, S. 21–34.
- CCF (2015): Change Centre Foundation (Hrsg.): Queeres Deutschland 2015: Zwischen Wertschätzung und Vorbehalten. Meerbusch, Dezember 2015.
- Chen, Christina Pei-Lin (2000). "Provocation's privileged desire: the provocation doctrine, homosexual panic, and the non-violent unwanted sexual advance defense.". Cornell Journal of Law and Public Policy. 10 (1), pp. 194-235. Online unter: <http://scholarship.law.cornell.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=1014&context=cjlp>

- Christmas, Verona E. (2002): Factors involved in women's atypical career choice: A comparative study of women in East and West Germany before and after reunification. PhD thesis, University of London.
- CIVEY (2017): Homo-Ehe: Deutsche verabschieden sich vom Vater-Mutter-Kind-Dogma. 6.März 2017; Ergebnisse der repräsentativen Bevölkerungsbefragung online unter: <https://civey.com/umfragen/gleiche-adoptionsrechte-fuer-homosexuelle-paare-umfrageergebnis>
- Claus, Robert / Fabian Virchow (2016): The Far Right's Ideological Constructions of 'Deviant' Male Sexualities. In: Michaela Köttig / Renate Bitzan / Andrea Petö (Hrsg.): Gender and Far Right Politics in Europe. Cham: Palgrave MacMillan / Springer, S. 305–319.
- Connell, Raewyn (2005): Masculinities. Berkeley, CA: University of California Press.
- Conrad, Anne / Johanna E. Blume / Jennifer J* Moos (2015/Hrsg.): Frauen – Männer – Queer. Ansätze und Perspektiven aus der historischen Genderforschung. St. Ingbert: Röhrig Universitätsverlag.
- Cullen, Jennifer M. / Lester W. Wright, jr. / Michael Alessandri (2002): The Personality Variable Openness to Experience as It Relates to Homophobia. In: Journal of Homosexuality, vol. 42, issue 4, S. 119–134.
- Datenreport (2016): Datenreport 2016. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Statistisches Bundesamt / Wissenschaftszentrum Berlin. Online unter: https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Datenreport/Downloads/Datenreport2016.pdf?__blob=publicationFile
- Decker, Frank / Bernd Henningsen / Kjetil Jakobsen (2015/Hrsg.): Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa. Die Herausforderung der Zivilgesellschaft durch alte Ideologien und neue Medien. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 2015.
- Decker, Oliver / Elmar Brähler / Norman Geißler (2006): Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland, Berlin.
- Decker, Oliver / Johannes Kiess / Elmar Brähler (2013): Rechtsextremismus der Mitte. Eine sozialpsychologische Gegenwartsdiagnose, Gießen.
- Decker, Oliver / Johannes Kiess / Elmar Brähler (2016/Hrsg.): Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland. Die Leipziger Mitte-Studie 2016. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Dieckmann, Janine (2017): Was ist Diskriminierung? – Über illegitime Ungleichbehandlung, Demokratie und Sand im Getriebe. In: Wissen schafft Demokratie. Schriftenreihe des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ), Jena, Heft 1, April 2017, S.150–167.
- Duckitt, J. (2001). A dual-process cognitive-motivational theory on ideology and prejudice. In: M. P. Zanna (Hrsg.): Advances in experimental social psychology, 33, San Diego, CA: Academic Press, S. 41–113.
- Eith, Ulrich / Gerd Mielke (2017): Gesellschaftlicher Strukturwandel und soziale Verankerung der Parteien, in Elmar Wiesendahl (Hrsg.): Parteien und soziale Ungleichheit, Wiesbaden, S. 39–16.
- Ekehammar, B. / N. Akrami / M. Gylje / I. Zakrisson (2004). What matters most to prejudice: Big five personality, social dominance orientation, or rightwing authoritarianism? European Journal of Personality, 18, S. 463–482.

- Fleig, Anne (2014/Hrsg.). Die Zukunft von Gender. Begriff und Zeitdiagnose. Frankfurt/New York: Campus.
- Freeden, Michael (1998a): Ideologies and Political Theory, Oxford 1998.
- Freeden, Michael (1998b) Is Nationalism a Distinct Ideology?, In: Political Studies, 46 (1998), S. 748–765.
- Fröhlich, Werner / Christian Ganser / Eva Köhler (2016): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Bayern. Forschungsbericht des Instituts für Soziologie der Ludwig-Maximilians-Universität München. Online unter: http://www.ls4.soziologie.uni-muenchen.de/forschung/aktuelle_forschungsprojekte/einstellungen2016/forschungsbericht_gmf_2016.pdf
- Gathmann, Florian (2016): Allensbach-Studie: Deutschland, Angstland. In: Spiegel Online, 07.09.2016, online unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/allensbach-studie-deutschland-hat-angst-a-1111132.html>
- Geiger, Theodor (1987): Die soziale Schichtung des deutschen Volkes. Soziographischer Versuch auf statistischer Grundlage. Nachdruck der Originalausgabe von 1932 Stuttgart: Ferdinand Enke.
- Geiges, Lars / Stine Marg / Franz Walter (2015): Pegida. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft? Bielefeld: Transcript Verlag.
- Geißler, Rainer (1996): Sozialstrukturforschung in der DDR – Erträge und Dilemmata. Eine kritische Bilanz zur Triebkraft-Debatte und Mobilitätsanalyse. In: Berliner Journal für Soziologie, 6. Jg., H. 4, S. 517–540.
- Geißler, Rainer (2014): Die Sozialstruktur Deutschlands. 7. Auflage. Wiesbaden: Springer VS.
- Geschke, Daniel (2017): Alle reden vom Hass. Was steckt dahinter? Eine Einführung. In: Wissen schafft Demokratie. Schriftenreihe des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ), Jena, Heft 1, April 2017, S.168–187.
- Geschlechtsidentität (2012): Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Geschlechtsidentität. Aus Politik und Zeitgeschichte (Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“), Heft 20–21/2012, 14. Mai 2012. Online unter: http://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/APuZ_2012-20-21_online_0.pdf
- Glaser, Michaela (2012): Rechtsextremismus – eine Begriffsdiskussion. Berlin: Kontaktstelle BIKnetz – Präventionsnetz gegen Rechtsextremismus.
- Grabka, Marcus M. / Westermeier, Christian (2014): Anhaltend hohe Vermögensungleichheit in Deutschland, in: DIW Wochenbericht Nr. 9/2014, Berlin: DIW.
- Grabka, Marcus M. / Westermeier, Christian (2015): Reale Nettovermögen der Privathaushalte in Deutschland sind von 2003 bis 2013 geschrumpft, in: DIW Wochenbericht Nr. 34/2015, Berlin: DIW.
- Grabka, Markus M. (2015): SOEP 2015 – Codebook for the \$PEQUIV File 1984-2015: CNEF Variables with Extended Income Information for the SOEP 343. SOEP — The German Socio-Economic Panel study at DIW, Berlin 2016 (SOEP Survey Papers no. 343). Online unter: <http://www.diw.de/soepsurveypapers>
- Grabka, Markus M. / Jan Goebel / Carsten Schröder / Jürgen Schupp (2016): Schrumpfender Anteil an BezieherInnen mittlerer Einkommen in den USA und Deutschland. DIW

- Wochenbericht 18/2016. In Englisch: Grabka, Markus M. / Jan Goebel / Carsten Schröder / Jürgen Schupp (2016): Shrinking Share of Middle-Income Group in Germany and the US. In: Janina Britzke / Jürgen Schupp (Hrsg.): SOEP Wave Report 2016. Berlin: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, S. 91– 102. Online unter https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.560446.de/wave_report_2016.pdf
- Groß, Martin (2008): Klassen, Schichten, Mobilität. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Gut Leben (2017): Gut Leben in Deutschland. Bericht der Bundesregierung zur Lebensqualität in Deutschland. Berlin. Online unter: <https://www.gut-leben-in-deutschland.de/SiteGlobals/PL/18795112>
- Hark, Sabine / Paula-Irene Villa (2016/Hrsg.): Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen. Bielefeld: transkript.
- Häusler, Alexander (2008/Hrsg.): Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“ – Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Heinze, Rolf G. (2011): Die erschöpfte Mitte. Zwischen marktbestimmten Soziallagen, politischer Stagnation und der Chance auf Gestaltung. Weinheim/München: Juventa.
- Hensel, Alexander / Roland Hiemann / Daniela Kallinich / Robert Lorenz / Robert Mueller-Stahl / Katharina Rahlf (2015/Hrsg.): Parteien, Protest und Populismus. (Jahrbuch des Göttinger Instituts für Demokratieforschung 2014) Stuttgart: ibidem-Verlag.
- Hertling, Thomas (2006): Homosexuelle Männlichkeit zwischen Diskriminierung und Emanzipation. Berlin [u.a.]: LIT Verlag.
- Heyder, Aribert / Julia Iser / Peter Schmidt (2005): Israelkritik oder Antisemitismus? Meinungsbildung zwischen Öffentlichkeit, Medien und Tabus. In: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Deutsche Zustände, Folge 3. 2. Auflage, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 144–165.
- Hillebrand, Ernst (2015/Hrsg.): Rechtspopulismus in Europa. Gefahr für die Demokratie? Bonn: Dietz.
- Ho, Arnold K.; Sidanius, Jim; Kteily, Nour; Sheehy-Skeffington, Jennifer; Pratto, Felicia; Henkel, Kristin E.; Foels, Rob; Stewart, Andrew L. (2015): The nature of social dominance orientation: Theorizing and measuring preferences for intergroup inequality using the new SDO₇ scale. In: Journal of Personality and Social Psychology. 109 (6): S. 1003–1028. Online abrufbar unter: doi:10.1037/pspi0000033.
- Holtmann, Everhard et al. (2015): Deutschland 25: Gesellschaftliche Trends und politische Einstellungen. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Homosexualität (2010): Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Homosexualität. Aus Politik und Zeitgeschichte (Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“), Heft 15–16/2010, 12. April 2012. Online unter: <http://www.bpb.de/system/files/pdf/J32BRH.pdf>
- Horn, Axel (2015): Menschen mit Migrationshintergrund: Ein Vergleich demographischer und bildungsstatistischer Ergebnisse des Zensus 2011 zu Personen aus Einwandererfamilien in Thüringen und Deutschland. In: Aufsätze aus den Monatsheften – Juni 2015 (Hrsg.: Thüringer Landesamt für Statistik), S. 1–25. Online unter: <http://www.statistik.thueringen.de/analysen/Aufsatz-06-2015.pdf>

- Hurz, Simon / Hakan Tanriverdi (2017): Der Facebook-Faktor: Filterblase? Selbst schuld! Süddeutsche Zeitung Online, 2. Mai 2017, <http://www.sueddeutsche.de/digital/facebook-filterblase-selbst-schuld-1.3479639>
- IAB (2016): IAB-Betriebspanel. Ostdeutschland. Ergebnisse der 21. Welle 2016, online verfügbar unter: http://www.beauftragte-neue-laender.de/BNL/Redaktion/DE/Downloads/Publikationen/panel-2016-welle.pdf?__blob=publicationFile&v=8
- Jaraus, Konrad H. (1999): Die gescheiterte Gegengesellschaft. Überlegungen zu einer Sozialgeschichte der DDR. In: Archiv für Sozialgeschichte 39 / 1999, S. 1–17.
- Jaschke, Hans-Gerd (1991): Streitbare Demokratie und innere Sicherheit. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Jesse, Eckhard (2013): Fundamentalkritik an der Konzeption der streitbaren Demokratie und am Extremismusbegriff – Auseinandersetzung mit differenzierter und plumper Kritik. In: Gerhard Hirscher / ders. (Hrsg.): Extremismus in Deutschland: Schwerpunkte, Vergleiche, Perspektiven, Baden-Baden, S. 505–526.
- Johnson, Marc E. / Christiane Brems / Pat Alford-Keating (1997): Personality Correlates of Homophobia. In: Journal of Homosexuality, vol. 34, issue 1, S. 57–69.
- Jonas, Klaus / Wolfgang Stroebe / Miles Hewstone (2014/Hrsg.): Sozialpsychologie. 6., vollständig überarbeitete Auflage. Berlin / Heidelberg: Springer.
- Katechismus der Katholischen Kirche (1997): Dittter Teil: Das Leben in Christus. Zweiter Abschnitt: Die zehn Gebote. Zweites Kapitel: „Du sollst Deinen nächsten lieben wie Dich selbst“. Artikel 6: Das sechste Gebot, II Berufung zur Keuschheit. Keuschheit und Homosexualität (2357–2359), online unter: http://www.vatican.va/archive/DEU0035/_P8B.HTM
- Kemper, Andreas (2014): Keimzelle der Nation? Familien- und geschlechterpolitische Positionen der AfD – eine Expertise. Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2014. Online unter: <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/10641-20140414.pdf> Und: Keimzelle der Nation – Teil 2. Wie sich in Europa Parteien und Bewegungen gegen Toleranz, Vielfalt und eine progressive Geschlechter- und Familienpolitik radikalieren. Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2014. Online unter: <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/11163.pdf>
- Kemper, Andreas (2015): „... die neurotische Phase überwinden, in der wir uns seit siebzig Jahren befinden“. Die Differenz von Konservatismus und Faschismus am Beispiel der „historischen Mission“ Björn Höckes (AfD). Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen, Jena, Mai 2015.
- Klemperer, Victor (1947): LTI. Notizbuch eines Philologen. Berlin: Aufbau-Verlag.
- Kodalle, Klaus-M. / Johannes Achatz (2012/Hrsg.): Populismus – unvermeidbares Element der Demokratie? (Kritisches Jahrbuch der Philosophie, Beiheft 10/2012) Würzburg: Königshausen & Neumann.
- Kreis, Joachim (2007): Zur Messung von rechtsextremer Einstellung. Probleme und Kontroversen am Beispiel zweier Studien. Berlin (Arbeitshefte aus dem Otto-Stamm-Zentrum, 12).
- Krell, Claudia / Kerstin Oldemeier (2017): Coming-out – und dann...?! Coming-out-Verläufe und Diskriminierungserfahrungen von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans* und queeren Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Deutschland. Opladen: Budrich.

- Kriesi, Hanspeter et al. (2006): Globalization and the transformation of the national political space: Six European countries compared, in: *European Journal of Political Research* 45(6), S. 921–956.
- Küpper, Beate / Andreas Zick (2005): Status, Dominanz und legitimierende Mythen: Eine kritische Bestandsaufnahme der Theorie der Sozialen Dominanz. In: *Zeitschrift für Politische Psychologie*, Jg. 13, H. 1/2, S. 31–51.
- Lampert, Thomas / Lars Eric Kroll (2014): Soziale Unterschiede in der Mortalität und Lebenserwartung. GBE Kompakt (Zahlen und Trends aus der Gesundheitsberichterstattung des Bundes), 2/2014. Berlin: Robert-Koch-Institut. Online unter: http://edoc.rki.de/series/gbe-kompakt/5-2/PDF/2_de.pdf
- Lengfeld, Holger (2017): Die „Alternative für Deutschland“: eine Partei für Modernisierungsverlierer? In: *KZfSS*, 69. Jg., Heft 2, S. 209–232.
- Lengfeld, Holger / Jessica Ordemann (2016): Die Angst der Mittelschicht vor dem sozialen Abstieg revisited. Eine Längsschnittanalyse 1984–2014, SOEPpapers 862, Berlin: DIW. Online abrufbar unter: http://www.diw.de/de/diw_02.c.298577.de/soeppapers.html
- Lengfeld, Holger / Jessica Ordemann (2017): Der Fall der Absrteigsangst, oder: Die mittlere Mittelschicht als sensibles Zentrum der Gesellschaft. Eine Trendanalyse 1984–2014. In: *Zeitschrift für Soziologie*, 46, Nr. 3, S. 167–184.
- LZpBBW (2015): Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.): Homophobie und Sexismus. Der Bürger im Staat. Heft 1–2015, 65. Jahrgang. Online unter: http://www.buergerimstaat.de/1_15/homophobie_sexismus.pdf
- Mau, Stefan (2014): Die Mittelschicht – das unbekanntes Wesen? In: *APuZ*, 64. Jahrgang, 49/2014, S. 3–10. Online unter: http://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/APuZ_2014-49_online.pdf
- Mau, Steffen (2012): *Lebenschancen. Wohin driftet die Mittelschicht?* Berlin: Suhrkamp.
- Miethe, Ingrid (2007): *Bildung und soziale Ungleichheit in der DDR. Möglichkeiten und Grenzen einer gegenprivilegierenden Bildungspolitik.* Opladen: VS Verlag.
- Mirbach, Thomas (2013): Rezension zu: Klaus-M. Kodalle / Johannes Achatz (2012/Hrsg.): *Populismus – unvermeidbares Element der Demokratie?* Würzburg, in: *Portal für Politikwissenschaft*, http://pw-portal.de/rezension/36192-populismus--unvermeidbares-element-der-demokratie_43696, veröffentlicht am 19.09.2013.
- Möller, Kurt (2017): Entwicklung und Ausmaß gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. In: Albert Scherr / Aladin El-Mafaalani / Emine Gökçen Yüksel (Hrsg.): *Handbuch Diskriminierung.* Wiesbaden: Springer VS, S. 425–447.
- Mudde, Cas (2004): The Populist Zeitgeist, in: *Government and Opposition*, 39 (2004) 3, S. 543.
- Müller, Jan-Werner (2016): *Was ist Populismus? Ein Essay.* Berlin, Originalausgabe, 1. Aufl., Suhrkamp.
- Müller-Meinigen, Julius (2016): Die neue Freiheit der Kirche: Papst Franziskus schlägt beim Thema Sex ein neues Kapitel für die katholische Kirche auf. Für den konservativen Flügel ist die neue Linie ein Albtraum. In: *ZEIT Online*, 8. April 2016, <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2016-04/papst-franziskus-amoris-laetitia-sex-liebe-katholische-kirche>

- Münkler, Herfried (2014): Die Entstehung des Mitte-Paradigmas in Politik und Gesellschaft. In: APuZ, 64. Jahrgang, 49/2014, S. 49–54. Online unter: http://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/APuZ_2014-49_online.pdf
- Neff, Benedict (2017): Muslime in Deutschland: Die schöne Welt von Bertelsmann. In: Neue Zürcher Zeitung Online, 03.09.2017. Online unter: <https://www.nzz.ch/amp/international/muslime-in-deutschland-die-schoene-welt-von-bertelsmann-ld.1313961>
- Niehues, Julia (2014): Die Mittelschicht – stabiler als gedacht. In: APuZ, 64. Jahrgang, 49/2014, S. 10–17. Online unter: http://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/APuZ_2014-49_online.pdf
- Noll, Heinz-Herbert / Stefan Weick (2011): Schichtzugehörigkeit nicht nur vom Einkommen bestimmt. Informationsdienst Soziale Indikatoren, Nr. 45. Online unter: <http://www.gesis.org/fileadmin/upload/forschung/publikationen/zeitschriften/isi/isi-45.pdf>
- OECD (2014): Focus on Inequality and Growth, online verfügbar unter: <https://www.oecd.org/els/soc/Focus-Inequality-and-Growth-2014.pdf>
- Otte, Gunnar (2004): Sozialstrukturanalysen mit Lebensstilen. Eine Studie zur theoretischen und methodischen Neuorientierung der Lebensstilforschung, Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften: Online-Ressource.
- Parrott, D. J. / H.E. Adams / A. Zeichner (2002): Homophobia: Personality and attitudinal correlates. In: Personality and Individual Differences, 32(7), S. 1269–1278.
- Pascoe, C.J. (2011): Dude, You're a Fag: Masculinity and Sexuality in High School. With a new preface (Neuaufgabe). Berkeley, CA: University of California Press.
- Peuckert, Rüdiger (2010): Schicht, soziale. In: Johannes Kopp / Bernhard Schäfers (Hrsg.): Grundbegriffe der Soziologie. 10. Auflage. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 249–253.
- Pollack, Detlef / Olaf Müller / Gergely Rosta / Anna Dieler (2016): Integration und Religion aus der Sicht von Türkeistämmigen in Deutschland. Repräsentative Erhebung von TNS Emnid im Auftrag des Exzellenzclusters „Religion und Politik“ der Universität Münster. Online unter: https://www.uni-muenster.de/imperia/md/content/religion_und_politik/aktuelles/2016/06_2016/studie_integration_und_religion_aus_sicht_turkeistae_mmiger.pdf
- Priester, Karin (2010), Fließende Grenzen zwischen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Europa. In: APuZ (2010) 44, S. 33–39.
- Priester, Karin (2016): Rechtspopulismus – ein umstrittenes theoretisches und politisches Phänomen. In: Fabian Virchow / Martin Langebach / Alexander Häusler (Hrsg.): Handbuch Rechtsextremismus. Wiesbaden: Springer VS, S. 533–560.
- Putnam, Robert D. (1976) The comparative study of political elites. Englewood Cliffs, New Jersey: Prentice-Hall.
- Quent, Matthias (2017): Vorurteilsgeleitete Radikalisierung als integratives Konzept öffentlicher Demokratieforschung. In: Wissen schafft Demokratie. Schriftenreihe des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ), Jena, Heft 1, April 2017, S.104–123.
- Rauchfleisch, Udo (2014): Transsexualität – Transidentität: Begutachtung, Begleitung, Therapie. 4., völlig überarb. Auflage. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht. Suhrkamp.

- Redersdorff, S. / S. Guimond (2006): Comparing oneself over time: The temporal dimension in social comparison. In: S. Guimond (Hrsg.): Social comparison and social psychology: Understanding cognition, intergroup relations, and culture. New York, US: Cambridge University Press, S. 76–96.
- Religionsmonitor (2013): Verstehen, was verbindet. Religiosität und Zusammenhalt in Deutschland (Autoren: Detlef Pollack / Olaf Müller). Gütersloh: Bertelsmann-Stiftung. Online unter: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/religionsmonitor-verstehen-was-verbindet-religiositaet-und-zusammenhalt-in-deutschland/>
- Religionsmonitor (2017) im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung; vorläufige Informationen und Vorab-Befunde online abrufbar unter: <http://www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/religionsmonitor/>
- Rössel, Jörg (2009): Sozialstrukturanalyse. Eine kompakte Einführung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Sachsen-Monitor (2016): Ergebnisbericht. dimap – das Institut für Markt- und Politikforschung GmbH, Bonn. Online unter: https://www.staatsregierung.sachsen.de/download/staatsregierung/Ergebnisbericht_Sachsen-Monitor_2016.pdf
- Salheiser, Axel (2009): Parteitreu, plangemäß, professionell? Rekrutierungsmuster und Karriereverläufe von DDR-Industriekadern. Wiesbaden: VS Verlag.
- Salheiser, Axel (2014): Links-Rechts-Selbstpositionierung und Assoziation von Bedeutungsinhalten der eigenen Position durch die Befragten. In: Heinrich Best / Katja Salomo: Güte und Reichweite der Messung des Rechtsextremismus im THÜRINGEN-MONITOR 2000 bis 2014. Expertise für die Thüringer Staatskanzlei. Erfurt, S. 48–55.
- Salheiser, Axel (2017): Weltoffen oder fremdenfeindlich? Die Einstellungen der Thüringer Bevölkerung gegenüber Asyl, Migration und Minderheiten. In: Wissen schafft Demokratie. Schriftenreihe des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ), Jena, Heft 1, April 2017, S. 60–71.
- Salzborn, Samuel (2010): Antisemitismus als negative Leitidee der Moderne. Sozialwissenschaftliche Theorien im Vergleich. Frankfurt am Main u.a.: Campus.
- Salzborn, Samuel (2011): Extremismus und Geschichtspolitik. In: Jahrbuch für Politik und Geschichte 2, S. 13–25. Online unter: http://www.salzborn.de/txt/2011_extremismus-und-geschichtspolitik.pdf
- Salzborn, Samuel (2014): Antisemitismus. Geschichte, Theorie, Empirie (= Interdisziplinäre Antisemitismusforschung. Bd. 1). Baden-Baden: Nomos.
- Salzborn, Samuel (2015): Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze. Bonn, Bundeszentrale für Politische Bildung.
- Schelsky, Helmut (1953): Wandlungen der deutschen Familie in der Gegenwart. Dortmund.
- Scherr, Albert / Aladin El-Mafaalani / Emine Gökçen Yüksel (2017/Hrsg.): Handbuch Diskriminierung. Wiesbaden: Springer VS.
- Scheuch, Erwin K. (1970): Sozialprestige und soziale Schichtung. (Unter Mitarbeit von Hansjürgen Daheim). In: D.V. Glass / René König (Hrsg.). Soziale Schichtung und soziale Mobilität. Sonderheft 5 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Opladen, S. 65–103.

- Schimank, Uwe, 2015: Lebensplanung!? Biografische Entscheidungspraktiken irritierter Mittelschichten. *Berliner Journal für Soziologie* 25: 7–31.
- Schmid, Bernhard (2006): *Der Krieg und die Kritiker. Die Realität im Nahen Osten als Projektionsfläche für Antideutsche, Antiimperialisten, Antisemiten und andere.* Münster: Unrast.
- Schroeder, Klaus / Monika Deutz-Schroeder (2015): *Gegen Staat und Kapital – für die Revolution! Linksextremismus in Deutschland – eine empirische Studie.* Frankfurt a.M.: Peter Lang.
- Schweizer, Katinka / Ralf Binswanger / Volkmar Sigusch (2012/Hrsg.): *Intersexualität kontrovers: Grundlagen, Erfahrungen, Positionen.* Gießen: Psychosozial Verlag.
- Seymour M. Lipset (1967): Der „Faschismus“, die Linke, die Rechte und die Mitte, in: Ernst Nolte (Hrsg.): *Theorien über den Faschismus*, Köln. S. 449–491.
- Sidanius, Jim / Felicia Pratto (1999). *Social Dominance: An Intergroup Theory of Social Hierarchy and Oppression.* New York: Cambridge University Press.
- Six, B. (2008). Soziale Dominanz und Diskriminierung. In L. E. Petersen / B. Six (Hrsg.), *Stereotype, Vorurteile und soziale Diskriminierung* (S. 172-183). Weinheim: Beltz.
- Solga, Heike (1995): *Auf dem Weg in eine klassenlose Gesellschaft? Klassenlagen und Mobilität zwischen Generationen in der DDR.* Berlin: Akademie Verlag.
- Sozialbericht (2017): *Sozialbericht 2017 der Bundesregierung.* Berlin: Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Online unter: http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen/a-101-17-sozialbericht-2017.pdf;jsessionid=5BA6B6EF5B35389C5608BEA02CEADCEC?__blob=publicationFile&v=2
- Statistisches Bundesamt (2017a): *Verdienste auf einen Blick*, online verfügbar unter: https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/VerdiensteArbeitskosten/Arbeitnehmerverdienste/BroschuereVerdiensteBlick0160013179004.pdf?__blob=publicationFile
- Statistisches Bundesamt (2017b): *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit: Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2016.* Online unter: https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/MigrationIntegration/Migrationshintergrund2010220167004.pdf?__blob=publicationFile
- Statistisches Bundesamt (2017c): *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit: Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Ergebnisse des Ausländerzentralregisters 2016.* Online unter: https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/MigrationIntegration/AuslaendBevoelkerung2010200167004.pdf?__blob=publicationFile
- Stein, Timo (2011): *Zwischen Antisemitismus und Israelkritik. Antizionismus in der deutschen Linken.* Wiesbaden: Springer.
- Stern (2017): *Umfrage: Große Mehrheit für "Ehe für alle".* In: STERN Online, Juli 2017. Online unter: <http://www.stern.de/politik/deutschland/stern-umfrage--grosse-mehrheit-fuer--ehe-fuer-alle--7523072.html>
- Stöss, Richard (2010): *Rechtsextremismus im Wandel.* Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin, S. 10–23.

- Sturm, Roland (2010): Rechtspopulismus. In: Dieter Nohlen, Hans-Olaf Schulze (Hrsg.): Lexikon der Politikwissenschaft. Band 2: N–Z. 4., aktualisierte und ergänzte Ausgabe. München: C.H. Beck, S. 887 ff.
- Thüringer Allgemeine Zeitung (2016): So viele Flüchtlinge kamen 2016 nach Thüringen, 16.12.2016, online verfügbar unter: <http://m.thueringer-allgemeine.de/web/mobil/leben/detail/-/specific/So-viele-Fluechtlinge-kamen-2016-nach-Thueringen-1687955776>
- Thüringer Landesamt für Statistik (2014): Nur 3,5 Prozent der Menschen in Thüringen haben einen Migrationshintergrund – niedrigster Wert aller Bundesländer, Pressemitteilung 153/2014, 11. Juni 2014, online verfügbar unter: http://www.statistik.thueringen.de/presse/2014/pr_153_14.pdf
- Thüringer Landesamt für Statistik (2017): Bildungsstand der Thüringer Bevölkerung anhaltend auf sehr hohem Niveau, Pressemitteilung 232/2017, 13. September 2017, online verfügbar unter: http://www.statistik.thueringen.de/presse/2017/pr_232_17.pdf
- Thüringer Landtag, Drucksache 6/3064 (21.11.2016): Antwort auf Kleine Anfrage – Abgelehnte Asylbewerber in Thüringen.
- Thüringer Landtag, Drucksache 6/3779 (20.04.2017): Antwort auf Kleine Anfrage – Abschiebungen in Thüringen.
- Vehrkamp, Robert / Christopher Wratil (2017): Die Stunde der Populisten? Populistische Einstellungen bei Wählern und Nichtwählern vor der Bundestagswahl 2017, Bertelsmann-Stiftung. Online unter: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/die-stunde-der-populisten/>
- Virchow, Fabian / Martin Langebach / Alexander Häusler (2016/Hrsg.): Handbuch Rechtsextremismus. Wiesbaden: Springer VS.
- Vogel, Berthold (2010): Wohlstandskonflikte und Unsicherheitsverschärfung: Die Mitte der Gesellschaft gerät unter Druck. In Hans-Georg Söffner (Hrsg.): Unsichere Zeiten – Herausforderungen gesellschaftlicher Transformationen. Verhandlungen des 34. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Jena 2008. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 157–168.
- Vogel, Lars (2016): Zwischen Übereinstimmung und Distanz. Politische Repräsentation in Deutschland als asymmetrische Beziehung von Repräsentationseliten und Bevölkerung. Dissertation, Jena.
- Voß, Heinz-Jürgen (2012): Intersexualität – Intersex: eine Intervention. Münster: Unrast-Verlag.
- Voß, Heinz-Jürgen (2014): Wenn rechtspopulistische Kreise gewinnen: Zu den Debatten um Sexualpädagogik und Antidiskriminierung. Online unter: <https://dasendedessex.de/wp-content/uploads/2014/12/Wenn-rechtspopulistische-Kreise-gewinnen-Sexualpaedagogik-Antidiskriminierung.pdf>
- Voßkuhle, Andreas (2015): Andreas Voßkuhle: Die Antwort auf die Krise liegt in der Mitte. In: Süddeutsche Zeitung Online, 11. Dezember 2015, Online unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/andreas-vosskuhle-die-antwort-auf-die-krise-liegt-in-der-mitte-1.2778572>
- Wagner, Gert G. (2016): Die Mär von der bröckelnden Mittelschicht. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 3. April 2016, S. 28.

- Wagner, Gert G. / Jan Göbel / Peter Krause / Rainer Pischner / Ingo Sieber (2008): Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP): Multidisziplinäres Haushaltspanel und Kohortenstudie für Deutschland – Eine Einführung (für neue Datennutzer) mit einem Ausblick (für erfahrene Anwender). In: AStA Wirtschafts- und Sozialstatistisches Archiv 2 (4), S. 301–328. Online unter: <http://link.springer.com/article/10.1007%2Fs11943-008-0050-y>
- Winkler, Joachim / H. Stolzenberg (1999): Der Sozialschichtindex im Bundesgesundheits-Survey. In: Gesundheitswesen, 61, Sonderheft 2, S.178–183. Online unter: <https://www.researchgate.net/publication/237266774>
- Winkler, Jürgen R. (2005): Persönlichkeit und Rechtsextremismus. In: Siegfried Schumann / Harald Schoen (Hrsg.): Persönlichkeit. Eine vergessene Größe der empirischen Sozialforschung. Wiesbaden: VS Verlag, S. 221–241.
- Wörterbuch der Marxistisch-Leninistischen Soziologie (1977), hrsg. von Georg Assmann u.a., Berlin (DDR).
- YouGov (2017): Mehrheit der Wähler deutscher Parteien akzeptiert Transgender – die der AfD zeigen sich gespalten. 10. Januar 2017, Online unter: <https://yougov.de/news/2017/01/10/mehrheit-der-wahler-deutscher-parteien-akzeptieren/>
- ZEW (2017): „Wohlstand für alle“ – Wie inklusiv ist die Soziale Marktwirtschaft? Erstellt vom Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung, August 2017. Online unter: http://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/NW_Soziogramm.pdf
- Zick, Andreas / Andreas Hövermann / Silke Jensen / Julia Bernstein / Nathalie Perl (2017): Jüdische Perspektiven auf Antisemitismus in Deutschland. Ein Studienbericht für den Expertenrat Antisemitismus. Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung, Universität Bielefeld, April 2017. Online unter: https://www.frankfurt-university.de/fileadmin/de/FRA-UAS/Verwaltung/Abteilungen/KOM/Studie_juedische_Perspektiven_Bericht_April2017.pdf
- Zick, Andreas / Beate Küpper (2015): Wut, Verachtung, Abwertung. Rechtspopulismus in Deutschland. Hrsg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Ralf Melzer und Dietmar Molthagen. Bonn: Dietz.
- Zick, Andreas / Beate Küpper (2016): Rechtsextreme und menschenfeindliche Einstellungen. In: Fabian Virchow / Martin Langebach / Alexander Häusler (Hrsg.): Handbuch Rechtsextremismus. Wiesbaden: Springer VS, S. 83–113.
- Zick, Andreas / Beate Küpper / Daniela Krause (2016/Hrsg.): Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016. Bonn: Dietz.
- Zuckermann, Moshe (2005): Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte: Antisemitismus – Antizionismus – Israelkritik. Göttingen: Wallstein.

Bisherige THÜRINGEN-MONITORE

THÜRINGEN-MONITOR 2000: Politische Kultur im Freistaat Thüringen. Drucksache des Thüringer Landtags 3/1106.

THÜRINGEN-MONITOR 2001: Jugend und Politik. Drucksache des Thüringer Landtags 3/1970 (auch veröffentlicht als: Dicke, Klaus et al. (2001): Jugend und Politik. Ergebnisse von zwei repräsentativen Befragungen 2001, Erfurt: Landeszentrale für politische Bildung.)

THÜRINGEN-MONITOR 2002: Familie und Politik. Drucksache des Thüringer Landtags 3/2882.

THÜRINGEN-MONITOR 2003: Einstellungen zur Demokratie. Drucksache des Thüringer Landtags 3/3765.

THÜRINGEN-MONITOR 2004: Gerechtigkeit und Eigenverantwortung. Einstellungen zur Reform des Sozialstaats. Drucksache des Thüringer Landtags 4/551.

THÜRINGEN-MONITOR 2005: 1990–2005: Das vereinigte Deutschland im Urteil der Thüringer. Drucksache des Thüringer Landtags 4/1347.

THÜRINGEN-MONITOR 2006: Thüringens Zukunft aus Bürgersicht: Erwartungen, Herausforderungen, Gestaltungsmöglichkeiten. Drucksache des Thüringer Landtags 4/2485.

THÜRINGEN-MONITOR 2007: Bildung in einer sich wandelnden Gesellschaft. Drucksache des Thüringer Landtags 4/3860.

THÜRINGEN-MONITOR 2008: Soziale Marktwirtschaft in Thüringen: Die Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger. Drucksache des Thüringer Landtags 4/4734.

THÜRINGEN-MONITOR 2010: Beziehungen und Verhältnis der Generationen in Thüringen. Drucksache des Thüringer Landtags 5/1120.

THÜRINGEN-MONITOR 2011: Staatsaufgaben und Staatsausgaben. Drucksache des Thüringer Landtags 5/3396.

THÜRINGEN-MONITOR 2012: Thüringen International: Weltoffenheit, Zuwanderung und Akzeptanz. Drucksache des Thüringer Landtags 5/5244.

THÜRINGEN-MONITOR 2013: „Wie leben wir? Wie wollen wir leben?“ – Zufriedenheit, Werte und gesellschaftliche Orientierungen der Thüringer Bevölkerung. Drucksache des Thüringer Landtags 5/7051.

THÜRINGEN-MONITOR 2014: Die Thüringer als Europäer. Drucksache des Thüringer Landtags 6/287.

THÜRINGEN-MONITOR 2015: Thüringen im 25. Jahr der deutschen Einheit. Drucksache des Thüringer Landtags 6/1347.

THÜRINGEN-MONITOR 2016: Gemischte Gefühle: Thüringen nach der „Flüchtlingskrise“. Drucksache des Thüringer Landtags 6/2989.

Alle bisherigen THÜRINGEN-MONITORE sind auf der Homepage der Thüringer Staatskanzlei unter <http://www.thueringen.de/th1/tsk/landesregierung/thueringenmonitor/> abrufbar.

Methoden-Glossar

Befragung, telefonische: Für den THÜRINGEN-MONITOR werden ausschließlich Festnetzanschlüsse angerufen, da Mobilfunknummern keine auf Thüringen begrenzte Flächenstichprobe zulassen. Die automatische Zufallsauswahl der Telefonnummern erfolgt aus einer Telefonnummernliste mit Thüringer Festnetzanschlüssen, die dem Befragungsinstitut von GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, Köln, zur Verfügung gestellt wurde. Diese Telefonnummernliste wird nach dem sogenannten Gabler-Häder-Design erstellt, zweimal jährlich aktualisiert und enthält sowohl im Telefonbuch eingetragene als auch nicht eingetragene Anschlüsse, die über ein Ortsnetz erreichbar sind. Befragt wird die Haushaltsperson, die zuletzt Geburtstag hatte („Last Birthday Method“). Außerdem werden bei der Gesprächsanbahnung auch Alter und Geschlecht erfragt, um die Quotierungsvorgaben (entsprechend demographischen Angaben des Thüringer Landesamtes für Statistik) zu erreichen. Im Anschluss an die Datenerhebung wird die Stichprobe nach Alter, Geschlecht, Bildung und Haushaltsgröße gewichtet (IPF-Gewichtung), um *Repräsentativität* zu erzielen. Eine besondere Herausforderung für die Befragungsforschung besteht im veränderten Telefonnutzungsverhalten und der schwierigen Erreichbarkeit bestimmter Befragtengruppen. Allerdings ist es bei *regionalen* Befragungen (wie dem THÜRINGEN-MONITOR) technisch derzeit noch nicht möglich, Mobilfunkanschlüsse zu kontaktieren, weil dafür z.B. der Aufenthaltsort der Mobilfunkteilnehmer_innen bestimmt werden müsste. Außerdem bietet eine Kombination von Festnetzanschlüssen und *Mobilfunknummern* bei (deutschlandweiten) politischen Befragungen nach derzeitigem Kenntnisstand keine wesentlichen Vorteile, die in einem angemessenen Verhältnis zum entstehenden Mehraufwand gegenüber der ausschließlichen Verwendung von Festnetzanschlüssen stehen (vgl. Hunsicker/Schroth 2014).

Faktorenanalyse: Multivariates statistisches Verfahren, bei dem die Multidimensionalität einer Liste von Variablen überprüft werden kann (vgl. Bortz/Schuster 2010). So können z.B. verschiedene Einstellungen einen gemeinsamen „Raum“ aufspannen und dabei auf unterschiedlichen Dimensionen verortet sein. Ein komplexes Phänomen, z. B. ein Einstellungssyndrom wie *Rechtsextremismus* oder „*Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit*“, kann demnach verschiedene Hauptdimensionen, Unterdimensionen etc. aufweisen.

Fehlertoleranz: beachtet den Stichprobenfehler für jeden Messwert, siehe *Konfidenzintervall*.

Grundgesamtheit: im THÜRINGEN-MONITOR die Gesamtheit der bei Bundestagswahlen wahlberechtigten Thüringer Wohnbevölkerung, über die sich – von den Befragungsergebnissen verallgemeinernd – Aussagen treffen lassen (vgl. *Repräsentativität*).

Irrtumswahrscheinlichkeit: auch α -Fehler, siehe *Konfidenzintervall*

Konfidenzintervall: Jeder in einer *repräsentativen* Befragung ermittelte Messwert (z.B. ein Anteilswert der Zustimmung zu einer Aussage) kann lediglich als *Schätzwert* für den jeweiligen Wert in der *Grundgesamtheit* behandelt werden, da immer ein *Stichprobenfehler* auftritt. Es lässt sich jedoch berechnen, in welchen Unter- und Obergrenzen der Wert in der Grundgesamtheit liegt, wenn von einer Irrtumswahrscheinlichkeit (α -Fehler) von maximal fünf Prozent ausgegangen wird (vgl. Gehring/Weins 2009). Es wird angenommen, dass sich in 95 Prozent aller theoretisch möglichen Stichproben Messwerte ergeben würden, deren Konfidenzintervalle den Wert in der Grundgesamtheit einschließen (vgl. Bortz/Schuster 2010: 92 ff.). Im Fall überlappender 95%-Konfidenzintervalle für zwei Stichprobenwerte bezeichnet man den Unterschied zwischen zwei Messwerten als „*nicht signifikant*“; d.h. der in der Stichprobe gemessene Unterschied kann nicht für die Grundgesamtheit angenommen werden. Für eine Schätzung mit möglichst engen Konfidenzintervallen sind in sozialwissenschaftlichen Befragungen *Stichproben* mit $n \geq 1.000$ Befragten üblich. Unter- und Obergrenzen von 95-Prozent-Konfidenzintervallen für arithmetische Mittelwerte werden in diesem Gutachten als „95%-KI low“ und „95%-KI high“ ausgewiesen.

Korrelation: Der statistische Zusammenhang zwischen (mindestens) zwei Variablen, der im THÜRINGEN-MONITOR meist in Kreuztabellen oder Grafiken abgebildet wird, lässt sich auch in sogen. Assoziationsmaßen oder Korrelationskoeffizienten quantifizieren (vgl. Benninghaus 2007, Gehring/Weins 2009). Im THÜRINGEN-MONITOR dargestellte und diskutierte Variablenzusammenhänge und Merkmalsunterschiede zwischen Untersuchungsgruppen werden dabei auf ihre *Signifikanz* überprüft. Eine statistische Korrelation kann ein *Hinweis* auf einen Kausalzusammenhang sein, die tatsächliche Ursache-Wirkungs-Beziehung muss aber theoretisch gut begründbar und plausibel sein; beispielsweise sollte die Ursache der Wirkung nachweisbar zeitlich vorausgehen usw. Außerdem sind Drittvariableneinflüsse zu kontrollieren, um Scheinkorrelationen und Verzerrungen auszuschließen (z.B. in multivariaten Verfahren wie der *Regression*).

Median: „Zentralwert“, der in der Mitte einer nach Größe geordneten Wertereihe steht.

OLS: Ordinary Least Squares (dt.: Methode der kleinsten Quadrate) statistisches Schätzverfahren, das in der *linearen Regression* zur Schätzung der Regressionskonstante und der der Regressionskoeffizienten dient.

Regression, binomiale logistische: Statistisches Verfahren, bei dem die Einflüsse mehrerer erklärender Merkmale (unabhängige Variablen bzw. Prädiktoren) auf ein zu erklärendes Merkmal (abhängige Variable) gleichzeitig berechnet und die gegenseitige Beeinflussung von Variablen kontrolliert werden können. Anders als bei der *multiplen linearen Regression* hat das zu erklärende Merkmal (die abhängige Variable) kein metrisches Skalenniveau, sondern ist dichotom, d.h. binär (0/1) codiert. Der Effektkoeffizient Exp. (B) eines erklärenden Merkmals (unabhängige Variable) kann als Faktor interpretiert werden, um den das Vorliegen dieses Merkmals die „Wahrscheinlichkeit“ des Eintretens (odd) der Ausprägung „1“ der abhängigen Variable erhöht oder senkt (vgl. Bortz/Schuster 2010, Diaz-Bone 2006).

Regression, multiple lineare: Statistisches Verfahren, bei dem die Einflüsse mehrerer erklärender Merkmale (unabhängige Variablen) auf ein zu erklärendes Merkmal (abhängige Variable mit metrischem bzw. pseudometrischem Skalenniveau) gleichzeitig berechnet und die gegenseitige Beeinflussung von Variablen kontrolliert werden können. Der multiplen linearen Regression liegt ein „Kausalmodell“ zugrunde, in dem *Annahmen* über einen linearen Ursachen-Wirkungs-Zusammenhang zwischen den unabhängigen Variablen und der abhängigen Variable formuliert werden. Die berechneten Regressionskoeffizienten geben die jeweiligen „Nettoeffektstärken“ der erklärenden Variablen (Prädiktoren) an. Ein positiver Regressionskoeffizient signalisiert die verstärkende Wirkung einer unabhängigen Variable auf die Ausprägung der abhängigen Variable, ein negativer Regressionskoeffizient eine abschwächende Wirkung (vgl. Bortz/Schuster 2010, Diaz-Bone 2006).

Repräsentativität: bedeutet, dass die Stichprobe ein möglichst maßstabsgerechtes, verkleinertes Abbild der Grundgesamtheit (im THÜRINGEN-MONITOR: bei Bundestagswahlen wahlberechtigte Thüringer Wohnbevölkerung) darstellt, das es erlaubt, aufgrund der Befragungsergebnisse von der Stichprobe auf die Grundgesamtheit zu verallgemeinern (Schnell/Hill/Esser 2011). Dieser sogenannte „inferenzstatistische Schluss“ bedarf der Schätzung des sogenannten „Stichprobenfehlers“ für alle erhobenen Stichprobendaten und der Berechnung von *Signifikanzen* und *Konfidenzintervallen*. Für eine Schätzung mit möglichst engen Konfidenzintervallen sind in sozialwissenschaftlichen Befragungen *Stichproben* mit $n \geq 1.000$ Befragten üblich.

Signifikanz: geringe *Irrtumswahrscheinlichkeit* (α -Fehler bei höchstens fünf Prozent), siehe *Konfidenzintervall*, *Repräsentativität*. Wenn die jeweilige statistische Berechnung ein *signifikantes* Ergebnis (Unterschied zw. Messwerten, Effektstärke in statistischen Modellen usw.) ausweist, heißt das, dass die Irrtumswahrscheinlichkeit (α -Fehler) so gering ist, dass das aufgrund der Befragungsdaten errechnete Ergebnis nicht „zufällig“ ist, sondern auf die *Grundgesamtheit* verallgemeinert werden kann.

Stichprobe: vgl. Befragung

Zusammenhang, bivariater: vgl. Korrelation

Literaturempfehlungen zu Methoden / Statistik:

Benninghaus, Hans (2007): Deskriptive Statistik. Eine Einführung für Sozialwissenschaftler. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften.

Bortz, Jürgen / Christof Schuster (2010): Statistik für Human- und Sozialwissenschaftler. 7., vollst. überarb. und erw. Auflage. Berlin: Springer.

Diaz-Bone, Rainer (2006): Statistik für Soziologen. Konstanz: UVK.

Gehring, Uwe W. / Cornelia Weins (2009): Grundkurs Statistik für Politologen und Soziologen. Wiesbaden: VS-Verlag.

Hunsicker, Stefan / Yvonne Schroth (2014): Dual-Frame-Ansatz in politischen Umfragen. Arbeitspapiere der Forschungsgruppe Wahlen. Nr. 2 – April 2014. Mannheim.

Schnell, Rainer / Paul B. Hill / Elke Esser (2011): Methoden der empirischen Sozialforschung. 10., aktualisierte Auflage. München, Wien: Oldenbourg Verlag.

Anhang 1: Einkommensverteilung und soziale Schichten

Nettoäquivalenzeinkommens-Obergrenzen⁹⁴ aufgrund gültiger Angaben zum monatlichen Haushalts-Nettoeinkommens (in Euro)

(Berechnung ohne Imputation fehlender Werte; vgl. Kapitel III.1)

aufgrund vorhandener Angabe zum monatl. Haushalts-Nettoeinkommen (gruppiert)		arithm. Mittelwert	95%-KI low	95%-KI high	Median
Gesamt (n=881)		1838,29	1786,88	1889,72	2000,00
Erwerbstätigkeit	erwerbstätig	2076,73	1997,66	2155,81	2000,00
	– in Vollzeit	2182,81	2093,90	2271,72	2000,00
	– in Teilzeit	1666,66	1520,83	1812,50	1666,67
	in Ausbildung	1527,97	1338,74	1717,20	1500,00
	arbeitslos	956,63	810,72	1102,54	935,73
	übrige Nicht-Erwerbstät.	1676,47	1610,81	1742,12	2000,00
Berufsgruppe	Arbeiter	1783,24	1681,64	1884,85	2000,00
	einf.-mittl. Angest./Beamte	2065,03	1952,52	2177,55	2000,00
	höh.-leit. Angest./Beamte	2632,31	2294,56	2970,06	2000,00
	Landw./Selbst./Freib.	2574,97	2248,29	2901,65	2000,00
Bildung	unter 10. Klasse	1585,23	1503,53	1666,93	2000,00
	10. Klasse	1819,81	1753,98	1885,64	2000,00
	Abitur	1899,85	1713,43	2086,28	2000,00
	(Fach-)Hochschulabschluss	2313,34	2144,07	2482,61	2000,00
Alter	18-24 Jahre	1637,51	1465,26	1809,76	1600,00
	25-34 Jahre	1897,38	1762,33	2032,44	2000,00
	35-44 Jahre	1808,27	1627,18	1989,36	1666,67
	45-59 Jahre	2018,67	1911,09	2126,24	2000,00
	60 Jahre und älter	1737,75	1667,64	1807,86	2000,00
Geschlecht	männlich	1902,22	1822,74	1981,69	2000,00
	weiblich	1774,40	1709,36	1839,44	2000,00
Geschlecht: nur Erwerbstätige	männlich	2255,71	2132,36	2379,06	2000,00
	weiblich	1907,79	1811,86	2003,71	2000,00

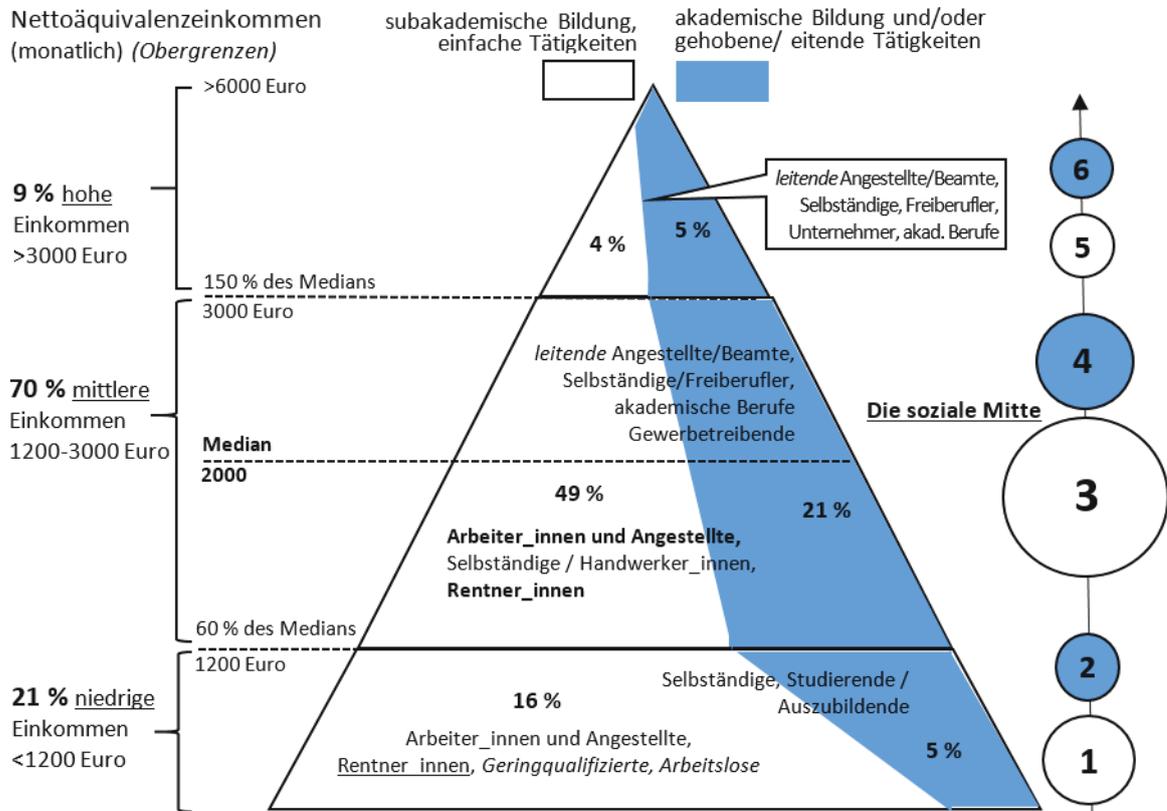
94 Das (monatliche) **Nettoäquivalenzeinkommen** wird wie folgt berechnet (vgl. Geißler 2014: 72, Datenreport 2016: 170, ARB 2017): Das Haushaltsnettoeinkommen wird durch die gewichtete Anzahl im Haushalt lebenden Personen geteilt, wobei für die befragte Person der Gewichtungsfaktor 1, für jede weitere erwachsene Person der Gewichtungsfaktor 0,5 und für jedes Kind (bis 14 Jahre) der Gewichtungsfaktor 0,3 gilt. Da (im Unterschied zu in der Sozialstatistik üblichen Einkommensstichproben bzw. im Mikrozensus oder im Sozio-oekonomischen Panel) das Haushaltsnettoeinkommen im THÜRINGEN-MONITOR nur in Klassen abgefragt werden, handelt es sich hier um die Obergrenzen der Nettoäquivalenzeinkommen, also um die maximal erzielten monatlichen Nettoeinkommen pro Befragte r . Die Höhe und Anteile unterer Einkommen werden dadurch tendenziell überschätzt, die Höhe der oberen Einkommen hingegen unterschätzt, da bei letzteren zur Berechnung eine Obergrenze von 6000 Euro festgelegt wurde. Des Weiteren wird im THÜRINGEN-MONITOR zwar die Zahl der Kinder unter 18 abgefragt, es ist aber nicht erkennbar, ob diese Kinder tatsächlich im eigenen Haushalt wohnen (z.B. im Falle von getrenntlebenden Eltern) und inwieweit es sich auch um Kinder unter 15 Jahren handelt. Um jedoch zu verhindern, dass Nettoäquivalenzeinkommen von Befragten mit Kindern stark unterschätzt werden, wurde der Gewichtungsfaktor für Kinder auf 0,3 festgelegt. Informationen darüber, ob die befragte Person Allein- oder Hauptverdiener_in ist bzw. wie viele Personen im Haushalt eigene Einkommen erzielen, liegen nicht vor. Die Haushaltseinkommensangaben für Befragte des THÜRINGEN-MONITORS in den folgenden Darstellungen verstehen sich folglich als **Schätzungen**.

Beurteilung der sozialen Lage nach Nettoäquivalenzeinkommen (gruppiert)
(ohne Imputation fehlender Werte; vgl. Kapitel III.1)

	Einkommen			gesamt
	niedrig	mittel	hoch	
Einkünfte ermöglichen Bildung v. Spareinlagen				
nein	77 %	43 %	14 %	48 %
ja	23 %	57 %	86 %	52 %
gesamt	100 %	100 %	100 %	100 %
Gerechter Anteil zum Leben				
weniger	62 %	53 %	24 %	53 %
gerechter Anteil und mehr	38 %	47 %	76 %	47 %
gesamt	100 %	100 %	100 %	100 %
„Es ärgert mich, dass es Anderen in der Gesellschaft besser geht als mir.“				
Ablehnung	68 %	79 %	90 %	77 %
Zustimmung	32 %	21 %	10 %	23 %
gesamt	100 %	100 %	100 %	100 %
„Es macht mir Sorgen, durch die gesellschaftliche Entwicklung immer mehr auf die Verliererseite des Lebens zu geraten.“				
Ablehnung	39 %	69 %	84 %	62 %
Zustimmung	61 %	31 %	16 %	38 %
gesamt	100 %	100 %	100 %	100 %
„Ich fühle mich zunehmend von der Gesellschaft ausgeschlossen.“				
Ablehnung	77 %	90 %	95 %	86 %
Zustimmung	23 %	10 %	5 %	14 %
gesamt	100 %	100 %	100 %	100 %
Erwartete zukünftige finanzielle Situation				
schlechter	36 %	31 %	26 %	32 %
gleich	27 %	34 %	29 %	35 %
besser	36 %	35 %	45 %	33 %
gesamt	100 %	100 %	100 %	100 %
Erwartete zukünftige Situation der nächsten Generation				
schlechter	60 %	59 %	63 %	58 %
gleich	12 %	11 %	11 %	14 %
besser	28 %	30 %	25 %	28 %
gesamt	100 %	100 %	100 %	100 %

Einfaches Schichtmodell nach Tätigkeit, Bildung und Einkommen

(ohne Imputation fehlender Werte für Nettoäquivalenzeinkommen; vgl. Kapitel III.1)
 (für n=878*; mit häufigen bzw. typischen Berufstätigkeiten)



*d.h. 85% der Befragten (aufgrund vorhandener Angabe zum monatl. Haushalts-Nettoeinkommen (gruppiert))

Anmerkung: als *akademische Bildung* gelten Hoch- und Fachschulabschlüsse.

Bei Rentner_innen wurden – soweit möglich – ehemalige Berufstätigkeiten berücksichtigt.

Beispiele für *einfache* Tätigkeiten: Lieferantin, Altenpfleger, Arbeiter in einer Metallfabrik, Kassiererin, Leiharbeiterin

Beispiele für *gehobene/leitende* Tätigkeiten: Abteilungsleiterin, Zahnärztin, Filialleiterin, Bereichsleiter, Hochschullehrerin, Anwalt, Bauingenieur, Firmeninhaber, Serviceleiter

Anhang 2: Subjektive Schichteinordnung

Subjektive Schichteinordnung I., Welcher Schicht rechnen Sie sich selbst eher zu? “ (nach ALLBUS-Frage)⁹⁵ (vgl. Kapitel III.5)

	Unterschicht (n=54, d.h. 5 %)	Arbeiterschicht (n=372, d.h. 37 %)	Mittelschicht (n=539, d.h. 53 %)	obere Mittelschicht / Oberschicht (n=53, d.h. 5 %; davon n=4 „Oberschicht“)	Gesamt
Haushaltsnettoeinkommen (monatlich), klassiert, in %					
1 unter 500 Euro	19 %	0 %	3 %	8 %	3 %
2 501 bis 1.000 Euro	40 %	13 %	9 %	6 %	12 %
3 1.001 bis 2.000 Euro	37 %	53 %	34 %	4 %	39 %
4 2.001 bis 3.000 Euro	4 %	24 %	27 %	25 %	25 %
5 3.001 bis 4.000 Euro	-	4 %	18 %	13 %	12 %
6 4.001 bis 5.000 Euro	-	4 %	5 %	10 %	5 %
7 5.001 Euro oder mehr	-	1 %	4 %	33 %	4 %
gesamt	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %
Einkommensklassen 1-7: Median	2	3	4	5	3
arithm. Mittelwert	2,26	3,35	3,78	4,93	3,60
95%-KI low	2,24	3,24	3,66	4,37	3,52
95%-KI high	2,49	3,46	3,90	5,49	3,69
Nettoäquivalenzeinkommens-Obergrenzen (monatlich) – Schätzung – in Euro					
arithm. Mittelwert	1000,96	1707,02	1942,56	2550,96	1838,29
95%-KI low	866,87	1639,10	1875,27	2197,44	1786,88
95%-KI high	1135,05	1774,95	2011,85	2904,48	1889,72
Median	869,57	2000,00	2000,00	2708,87	2000,00
ANTEIL SUBJEKTIV DEPRIVIERTER in %					
	96 %	44 %	19 %	-	31 %
Individuelle finanzielle Situation in %					
schlecht	81 %	37 %	14 %	8 %	26 %
gut	19 %	63 %	86 %	92 %	74 %
gesamt	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %
Einkünfte ermöglichen Bildung v. Spareinlagen in %					
nein	100 %	62 %	35 %	19 %	48 %
ja	-	38 %	65 %	81 %	52 %
gesamt	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %
Zufriedenheit mit Lebensstandard in %					
unzufrieden	48 %	9 %	4 %	-	8 %
zufrieden	52 %	91 %	96 %	100 %	92 %
gesamt	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %
Gerechter Anteil zum Leben in %					
weniger	76 %	71 %	43 %	15 %	53 %
gerechter Anteil und mehr	24 %	29 %	57 %	85 %	47 %
gesamt	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %
„Es ärgert mich, dass es Anderen in der Gesellschaft besser geht als mir.“ in %					
Ablehnung	53 %	71 %	82 %	96 %	77 %
Zustimmung	47 %	29 %	18 %	4 %	23 %
gesamt	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %
„Es macht mir Sorgen, durch die gesellschaftliche Entwicklung immer mehr auf die Verliererseite des Lebens zu geraten.“ in %					
Ablehnung	15 %	53 %	71 %	94 %	62 %
Zustimmung	85 %	47 %	29 %	6 %	38 %
gesamt	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %
„Ich fühle mich zunehmend von der Gesellschaft ausgeschlossen.“ in %					
Ablehnung	54 %	81 %	91 %	94 %	86 %
Zustimmung	46 %	19 %	9 %	6 %	14 %
gesamt	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %
Bildung in %					
unter Abitur	98 %	91 %	70 %	26 %	77 %
Abitur und höher	2 %	9 %	30 %	74 %	23 %
gesamt	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %
Erwerbstätigkeit in %					
erwerbstätig	18 %	46 %	46 %	63 %	45 %
in Ausbildung	2 %	2 %	6 %	17 %	5 %
arbeitslos	29 %	1 %	1 %	-	2 %
übrige Nicht-Erwerbstät.	51 %	51 %	47 %	19 %	47 %
gesamt	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %
Berufsgruppe in %					
Arbeiter	58 %	55 %	25 %	-	36 %
einf.-mittl. Angest./Beamte	42 %	39 %	53 %	45 %	47 %
höh.-leit. Angest./Beamte	-	2 %	11 %	36 %	9 %
Landw./Selbst./Freib.	-	5 %	11 %	18 %	9 %
gesamt	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %

⁹⁵ Schichteinordnung abgelehnt: 9 Personen, weiß nicht / keine Angabe: 5 Personen; d.h. ca. 1 Prozent.

Subjektive Schichteinordnung II

„Wir haben hier eine Skala, die von unten nach oben verläuft; 0 ist ganz unten, 10 ganz oben. Wenn Sie an sich selbst denken: Wo auf dieser Skala würden Sie sich selbst einordnen?“⁹⁶ (vgl. Kapitel III.5)

	0-3 unten (n=103, d.h. 10 %)	4-5 untere Mitte (n=434, d.h. 43 %)	6-7 obere Mitte (n=386, d.h. 38 %)	8-10 oben (n=97, d.h. 10 %)	Gesamt
Haushaltsnettoeinkommen (monatlich), klassiert, in %					
1 unter 500 Euro	10 %	3 %	2 %	3 %	3 %
2 501 bis 1.000 Euro	42 %	10 %	10 %	2 %	12 %
3 1.001 bis 2.000 Euro	31 %	48 %	36 %	20 %	39 %
4 2.001 bis 3.000 Euro	16 %	27 %	22 %	34 %	25 %
5 3.001 bis 4.000 Euro	1 %	7 %	18 %	17 %	12 %
6 4.001 bis 5.000 Euro	-	4 %	6 %	10 %	5 %
7 5.001 Euro oder mehr	-	1 %	6 %	13 %	4 %
gesamt	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %
Einkommensklassen 1-7: Median	2	3	4	4	3
arithm. Mittelwert	2,60	3,42	3,84	4,45	3,60
95%-KI low	2,39	3,31	3,69	4,13	3,52
95%-KI high	2,81	3,53	3,98	4,76	3,69
Nettoäquivalenzeinkommens-Obergrenzen (monatlich) – Schätzung – in Euro					
arithm. Mittelwert	1184,70	1714,61	2017,21	2313,64	1838,29
95%-KI low	1060,04	1653,43	1929,78	2110,41	1786,88
95%-KI high	1309,37	1775,78	2104,63	2516,87	1889,72
Median	1000,00	2000,00	2000,00	2000,00	2000,00
ANTEIL SUBJEKTIV DEPRIVIERTER in %					
	86 %	36 %	17 %	14 %	31 %
Individuelle finanzielle Situation in %					
schlecht	88 %	29 %	9 %	11 %	26 %
gut	12 %	71 %	91 %	89 %	74 %
gesamt	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %
Einkünfte ermöglichen Bildung v. Spareinlagen in %					
nein	88 %	57 %	33 %	26 %	48 %
ja	12 %	43 %	67 %	74 %	52 %
gesamt	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %
Zufriedenheit mit Lebensstandard in %					
unzufrieden	31 %	6 %	3 %	6 %	8 %
zufrieden	69 %	94 %	97 %	94 %	92 %
gesamt	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %
Gerechter Anteil zum Leben in %					
weniger	83 %	62 %	40 %	36 %	53 %
gerechter Anteil und mehr	17 %	38 %	60 %	64 %	47 %
gesamt	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %
„Es ärgert mich, dass es Anderen in der Gesellschaft besser geht als mir.“ in %					
Ablehnung	52 %	76 %	84 %	84 %	77 %
Zustimmung	48 %	24 %	16 %	16 %	23 %
gesamt	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %
„Es macht mir Sorgen, durch die gesellschaftliche Entwicklung immer mehr auf die Verliererseite des Lebens zu geraten.“ in %					
Ablehnung	26 %	57 %	72 %	82 %	62 %
Zustimmung	74 %	43 %	28 %	18 %	38 %
gesamt	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %
„Ich fühle mich zunehmend von der Gesellschaft ausgeschlossen.“ in %					
Ablehnung	50 %	88 %	93 %	89 %	86 %
Zustimmung	50 %	12 %	7 %	11 %	14 %
gesamt	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %
Bildung in %					
unter Abitur	85 %	82 %	72 %	60 %	77 %
Abitur und höher	15 %	18 %	28 %	40 %	23 %
gesamt	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %
Erwerbstätigkeit in %					
erwerbstätig	26 %	39 %	54 %	58 %	45 %
in Ausbildung	10 %	3 %	8 %	3 %	5 %
arbeitslos	13 %	2 %	1 %	1 %	2 %
übrige Nicht-Erwerbstät.	51 %	56 %	37 %	38 %	47 %
gesamt	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %
Berufsgruppe in %					
Arbeiter	46 %	50 %	29 %	14 %	36 %
einf.-mittl. Angest./Beamte	50 %	36 %	50 %	61 %	47 %
höh.-leit. Angest./Beamte	2 %	4 %	13 %	14 %	9 %
Landw./Selbst./Freib.	2 %	11 %	8 %	11 %	9 %
gesamt	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %

⁹⁶ weiß nicht / keine Angabe: 11 Personen, d.h. ca. 1 Prozent.

Anhang 3: Tabellarische Übersichten

- A 1 Thüringen: Vergleich mit westdeutschen Bundesländern
 - A 2 Wirtschaftliche Lage Thüringens besser als in anderen ostdeutschen Bundesländern
 - A 3 Identifikation als Thüringer(in), Ostdeutsche(r), Deutsche(r) oder Europäer(in)
 - A 4 Wirtschaftliche Lage Thüringens
 - A 5 Subjektive Schichteinordnung (Skala 0–10)
 - A 6 Subjektive Schichteinordnung (mit Antwortvorgaben)
 - A 7 Eigene finanzielle Situation
 - A 8 Zukünftige finanzielle Situation
 - A 9 Gerechter Anteil zum Leben
 - A 10 Einschätzung Vereinigung Deutschlands
 - A 11 Persönliche Benachteiligung durch ostdeutsche Herkunft
 - A 12 Dilemma: Freiheit oder Gleichheit?
 - A 13 Dilemma: Freiheit oder Sicherheit?
 - A 14 Interesse an Politik
 - A 15 Demokratie als beste Staatsidee
 - A 16 Zufriedenheit mit Demokratie in Deutschland
 - A 17 Möglichkeiten politischer Beteiligung
 - A 18 Gerechtigkeitsempfinden
 - A 19 Einschätzung Gerechtigkeit der Gesellschaftsordnung
 - A 20 Einschätzung Gerechtigkeit in Thüringen
 - A 21 Gegensatz zwischen Arm und Reich
 - A 22 Chancen des sozialen Aufstiegs (allgemein)
 - A 23 Chancen des sozialen Aufstiegs (Bildung)
 - A 24 Chancen des sozialen Aufstiegs (soziale Herkunft)
 - A 25 Chancen des sozialen Aufstiegs (Leistungsbereitschaft)
 - A 26 Chancen des sozialen Aufstiegs (Geschlecht)
 - A 27 Chancen des sozialen Aufstiegs (Ost-/West-Herkunft)
 - A 28 Institutionenvertrauen: Bundesregierung
 - A 29 Institutionenvertrauen: Landesregierung
 - A 30 Institutionenvertrauen: Gerichte
 - A 31 Institutionenvertrauen: Polizei
 - A 32 Institutionenvertrauen: Bundestag
 - A 33 Institutionenvertrauen: Landtag
 - A 34 Institutionenvertrauen: Thüringer Unternehmer_innen
 - A 35 Überfremdung der Bundesrepublik
 - A 36 Ausländer wollen Sozialstaat ausnutzen
-

- A 37 Wertvolles und unwertes Leben
 - A 38 Ausländer sollten Ehepartner unter Landsleuten auswählen
 - A 30 Durchsetzen deutscher Interessen notwendig
 - A 40 Diktatur unter Umständen bessere Staatsform
 - A 41 Selbstwirksamkeit: Einfluss auf Handeln der Regierung
 - A 42 Eigenes Einschätzungsvermögen politischer Fragen
 - A 43 Parteien nur an Wählerstimmen interessiert
 - A 44 Haltlosigkeit durch Gesellschaftswandel
 - A 45 Bedrohung durch Kriminalität im Alltag
 - A 46 Hartes Vorgehen gegen Außenseiter und Nichtsteuer
 - A 47 Überlegenheit mancher Gruppen von Menschen
 - A 48 Über andere hinwegsetzen, um voranzukommen
 - A 49 Rückkehr zur sozialistischen Ordnung
 - A 50 Juden ziehen Vorteile aus ihrem Opferstatus
 - A 51 Staat soll sich weniger einmischen
 - A 52 Vernachlässigung der Bürgerpflichten bei Nichtwahl
 - A 53 Bereitschaft, zugunsten des Tierschutzes höhere Preise zu zahlen
 - A 54 Ärger, dass es Anderen besser geht
 - A 55 Einkünfte ermöglichen keine Ersparnisse
 - A 56 Zunehmender Ausschluss aus Gesellschaft
 - A 57 Anerkennung und Wertschätzung durch gesellschaftliches Engagement
 - A 58 Gesellschaftlicher Respekt und Wertschätzung gegenüber Beruf
 - A 59 Sorge: Anstieg von Gewalt und Kriminalität
 - A 60 Sorge: Terroranschläge in Deutschland
 - A 61 Sorge: Zahl der Asylsuchenden und Migrant_innen wird zu groß
 - A 62 Sorge: Verwicklung in militärische Konflikte
 - A 63 Sorge: Unzureichende Alterssicherung
 - A 64 Sorge: Gefährdung des gesellschaftlichen Zusammenhalt
 - A 65 Allgemeine Lebenszufriedenheit
 - A 66 Zufriedenheit: Persönlicher Lebensstandard
 - A 67 Zufriedenheit: Privates Umfeld
 - A 68 Zufriedenheit: Gesundheit
 - A 69 Zufriedenheit: Berufliche Situation
 - A 70 Zufriedenheit: Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben
 - A 71 Einschätzung der persönlichen Zukunft
 - A 72 Einschätzung der Lebenslage der nächsten Generation
 - A 73 Sicherheitsempfinden: Familie
 - A 74 Sicherheitsempfinden: Staatliche Einrichtungen
 - A 75 Sicherheitsempfinden: Religion
-

- A 76 Sicherheitsempfinden: Arbeit und Beruf
 - A 77 Politische Partizipation: An einen Politiker wenden
 - A 78 Politische Partizipation: Teilnahme an Unterschriftensammlung
 - A 79 Politische Partizipation: Mitarbeit in politischer Partei
 - A 80 Politische Partizipation: Mitarbeit in Bürgerinitiative
 - A 81 Politische Partizipation: Teilnahme an genehmigter Demonstration
 - A 82 Politische Partizipation: Teilnahme an nicht genehmigter Demonstration
 - A 83 Politische Partizipation: Für Ziele auch mit Gewalt kämpfen
 - A 84 Politische Partizipation: Demonstration für Europa
 - A 85 Politische Partizipation: Ehrenamtliches Engagement
 - A 86 Bei Israels Politik ist es verständlich, dass man etwas gegen Juden hat
 - A 87 Langzeitarbeitslose machen sich auf Kosten anderer ein schönes Leben
 - A 88 Sorge: Durch gesellschaftliche Entwicklung auf Verliererseite zu geraten
 - A 89 In diesen Zeiten braucht es eine starke Hand
 - A 90 Gehorsam und Disziplin, um aus Kindern anständige Bürger zu machen
 - A 91 Die meisten Muslime in Deutschland akzeptieren unsere Werte
 - A 92 Muslime in Deutschland stellen zu viele Forderungen
 - A 93 Muslimen sollte Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden
 - A 94 Bei Prüfung von Asylanträgen sollte Staat großzügig sein
 - A 95 Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten
 - A 96 Homosexuelle sollten aufhören, so einen Wirbel um ihre Sexualität zu machen.
 - A 97 Es ist in Ordnung, wenn Menschen ihr Geschlecht ändern
 - A 98 An deutsche Leistungen reichten die Leistungen anderer Völker nicht heran
 - A 99 In der Gesellschaft sollte sich immer der Stärkere durchsetzen
 - A 100 Die meisten Asylbewerber werden in ihrem Heimatland nicht verfolgt
 - A 101 Demokratie: Anliegen der Menschen nicht mehr wirksam vertreten
 - A 102 Wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben
 - A 103 Deutschland braucht eine starke Partei, die die Volksgemeinschaft verkörpert
 - A 104 Es sollte wieder mehr für die Mehrheit der Leute getan werden
 - A 105 Die Herrschenden handeln gegen die Interessen der einfachen Bevölkerung
 - A 106 Gleichgeschlechtlichen Paare sollten keine Kinder adoptieren dürfen
 - A 107 Kapitalismus beseitigen, um echte Gerechtigkeit herzustellen
 - A 108 Wenig staatliche Eingriffe in die wirtschaftliche Entwicklung
 - A 109 Spitzeneinkommen und Vermögen stärker besteuern,
 - A 110 Wir sollten uns wieder stärker auf unsere Traditionen besinnen
 - A 111 Westdeutsche behandeln Ostdeutsche als Menschen zweiter Klasse
 - A 112 Die DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten
 - A 113 Juden haben etwas Besonderes und Eigentümliches an sich ...
 - A 114 Freie Meinungsäußerung nicht ohne Nachteile möglich
-

Tabelle A 1

Thüringen: Vergleich mit westdeutschen Bundesländern

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	stimme teilweise zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	47	23	18	6	3	4
Geschlecht							
männlich	508	47	23	18	7	2	3
weiblich	524	46	22	17	5	4	5
Alter							
18-24 Jahre	62	31	21	35	6	4	4
25-34 Jahre	138	30	22	33	10	2	3
35-44 Jahre	135	51	24	16	3	3	4
45-59 Jahre	278	42	28	16	8	5	1
60 Jahre und älter	419	56	19	11	5	2	7
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	294	60	14	13	3	2	7
10. Klasse	496	43	25	18	8	4	3
Abitur	106	38	30	21	6	4	1
(Fach-)Hochschule	135	30	29	26	9	2	3
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	471	40	28	17	9	3	2
in Ausbildung	53	31	29	27	3	4	6
arbeitslos	24	23	15	49	4	7	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	58	16	12	4	2	6
Berufsgruppe							
Arbeiter	184	46	26	11	9	5	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	39	29	20	7	2	3
höh.-leit. Ang./Beamte	44	43	24	20	12	0	0
Landw./Selbst./Freib.	44	41	30	17	8	4	0
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	738	46	21	17	7	3	6
evangelisch	203	51	22	19	5	3	1
katholisch	88	36	39	19	3	1	3

Thüringen braucht den Vergleich mit vielen westdeutschen Bundesländern nicht zu scheuen.

Wirtschaftliche Lage Thüringens besser als in anderen ostdeutschen Bundesländern

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegen d zu	Stimme teilweise zu	lehne überwiegen d ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	14	26	29	11	6	14
Geschlecht							
männlich	508	11	27	30	12	9	11
weiblich	524	18	26	27	10	3	16
Alter							
18-24 Jahre	62	14	33	32	9	1	11
25-34 Jahre	138	14	23	29	15	8	11
35-44 Jahre	135	14	19	32	16	15	5
45-59 Jahre	278	13	29	32	7	6	14
60 Jahre und älter	419	15	27	25	11	3	18
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	294	16	23	17	15	9	21
10. Klasse	496	13	27	32	11	5	12
Abitur	106	16	26	39	5	5	10
(Fach-)Hochschule	135	13	32	35	8	3	9
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	471	15	26	33	9	6	11
in Ausbildung	53	11	31	36	8	4	10
arbeitslos	24	2	16	25	44	12	1
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	14	26	24	12	6	17
Berufsgruppe							
Arbeiter	184	16	27	24	16	7	11
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	14	22	33	8	12	11
höh.-leit. Ang./Beamte	44	14	25	44	7	6	4
Landw./Selbst./Freib.	44	6	32	38	8	5	10
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	738	13	25	30	13	7	12
evangelisch	203	15	25	29	10	3	19
katholisch	88	21	40	16	2	1	19

Die wirtschaftliche Lage in Thüringen ist besser als in den anderen ostdeutschen Bundesländern.

Tabelle A 3

Identifikation als Thüringer(in), Ostdeutsche(r), Deutsche(r) oder Europäer(in)

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Thüringer(in)	Ost- deutsche(r)	Deutsche(r)	Europäer(in)	(spontan:) nichts davon	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	42	16	27	12	2	1
Geschlecht							
männlich	508	37	14	32	12	3	1
weiblich	524	46	17	22	12	2	1
Alter							
18-24 Jahre	62	16	3	51	22	8	16
25-34 Jahre	138	40	13	29	13	2	40
35-44 Jahre	135	47	18	21	14	0	47
45-59 Jahre	278	44	19	23	8	5	44
60 Jahre und älter	419	43	16	27	12	1	43
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	294	46	14	30	10	0	0
10. Klasse	496	46	19	21	9	4	2
Abitur	106	19	8	39	32	1	0
(Fach-)Hochschule	135	37	14	31	14	2	0
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	471	40	18	25	11	3	2
in Ausbildung	53	19	7	48	25	1	0
arbeitslos	24	38	8	23	31	0	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	47	15	26	11	1	0
Berufsgruppe							
Arbeiter	184	42	24	22	6	5	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	43	13	24	14	3	2
höh.-leit. Ang./Beamte	44	33	11	42	13	1	0
Landw./Selbst./Freib.	44	51	11	23	14	1	0
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	738	42	18	27	9	2	1
evangelisch	203	48	12	18	18	3	0
katholisch	88	25	9	45	20	1	0

Fühlen Sie sich in erster Linie als Thüringer(in), als Ostdeutsche(r), als Deutsche(r) oder als Europäer(in)?

Wirtschaftliche Lage Thüringens

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	sehr gut	eher gut	eher schlecht	sehr schlecht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	6	76	14	2	2
Geschlecht						
männlich	508	6	78	13	1	2
weiblich	524	6	74	15	3	2
Alter						
18-24 Jahre	62	1	85	9	0	5
25-34 Jahre	138	6	68	15	10	2
35-44 Jahre	135	12	63	25	0	0
45-59 Jahre	278	9	75	12	2	3
60 Jahre und älter	419	4	82	13	1	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	294	6	72	19	3	0
10. Klasse	496	6	75	13	3	3
Abitur	106	6	82	11	0	1
(Fach-)Hochschule	135	4	81	11	0	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	471	6	78	12	2	2
in Ausbildung	53	4	82	10	0	4
arbeitslos	24	0	79	21	0	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	7	73	16	2	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	184	11	79	5	3	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	3	72	22	1	2
höh.-leit. Ang./Beamte	44	10	76	12	0	3
Landw./Selbst./Freib.	44	14	60	18	9	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	738	6	76	14	2	2
evangelisch	203	6	78	13	1	2
katholisch	88	6	74	15	3	2

Wie beurteilen Sie ganz allgemein die heutige wirtschaftliche Lage in Thüringen?

Tabelle A 5

Subjektive Schichteinordnung (Skala 0–10)

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	(0-3) Unterschicht	(4-5) untere Mittelschicht	(6-7) obere Mittelschicht	(8-10) Oberschicht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	10	42	37	9	1
Geschlecht						
männlich	508	14	41	36	9	0
weiblich	524	6	43	39	10	2
Alter						
18-24 Jahre	62	19	18	52	11	0
25-34 Jahre	138	7	31	55	6	0
35-44 Jahre	135	29	26	32	13	0
45-59 Jahre	278	8	43	37	11	1
60 Jahre und älter	419	5	54	31	8	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	294	14	53	26	6	2
10. Klasse	496	10	41	41	8	0
Abitur	106	10	33	44	12	1
(Fach-)Hochschule	135	3	31	45	19	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	471	6	36	45	12	1
in Ausbildung	53	18	21	55	6	0
arbeitslos	24	58	27	10	4	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	11	51	30	8	1
Berufsgruppe						
Arbeiter	184	14	49	33	4	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	12	27	45	15	2
höh.-leit. Ang./Beamte	44	1	15	65	18	0
Landw./Selbst./Freib.	44	3	42	38	14	2
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	738	12	40	38	10	1
evangelisch	203	8	47	35	9	1
katholisch	88	2	52	39	7	0

In unserer Gesellschaft gibt es Bevölkerungsgruppen, die eher oben stehen und solche, die eher unten stehen. Wir haben hier eine Skala, die von unten nach oben verläuft; 0 ist ganz unten, 10 ganz oben. Wenn Sie an sich selbst denken: Wo auf dieser Skala würden Sie sich selbst einordnen?

Subjektive Schichteinordnung (mit Antwortvorgaben)

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Unter-schicht	Arbeiter-schicht	Mittel-schicht	obere Mittel-schicht	Ober-schicht	[spontan]: keiner dieser Schichten	weiß nicht/ keine Angabe
Gesamt	1032	5	36	52	5	0	1	1
Geschlecht								
männlich	508	6	44	43	5	1	1	1
weiblich	524	5	28	61	4	0	1	0
Alter								
18-24 Jahre	62	0	17	61	20	0	3	0
25-34 Jahre	138	6	33	55	6	0	0	0
35-44 Jahre	135	14	40	40	5	1	0	0
45-59 Jahre	278	7	37	48	5	1	1	1
60 Jahre und älter	419	2	38	57	2	0	1	0
Schulabschluss								
unter 10. Klasse	294	4	48	47	0	0	1	0
10. Klasse	496	8	40	48	3	0	1	1
Abitur	106	0	18	66	13	0	2	1
(Fach-)Hochschule	135	1	11	68	17	2	1	1
Erwerbstätigkeit								
erwerbstätig	471	2	36	53	6	1	1	1
in Ausbildung	53	2	14	64	17	0	3	0
arbeitslos	24	67	11	20	2	0	0	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	6	39	52	2	0	0	0
Berufsgruppe								
Arbeiter	184	6	57	35	0	0	0	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	3	31	57	6	0	2	0
höh.-leit. Ang./Beamte	44	0	8	64	26	2	0	0
Landw./Selbst./Freib.	44	0	21	65	11	3	0	0
Religionsgemeinschaft								
keine, andere	738	5	39	50	4	0	1	1
evangelisch	203	8	28	58	6	0	0	1
katholisch	88	0	33	54	11	0	2	0

Es wird heute über verschiedene Bevölkerungsschichten gesprochen. Welcher Schicht rechnen Sie sich selbst eher zu?

Eigene finanzielle Situation

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr gut	eher gut	eher schlecht	sehr schlecht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	6	66	20	5	2
Geschlecht						
männlich	508	5	63	23	7	3
weiblich	524	8	69	18	4	1
Alter						
18-24 Jahre	62	9	62	29	0	0
25-34 Jahre	138	5	75	16	3	0
35-44 Jahre	135	7	57	20	17	0
45-59 Jahre	278	6	68	17	8	1
60 Jahre und älter	419	7	65	22	1	4
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	294	6	56	25	9	4
10. Klasse	496	5	70	19	5	1
Abitur	106	7	65	23	5	0
(Fach-)Hochschule	135	12	73	12	1	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	471	7	72	18	2	1
in Ausbildung	53	9	47	37	8	0
arbeitslos	24	1	39	29	31	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	6	64	20	7	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	184	2	68	22	6	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	8	68	16	7	0
höh.-leit. Ang./Beamte	44	16	78	7	0	0
Landw./Selbst./Freib.	44	11	66	22	1	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	738	7	67	19	6	2
evangelisch	203	5	63	25	6	2
katholisch	88	5	71	23	1	0

Wenn Sie jetzt an Ihre eigene finanzielle Situation denken, ist Ihre persönliche finanzielle Situation sehr gut, gut, weniger gut oder schlecht?

Tabelle A 8

Zukünftige finanzielle Situation

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	verbessern	gleichbleibend, keine Veränderung	verschlechtern	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	32	34	31	2
Geschlecht					
männlich	508	32	30	37	2
weiblich	524	32	39	26	3
Alter					
18-24 Jahre	62	81	6	7	6
25-34 Jahre	138	63	12	22	3
35-44 Jahre	135	35	31	29	4
45-59 Jahre	278	20	31	47	1
60 Jahre und älter	419	22	49	28	1
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	294	28	45	25	1
10. Klasse	496	29	29	40	2
Abitur	106	50	25	17	7
(Fach-)Hochschule	135	38	36	24	2
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	471	36	28	34	3
in Ausbildung	53	85	2	6	7
arbeitslos	24	36	28	36	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	22	45	31	1
Berufsgruppe					
Arbeiter	184	38	24	36	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	32	25	41	2
höh.-leit. Ang./Beamte	44	45	36	20	0
Landw./Selbst./Freib.	44	37	23	30	10
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	738	32	33	34	1
evangelisch	203	32	38	25	5
katholisch	88	35	41	19	4

Und wenn Sie an die Zukunft denken: glauben Sie, dass sich Ihre finanzielle Situation verbessern wird oder wird sie sich verschlechtern?

Tabelle A 9

Gerechter Anteil zum Leben

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	erhalte mehr als gerechten Anteil	erhalte gerechten Anteil	erhalte etwas weniger	erhalte sehr viel weniger	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	3	42	39	12	4
Geschlecht						
männlich	508	3	40	42	14	2
weiblich	524	2	45	37	10	7
Alter						
18-24 Jahre	62	10	49	36	5	0
25-34 Jahre	138	2	42	50	5	1
35-44 Jahre	135	3	36	37	22	2
45-59 Jahre	278	2	40	38	14	5
60 Jahre und älter	419	2	45	37	10	6
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	294	2	45	33	13	7
10. Klasse	496	1	36	46	13	3
Abitur	106	6	52	31	9	3
(Fach-)Hochschule	135	6	53	33	4	4
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	471	2	41	43	10	4
in Ausbildung	53	13	59	25	3	0
arbeitslos	24	1	30	49	18	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	2	42	37	14	6
Berufsgruppe						
Arbeiter	184	1	33	52	13	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	3	43	37	14	3
höh.-leit. Ang./Beamte	44	6	51	31	9	4
Landw./Selbst./Freib.	44	2	36	35	20	7
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	738	3	42	40	12	3
evangelisch	203	1	38	38	13	10
katholisch	88	6	55	33	6	1

Im Vergleich dazu, wie andere in Deutschland leben: Glauben Sie, dass Sie persönlich Ihren gerechten Anteil erhalten, mehr als Ihren gerechten Anteil, etwas weniger oder sehr viel weniger?

Einschätzung Vereinigung Deutschlands

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Nachteile überwiegen	(spontan:) weder noch, hält sich die Waage	Vorteile überwiegen	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	14	13	70	2
Geschlecht					
männlich	508	13	10	75	2
weiblich	524	15	17	66	2
Alter					
18-24 Jahre	62	4	3	84	10
25-34 Jahre	138	16	8	68	7
35-44 Jahre	135	20	10	67	3
45-59 Jahre	278	13	12	75	0
60 Jahre und älter	419	14	19	67	0
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	294	19	20	61	0
10. Klasse	496	15	13	69	3
Abitur	106	6	4	86	4
(Fach-)Hochschule	135	6	8	84	2
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	471	12	10	74	4
in Ausbildung	53	2	3	91	4
arbeitslos	24	30	17	54	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	17	18	65	0
Berufsgruppe					
Arbeiter	184	15	17	63	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	18	7	71	4
höh.-leit. Ang./Beamte	44	9	9	82	0
Landw./Selbst./Freib.	44	0	15	83	3
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	738	16	14	67	2
evangelisch	203	12	11	74	3
katholisch	88	2	14	84	0

Würden Sie sagen, dass für Sie persönlich alles in allem eher die Vorteile oder eher die Nachteile der Vereinigung überwiegen?

Persönliche Benachteiligung durch ostdeutsche Herkunft

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	noch nie	nur einmal	selten	immer wieder	häufig	andauernd	trifft nicht zu	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	59	3	15	5	9	2	5	1
Geschlecht									
männlich	508	56	4	13	6	12	3	6	1
weiblich	524	63	3	18	5	6	1	4	1
Alter									
18-24 Jahre	62	71	1	9	1	1	0	16	0
25-34 Jahre	138	56	2	15	5	12	0	10	0
35-44 Jahre	135	47	2	20	8	18	1	3	1
45-59 Jahre	278	60	3	18	6	8	2	3	1
60 Jahre und älter	419	63	5	14	5	6	3	4	1
Schulabschluss									
unter 10. Klasse	294	59	4	18	2	11	2	4	0
10. Klasse	496	60	3	15	7	9	2	3	1
Abitur	106	61	3	13	5	4	0	11	3
(Fach-)Hochschule	135	59	3	12	7	6	2	10	1
Erwerbstätigkeit									
erwerbstätig	471	60	3	17	7	7	2	4	1
in Ausbildung	53	68	2	8	0	3	0	19	0
arbeitslos	24	52	0	31	15	0	0	2	1
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	58	4	14	4	12	2	4	1
Berufsgruppe									
Arbeiter	184	55	1	18	8	11	3	3	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	59	2	17	5	12	1	4	1
höh.-leit. Ang./Beamte	44	66	0	11	6	7	1	6	4
Landw./Selbst./Freib.	44	50	9	15	9	9	0	8	0
Religionsgemeinschaft									
keine, andere	738	60	3	15	6	10	2	3	1
evangelisch	203	60	5	15	4	6	0	8	1
katholisch	88	51	6	23	0	1	1	17	1

Wenn Sie jetzt an Ihre eigenen Erfahrungen denken: Wurden Sie persönlich schon aufgrund Ihrer ostdeutschen Herkunft benachteiligt?

Dilemma: Freiheit oder Gleichheit

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Freiheit	(spontan:) beides gleichermaßen	Gleichheit	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	52	7	41	1
Geschlecht					
männlich	508	58	5	35	1
weiblich	524	45	8	46	1
Alter					
18-24 Jahre	62	73	0	22	5
25-34 Jahre	138	65	6	28	1
35-44 Jahre	135	44	4	51	1
45-59 Jahre	278	45	7	47	1
60 Jahre und älter	419	52	8	40	1
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	294	50	8	42	0
10. Klasse	496	50	6	43	1
Abitur	106	60	3	33	4
(Fach-)Hochschule	135	55	9	34	3
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	471	52	7	39	1
in Ausbildung	53	71	2	21	6
arbeitslos	24	47	4	49	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	50	6	43	1
Berufsgruppe					
Arbeiter	184	51	7	42	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	49	7	43	1
höh.-leit. Ang./Beamte	44	54	7	37	2
Landw./Selbst./Freib.	44	65	7	28	0
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	738	53	6	41	1
evangelisch	203	49	8	41	2
katholisch	88	53	11	36	0

Sicherlich ist beides wichtig: Freiheit und Gleichheit. Aber wenn Sie sich für eines von beiden entscheiden müssten, was wäre Ihnen wichtiger?

Dilemma: Freiheit oder Sicherheit

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Freiheit	(spontan:) beides gleichermaßen	Sicherheit	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	29	6	64	1
Geschlecht					
männlich	508	34	6	59	1
weiblich	524	24	7	69	0
Alter					
18-24 Jahre	62	44	3	53	0
25-34 Jahre	138	54	5	40	2
35-44 Jahre	135	47	4	49	0
45-59 Jahre	278	26	6	67	1
60 Jahre und älter	419	14	8	77	0
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	294	20	5	75	0
10. Klasse	496	28	7	64	1
Abitur	106	45	4	50	1
(Fach-)Hochschule	135	37	9	53	1
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	471	35	7	57	1
in Ausbildung	53	48	3	49	0
arbeitslos	24	66	2	32	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	18	6	75	0
Berufsgruppe					
Arbeiter	184	32	7	59	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	38	5	55	1
höh.-leit. Ang./Beamte	44	39	7	54	0
Landw./Selbst./Freib.	44	53	7	40	0
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	738	28	6	65	1
evangelisch	203	25	5	69	0
katholisch	88	42	14	43	0

Sicherlich ist beides wichtig: Freiheit und Sicherheit. Aber wenn Sie sich für eines von beiden entscheiden müssten, was wäre Ihnen wichtiger?

Interesse an Politik

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr stark	stark	mittel	wenig	überhaupt nicht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	13	27	37	13	10	0
Geschlecht							
männlich	508	14	33	33	11	9	1
weiblich	524	11	21	41	16	11	0
Alter							
18-24 Jahre	62	9	36	42	13	1	0
25-34 Jahre	138	9	25	33	13	20	0
35-44 Jahre	135	12	23	33	11	21	0
45-59 Jahre	278	16	26	37	14	6	1
60 Jahre und älter	419	13	28	38	14	7	0
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	294	6	22	39	15	19	0
10. Klasse	496	12	26	37	16	8	1
Abitur	106	20	36	34	8	2	0
(Fach-)Hochschule	135	26	34	32	6	2	0
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	471	12	26	40	13	8	1
in Ausbildung	53	6	43	37	14	0	0
arbeitslos	24	25	2	48	25	0	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	14	27	33	13	13	0
Berufsgruppe							
Arbeiter	184	9	23	48	12	8	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	11	25	32	14	18	0
höh.-leit. Ang./Beamte	44	19	32	36	12	1	0
Landw./Selbst./Freib.	44	29	32	22	7	4	6
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	738	12	26	37	13	12	0
evangelisch	203	19	25	35	16	4	1
katholisch	88	10	38	39	7	7	0

Wie stark interessieren Sie sich für Politik: sehr stark, stark, mittel, wenig oder überhaupt nicht?

Tabelle A 15

Demokratie als beste Staatsidee

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	4	9	50	32	5
Geschlecht						
männlich	508	6	10	54	27	3
weiblich	524	3	8	47	36	6
Alter						
18-24 Jahre	62	1	10	45	41	3
25-34 Jahre	138	9	8	52	25	5
35-44 Jahre	135	3	14	55	27	1
45-59 Jahre	278	6	9	53	26	6
60 Jahre und älter	419	2	8	47	37	5
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	294	3	13	41	32	11
10. Klasse	496	6	9	55	27	2
Abitur	106	3	3	48	45	1
(Fach-)Hochschule	135	0	5	55	38	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	471	7	7	54	28	4
in Ausbildung	53	1	4	55	36	4
arbeitslos	24	0	12	59	29	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	2	12	46	35	5
Berufsgruppe						
Arbeiter	184	6	11	54	21	7
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	7	12	46	32	2
höh.-leit. Ang./Beamte	44	2	4	58	34	2
Landw./Selbst./Freib.	44	8	2	49	35	7
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	738	5	10	50	30	4
evangelisch	203	2	6	53	36	3
katholisch	88	0	11	39	37	13

Stimmen Sie der Aussage „Die Demokratie ist die beste aller Staatsideen“ zu?

Zufriedenheit mit Demokratie in Deutschland

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr zufrieden	ziemlich zufrieden	ziemlich unzufrieden	sehr unzufrieden	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	4	59	26	9	2
Geschlecht						
männlich	508	4	55	28	12	1
weiblich	524	4	63	23	7	3
Alter						
18-24 Jahre	62	6	65	27	3	0
25-34 Jahre	138	4	59	23	13	1
35-44 Jahre	135	5	53	23	18	1
45-59 Jahre	278	4	55	26	13	2
60 Jahre und älter	419	4	63	27	4	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	294	4	63	24	7	3
10. Klasse	496	3	55	28	13	2
Abitur	106	10	61	24	4	1
(Fach-)Hochschule	135	7	64	24	4	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	471	4	58	26	10	1
in Ausbildung	53	12	63	22	4	0
arbeitslos	24	0	51	47	1	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	4	60	25	9	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	184	0	56	33	11	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	6	56	20	16	2
höh.-leit. Ang./Beamte	44	5	68	18	6	2
Landw./Selbst./Freib.	44	4	43	31	22	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	738	5	55	28	11	1
evangelisch	203	2	66	21	6	6
katholisch	88	6	77	17	0	0

Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie alles in allem mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland in der Praxis funktioniert?

Möglichkeiten politischer Beteiligung

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr gut	eher gut	eher schlecht	sehr schlecht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	8	45	35	5	7
Geschlecht						
männlich	508	10	42	38	6	3
weiblich	524	6	48	31	4	11
Alter						
18-24 Jahre	62	21	54	24	1	0
25-34 Jahre	138	6	41	41	9	3
35-44 Jahre	135	7	33	51	8	1
45-59 Jahre	278	7	50	32	7	4
60 Jahre und älter	419	8	47	31	2	13
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	294	5	44	35	1	15
10. Klasse	496	8	41	38	8	5
Abitur	106	11	58	24	4	2
(Fach-)Hochschule	135	12	52	29	4	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	471	8	43	38	7	4
in Ausbildung	53	20	66	7	7	0
arbeitslos	24	2	51	29	18	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	7	45	35	2	11
Berufsgruppe						
Arbeiter	184	7	36	45	8	5
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	9	44	40	3	4
höh.-leit. Ang./Beamte	44	13	45	36	5	0
Landw./Selbst./Freib.	44	5	39	24	29	2
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	738	7	43	38	5	7
evangelisch	203	12	46	26	5	11
katholisch	88	5	63	28	2	1

Wie beurteilen Sie die Möglichkeiten politischer Beteiligung in unserem Land? Sind sie...

Tabelle A 18

Gerechtigkeitsempfinden

Zeilenprozentage	Zahl der Befragten (abs.)	in der vor allem Leistung belohnt wird	in der alle Menschen gleiche Chancen haben, ihre Lebensmöglichkeiten zu gestalten	in der der Wohlstand unter allen Menschen möglichst gleichverteilt wird	(spontan:) nichts davon	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	22	51	23	1	3
Geschlecht						
männlich	508	25	46	23	2	4
weiblich	524	18	56	23	1	3
Alter						
18-24 Jahre	62	7	66	24	1	2
25-34 Jahre	138	20	52	26	0	1
35-44 Jahre	135	27	51	21	0	1
45-59 Jahre	278	20	54	21	3	3
60 Jahre und älter	419	24	46	24	0	6
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	294	27	37	28	2	6
10. Klasse	496	23	52	22	1	2
Abitur	106	10	63	25	0	2
(Fach-)Hochschule	135	15	68	15	1	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	471	20	54	22	2	2
in Ausbildung	53	9	55	32	2	2
arbeitslos	24	9	64	27	0	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	25	47	23	0	5
Berufsgruppe						
Arbeiter	184	24	44	25	4	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	21	55	21	1	2
höh.-leit. Ang./Beamte	44	12	76	10	0	1
Landw./Selbst./Freib.	44	39	30	22	0	9
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	738	22	51	22	2	4
evangelisch	203	23	48	27	1	1
katholisch	88	18	57	24	0	1

Es gibt ja verschiedene Vorstellungen, was eine gerechte Gesellschaft ist. Was würden Sie sagen: Ist eine Gesellschaft gerecht, ...

Tabelle A 19

Einschätzung Gerechtigkeit der Gesellschaftsordnung

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	eher gerecht	(spontan:) teils-teils	eher ungerecht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	29	13	57	1
Geschlecht					
männlich	508	29	12	58	1
weiblich	524	29	15	56	1
Alter					
18-24 Jahre	62	50	6	44	0
25-34 Jahre	138	23	7	69	1
35-44 Jahre	135	22	15	63	0
45-59 Jahre	278	28	14	58	0
60 Jahre und älter	419	31	16	53	1
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	294	23	13	63	0
10. Klasse	496	26	14	59	1
Abitur	106	38	7	54	0
(Fach-)Hochschule	135	45	14	38	2
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	471	28	12	59	1
in Ausbildung	53	45	4	51	0
arbeitslos	24	15	29	56	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	29	15	56	0
Berufsgruppe					
Arbeiter	184	21	10	68	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	28	11	61	0
höh.-leit. Ang./Beamte	44	43	21	34	2
Landw./Selbst./Freib.	44	23	9	65	2
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	738	27	12	61	1
evangelisch	203	26	22	51	1
katholisch	88	50	9	40	1

Was halten Sie von unserer Gesellschaftsordnung in Deutschland? Wie geht es da im Großen und Ganzen zu...

Einschätzung Gerechtigkeit in Thüringen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	eher gerecht	(spontan: teils-teils	eher ungerecht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	38	15	44	3
Geschlecht					
männlich	508	39	12	47	2
weiblich	524	37	18	40	4
Alter					
18-24 Jahre	62	64	5	31	0
25-34 Jahre	138	27	11	56	6
35-44 Jahre	135	25	14	56	5
45-59 Jahre	278	39	15	44	2
60 Jahre und älter	419	41	19	37	3
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	294	35	16	48	1
10. Klasse	496	35	16	45	4
Abitur	106	45	8	42	4
(Fach-)Hochschule	135	48	16	31	4
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	471	35	15	45	5
in Ausbildung	53	60	1	39	0
arbeitslos	24	23	32	44	1
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	39	17	42	2
Berufsgruppe					
Arbeiter	184	28	18	49	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	34	11	50	5
höh.-leit. Ang./Beamte	44	48	19	29	4
Landw./Selbst./Freib.	44	30	4	64	2
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	738	35	15	47	3
evangelisch	203	40	20	37	4
katholisch	88	57	8	33	2

Und in Thüringen? Wie geht es da im Großen und Ganzen zu ...

Gegensatz zwischen Arm und Reich

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr schwach	eher schwach	eher stark	sehr stark	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	1	12	41	45	1
Geschlecht						
männlich	508	2	15	39	44	1
weiblich	524	1	10	42	46	2
Alter						
18-24 Jahre	62	0	25	57	18	0
25-34 Jahre	138	5	13	48	32	2
35-44 Jahre	135	0	7	48	44	1
45-59 Jahre	278	2	8	45	44	1
60 Jahre und älter	419	0	14	30	53	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	294	0	17	32	51	0
10. Klasse	496	2	9	42	45	2
Abitur	106	1	12	48	39	0
(Fach-)Hochschule	135	2	12	49	34	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	471	2	10	45	41	1
in Ausbildung	53	0	18	66	17	0
arbeitslos	24	0	9	64	26	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	1	13	32	53	1
Berufsgruppe						
Arbeiter	184	1	7	43	49	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	3	12	45	40	1
höh.-leit. Ang./Beamte	44	2	12	46	39	1
Landw./Selbst./Freib.	44	0	7	35	54	3
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	738	2	13	36	48	1
evangelisch	203	1	7	49	42	2
katholisch	88	0	19	58	24	0

Wie stark ist Ihrer Meinung nach der Gegensatz zwischen Arm und Reich in unserem Land?

Sozialer Aufstieg: Allgemein

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr gut	eher gut	eher schlecht	sehr schlecht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	5	36	39	15	6
Geschlecht						
männlich	508	6	35	39	15	4
weiblich	524	3	36	40	14	7
Alter						
18-24 Jahre	62	18	49	24	9	0
25-34 Jahre	138	7	35	38	19	1
35-44 Jahre	135	5	34	48	13	0
45-59 Jahre	278	4	34	46	14	3
60 Jahre und älter	419	3	36	35	15	12
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	294	3	33	36	14	15
10. Klasse	496	5	34	41	18	2
Abitur	106	7	47	34	11	1
(Fach-)Hochschule	135	7	38	44	8	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	471	6	38	40	15	1
in Ausbildung	53	16	51	28	4	0
arbeitslos	24	0	21	59	20	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	3	33	38	15	11
Berufsgruppe						
Arbeiter	184	5	31	44	19	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	4	43	41	11	1
höh.-leit. Ang./Beamte	44	3	41	48	5	3
Landw./Selbst./Freib.	44	17	23	33	27	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	738	4	35	40	15	6
evangelisch	203	8	37	36	15	3
katholisch	88	8	38	38	8	9

Wie gut sind Ihrer Meinung nach heutzutage die Chancen in Deutschland sozial aufzusteigen – also von einer niedrigeren Bevölkerungsschicht in eine höhere Bevölkerungsschicht aufzusteigen?

Sozialer Aufstieg: Abhängigkeit von Bildung

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr schwach	eher schwach	eher stark	sehr stark	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	2	7	35	54	2
Geschlecht						
männlich	508	2	8	39	50	1
weiblich	524	2	7	31	58	2
Alter						
18-24 Jahre	62	2	7	47	44	0
25-34 Jahre	138	3	6	43	48	0
35-44 Jahre	135	0	7	33	60	0
45-59 Jahre	278	2	8	38	52	1
60 Jahre und älter	419	3	7	29	57	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	294	3	5	30	58	4
10. Klasse	496	2	10	37	50	1
Abitur	106	1	5	40	54	1
(Fach-)Hochschule	135	1	6	34	58	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	471	3	7	39	51	0
in Ausbildung	53	2	5	46	47	0
arbeitslos	24	0	16	48	35	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	1	8	29	59	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	184	2	5	39	54	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	4	8	38	50	0
höh.-leit. Ang./Beamte	44	0	6	30	63	1
Landw./Selbst./Freib.	44	4	3	27	67	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	738	3	8	36	52	2
evangelisch	203	2	7	34	57	1
katholisch	88	0	3	34	63	0

Wie stark hängen heutzutage die Chancen für einen sozialen Aufstieg ab ...? – von der Bildung

Sozialer Aufstieg: Abhängigkeit von sozialer Herkunft

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr schwach	eher schwach	eher stark	sehr stark	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	7	19	38	30	6
Geschlecht						
männlich	508	5	22	38	32	3
weiblich	524	10	16	38	27	9
Alter						
18-24 Jahre	62	6	29	43	22	0
25-34 Jahre	138	13	28	32	26	1
35-44 Jahre	135	2	17	44	32	5
45-59 Jahre	278	9	19	38	30	4
60 Jahre und älter	419	6	15	37	31	11
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	294	8	12	43	22	16
10. Klasse	496	9	23	32	34	3
Abitur	106	3	22	42	32	1
(Fach-)Hochschule	135	4	19	45	30	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	471	9	24	35	29	2
in Ausbildung	53	4	23	47	26	0
arbeitslos	24	5	5	49	40	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	6	14	39	30	11
Berufsgruppe						
Arbeiter	184	12	24	29	32	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	7	25	45	22	2
höh.-leit. Ang./Beamte	44	6	12	35	46	1
Landw./Selbst./Freib.	44	4	20	30	44	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	738	7	19	37	30	7
evangelisch	203	6	20	40	29	4
katholisch	88	8	13	44	31	4

Wie stark hängen heutzutage die Chancen für einen sozialen Aufstieg ab ...? – von der sozialen Herkunft

Sozialer Aufstieg: Abhängigkeit von persönlicher Leistungsbereitschaft

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr schwach	eher schwach	eher stark	sehr stark	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	2	10	35	51	2
Geschlecht						
männlich	508	2	9	36	51	2
weiblich	524	2	10	34	51	2
Alter						
18-24 Jahre	62	1	2	34	63	0
25-34 Jahre	138	3	8	39	50	0
35-44 Jahre	135	3	12	28	57	0
45-59 Jahre	278	3	10	40	47	1
60 Jahre und älter	419	1	11	33	50	4
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	294	0	11	31	53	5
10. Klasse	496	4	10	37	48	1
Abitur	106	0	7	35	58	0
(Fach-)Hochschule	135	1	7	39	53	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	471	3	9	38	49	1
in Ausbildung	53	0	2	43	55	0
arbeitslos	24	0	55	6	39	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	2	9	33	53	4
Berufsgruppe						
Arbeiter	184	3	5	41	49	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	2	9	34	54	0
höh.-leit. Ang./Beamte	44	2	11	35	51	1
Landw./Selbst./Freib.	44	0	14	29	57	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	738	2	11	36	49	2
evangelisch	203	3	8	32	55	2
katholisch	88	0	2	36	59	3

Wie stark hängen heutzutage die Chancen für einen sozialen Aufstieg ab ...? – von der persönlichen Leistungsbereitschaft

Sozialer Aufstieg: Abhängigkeit vom Geschlecht

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr schwach	eher schwach	eher stark	sehr stark	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	17	37	30	10	6
Geschlecht						
männlich	508	17	43	28	7	5
weiblich	524	18	30	32	13	8
Alter						
18-24 Jahre	62	34	45	18	1	1
25-34 Jahre	138	23	32	36	7	2
35-44 Jahre	135	14	36	34	13	3
45-59 Jahre	278	20	32	34	8	6
60 Jahre und älter	419	12	40	26	13	9
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	294	12	39	25	14	11
10. Klasse	496	21	31	34	9	6
Abitur	106	15	48	28	8	1
(Fach-)Hochschule	135	19	42	29	9	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	471	22	35	30	8	5
in Ausbildung	53	26	51	20	2	1
arbeitslos	24	2	21	77	0	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	12	37	29	13	9
Berufsgruppe						
Arbeiter	184	21	30	36	11	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	21	33	32	9	5
höh.-leit. Ang./Beamte	44	13	54	25	7	0
Landw./Selbst./Freib.	44	32	24	28	8	8
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	738	16	36	31	11	6
evangelisch	203	21	38	26	7	9
katholisch	88	21	37	32	9	1

Wie stark hängen heutzutage die Chancen für einen sozialen Aufstieg ab ...? – vom Geschlecht

Sozialer Aufstieg: Abhängigkeit von ost-/ westdeutscher Herkunft

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr schwach	eher schwach	eher stark	sehr stark	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	31	30	20	11	8
Geschlecht						
männlich	508	30	32	18	13	7
weiblich	524	31	28	22	9	9
Alter						
18-24 Jahre	62	27	45	23	0	4
25-34 Jahre	138	35	38	16	5	6
35-44 Jahre	135	38	27	12	23	1
45-59 Jahre	278	32	36	16	9	6
60 Jahre und älter	419	26	22	27	11	14
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	294	26	19	26	15	14
10. Klasse	496	32	32	17	12	7
Abitur	106	29	44	22	3	2
(Fach-)Hochschule	135	36	36	18	5	5
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	471	35	37	14	8	5
in Ausbildung	53	26	48	23	0	3
arbeitslos	24	46	10	30	15	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	25	22	25	15	12
Berufsgruppe						
Arbeiter	184	42	31	16	10	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	30	39	11	13	7
höh.-leit. Ang./Beamte	44	25	40	25	6	3
Landw./Selbst./Freib.	44	45	33	10	9	3
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	738	26	30	21	12	10
evangelisch	203	42	27	20	8	4
katholisch	88	42	37	13	6	2

Wie stark hängen heutzutage die Chancen für einen sozialen Aufstieg ab ...? – davon, ob man aus Ostdeutschland oder aus Westdeutschland kommt?

Institutionenvertrauen: Bundesregierung

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	vertraue voll und ganz	vertraue weitgehend	vertraue teilweise	vertraue eher nicht	vertraue gar nicht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	10	26	30	20	12	3
Geschlecht							
männlich	508	10	20	25	28	15	2
weiblich	524	9	33	34	12	8	4
Alter							
18-24 Jahre	62	21	33	16	21	4	5
25-34 Jahre	138	2	28	31	21	18	0
35-44 Jahre	135	6	14	30	34	12	4
45-59 Jahre	278	8	32	28	15	17	0
60 Jahre und älter	419	13	25	33	17	7	5
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	294	12	23	33	22	7	4
10. Klasse	496	8	25	28	20	16	3
Abitur	106	13	32	24	20	6	4
(Fach-)Hochschule	135	8	35	33	16	8	0
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	471	8	24	32	18	16	1
in Ausbildung	53	17	39	20	16	2	6
arbeitslos	24	1	12	47	39	0	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	11	27	28	21	8	5
Berufsgruppe							
Arbeiter	184	7	17	28	24	22	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	9	27	32	19	12	1
höh.-leit. Ang./Beamte	44	5	32	39	14	9	0
Landw./Selbst./Freib.	44	3	19	22	18	38	0
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	738	8	22	29	22	15	3
evangelisch	203	10	39	29	12	4	5
katholisch	88	19	30	34	15	2	0

Ich lese Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen vor. Sagen Sie mir bitte bei jeder, ob Sie ihr voll und ganz vertrauen, weitgehend vertrauen, teilweise vertrauen, eher nicht vertrauen oder gar nicht vertrauen. Wie ist das mit ... der Bundesregierung?

Institutionenvertrauen: Landesregierung

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	vertraue voll und ganz	vertraue weitgehend	vertraue teilweise	vertraue eher nicht	vertraue gar nicht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	8	30	30	17	10	5
Geschlecht							
männlich	508	6	29	28	23	13	1
weiblich	524	9	30	32	12	8	10
Alter							
18-24 Jahre	62	16	43	17	21	3	0
25-34 Jahre	138	1	35	31	13	16	4
35-44 Jahre	135	5	19	36	29	9	3
45-59 Jahre	278	8	30	30	17	13	1
60 Jahre und älter	419	9	29	29	15	8	10
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	294	8	28	26	19	6	13
10. Klasse	496	8	26	33	16	14	2
Abitur	106	7	43	24	20	7	0
(Fach-)Hochschule	135	7	33	33	15	9	2
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	471	6	31	31	16	14	1
in Ausbildung	53	13	49	15	21	2	0
arbeitslos	24	6	21	57	13	0	3
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	8	27	28	18	8	10
Berufsgruppe							
Arbeiter	184	5	24	31	24	14	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	7	36	27	18	12	0
höh.-leit. Ang./Beamte	44	8	26	43	14	8	2
Landw./Selbst./Freib.	44	3	15	25	14	40	2
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	738	8	28	28	20	12	4
evangelisch	203	4	27	43	10	5	10
katholisch	88	9	47	16	15	6	8

Wie ist das mit ... der Landesregierung?

Institutionenvertrauen: Gerichte

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	vertraue voll und ganz	vertraue weitgehend	vertraue teilweise	vertraue eher nicht	vertraue gar nicht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	20	33	23	10	7	8
Geschlecht							
männlich	508	19	35	21	11	10	5
weiblich	524	20	31	25	8	5	11
Alter							
18-24 Jahre	62	39	38	17	6	0	0
25-34 Jahre	138	20	26	25	15	8	6
35-44 Jahre	135	17	46	24	8	3	1
45-59 Jahre	278	18	37	23	9	11	4
60 Jahre und älter	419	19	27	23	10	7	15
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	294	18	28	21	7	7	19
10. Klasse	496	17	32	25	13	9	4
Abitur	106	30	37	22	6	1	4
(Fach-)Hochschule	135	23	40	22	7	5	3
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	471	18	34	25	11	9	3
in Ausbildung	53	34	40	17	5	0	4
arbeitslos	24	24	19	27	17	11	3
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	19	31	21	9	6	14
Berufsgruppe							
Arbeiter	184	17	27	25	15	11	5
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	22	41	22	5	8	2
höh.-leit. Ang./Beamte	44	22	41	22	5	5	4
Landw./Selbst./Freib.	44	6	43	23	21	7	0
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	738	18	34	21	11	9	6
evangelisch	203	26	30	28	6	2	9
katholisch	88	13	33	25	6	1	21

Wie ist das mit ... den Gerichten?

Institutionenvertrauen: Polizei

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	vertraue voll und ganz	vertraue weitgehend	vertraue teilweise	vertraue eher nicht	vertraue gar nicht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	34	38	19	4	2	2
Geschlecht							
männlich	508	30	40	23	5	2	0
weiblich	524	39	35	16	4	2	4
Alter							
18-24 Jahre	62	32	51	6	10	1	0
25-34 Jahre	138	35	42	11	7	5	0
35-44 Jahre	135	37	33	27	3	1	0
45-59 Jahre	278	32	37	25	2	4	0
60 Jahre und älter	419	35	36	18	5	0	6
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	294	38	27	25	4	0	7
10. Klasse	496	34	39	18	5	3	1
Abitur	106	39	43	12	6	0	0
(Fach-)Hochschule	135	25	50	17	5	3	1
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	471	32	41	18	5	3	0
in Ausbildung	53	31	50	11	7	1	0
arbeitslos	24	38	49	14	0	0	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	37	32	22	4	1	5
Berufsgruppe							
Arbeiter	184	39	34	18	7	2	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	28	39	24	4	4	0
höh.-leit. Ang./Beamte	44	40	37	16	4	2	0
Landw./Selbst./Freib.	44	14	51	29	2	2	2
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	738	36	37	18	5	2	2
evangelisch	203	26	44	23	2	2	3
katholisch	88	41	30	19	3	0	6

Wie ist das mit ... der Polizei?

Institutionenvertrauen: Bundestag

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	vertraue voll und ganz	vertraue weitgehend	vertraue teilweise	vertraue eher nicht	vertraue gar nicht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	8	25	32	19	11	5
Geschlecht							
männlich	508	8	22	29	26	13	1
weiblich	524	7	27	35	13	8	9
Alter							
18-24 Jahre	62	21	39	22	9	9	0
25-34 Jahre	138	2	25	33	22	13	5
35-44 Jahre	135	6	19	23	38	9	5
45-59 Jahre	278	8	27	34	15	15	2
60 Jahre und älter	419	9	23	34	17	8	9
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	294	9	19	35	21	6	11
10. Klasse	496	6	24	31	21	15	4
Abitur	106	15	35	23	16	10	2
(Fach-)Hochschule	135	9	32	36	15	7	1
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	471	8	23	35	18	15	2
in Ausbildung	53	14	46	21	11	8	0
arbeitslos	24	0	27	34	39	0	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	8	24	31	21	7	9
Berufsgruppe							
Arbeiter	184	7	17	33	25	17	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	8	28	31	20	12	1
höh.-leit. Ang./Beamte	44	9	22	35	24	9	1
Landw./Selbst./Freib.	44	1	10	29	19	33	8
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	738	8	21	31	24	13	4
evangelisch	203	7	37	34	10	4	7
katholisch	88	13	27	36	7	5	13

Wie ist das mit ... dem Bundestag?

Institutionenvertrauen: Landtag

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	vertraue voll und ganz	vertraue weitgehend	vertraue teilweise	vertraue eher nicht	vertraue gar nicht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	10	26	33	15	9	7
Geschlecht							
männlich	508	9	28	30	19	12	2
weiblich	524	12	24	36	11	6	11
Alter							
18-24 Jahre	62	18	49	20	11	1	0
25-34 Jahre	138	4	31	32	18	11	3
35-44 Jahre	135	4	19	35	30	6	6
45-59 Jahre	278	10	24	36	16	11	3
60 Jahre und älter	419	13	24	33	9	9	12
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	294	15	22	26	15	9	13
10. Klasse	496	8	23	37	15	11	5
Abitur	106	10	40	29	13	6	2
(Fach-)Hochschule	135	9	32	35	17	5	2
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	471	9	27	35	13	12	4
in Ausbildung	53	11	58	19	12	0	0
arbeitslos	24	6	5	41	46	0	3
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	11	23	31	16	8	11
Berufsgruppe							
Arbeiter	184	9	26	30	21	12	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	10	27	34	15	10	4
höh.-leit. Ang./Beamte	44	6	22	48	14	8	2
Landw./Selbst./Freib.	44	2	13	34	16	32	2
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	738	11	25	30	15	12	7
evangelisch	203	7	25	41	13	3	9
katholisch	88	7	33	38	17	2	3

Wie ist das mit ... dem Landtag?

Institutionenvertrauen: Thüringer Unternehmer_innen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	vertraue voll und ganz	vertraue weitgehend	vertraue teilweise	vertraue eher nicht	vertraue gar nicht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	15	37	31	6	3	10
Geschlecht							
männlich	508	12	33	37	6	3	8
weiblich	524	17	40	25	5	2	11
Alter							
18-24 Jahre	62	11	43	27	10	4	5
25-34 Jahre	138	6	34	40	9	5	6
35-44 Jahre	135	10	31	46	5	2	6
45-59 Jahre	278	16	38	32	5	3	5
60 Jahre und älter	419	19	37	23	4	2	16
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	294	17	33	29	2	2	17
10. Klasse	496	14	36	34	7	3	5
Abitur	106	12	39	27	10	4	7
(Fach-)Hochschule	135	13	44	26	4	2	11
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	471	14	37	34	6	5	4
in Ausbildung	53	12	42	28	10	3	6
arbeitslos	24	15	17	63	4	0	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	15	36	26	5	1	16
Berufsgruppe							
Arbeiter	184	14	28	44	4	6	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	11	39	36	6	3	5
höh.-leit. Ang./Beamte	44	22	33	30	9	4	2
Landw./Selbst./Freib.	44	15	42	30	5	2	5
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	738	15	34	32	6	3	9
evangelisch	203	12	38	32	5	1	11
katholisch	88	15	52	21	1	3	8

Wie ist das mit ... den Thüringer Unternehmer_innen?

Überfremdung der Bundesrepublik

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	26	26	20	25	3
Geschlecht						
männlich	508	21	31	22	24	2
weiblich	524	30	21	19	25	5
Alter						
18-24 Jahre	62	6	14	37	43	0
25-34 Jahre	138	20	18	33	29	0
35-44 Jahre	135	20	38	14	25	2
45-59 Jahre	278	28	17	20	31	4
60 Jahre und älter	419	31	32	16	16	5
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	294	32	41	11	9	8
10. Klasse	496	30	21	23	23	2
Abitur	106	6	20	24	50	1
(Fach-)Hochschule	135	11	13	30	45	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	471	25	21	22	30	2
in Ausbildung	53	5	8	37	50	0
arbeitslos	24	31	24	9	36	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	29	32	18	16	5
Berufsgruppe						
Arbeiter	184	30	26	21	18	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	20	26	21	31	1
höh.-leit. Ang./Beamte	44	6	20	19	55	0
Landw./Selbst./Freib.	44	40	10	24	26	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	738	26	29	20	23	2
evangelisch	203	23	26	20	23	8
katholisch	88	26	3	29	41	2

Jetzt kommen einige Aussagen zu Politik und Gesellschaft. Bitte sagen Sie mir zu jeder Aussage, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, ob Sie sie eher ablehnen oder völlig ablehnen. Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.

Ausländer wollen Sozialstaat ausnutzen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	13	29	27	28	4
Geschlecht						
männlich	508	9	36	29	24	3
weiblich	524	17	22	25	31	5
Alter						
18-24 Jahre	62	0	7	36	57	0
25-34 Jahre	138	12	24	30	30	3
35-44 Jahre	135	7	36	30	26	2
45-59 Jahre	278	13	31	27	27	3
60 Jahre und älter	419	17	31	23	24	6
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	294	16	38	19	19	7
10. Klasse	496	15	28	29	25	2
Abitur	106	4	16	28	50	2
(Fach-)Hochschule	135	5	21	36	36	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	471	13	27	31	26	3
in Ausbildung	53	0	6	30	63	0
arbeitslos	24	1	23	18	56	1
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	15	34	23	23	6
Berufsgruppe						
Arbeiter	184	17	32	27	19	5
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	10	29	32	27	1
höh.-leit. Ang./Beamte	44	7	21	37	33	2
Landw./Selbst./Freib.	44	15	26	35	24	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	738	13	31	27	24	4
evangelisch	203	14	26	27	31	3
katholisch	88	8	21	21	49	1

Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.

Wertvolles und unwertes Leben

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	13	10	7	65	5
Geschlecht						
männlich	508	12	12	10	64	2
weiblich	524	14	8	4	66	8
Alter						
18-24 Jahre	62	1	5	9	84	1
25-34 Jahre	138	5	2	15	77	1
35-44 Jahre	135	21	6	6	68	1
45-59 Jahre	278	11	10	5	70	4
60 Jahre und älter	419	16	14	6	55	9
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	294	22	18	6	45	9
10. Klasse	496	12	7	9	67	4
Abitur	106	2	3	5	89	1
(Fach-)Hochschule	135	6	5	3	84	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	471	10	7	6	74	3
in Ausbildung	53	0	6	11	84	0
arbeitslos	24	1	18	26	52	3
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	19	12	7	55	8
Berufsgruppe						
Arbeiter	184	16	13	9	60	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	15	3	4	74	4
höh.-leit. Ang./Beamte	44	9	4	1	85	1
Landw./Selbst./Freib.	44	7	2	7	83	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	738	14	10	6	64	5
evangelisch	203	11	8	9	66	7
katholisch	88	9	9	10	71	1

Es gibt wertvolles und unwertes Leben.

Ausländer sollen Ehepartner unter Landsleuten auswählen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	11	10	16	59	4
Geschlecht						
männlich	508	7	10	20	60	4
weiblich	524	15	10	13	59	4
Alter						
18-24 Jahre	62	5	2	15	79	0
25-34 Jahre	138	3	9	19	68	0
35-44 Jahre	135	3	2	29	65	2
45-59 Jahre	278	5	5	16	67	7
60 Jahre und älter	419	21	17	11	46	5
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	294	22	16	14	40	8
10. Klasse	496	8	10	18	62	3
Abitur	106	1	3	12	83	1
(Fach-)Hochschule	135	5	4	16	73	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	471	5	7	16	68	4
in Ausbildung	53	2	2	14	83	0
arbeitslos	24	0	2	28	69	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	19	14	16	47	4
Berufsgruppe						
Arbeiter	184	5	8	20	61	6
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	4	5	24	64	3
höh.-leit. Ang./Beamte	44	0	10	6	83	1
Landw./Selbst./Freib.	44	3	5	7	78	7
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	738	11	7	17	60	5
evangelisch	203	12	18	15	52	3
katholisch	88	9	14	6	71	0

Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen.

Durchsetzen deutscher Interessen notwendig

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	30	31	14	20	5
Geschlecht						
männlich	508	26	32	15	23	4
weiblich	524	34	30	13	18	6
Alter						
18-24 Jahre	62	7	27	32	27	7
25-34 Jahre	138	20	32	24	23	1
35-44 Jahre	135	20	39	20	17	5
45-59 Jahre	278	32	28	10	24	5
60 Jahre und älter	419	38	30	9	17	6
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	294	37	34	4	16	9
10. Klasse	496	33	31	14	19	3
Abitur	106	13	28	22	32	6
(Fach-)Hochschule	135	16	25	29	27	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	471	27	30	17	22	4
in Ausbildung	53	9	21	34	30	6
arbeitslos	24	27	42	6	26	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	36	32	9	17	6
Berufsgruppe						
Arbeiter	184	32	29	14	20	6
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	25	36	16	20	3
höh.-leit. Ang./Beamte	44	15	22	29	30	4
Landw./Selbst./Freib.	44	26	28	18	28	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	738	31	31	14	19	4
evangelisch	203	28	31	10	22	10
katholisch	88	22	24	21	33	0

Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.

Diktatur unter Umständen bessere Staatsform

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	4	9	15	66	7
Geschlecht						
männlich	508	4	12	17	65	2
weiblich	524	3	6	13	67	11
Alter						
18-24 Jahre	62	3	6	17	68	7
25-34 Jahre	138	1	7	11	71	10
35-44 Jahre	135	2	7	10	81	0
45-59 Jahre	278	5	7	13	70	4
60 Jahre und älter	419	4	12	18	56	9
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	294	4	11	18	55	12
10. Klasse	496	4	8	14	68	5
Abitur	106	5	6	13	72	5
(Fach-)Hochschule	135	2	10	9	77	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	471	4	7	14	71	4
in Ausbildung	53	3	6	14	71	6
arbeitslos	24	0	11	0	89	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	4	11	16	59	10
Berufsgruppe						
Arbeiter	184	4	7	14	73	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	3	6	13	71	6
höh.-leit. Ang./Beamte	44	1	11	6	78	4
Landw./Selbst./Freib.	44	10	4	12	73	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	738	4	9	15	65	6
evangelisch	203	3	11	13	66	8
katholisch	88	3	1	13	76	8

Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.

Selbstwirksamkeit: Einfluss auf Handeln der Regierung

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	40	26	20	13	1
Geschlecht						
männlich	508	37	27	22	13	1
weiblich	524	43	26	17	12	2
Alter						
18-24 Jahre	62	5	33	36	21	5
25-34 Jahre	138	34	32	18	15	0
35-44 Jahre	135	46	29	14	11	0
45-59 Jahre	278	38	27	18	16	1
60 Jahre und älter	419	47	22	21	8	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	294	54	22	17	6	1
10. Klasse	496	43	28	17	11	1
Abitur	106	16	26	28	26	3
(Fach-)Hochschule	135	21	29	30	20	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	471	37	29	18	15	0
in Ausbildung	53	9	27	32	27	6
arbeitslos	24	51	13	27	8	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	46	24	19	9	1
Berufsgruppe						
Arbeiter	184	46	33	13	8	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	39	25	20	16	1
höh.-leit. Ang./Beamte	44	19	24	32	25	0
Landw./Selbst./Freib.	44	44	23	18	14	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	738	45	25	17	12	0
evangelisch	203	28	26	29	12	4
katholisch	88	26	39	16	19	0

Leute wie ich haben so oder so keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.

Eigenes Einschätzungsvermögen politischer Fragen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	34	41	15	6	3
Geschlecht						
männlich	508	38	42	14	4	2
weiblich	524	30	40	16	9	5
Alter						
18-24 Jahre	62	42	40	10	7	2
25-34 Jahre	138	28	42	15	12	2
35-44 Jahre	135	31	50	16	2	1
45-59 Jahre	278	35	39	16	6	3
60 Jahre und älter	419	35	39	15	6	5
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	294	31	36	19	9	5
10. Klasse	496	33	41	17	6	3
Abitur	106	39	49	7	2	2
(Fach-)Hochschule	135	41	47	9	1	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	471	32	42	16	7	3
in Ausbildung	53	40	51	9	0	0
arbeitslos	24	38	35	25	0	3
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	35	39	15	7	4
Berufsgruppe						
Arbeiter	184	33	34	21	8	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	27	51	13	7	2
höh.-leit. Ang./Beamte	44	43	46	9	0	1
Landw./Selbst./Freib.	44	46	49	5	0	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	738	33	42	15	7	3
evangelisch	203	33	42	16	3	5
katholisch	88	41	32	15	8	3

Ich kann politische Fragen gut verstehen und einschätzen.

Parteien nur an Wählerstimmen interessiert

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	36	36	15	10	2
Geschlecht						
männlich	508	43	35	14	7	1
weiblich	524	29	38	16	13	4
Alter						
18-24 Jahre	62	14	50	23	13	0
25-34 Jahre	138	34	34	29	3	0
35-44 Jahre	135	36	40	13	9	2
45-59 Jahre	278	35	40	10	13	2
60 Jahre und älter	419	40	32	14	10	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	294	38	40	9	10	3
10. Klasse	496	42	33	15	9	2
Abitur	106	24	36	22	17	1
(Fach-)Hochschule	135	20	40	27	11	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	471	35	37	17	9	1
in Ausbildung	53	11	43	30	15	0
arbeitslos	24	29	47	3	6	15
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	39	35	13	11	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	184	44	36	11	8	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	26	41	21	9	2
höh.-leit. Ang./Beamte	44	25	35	24	15	1
Landw./Selbst./Freib.	44	56	27	14	2	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	738	41	34	15	8	2
evangelisch	203	25	40	14	17	4
katholisch	88	17	45	25	10	3

Die Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht.

Haltlosigkeit durch Gesellschaftswandel

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	29	29	19	22	1
Geschlecht						
männlich	508	25	28	24	22	1
weiblich	524	34	30	14	22	1
Alter						
18-24 Jahre	62	9	22	31	38	0
25-34 Jahre	138	21	35	26	17	2
35-44 Jahre	135	23	34	22	21	0
45-59 Jahre	278	22	28	22	27	1
60 Jahre und älter	419	42	27	13	18	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	294	51	25	13	12	0
10. Klasse	496	25	32	21	21	2
Abitur	106	10	31	22	37	0
(Fach-)Hochschule	135	14	26	26	32	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	471	20	32	21	25	1
in Ausbildung	53	6	23	39	31	0
arbeitslos	24	17	42	31	8	3
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	41	26	15	18	1
Berufsgruppe						
Arbeiter	184	27	34	21	18	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	23	33	21	22	1
höh.-leit. Ang./Beamte	44	9	24	20	46	0
Landw./Selbst./Freib.	44	15	17	25	43	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	738	30	30	21	19	1
evangelisch	203	30	29	12	28	1
katholisch	88	24	19	26	29	2

Heute ändert sich alles so schnell, dass ich oft nicht weiß, woran ich mich halten soll.

Bedrohung durch Kriminalität im Alltag

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	9	14	29	49	1
Geschlecht						
männlich	508	8	14	36	42	0
weiblich	524	10	12	22	55	2
Alter						
18-24 Jahre	62	8	5	32	55	0
25-34 Jahre	138	12	12	27	48	0
35-44 Jahre	135	12	18	37	32	0
45-59 Jahre	278	8	15	23	53	0
60 Jahre und älter	419	7	11	30	50	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	294	6	9	36	46	3
10. Klasse	496	12	16	25	48	0
Abitur	106	7	10	33	50	0
(Fach-)Hochschule	135	6	13	25	56	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	471	11	14	24	52	0
in Ausbildung	53	3	6	36	55	0
arbeitslos	24	18	18	37	27	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	7	13	33	46	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	184	12	11	28	49	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	9	15	29	48	0
höh.-leit. Ang./Beamte	44	8	9	22	61	0
Landw./Selbst./Freib.	44	19	11	26	44	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	738	9	13	29	47	1
evangelisch	203	11	13	31	44	1
katholisch	88	5	10	18	67	0

In meinem Alltag fühle ich mich von Kriminalität bedroht.

Hartes Vorgehen gegen Außenseiter und Nichtsteuer

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	35	26	17	20	3
Geschlecht						
männlich	508	30	27	19	21	3
weiblich	524	39	24	14	19	3
Alter						
18-24 Jahre	62	12	17	36	35	0
25-34 Jahre	138	19	24	29	24	4
35-44 Jahre	135	22	31	15	30	1
45-59 Jahre	278	25	30	16	23	6
60 Jahre und älter	419	53	23	11	11	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	294	60	26	5	8	1
10. Klasse	496	30	27	18	21	4
Abitur	106	16	19	27	34	3
(Fach-)Hochschule	135	12	25	27	31	5
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	471	21	27	24	23	5
in Ausbildung	53	14	17	35	34	0
arbeitslos	24	39	14	5	42	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	50	26	8	14	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	184	28	23	25	17	6
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	20	34	20	24	3
höh.-leit. Ang./Beamte	44	13	28	26	30	3
Landw./Selbst./Freib.	44	10	20	23	41	6
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	738	36	26	15	19	4
evangelisch	203	33	27	17	22	1
katholisch	88	25	21	27	25	1

Gegen Außenseiter und Nichtsteuer sollte in der Gesellschaft mit aller Härte vorgegangen.

Überlegenheit mancher Gruppen von Menschen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	28	30	12	25	6
Geschlecht						
männlich	508	24	29	15	26	6
weiblich	524	32	30	8	24	5
Alter						
18-24 Jahre	62	20	15	32	32	1
25-34 Jahre	138	16	35	18	31	0
35-44 Jahre	135	27	23	14	31	5
45-59 Jahre	278	24	27	11	31	8
60 Jahre und älter	419	36	34	7	16	7
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	294	37	31	4	18	11
10. Klasse	496	28	31	13	24	4
Abitur	106	14	24	22	39	1
(Fach-)Hochschule	135	19	26	17	33	5
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	471	25	26	16	28	5
in Ausbildung	53	12	20	35	33	0
arbeitslos	24	39	28	4	27	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	32	34	6	21	7
Berufsgruppe						
Arbeiter	184	27	29	15	18	11
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	23	22	14	39	2
höh.-leit. Ang./Beamte	44	15	28	18	37	1
Landw./Selbst./Freib.	44	21	24	16	38	2
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	738	28	28	12	26	7
evangelisch	203	30	33	12	23	3
katholisch	88	25	40	12	22	1

Manche Gruppen von Menschen sind anderen einfach überlegen.

Über andere hinwegsetzen, um voranzukommen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	21	32	17	29	2
Geschlecht						
männlich	508	25	36	14	24	2
weiblich	524	17	28	19	35	2
Alter						
18-24 Jahre	62	15	37	32	16	0
25-34 Jahre	138	24	39	16	18	3
35-44 Jahre	135	41	26	13	21	0
45-59 Jahre	278	19	35	15	28	3
60 Jahre und älter	419	15	28	17	39	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	294	24	29	11	35	0
10. Klasse	496	23	34	15	26	2
Abitur	106	11	30	30	27	2
(Fach-)Hochschule	135	14	29	24	31	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	471	20	36	17	24	2
in Ausbildung	53	9	42	32	18	0
arbeitslos	24	33	33	2	32	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	22	26	15	36	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	184	27	37	15	21	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	24	33	16	24	2
höh.-leit. Ang./Beamte	44	13	32	22	31	2
Landw./Selbst./Freib.	44	20	31	16	29	4
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	738	23	32	14	29	1
evangelisch	203	15	31	25	27	4
katholisch	88	14	29	17	40	0

Um im Leben voranzukommen, muss man sich über andere hinwegsetzen.

Rückkehr zur sozialistischen Ordnung

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	7	14	20	56	2
Geschlecht						
männlich	508	7	11	20	61	1
weiblich	524	7	18	20	52	3
Alter						
18-24 Jahre	62	0	8	19	73	0
25-34 Jahre	138	11	11	20	50	9
35-44 Jahre	135	17	14	15	55	0
45-59 Jahre	278	8	9	18	64	2
60 Jahre und älter	419	2	20	24	51	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	294	10	23	23	40	4
10. Klasse	496	7	12	19	60	2
Abitur	106	3	7	17	71	2
(Fach-)Hochschule	135	2	8	21	67	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	471	7	11	18	62	2
in Ausbildung	53	0	7	14	79	0
arbeitslos	24	0	34	14	52	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	8	17	23	49	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	184	2	14	19	64	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	18	9	18	51	3
höh.-leit. Ang./Beamte	44	1	9	11	74	5
Landw./Selbst./Freib.	44	2	8	23	67	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	738	8	14	21	55	1
evangelisch	203	4	16	23	54	4
katholisch	88	0	16	4	73	7

Wir sollten zur sozialistischen Ordnung zurückkehren.

Juden versuchen Vorteile aus Opferstatus zu ziehen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	7	11	15	54	13
Geschlecht						
männlich	508	6	13	16	57	8
weiblich	524	8	10	14	51	17
Alter						
18-24 Jahre	62	0	2	10	80	8
25-34 Jahre	138	7	9	16	54	14
35-44 Jahre	135	3	13	13	69	3
45-59 Jahre	278	6	16	16	48	13
60 Jahre und älter	419	11	10	15	49	15
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	294	12	9	12	47	20
10. Klasse	496	7	14	16	52	11
Abitur	106	4	8	15	69	4
(Fach-)Hochschule	135	4	9	17	62	9
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	471	5	13	17	53	12
in Ausbildung	53	4	2	11	77	7
arbeitslos	24	0	11	13	72	4
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	10	11	14	51	14
Berufsgruppe						
Arbeiter	184	7	14	14	53	11
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	5	11	15	57	12
höh.-leit. Ang./Beamte	44	1	13	20	63	3
Landw./Selbst./Freib.	44	11	11	22	45	11
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	738	9	11	16	53	12
evangelisch	203	3	14	11	57	16
katholisch	88	8	10	16	53	13

Juden versuchen heute Vorteile daraus zu ziehen, dass sie während der Nazi-Zeit die Opfer gewesen sind.

Staat soll sich weniger einmischen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	15	25	28	23	9
Geschlecht						
männlich	508	19	29	27	18	7
weiblich	524	12	22	29	28	10
Alter						
18-24 Jahre	62	0	16	54	24	7
25-34 Jahre	138	11	26	31	27	6
35-44 Jahre	135	5	33	28	28	6
45-59 Jahre	278	23	27	16	23	11
60 Jahre und älter	419	17	23	31	20	10
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	294	15	27	31	16	12
10. Klasse	496	19	26	22	25	8
Abitur	106	7	17	39	28	9
(Fach-)Hochschule	135	10	24	34	27	5
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	471	15	29	25	25	7
in Ausbildung	53	0	15	50	26	9
arbeitslos	24	7	20	30	27	16
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	17	24	29	21	9
Berufsgruppe						
Arbeiter	184	16	26	28	22	8
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	12	33	23	25	7
höh.-leit. Ang./Beamte	44	11	41	21	24	4
Landw./Selbst./Freib.	44	34	25	14	23	4
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	738	17	29	24	22	8
evangelisch	203	9	19	39	19	14
katholisch	88	17	9	36	38	1

Der Staat sollte sich weniger in die Belange der Bürger einmischen.

Vernachlässigung der Bürgerpflichten bei Nichtwahl

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	56	16	11	15	2
Geschlecht						
männlich	508	51	18	14	16	0
weiblich	524	61	15	8	14	3
Alter						
18-24 Jahre	62	58	12	11	19	0
25-34 Jahre	138	41	26	12	20	2
35-44 Jahre	135	64	7	11	17	0
45-59 Jahre	278	54	21	9	15	1
60 Jahre und älter	419	59	14	13	12	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	294	51	13	15	17	3
10. Klasse	496	53	20	10	16	1
Abitur	106	71	9	7	12	0
(Fach-)Hochschule	135	65	17	8	9	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	471	54	20	10	14	1
in Ausbildung	53	61	11	9	18	0
arbeitslos	24	37	17	12	33	1
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	58	13	12	15	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	184	50	24	10	15	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	59	17	8	14	2
höh.-leit. Ang./Beamte	44	63	16	12	9	0
Landw./Selbst./Freib.	44	61	20	14	5	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	738	54	17	12	16	1
evangelisch	203	57	18	8	13	4
katholisch	88	67	12	10	11	0

Ich würde meine Bürgerpflichten ernsthaft vernachlässigen, wenn ich nicht zur Bundestagswahl gehen würde.

Bereitschaft, zugunsten des Tierschutzes höhere Preise zu zahlen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	56	28	7	7	1
Geschlecht						
männlich	508	48	33	9	9	1
weiblich	524	64	24	5	5	1
Alter						
18-24 Jahre	62	60	30	5	4	0
25-34 Jahre	138	58	30	5	7	0
35-44 Jahre	135	69	19	9	1	1
45-59 Jahre	278	54	30	9	5	1
60 Jahre und älter	419	53	29	6	10	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	294	49	27	12	11	1
10. Klasse	496	59	29	5	6	1
Abitur	106	60	27	7	4	3
(Fach-)Hochschule	135	60	30	5	4	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	471	58	28	6	6	1
in Ausbildung	53	59	31	8	2	0
arbeitslos	24	64	35	0	1	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	54	28	8	9	1
Berufsgruppe						
Arbeiter	184	52	26	14	7	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	65	25	3	5	1
höh.-leit. Ang./Beamte	44	59	34	5	2	0
Landw./Selbst./Freib.	44	65	29	4	2	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	738	57	29	8	6	1
evangelisch	203	58	26	2	10	3
katholisch	88	50	28	12	9	1

Ich bin bereit, höhere Preise für Lebensmittel zu bezahlen, wenn bei der Produktion besser auf den Tierschutz geachtet wird.

Ärger, dass es Anderen besser geht

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	9	14	23	54	0
Geschlecht						
männlich	508	8	19	27	46	0
weiblich	524	10	9	19	61	0
Alter						
18-24 Jahre	62	5	10	37	48	0
25-34 Jahre	138	13	13	29	45	0
35-44 Jahre	135	8	23	15	54	0
45-59 Jahre	278	10	15	23	51	0
60 Jahre und älter	419	8	11	22	59	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	294	10	16	18	54	0
10. Klasse	496	11	15	24	50	0
Abitur	106	3	8	24	65	1
(Fach-)Hochschule	135	4	10	29	57	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	471	11	14	26	49	0
in Ausbildung	53	2	16	37	45	0
arbeitslos	24	0	11	8	81	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	8	14	20	58	0
Berufsgruppe						
Arbeiter	184	16	15	22	47	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	8	20	27	45	0
höh.-leit. Ang./Beamte	44	7	15	22	55	0
Landw./Selbst./Freib.	44	12	2	19	67	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	738	10	16	21	53	0
evangelisch	203	5	7	29	59	1
katholisch	88	11	13	25	51	0

Es ärgert mich, dass es Anderen in der Gesellschaft besser geht als mir.

Einkünfte ermöglichen keine Ersparnisse

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	27	20	21	31	2
Geschlecht						
männlich	508	24	20	23	31	2
weiblich	524	30	20	18	31	1
Alter						
18-24 Jahre	62	25	27	12	37	0
25-34 Jahre	138	26	16	20	37	2
35-44 Jahre	135	41	12	15	32	0
45-59 Jahre	278	27	19	18	32	3
60 Jahre und älter	419	24	23	25	27	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	294	27	26	26	22	0
10. Klasse	496	31	19	18	29	2
Abitur	106	28	13	17	41	1
(Fach-)Hochschule	135	13	17	19	49	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	471	23	15	21	39	2
in Ausbildung	53	28	32	13	26	1
arbeitslos	24	81	8	4	4	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	28	23	22	25	1
Berufsgruppe						
Arbeiter	184	34	21	19	24	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	27	12	20	39	2
höh.-leit. Ang./Beamte	44	9	9	14	67	1
Landw./Selbst./Freib.	44	28	15	19	38	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	738	29	16	22	31	1
evangelisch	203	26	24	22	26	2
katholisch	88	17	38	6	38	1

Meine Einkünfte erlauben es mir nicht, etwas anzusparen.

Zunehmender Ausschluss aus Gesellschaft

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	5	9	17	68	1
Geschlecht						
männlich	508	6	12	20	62	1
weiblich	524	5	5	15	74	1
Alter						
18-24 Jahre	62	2	8	15	75	0
25-34 Jahre	138	3	5	20	71	0
35-44 Jahre	135	6	19	13	62	0
45-59 Jahre	278	5	6	21	67	1
60 Jahre und älter	419	7	8	15	69	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	294	8	13	15	63	0
10. Klasse	496	6	7	20	65	1
Abitur	106	2	5	12	81	0
(Fach-)Hochschule	135	2	5	15	77	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	471	2	5	20	73	0
in Ausbildung	53	3	9	19	69	0
arbeitslos	24	12	25	19	42	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	8	11	15	65	1
Berufsgruppe						
Arbeiter	184	3	6	24	67	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	3	12	15	69	1
höh.-leit. Ang./Beamte	44	1	0	10	89	0
Landw./Selbst./Freib.	44	3	7	24	66	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	738	7	8	18	67	0
evangelisch	203	3	12	18	66	2
katholisch	88	0	8	11	80	1

Ich fühle mich zunehmend von der Gesellschaft ausgeschlossen.

Anerkennung und Wertschätzung durch gesellschaftliches Engagement

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	32	37	17	9	5
Geschlecht						
männlich	508	22	37	23	11	6
weiblich	524	41	37	10	8	4
Alter						
18-24 Jahre	62	36	45	8	5	7
25-34 Jahre	138	30	40	21	5	4
35-44 Jahre	135	34	37	14	13	3
45-59 Jahre	278	26	38	21	12	3
60 Jahre und älter	419	35	33	14	9	8
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	294	32	39	13	11	5
10. Klasse	496	32	34	20	10	5
Abitur	106	33	40	10	8	8
(Fach-)Hochschule	135	28	41	18	7	5
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	471	31	36	21	10	3
in Ausbildung	53	39	39	11	4	8
arbeitslos	24	16	39	24	21	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	33	38	13	9	7
Berufsgruppe						
Arbeiter	184	26	29	31	11	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	36	40	12	9	4
höh.-leit. Ang./Beamte	44	24	50	16	6	4
Landw./Selbst./Freib.	44	27	45	19	6	2
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	738	32	34	18	10	6
evangelisch	203	33	42	12	7	5
katholisch	88	26	46	12	14	2

Für das, was ich für andere tue, erfahre ich von der Gesellschaft Anerkennung und Wertschätzung.

Gesellschaftlicher Respekt und Wertschätzung gegenüber Beruf

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	trifft nicht zu	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	19	16	9	4	50	2
Geschlecht							
männlich	508	21	16	10	4	46	3
weiblich	524	17	17	7	5	54	0
Alter							
18-24 Jahre	62	22	2	6	2	68	0
25-34 Jahre	138	27	27	18	9	16	3
35-44 Jahre	135	36	21	17	4	19	3
45-59 Jahre	278	30	30	13	8	17	2
60 Jahre und älter	419	3	5	0	1	91	0
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	294	2	5	6	1	86	0
10. Klasse	496	27	21	10	7	33	2
Abitur	106	23	16	11	1	46	2
(Fach-)Hochschule	135	22	25	10	3	40	1
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	471	39	35	15	8	0	3
in Ausbildung	53	0	0	0	0	100	0
arbeitslos	24	0	0	0	0	100	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	2	1	4	1	91	0
Berufsgruppe							
Arbeiter	184	41	32	11	12	0	5
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	35	33	25	5	0	1
höh.-leit. Ang./Beamte	44	28	36	16	15	0	5
Landw./Selbst./Freib.	44	52	35	8	1	0	4
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	738	19	17	10	5	47	2
evangelisch	203	19	14	5	2	59	0
katholisch	88	14	20	3	5	57	0

Mein Beruf wird in der Gesellschaft wertgeschätzt und respektiert.

Sorge: Anstieg von Gewalt und Kriminalität

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	keine Sorge	sehr klein	eher klein	eher groß	sehr groß	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	3	5	17	35	40	0
Geschlecht							
männlich	508	4	4	18	33	40	0
weiblich	524	2	5	16	36	40	1
Alter							
18-24 Jahre	62	20	6	34	25	14	0
25-34 Jahre	138	1	7	18	33	41	0
35-44 Jahre	135	4	3	19	30	44	0
45-59 Jahre	278	1	7	18	35	39	1
60 Jahre und älter	419	2	2	14	38	43	0
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	294	2	2	9	41	45	0
10. Klasse	496	2	5	16	31	45	1
Abitur	106	6	6	37	31	21	0
(Fach-)Hochschule	135	6	6	27	37	24	0
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	471	3	6	20	34	37	1
in Ausbildung	53	16	5	40	24	15	0
arbeitslos	24	12	0	19	27	43	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	1	3	13	37	46	0
Berufsgruppe							
Arbeiter	184	3	3	14	38	42	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	1	8	19	33	37	1
höh.-leit. Ang./Beamte	44	6	7	34	30	24	0
Landw./Selbst./Freib.	44	3	11	12	32	42	0
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	738	3	5	15	35	42	0
evangelisch	203	2	5	18	33	41	0
katholisch	88	5	0	33	36	25	1

Sorge, dass ... Gewalt und Kriminalität ansteigen.

Sorge: Terroranschläge in Deutschland

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	keine Sorge	sehr klein	eher klein	eher groß	sehr groß	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	1	4	14	31	48	1
Geschlecht							
männlich	508	2	5	17	32	43	0
weiblich	524	1	4	12	29	53	1
Alter							
18-24 Jahre	62	8	8	31	29	25	0
25-34 Jahre	138	1	4	16	26	53	0
35-44 Jahre	135	2	4	16	31	48	0
45-59 Jahre	278	1	2	19	34	45	0
60 Jahre und älter	419	1	6	8	30	53	2
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	294	1	7	8	21	61	2
10. Klasse	496	1	3	16	31	49	0
Abitur	106	5	5	19	38	32	1
(Fach-)Hochschule	135	1	5	20	43	31	1
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	471	1	4	15	36	43	0
in Ausbildung	53	9	7	33	26	26	0
arbeitslos	24	0	0	43	24	33	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	1	5	10	27	56	1
Berufsgruppe							
Arbeiter	184	1	3	16	32	48	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	0	3	12	39	45	0
höh.-leit. Ang./Beamte	44	3	6	16	44	30	1
Landw./Selbst./Freib.	44	2	6	13	23	56	0
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	738	1	5	13	30	51	0
evangelisch	203	2	3	16	28	48	3
katholisch	88	4	4	19	42	31	0

Sorge, dass ... Terroranschläge in Deutschland begangen werden.

Sorge: Zahl der Asylsuchenden und Migrant_innen wird zu groß

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	keine Sorge	sehr klein	eher klein	eher groß	sehr groß	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	11	8	23	25	32	1
Geschlecht							
männlich	508	11	7	26	24	31	2
weiblich	524	10	8	21	26	34	0
Alter							
18-24 Jahre	62	33	17	31	16	4	0
25-34 Jahre	138	10	11	23	20	36	0
35-44 Jahre	135	12	4	28	24	33	0
45-59 Jahre	278	8	9	23	23	33	3
60 Jahre und älter	419	9	6	20	29	35	1
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	294	4	4	18	30	43	2
10. Klasse	496	9	8	22	23	36	1
Abitur	106	29	10	29	22	9	1
(Fach-)Hochschule	135	16	12	34	22	14	1
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	471	11	9	25	23	30	2
in Ausbildung	53	30	15	37	13	5	0
arbeitslos	24	12	12	10	25	39	3
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	8	5	21	27	38	1
Berufsgruppe							
Arbeiter	184	7	8	21	25	35	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	11	8	27	21	33	0
höh.-leit. Ang./Beamte	44	20	14	29	20	17	0
Landw./Selbst./Freib.	44	7	10	29	15	39	0
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	738	9	8	23	26	33	1
evangelisch	203	14	4	22	22	37	1
katholisch	88	13	11	28	25	21	1

Sorge, dass ... die Zahl der Asylsuchenden und Migrant_innen in Deutschland zu groß wird.

Sorge: Verwicklung in militärische Konflikte

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	keine Sorge	sehr klein	eher klein	eher groß	sehr groß	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	3	6	19	36	34	2
Geschlecht							
männlich	508	4	9	22	34	30	1
weiblich	524	3	3	15	39	38	3
Alter							
18-24 Jahre	62	2	13	28	41	16	0
25-34 Jahre	138	4	1	36	30	26	3
35-44 Jahre	135	5	2	21	38	35	0
45-59 Jahre	278	3	4	19	39	34	1
60 Jahre und älter	419	3	8	11	36	39	3
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	294	3	8	12	28	45	3
10. Klasse	496	3	4	19	39	34	1
Abitur	106	5	6	26	39	21	2
(Fach-)Hochschule	135	4	6	26	42	20	1
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	471	4	3	21	39	31	1
in Ausbildung	53	3	14	31	35	14	4
arbeitslos	24	0	0	37	34	30	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	3	7	14	34	39	3
Berufsgruppe							
Arbeiter	184	4	5	20	37	34	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	2	2	20	41	35	1
höh.-leit. Ang./Beamte	44	13	2	25	31	27	1
Landw./Selbst./Freib.	44	2	3	22	40	33	0
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	738	4	6	16	37	35	1
evangelisch	203	1	4	19	33	39	5
katholisch	88	6	6	37	39	12	0

Sorge, dass ... Deutschland in militärische Konflikte verwickelt wird.

Sorge: Unzureichende Alterssicherung

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	keine Sorge	sehr klein	eher klein	eher groß	sehr groß	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	9	7	13	28	42	1
Geschlecht							
männlich	508	5	8	13	27	45	1
weiblich	524	12	7	12	30	39	1
Alter							
18-24 Jahre	62	7	10	22	25	35	0
25-34 Jahre	138	1	3	6	31	59	0
35-44 Jahre	135	2	2	12	28	57	1
45-59 Jahre	278	5	6	11	30	46	2
60 Jahre und älter	419	16	11	15	27	30	1
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	294	15	13	14	27	31	0
10. Klasse	496	5	5	10	25	53	2
Abitur	106	7	5	19	34	36	0
(Fach-)Hochschule	135	11	5	15	37	30	1
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	471	3	5	10	33	48	1
in Ausbildung	53	6	5	24	27	38	0
arbeitslos	24	0	0	19	27	55	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	15	10	14	24	36	1
Berufsgruppe							
Arbeiter	184	2	4	7	32	54	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	2	7	9	31	51	0
höh.-leit. Ang./Beamte	44	7	6	20	34	33	0
Landw./Selbst./Freib.	44	4	4	12	22	58	0
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	738	8	8	11	27	46	1
evangelisch	203	11	8	17	26	38	1
katholisch	88	13	2	21	48	16	0

Sorge, dass ... die Alterssicherung nicht ausreicht.

Sorge: Gefährdung des gesellschaftlichen Zusammenhalts

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	keine Sorge	sehr klein	eher klein	eher groß	sehr groß	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	7	4	22	37	30	1
Geschlecht							
männlich	508	6	4	21	38	30	1
weiblich	524	8	4	22	35	30	1
Alter							
18-24 Jahre	62	12	12	30	35	11	0
25-34 Jahre	138	2	5	18	39	33	3
35-44 Jahre	135	5	2	23	37	33	0
45-59 Jahre	278	8	4	19	41	28	1
60 Jahre und älter	419	8	3	23	33	32	1
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	294	10	2	26	26	36	0
10. Klasse	496	4	4	16	42	31	2
Abitur	106	12	7	33	33	16	1
(Fach-)Hochschule	135	6	5	25	41	21	2
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	471	4	4	20	41	29	1
in Ausbildung	53	9	14	38	31	9	0
arbeitslos	24	0	0	39	30	28	3
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	9	3	21	33	33	1
Berufsgruppe							
Arbeiter	184	4	3	17	43	33	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	3	4	22	38	31	2
höh.-leit. Ang./Beamte	44	11	2	23	45	18	1
Landw./Selbst./Freib.	44	2	8	10	30	50	0
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	738	6	4	22	37	30	1
evangelisch	203	7	4	21	33	34	1
katholisch	88	13	6	19	42	18	2

Sorge, dass ... der gesellschaftliche Zusammenhalt gefährdet ist.

Allgemeine Lebenszufriedenheit

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	45	47	6	1	1
Geschlecht						
männlich	508	36	53	8	1	1
weiblich	524	54	41	4	1	0
Alter						
18-24 Jahre	62	64	34	2	0	0
25-34 Jahre	138	47	41	8	3	1
35-44 Jahre	135	33	41	25	1	0
45-59 Jahre	278	33	62	2	2	1
60 Jahre und älter	419	54	43	3	0	0
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	294	53	36	11	0	0
10. Klasse	496	36	56	5	2	1
Abitur	106	59	36	4	1	0
(Fach-)Hochschule	135	49	46	4	0	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	471	43	52	3	2	1
in Ausbildung	53	63	36	1	0	0
arbeitslos	24	6	66	29	0	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	47	42	9	1	0
Berufsgruppe						
Arbeiter	184	38	58	2	1	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	40	48	9	2	1
höh.-leit. Ang./Beamte	44	51	47	1	0	0
Landw./Selbst./Freib.	44	39	51	10	0	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	738	45	46	7	1	1
evangelisch	203	40	56	2	1	1
katholisch	88	56	34	10	0	0

Wenn Sie jetzt an ihr eigenes Leben denken, inwieweit würden Sie da der Aussage zustimmen: „Ich bin mit meinem Leben insgesamt zufrieden.“?

Zufriedenheit: Persönlicher Lebensstandard

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr zufrieden	eher zufrieden	eher unzufrieden	sehr unzufrieden	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	40	53	6	1	0
Geschlecht						
männlich	508	39	52	6	39	0
weiblich	524	40	53	7	40	0
Alter						
18-24 Jahre	62	49	47	3	49	0
25-34 Jahre	138	37	55	6	37	1
35-44 Jahre	135	31	56	11	31	0
45-59 Jahre	278	34	57	8	34	0
60 Jahre und älter	419	46	49	5	46	0
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	294	47	49	3	47	0
10. Klasse	496	35	54	9	35	0
Abitur	106	37	57	4	37	0
(Fach-)Hochschule	135	43	52	4	43	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	471	41	52	5	41	0
in Ausbildung	53	34	57	8	34	0
arbeitslos	24	4	35	48	4	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	41	53	5	41	0
Berufsgruppe						
Arbeiter	184	29	63	6	29	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	45	48	6	45	1
höh.-leit. Ang./Beamte	44	51	47	2	51	0
Landw./Selbst./Freib.	44	40	58	1	40	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	738	39	53	6	39	0
evangelisch	203	42	51	7	42	0
katholisch	88	39	55	6	39	0

Und inwieweit sind Sie mit folgenden Aspekten zufrieden? ... - Ihrem persönlichen Lebensstandard.

Zufriedenheit: Privates Umfeld

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr zufrieden	eher zufrieden	eher unzufrieden	sehr unzufrieden	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	65	28	5	2	0
Geschlecht						
männlich	508	59	30	7	3	1
weiblich	524	69	27	3	0	0
Alter						
18-24 Jahre	62	77	23	0	0	0
25-34 Jahre	138	62	34	2	0	1
35-44 Jahre	135	74	20	7	0	0
45-59 Jahre	278	59	34	4	2	0
60 Jahre und älter	419	64	26	7	2	0
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	294	73	17	7	3	0
10. Klasse	496	60	33	5	1	0
Abitur	106	72	25	2	0	0
(Fach-)Hochschule	135	58	37	3	1	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	471	63	33	3	1	1
in Ausbildung	53	71	29	0	0	0
arbeitslos	24	55	27	17	1	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	66	24	7	3	0
Berufsgruppe						
Arbeiter	184	55	40	3	2	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	72	23	4	0	1
höh.-leit. Ang./Beamte	44	76	21	2	0	1
Landw./Selbst./Freib.	44	43	51	6	0	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	738	64	29	5	2	0
evangelisch	203	66	28	5	0	0
katholisch	88	68	23	8	0	0

Und inwieweit sind Sie mit folgenden Aspekten zufrieden? ... - Ihrem privaten Umfeld (Partnerschaft, Familie, Freundschaften).

Zufriedenheit: Gesundheit

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr zufrieden	eher zufrieden	eher unzufrieden	sehr unzufrieden	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	33	35	24	8	0
Geschlecht						
männlich	508	31	32	28	9	0
weiblich	524	34	38	20	7	0
Alter						
18-24 Jahre	62	70	28	3	0	0
25-34 Jahre	138	46	35	14	5	0
35-44 Jahre	135	26	37	19	18	0
45-59 Jahre	278	32	36	22	9	0
60 Jahre und älter	419	25	36	32	7	0
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	294	21	30	37	13	0
10. Klasse	496	35	37	21	7	0
Abitur	106	48	35	13	3	1
(Fach-)Hochschule	135	36	43	16	6	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	471	43	38	16	3	0
in Ausbildung	53	58	40	3	0	0
arbeitslos	24	17	32	26	25	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	20	32	34	14	0
Berufsgruppe						
Arbeiter	184	35	38	22	5	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	47	34	10	10	0
höh.-leit. Ang./Beamte	44	41	43	12	3	0
Landw./Selbst./Freib.	44	27	43	28	2	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	738	35	32	24	9	0
evangelisch	203	30	41	23	5	0
katholisch	88	19	45	27	9	0

Und inwieweit sind Sie mit folgenden Aspekten zufrieden? ... - Ihrer Gesundheit.

Zufriedenheit: Berufliche Situation

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr zufrieden	eher zufrieden	eher unzufrieden	sehr unzufrieden	trifft nicht zu	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	17	22	8	3	50	0
Geschlecht							
männlich	508	18	21	12	2	46	1
weiblich	524	16	23	5	2	54	0
Alter							
18-24 Jahre	62	16	16	0	0	68	0
25-34 Jahre	138	31	31	20	2	16	0
35-44 Jahre	135	24	31	21	4	19	1
45-59 Jahre	278	29	40	9	4	17	1
60 Jahre und älter	419	3	5	1	0	91	0
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	294	0	5	9	0	86	0
10. Klasse	496	25	29	9	3	33	1
Abitur	106	20	25	4	4	46	0
(Fach-)Hochschule	135	22	29	8	1	40	0
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	471	37	46	12	4	0	1
in Ausbildung	53	0	0	0	0	100	0
arbeitslos	24	0	0	0	0	100	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	1	2	6	0	91	0
Berufsgruppe							
Arbeiter	184	26	53	17	4	0	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	39	36	22	3	0	0
höh.-leit. Ang./Beamte	44	39	46	5	9	0	1
Landw./Selbst./Freib.	44	43	47	4	0	0	6
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	738	20	21	9	2	47	0
evangelisch	203	9	25	4	1	59	2
katholisch	88	10	23	9	0	57	0

Und inwieweit sind Sie mit folgenden Aspekten zufrieden? ... - Ihrer beruflichen Situation.

Zufriedenheit: Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	sehr zufrieden	eher zufrieden	eher unzufrieden	sehr unzufrieden	trifft nicht zu	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	14	23	10	3	50	0
Geschlecht							
männlich	508	15	23	12	3	46	0
weiblich	524	14	22	8	2	54	0
Alter							
18-24 Jahre	62	13	10	7	1	68	0
25-34 Jahre	138	26	28	25	5	16	0
35-44 Jahre	135	23	43	12	2	19	1
45-59 Jahre	278	22	40	15	6	17	0
60 Jahre und älter	419	3	5	1	0	91	0
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	294	0	14	0	0	86	0
10. Klasse	496	20	29	14	4	33	0
Abitur	106	25	16	11	2	46	0
(Fach-)Hochschule	135	18	24	14	4	40	1
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	471	30	43	21	6	0	0
in Ausbildung	53	0	0	0	0	100	0
arbeitslos	24	0	0	0	0	100	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	2	6	1	0	91	0
Berufsgruppe							
Arbeiter	184	18	47	27	7	0	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	37	48	13	2	0	0
höh.-leit. Ang./Beamte	44	31	35	27	7	0	0
Landw./Selbst./Freib.	44	33	37	20	10	0	0
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	738	16	23	10	3	47	0
evangelisch	203	10	20	8	2	59	1
katholisch	88	9	23	11	1	57	0

Und inwieweit sind Sie mit folgenden Aspekten zufrieden? ... - der Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben.

Einschätzung der persönlichen Zukunft

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr gut	eher gut	eher schlecht	sehr schlecht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	11	64	18	2	5
Geschlecht						
männlich	508	9	62	23	2	5
weiblich	524	13	66	13	3	5
Alter						
18-24 Jahre	62	42	50	4	4	0
25-34 Jahre	138	9	70	14	0	6
35-44 Jahre	135	10	56	27	1	5
45-59 Jahre	278	8	65	18	4	6
60 Jahre und älter	419	9	65	19	2	4
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	294	10	57	25	2	6
10. Klasse	496	8	68	17	3	4
Abitur	106	23	61	8	2	7
(Fach-)Hochschule	135	14	67	14	2	4
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	471	11	69	13	2	6
in Ausbildung	53	37	54	4	5	0
arbeitslos	24	4	30	53	1	12
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	9	62	23	2	4
Berufsgruppe						
Arbeiter	184	2	71	18	2	7
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	12	65	17	2	5
höh.-leit. Ang./Beamte	44	23	71	5	0	0
Landw./Selbst./Freib.	44	17	61	15	6	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	738	11	63	19	2	4
evangelisch	203	10	67	14	2	7
katholisch	88	10	61	23	2	4

Und wenn Sie an die Zukunft denken: Würden Sie sagen, dass Ihre Zukunft sehr schlecht, eher schlecht, eher gut oder sehr gut aussieht?

Einschätzung der Lebenslage der nächsten Generation

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	viel besser	besser	[spontan:] unverändert, genauso gut	schlechter	viel schlechter	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	1	25	13	48	8	5
Geschlecht							
männlich	508	2	24	10	51	8	6
weiblich	524	1	26	16	45	8	3
Alter							
18-24 Jahre	62	0	33	17	31	4	15
25-34 Jahre	138	1	23	9	56	4	6
35-44 Jahre	135	1	21	16	54	4	4
45-59 Jahre	278	1	28	9	54	5	3
60 Jahre und älter	419	2	25	16	41	13	4
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	294	2	24	21	35	16	2
10. Klasse	496	0	24	8	57	7	5
Abitur	106	3	29	16	41	2	9
(Fach-)Hochschule	135	2	30	13	48	1	6
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	471	1	22	12	54	5	6
in Ausbildung	53	0	45	11	31	2	12
arbeitslos	24	2	38	1	39	18	3
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	2	25	15	44	11	3
Berufsgruppe							
Arbeiter	184	0	19	12	57	7	5
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	1	20	13	57	4	5
höh.-leit. Ang./Beamte	44	2	32	19	37	1	9
Landw./Selbst./Freib.	44	0	16	10	62	8	2
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	738	1	23	11	52	9	4
evangelisch	203	1	26	20	40	8	5
katholisch	88	1	39	14	34	5	7

Und wenn sie an die nächste Generation denken: glauben Sie, dass es der einmal bessergehen wird als Ihnen oder wird es der schlechter gehen?

Sicherheitsempfinden: Familie

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	voll und ganz	überwiegend	teilweise	gar nicht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	71	17	7	3	2
Geschlecht						
männlich	508	63	21	10	3	3
weiblich	524	78	14	4	3	0
Alter						
18-24 Jahre	62	84	10	5	0	0
25-34 Jahre	138	65	23	6	6	0
35-44 Jahre	135	79	12	5	4	0
45-59 Jahre	278	69	17	10	3	1
60 Jahre und älter	419	69	18	7	3	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	294	73	17	5	2	3
10. Klasse	496	68	17	10	5	1
Abitur	106	75	18	4	3	0
(Fach-)Hochschule	135	70	21	7	2	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	471	72	17	8	3	0
in Ausbildung	53	80	18	1	1	0
arbeitslos	24	69	19	12	0	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	69	18	7	4	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	184	69	18	12	0	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	74	17	6	3	0
höh.-leit. Ang./Beamte	44	82	9	3	6	0
Landw./Selbst./Freib.	44	65	19	8	7	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	738	71	19	6	2	2
evangelisch	203	72	15	6	8	0
katholisch	88	67	11	22	0	0

Was denken Sie: inwieweit bieten Ihnen die folgenden Institutionen Sicherheit? - ... die Familie.

Sicherheitsempfinden: Staatliche Einrichtungen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	voll und ganz	überwiegend	teilweise	gar nicht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	14	36	36	9	4
Geschlecht						
männlich	508	7	37	41	14	1
weiblich	524	20	36	31	5	7
Alter						
18-24 Jahre	62	24	44	30	1	0
25-34 Jahre	138	13	38	41	8	0
35-44 Jahre	135	8	46	27	18	1
45-59 Jahre	278	9	31	46	10	3
60 Jahre und älter	419	18	34	31	8	9
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	294	25	32	22	11	10
10. Klasse	496	9	34	43	11	2
Abitur	106	13	41	38	6	2
(Fach-)Hochschule	135	8	48	38	4	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	471	11	36	41	10	2
in Ausbildung	53	15	58	25	2	0
arbeitslos	24	12	41	29	13	4
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	17	33	33	10	7
Berufsgruppe						
Arbeiter	184	10	38	40	10	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	11	33	39	15	1
höh.-leit. Ang./Beamte	44	11	44	39	5	1
Landw./Selbst./Freib.	44	5	28	44	22	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	738	13	37	36	11	3
evangelisch	203	18	39	29	5	9
katholisch	88	15	22	54	6	2

Was denken Sie: inwieweit bieten Ihnen die folgenden Institutionen Sicherheit? - ... staatliche Einrichtungen.

Sicherheitsempfinden: Religion

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	voll und ganz	überwiegend	teilweise	gar nicht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	10	11	11	61	6
Geschlecht						
männlich	508	6	7	12	65	9
weiblich	524	14	15	11	57	4
Alter						
18-24 Jahre	62	5	13	21	53	8
25-34 Jahre	138	2	7	16	72	2
35-44 Jahre	135	7	11	12	53	17
45-59 Jahre	278	9	9	12	65	5
60 Jahre und älter	419	15	13	8	59	5
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	294	18	15	5	51	10
10. Klasse	496	7	8	14	66	5
Abitur	106	6	10	14	66	5
(Fach-)Hochschule	135	8	12	13	62	5
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	471	7	8	14	67	4
in Ausbildung	53	7	16	13	54	10
arbeitslos	24	15	19	1	65	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	14	13	9	56	8
Berufsgruppe						
Arbeiter	184	9	7	9	72	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	5	8	16	59	12
höh.-leit. Ang./Beamte	44	6	10	14	65	6
Landw./Selbst./Freib.	44	9	11	14	60	6
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	738	4	3	8	77	8
evangelisch	203	23	34	24	15	5
katholisch	88	33	24	9	34	0

Was denken Sie: inwieweit bieten Ihnen die folgenden Institutionen Sicherheit? - ... die Religion.

Tabelle A 76

Sicherheitsempfinden: Arbeit und Beruf

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	voll und ganz	überwiegend	teilweise	gar nicht	trifft nicht zu	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	17	20	9	4	50	0
Geschlecht							
männlich	508	19	18	11	5	46	0
weiblich	524	15	21	7	2	54	0
Alter							
18-24 Jahre	62	7	16	9	0	68	0
25-34 Jahre	138	31	28	21	4	16	0
35-44 Jahre	135	15	39	11	15	19	1
45-59 Jahre	278	33	33	13	4	17	1
60 Jahre und älter	419	4	3	2	0	91	0
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	294	4	2	2	6	86	0
10. Klasse	496	24	27	12	3	33	1
Abitur	106	16	21	15	2	46	0
(Fach-)Hochschule	135	20	29	10	1	40	0
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	471	36	41	19	4	0	1
in Ausbildung	53	0	0	0	0	100	0
arbeitslos	24	0	0	0	0	100	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	1	2	1	4	91	0
Berufsgruppe							
Arbeiter	184	28	44	23	5	0	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	36	38	15	10	0	0
höh.-leit. Ang./Beamte	44	42	36	21	1	0	0
Landw./Selbst./Freib.	44	45	40	11	5	0	0
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	738	19	21	8	5	47	0
evangelisch	203	15	18	7	0	59	0
katholisch	88	7	17	19	0	57	0

Was denken Sie: inwieweit bieten Ihnen die folgenden Institutionen Sicherheit? - ... Arbeit und Beruf.

Politische Partizipation: An einen Politiker wenden

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Habe ich schon getan	Würde ich tun	Würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	16	46	38	1
Geschlecht					
männlich	508	18	45	36	1
weiblich	524	13	46	39	2
Alter					
18-24 Jahre	62	21	53	24	1
25-34 Jahre	138	11	46	42	1
35-44 Jahre	135	16	60	25	0
45-59 Jahre	278	20	48	30	1
60 Jahre und älter	419	13	38	47	2
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	294	8	42	49	1
10. Klasse	496	15	45	38	1
Abitur	106	24	49	26	2
(Fach-)Hochschule	135	26	50	23	1
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	471	17	48	34	1
in Ausbildung	53	23	55	18	3
arbeitslos	24	26	64	8	3
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	12	42	45	2
Berufsgruppe					
Arbeiter	184	11	45	42	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	15	58	27	0
höh.-leit. Ang./Beamte	44	36	36	29	0
Landw./Selbst./Freib.	44	31	38	30	0
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	738	15	45	39	1
evangelisch	203	19	49	30	2
katholisch	88	9	43	47	1

Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun? Wie ist das mit - ... An einen Politiker wenden?

Politische Partizipation: Teilnahme an Unterschriftensammlung

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Habe ich schon getan	Würde ich tun	Würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	47	44	9	1
Geschlecht					
männlich	508	47	44	8	1
weiblich	524	47	43	9	1
Alter					
18-24 Jahre	62	55	41	3	1
25-34 Jahre	138	55	39	6	0
35-44 Jahre	135	59	35	6	0
45-59 Jahre	278	47	48	3	1
60 Jahre und älter	419	39	45	15	1
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	294	40	41	18	1
10. Klasse	496	44	49	6	1
Abitur	106	65	33	2	0
(Fach-)Hochschule	135	59	36	4	1
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	471	52	44	4	1
in Ausbildung	53	64	34	2	0
arbeitslos	24	35	65	0	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	41	43	15	1
Berufsgruppe					
Arbeiter	184	44	50	4	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	60	33	6	0
höh.-leit. Ang./Beamte	44	57	40	2	0
Landw./Selbst./Freib.	44	51	49	0	0
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	738	48	41	10	1
evangelisch	203	42	50	6	2
katholisch	88	50	50	0	0

Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun? Wie ist das mit - ... An einer Unterschriftensammlung teilnehmen?

Politische Partizipation: Mitarbeit in politischer Partei

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Habe ich schon getan	Würde ich tun	Würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	9	17	73	1
Geschlecht					
männlich	508	10	20	69	1
weiblich	524	8	14	77	1
Alter					
18-24 Jahre	62	8	43	48	1
25-34 Jahre	138	2	30	68	0
35-44 Jahre	135	3	17	79	1
45-59 Jahre	278	7	19	73	1
60 Jahre und älter	419	14	8	76	1
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	294	9	5	86	1
10. Klasse	496	7	20	72	1
Abitur	106	11	36	52	1
(Fach-)Hochschule	135	14	21	64	1
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	471	6	20	72	1
in Ausbildung	53	4	55	41	0
arbeitslos	24	1	27	71	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	12	10	77	1
Berufsgruppe					
Arbeiter	184	3	22	73	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	6	19	75	0
höh.-leit. Ang./Beamte	44	8	26	65	0
Landw./Selbst./Freib.	44	13	21	64	2
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	738	9	18	72	1
evangelisch	203	9	14	74	2
katholisch	88	5	18	76	1

Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun? Wie ist das mit - ... In einer politischen Partei mitarbeiten?

Politische Partizipation: Mitarbeit in Bürgerinitiative

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Habe ich schon getan	Würde ich tun	Würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	13	52	33	2
Geschlecht					
männlich	508	14	56	28	1
weiblich	524	12	48	37	2
Alter					
18-24 Jahre	62	13	73	12	1
25-34 Jahre	138	2	73	25	1
35-44 Jahre	135	16	56	26	1
45-59 Jahre	278	17	59	23	1
60 Jahre und älter	419	13	37	47	3
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	294	14	33	50	3
10. Klasse	496	11	58	29	1
Abitur	106	15	66	16	2
(Fach-)Hochschule	135	18	61	20	1
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	471	11	62	24	3
in Ausbildung	53	9	76	14	0
arbeitslos	24	14	35	52	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	15	41	43	1
Berufsgruppe					
Arbeiter	184	11	61	23	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	15	62	21	1
höh.-leit. Ang./Beamte	44	21	46	28	5
Landw./Selbst./Freib.	44	13	73	14	0
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	738	15	50	34	1
evangelisch	203	12	54	32	2
katholisch	88	4	68	22	6

Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun? Wie ist das mit - ... In einer Bürgerinitiative mitarbeiten?

Politische Partizipation: Teilnahme an genehmigter Demonstration

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Habe ich schon getan	Würde ich tun	Würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	27	43	29	1
Geschlecht					
männlich	508	29	48	22	1
weiblich	524	25	38	36	1
Alter					
18-24 Jahre	62	46	37	16	1
25-34 Jahre	138	22	44	34	0
35-44 Jahre	135	42	41	17	0
45-59 Jahre	278	33	41	24	2
60 Jahre und älter	419	17	45	37	1
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	294	19	39	41	1
10. Klasse	496	25	45	28	2
Abitur	106	42	46	12	0
(Fach-)Hochschule	135	41	38	20	1
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	471	29	46	24	1
in Ausbildung	53	50	39	11	0
arbeitslos	24	31	41	28	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	23	40	36	1
Berufsgruppe					
Arbeiter	184	26	45	28	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	36	42	22	0
höh.-leit. Ang./Beamte	44	39	41	19	1
Landw./Selbst./Freib.	44	33	58	9	0
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	738	28	43	28	1
evangelisch	203	26	39	33	2
katholisch	88	28	45	27	0

Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun? Wie ist das mit - ... An einer genehmigten Demonstration teilnehmen?

Politische Partizipation: Teilnahme an nicht genehmigter Demonstration

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Habe ich schon getan	Würde ich tun	Würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	6	16	76	2
Geschlecht					
männlich	508	5	20	74	1
weiblich	524	7	13	78	2
Alter					
18-24 Jahre	62	13	30	56	1
25-34 Jahre	138	4	16	80	0
35-44 Jahre	135	4	20	76	0
45-59 Jahre	278	8	22	68	2
60 Jahre und älter	419	5	9	83	3
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	294	7	9	82	2
10. Klasse	496	3	17	78	2
Abitur	106	11	25	63	1
(Fach-)Hochschule	135	9	22	67	2
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	471	6	20	72	1
in Ausbildung	53	10	32	58	0
arbeitslos	24	13	2	85	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	5	11	81	2
Berufsgruppe					
Arbeiter	184	4	18	76	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	5	18	76	2
höh.-leit. Ang./Beamte	44	11	23	66	0
Landw./Selbst./Freib.	44	10	42	47	1
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	738	5	18	76	1
evangelisch	203	5	14	77	4
katholisch	88	18	6	76	0

Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun? Wie ist das mit - ... An einer nicht genehmigten Demonstration teilnehmen?

Politische Partizipation: Für Ziele auch mit Gewalt kämpfen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Habe ich schon getan	Würde ich tun	Würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	6	16	76	2
Geschlecht					
männlich	508	5	20	74	1
weiblich	524	7	13	78	2
Alter					
18-24 Jahre	62	13	30	56	1
25-34 Jahre	138	4	16	80	0
35-44 Jahre	135	4	20	76	0
45-59 Jahre	278	8	22	68	2
60 Jahre und älter	419	5	9	83	3
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	294	7	9	82	2
10. Klasse	496	3	17	78	2
Abitur	106	11	25	63	1
(Fach-)Hochschule	135	9	22	67	2
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	471	6	20	72	1
in Ausbildung	53	10	32	58	0
arbeitslos	24	13	2	85	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	5	11	81	2
Berufsgruppe					
Arbeiter	184	4	18	76	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	5	18	76	2
höh.-leit. Ang./Beamte	44	11	23	66	0
Landw./Selbst./Freib.	44	10	42	47	1
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	738	5	18	76	1
evangelisch	203	5	14	77	4
katholisch	88	18	6	76	0

Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun? Wie ist das mit - ... Für meine Ziele kämpfen, auch wenn dazu Gewalt notwendig ist?

Politische Partizipation: An einer Demonstration für Europa

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Habe ich schon getan	Würde ich tun	Würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	3	54	41	2
Geschlecht					
männlich	508	3	58	37	2
weiblich	524	3	50	45	2
Alter					
18-24 Jahre	62	9	70	20	1
25-34 Jahre	138	3	51	42	4
35-44 Jahre	135	1	62	37	0
45-59 Jahre	278	3	56	39	2
60 Jahre und älter	419	2	48	48	2
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	294	0	49	49	2
10. Klasse	496	3	52	42	3
Abitur	106	6	67	27	1
(Fach-)Hochschule	135	6	58	34	1
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	471	4	53	41	3
in Ausbildung	53	5	76	19	0
arbeitslos	24	0	67	30	4
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	1	52	45	2
Berufsgruppe					
Arbeiter	184	3	46	48	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	4	63	30	3
höh.-leit. Ang./Beamte	44	8	46	44	1
Landw./Selbst./Freib.	44	2	49	49	1
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	738	2	53	43	2
evangelisch	203	4	52	40	4
katholisch	88	4	67	29	1

Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun? Wie ist das mit - ... An einer Demonstration für Europa teilnehmen?

Politische Partizipation: Ehrenamtliches Engagement

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Habe ich schon getan	Würde ich tun	Würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	45	42	12	1
Geschlecht					
männlich	508	45	43	11	1
weiblich	524	44	42	13	1
Alter					
18-24 Jahre	62	41	55	3	1
25-34 Jahre	138	35	61	4	0
35-44 Jahre	135	50	46	3	0
45-59 Jahre	278	45	46	8	1
60 Jahre und älter	419	46	31	22	1
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	294	51	25	23	1
10. Klasse	496	38	52	9	1
Abitur	106	50	47	3	0
(Fach-)Hochschule	135	53	40	7	1
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	471	41	52	6	1
in Ausbildung	53	48	49	3	0
arbeitslos	24	37	63	0	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	48	31	19	1
Berufsgruppe					
Arbeiter	184	41	51	6	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	43	53	4	0
höh.-leit. Ang./Beamte	44	51	39	10	0
Landw./Selbst./Freib.	44	54	38	7	0
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	738	44	41	14	1
evangelisch	203	46	47	5	2
katholisch	88	43	48	9	0

Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun? Wie ist das mit - ... Sich ehrenamtlich engagieren? (z.B. in einem Verein oder in der Nachbarschaftshilfe).

Bei Israels Politik ist es verständlich, dass man etwas gegen Juden hat

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	9	14	17	44	16
Geschlecht						
männlich	508	13	14	16	40	17
weiblich	524	6	13	17	48	15
Alter						
18-24 Jahre	62	1	7	30	45	16
25-34 Jahre	138	3	13	19	53	12
35-44 Jahre	135	3	13	15	47	23
45-59 Jahre	278	7	13	18	43	18
60 Jahre und älter	419	16	15	14	40	14
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	294	16	10	7	47	19
10. Klasse	496	7	15	19	42	17
Abitur	106	8	13	18	49	12
(Fach-)Hochschule	135	5	19	27	38	11
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	471	5	14	21	46	15
in Ausbildung	53	0	7	28	47	18
arbeitslos	24	9	12	6	57	17
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	14	14	12	41	18
Berufsgruppe						
Arbeiter	184	4	6	17	56	17
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	6	15	18	37	24
höh.-leit. Ang./Beamte	44	3	17	32	44	4
Landw./Selbst./Freib.	44	11	30	22	22	15
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	738	10	15	17	41	17
evangelisch	203	9	10	18	46	18
katholisch	88	5	14	12	63	6

Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat.

Langzeitarbeitslose machen sich auf Kosten anderer ein schönes Leben

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	25	31	23	19	2
Geschlecht						
männlich	508	24	32	25	17	1
weiblich	524	27	30	21	20	3
Alter						
18-24 Jahre	62	9	30	42	17	2
25-34 Jahre	138	26	28	29	16	1
35-44 Jahre	135	14	39	23	22	2
45-59 Jahre	278	25	28	26	19	2
60 Jahre und älter	419	31	32	16	19	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	294	33	40	15	11	1
10. Klasse	496	28	28	21	21	2
Abitur	106	10	32	42	15	1
(Fach-)Hochschule	135	10	23	33	30	4
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	471	24	29	26	18	2
in Ausbildung	53	15	31	42	12	0
arbeitslos	24	8	9	39	42	3
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	28	34	17	19	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	184	29	35	20	13	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	20	31	28	20	1
höh.-leit. Ang./Beamte	44	19	20	28	26	6
Landw./Selbst./Freib.	44	20	26	31	20	3
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	738	28	30	22	19	2
evangelisch	203	22	33	23	19	3
katholisch	88	14	36	28	21	2

Die meisten Langzeitarbeitslosen machen sich auf Kosten der Anderen ein schönes Leben.

Sorge: Durch gesellschaftliche Entwicklung auf Verliererseite zu geraten

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	19	17	23	36	4
Geschlecht						
männlich	508	22	18	26	33	2
weiblich	524	17	16	21	40	6
Alter						
18-24 Jahre	62	5	3	35	56	0
25-34 Jahre	138	13	14	35	37	0
35-44 Jahre	135	16	27	19	34	3
45-59 Jahre	278	19	15	23	38	4
60 Jahre und älter	419	24	18	19	33	6
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	294	26	25	16	27	6
10. Klasse	496	21	15	25	34	4
Abitur	106	10	9	27	54	0
(Fach-)Hochschule	135	4	14	28	51	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	471	16	16	27	39	2
in Ausbildung	53	4	3	37	57	0
arbeitslos	24	35	30	6	27	3
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	23	19	19	33	7
Berufsgruppe						
Arbeiter	184	26	14	29	28	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	12	25	24	37	1
höh.-leit. Ang./Beamte	44	3	5	28	63	2
Landw./Selbst./Freib.	44	14	25	21	39	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	738	20	18	23	35	4
evangelisch	203	20	14	27	34	5
katholisch	88	6	18	18	57	2

Es macht mir Sorgen, durch die gesellschaftliche Entwicklung immer mehr auf die Verliererseite des Lebens zu geraten.

In diesen Zeiten braucht es eine starke Hand

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	34	28	13	19	7
Geschlecht						
männlich	508	33	28	14	20	4
weiblich	524	35	27	11	18	9
Alter						
18-24 Jahre	62	11	45	24	18	3
25-34 Jahre	138	29	37	10	20	4
35-44 Jahre	135	36	31	14	14	6
45-59 Jahre	278	35	21	16	23	4
60 Jahre und älter	419	38	26	9	17	10
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	294	50	21	4	14	10
10. Klasse	496	32	32	13	17	5
Abitur	106	18	27	22	28	5
(Fach-)Hochschule	135	17	27	23	29	5
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	471	29	31	16	20	5
in Ausbildung	53	11	36	27	24	2
arbeitslos	24	40	10	22	26	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	41	25	8	18	9
Berufsgruppe						
Arbeiter	184	39	29	11	17	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	31	30	17	19	4
höh.-leit. Ang./Beamte	44	19	27	22	29	3
Landw./Selbst./Freib.	44	33	25	10	23	8
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	738	36	28	11	19	7
evangelisch	203	28	30	15	18	8
katholisch	88	27	22	26	23	2

In diesen Zeiten brauchen wir unbedingt eine starke Hand.

Gehorsam und Disziplin, um aus Kindern anständige Bürger zu machen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	26	27	20	25	3
Geschlecht						
männlich	508	27	26	18	26	3
weiblich	524	25	28	21	23	3
Alter						
18-24 Jahre	62	1	20	48	24	7
25-34 Jahre	138	15	27	31	26	1
35-44 Jahre	135	11	30	20	38	0
45-59 Jahre	278	20	29	20	29	2
60 Jahre und älter	419	42	27	11	17	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	294	43	26	3	24	3
10. Klasse	496	22	31	22	23	2
Abitur	106	11	16	41	32	1
(Fach-)Hochschule	135	16	25	29	26	4
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	471	17	30	26	24	2
in Ausbildung	53	10	22	45	21	2
arbeitslos	24	10	25	17	47	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	37	26	10	24	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	184	24	29	17	25	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	14	27	28	29	1
höh.-leit. Ang./Beamte	44	11	26	27	36	0
Landw./Selbst./Freib.	44	11	30	37	23	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	738	27	27	19	23	3
evangelisch	203	24	31	22	22	1
katholisch	88	19	23	18	39	0

Wer seine Kinder zu anständigen Bürgern erziehen will, muss von ihnen vor allem Gehorsam und Disziplin verlangen.

Die meisten Muslime in Deutschland akzeptieren unsere Werte

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	16	28	20	21	16
Geschlecht						
männlich	508	18	33	19	18	12
weiblich	524	14	23	21	24	19
Alter						
18-24 Jahre	62	40	34	19	1	6
25-34 Jahre	138	16	39	19	18	8
35-44 Jahre	135	14	24	21	31	9
45-59 Jahre	278	14	33	17	20	16
60 Jahre und älter	419	15	20	21	22	22
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	294	13	20	15	31	21
10. Klasse	496	15	28	23	19	14
Abitur	106	30	32	15	14	9
(Fach-)Hochschule	135	14	38	21	11	16
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	471	16	35	20	17	12
in Ausbildung	53	36	34	17	4	9
arbeitslos	24	26	8	18	31	18
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	14	21	20	26	19
Berufsgruppe						
Arbeiter	184	14	34	25	15	12
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	17	30	16	24	13
höh.-leit. Ang./Beamte	44	22	36	24	8	11
Landw./Selbst./Freib.	44	10	27	15	39	9
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	738	14	27	20	23	16
evangelisch	203	16	30	18	16	20
katholisch	88	30	30	21	13	6

Die meisten in Deutschland lebenden Muslime akzeptieren unsere Werte, so wie sie im Grundgesetz festgeschrieben sind.

Muslime in Deutschland stellen zu viele Forderungen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	32	20	17	14	17
Geschlecht						
männlich	508	30	18	21	15	17
weiblich	524	34	21	14	13	18
Alter						
18-24 Jahre	62	4	19	26	41	9
25-34 Jahre	138	23	19	23	22	13
35-44 Jahre	135	17	25	19	16	23
45-59 Jahre	278	30	24	18	10	17
60 Jahre und älter	419	45	15	13	9	18
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	294	51	9	11	8	21
10. Klasse	496	30	25	16	12	16
Abitur	106	10	23	28	27	12
(Fach-)Hochschule	135	13	21	25	24	17
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	471	25	23	21	16	15
in Ausbildung	53	6	17	30	38	8
arbeitslos	24	19	38	17	18	8
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	42	16	12	9	21
Berufsgruppe						
Arbeiter	184	33	22	18	12	15
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	21	20	18	18	23
höh.-leit. Ang./Beamte	44	3	28	28	24	17
Landw./Selbst./Freib.	44	43	23	17	11	7
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	738	31	21	16	13	18
evangelisch	203	34	18	19	12	17
katholisch	88	30	12	19	27	12

Muslime in Deutschland stellen zu viele Forderungen.

Muslimen sollte Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	12	14	25	43	5
Geschlecht						
männlich	508	9	11	27	49	4
weiblich	524	15	16	24	38	7
Alter						
18-24 Jahre	62	0	2	29	68	2
25-34 Jahre	138	7	9	29	50	6
35-44 Jahre	135	4	14	25	53	4
45-59 Jahre	278	10	14	29	42	6
60 Jahre und älter	419	20	17	21	36	6
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	294	23	17	22	32	7
10. Klasse	496	11	15	28	41	5
Abitur	106	1	7	17	69	6
(Fach-)Hochschule	135	3	10	28	58	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	471	8	14	26	46	6
in Ausbildung	53	0	0	26	72	2
arbeitslos	24	1	27	31	37	3
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	18	15	24	38	6
Berufsgruppe						
Arbeiter	184	8	16	33	36	7
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	8	10	20	59	3
höh.-leit. Ang./Beamte	44	2	17	29	48	5
Landw./Selbst./Freib.	44	13	18	19	41	9
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	738	12	15	26	42	5
evangelisch	203	16	12	21	43	8
katholisch	88	6	12	28	53	1

Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden.

Bei Prüfung von Asylanträgen sollte Staat großzügig sein

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	5	11	26	55	3
Geschlecht						
männlich	508	5	11	31	51	2
weiblich	524	5	11	20	59	4
Alter						
18-24 Jahre	62	13	23	28	30	6
25-34 Jahre	138	7	11	29	48	6
35-44 Jahre	135	2	13	26	57	1
45-59 Jahre	278	5	11	29	52	2
60 Jahre und älter	419	3	9	21	62	4
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	294	4	10	16	68	2
10. Klasse	496	3	10	27	56	3
Abitur	106	14	16	32	35	4
(Fach-)Hochschule	135	5	16	35	40	5
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	471	4	11	31	50	4
in Ausbildung	53	15	23	26	35	2
arbeitslos	24	0	28	30	40	3
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	4	9	20	64	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	184	4	7	31	57	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	4	11	28	52	5
höh.-leit. Ang./Beamte	44	3	19	34	41	2
Landw./Selbst./Freib.	44	4	15	27	50	5
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	738	3	10	25	59	2
evangelisch	203	6	12	29	47	6
katholisch	88	15	16	25	39	4

Bei der Prüfung von Asylanträgen sollte der Staat großzügig sein.

Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	3	12	14	64	7
Geschlecht						
männlich	508	2	12	15	67	3
weiblich	524	3	11	13	62	11
Alter						
18-24 Jahre	62	2	7	14	75	1
25-34 Jahre	138	5	14	19	53	9
35-44 Jahre	135	6	3	15	72	3
45-59 Jahre	278	2	12	10	70	6
60 Jahre und älter	419	1	15	15	59	9
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	294	2	20	15	51	12
10. Klasse	496	4	11	16	63	6
Abitur	106	0	3	12	83	2
(Fach-)Hochschule	135	2	5	8	83	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	471	2	10	16	67	5
in Ausbildung	53	3	8	3	86	0
arbeitslos	24	18	6	29	43	4
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	2	15	13	60	10
Berufsgruppe						
Arbeiter	184	2	7	15	68	7
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	3	10	14	70	5
höh.-leit. Ang./Beamte	44	3	10	9	77	0
Landw./Selbst./Freib.	44	6	10	22	59	3
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	738	3	12	15	66	4
evangelisch	203	4	17	10	58	10
katholisch	88	0	2	15	57	26

Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.

Homosexuelle sollten aufhören, so einen Wirbel um ihre Sexualität zu machen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	19	22	16	34	8
Geschlecht						
männlich	508	18	25	21	27	9
weiblich	524	20	18	12	42	8
Alter						
18-24 Jahre	62	4	15	20	61	0
25-34 Jahre	138	10	16	19	46	9
35-44 Jahre	135	9	15	14	46	17
45-59 Jahre	278	21	21	17	37	4
60 Jahre und älter	419	27	27	14	22	10
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	294	24	28	12	21	15
10. Klasse	496	19	20	17	37	7
Abitur	106	11	16	14	56	3
(Fach-)Hochschule	135	16	19	25	36	5
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	471	16	20	17	43	5
in Ausbildung	53	5	20	21	54	0
arbeitslos	24	8	31	5	54	3
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	25	24	15	23	13
Berufsgruppe						
Arbeiter	184	21	22	15	39	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	9	13	16	47	15
höh.-leit. Ang./Beamte	44	10	21	24	44	0
Landw./Selbst./Freib.	44	25	25	19	30	2
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	738	18	20	18	36	9
evangelisch	203	24	27	13	28	8
katholisch	88	20	24	10	38	9

Homosexuelle sollten aufhören, so einen Wirbel um ihre Sexualität zu machen.

Es ist in Ordnung, wenn Menschen ihr Geschlecht ändern

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	55	18	10	12	5
Geschlecht						
männlich	508	49	20	12	14	5
weiblich	524	60	16	8	10	6
Alter						
18-24 Jahre	62	80	7	6	5	1
25-34 Jahre	138	67	20	7	2	4
35-44 Jahre	135	78	9	6	2	5
45-59 Jahre	278	53	26	5	10	5
60 Jahre und älter	419	40	16	16	21	7
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	294	42	11	18	21	8
10. Klasse	496	57	23	6	10	4
Abitur	106	75	9	10	2	3
(Fach-)Hochschule	135	57	22	8	8	5
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	471	65	18	4	6	6
in Ausbildung	53	76	9	9	6	0
arbeitslos	24	52	24	21	2	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	42	18	15	19	6
Berufsgruppe						
Arbeiter	184	62	18	4	9	7
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	73	16	4	4	3
höh.-leit. Ang./Beamte	44	74	19	5	2	1
Landw./Selbst./Freib.	44	44	29	4	6	17
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	738	57	19	9	11	4
evangelisch	203	46	14	11	18	11
katholisch	88	57	16	15	11	2

Es ist in Ordnung, wenn Menschen ihr Geschlecht ändern, z.B. durch Operationen und hormonelle Behandlungen.

An deutsche Leistungen reichten die Leistungen anderer Völker nicht heran

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	11	15	21	40	12
Geschlecht						
männlich	508	12	16	24	44	4
weiblich	524	10	14	18	37	20
Alter						
18-24 Jahre	62	0	9	28	55	8
25-34 Jahre	138	7	10	30	44	9
35-44 Jahre	135	5	9	19	62	5
45-59 Jahre	278	8	13	24	45	10
60 Jahre und älter	419	18	21	17	27	17
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	294	18	19	11	28	24
10. Klasse	496	11	16	26	39	8
Abitur	106	2	6	23	63	6
(Fach-)Hochschule	135	3	10	26	55	6
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	471	8	12	25	48	7
in Ausbildung	53	0	5	29	59	6
arbeitslos	24	0	13	35	50	3
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	16	20	16	30	18
Berufsgruppe						
Arbeiter	184	5	12	24	50	9
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	9	11	23	50	7
höh.-leit. Ang./Beamte	44	3	7	26	62	2
Landw./Selbst./Freib.	44	14	15	34	36	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	738	12	15	23	41	9
evangelisch	203	13	12	19	36	19
katholisch	88	4	21	14	43	19

Andere Völker mögen Wichtiges vollbracht haben, an deutsche Leistungen reicht das aber nicht heran.

In der Gesellschaft sollte sich immer der Stärkere durchsetzen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	6	12	27	53	3
Geschlecht						
männlich	508	5	15	28	48	4
weiblich	524	7	9	26	57	3
Alter						
18-24 Jahre	62	1	2	31	61	5
25-34 Jahre	138	6	11	29	53	1
35-44 Jahre	135	0	20	31	47	3
45-59 Jahre	278	4	10	25	55	6
60 Jahre und älter	419	9	13	25	52	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	294	8	17	27	46	3
10. Klasse	496	6	11	26	53	4
Abitur	106	1	9	24	63	3
(Fach-)Hochschule	135	3	8	29	57	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	471	4	9	29	54	4
in Ausbildung	53	0	8	31	55	6
arbeitslos	24	1	16	21	59	3
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	8	15	24	51	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	184	4	12	32	47	6
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	4	15	26	54	1
höh.-leit. Ang./Beamte	44	0	4	28	66	3
Landw./Selbst./Freib.	44	8	9	30	53	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	738	7	14	26	50	3
evangelisch	203	4	6	24	61	6
katholisch	88	1	9	37	53	1

Wie in der Natur sollte sich auch in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.

Die meisten Asylbewerber werden in ihrem Heimatland nicht verfolgt

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	20	24	21	15	20
Geschlecht						
männlich	508	18	25	24	15	19
weiblich	524	22	22	19	15	21
Alter						
18-24 Jahre	62	0	13	37	30	20
25-34 Jahre	138	15	17	33	26	10
35-44 Jahre	135	14	44	20	15	7
45-59 Jahre	278	24	19	20	14	23
60 Jahre und älter	419	23	24	17	10	26
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	294	28	29	15	6	22
10. Klasse	496	21	23	21	16	20
Abitur	106	3	20	35	28	15
(Fach-)Hochschule	135	9	19	28	24	20
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	471	18	21	25	16	19
in Ausbildung	53	0	12	33	35	20
arbeitslos	24	22	35	6	33	4
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	23	27	17	11	21
Berufsgruppe						
Arbeiter	184	18	28	21	11	21
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	18	22	27	18	15
höh.-leit. Ang./Beamte	44	10	21	25	24	20
Landw./Selbst./Freib.	44	24	24	22	11	19
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	738	21	25	22	13	19
evangelisch	203	20	22	20	16	23
katholisch	88	9	20	20	29	23

Die meisten Asylbewerber befürchten nicht wirklich, in ihrem Heimatland verfolgt zu werden.

Demokratie: Anliegen der Menschen nicht mehr wirksam vertreten

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	27	38	20	10	6
Geschlecht						
männlich	508	32	40	18	8	2
weiblich	524	22	35	21	12	10
Alter						
18-24 Jahre	62	9	37	34	20	0
25-34 Jahre	138	28	42	23	6	2
35-44 Jahre	135	14	55	15	16	0
45-59 Jahre	278	27	38	21	9	5
60 Jahre und älter	419	34	31	17	9	10
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	294	30	34	13	10	13
10. Klasse	496	31	40	18	8	3
Abitur	106	13	42	32	11	2
(Fach-)Hochschule	135	16	34	31	15	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	471	25	41	21	10	3
in Ausbildung	53	2	39	44	15	0
arbeitslos	24	19	64	11	2	3
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	32	33	16	10	9
Berufsgruppe						
Arbeiter	184	33	41	15	6	5
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	20	45	24	11	1
höh.-leit. Ang./Beamte	44	8	41	31	18	2
Landw./Selbst./Freib.	44	48	34	12	6	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	738	30	39	19	8	5
evangelisch	203	27	34	19	12	8
katholisch	88	6	36	28	21	8

In unserer Demokratie werden die Anliegen der Menschen nicht mehr wirksam vertreten.

Wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	32	9	14	21	5
Geschlecht						
männlich	508	32	32	11	22	3
weiblich	524	32	26	16	20	7
Alter						
18-24 Jahre	62	23	34	17	24	3
25-34 Jahre	138	28	38	17	16	1
35-44 Jahre	135	36	20	16	24	4
45-59 Jahre	278	32	23	16	23	6
60 Jahre und älter	419	34	32	10	19	5
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	294	42	25	9	18	7
10. Klasse	496	33	29	14	19	4
Abitur	106	19	36	16	27	2
(Fach-)Hochschule	135	19	28	22	27	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	471	31	26	18	22	3
in Ausbildung	53	19	43	11	25	2
arbeitslos	24	22	26	17	35	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	35	30	10	18	7
Berufsgruppe						
Arbeiter	184	34	22	16	24	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	32	27	18	20	2
höh.-leit. Ang./Beamte	44	18	28	23	27	3
Landw./Selbst./Freib.	44	47	32	6	14	2
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	738	33	29	12	22	3
evangelisch	203	31	29	17	17	6
katholisch	88	28	26	17	16	12

Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben.

Deutschland braucht eine starke Partei, die die Volksgemeinschaft verkörpert

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	34	25	13	21	7
Geschlecht						
männlich	508	34	22	17	25	2
weiblich	524	34	27	10	17	12
Alter						
18-24 Jahre	62	18	28	25	27	1
25-34 Jahre	138	15	45	18	18	4
35-44 Jahre	135	40	25	12	19	4
45-59 Jahre	278	36	19	9	22	13
60 Jahre und älter	419	39	21	12	21	6
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	294	49	18	10	14	8
10. Klasse	496	33	29	10	18	9
Abitur	106	17	25	22	33	3
(Fach-)Hochschule	135	17	20	22	37	4
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	471	29	27	14	23	7
in Ausbildung	53	19	23	33	21	4
arbeitslos	24	34	21	19	26	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	41	22	10	19	8
Berufsgruppe						
Arbeiter	184	39	28	9	18	6
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	33	26	15	19	7
höh.-leit. Ang./Beamte	44	10	25	14	45	5
Landw./Selbst./Freib.	44	29	26	15	25	5
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	738	36	24	12	21	6
evangelisch	203	32	26	15	19	8
katholisch	88	24	28	15	22	11

Was Deutschland jetzt braucht ist eine starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert.

Es sollte wieder mehr für die Mehrheit der Leute getan werden

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	32	25	18	18	8
Geschlecht						
männlich	508	32	26	18	20	4
weiblich	524	32	25	17	16	11
Alter						
18-24 Jahre	62	2	24	32	29	13
25-34 Jahre	138	25	32	18	22	2
35-44 Jahre	135	20	25	13	35	6
45-59 Jahre	278	35	26	18	13	9
60 Jahre und älter	419	40	23	17	12	8
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	294	37	21	13	18	10
10. Klasse	496	36	26	16	16	5
Abitur	106	9	28	28	22	12
(Fach-)Hochschule	135	21	29	23	18	8
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	471	30	29	18	18	4
in Ausbildung	53	4	21	36	26	13
arbeitslos	24	34	34	20	13	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	37	22	15	16	10
Berufsgruppe						
Arbeiter	184	36	27	15	20	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	25	28	18	25	5
höh.-leit. Ang./Beamte	44	18	29	22	28	3
Landw./Selbst./Freib.	44	42	24	19	8	8
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	738	36	23	17	19	6
evangelisch	203	25	34	13	16	12
katholisch	88	17	26	32	13	12

Es sollte wieder mehr für die Mehrheit der Leute in unserem Land getan werden als sich um Minderheiten zu kümmern.

Die Herrschenden handeln gegen die Interessen der einfachen Bevölkerung

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	30	37	20	10	4
Geschlecht						
männlich	508	32	39	18	8	2
weiblich	524	27	34	22	12	5
Alter						
18-24 Jahre	62	10	36	32	12	10
25-34 Jahre	138	36	34	21	8	1
35-44 Jahre	135	24	46	20	8	1
45-59 Jahre	278	33	32	18	13	3
60 Jahre und älter	419	30	37	19	10	5
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	294	26	41	18	11	4
10. Klasse	496	37	36	17	8	2
Abitur	106	19	33	28	12	7
(Fach-)Hochschule	135	20	31	29	15	5
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	471	31	33	23	11	2
in Ausbildung	53	11	40	28	10	11
arbeitslos	24	28	50	10	10	3
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	31	39	17	10	4
Berufsgruppe						
Arbeiter	184	35	30	26	7	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	28	39	18	11	3
höh.-leit. Ang./Beamte	44	14	36	32	16	2
Landw./Selbst./Freib.	44	52	28	14	5	2
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	738	33	36	18	10	3
evangelisch	203	28	37	22	8	5
katholisch	88	6	42	34	14	4

Die Herrschenden und Mächtigen in unserer Gesellschaft handeln gegen die Interessen der einfachen Bevölkerung.

Gleichgeschlechtlichen Paare sollten keine adoptieren dürfen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	12	8	15	59	7
Geschlecht						
männlich	508	11	9	19	51	10
weiblich	524	12	7	11	66	4
Alter						
18-24 Jahre	62	0	0	12	86	2
25-34 Jahre	138	2	6	18	75	0
35-44 Jahre	135	6	2	9	67	16
45-59 Jahre	278	7	11	15	60	8
60 Jahre und älter	419	22	10	16	46	6
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	294	21	9	15	42	12
10. Klasse	496	9	8	15	63	6
Abitur	106	3	3	11	80	3
(Fach-)Hochschule	135	8	9	18	62	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	471	7	7	15	67	5
in Ausbildung	53	0	0	14	84	2
arbeitslos	24	15	4	2	77	3
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	18	10	16	47	10
Berufsgruppe						
Arbeiter	184	6	5	14	69	6
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	7	5	12	64	11
höh.-leit. Ang./Beamte	44	4	11	8	76	1
Landw./Selbst./Freib.	44	10	16	31	41	3
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	738	10	8	15	60	7
evangelisch	203	17	6	18	50	9
katholisch	88	11	11	9	66	4

Es sollte gleichgeschlechtlichen Paaren untersagt bleiben, Kinder zu adoptieren.

Kapitalismus beseitigen, um Gerechtigkeit herzustellen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	16	21	25	28	10
Geschlecht						
männlich	508	17	24	26	29	4
weiblich	524	15	18	24	27	15
Alter						
18-24 Jahre	62	9	33	38	18	2
25-34 Jahre	138	21	29	23	18	9
35-44 Jahre	135	6	26	33	31	4
45-59 Jahre	278	12	16	30	36	7
60 Jahre und älter	419	22	19	18	26	15
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	294	24	19	20	23	14
10. Klasse	496	16	23	25	28	8
Abitur	106	9	27	28	30	5
(Fach-)Hochschule	135	7	17	30	37	9
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	471	13	21	28	31	7
in Ausbildung	53	5	36	38	19	2
arbeitslos	24	2	56	28	9	4
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	21	18	20	27	13
Berufsgruppe						
Arbeiter	184	15	19	27	31	9
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	13	25	31	26	5
höh.-leit. Ang./Beamte	44	4	10	31	46	9
Landw./Selbst./Freib.	44	10	16	36	35	3
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	738	19	20	26	28	8
evangelisch	203	12	23	21	29	16
katholisch	88	2	33	27	29	10

Der Kapitalismus muss beseitigt werden, um endlich echte Gerechtigkeit herzustellen.

Wenig staatliche Eingriffe in die wirtschaftliche Entwicklung

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	10	25	30	25	10
Geschlecht						
männlich	508	13	26	32	22	6
weiblich	524	8	23	28	27	14
Alter						
18-24 Jahre	62	2	14	59	19	6
25-34 Jahre	138	6	21	32	30	11
35-44 Jahre	135	5	25	39	27	4
45-59 Jahre	278	14	25	27	27	8
60 Jahre und älter	419	13	27	25	22	14
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	294	5	25	30	25	15
10. Klasse	496	13	25	27	26	9
Abitur	106	7	20	43	26	5
(Fach-)Hochschule	135	15	25	34	18	7
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	471	10	26	33	25	7
in Ausbildung	53	3	15	52	24	6
arbeitslos	24	1	29	34	33	3
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	12	24	26	24	13
Berufsgruppe						
Arbeiter	184	10	23	30	28	8
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	7	24	38	25	6
höh.-leit. Ang./Beamte	44	9	25	34	28	4
Landw./Selbst./Freib.	44	22	29	28	18	3
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	738	11	25	31	26	7
evangelisch	203	8	21	33	18	20
katholisch	88	7	33	22	26	13

Für die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes ist es am besten, wenn der Staat möglichst wenig in die Wirtschaft eingreift.

Spitzeneinkommen und Vermögen stärker besteuern, um Sozialleistungen zu finanzieren

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	60	26	5	8	2
Geschlecht						
männlich	508	60	28	4	7	1
weiblich	524	59	24	6	8	3
Alter						
18-24 Jahre	62	40	37	11	10	2
25-34 Jahre	138	42	28	11	19	0
35-44 Jahre	135	48	35	6	11	0
45-59 Jahre	278	63	28	3	2	3
60 Jahre und älter	419	71	18	2	6	4
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	294	67	21	2	7	3
10. Klasse	496	61	25	5	7	3
Abitur	106	54	29	5	11	1
(Fach-)Hochschule	135	47	34	11	7	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	471	57	25	7	9	2
in Ausbildung	53	42	37	12	9	0
arbeitslos	24	27	55	0	18	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	67	24	1	6	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	184	68	19	4	8	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	48	35	8	7	3
höh.-leit. Ang./Beamte	44	42	31	12	15	0
Landw./Selbst./Freib.	44	56	25	8	11	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	738	59	28	5	6	2
evangelisch	203	63	19	5	9	5
katholisch	88	58	25	2	14	0

Spitzeneinkommen und Vermögen sollten stärker besteuert werden, um damit Sozialleistungen zu finanzieren.

Wir sollten uns wieder stärker auf unsere Traditionen besinnen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	44	30	12	9	4
Geschlecht						
männlich	508	44	27	12	10	6
weiblich	524	44	32	13	9	3
Alter						
18-24 Jahre	62	6	44	25	23	2
25-34 Jahre	138	30	33	21	14	3
35-44 Jahre	135	41	35	12	10	1
45-59 Jahre	278	43	27	13	9	8
60 Jahre und älter	419	56	27	8	5	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	294	65	22	3	7	4
10. Klasse	496	42	31	15	8	5
Abitur	106	19	38	20	20	4
(Fach-)Hochschule	135	27	36	20	12	5
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	471	37	32	15	11	5
in Ausbildung	53	8	49	22	16	5
arbeitslos	24	44	25	16	12	3
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	55	26	9	7	4
Berufsgruppe						
Arbeiter	184	43	32	11	8	6
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	39	26	18	12	5
höh.-leit. Ang./Beamte	44	20	46	21	12	2
Landw./Selbst./Freib.	44	39	37	8	11	6
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	738	46	28	12	9	5
evangelisch	203	46	33	10	7	3
katholisch	88	26	39	17	14	4

Wir sollten uns wieder stärker auf unsere Traditionen besinnen.

Westdeutsche behandeln Ostdeutsche als Menschen zweiter Klasse

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	17	31	25	24	3
Geschlecht						
männlich	508	14	33	27	23	3
weiblich	524	19	29	22	25	4
Alter						
18-24 Jahre	62	10	28	34	29	0
25-34 Jahre	138	14	23	34	24	5
35-44 Jahre	135	8	34	23	29	5
45-59 Jahre	278	15	30	32	22	2
60 Jahre und älter	419	22	34	16	24	4
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	294	23	41	14	19	4
10. Klasse	496	17	28	26	26	3
Abitur	106	11	30	34	22	3
(Fach-)Hochschule	135	7	23	37	30	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	471	14	25	31	27	3
in Ausbildung	53	14	28	36	22	0
arbeitslos	24	8	33	34	24	1
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	20	38	16	22	4
Berufsgruppe						
Arbeiter	184	20	24	28	27	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	11	29	30	26	5
höh.-leit. Ang./Beamte	44	7	29	34	29	1
Landw./Selbst./Freib.	44	6	28	31	34	2
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	738	19	30	24	23	4
evangelisch	203	11	39	21	26	4
katholisch	88	8	25	38	30	0

Westdeutsche behandeln Ostdeutsche als Menschen zweiter Klasse.

Die DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	13	28	25	21	13
Geschlecht						
männlich	508	10	29	24	22	14
weiblich	524	16	28	25	20	11
Alter						
18-24 Jahre	62	0	5	40	25	29
25-34 Jahre	138	9	16	25	28	23
35-44 Jahre	135	7	22	23	27	22
45-59 Jahre	278	10	35	27	22	6
60 Jahre und älter	419	20	34	21	16	8
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	294	20	31	17	12	20
10. Klasse	496	13	32	24	22	10
Abitur	106	5	14	44	28	9
(Fach-)Hochschule	135	6	20	31	32	11
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	471	9	26	29	25	11
in Ausbildung	53	0	9	47	25	19
arbeitslos	24	19	38	16	15	13
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	18	32	19	17	13
Berufsgruppe						
Arbeiter	184	10	26	28	22	15
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	8	24	27	23	17
höh.-leit. Ang./Beamte	44	3	17	28	40	11
Landw./Selbst./Freib.	44	18	23	23	28	8
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	738	16	29	24	18	14
evangelisch	203	8	32	25	26	9
katholisch	88	3	11	34	40	12

Die DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten.

Juden haben etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	4	8	17	58	13
Geschlecht						
männlich	508	4	9	21	54	12
weiblich	524	4	7	13	61	15
Alter						
18-24 Jahre	62	0	0	16	79	5
25-34 Jahre	138	0	3	19	72	6
35-44 Jahre	135	1	2	14	68	15
45-59 Jahre	278	3	7	17	58	14
60 Jahre und älter	419	7	13	18	46	16
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	294	8	18	16	39	19
10. Klasse	496	3	5	19	60	14
Abitur	106	2	3	12	80	4
(Fach-)Hochschule	135	1	3	17	72	7
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	471	2	5	19	64	11
in Ausbildung	53	0	0	15	80	6
arbeitslos	24	0	12	19	65	4
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	7	12	16	49	17
Berufsgruppe						
Arbeiter	184	1	4	18	63	14
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	3	4	19	59	15
höh.-leit. Ang./Beamte	44	4	5	11	79	1
Landw./Selbst./Freib.	44	0	8	25	52	14
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	738	4	7	19	56	14
evangelisch	203	6	7	13	57	17
katholisch	88	0	15	9	76	1

Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.

Freie Meinungsäußerung nicht ohne Nachteile möglich

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1032	18	27	20	33	2
Geschlecht						
männlich	508	19	30	19	29	2
weiblich	524	17	25	20	37	2
Alter						
18-24 Jahre	62	18	19	33	30	0
25-34 Jahre	138	23	39	18	19	1
35-44 Jahre	135	14	44	12	29	0
45-59 Jahre	278	20	25	20	31	4
60 Jahre und älter	419	16	21	20	41	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	294	18	23	18	38	3
10. Klasse	496	22	31	17	28	2
Abitur	106	11	26	26	37	0
(Fach-)Hochschule	135	10	23	29	36	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	471	19	30	21	27	2
in Ausbildung	53	12	23	29	35	0
arbeitslos	24	39	27	15	20	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	482	16	25	17	39	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	184	25	30	22	19	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	238	15	37	19	28	1
höh.-leit. Ang./Beamte	44	15	24	20	41	0
Landw./Selbst./Freib.	44	17	37	15	31	2
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	738	19	29	18	31	2
evangelisch	203	14	22	29	34	2
katholisch	88	18	24	13	45	0

Heutzutage kann man seine Meinung nicht frei äußern, weil man sonst Nachteile haben könnte.